



Arbeiterkampf

Jg. 15, Nr. 261, 28. 8. 85

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM

Förderpreis
DM 5,-

C 21734 E



Nelson Mandela: Wir wollen nicht nur Reformen, wir Schwarzen wollen die Macht

„Zu wenig, zu spät!“ dies war der einhellige internationale Kommentar zur Rede von Präsident Botha. Auf keine der von den Schwarzen und ihren politischen Organisationen gestellten Forderungen ging er ein, stattdessen hatte er nur erneut die Botschaft, bei Aufgabe der weißen Rassistenherrschaft würde Südafrika in „Chaos und Armut“ untergehen. Schon am Abend der Rede wurde deutlich, daß sich kein politischer Führer der Schwarzen finden würde, selbst die bisher zur Zusammenarbeit bereiten nicht, der der Regierung nach dieser Rede noch einen „Reformwillen“ bescheinigen würde. Richtungsweisend für die Haltung der schwarzen Bevölkerung war die Antwort von Nelson Mandela, jetzt sei selbst die Zeit für Gespräche vorbei, jetzt könne es nur noch um die Machtübergabe an die Schwarzen gehen. Enttäuschung und gespielte Enttäuschung bei den westlichen Regierungen. Alles Drängen und „gutes Zureden“ konte das Rassenregime nicht zu einem „Dialog“ mit den politischen Organisationen der Schwarzen bewegen, um so den Konflikt in Südafrika zu entschärfen. Nun stehen die Westmächte vor dem Scherbenhaufen ihrer eigenen Südafrikapolitik: Ihr Partner, das weiße Rassenregime, kann zwar die Herrschaft noch mit unerbittlichem Terror aufrecht erhalten, aber alle Anzeichen sprechen dafür, daß bei einem Festhalten an diesem Kurs der Bürgerkrieg unvermeidlich ist, und im imperialistischen Lager geht die Befürchtung um, daß dies auch das Ende eines absolut prowestlichen und proimperialistischen Südafrikas sein könnte.

Fortsetzung Seite 4

Vor den DGB-Herbstaktionen:

Vor den DGB-Herbstaktionen: Der »Soziale Trialog«

Als der DGB-Bundesvorstand am 4. Juni beschloß, im Herbst eine Aktionswoche unter dem Motto „Schluß mit der Politik für wenige. Arbeit für alle — Mitbestimmung — soziale Gerechtigkeit“ durchzuführen, schienen die Beziehungen Gewerkschaften/Bundesregierung auf dem Tiefpunkt. Überraschend endete dann das Spitzengespräch der DGB-Führung mit der Bundesregierung am 23. Juli mit einer Annäherung: „In der gemeinsamen Überzeugung, daß die Erreichung von mehr Beschäftigung und Abbau der Arbeitslosigkeit zentrale politische Aufgaben sind, kamen Bundesregierung und DGB überein, mit den Arbeitgebern zusammenzukommen“, hieß es im gemeinsamen Kommuniqué (DGB-Informationsdienst, 25.7.85). Der Termin, 5. September, liegt knapp sechs Wochen vor der Aktionswoche vom 14. - 20. Oktober. Der neue „Soziale Trialog“ („Welt der Arbeit“, 15.8.) war geboren. Aber was soll er bringen?

Die Wende in der Sozialpolitik und beim Schutz der Arbeitenden

Eine Übergangsbedingung für den Koalitionswechsel zur CDU erfüllte die FDP im September 1982, als der damalige sozialliberale Wirtschaftsminister Lambsdorff seine wirtschaftsliberalen Vorstellungen von „Konsolidierungspolitik“ in einem Papier zusammenfaßte, das umfangreiche Forderungen

nach verstärktem Sozialabbau, nach massiver Umverteilung zugunsten der Kapitalbesitzer und mehr unternehmerischer Freiheit erhob. Nur ein Teil von Lambsdorffs Vorstellungen fand sich allerdings in den Koalitionsvereinbarungen von CDU und FDP nach der „Wende“ wieder. Zunächst einmal wollte die konservativ-wirtschaftsliberale Regierung die Neuwahlen abwarten, bevor sie mit einschneidenden Maßnahmen an die Bevölkerungsmehrheit rang. Nach dem CDU/FDP-Wahlsieg vom März 1983 begann auch in der CDU die Diskussion um eine weitere Verschärfung des wirtschafts- und sozialpolitischen Kurses der Regierung. Den Auftakt machte der sozialpolitische Sprecher der CDU, Haimo George, im Juli 1983, der in seinen Vorstellungen zum Sozialabbau feststellte: „Der Schlüssel für die Lösung der heutigen Probleme liegt in den Kosten — vor allem der Arbeit, damit also im Tarifsystem, das aus der jetzigen (Bestands-)Entsorgung gelöst werden muß“. Ende August legte Ernst Albrecht seine im Auftrage Kohl's erarbeiteten Thesen zur Arbeitslosigkeit vor, in denen er ebenfalls eine massive Umverteilung zugunsten der sozial Schwachen und vorrangig steuerliche Erleichterungen für die Unternehmen forderte.

Im Kern sind alle diese Vorstöße in eine ähnliche Richtung angelegt, sie sind aber bis heute nicht insgesamt Regierungsprogramm geworden, da zwischen den Regierungsparteien und innerhalb der CDU Meinungsverschiedenheiten über das Tempo des Abbaus sozialer Leistungen, des tariflichen Schutzes und der Rechte der Gewerkschaften bestehen. Dennoch kann sich die Bundesregierung mit einer Reihe von „Erfolgen“ schmücken. In ihrer „Zwischenbilanz für die Sozialpolitik“

Fortsetzung auf Seite 2

Demonstrationen gegen das südafrikanische Apartheid-Regime

28. August: Hamburg, 17 Uhr
Gerhart-Hauptmann-Platz
mit Rednern von ANC,
SWAPO, AAB

21. September: Zentrale
Demonstration in Bonn.

Aus dem Inhalt

Verschuldung

Die Verschuldung der lateinamerikanischen und karibischen Länder ist der wichtigste Faktor, der die Krise vertieft und alle Entwicklungsmöglichkeiten behindert. In der „Erklärung von Havanna“ wird die sofortige Annullierung oder unbegrenzte Verschiebung der Zahlung der Auslandschulden gefordert. Seite 23

Aufrüstung

Abrüstungsgespräche dienen den USA zur Aufrüstung — dies ist aufgeklärten Köpfen kein Geheimnis. Schwieriger schon ist der präzise Nachweis. Geschichte und Entwicklung der „Strategischen Rüstungsbegrenzung“ ab Seite 31

Frauen

Zum Thema „Frau und Sucht“ veranstaltete die Hamburgische Landesstelle gegen Suchtgefahren eine Arbeitstagung. Deutlich wurde, daß es kaum Einrichtungen gibt, die süchtigen Frauen eine neue Lebensperspektive ermöglichen. Seite 14

El Salvador

Die Guerilla kann den Kampf nicht für sich entscheiden. Seite 25

Die Guerilla kann den Kampf nicht für sich entscheiden, schlägt aber zu wann sie will und wo sie will. Die USA kontrollieren das Gebiet, wagen jedoch keine Invasion. Präsident Duarte verfügt über eine regierungsfähige Mehrheit, die Faschisten geben sich parlamentarisch. Wer hat denn nun die Macht im Staate? Seite 25

Kurdistan

Eingeladen von der Demokratischen Partei Kurdistan/Iran reiste eine Delegation der Grünen durch Kurdistan. Jürgen Reents berichtet über Khomeinis Krieg gegen die Kurden, vom Gespräch mit einem übergelaufenen Soldaten, aus einem Rehabilitationslager und über den Sender „Stimme Kurdistan“. Seite 21

Abkürzung

Mit dem Abschluß eines südkoreanischen Jumbo-Jet durch eine sowjetische Rakete endete, was als „Irrflug“ über sowjetischem Gebiet dargestellt wurde. Ging es hier nicht vielmehr um eine vom Weltraum aus durchgeführte Spionageoperation großen Zuschnitts? Ein Artikel des „Geheim“-Autors Günter Neuberger auf Seite 28

Hiroshima 6. August 1945

40 Jahre Atombombe

„Als Messeoffizier Charles Perry um 10.30 hörte, daß der Schlag erfolgreich war, wandte er sich an seine Köche und rief: „Die Party geht los!“. Die Küchenräume der 509ten wurden das Zentrum der Aktivitäten von Charles Perry zur Vorbereitung der Feier für die Heimkehr der Sieger. Seine Leute bereiteten Hunderte von Pasteten für einen Freß-Wettbewerb, stellten Riesemengen Bier und Limonade kalt, produzierten Tausende von hot dogs, schnitten Fleisch und Salami für sandwiches, mischten Kartoffel- und Obstsalate.“

Vier Flaschen Freibier ohne Rationskarten für jeden wurden spendiert. Es gab hot music, einen jitter bug Wettbewerb und abends einen Film mit Sonja Henie und Michael O'Shea. Rat an die Partygäste auf dem Einladungszettel: „Zieht euch alte Klamotten an!“.

Schauplatz der Party war die Pazifikinsel Tinian. Anlaß der Freude war die Premiere einer völlig neuen Bombe, die um 8.16 am Morgen des 6. August 1945 präzise ins Zentrum der japanischen Stadt Hiroshima abgeworfen worden war. Seit September 1944 war die nur zu diesem Zweck gebildete Spezialinheit, die 509th Composite Group, perfekt auf ihre Aufgabe vorbereitet worden. Zuerst auf einem Luftwaffenstützpunkt im US-Staat Utah, dann mit einem vierwöchigen Spezialtraining auf Kuba, und seit Anfang Juli 1945 befanden sich die Bombercrews mit ihren B-29 auf Tinian. Hier war

seit der Einnahme durch US-Truppen im August 1944 der größte Stützpunkt für die Bombardierung Japans aufgebaut worden. Von Tinian aus startete am 9. August 1945 erneut eine Gruppe von B-29, um die zweite Atombombe auf eine japanische Stadt zu werfen. Es traf die Bevölkerung von Nagasaki, weil das erste Ziel auf der Liste, die Stadt Kokura, unter dichten Schlechtwetter-Wolken lag. Dank war der Vorrat an einsatzbereiten Atombomben erschöpft. Eine dritte Bombe hätte erst Ende August oder Anfang September zur Verfügung gestanden. Auf der Liste möglicher Ziele befanden sich noch die Städte Kokura und Niigata. Aber auch ein Abwurf über Tokio war in der Diskussion. Am 14. August kapituliert Japan.

1939 begannen in den USA unter größter Geheimhaltung die Arbeiten an der Entwicklung der Atombombe. Begründet mit der Furcht eines deutschen Vorsprungs auf diesem Gebiet. Bereits 1942 war es das Ziel der USA, die Bombe schnellstmöglich zu produzieren und militärisch einzusetzen. Als sie im August 1945 in Hiroshima und Nagasaki abgeworfen wurde, hatte sich das militärische Ziel allerdings verschoben. Deutschland war geschlagen, Japans Niederlage zu diesem Zeitpunkt offenkundig.

Der Autor unseres Artikels begründet und entwickelt seine These, daß zu diesem Zeitpunkt das Trachten der US-Regierung bereits darauf gerichtet war, über eine qualitativ völlig neue Waffe zu verfügen, die den USA entscheidende militärische und politische Vorteile gegenüber der Sowjetunion als neuem Hauptkonkurrenten sichern sollte.

Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 1

legte die Bundesregierung Ende Juli eindrucksvolle Zahlen vor: 30 Milliarden DM habe der „Konsolidierungsbeitrag“ von Leistungsempfängern und Beitragszahlern der Sozialversicherung in den Jahren 1983 und 1984 betragen, gegenüber 94 Milliarden DM Kürzungen bei den Sozialleistungen, die die sozialliberale Koalition von 1975 bis 1981 vorgenommen habe, heißt es in der Bilanz. Noch drastischer nehmen sich allerdings die Zahlen aus, die der DGB zur „neuen Armut“ veröffentlichte. 211 Milliarden DM sind danach von 1982 bis 1985 durch Kürzung der Sozialleistungen (75 Mrd.), Erhöhungen der Sozialabgaben (59 Mrd.) und Steuererhöhungen (42 Mrd.) umgeschichtet worden. Die Kürzung des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe sowie die Verringerung der Sozialhilfeleistungen gehören ebenso zu den „Erfolgen“ dieser Politik, wie der Abbau von Arbeitsschutzrechten im Jugend- und Frauenarbeitschutz, bei den Behinderten. Der große Wurf gelang allerdings mit dem am 1. Mai dieses Jahres in Kraft getretenen Beschäftigungsförderungsgesetz, das eine Vielzahl von Aufweichungen beim Arbeitsschutz ermöglicht, die befristeten Arbeitsverträge und Zeitarbeit fördert, den Kündigungsschutz und Sozialplanregelungen verschlechtert, sowie die Ausdehnung von Wochenend- und Nachtarbeit ermöglicht.

Dennoch ist Teilen des Kapitals die gesamte Entwicklung zu langsam. Charakteristisch hierfür ist die Äußerung von CDU-George, der bei Verabschiedung des „Beschäftigungsförderungsgesetzes“ feststellte: „Das waren allenfalls zwei Kilometer unseres Marzials, die restlichen 40 haben wir noch vor uns“. Das Jahr 1985 sollte daher auch zum Jahr einer neuen Offensive werden.

Dabei wird nach bewährtem Muster arbeitsteilig vorgegangen: Die FDP oder Vertreter des CDU-Wirtschaftsrats machen weitgehende Vorschläge, die dann auf Kritik im Regierungslager stoßen — meist in Blüms Ministerium oder bei den CDU-Sozialausschüssen. Die Methode scheint dabei zu sein, zwei Schritte vorzudenken, damit einer nachgezogen werden kann. Ziele sind dabei einmal die Löhne. Zeitlich befristete Arbeitsverträge mit unflexibler Bezahlung für Arbeitslose fordert Haussmann (FDP). Landsdorf möchte generell die Begünstigung von Individualverträgen statt kollektiver Tarifverträge mit der Möglichkeit unflexibler Bezahlung. 20 % weniger Lohn bei Krankheit und Anrechnung der Urlaubstage bei mehr als zwei Wochen Krankheit fordert der (CDU-)Wirtschaftspräsident Norbert Walter. 5 % Lohnkürzung bei allen Beschäftigten könnten zur Einstellung von einer Million Arbeitsloser führen, behauptet der Ex-BDI-Präsident Sohl. Und die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände schlägt den Gewerkschaften eine neue Lohnformel vor. Die Einberechnung des Produktivitätsfortschritts in die tariflichen Lohnerhöhungen sollte zukünftig nicht mehr auf der Basis der Beschäftigten, sondern aller Erwerbspersonen erfolgen, also auch der Arbeitslosen, um so den Lohn zu senken. Bei den Renten variiert Bangemann (FDP) seine Kürzungsforderung nach Einheitsrente unterhalb der Sozialhilfe, wobei „Leistungsstärke“ durch beitragspflichtigen Zusatz oder private Zusatz-

Vor den DGB-Herbstaktionen: Der »Soziale Dialog«

rente sich freiwillig höher versichern können. In Wellen wird in immer neuen Varianten versucht, das Eis für eine Ausdehnung von Samstags- und Sonntagsarbeit zu brechen. Schließlich verbirgt sich hinter der schön klingenden Formulierung der Steuerreform die Entlastung der Unternehmenssteuern, die Senkung der Spitzensteuersätze und hinter dem Abbau steuerlicher Subventionen beispielsweise die Streichung der Essengeldzuschüsse. Selbst die CSU-Vorschläge nach Änderung der Arbeitslosenstatistik durch staatlich verordnete Kategorisierung „echter“ Arbeitsloser — der „Alleinernährer“ — und „unechter“ „Zuverdiener“ ist mehr als statistische Manipulation, sondern signalisieren, wo als nächstes mit Streichungen begonnen werden könnte.

Konservative in der Zwickmühle

Das Dilemma der Konservativen hierzulande ist zum einen, daß sie bei ihrem wirtschafts- und sozialpolitischen Kurs in Konflikte mit der eigenen Klientel geraten, da die kapitalfreundliche Politik selbstverständlich auch einen großen Teil der CDU-Wähler trifft. Die Wahlergebnisse dieses Jahres in Hessen, Saarland und vor allem in NRW haben dies für die schmerzhaft deutlich gemacht. Der im Bundestagswahlkampf 1983 versprochene Aufschwung, nicht unmaßgeblich mitentscheidend für den CDU/FDP-Sieg, ist zwar gekommen, aber anders als versprochen. Die Demagogie des „Aufschwungs für alle“ ist eben nur der Aufschwung für wenige Kapitalbesitzer geblieben, wie unschwer an der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der sozialen Entwicklung ablesbar. Damit droht aber auch eine wichtige Bedingung der bisherigen Politik verlorenzugehen. Die Berufung auf einen Mehrheitskonsens bei der Verwirklichung eines zunehmenden Wirtschaftsliberalismus ist angeknackst, die in der bürgerlichen Demokratie notwendige Rücksichtnahme auf Wählerstimmen gefährdet die Verwirklichung und die Verschärfung des Kurses. Die erwünschte innere Stabilität hierfür ist bei der CDU der Sorge um den Machterhalt gewichen. Die SPD ihrerseits hat diese Chance erkannt und ist in die Offensive gegangen.

Diese Veränderung der politischen Entwicklung dürfte auch die neuerlichen Auseinandersetzungen Regierung/Gewerkschaften maßgeblich beeinflussen. Sieben Spitzenbegegnungen DGB/Bundesregierung hat es seit der „Wende“ gegeben, der Tiefpunkt war dabei das Jahr des Arbeitskampfs um die 35-Stunden-Woche, 1984, in dem es zu keinem Treffen kam. Die Bundesregierung hatte sich eindeutig gegen die gewerkschaftlichen Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung gestellt. Sie hatte zwar noch mit dem Vorruhezeitgesetz versucht, einen Teil der Gewerkschaften für ihre Politik einzunehmen, doch fehlte dieser Absicht der durchschlagende Erfolg. Bereits in dieser Auseinandersetzung hatte es Widersprüche im konservativen Lager gegeben, ob und wie weitgehend man auf eine Konfrontation mit den Gewerkschaften setzt.

DGB in der Offensive?

Zweifelskühne können die Gewerkschaften der Bundesregierung heute aus gestärkter Position begegnen. Der Beschluß für die Herbstaktionen erfolgte kurz nach der nordrhein-westfälischen Landtagswahl und steht in engem Zusammenhang mit sozialdemokratischen Überlegungen, möglicherweise 1987 wieder an die Regierungsverantwortung zu kommen. Zwar betont die „Einheitsgewerkschaft“ DGB landauf landab ihre parteipolitische Neutralität. DGB-Vorstandsmitglied Fehrenbach (CDU) hat dies bei der Vorstellung der Aktionswoche auf die Formel gebracht: „Die Gewerkschaften wollen keine andere Regierung, aber sie wollen eine andere Politik“ (DGB-Nachrichtendienst, 3.6.85). Doch läßt sich die Hauptzielsetzung nicht immer verschweigen, etwa wenn sein Kollege Bleicher sagt: „Dabei müsse insbesondere in das Be-

wußtsein der Arbeitnehmer die Tatsache gerückt werden, daß die Wahlstimmen eine scharfe Waffe gegen Sozialabbau und für eine neue Reformphase in der Politik sind“ und er diese „scharfe Waffe“ bereits bei den Landtagswahlen in Niedersachsen zu erproben hofft (DGB-Nachrichtendienst, 3.7.85).

Mit der Ankündigung ihrer Aktionswoche haben die Gewerkschaften auch die Linke hierzulande auf Trab gebracht. Schon wird wieder die Morgenröte einer außerparlamentarischen Arbeiterbewegung gesichtet. Die DKP etwa rührt die Trommel einer Einheitsfront von Gewerkschaften — Sozialdemokraten, Christen und Kommunisten — zum Sturz der Regierung. Auf ihrem jüngsten Plakat „Her mit Beschäftigungsprogrammen“ stehen führende CDU/FDP-Politiker als Nestsager hierzu einsam gegen solche Jäger wie Ernst Breit und Willy Brandt, den IG Chemie-Vorsitzenden Hermann Rappe und den DKP-Vorsitzenden Herbert Mies, ja sogar gegen den Vorsitzenden der CDU-Sozialausschüsse Scharenbroich. Doch sind die Gewerkschaften hundertmal von einer politischen Neuorientierung entfernt. Die Ankündigung der Aktionswoche und die Gespräche mit der Bundesregierung sind zwei Seiten der selben Politik, wenngleich beides gleichzeitig durchzuführen nicht immer einfach ist. Das Gesprächs-Kommuniqué vom 23. Juli zeugt davon, daß außer allgemeinem Rumgeplärr und der Feststellung, man habe in einer Reihe von Fragen Übereinstimmung gefunden sowie der „gemeinsamen Überzeugung“ von der Dringlichkeit des Abbaus der Arbeitslosigkeit, absolut nichts für die Betroffenen zu erwarten ist. Gleichzeitig wird in den Gewerkschaften nach diesem Spitzengespräch eine „Entmotivierung“ der Mitglieder registriert.

Der DGB-Vorsitzende Breit versucht in der jüngsten Ausgabe der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ (8/85) eine politische Begründung für die Gespräche zu liefern, wohlwissend, daß dieser schafflichen Monatshefte (8/85) eine politische Begründung für die Gespräche zu liefern, wohlwissend, daß dieser Kurs im Gegensatz zu den trassen Tönen steht, die in Gewerkschaftszeitungen und Flugblättern derzeit gegen die Regierungspolitik angeschlagen werden. Bei den zurückliegenden Wahlen, so Breit, hätte die Bundesregierung „eine so deutliche Lektion erteilt bekommen, daß sie nicht mehr sicher sein kann, die nächste Änderung ihrer Politik zu überstehen“, so daß „mancher Regierungspolitiker sich gezwungen sieht, über neue Wege aus der Krise nachzudenken“. „Auch für die Arbeitgeber gilt, daß sie — insbesondere durch den beschäftigungspolitischen erfolgreichen Kampf der Gewerkschaften für Arbeitszeitverkürzungen — in ihrer starren Ablehnung aller gewerkschaftlichen Argumente wankend geworden sind“. Diese Schwächen im bürgerlichen Lager wolle der DGB nutzen: „Die Gewerkschaften werden das Gespräch führen. Gleichzeitig werden sie alles tun, um eine Entmotivierung ihrer Mitglieder zu vermeiden und einer möglichen Hinhaltetaktik der Regierung zu begegnen“. Eine geschickte Doppelstrategie? Immerhin könnte einer Entmotivierung dadurch vorgebeugt werden, daß das Dreiergespräch am 5. September sichtbar ergebnislos scheitert, der Spielraum für Zugeständnisse ist für Bundesregierung und Kapitalvertreter angesichts ihrer Vorhaben nicht besonders groß. Auf jeden Fall scheint die DGB-Spitze die Taktik zu verfolgen, ihre Politik für einen Regierungswechsel zur Sozialdemokratie 1987 nicht so weit zu treiben, daß die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit der CDU-geführten Regierung gänzlich aufgegeben wird.

Die Priorität dürfte für den DGB eindeutig auf Regierungswechsel 1987 liegen. Insofern und die Aufnahme der Arbeitslosenproblematik und die Wahl einer neuen Regierung eins, vermittelt sich doch für die maßgebenden DGB-Politiker eine andere Politik unmittelbar über eine SPD-geführte Regierung. In der Realität gewerkschaftlicher Politik spielen allerdings die Nichtarbeitenden so gut wie keine Rolle. Die mobilisierten Massen, Arbeitende und Nichtarbeitende, sind zu den Herbstaktionen aufgerufen, dürfen wieder einmal die Rolle von Hilfspolizei für eine sozialdemokratisch geführte Reformregierung spielen. Allerdings ist

diese Politik mit dem Risiko behaftet, daß heute nur von einem Trend in Richtung Wechsel gesprochen werden kann, dieser aber alles andere als sicher anzunehmen ist. Daher wird gleichzeitig davon abgesehen, daß die Spitzengespräche seitens des DGB mit allem Ernst in Richtung möglicher Kompromisse geführt werden. Es kommt nicht von ungefähr, daß der gewerkschaftliche Aufschrei sich nicht vornehmlich an sozialer Verarmung und Massenarbeitslosigkeit entzündet hat, sondern an den Fragen, die die Rolle der Gewerkschaften bei der Mitgestaltung im Staat, in den Betrieben und der Wahrnehmung ihrer gewerkschaftlichen Aufgaben berühren: der derzeit relativ unbedeutenden Änderungen am Betriebsverfassungsgesetz, der Änderung des Arbeitsförderungs-gesetzes § 116, damit der Einschränkung von Streikrecht und Tarifautonomie sowie den Plänen zur Änderung der Mitbestimmung. Letzteres berührt insbesondere den Nerv der Gewerkschaften, auch wenn die Debatte darum derzeit auf Sparflamme kocht. Auf der wissenschaftlichen Konferenz des DGB zur Mitbestimmung wies Breit darauf hin, daß in den montanmitbestimmten Betrieben der Stahlindustrie ab 1989 das derzeitige Gesetz ausläuft. „Wir müssen mehr Mitbestimmung wieder zu einem der Hauptthemen der deutschen Innenpolitik machen — nur dann können wir dafür politische Mehrheiten gewinnen. Dazu müssen wir stärker als bisher an die unmittelbaren und konkreten Bedürfnisse unserer Mitglieder anknüpfen. Wir müssen deutlich sagen, daß wir ohne mehr Mitbestimmung (Anm.: gemeint ist nicht die betriebliche, sondern die im Aufsichtsrat der Unternehmen) die Probleme der Beschäftigung, der Arbeitsumwelt oder der Technologie-Gestaltung nicht so beeinflussen können, wie es notwendig ist“ („Welt der Arbeit“, 28.3.85). Breit weiß natür-

licherweise Aktivität einbinden. Gerade darum geht aber auch das Bemühen maßgeblicher DGB-Führer in der letzten Zeit. Ernst Breit hat im oben zitierten Aufsatz als Kern der politischen Orientierung des DGB die Befürchtung formuliert, daß die derzeitige Politik „letztlich den sozialistischen Grundkonsens, an dem CDU-geführte Regierungen früherer Zeiten unbestreitbaren Anteil hatten, gefährdet“ ist.

Dieser Gedanke durchzieht die programmatischen Aussagen führender Gewerkschaftler. Nicht mehr Klassenkampf, sondern Wiederherstellung des sozialen Friedens im Lande. Typisch dafür ist die gemeinsame Initiative der Vorsitzenden von DGB und DAG, des Vorsitzenden der Unternehmerverbände, des CDU-Landwirtschaftsministers sowie des Bischofs der norddeutschen Kirche in Schleswig-Holstein, die in einer bislang einmaligen Aktion einen „Gemeinsamen Vorstoß zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit/Abstriche von den eigenen Vorstellungen“ (abgedruckt in „Frankfurter Rundschau“ — „FR“, 31.7.85) ergriffen haben. „Unsere Gesellschaft ist im ganzen reich und vital genug, um ein Arbeitslosigkeitsproblem auch in der vorhandenen Größenordnung lösen zu können. Die Ordnung, die sie sich gegeben hat, behindert nicht, sondern öffnet gerade den Weg zu den erforderlichen wirtschafts- und sozialpolitischen Schritten“, heißt es da zur Rettung der „sozialen Marktwirtschaft“, die sich „hierbei neu bewähren“ kann. Unstrittig ist dabei allerdings ein „Lastenausgleich zwischen denen, die Kapital- oder Arbeitseinkommen haben und denen, die ohne Arbeit sind.“

Seine staatstragende und staatsverhaltende Rolle hat der DGB am deutlichsten in der Auseinandersetzung um die Änderungen des Betriebsverfassungsgesetzes deutlich gemacht. Noch in diesem Jahr will die Bundesregierung Sprecherausschüsse der Leitenden Angestellten gesetzlich verankern und die Minderheitenrechte kleiner Gruppen zu Lasten des DGB ändern (zwei Unterschriften reichen für die Einreihung einer eigenen Liste zu den Betriebsratswahlen, Minderheitengruppen sollen nach Verhältniswahl und nicht wie jetzt nach Mehrheitswahl an Betriebsratsfreistellungen und -Ausschüssen beteiligt werden). Mit diesem Angriff auf das DGB-Monopol sieht der DGB „den sozialen Frieden in den Betrieben und Verwaltungen“ gefähr-



1981: 50.000 Gewerkschafter in Hannover gegen Sozialabbau

lich, wie wenig populär diese Mitbestimmung ist, insbesondere nach den Skandalen um die Neue Heimat und die COOP. Führende FDP-Mitglieder haben bereits angekündigt, daß mit der FDP die Montanmitbestimmung nicht verlängert wird. Dies aber würde den DGB in seiner Rolle als Mitgestalter mehr treffen als alle anderen bisherigen Veränderungen.

Daher versucht sich der DGB mögliche Erosionen in der CDU (Sozialausschüsse) und Widersprüche im bürgerlichen Lager bezüglich der Einbeziehung der Gewerkschaften in den sozialen Konsens zunutze zu machen und spekuliert darauf, daß der kooperative Flügel des Kapitals angesichts des rapiden Vertrauensschwundes für die Bundesregierung seine Position verstärken wird. Bedingung dafür ist allerdings, daß der DGB seine konstruktive Haltung zum marktwirtschaftlichen System erneuert und dafür sorgt, daß das Klassenkampfgetöse der letzten Zeit nicht in überhandnehmende außerpar-

del, ja er fürchtet gar um die „politische und soziale Stabilität in unserer Gesellschaft“ (DGB-Stellungnahme, 22.5.85). Breit erwartet, daß durch leichteren Zugang „kleiner extremer Gruppen“ zu den Betriebsräten „die Abstimmung zwischen Unternehmensleitungen und Betriebsräten keineswegs erleichtert oder verschlechtert werden“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ — „FAZ“, 5.8.85). Wiederholt warnen DGB-Führer vor „Rückkehr zu Weimarer Verhältnissen“. NGG-Führer Döding warnte vor „radikalen Gruppierungen“ wie „Alternative, Grüne und K-Gruppen“ („FAZ“, 3.5.85). DGB-Vorstandler Bleicher warf der CDU vor, sie „besorge das Geschäft der Grünen“, die hoffen, „in den Gewerkschaften etwas ins Rutschen zu bringen“ („Welt der Arbeit“, 13.12.84).

Kapitalistenvertreter unterstützen die DGB-Position. BDA-Präsident Esser und (Iu-)Gesamtmittel-Chef Thio-

Fortsetzung nächste Seite

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Salz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685; 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnentenpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Ab-ruf, sonst PSchA Hamburg 27173-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 510 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 4.500 Eigentumsverbehalt: Nach diesem Eigentumsverbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Ab-senders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. („Zur-Habe-Nahme“) ist keine Aushändigung im Sinne des Vor-behalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist als dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändi-gung zurückzusenden. Illern Teil der Auflage liegt ein Aufruf der Hamburger Anti-Apartheids-Aktionseinheit bei.

Fortsetzung von vorheriger Seite

le halten das Gesetz für überflüssig (Thiele: „Die Abwicklung (Anm.: der Betriebsratsarbeit) ist in der jetzigen Form gewährleistet“, „FAZ“, 26.3.). Der Chemie-Arbeitgeberverband befürchtet „die Gefahr andauernder Wahlkämpfe in den Betrieben. Das wiederum erschwere die Zusammenarbeit mit den Betriebsräten“. Ein solches Gesetz würde „linken Minderheitsgruppen nutzen“ („FAZ“, 14.8.85).

Streit um Neutralitätspflicht der Bundesanstalt für Arbeit

130 CDU-Abgeordnete haben die Initiative zur Änderung des § 116 Arbeitsförderungs-gesetz ergriffen und damit eine maßgebliche Forderung der Unternehmensverbände aufgenommen. Der Paragraph verpflichtet die Bundesanstalt für Arbeit (BfA) zur Neutralität in Arbeitskämpfen, ist allerdings so unklar formuliert, daß die BfA im 35-Stunden-Wochen-Kampf des letzten Jahres durch Arbeitsgerichtsurteile gezwungen werden konnte, an ausgesperrte Beschäftigte Arbeitslosengeld zu zahlen. Diese „Streikkasse“ der Gewerkschaften soll jetzt dichtgemacht werden, die Waffe der Aussperrung zu schmerzlichen finanziellen Aufwendungen der Gewerkschaften führen. Die Bundesregierung will die Gesetzesinitiative der CDU-Abgeordneten nicht übernehmen, „vorerst“, wie immer betont wird. Zunächst einmal hofft man vor einer Gesetzesänderung auf einen „freiwilligen Verhaltenskodex“ der Tarifparteien, der allerdings — und das ist wiederum ein Dilemma — das Gleiche beinhalten soll, wie eine Gesetzesänderung. Dregger (CDU) begründete das derzeitige Nichtverhalten der Regierung damit, daß man sich in einer „Phase der Vernunft“ befinde. „Da wäre es falsch, Reizthemen anzusprechen“ („FAZ“, 3.8.85). Die bisher dazu bezogenen Standpunkte dürften eine Einigung erschweren, die IG Metall hat erklärt, sie sieht „keinen Regelungsbedarf“ über die derzeitigen Bestimmungen hinaus, die Arbeitgeberverbände haben daraufhin eine gesetzliche Änderung gefordert. Zusätzliche Brisanz hat dieser Streit durch das am 21. August veröffentlichte „Müllert-Gutachten“ erhalten, das der ehemalige Präsident des Bundesarbeitsgerichts Müller im Auftrag von Arbeitsminister Blum erstellt hat. In diesem Gutachten wird nicht nur eine weitgehende Festlegung der umstrittenen „Neutralitätspflicht“ gefordert, sondern ebenfalls das gesetzliche Verbot von Warnstreiks, die den Charakter von „Erzwingungsstreiks“ haben sowie die Legalisierung von „Angriffsaussperrungen“ und die Einführung staatlicher Zwangsschlichtung.

Es dürfte eine Einigung beim „Sozialen Dialog“ am 9. September zusätzlich erschweren. Zumindest die bisher bekanntgewordenen Zugeständnisse der Kohl-Regierung für die Gewerk-

Bürgerkrieg in Südafrika

„Der Staat wird uns nicht abhalten können, unseren eigenen Ausnahmezustand zu verkünden“, war die zornige Reaktion des UDF-Sprechers Stone Sizani auf einer von mehreren Zehntausend besuchten Beerdigungsfeier, als die Verhängung des Ausnahmezustands in 36 südafrikanischen Industriebezirken bekannt wurde. Seither haben die Unruhen und Zusammenstöße ein Ausmaß erreicht, das alle bisherigen Aufstände in der Geschichte Südafrikas übersteigt. Die Erbitterung der schwarzen Bevölkerung ist unbeschreiblich groß. Bilder von Steinwerfen, Jugendlichen, Plünderungen, Straßenschlächen etc., wie sie in der hiesigen Presse überwiegend vermittelt werden, sollten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß gegenwärtig in erster Linie der weiße Terror wütet.

Der Ausnahmezustand, üblicherweise begründet als notwendiger Schritt zur Wiederherstellung von Ruhe und

Schutz der „friedliebenden Mehrheit“, gehörte zu den ersten Begründungen für den Ausnahmezustand. Seit den jüngsten Auseinandersetzungen in den indischen Vorstädten von Durban heißt es nicht nur „schwarz gegen schwarz“, sondern auch „schwarz gegen braun“. Diese Versuche, verschiedene Gruppen gegeneinander zu hetzen und dies in der Propaganda als ethnisch oder rassistisch begründete Querelen hinzustellen, sind an sich nichts Neues. Einige Fälle von handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern verschiedener oppositioneller Fraktionen, Lynchjustiz gegen Kollaborateure und Aktionen militanter Kleingruppen gegen eher harmlose Geschäftsleute haben sich nachträglich als von den Rassistin inszeniert herausgestellt. Die Zahl der Opfer (ca. 10 in anderthalb Jahren) ist in Anbetracht der explosiven Situation eher erstaunlich gering. Spontane Aus-

scheiden, auf welche Seite man gelöre. Dies richtet sich vor allem an schwarze Polizei und Militärs, die neuerdings häufig provokativ taktiken der brodelnden Townships stationiert werden. Besonders verheerend sind auch die von den Rassistin installierten schwarzen Gemeinderäte. Diese sog. „Selbstverwaltung“ der Townships lebte im wesentlichen von bei den Slumbewohnern erhobenen Sondersteuern und Mieterhöhungen. In den meisten Orten ist dieses System mittlerweile zusammengebrochen und hat Organisationen der Bürgerrechtsbewegung Platz gemacht. Wer sich noch hält, kann das nur mit offener Unterstützung des Repressionsapparats.

Eine zunehmende Rolle scheinen die von den Rassistin ausstaffierten Militärs der „Homeland“-Marionetten zu spielen. Insbesondere die schlagkräftigen „Impis“, die Zulu-Armee des Führers der „Inkatha“-Partei und Chiefs von KwaZulu, Gaisa Buthelezi, werden — häufig verdeckt — gegen den Widerstand eingesetzt. (Buthelezi, der seinen Einfluß über KwaZulu hinaus aufzubauen versucht, tritt als gemäßigter Apartheid-Gegner auf und spekuliert darauf, von den Rassistin als Verhandlungspartner anerkannt zu werden).

Ein typisches Beispiel für die erfolgreiche Verdrehung der Fronten und tiefgreifende Verunsicherung all jener, die sich heraushalten wollen, waren die jüngsten Unruhen in Durban, die als „Kämpfe zwischen Schwarzen und Indern“ durch die Presse gingen. Anlaß für die Unruhen war die Ermordung der Anwältin Victoria Mxenge, einer Verteidigerin in einem „Hochverrat“-Prozess gegen führende UDF-Mitglieder. Weitere (indische) UDF-Mitglieder und Linke waren von (schwarzen) „Impis“ bedroht und mißhandelt worden. Infolge der angespannten Situation kam es zu Aufständen (schwarzer) Schüler, die auch zu Plünderungen (indischer) Geschäfte übergingen. Eine weitere Eskalation erfolgte durch brutales Eingreifen der „Impis“ im Verein mit (indischen) „Vigilantes“ gegen die Schüler. Als die (weiße) Polizei später eingriff, um „die“ indische Bevölkerung gegen „die schwarzen Horden“ zu schützen, hatten sich bereits viele Familien zu ihren (schwarzen) Nachbarn geflüchtet.

Das Interesse der Rassistin an solchen „Bildern des Chaos“ ist offensichtlich, zumal sich das Botha-Regime entgegen allen Gerüchten über Reformpläne entschieden hat, am Konzept des „Vielvölkerstaates“, der nur von starker weißer Hand zu regieren sei, festzuhalten.

Niederschlagung statt Reform

Obwohl Botha allen Erwartungen, er werde in seiner Rede auf dem außerordentlichen Kongreß der National Party neue Reformvorschlüsse machen, bereits im Vorfeld energisch entgegengetreten war, zeigte man sich in den westlichen Ländern „zufolge enttäuscht“. Die Reaktion war weniger scharf als irgendwie beklagt. Wenigstens ein paar konkrete Ansätze, wenigstens eine Demonstration guten Willens, das Pulverfaß zu entschärfen, wäre doch angebracht gewesen. Auch aus südafrikanischen Wirtschaftskreisen wurde Kritik laut.

Botha hatte im wesentlichen erklärt, daß die NP (Regierungspartei) an ihrem bisherigen Kurs festhalten werde. Eine wie auch immer geartete Beteiligung Schwarzer an der Macht würde „zur Dominanz der einen über die anderen führen ... Ich bin nicht bereit, weiße Südafrikaner und andere Minderheiten auf einen Weg zur Abdankung und zum Selbstmord zu führen“ (nach Financial Mail, 16.8.).

Diese harte Haltung zeigt, wie gering der Spielraum für Veränderungen innerhalb des weißen Blocks ist. So makaber es angesichts der brutalen Zustände erscheinen mag, stellen Botha und die hinter ihm stehende Militärclique tatsächlich im Vergleich einen eher „gemäßigten, modernen“ Flügel der NP dar, der unter der weißen Bevölkerungsgruppe nur über eine knappe Mehrheit verfügt. Andere Strömungen innerhalb der NP befürworten ein noch schärferes Vorgehen gegen die Schwarzen. Den in der konservativen Partei, einer Abspaltung der NP im Zuge der Verfassungsreform, versammelten klerikal-faschistischen Kräften gehen bereits die minimalen Zugeständnisse an die Inden und Farbigen zu weit. Selbst die in den letzten Wochen erfolgte Aufhebung der „Immorality Act“ (die bislang jede Beziehung zwischen verschiedenfarbigen Menschen unter Strafe stellte); die formale Zulassung von gemischten Parteien oder die Diskussion über Lockerung der Zuzugskontrollen von Schwarzen in die Städte und Verzögerungen der Zwangsmaßnahmen werden aus diesen Kreisen von wütenden Protesten begleitet. Diese Mischung aus panischer Angst vor der „schwarzen Gefahr“ und unerschütterlicher Überzeugung, im rechtmäßigen Besitz dieses Landes zu sein, wie sie im Bewußtsein der Mehrheit der Weißen vorherrscht, läßt keine Reformen zu, die auch nur den Anschein erwecken, es könnte am weißen Herrschaftswillen gerüttelt werden.

Fortsetzung nächste Seite



Ordnung, war eine kaum verhüllte Aufforderung an alle militärischen und paramilitärischen Verbände, zur direkten Liquidierung der Opposition überzugehen. Wieviele Tote, Verletzte, Verhaftete, Gefolterte, Verschundene es allein in den letzten Wochen gegeben hat, wird sich wohl nie feststellen lassen. Es ist in der RSA verboten, darüber zu berichten; Kontakte zu Verhafteten sind nur mit Sondergenehmigungen möglich. Jeder beliebige Angehörige der Sicherheitskräfte (und das ist jeder Uniformträger bis zum Bahnbeamten) kann jede beliebige Person verhaften und 14 Tage festhalten, jede Wohnung und jedes Fahrzeug durchsuchen, jeden Gegenstand beschlagnahmen... Aber das ist es nicht allein. Es existiert eine Vielzahl bewaffneter Banden, die ähnlich vorgehen, wie es

brüche angestauter Wut, die in Lynchjustiz gegen schwarze Polizisten, Gemeinderäte oder auch nur vermeintliche Spitzel und Verräter coden, wird es in nächster Zeit vermutlich häufiger geben. Auch wenn die Führer der politischen Organisationen ihre Anhänger warnen, daß solche Aktionen die Spaltungsabsichten der Rassistin erleichtern, ist es unmöglich, auf den Radikalisierungsprozeß überall Einfluß zu haben.

Der Umgang mit den Kollaborateuren des Systems ist innerhalb des Widerstands umstritten. Während beispielsweise die von Tutu u.a. vertretenen Strömungen diese Vorgänge grundsätzlich verurteilen, erklärte der ANC, daß die Zeit reif sei, sich zu ent-

schließen eine „viele“ von indischen Banden, die ähnlich vorgehen, wie es von den Todeschwadronen in Lateinamerika bekannt ist. Sie nennen sich „Vigilantes“ (Sicherheitsausschüsse), auch „Pitakatis“ oder „A-Team“. Es sind dies zum einen weiße Terrorgruppen des offenen klerikal-faschistischen Lagers, vielfach aber auch gut bezahlte und bewaffnete schwarze und indische „Bürgerwehren“. Angeblich zum Schutz gegen Übergriffe radikaler Schwarzer werden sie auch von (wenigen noch verbliebenen) Gemeinderäten in den Townships und Geschäftsläden angemietet. Meistens gehen sie jedoch nach sog. „hit lists“ gegen bestimmte Personen vor. Entführungen, Mißhandlungen, Brandanschläge etc. zur Einschüchterung der Aktivisten sind an der Tagesordnung. Noch vor der Verhängung des Ausnahmezustands dokumentierte beispielsweise die Bergarbeitergewerkschaft NUM 200 Fälle von Übergriffen der „Vigilantes“ auf Gewerkschafter und ihre Familien allein in einem Bezirk (Südafrika ist in 336 Bezirke aufgeteilt). Die Ermordung etlicher UDF-Repräsentanten geht auf das Konto der „Vigilantes“; ebenso die vorzeitig aufgedeckte „Operation Demolition (Zerstörung)“, ein Kommandounternehmen, das eine Reihe von Attentaten auf prominente schwarze Politiker (u.a. Bischof Tutu) geplant hatte.

Wenn das Regime auch in einigen (wenigen) Fällen erklärt hat, mit solchen Vorgängen nichts zu tun zu haben, sind diese Banden mit dem staatlichen Repressionsapparat jedoch eng verflochten.

„Bruderkrieg“?

Daß es sich bei den Unruhen in erster Linie um Kämpfe rivalisierender schwarzer Gruppen handele und die Intervention der Sicherheitskräfte dem



bekanntgewordenen Zugeständnisse der Kohl-Regierung für die Gewerkschaften wenig hergeben:

- Ein Beschäftigungsprogramm wird abgelehnt;
- bei der Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes soll eventuell die Änderung des Mehrheitswahlrechts bei der Besetzung von Betriebsratsposten entfallen;
- zusätzlich soll eine fälschlicherweise Mitbestimmung genannte Mitsprache des Betriebsrates bei der Einführung neuer Technologien in das Betriebsverfassungsgesetz aufgenommen werden;
- in der Diskussion um die Verwendung der Überschüsse der BfA sollen nicht die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gesenkt werden, sondern die Gelder für berufsqualifizierende Maßnahmen verwendet werden (Einigung Regierung/DGB);
- in der Frage Änderung des Arbeitskampfrechts/§116 ArbZG wird auf eine (kaum wahrscheinliche) freiwillige Einigung der Tarifpartner spekuliert.

Alle diese geringen Zugeständnisse sind zudem im Regierungs- und Kapitalistenlager umstritten. Die Regierung Kohl — hin- und hergerissen zwischen versuchter Einbindung der Gewerkschaften und starkem Druck des wirtschaftsliberalen Flügels — kann sich wieder einmal nicht klar entscheiden.

Für eine Mobilisierung zu den Herbstaktionen gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau besteht also aller Anlaß. Die Linke und die nicht gewerkschaftlich vertretenen Betroffenen vom Sozialabbau sollten allerdings alles unternehmen, das Wenige, was angesichts der Lage in ihrer Macht steht, voll zu nutzen, sich nicht von den Karren eines SPD-Wahlkampfes spannen zu lassen und Mobilisierungstruppen für die Mitbestimmungsvorstellungen des DGB zu stellen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Fortsetzung von vorheriger Seite

werden. Selbst wenn die Botha-Clique zu weitergehenden Zugeständnissen bereit wäre, würde sie vermutlich darüber stutzen, bevor sie auch nur eine einzige Maßnahme durchgesetzt hätte. Die wenigen Weißen, die den Konsens der absoluten Herrschaftssicherung in Frage stellen, müssen mit unerbittlicher Verfolgung rechnen. Jüngste Bilder einer niedergeknüppelten Demonstration weißer Studenten in Johannesburg zeigen nichts als haßerfüllte Polizeigewalt gegen solche „Abweichler“.

Wenn beispielsweise Botha in einem Kommentar der „Frankfurter Rundschau“ bescheinigt wird, er habe sein „entscheidendes Rendezvous mit der Geschichte“ verpaßt (17.8.), so hat das mit der Logik weiß-südafrikanischen Geschichtsbewußtseins nichts zu tun. Seit 300 Jahren ist es den Weißen gelungen, die schwarze Mehrheit von der Macht fernzuhalten; seit 300 Jahren ist weiße Geschichte weiße Herrschaft. Jeder Schritt hin zu ernsthaften Reformen wäre in der Tat politischer Selbstmord — für die Weißen als Herrenrasse.

Möglicherweise wird es in nächster Zeit zur Bildung von gemischten „Beratungsforen“ oder „Regionalräten“ kommen, möglicherweise wird es Gespräche mit Buthelei oder anderen entsprechenden „Repräsentanten“ der Schwarzen geben. Aber: „Es bleibt bei dem Ausgangspunkt der Regierung, daß es aufgrund der Verschiedenheit in der südafrikanischen Gesellschaft weder wünschenswert noch praktikabel ist, alle Bevölkerungsgruppen gleich zu behandeln.“ (Botha in einer Rede im März, nach ANC Bull. 2/85)

Perspektiven des Widerstands

Sämtliche Strömungen der schwarzen Opposition haben als Reaktion auf die Verhängung des Ausnahmezustands erklärt, sie würden den Kampf gegen die Apartheid verstärken und kein Vertrauen mehr in irgendwelche Reformvorschlüsse setzen. In den letzten Monaten gab es häufig Stellungnahmen, daß eine friedliche Entwicklung kaum noch denkbar sei. Dennoch dürften viele mit der Härte des jetzigen Angriffs nicht gerechnet haben. Das Regime hat einen Zeitpunkt gewählt, in dem der spontane Massenprotest und der Zustrom in Organisationen und Gewerkschaften ständig anwächst, dieser Prozeß jedoch noch wenig gefestigt ist.

Die UDF, das größte und von den Positionen her das breiteste Anti-Apartheid-Bündnis hatte ihre Jahreskonferenz im April unter das Motto „Vom Protest zur Herausforderung — Von der Mobilisierung zur Organisierung“ gestellt. Entsprechend ihrem gewaltfreien Selbstverständnis ist es ihr Ziel, das Apartheid-System politisch funktionsunfähig zu machen. Es existieren vermutlich gemäßigte Strömungen innerhalb der UDF, die immer noch auf Verhandlungsmöglichkeiten hoffen. Ihr Minimalkonsens ist jedoch kaum kompromißfähig. „Noch ist es

stieren vermutlich gemäßigte Strömungen innerhalb der UDF, die immer noch auf Verhandlungsmöglichkeiten hoffen. Ihr Minimalkonsens ist jedoch kaum kompromißfähig. „Noch ist es Zeit für das rassistische Minderheitenregime, sich mit den authentischen Führern des Volkes zu beraten — mit dem ausschließlichen Ziel, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen für die schnelle Beseitigung der Apartheid und die Übergabe der Macht an das Volk.“ (nach ANC Bull. 4/85) Als unverzichtbare Forderung werden genannt: Abschaffung sämtlicher Rassen- und „Sicherheits“-gesetze; Auflösung der „Homelands“ und des Wanderarbeitersystems; Aufhebung der Landgesetze und Stop der Zwangsumsiedlungen; Abschaffung des 3-Kammer-Parlamentes sowie aller Marionetteninstitutionen; Auflösung der Streikkräfte, Sondereinheiten und Polizei; Freilassung aller politischen Gefangenen; umfassende Gewerkschaftsrechte; gleiches und demokratisches Bildungssystem.

Boykottkampagnen und Massenproteste werden vermutlich weiterhin die Aktionsformen sein, mit dem Ziel einer engeren Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsbewegung.

Das NF (National Forum), ein kleineres Bündnis verschiedener (ehemaliger) Black Consciousness Strömungen setzt in noch stärkerem Maße auf die Gewerkschaftsbewegung. Ein linker Flügel, vertreten vor allem durch die AZAPO (Azanian People's Organisation), hatte die Debatte um eine sozialistische Orientierung auf die Tagesordnung gesetzt. Er lehnt, trotz Zusammenarbeit in verschiedenen Aktionen, ein engeres politisches Bündnis mit der UDF ab, solange diese mit „liberalen Kräften“ zusammenarbeitet. Daß die AZAPO sich im vergangenen Jahr zur „Avantgarde der schwarzen Arbeiterklasse“ erklärte, drückt zwar eine Linkentwicklung innerhalb der Black Consciousness Strömung aus, über einen organisierten Einfluß in der

Fortsetzung von Seite 1

Nelson Mandela: Wir wollen nicht nur Reformen, die Schwarzen wollen die Macht

Die westlichen Sanktionen — Mit Nadelstichen gegen einen Dickhäuter

Die Republik Südafrika ist ein treues und anerkanntes Mitglied der westlichen Staatengemeinschaft. Sie ist Mitglied der UNO, in der ihre Mitarbeit nur durch erheblichen Druck der schwarzafrikanischen Staaten, unterstützt von den „Dritte-Welt“- und den sozialistischen Staaten eingeschränkt werden konnte, Mitglied im Internationalen Währungsfond (IWF), Mitglied in der GATT-Runde, verbunden mit den USA und Großbritannien über Militärabkommen. Und nicht zuletzt ist sie eine der bevorzugten Handels- und Kapitalpartnerinnen der Westmächte.

10 Prozent der Kapitalinvestitionen in Südafrika sind in ausländischer Hand, davon 40 Prozent (20 Milliarden Mark) in britischer, 20 Prozent in US-amerikanischer (ca. 10 Milliarden Mark); es folgen die BRD mit 7,5 Mil-

liarden und Frankreich mit rund 4 Milliarden Mark. Noch wichtiger für die Kapitalbeziehungen ist die Entwicklung der Kreditgeschäfte. Die gesamten südafrikanischen Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Banken machten 1984 rund 60 Milliarden Mark aus, vier Jahre vorher waren es nur 20 Milliarden. Und diese Steigerung von 200 Prozent geht eben nicht, wie bei den „Dritte-Welt“-Ländern, auf die Aufhäufung von Zinslasten wegen Zahlungsschwierigkeiten zurück, sondern es handelt sich um tatsächliche Investitionen. Im gleichen Zeitraum lag die Direktinvestitionssumme aus der BRD bei 525 Millionen Mark, wobei die Entwicklung bescheidend ist: 1981: 29,9, 1982: 64,7, 1983: 259,6, 1984: 171,2 Millionen Mark. (ZEIT, 2.8.; HB, 14.8.; FAZ, 25.7.85)

Aber eine noch wichtigere Rolle als die Kapitalverflechtungen spielen für die Republik Südafrika die laufenden Handelsverbindungen. Die USA und

die BRD sind die größten Lieferanten Südafrikas. 1984 betrugen die Warenlieferungen aus der BRD 6,6 Milliarden Mark, 33 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Lieferungen aus der gesamten EG haben einen Anteil von 38 Prozent an den Einfuhren Südafrikas. Und auch bei den Ausfuhren Südafrikas spielen wiederum die Westmächte die entscheidende Rolle. Von der EG werden allein 18 Prozent der Ausfuhren abgenommen, die Hälfte der Exportpartner führen hier wieder die USA an, gefolgt von Großbritannien, der Schweiz (Goldgeschäfte), Japan und der BRD. In beiden Richtungen, Import und Export, sind die westlichen Industrienationen mit jeweils über 50 Prozent vertreten, was selbstverständlich zu einer starken Abhängigkeit Südafrikas von diesen Ländern führt.

Dies ist der Hintergrund, vor dem die seit Wochen geführte Diskussion um Sanktionen gesehen werden muß. Zunächst muß festgehalten werden, daß immer nur über Sanktionen im Wirtschaftsbereich geredet wird, für keines der Westländer steht ein Abbruch der Beziehungen, ein Ausschuß aus den internationalen Gremien oder gar eine Aufkündigung der militärischen Zusammenarbeit zur Debatte. Über welche Art von Sanktionen wurde dann noch diskutiert, und welche Wirkungen könnten diese tatsächlich erzielen?

Seit Monaten wird in den USA mit großen Worten um Sanktionen „ge-rungen“, bis schließlich ein lauer Kompromiß zustande kam. Danach soll die Einfuhr von Krugerrandmünzen und die Ausfuhr von Computern, die von den Polizei- und Militärkräften verwendet werden könnten, untersagt werden; weiterhin soll keine Nukleartechnik übermittelt werden, amerikanische Firmen mit mehr als 25 Arbeitern sollen Gleichberechtigung garantieren und es sollen dem Staat keine Bankkredite mehr eingeräumt werden. Diese Maßnahmen sind aber nicht einmal in Kraft, sondern müssen noch durch die Parlamente und hängen dann auch noch von der Entscheidung Reagans ab, der für Angelegenheiten dieser Art ein Vetorecht hat.

Frankreich beschloß einen Maßnahmenkatalog, der dann auch vom Sicherheitsrat der UNO für die Mitglieder empfohlen wurde. Danach soll die Investitionstätigkeit in Südafrika suspendiert, der Verkauf von in Südafrika geprägten Münzen verboten und die Exportrisikogarantie gegenüber Südafrika ausgesetzt werden, Nuklearanlagen und -geräte sowie Elektronik, die in Südafrika eingesetzt werden, sollen suspendiert, der Verkauf von in Südafrika geprägten Münzen verboten und die Exportrisikogarantie gegenüber Südafrika ausgesetzt werden, Nuklearanlagen und -geräte sowie Elektronik, die in Südafrika eingesetzt werden, sollen suspendiert, der Verkauf von in Südafrika geprägten Münzen verboten und die Exportrisikogarantie gegenüber Südafrika ausgesetzt werden.

von Polizei und Militär benutzt werden könnte sollen mit einem Embargo belegt werden. Diese Empfehlung wurde mit 13 Stimmen bei 2 Enthaltungen (USA und GB) angenommen. Aber da es sich nur um eine Empfehlung handelt (ein Beschluß wäre am Veto der USA bzw. GB gescheitert), ist die Wirkung gleich Null, da alle Westmächte umgehend erklärt haben, sich nicht daran zu halten.

Aber selbst dort, wo, wie in Frankreich oder den USA, Maßnahmen beschlossen oder diskutiert werden, haben diese rein kosmetischen Charakter. So würde beispielsweise bei den in den USA diskutierten Maßnahmen allein das Verbot der Einfuhr von Krugerrandmünzen eine tatsächliche Wirkung haben, indem die Deviseneinnahmen gesenkt würden. Aber auch diese Auswirkung ist rein theoretisch, da der Handel mit diesen Münzen nicht verboten wird, somit im Handel mit anderen Ländern als der RSA dieses Verbot unterlaufen werden könnte. Von den Beschränkungen im Nuklear- und Elektronikbereich sind laufenden Geschäfte nicht berührt. Und zum möglichen Verbot von Krediten an die Regierung Südafrikas schreibt die FAZ: „Demgegenüber würde die Unter-sagung weiterer Bankkredite an die Regierung mehr oder weniger nur den bestehenden Zustand festschreiben. Die amerikanischen Großbanken haben schon vor einigen Jahren auf freiwilliger Basis die Kreditvergabe an Pretoria eingestellt. Dafür sind in den vergangenen Jahren die Ausleihungen an südafrikanische Banken und Unternehmen deutlich gestiegen.“ Genau das gleiche trifft auf Frankreich zu, das von den großen Industrienationen bisher als einziges Land Sanktionen beschlossen hat. Die „Liberation“ weist darauf hin, daß der blühende bilaterale Handel von diesen Maßnahmen überhaupt nicht betroffen wird, der immerhin im Jahr 1984 einen Umfang von 2 Milliarden Mark Importen und 1,3 Milliarden Mark Exporten umfaßte. Gleiches gilt für die Kreditgeschäfte. Immerhin sind die französischen Großbanken mit rund 7 Milliarden Mark an den Ausleihungen an Südafrika beteiligt, wobei noch eine besondere Pikaresse hinzu kommt: Seit die „sozialistische“ Regierung die Großbanken 1982 verstaatlichte, haben diese ihr Engagement in Südafrika um 90 Prozent ge-steigert.

Zwecks Imagepflege wird heute versucht fast jede wirtschaftliche Maßnahme, die dazu geeignet ist, als Sanktion zu verkaufen. So meldete beispielsweise das „Handelsblatt“ am 17.8.: „Jetzt befinden sich auch britische Banken auf dem Rückzug aus dem Unruhe-Herd Südafrika.“ Nun, nachdem man schon gesehen hat, wie das bei den amerikanischen Banken läuft, muß man schon etwas genauer hinschauen. Die Meldung beruht auf der Reduzierung eines Anteils der Barclays Bank von 50 Prozent auf 40 Prozent bei einer Tochterbank in Südafrika. Das hat aber ganz und gar nichts mit einer Sanktion zu tun, sondern mit der einfachen Tatsache, daß es ein südafrikanisches Gesetz gibt, nach der ab-bank von 50 Prozent auf 40 Prozent bei einer Tochterbank in Südafrika. Das hat aber ganz und gar nichts mit einer Sanktion zu tun, sondern mit der einfachen Tatsache, daß es ein südafrikanisches Gesetz gibt, nach der ab-

Erklärung des ANC, Mai 85

„Die sorgfältige Bewahrung unserer Einheit ist zu einer unserer wichtigsten Prioritäten geworden. Laßt sie uns mit all unserer Energie, mit unserem Blut und Leben verteidigen, denn unsere Freiheit und soziale Gerechtigkeit hängen von ihr ab. Laßt uns den Feind daran hindern, die vorübergehenden Probleme zwischen der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) und der Azanischen Volksorganisation (AZAPO) auszunutzen. Diese Probleme müssen in der ruhigen Atmosphäre eines politischen Dialogs gelöst werden, da sie keine antagonistischen Widersprüche darstellen. Wir sollten uns nicht ablenken lassen von der richtigen politischen Marschroute, und einem immer beunruhigteren und ängstlicheren Regime die Sache nicht leicht machen. Wir sollten hart arbeiten, um unsere Menschen davor zu bewahren, ahnungslose Werkzeuge der Botha-Malan-Le-Grange-Clique zu werden.“

Die Perspektiven unseres revolutionären Kampfes dürfen nicht verwischt werden. Wir sind entschlossen, das verbrecherische Apartheidssystem mit Stumpf und Feil zu zerstören und auf seinen Trümmern eine wahre nicht-rassistische Demokratie aufzubauen.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir in den Kampf alle demokratischen Kräfte, aus allen rassischen Gruppen und Klassen unserer Bevölkerung ein-

beziehen. Über dieses Prinzip kann es keinen Kompromiß geben.

...

Der Afrikanische Nationalkongreß richtet an alle unterdrückten schwarzen Menschen unseres Landes und an alle ihre demokratischen Verbündeten einen dringenden Appell, alle Abteilungen der demokratischen Bewegung für die nationale Befreiung zu stärken, die zur Zeit alle Ecken unseres Landes ero-bert.

In seiner kürzlichen Botschaft an die Nation erinnerte der Afrikanische Nationalkongreß alle unsere Menschen daran, daß die Periode von uns, jeden von uns — ob in- oder außerhalb des ANC — vor eine ehrfurchtgebietende Herausforderung stellt. Unter der Führung unserer Befreiungsbewegung können und müssen wir diesem Ruf der Geschichte folgen.

Laßt das Blut all unserer Märtyrer, die durch die Kugeln des Feindes fielen, unsere Schlacht um die Freiheit stärken.

Laßt unsere Lösungen sein: Einheit in der Massenaktion — Stellt Euch dem Feind an allen Fronten!

Alfred Nzo, Generalsekretär,
für das Nationale Exekutivkomitee
des ANC, 9.3.1985

Alfred Nzo, Generalsekretär,
für das Nationale Exekutivkomitee
des ANC, 9.3.1985

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir in den Kampf alle demokratischen Kräfte, aus allen rassischen Gruppen und Klassen unserer Bevölkerung ein-

Arbeiterklasse ließe sich jedoch nur spekulieren.

Nach wie vor verhalten sich die meisten Gewerkschaften zurückhaltend gegenüber den politischen Organisationen, teils aufgrund der Repression, größtenteils aufgrund der Überzeugung, der gewerkschaftliche Kampf müsse ein eigenständiger bleiben. Auch wenn es eine große Beteiligung von Gewerkschaftsmitgliedern an den Massenprotesten gibt, ist beispielsweise der Aufruf zum Boykott weißer Geschäfte als Reaktion auf den Ausnahmezustand seitens der NUM eher die Ausnahme.

NF-Vertreter scheinen gegenwärtig bereits das Ende der Aufstände zu sehen. (Nachfolgende Informationen nach einem ausführlichen Interview in „was tun“ 15.8.85). „Das Interesse der Regierung mußte es sein, eine Frühgeburt der Revolte herbeizuführen, um diese schneller zu ersticken.“ Es wird eine „Lateinamerikanisierung“ befürchtet, d.h. eine völlige Zerschlagung der politischen Führung, danach eine lange Phase erfolgreicher Revolten. Die westlichen Imperialisten würden auf längere Sicht versuchen, einen gemäßigten Flügel an die Macht zu bringen, dies würde jedoch ähnlich wie in Zimbabwe mißlingen.

Auch der ANC geht davon aus, daß ein schneller Sieg nicht zu erwarten ist und sieht eine sehr lange, sehr blutige Phase vor sich. Er tritt jedoch für ein offensives Vordringen der gegenwärtigen Konfrontation ein und hat erstmals zur Intensivierung des bewaffneten Kampfes aufgerufen (siehe nebenstehende Erklärungen). Die Parole: „Einheit in der Massenaktion — Stellt euch dem Feind an allen Fronten!“ drückt das Ziel aus, die spontane Massenbewegung sowohl politisch zu orga-

nisieren als auch den wachsenden militanten Teilen eine Kampfperspektive zu geben. Politisch fühlt sich der ANC der UDF verbunden, da er für die Stärkung aller demokratischen Kräfte eintritt. Obwohl auch der ANC vom weißen Terror schwer getroffen sein dürfte, verfügt er über jahrelang aufgebaute Untergrundstrukturen und einen militärischen Flügel, die nicht ohne weiteres zu zerschlagen sein dürften. Die sprunghaft angewachsenen Sympathien für den ANC in den letzten Jahren dürften auch damit zusammenhängen, daß er als einzige Organisation den bewaffneten Kampf tatsächlich führen kann, auch wenn er diesen bewußt nur als Teil des Kampfes propagiert. „Der ANC könnte den Kampf der Ideen gewonnen haben“ (ANC Bull., 6/85), befürchtete Dr. Tom Lodge, Politikwissenschaftler der Universität von Witwatersrand.

bl., Hamburg

Quellen:
Tagespresse
ANC Bulletin 2-8/85
was tun — Bellage 15.8.85
The Economist, 23.8.85

* Die Black Consciousness Bewegung war die radikale Bewußtseinsbewegung, die mit den Soweto-Aufständen ihren Höhepunkt erreichte. Nach dem vollständigen Verbot ihrer Organisationen 1976 schloß sich ein Teil dem ANC im Untergrund an, ein anderer reorganisierte sich später in verschiedenen Gruppierungen, die heute durch das National Forum (NF) repräsentiert werden. Neben einer starken sozialistischen Strömung wie der AZAPO existieren auch im NF gemäßigte Kräfte, und es wird nicht ausgeschlossen, daß sich das NF an der Frage der sozialistischen Orientierung spalten könnte (z.B. gehörte Bhecho Tulu zu den Gründungsmitgliedern des NF). Siehe dazu auch AK 258: „Die Entwicklung der Befreiungsbewegung“.



Johann Coetzee, Polizeiminister

Den Aufstieg zum Polizeiminister verdankte Johann Coetzee u.a. der Tatsache, daß er im Sicherheitsdienst für die Koordinierung der Infiltration von Oppositionsgruppen zuständig war.

„Die Leute erzählen von Männern, die sich mit Müttzen tarnten und unter Abhängen von ... Freiheitsliedern“ und „Befreiungsparolen“ durch die Straßen stürmten. Jugendliche aus den Townships, die sich ihnen anschlossen, würden nicht mehr wiedergesehen. In den Ghettos macht man dafür unverblümt die Polizei verantwortlich, der man vorwirft, durch den Einsatz von „agents provocateurs“ die schwarze Bevölkerung aufzuwiegen zu wollen“ (NZZ, 24.7.85).

„In Dubuza .. besucht ein Informant eines unserer politischen Treffen, wo wir unsere Freiheitslieder und Slogans singen. Der geht dann zur Polizei und bringt den Polizisten unsere Lieder bei. In der Nacht kommen sie dann in unsere Straßen, dabei tragen sie nicht ihre Uniformen, sondern Overall. Sie singen diese Lieder und klatschen die gleichen Rhythmen wie unsere Jungen ... (Alan Boesak im BBC am 22.7., nach „faz“, 25.7.85)

1986 die Beteiligungen ausländischer Banken an südafrikanischen auf unter 50 Prozent gesenkt werden müssen. Hinzukommt auch noch, worauf ein Sprecher der Bank hinwies, daß diese Reduzierung keinesfalls eine Desinvestition sei, denn das Geld bleibt selbstverständlich in Südafrika.

Was können Sanktionen bringen?

Immer wieder wird von den Apartheidgegnern die Forderung nach Sanktionen erhoben. Fast alle entscheidenden Staaten haben dies bisher abgelehnt, auch die Bundesregierung. Das immer wieder vorgebrachte Argument ist, daß dies doch nur die Schwarzen treffen würde. Wer aber kann dem Präsidenten der USA, einer ausgesprochen rassistischen Gesellschaft, tatsächlich abnehmen, daß dies sein Motiv ist? Wer kann es den Herrschenden der BRD abnehmen, daß das Schicksal der Schwarzen für sie Leitlinie des Handelns ist, wo es in diesem Land tagtäglich staatlichen Rassismus gegen ausländische Teile der Bevölkerung gibt?

Ein anderes Argument ist, wirtschaftliche Sanktionen würden nichts bringen, hätten noch nie etwas gebracht. Das stimmt sicherlich dann, wenn die Sanktionen derart sind wie vorher beschrieben. Diese Art Sanktionen müssen insbesondere bei einem Land wie Südafrika, das eine hochentwickelte kapitalistische Wirtschaft hat, fehlschlagen. Die Frage, ob mit wirtschaftlichen Sanktionen etwas zu erzwingen ist, kann nicht mit Sicherheit beantwortet werden. Aber schlicht Unsinns bzw. Scheinhelligkeit ist es, wenn Sanktionen nur noch als „Nachweis unbefleckter Moralität“ behandelt werden (wie in einem ZEIT-Kommentar). Selbstverständlich ist es für die südafrikanische Regierung von entscheidender Bedeutung, ob ihr zusätzlich zu den innenpolitischen Schwierigkeiten auch noch außen- und wirtschaftspolitisch aufgehalten werden. Anders herum: wenn sie außen- und wirtschaftspolitisch den Rücken frei hat, kann sie mit aller Kraft gegen den. Anders herum: wenn sie außen- und wirtschaftspolitisch den Rücken frei hat, kann sie mit aller Kraft gegen den schwarzen Freiheitskampf zu Felde ziehen. Auch wenn sich Analogieschlüsse nicht unbedingt ziehen lassen, so soll doch auf das Beispiel Rhodesien, heute Zimbabwe, hingewiesen werden, wo das weiße Regime nachgibt, als die britische Regierung ihre weitere Unterstützung versagte. Die entscheidenden Faktoren für den Sturz des Smith-Regimes lagen zwar bei den Befreiungskämpfen, doch für den Zeitpunkt des Sturzes spielte das Verhalten der britischen Regierung eine wichtige Rolle.

Aber es gibt doch einen wichtigen Unterschied zu Rhodesien/Zimbabwe: Dort war der Kampf schon soweit fortgeschritten, daß auch von den Briten nur noch über die Übergabe der Macht an die Schwarzen verhandelt werden konnte. Sie standen vor der Alternative, das weiße Rassenregime noch ein oder zwei Jahre zu stützen, damit aber jegliche Verhandlungsmöglichkeit gegenüber den Schwarzen zu verspielen. Sie entschieden sich Smith fallenzulassen, als sein Sturz offensichtlich wurde.

Soweit ist die Entwicklung in Südafrika noch nicht fortgeschritten. Gerade deshalb ist die ganze Politik der Westmächte darauf ausgerichtet, eine Zuspitzung der Auseinandersetzung auf die Entscheidung schwarz oder weiß zu verhindern. Die Westmächte wollen kein schwarzes Südafrika, sie halten mit allen Mitteln am weißen Regime fest. Eine wesentliche Rolle hierfür dürfte die Bedeutung spielen, die Südafrika in militärischer Hinsicht durch seine Lage hat. Da aber die jetzt stattfindenden Auseinandersetzungen bewiesen haben, daß es sich nicht mehr nur um spontane Aufstände handelt und der bewußte und organisierte Kampf aufgenommen hat, verstärkt sich die Furcht auch in Südafrika, daß die Zeit des Umsturzes heran. Dies ist der eigentliche Grund, weshalb die südafrikanische Regierung von den Westmächten gedrängt wird, Verhandlungen mit den Organisationen der Schwarzen aufzunehmen.

Die Westmächte haben längst für sich entschieden, daß mit den Organisationen der Schwarzen geredet werden muß. So üben die eine vergleichsweise erstaunliche Zurückhaltung gegenüber den Organisationen des Widerstandes. In jeder anderen Region der Welt würden Reagan, Thatcher und Kohl nur die „kommunistische Bedrohung“ beschwören. Nicht so in Südafrika, obwohl beispielsweise der ANC seine guten Beziehungen zu den sozialistischen Staaten nicht verheimlicht. Mit ihrer Forderung nach einem Dialog mit dem Widerstand stoßen die Westmächte bei den Rassisten auf weitgehend taube Ohren, und Washington und Bonn stehen vor dem Di-

lemma, sich auf keinerlei Opposition (beispielsweise eine sozialdemokratische Partei) innerhalb der weißen Lager stützen zu können. So bleibt nur der Weg der „kleinen Reformen“.

Die Botha-Rede: Nichts geht

Deutlich wird diese Politik im Zusammenhang mit der Botha-Rede. Nach Gesprächen des südafrikanischen Außenministers mit Vertretern der USA, der BRD und GB wurde diese Rede mit allerlei Vorgriffen versehen. Erwartet wurden entscheidende Schritte zum Abbau der Apartheidsgesetze, die Aufhebung des Ausnahmezustands und die Freilassung Nelson Mandelas. Der Erwartungsdruck in den westlichen Medien wurde so hoch geschraubt, daß sich die südafrikanische Regierung einige Tage vor der entscheidenden Rede genötigt sah, diesen Erwartungen entgegenzutreten. Man weiß nicht, ob die Versprechen von Außenminister Botha gegenüber den Regierungsvertretern der USA, der BRD und GB größer gewesen sind und ob die südafrikanische Regierung nachträglich einen Rückzieher gemacht hat, oder ob von Anfang an mit falschen Karten gespielt wurde. Jedenfalls wurde durch die Botha-Rede keine der Erwartungen erfüllt. Stattdessen kam wiederum die weiße Rassenbotschaft herüber, daß das Land bei Aufgabe der weißen Herrschaft in „Chaos und Armut“ versinken würde. Die Rede war schließlich so unbedeutend, daß kaum eine Zeitung es für nötig hielt, sie zu zitieren.

Die Erwartungen der dialogbereiten Kräfte formulierte Zulu-Führer Buthelezi: „Alles, was Botha anbieten werde, ... werde ohne Bedeutung sein, wenn der Ausnahmezustand andauere und die anderen Bedingungen nicht erfüllt werden.“ (nach FAZ, 17.8.)

Damit waren die Weichen gestellt. Außer der US-amerikanischen Regierung, die von einer „wichtigen Erklärung“ sprach, kamen aus allen anderen Ländern mehr oder weniger kritische Stimmen. Der generelle Tenor ist, „zu wenig, zu spät“ angeboten worden sei, wobei bezeichnenderweise fast niemand über die „kleinen Reformen“ spricht, die in der Rede verkündet wurden. Treffend kommentiert die der südafrikanischen Regierung nahestehende Zeitung „Rapport“: „Eine langsam verlaufende Evolution ist auch gefährlich. Wenn die Reformschritte zu langsam sind, haben sie an Bedeutung verloren, wenn es endlich soweit ist, dann sind die Forderungen längst viel höher geschraubt.“ (nach FAZ, 19.8.)

Genau an diesem Punkt ist die Auseinandersetzung nun angekommen. Nelson Mandela ließ durch seine Frau Winnie erklären, die Zeit für gemischt-rassige Konferenzen über die Zukunft Südafrikas sei vorbei. Jetzt könne es nur noch um die Umstände der Machtübergabe an die Schwarzen gehen (nach FAZ, 22.8.). Bischof Tutu, von den westlichen Medien bevorzugter Sprecher der Schwarzen, der nach Verhängung des Ausnahmezustands die Regierung zu Gesprächen aufforderte, schlug jetzt nach der Rede Bothas ein angesetztes Gespräch zwischen der Regierung und den Bischöfen aus, weil Gespräche mit dieser Regierung nichts brächten.

Dies fällt zusammen mit der Ankündigung des ANC, seine Aktionen militärischer Art auszuweiten. Tony Seadat, Sprecher des ANC in Bonn, erklärte, der ANC werde die Unterstützung des Regimes durch westdeutsche Firmen nicht länger hinnehmen, auch diese würden jetzt zu Zielen des ANC.

Damit hat der ANC klar gemacht, daß es ihm nicht um „kleine“ und auch nicht um „große Reformen“ geht, sondern um eine andere Gesellschaft, in der die Schwarzen als absolute Mehrheit der Bevölkerung die Macht haben. Gerade einen solchen Umsturz wollten die Westmächte mit ihren „Reformvorschlägen“ verhindern. Wir müssen davon ausgehen, daß es hierüber sicherlich noch keine Einigkeit im schwarzen Lager gibt, aber es drückt sich darin die Stimmung aus, die heute die Diskussion in Südafrika beherrscht. Und dies sollte auch der Maßstab für die Unterstützung des Kampfes sein. Wenn wir in der BRD von der Bundesregierung Sanktionen gegen Südafrika fordern, dann nicht um Druck zu machen, daß über Reformen geredet wird, sondern damit sich die Verhältnisse grundlegend verändern und dem Regime der Boden unter den Füßen weggezogen wird. Niemand sollte sich der Hoffnung hingeben, daß dieses Ziel in kurzer Zeit zu erreichen ist, aber die gegenwärtigen Auseinandersetzungen geben Hoffnung, daß es mehr als ein spontanes Aufbegehren ist.

»Das Land unregierbar zu machen!« Erklärung des ANC, April 85

In den vergangenen Jahren hatte der ANC den Schwerpunkt auf die politische Mobilisierung gelegt und betont, daß der Übergang zum Volkskrieg erst möglich sei, wenn die Mehrheit der schwarzen Bevölkerung die bewaffnete Strategie unterstütze.

Im Januar 1985 erfolgte der erste Aufruf zur Intensivierung des bewaffneten Kampfes und zur Stärkung des militärischen Flügels Umkhonto We Sizwe.

In den folgenden Erklärungen wird die Ausdehnung der Kämpfe propagiert:

„Die Ereignisse in unserem Land bewegen sich mit erstaunlicher Schnelligkeit. In unserer Botschaft vom 8. Januar riefen wir auf zur Intensivierung unserer Befreiungsoffensive an allen Fronten, zur Umwandlung von mehr und mehr Orten in revolutionäre Massenbasen, und zur Notwendigkeit, weitere Schritte zu unternehmen, um das Land unregierbar zu machen.“

Nur drei Monate sind vergangen, seit dieser Aufruf erfolgte, und schon hat die Welle des Volkswiderstandes und der aktiven Verweigerung neue Höhen erreicht. Das Gesicht unseres Landes verändert sich vor unseren Augen:

— In den schwarzen Ghettos der städtischen Gebiete wurde die Legitimität der unterschiedlichen Behörden nicht nur angegriffen, sondern großteils zerstört. Die meisten derjenigen, die der weißen Herrschaft in den sog. Stadtteilen dienten, haben den Zorn der Menschen zu spüren bekommen. Aber viele haben mit ihrem Rücktritt den Forderungen der Menschen entsprochen.

das Volk zu schützen, die Kollaborateure zu bekämpfen und um an bestimmten Punkten gegen das bewaffnete Personal des Feindes zurückzuschlagen.

— Die Menschen, unerschrocken durch massive staatliche Repressionen, demonstrieren immer wieder offen, daß der ANC ihr legitimer und umfassender Führer auf dem Weg zur Volksmacht ist.

Auf Seiten des Volkes beginnen die Bedingungen für einen revolutionären Sprung nach vorn zu reifen. Auf Seiten der herrschenden Klasse hat die wirtschaftliche und politische Krise neue Höhepunkte erreicht. Klar ist, daß die Rassisten nicht in der bisherigen Weise weiterregieren können. Das bankrotte und verbende Regime wird von jenen, die Waffen zu seiner Verteidigung tragen, am Leben erhalten. Alle seine Versuche, alternative Lösungen zu finden, schlagen fehl.

Alle Reformen Bothas, geschaffen, um den entstehenden revolutionären Angriff zu stören, kosten sogar eher kraftvolle Massenkämpfe aus. Die versprochene Änderung der Sexualitätsgesetze ist das letzte pathetische Manöver. Es ist eine weitere Geste, um den ausländischen Verbündeten der Apartheid zu helfen, sich dem anstehenden internationalen Druck nach umfassender Isolierung Südafrikas entgegenzustellen. Wirkliche Liebe über die Farbgrößen hinweg wird es geben, wenn Südafrika vollständig frei sein wird.

— Wir rufen unsere national unterdrückte Arbeiterklasse auf, die Ge-

werkschaftsbewegung zu stärken und zu einigen und die Waffe der Arbeitermacht am Arbeitsplatz im Kampf für nationale Befreiung zu schärfen.

Ein lang andauernder Streik, mitgetragen von unseren unterdrückten Gemeinschaften und unterstützt von bewaffneten Aktivitäten, kann das Rückgrat des Apartheidsystems brechen und das Regime auf die Knie zwingen. Alle Partisanen, die in Industriegewerkschaften aktiv sind, müssen die Lehren aus den kürzlichen Streiks in Transvaal und im Ostkap ziehen, und ihr Augenmerk auf gemeinsame nationale Streiks und landesweite Massenkämpfe richten.

— Wir rufen unsere Gemeinschaft in den schwarzen Ghettos auf, die zusammenbrechenden Räte der Regierungshandlanger durch Volkskomitees in jedem Block zu ersetzen, die zu Embryos der Volksmacht werden könnten.

— Wir rufen unser Volk und besonders unsere kämpfende Jugend in jeder schwarzen Gemeinschaft, Schule und Universität auf, Wege zu finden, sich in kleinen mobilen Einheiten zu organisieren, die das Volk gegen unsoziale Elemente schützen und in organisierter Weise in beiden Gebieten, in weißen und schwarzen, gegen den Feind und seine Handlanger vorgehen werden.

Jedes schwarze Gebiet muß ein „verbotenes Gebiet“ für jeden isolierten Einzelnen oder Stoßtrupp der Polizei oder bewaffneten Einheiten des Feindes werden.

Nationales Exekutivkomitee des ANC, 25.4.85



— Das Dreikammerparlament hat seine vollständige Unfähigkeit in der gegenwärtigen Krise gezeigt und wird weiterhin gemieden. Die Bantustans werden allgemein verachtet.

— Qui organisierte Streiks in begrenzten Gebieten haben wieder einmal die Aufmerksamkeit auf die potentielle Kraft der organisierten Arbeiter gelenkt, die herrschende Klasse in die Knie zu zwingen.

— Die Menschen lehnen schwarze Polizisten und Soldaten durch ihre Aktionen, daß in unseren Gemeinschaften kein Platz für jeden ist, die die Uniform der Apartheid tragen und die Befehle ausführen, ihre Brüder und Schwestern zu töten, zu verstümmeln und zu foltern.

— Alle Anstrengungen, unsere kämpfenden Schüler und Studenten zu zähmen, sind gescheitert und mehr und mehr Schulen und Universitäten werden zu Fanalen für die Freiheit.

— Die fortgesetzten Zusammenstöße in den Straßen mit den bewaffneten Kräften des Feindes zeigen, daß unsere Menschen in großer Zahl nicht nur eine neue Ordnung in unserem Lande wünschen, sondern auch bereit sind, nötigenfalls, um dies zu erreichen, ihr Leben zu opfern.

— Angefeuert durch das heiklenhafte Beispiel des Umkhonto We Sizwe, suchen mehr und mehr Jugendliche nach Wegen, sich selbst in wirkungsvollen Kampfeinheiten zu organisieren, um

Buchbesprechung/Südafrika »Mythos Deutsch-Südwest — Namibia und die Deutschen«

Dieses, 1983 im Beltz-Verlag erschienene Buch haben Helga und Ludwig Helbig geschrieben. Beide unterrichteten zwei Jahre lang an der Deutschen Schule in Lüderitzbucht. „Der Aufenthalt in „Südwest“ hatte uns politisiert. Aber noch fehlten uns die Kategorien, um das Erlebte rational aufzuarbeiten. Es folgten Jahre intensiven Studiums der namibischen Geschichte, der Geschichte des Rassismus, der Geschichte Südafrikas. Drei ausgedehnte Reisen durch Namibia und Südafrika in den Jahren 1978, 1980 und 1983 schlossen sich an. Wir engagierten uns in der Anti-Apartheid-Bewegung und in der evangelischen Frauenaktion „Südafrika“, schreiben die Autoren in ihrem Vorwort.

Sie fügen hinzu: „Namibia — das sind verdrängte Kapitel deutscher Geschichte. Hier fand der erste Völkermord statt, den Deutsche begingen. Hier gab es die ersten Konzentrationslager der deutschen Geschichte. Hier wurde dreißig Jahre vor Hitler deutsches Herrenmententum praktiziert. Hier wurde die schwarze Bevölkerungsmehrheit in ein Unterdrückungssystem gepreßt, das Südafrika nachhals

in seine Apartheidspolitik übernehmen konnte. Namibia ist ein Prüfstein, der zeigt, wie ernst wir es mit dem Kampf gegen den Faschismus meinen. Es ist auch ein Prüfstein dafür, wie ernst es uns mit den Menschenrechten ist, wie ernst es uns mit der Demokratie ist. Die Mehrheit der Namibier und die SWAPO wollen ein demokratisches Namibia. — Ihnen gilt unsere Solidarität.“

Auf fast 300 Seiten dokumentieren die Autoren die Geschichte Namibias, wo heute von den rund 75.000 Weißen ein Drittel (25.000) Deutsche leben, vom vorkolonialen Namibia Anfang des 19. Jahrhunderts über den Völkermord (1904 - 1907) bis zur Entstehung der SWAPO und der südafrikanischen Terrorherrschaft, die Bonner Namibia-Politik eingeschlossen. Ein äußerst lesenswertes Buch.

E.

Helga und Ludwig Helbig:
»Mythos Deutsch-Südwest.
Namibia und die Deutschen.«
Beltz Verlag 1983.

Dohnanyi und Südafrika Beispiel für doppelte Moral

Aufmerksamkeit erregte der Hamburger Bürgermeister, als er Ende Juli massiv einer Politik der Sanktionen gegen Südafrika widersprach. Dohnanyi hatte kurz zuvor, anlässlich des Psychoanalytiker-Kongresses in der Hansestadt wohlgesetzte Worte gegen den Faschismus gesprochen. Diplomatie freilich war schon immer seine hohe „Kunst“, wie ein Blick in die Vergangenheit beweist.

Botha und die Seinen in Pretoria können sich auf Hamburgs I. Bürgermeister weiterhin verlassen. Das war schon zur Regierungszeit von Vorster (Pretoria) und Schmidt (Bonn) so. Damals war Klaus von Dohnanyi Staatsminister im Auswärtigen Amt und zeitweise Spitzenkandidat der rheinland-pfälzischen SPD für den dortigen Ministerpräsidenten-Posten. 1979 gab es in diesem Zusammenhang einen Wahlkampf, den einige Jungsozialisten und aktive Menschen aus der Solidaritätsbewegung mit außenpolitischen Diskussionen anreicherten. Ganz oben auf der Tagesordnung der Dohnanyi'schen Auftritte standen somit die militärisch-nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika und die Frage der Verschwundenen in Argentinien, um deren Freilassung sich die damalige Bundesregierung dermaßen „heftig“ bemühte, daß die Betroffenen monatelang vergeblich auf ein Einreisevisum in die BRD warteten. Auf Flugblättern, die in der rheinland-pfälzischen Provinz im Januar 1979 verteilt wurden, standen übrigens auch Fragen wie diese: „Warum schenkt Bonn dem Herrn Flick die Millionen DM Steuern? Ein Thema, das noch länger die Öffentlichkeit bewegen sollte ... Die Antworten des Klaus von Dohnanyi waren darauf genau so wahr und schlüssig — wie seine zu Südafrika.“

Nachfolgend ein kurzer Streifzug durch die gesammelten Dementis des ehemaligen Staatsministers zu Südafrika und dessen militärisch-nukleare Aufrüstung durch die BRD.

Schon 1977 staunte Dohnanyi nicht schlecht, als er sich auf einer SPD-Kreiskonferenz in Neuwied (Rheinland-Pfalz) massiven Vorwürfen gegen Bonn in Form eines ausgelegten Flugblatts gegenüber sah. Die weithin sichtbare Textüberschrift „Bonn: Bomben für Südafrika“ schien ihn in starke Erregung zu versetzen. Noch bevor er das Podium betrat, eilte er zu den in der Nähe des Saaleingangs sitzenden Jungsozialisten und fragte erobert, was das solle. Ihn wunderte nicht, daß immer wieder die gleichen, unwahren Behauptungen aufgestellt würden; es gäbe halt immer Leute, die nicht dazu lernen wollten. „Es gibt keine Zusammenarbeit“ auf nuklearem oder militärischem Gebiet zwischen der Bundesrepublik und Südafrika, ließ von Dohnanyi den fragenden Juso wissen. Etwas anderes glaube auch niemand mehr. Der Juso aus der Provinz wollte dem Herrn aus Bonn jedoch nicht glauben und erinnerte an die zweifelsfrei vorhandenen „Andersgläubigen“ in Schwarzafrika, der UNO und dem Weltrat der Kirchen. Auch in Lagos sei anlässlich einer Anti-Apartheid-Konferenz noch darüber gesprochen worden. Beweise für die enge Zusammenarbeit mit den Rassistens am Kap hatte der ANC kurz zuvor in Bonn auf einer Pressekonferenz vorgelegt.

Auf verschwundene Briefwechsel zwischen südafrikanischen staatlichen Stellen und der STEAG Essen (Firma, die Südafrika bei der Entwicklung eines Urananreicherungsverfahrens beihilft) wollte von Dohnanyi lieber nicht eingehen. Vielmehr bezeichnete er den Jung-Genossen als „schönes Mädchen, dies ist genau so wahr, wie das andere“ — was jener sagte. Die Tischnachbarn wunderten sich nicht wenig über den diplomatischen Stil des Ministers. Statt nun bei seinem eigentlichen Thema

„Europa-Wahlen“ zu bleiben, sah sich der Mann aus Bonn nochmals veranlaßt, auf den vor seinen Augen und auf allen Tischen liegenden Handzettel einzugehen. Nun jedoch mit oft wiederholten und vielfach widerlegten Bonner Standarddementis und beleidigenden Vorwürfen. Die zum Großteil auf Berichtig in „Spiegel“ (31/77) und „Stern“ (32/77) bezugnehmenden Anlagen des Flugblatts nannte er „Lügen“, das Blatt bezeichnete er als „jüngerisches Pamphlet“.

Dem in der folgenden Diskussion nachfragenden Juso aus Neuwied empfahl er, „dazuzulernen“, er habe „nichts gegen Naivität“, aber es sei gut, „den Verstand mit Erfahrung anzureichern.“ Erregt rief der als Jurist

sonst vorsichtige Herr: „Sie verbreiten doch hier Lügen.“ Doch solche Fragen sollten seine Laufbahn auch weiterhin stören. Am 19.1.79 beispielsweise klagte die „FAZ“ in Schwarzafrika: „... allein noch so hoch und heilig vorgebrachten deutschen Beteuerungen, es gebe eine solche Zusammenarbeit nicht, einfach keinen Glauben.“ Dohnanyi, mit solcher Pressemeldung im Rheinland-Pfälzischen wieder per Flugblatt konfrontiert: „Das sind alles Fragen, die mit Recht beunruhigen.“ Soweit, so richtig. Allerdings „arbeitet die Bundesrepublik nicht nuklear mit Südafrika zusammen. Wir ... (Anmerkung: aristokratische Form für „ich“) — Wir Wilhelm Kaiser von Gottes Gnaden ...“, also „Wir haben das immer wieder gesagt.“

Angesprochen auf Dokumente, die eben diese laut Herrn Staatsminister nicht existente Zusammenarbeit mit dem Apartheid-Staat belegten, wie beispielsweise eine Korrespondenz zwischen dem immer noch in seinem Bonner Amt befindlichen Staatssekretär im Bundesministerium für Forschung und Technologie, Hans Hilger Haunschild und Dr. A.J.A. Roux, Präsident des Atomic Energy Board, Pretoria: „... Das ist eine Verkürzung des Briefs und deshalb verfälscht. Wenn Sie die ganzen Briefe ansehen, erfahren Sie das Gegenteil von dem, was dort in der Broschüre (des ANC, Anm.) zitiert ist. Es handelt sich um eine scheinbare Dokumentation. Der Brief ist nicht ganz abgedruckt. Wir haben das Gegenteil von dem getan, was da drin steht ...“ Dohnanyi wurde sichtbar nervös und wiederholte sich ständig ... Er hatte auch allen Grund dazu. Staatssekretär Haunschild hatte seinen südafrikanischen Verhandlungspartner schriftlich um allerstrikteste Geheimhaltung gebeten — der ANC konnte es dokumentieren!

Zum Ärger Dohnanyis funktionierte die Rückkopplung zwischen afrikanischen

Diplomaten und den Dritte-Welt-Aktivistinnen in der rheinland-pfälzischen Provinz. Was der Herr von Adel in Lagos oder Arusha zusammenlog, wurde ihm in Linz oder Neuwied präsentiert. So entpuppten sich angebliche „Gespräche“ zwischen v. Dohnanyi und beispielsweise dem Leiter der Weltkampagne gegen die militärisch-nukleare Zusammenarbeit, Abdul S. Minty, als „Monologe“ und stürmischen Einreden, ohne große Chancen für den „Gesprächspartner“, dem



Herrn aus Bonn zu antworten. Von Dohnanyi machte daraus später — ganz staatsmännisch — ein „interessantes Gespräch mit Herrn Minty“.

Noch Monate nach diesem „interessanten Gespräch“ wartete Minty vergeblich auf die von Dohnanyi in Aussicht gestellten Gegenbeweise.

Zur Frage des Wirtschaftsboykotts gegen Südafrika meinte Dohnanyi da-

mals: „Schwarze Gewerkschaften sind gegen ein Wirtschaftsboykott, deshalb auch die Bundesregierung ...“

Nun sind viele der schwarzen Gewerkschafter inzwischen für den Boykott, folglich müßte der Herr Bürgermeister doch — seiner Logik folgend — ebenfalls dafür sein. Mitnichten.

Auch zum Rüstungsexport allgemein wußte der Staatsminister Verblöfendes zu erzählen: „Waffenhandel der Bundesrepublik ist minimal, in erster Linie NATO ...“ Seit 1963 striktes Waf-

gesprochen, daß beispielsweise auch der Leiter der metallurgischen Abteilung der südafrikanischen Atomenergiebehörde, ein Bundesbürger namens H.D. Denkhuis, seit 1961 in Südafrika ist (damals verließ der Mann die Kernforschungsanlage Karlsruhe) und dennoch weiter die bundesdeutsche Staatsbürgerschaft behalten kann — erklärte v. Dohnanyi: „Wir können ihm doch nicht die Staatsbürgerschaft aberkennen. Ich würde nicht bestreiten, daß das vorkommen kann, daß ein Deutscher in Südafrika an führender Stelle arbeitet ...“

Tatsächlich kann die Bundesregierung via Botschaft den Fuß einziehen — so jüngst erfolgt bei Herrn Zundel in Ottawa, der von Kanada aus Neonazi-Material in die BRD sandte.

Die Zusammenarbeit mit Südafrika geht auf allen Feldern weiter. Auch die Militärschaft Hamburgs. So hat der Hamburger Senat „keine Einwände gegen Exportgeschäfte von MBB, die im Rahmen geltender Gesetze abgewickelt werden“. Gefragt hatte der GAL-Abgeordnete Rainer Schmidt, ob „der Senat und seine Vertreter in den Führungsgremien von MBB diese Unternehmenspolitik mittragen“, als deren Ergebnis Polizeihubschrauber nach Südafrika exportiert werden. (Drucksache 11/4560)

Geändert haben sich von Dohnanyi und die Seinen lediglich in einer Hinsicht: Sie sind älter geworden.

Eines war dem Herrn bisher nicht vergönnt, obwohl er es bereits bei der Anti-Apartheid-Konferenz in Lagos 1977 prophezeite: „Ich werde persönlich dafür sorgen, daß die Sache vom Tisch kommt“. Die Sache — die Vorwürfe wegen der atomaren und militärischen Zusammenarbeit mit Südafrika — ist immer noch drauf, auf dem Tisch.

AK-Leser aus Neuwied

Ziviler Belagerungszustand in der Türkei

Dauer mit den stereotypen Mahnungen vor „der Rückkehr zu Anarchie und Terror“ nicht zufrieden ist und die bürgerliche Opposition ihre Zeit gekommen sieht, sich als Kämpfer für die Demokratie in Erinnerung zu bringen.

Amnestie und Belohnung für Kronzeugen

Gegenwärtig sitzen etwa 70.000 Verurteilte und Untersuchungshäftlinge in

den türkischen Knästen, davon rund 6.000 politische Gefangene. Diese Zahl wird in der nächsten Zeit ansteigen, da die Zahl der Angeklagten in den politischen Massenprozessen weit über 10.000 liegt. In den letzten beiden Jahren ist schon ein Großteil derjenigen entlassen worden, die nur ein Strafmaß von 1 - 5 Jahren zu erwarten hatten.

1983 beendete Juntschef Evren die damalige Diskussion um eine Amnestie mit dem Verweis auf die Verfassung. Doch insbesondere die Angehörigen der politischen Gefangenen machten

Spendenauftrag für die politischen Gefangenen in der Türkei



Fünf Jahre nach dem Putsch sitzen immer noch 6.000 politische Gefangene in den Knästen der Türkei — im ganzen Land und in Kurdistan werden immer noch Massenverhaftungen durchgeführt. Die Gefangenen brauchen unsere Solidarität. Diejenigen, die nach jahrelanger Haft freigelassen werden, sind oft durch die Haftbedingungen und Forderungen krank und müssen behandelt werden. Auch sind die Anwaltskosten in den Massenprozessen

von den Angehörigen der Gefangenen nicht aufzubringen. Benötigt werden vor allem regelmäßige Spenden! Wir haben daher einen Solidaritätsfonds eingerichtet und fordern Euch auf, diese Arbeit durch einen monatlichen Beitrag von 10,- DM zu unterstützen.

Spendenkonto:
Katharina v. Kernenbrock
Kto.-Nr. 1281-609367 (BLZ 250 500 00)
Hamburger Sparkasse

Demonstration gegen die Militärdiktatur in der Türkei
Samstag, 7.9.85 um 11 Uhr
Köln, Ebertplatz

unermüdlich mit Aktionen und Demonstrationen auf die Situation in den Gefängnissen aufmerksam und gewonnen so große Sympathie für die Forderung nach Amnestie. „Leert die Kerker — Generalamnestie“ war die zentrale Parole der Menschen auf zwei Demonstrationen in Ankara und Istanbul.

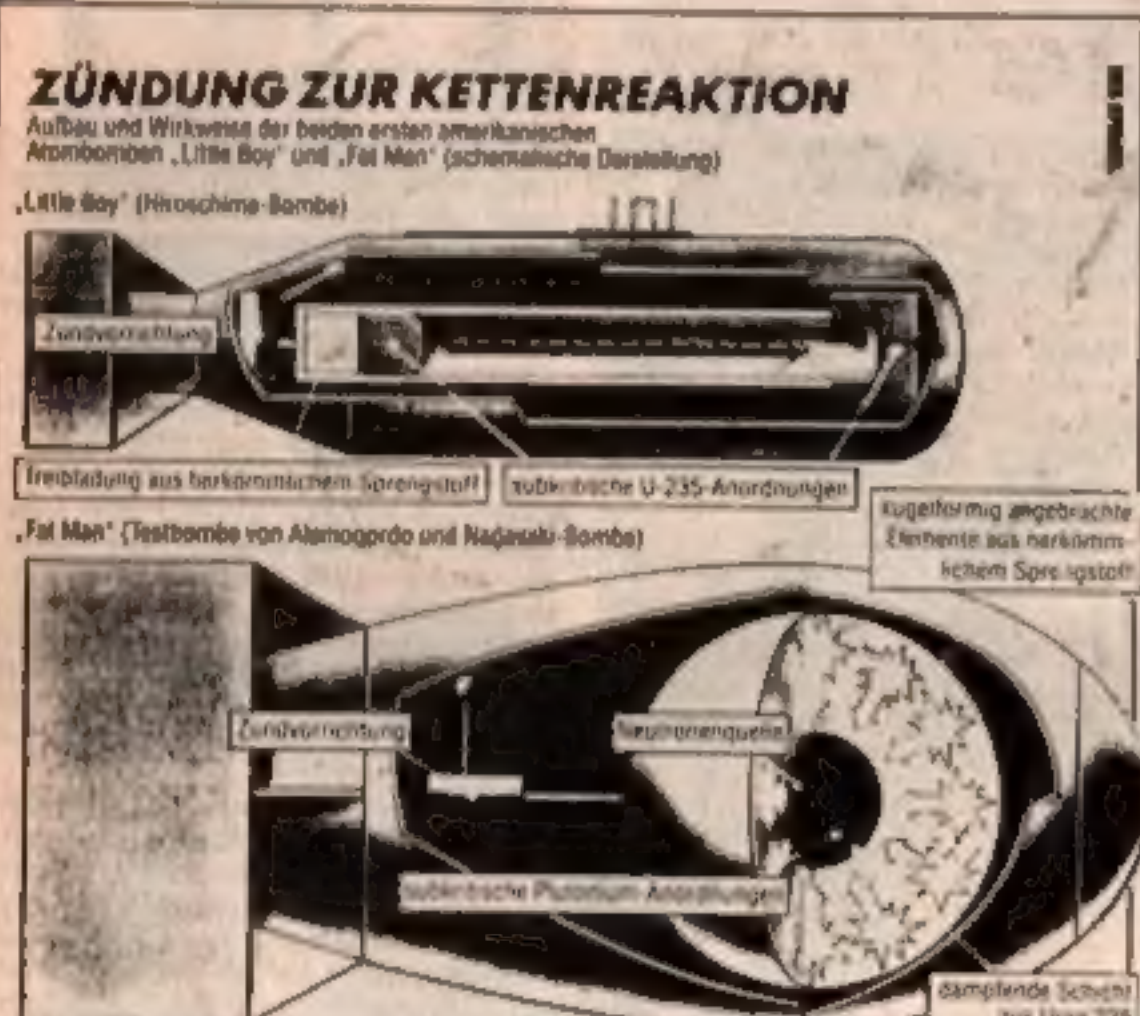
Im Mai dieses Jahres wurde ein sog. „Reuegesetz“ erlassen, das denjenigen sehr weitreichende Zusicherungen gewährte, die als Kronzeugen vor Gericht auftreten wollen. Straferlaß, Gesichtsoperationen oder Versetzung in den Auslandsdienst wird für die Kollaboration mit der Regierung geboten. Das Regime scheint sehr viel Wert darauf zu legen, daß sich Oppositionelle öffentlich und damit propagandistisch auswertbar vom Widerstand distanzieren.

Zeitgleich brachte die regierende ANAP den Vorschlag für eine „begrenzte Amnestie“ ein. Unter dieser Amnestie sollten im wesentlichen die rechten politischen Gefangenen fallen und sämtliche Spielarten von Wirtschaftskriminalität, Steuerhinterziehung und Betrug.

Die Gefängnisse sind überfüllt, und die Diskussion um die Amnestie ist wieder in der Öffentlichkeit entflammend. Im Parlament wurde eine Kommission mit der Aufgabe eingesetzt, einen Entwurf für die Amnestie vorzubereiten, die jedoch alle politischen Gefangenen ausschließen sollte. Die sozialdemokratischen Kräfte SODEP und HP fordern eine „umfassende“ Amnestie, die jedoch die politischen Gefangenen ausschließen soll, die eine Gewaltanwendung gegen den Staat befuhrten. Spätestens zum Jahrestag der Republik soll ein Amnestiegesetz verabschiedet werden.

Unsere uneingeschränkte Solidarität muß allen revolutionären und demokratischen Gefangenen gelten: Freiheit für alle politischen Gefangenen in der Türkei — Generalamnestie!

Chondria/Hamburg



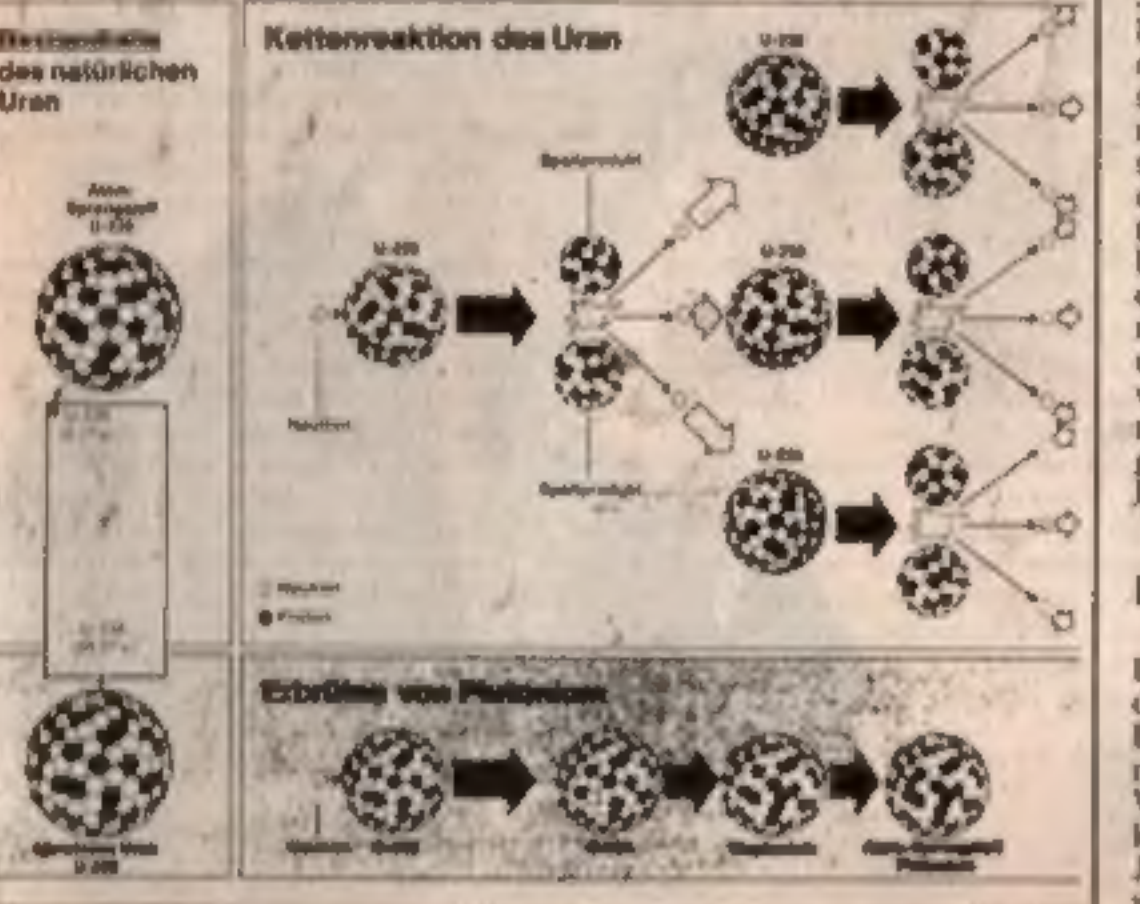
Bei der über Hiroshima abgeworfenen Uran-Atombombe wurden im Augenblick der Zündung die beiden subkritischen Anordnungen aus Uran 235 durch eine Art Kanonenrohr mit Hilfe einer herkömmlichen Treibladung zur „überkritischen“ Masse vereint, in der die Kettenreaktion in millionstel Bruchteilen von Sekunden abhiel. Bei der in Nagasaki gelegenen und in Nagasaki erstmals eingesetzten Plutonium-Bombe mußten die Wissenschaftler eine andere Anordnung wählen. Um ein vorzeitiges Auseinanderfallen und Verpuffen des Plutoniums zu verhindern, umgaben sie die beiden subkritischen Plutonium-Halbkugeln mit einer kugelförmigen Anordnung von gleichgeformten Ladungen herkömmlichen Sprengstoffs sowie einer dampfenden Schicht aus Uran 238. Nach der Zündung preßten diese Sprengladungen die beiden Plutonium-Halbkugeln zur überkritischen Masse zusammen, die Neutronenquelle im Inneren setzte die atomare Kettenreaktion in Gang.

Wie funktioniert eine Atombombe?

Das Prinzip der Atombombe beruht auf dem Prinzip der Spaltung von Atomkernen (oder bei der Wasserstoffbombe auf dem der Verschmelzung auf dem Prinzip der Spaltung von Atomkernen (oder bei der Wasserstoffbombe auf dem der Verschmelzung), wobei ein Teil der Masse direkt in Energie umgewandelt wird. Schwere Atomkerne haben eine größere Instabilität als leichte, besonders dann wenn im Kern die Anzahl der Protonen und Neutronen unterschiedlich ist. Das führt dazu, daß in der Natur schwere Atome, Uran oder noch größere, ohne äußere Einwirkung zerfallen. In einem solchen Prozeß entstehen zwei kleinere Atome (beim Uran beispielsweise Barium), eine Reihe von freien Neutronen und Energie hauptsächlich in Form von Wärme und Strahlung. Diesen Vorgang nennt man Radioaktivität, die entsprechenden Stoffe radioaktiv. Der Zeitraum, in dem von einem beliebigen Zeitpunkt aus gesehen, die Hälfte des Stoffes zerfällt, ist immer gleich und wird Halbwertszeit genannt. Diese bewegt sich je nach Stoffen zwischen Stunden, Tagen oder in kosmischen Größenordnungen.

Dieser Vorgang, die Spaltung eines Atom, kann auch künstlich durch das Beschießen mit Neutronen hervorgerufen werden. Dabei werden wiederum Neutronen frei (bei der Uranspaltung bis zu zehn), die wieder weitere Spaltungen hervorrufen (Kettenreaktion).

Der entscheidende Schritt hin zur Bombe besteht nun darin, eine schnell ablaufende Kettenreaktion zu erzeugen, die das gesamte Material in Bruchteilen von Sekunden spaltet. Es wurde festgestellt, daß bei



»The Culmination of three Centuries of Physics«

Vor 40 Jahren: Abwurf der ersten Atombombe über Hiroshima

„Als Messeoffizier Charles Perry um 10.30 hörte, daß der Schlag erfolgreich war, wandte er sich an seine Köche und rief: „Die Party geht los!“. Die Küchenröme der 509ten wurden das Zentrum der Aktivitäten von Charles Perry zur Vorbereitung der Feier für die Heimkehr der Sieger. Seine Leute bereiteten Hunderte von Pasteten für einen Freß-Wettbewerb, stellten Riesennuggets Bier und Limonade kalt, produzierten Tausende von hot dogs, schnitten Fleisch und Salami für sandwiches, mischten Kartoffel- und Obstsalate.“

Vier Flaschen Freibier ohne Rationskarten für jeden wurden spendiert. Es gab hot music, einen jitter bug Wettbewerb und abends einen Film mit Sonja Henie und Michael O'Shea. Rat an die Partygäste auf dem Einladungszettel: „Zieht euch alte Klamotten an!“ (1)

Schauplatz der Party war die Pazifikinsel Tinian. Anlaß der Freude war die Premiere einer völlig neuen Bombe, die um 8.16 am Morgen des 6. August 1945 präzise ins Zentrum der japanischen Stadt Hiroshima abgeworfen worden war. Seit September 1944 war die nur zu diesem Zweck gebildete Spezialeinheit, die 509th Composite Group, perfekt auf ihre Aufgabe vorbereitet worden. Zuerst auf einem Luftwaffenstützpunkt im US-Staat Utah, dann mit einem vierwöchigen Spezialtraining auf Kuba, und seit Anfang Juli 1945 befanden sich die Bombercrews mit ihren B-29 auf Tinian.

Spezialtraining auf Kuba, und seit Anfang Juli 1945 befanden sich die Bombercrews mit ihren B-29 auf Tinian. Hier war seit der Einnahme durch US-Truppen im August 1945 der größte Stützpunkt für die Bombardierung Japans aufgebaut worden. Von Tinian aus startete am 9. August 1945 erneut eine Gruppe von B-29, um die zweite Atombombe auf eine japanische Stadt zu werfen. Es traf die Bevölkerung von Nagasaki, weil das erste Ziel auf der Liste, die Stadt Kokura, unter dichten Schlechtwetter-Wolken lag. Damit war der Vorrat an einsatzbereiten Atombomben erschöpft. Eine dritte Bombe hätte erst Ende August oder Anfang September zur Verfügung gestanden. Auf der Liste möglicher Ziele befanden sich noch die Städte Kokura und Niigata. Aber auch ein Abwurf über Tokio war in der Diskussion. Am 14. August kapitulierte Japan.

Der 40. Jahrestag der Vernichtung Hiroshimas bietet Anlaß für Mahnungen aller Seiten, daß „dies“ sich niemals wiederholen dürfe. Je nach Standort und Interessenlage erfahren wir, daß der Einsatz zweier Atombomben den Krieg beendet und damit Hunderttausenden das Leben gerettet habe, oder daß er militärisch überflüssig und verbrecherisch war. Japan sei schon vorher reif zur Kapitulation gewesen. Der Einsatz der Atombombe habe nur politischen Zwecken gedient, vor allem der Einschüchterung und Erpressung der Sowjetunion.

Beide Interpretationen gehen an der Tatsache vorbei, daß die militärische Anwendung der Atombombe nicht allein und nicht einmal hauptsächlich von den konkreten Bedingungen im Sommer 1945 aus zu verstehen ist: Altkaiser seit 1942 war es das Ziel der US-Regierung, die Atombombe schnellstmöglich zu produzieren und militärisch einzusetzen. Die bloße Tatsache der Arbeit an dieser Waffe wurde vor dem damaligen Kriegsverbündeten, der Sowjetunion, bis zuletzt absolut geheimgehalten. Daraus ergibt sich eindeutig die strategische Absicht, nach Abschluß des 2. Weltkriegs über eine qualitativ völlig neue Waffe zu verfügen, die den USA entscheidende militärische und politische Vorteile gegenüber der Sowjetunion als neuem Hauptkonkurrenten sichern sollte.

Die Atomlücke wird entdeckt

Die Aufnahme der ersten Arbeiten für die amerikanische Atombomben-Entwicklung 1939 wurde begründet mit der Furcht, daß Deutschland einen Vorsprung auf diesem Gebiet haben könnte und vielleicht schon in wenigen Jahren über Atombomben verfügen würde. Was dies in Verbindung mit der

zu jedem Verbrechen und Risiko bereiten Machtpolitik der NS-Regierung bedeutet hätte, ist offensichtlich. Hartnäckig wird in diesem Zusammenhang die Legende weitergetragen, der Bau der Atombombe sei von Einstein in einem Brief an Roosevelt empfohlen worden. Einstein hat diesen Brief nicht geschrieben, sondern lediglich auf Drängen befreundeter Physiker unterzeichnet. Der Bau der Atombombe wird darin nicht explizit vorgeschlagen. Nicht einmal Spekulationen über den Stand der Arbeiten in Deutschland werden dort angestellt, sondern nur auf die Tatsache verwiesen, daß die NS-Regierung den Export von Uranerz aus der besetzten Tschechoslowakei eingestellt hatte.

Inzwischen ist nachgewiesen, daß es den deutschen Atomforschern zwar nicht unbedingt an schlechtem Willen zur Arbeit an der Atombombe fehlte, aber daß auf dem Weg dorthin wenig investiert und wenig erreicht wurde. (2) Ob Deutschland überhaupt dazu fähig gewesen wäre, unter dem Druck zunehmender Kriegslasten riesige Finanzmittel und ein Heer von Beschäftigten auf die Arbeit an einem Projekt mit ungewissen Erfolgsaussichten anzusetzen, ist zu bezweifeln. Es ist bezeichnend, daß Hitler erstmals und nur höchst oberflächlich im Juni 1942 über das Thema informiert wurde, während Roosevelt sich seit Ende 1939 ständig über den Gang der Forschungen und Arbeiten auf dem Laufenden halten ließ.

Die Arbeiten bis zur Einsatzbereitschaft der ersten Atombomben kosteten



Projektleiter Groves im Gespräch mit dem Bankier Alexander Sachs, der 1939 den ersten Kontakt zwischen den Atomphysikern und Präsident Roosevelt vermittelt hatte.

ten über 2 Milliarden Dollar - gemessen an den damaligen Rüstungsausgaben der USA eine riesige Summe, und ein Vielfaches von dem, was man zu Anfang der Arbeiten vorausgeschätzt hatte. In der direkten Produktion wurden zeitweise über 200.000 Menschen beschäftigt; vielfältige Zuliefer-Arbeiten kamen hinzu. Es war bei weitem das größte und teuerste militärische Projekt, das es weltweit bis dahin gegeben hatte. Und dieses gigantische Unternehmen wurde strikt geheimgehalten, also auch der parlamentarischen Ausgabenkontrolle entzogen. Der spätere Präsident Truman, so wird berichtet, sei 1944 als Abgeordneter auf den geheimnisvollen großen Ausgabenposten gestoßen und habe peinliche Nachfragen gestellt; er habe sich dann aber mit der Auskunft zufrieden gegeben, daß es sich um eine kriegswichtige Geheimsache handele. Dieses Projekt war überhaupt nur unter Kriegsbedingungen möglich, und wohl auch nur unter den Bedingungen dieses konkreten Krieges gegen einen extrem verabscheuungswürdigen Gegner. Anders als in den Jahren nach 1945 waren bis zum Zweiten Weltkrieg die Militärausgaben der USA in Friedenszeiten gleichbleibend minimal gewesen.

Die Öffentlichkeit ist seither daran gewöhnt, daß in den USA jeder eigene qualitative Sprung in der Aufrüstung mit Furcht vor einem Vorsprung des Gegners gerechtfertigt wird. Mal ist es die Raketen-Lücke, mal die SS-20, dann wieder das Fenster der Verwundbarkeit und die bedrückende sowjetische Überlegenheit im Weltraum. Bereits die Aufnahme der Arbeiten an der Wasserstoffbombe nach 1945 wurde

mit der völlig absurden Propaganda-These begründet, die Sowjetunion könnte an dieser Waffe arbeiten. (Tatsächlich brauchte die Sowjetunion noch bis 1949, um eine erste Atombombe zu testen, und das war eine unvermeidliche Voraussetzung für den Bau einer Wasserstoffbombe).

Im Unterschied zu den späteren Vorgängen gingen jedoch 1939 die Warnungen vor einer künftigen deutschen Atombombe weder von den Militärs noch von interessierten Rüstungsproduzenten aus. Sie kamen in erster Linie von Physikern, die aus Europa in die USA emigriert waren, wie den Ungarn Leo Szilard, Eugene Wigner und Edward Teller (Teller wurde später zum „Vater der Wasserstoffbombe“), und dem Italiener Enrico Fermi. Es kann unterstellt werden, daß ihre Sorge vor einer Vergewaltigung der Welt durch deutsche Atomwaffen echt war. Viele von ihnen wandten sich 1945 gegen den Abwurf der Bombe auf japanische Städte oder wollten mindestens eine demonstrative Warn-Explosion vor internationalen Beobachtern in einer unbewohnten Gegend vorschalten, um den Japanern noch eine Chance zur Kapitulation zu geben. Indessen vereinfacht auch die Behauptung, „die Väter der Bombe“ hätten sich allesamt schaudernd von ihrem Werk abgewendet, die Dinge unzulässig: Oppenheimer, Fermi, Compton und Lawrence empfahlen im Juni 1945 ausdrücklich den „direkten militärischen Einsatz“ der Bombe anstelle einer Demonstrations-Explosion. Teller wurde wenig später zum „Vater der Wasserstoffbombe“.

Hat Hitler die Bombe?

Zumindest bis ins Jahr 1943 wurde in den Kreisen, die über das Thema informiert waren, an der Version festgehalten, man wisse über mögliche Arbeiten am gleichen Gegenstand in Deutschland überhaupt nichts, und Hitler könne vielleicht schon 1944, sogar noch vor den USA, Atomwaffen zur Verfügung haben. Inzwischen, nämlich 1942, waren in den USA die nötigen Schritte getan worden, um die Arbeit an der Atombombe aus dem vergleichsweise bescheidenen Forschungsstadium in die Dimension der kostenintensiven Großproduktion unter direkter militärischer Kontrolle zu überführen. Bis November 1941, einen Monat vor dem Kriegseintritt der USA, waren 16 Einzelprojekte mit einem Gesamtwert von 300.000 Dollar genehmigt worden. 1942 gab es einen sprunghaften Ausgaben-Anstieg auf über 16 Millionen Dollar, und 1943 einen zweiten Sprung auf 345 Millionen. Die vorläufige Spitze wurde 1944 mit 940 Millionen erreicht. (3)

Kann für die 1942 getroffene strategische Entscheidung, die Arbeiten an der Bombe qualitativ und quantitativ enorm auszuweiten und so mit einiger Unvermeidlichkeit den Kriegseinsatz von Atomwaffen anzusteuern, tatsächlich noch die gleiche Furcht vor der deutschen Bombe geltend gemacht werden, die 1939 real bestanden hatte und begründbar gewesen war? Einige Überlegungen zu dieser Frage: Begründet mit der Notwendigkeit zur maximalen Geheimhaltung des gesamten

Fortsetzung von vorheriger Seite

Unternehmen waren für Entwicklung und Anwendung der Atom Bombe spezielle, hochzentralisierte Entscheidungsstrukturen geschaffen worden. Das bedeutete zum Beispiel, daß im militärischen Führungssektor in erster Linie Kriegsminister Henry Stimson und Stabschef George Marshall voll informiert waren, jedoch anscheinend nicht das zentrale Gremium, die Joint Chiefs of Staff (JCS). Praktisch hatte das zur Folge, daß die gesamte strategische Planung der Kriegsoptionen niemals die künftige Verfügbarkeit von Atomwaffen berücksichtigte. Das gilt selbst für den letzten strategischen Plan vom Juni 1945, der Landungen in Japan im November 1945 und im März 1946 vorsah, ohne die Atom Bombe überhaupt zu erwähnen.

Trotzdem muß die Verfügbarkeit von Atomwaffen selbstverständlich ein strategischer Faktor von erheblicher Bedeutung gewesen sein. Erst recht, falls man ernsthaft von dem Risiko ausging, es könnte auf diesem Gebiet einen Wettlauf mit Deutschland geben: Hatte Deutschland deutlich früher als die USA Atomwaffen einsetzen können, bestand sogar die Gefahr einer ungünstigen Kriegsausgang. Kein Zweifel also, daß die militärischen Geheimdienste der USA (und Großbritannien) sich über den Stand der Dinge größtmögliche Kenntnis zu verschaffen suchten. Vermutlich waren diese Kenntnisse präziser, als es aus den bisher bekannten Darstellungen hervorgeht. Außerdem muß es Wege der Informationsvermittlung zwischen den Geheimdiensten einerseits und den Entscheidungsstrukturen für das Bomben-Projekt andererseits gegeben haben. Der Leiter des Atom Bomben-Projekts, Groves, schreibt, daß zunächst die verschiedenen Geheimdienste separat zu Atom-Fragen gearbeitet hätten. Im Herbst 1943 jedoch wurde die gesamte geheimdienstliche Arbeit für diesen Bereich der Kontrolle durch Groves unterstellt (4).

Ebenso müssen bei den Stabschefs einige Informationen über den Stand des Atomprojekts im eigenen Land wie auch beim Gegner vorgelegen haben. Denn die langfristige Zeitplanung mußte diesen Faktor berücksichtigen. Nun ist bekannt, daß die Gesamtstrategie der USA (und Großbritannien) die direkte Intervention in Europa eher verzögert als beschleunigt hat. Die entscheidende Landung in Frankreich („Zweite Front“) wurde mehrfach verschoben, und noch 1944 hatten die USA gegen Japan mehr Kräfte im Einsatz als in Nordafrika und Europa. Es gibt die politische Deutung, daß die Westalliierten die Eröffnung der „Zweiten Front“ aus politischen Gründen verschleppt hätten, weil ihnen an der nachhaltigen Schwächung der Sowjetunion gelegen war: Die So-

„Zweite Front“) wurde mehrfach verschoben, und noch 1944 hatten die USA gegen Japan mehr Kräfte im Einsatz als in Nordafrika und Europa. Es gibt die politische Deutung, daß die Westalliierten die Eröffnung der „Zweiten Front“ aus politischen Gründen verschleppt hätten, weil ihnen an der nachhaltigen Schwächung der Sowjetunion gelegen war: Die So-

Auch wenn man diese Deutung nicht akzeptiert, bleibt festzustellen, daß die Strategie der USA in dieser Sache von starkem Sicherheitsdenken und vom Prinzip der Minimierung eigener Verluste bestimmt war. Diese Strategie wäre jedoch unverhältnismäßig riskant gewesen, falls die Gefahr einer deutschen Atom Bombe bestanden hätte. Anders gesagt: Hätten die USA sich mit der Landung in Frankreich bis zum Juni 1944 Zeit gelassen, wenn sie 1942/43 noch ernsthaft befürchtet hätten, es könne auf atomarem Gebiet einen deutschen Vorsprung oder auch nur Gleichstand geben? Die amerikanische Strategie machte nur deshalb Sinn, weil man sicher sein konnte, daß die Zeit gegen die gegnerische Kriegskoalition arbeitete. Die Betonung liegt auf dem Wort „sicher“.

Manhattan Project

Im Oktober 1939 wurde auf Veranlassung von Roosevelt das Advisory Committee on Uranium (kurz: Uranium Committee) gebildet, das die Forschungsarbeiten beaufsichtigen und dem Präsidenten Bericht erstatten sollte. Im Juni 1940 wurde das Komitee dem neugebildeten National Defense Research Committee (Verteidigungsforschung) unterstellt. Das NDRC gehörte zu der Vielzahl von Zentralstellen, die nach dem deutschen Überfall auf Polen, aber noch vor dem direkten Kriegseintritt gegründet wurden, um die US-Wirtschaft auf den Krieg umzustellen. Somit war NDRC-Chef Vannevar Bush nächst dem Präsidenten der Verantwortliche für die Atomwaffen-Forschung.

Im Juni 1941 wurde, gleichfalls unter Bush als Director, als übergreifende Behörde das Office of Scientific Research (OSRD) gebildet, dem das NDRC und auf diesem Wege auch das Uranium Committee angegliedert waren. Im



Plutonium-Produktionsanlage in Hanford

November 1941 wurde das Komitee aus dem NDRC herausgelöst und direkt dem OSRD unterstellt. Es war inzwischen, in veränderter Besetzung, zur Uranium Section (oder S-1) des OSRD geworden. Leiter von S-1 wurde James Conant, zugleich neuer Chef des NDRC.

Im Oktober 1941 bildete Roosevelt als höchstes Kontroll- und Entscheidungsgremium für das Bomben-Projekt die Top Policy Group. Sie bestand aus Roosevelt, seinem damaligen Vizepräsidenten Wallace, Kriegsminister Stimson, Stabschef Marshall sowie Bush und Conant. In Sachen Atomwaffen war damit eine überparlamentarische, nahezu diktatorische Instanz geschaffen worden.

Im Sommer 1942 folgte zum einen eine erhebliche Ausdehnung des Projekts, und zum anderen seine direkte Anbindung an die Armee: Innerhalb des Corps of Engineers (5) wurde eigens ein neuer Bezirk geschaffen, genannt Manhattan District, weil das Hauptbüro in New York war. Er war für alle militärischen Aspekte der Sache zuständig, und die Arbeit an der Atom Bombe erhielt nun den Namen Manhattan Project. Im September 1942 wurde der Manhattan Engineer District der Leitung von Lieutenant General Leslie Groves unterstellt. Praktisch bedeutete das, daß Groves für sämtliche Teile des Vorgangs — vom Bau der Fabrikanlagen und der Produktion bis zur konkreten Einsatzplanung — unmittelbar verantwortlich

war. Selbst um fernere Dinge wie die Auswahl von Grundstücken, die Kontrolle der geheimdienstlichen Zusammenarbeit (s.o.) und die Sicherung möglichst großer Uran-Bestände für die USA kümmerte sich Groves. Ihm übergeordnet war nur noch die Top Policy Group. An Groves' politischem Standort besteht kein Zweifel: „Nachdem ich zwei Wochen zuständig für dieses Projekt war, gab es für mich nie eine Illusion darüber, daß Rußland unser Feind ist. Auf dieser Grundlage wurde das Projekt betrieben. Ich war überhaupt nicht einverstanden mit der Stimmung im ganzen Land, daß Rußland ein risikoreicher Verbündeter sei...“ (6).

Menschen, die mit Groves zu tun hatten, bezeichneten ihn auch als Antisemiten und Faschisten, was vermutlich emotionale Übertreibungen sind, die dennoch einiges aussagen. Gewiß ist, daß Groves der Richtige auf diesem Platz war. Er war im Übrigen beispielsweise Pragmatiker genug, den jüdischen Physiker Oppenheimer 1942/43 als Leiter des Los Alamos-Komplexes zu stützen, als diesem Kontakte zu Kommunisten vorgeworfen wurden. Man muß es Groves glauben, wenn er in seiner Darstellung des Manhattan Project später schrieb: Für ihn habe es niemals den geringsten Zweifel gegeben, daß die Atom Bombe zum militärischen Einsatz bestimmt war, und daß dies auch für keinen der verantwortlichen Politiker, einschließlich Roosevelt, jemals zweifelhaft gewesen sei. (7)

Bis zum Herbst 1942 hatte sich die Arbeit an der Bombe nur auf der Ebene der Grundlagenforschung in einer Reihe von Labors entwickelt. Nun wurde es nötig und möglich, große Produktionsanlagen für die Produktion von angereichertem Uran (U-235) und von Plutonium zu bauen und zu betreiben. Ende 1942 waren wesentliche Anlagen betriebsfertig. In Los Alamos wurde seit Frühjahr 1943 unter Leitung von Robert Oppenheimer ein Zentrum geschaffen, das die vielen noch offenen Probleme des eigentlichen Bomben-Baus bis zur Einsatzreife zu lösen hatte.

Einsatzplanung

Wann und in welchem Umfang Atom Bomben zur militärischen Verwendung bereit sein würden, war im frühen Stadium der Arbeiten nur ungenau voranzutragen. Es überlagerte die Erwartung, daß erste Bomben im Sommer 1944 zur Verfügung stehen könnten. Noch im April 1944 ging Groves in einem Bericht an den Kriegsminister davon aus, daß eine erste Bombe vielleicht noch Ende des Jahres fertig sein könnte, sicher aber in der ersten Jahreshälfte 1945. Diese Erwartung mußte im August 1944 korrigiert werden. Grund dafür waren in erster Linie Entwicklungsschwierigkeiten der Plutonium Bombe. Aber selbst jetzt noch wurde spekuliert, daß im Januar 1945 möglicherweise eine Bombe bereit sein könne.

Die Vorbereitungen für den militärischen Einsatz der Bombe hatten inzwischen längst begonnen. Als Trägerflugzeug war die B-29 vorgesehen: Nur sie, die „Superfortress“, hatte die nötige Ladekapazität, um die überschweren und sperrigen ersten Bomben-Typen zu transportieren. Für einen Angriff auf die japanischen Inseln war die B-29 zudem der einzige Bomber mit der erforderlichen Reichweite. Die B-29 wurde erst im Sommer 1944 in den Krieg eingeführt. Sie war eine Neukonstruktion, die besonders auf den pazifisch-ostasiatischen Kriegsschauplatz zugeschnitten war und tatsächlich ausschließlich dort eingesetzt wurde. (9) Noch während die B-29 im Stadium der Testflüge und baulichen Veränderungen war (Ende 1943-Frühjahr 1944), wurden 15 Stück einer Sonderversion in Auftrag gegeben, die für den Abwurf von Atom Bomben geeignet sein sollte. Um dies zu ermöglichen, mußten an der Normalversion der B-29 noch erhebliche Umbauten vorgenommen werden. Im März 1944 begannen Tests, bei denen modifizierte B-29 mit Bombenmodellen operierten, die in Gewicht und Form schon so genau wie möglich den späteren Uran- und Plutonium Bomben entsprechen sollten. Schon 1943 war eine andere Voraussetzung der Atom Bomben-Abwürfs bis zur Test-Reife gelangt: ein spezieller Zünder, der die Explosion beim Erreichen einer bestimmten Entfernung vom Boden auslöste. Später auch für konventionelle Bomben benutzt, war er für die Atom Bombe ein absolutes „Muß“.

Fortsetzung nächste Seite

vom Boden auslöste. Später auch für konventionelle Bomben benutzt, war er für die Atom Bombe ein absolutes „Muß“.

Fortsetzung nächste Seite

„The Culmination of three Centuries of Physics“

(Isidor Rabi, Physiker und Mitarbeiter am Manhattan Project, über die Atom Bombe)

„Fat man“, die Plutonium Bombe, die über Nagasaki detonierte (oben) und „Little Boy“, die Uran Bombe, die Hiroshima zerstörte (unten)



Es zeigte sich bald, daß man die anfallenden Kosten extrem unterschätzt hatte. So hatte man beispielsweise für die Anlagen in Oak Ridge (U-235-Trennung) 1942 noch mit 35 Millionen gerechnet. Tatsächlich beliefen sich allein die Baukosten dort auf rund 300 Millionen (bis Ende 1946), plus 200 Millionen Betriebskosten und weitere kleinere Aufwendungen. (8)

Die einzige Sprache, die Tiere verstehen

„The only language they seem to understand is the one that we have been using to bombard them. When you have to deal with a beast you have to treat him as a beast.“

(Präsident Roosevelt an Samuel McCrea Cavert, 11.8.45. Zitiert nach Barton J. Bernstein: Roosevelt, Truman and the Atomic Bomb. In: Political Science Quarterly, vol. 90/1975)



Fortsetzung von vorheriger Seite

Im September 1944 begann die Aufstellung einer Spezialeinheit für den Atombomben-Einsatz, genannt 509th Composite Group. Sie bestand außer den Bomber-Besatzungen in Einheiten für Wartungsarbeiten und andere technische Hilfsdienste. Basis war der Luftwaffenstützpunkt Wendover/Utah.

Im Oktober 1944, sobald die ersten umgebauten B-29 in Wendover eingetroffen waren, begannen Tests und Übungsflüge. Dafür gab es nun explosive Übungsbomben, wieder mit den voraussichtlichen Abmessungen der ersten Atombomben. Die Bombercrews hatten sich in erster Linie in der Kunst zu vervollkommen, diese Bomben aus großer Höhe mit maximaler Präzision in Zielkreise von wenigen Hundert Metern Radius zu werfen. Das war wichtig, weil später auch die Atombomben so genau wie möglich an die Zielpunkte platziert werden sollten. Selbst bei dem realen absoluten Vernichtungsradius der ersten Atombomben von etwa einem Kilometer hätten Zielabweichungen von Tausend Metern oder mehr das gewollte Ergebnis deutlich beeinträchtigt. Zudem unterschätzte man 1944 die Kraft der ersten verfügbaren Bomben erheblich.

Im Januar 1945 wurden 10 Bomber der Spezialeinheit zu einem Training nach Kuba verlegt. Es ging vor allem um das Üben von längeren Flügen bei Dunkelheit und über offener See. Die restlichen 5 Bomber-Crews setzten das tägliche Training in Wendover fort.

Ebenfalls im Januar 1945 wurde die Marianen-Insel Tinian als Einsatzstandort der 509ten ausgewählt. Mehrmonatige Arbeiten begannen, um den vorhandenen Luftwaffenstützpunkt der zusätzlichen Aufgabe entsprechend herzurichten. Zur gleichen Zeit wurde in Los Alamos eine Abteilung gebildet, die sich mit nichts anderem als dem Transport und der Herrichtung der Bomben zum unmittelbaren Abwurf in Los Alamos eine Abteilung gebildet, die sich mit nichts anderem als dem Transport und der Herrichtung der Bomben zum unmittelbaren Abwurf zu beschäftigen hatte. Im Mai 1945 wurden die ersten Teile der 509ten von Wendover nach Tinian verlegt. Als Letzte folgten die Bombercrews mit ihren B-29 im Juli 1945. Zu Übungszwecken flogen sie nun Angriffe mit überschweren Bomben, die ähnliche Maße wie die Plutoniumbombe hatten, gegen Japan. Das sollte auch dazu dienen, die japanische Abwehr an einzelnen operierenden B-29 zu gewöhnen.

Am 16. Juli, dem zweiten Tag der Potsdamer Konferenz, wurde in Alamogordo/New Mexico testweise die erste Plutoniumbombe gezündet. Technischer Zweck dieses Tests war es erstens, sich Gewißheit über das lange Zeit problematische Zündsystem dieser Bombe zu verschaffen (10), und zweitens die ersten empirischen Daten über Kraft und Wirkung der Bombe zu gewinnen. Diese übertraf mit dem Äquivalent von 20.000 Tonnen TNT (herkömml. Sprengstoff) die kühnsten Prognosen. Die Schätzungen hatten unmittelbar vor dem Test bei 1000 bis 5000 Tonnen TNT gelegen.

Die Tatsachen zeigten, daß seit 1944 eine militärische Eigendynamik in Gang gebracht worden war, die wenig zu tun hatte mit der konkreten Frage, unter welchen politischen Bedingungen die Bombenabwürfe schließlich stattfinden und ob sie überhaupt noch nötig gewesen wären.

Zielplanung

Die Atombombe erwies sich in der Praxis als eine strategische Waffe, in dem Sinn, daß ihr zweimaliger Einsatz die politische Bereitschaft des Gegners zur Kapitulation herbeiführte oder zumindest vollendete. In dieser Funktion hatte man die neue Waffe ursprünglich nicht gesehen. Gedacht war, soweit es die erste verfügbare Generation der neuen Waffe anging, eher an eine Gefechtsfeldwaffe, also an ein taktisches System, wie man heute sagen würde. Man unterschätzte nämlich einerseits bei weitem die Kraft der Bombe (anfangs auf ein Zwanzigstel oder Vierzigstel des realen Wertes), überschätzte hingegen das Tempo, mit dem eine größere Anzahl von Atombomben produziert werden könnten.

Wie Alperowicz (siehe Literaturliste) schreibt, war die Atombombe noch zur Zeit der Jalta-Konferenz (Februar 1945) als taktische Waffe vorgesehen gewesen; Jülicher Marshall habe sie in Verbindung mit den geplanten Landungen auf den japanischen Hauptinseln verwenden wollen. Insgesamt 9 Bomben sollten gegen japanische Militärkonzentrationen eingesetzt werden, um die Landung der US-Truppen an mehreren Stellen der Insel Kyushu zu erleichtern. Bereits im Mai 1945 hatte das Military Police Committee (11) sich mit Überlegungen beschäftigt, die erste Atombombe gegen die japanische Flotte einzusetzen. (12)

Diese Pläne gingen zwar davon aus, mit der Atombombe eine weit überlegene militärische Waffe zur Verfügung zu bekommen, zielten aber noch nicht auf die sofortige Beendigung des Krieges durch den abschreckenden Einsatz von ein oder zwei Bomben gegen Großstädte. Das bekannte Argument „man habe Hiroshima und Nagasaki vernichtet, um die japanische Regierung friedensbereit zu machen, und man habe dieses Ziel schließlich auch erreicht“ stellt also lediglich eine scheinbar logische Sicht der Dinge aus dem Rückblick dar. Noch 1944 hat von den Verantwortlichen offenbar niemand angenommen, man könne mit lediglich zwei Atombomben den Gegner zur Kapitulation zwingen. Und dieses Ergebnis wäre wahrscheinlich auch nicht eingetreten, wenn Japans Kriegsfähigkeit Anfang August 1945 nicht ohnehin weitgehend zerstört gewesen wäre.

Im November 1944 wurde von

wir mit Bestimmtheit die Kraft der Bombe feststellen könnten“, schreibt Groves. (15) Auf Basis dieser Kriterien ergab sich im Mai 1945 eine Liste von vier Städten als potentielle Atombomben-Ziele: Kokura, Hiroshima, Niigata und Kyoto, die größte Stadt dieser Reihe. Kyoto wurde schließlich gegen den Protest von Groves, der dieses Ziel gerade wegen der durch Massen von Flüchtlingen noch verstärkten Bevölkerungsdichte bevorzugte, durch Nagasaki ersetzt; Kriegsminister Stimson wandte ein, daß die Vernichtung dieser Großstadt, die ein historisches und kulturelles Zentrum erster Ordnung war, die Nachkriegsbeziehungen zwischen den USA und Japan unerträglich belasten würde.

An die Luftwaffe ging ein Befehl, die als potentielle Ziele aufgelisteten Städte zukünftig ohne besondere Anweisung nicht mehr zu bombardieren, da sie für das Atom-Experiment so unzerstört wie möglich sein sollten.

Paul Tibbets (Chef der 509ten und Bomberpilot von Hiroshima) in einer Dokumentation der US-TV-Gesellschaft CBS mit der Aussage zu Wort, es seien parallel zu Japan auch Atombomben-Abwürfe gegen Deutschland geplant gewesen. Batts dafür hätte ein Luftwaffenstützpunkt an der Adria sein sollen. (16)

Da die Entwicklung der Atombombe nach innen hin mit dem Argument gerechtfertigt wurde, Hitler dürfe diese Waffe nicht als erster und einziger bekommen, kann die Behauptung, man habe die Bombe überhaupt niemals gegen Deutschland einsetzen wollen, nur Erstaunen hervorrufen. Anscheinend soll die Wahrheit der angesprochenen deutsch-amerikanischen Freundschaft nicht zugemutet werden.

Tatsächlich muß nach Logik der Dinge zunächst Deutschland (und nicht Japan) als primäres Ziel der zu konstruierenden neuen Waffe gedacht gewesen sein. Es gibt in diesem Zusam-

menheit für den Atombomben-Einsatz aufgebaut. Die Behauptung von Tibbets, daß in diesem Stadium noch zweigleisig geplant wurde, daß also auch die Eventualität von Atomangriffen gegen Deutschland berücksichtigt und praktisch vorbereitet wurde, ist sehr viel wahrscheinlicher als die gegenteilige Version. Noch im Januar 1945, als man nach einem pazifischen Stützpunkt für Atomangriffe gegen Japan Ausschau hielt, war die Kriegslage in Europa nicht so, daß Deutschland als mögliches Ziel mit Sicherheit wegen des Zeitfaktors ausschied. (18) Logisch wäre also, wie in der Darstellung von Tibbets behauptet, daß zur gleichen Zeit für alle Fälle auch ein Stützpunkt in Europa ausgewählt wurde.

Aus dem Reich der reinen Spekulation wird diese Frage befreit durch den Leiter des Manhattan Project, Groves: er erwähnt beiläufig mit einem einzigen Satz, daß Roosevelt ihm bei einem Arbeitstreffen vor der Abreise zur Jalta-Konferenz seine Absicht mitgeteilt habe, Atombomben auf Deutschland zu werfen, falls bei Bereitschaft der ersten Atombomben der Krieg in Europa noch nicht vorbei sein sollte. (19) Leider sagt Groves nicht, welche praktischen Schritte er aufgrund dieses Aktionsauftrags veranlaßt hat. Die langfristige, perfektionistische Vorbereitung der Einsätze gegen Japan zeigt jedenfalls, daß nichts dem Zufall und der Improvisation überlassen blieb. Möglich, daß beispielsweise die allgemein als Ratsel gehandelte Tatsache, daß Dresden bis zu den vernichtenden Luftangriffen vom 13.-14. Februar 1945 von Bombardements fast völlig verschont worden war, hier ihre Erklärung findet. Weitgehend unzerstörte Städte wurden aus experimentellen Gründen für die Einsätze der Atombombe bevorzugt.

Die Bombe als Mittel für die Nachkriegsordnung

Die Bombe als Mittel für die Nachkriegsordnung

Daß das Atom-Monopol, zumindest für ein paar Jahre, den USA einen Vorteil in den aus dem 2. Weltkrieg resultierenden Umverteilungskämpfen zwischen den Großmächten verschaffte, ist gewiß. Daß sich besondere politische Überlegungen an die konkreten historischen Umstände knüpften, unter denen im August 1945 zwei Atombomben gegen Japan eingesetzt wurden, ist gleichfalls sicher. Hierfür ist die Bezeichnung *atomic diplomacy* gebräuchlich geworden. (20) Gemeint ist das strategische Kalkül, mit dem erreichten qualitativen Vorsprung die Sowjetunion unter Druck setzen und zu Zugeständnissen bringen zu können. Das läßt sich leicht mit der offensichtlichen Tatsache erklären, daß nach dem Tode Roosevelts und der deutschen Kapitulation sich unter Präsident Truman eine deutliche Verschärfung der Beziehungen USA-Sowjetunion entwickelte. Gerade in der Entwicklung und Anwendung der Atombombe zeigt sich aber viel mehr Kontinuität als Bruch zwischen den Regierungen Roosevelt und Truman.

Die Investition von über 2 Milliarden Dollar zielt auf die Produktion einer qualitativ völlig neuen Waffenart. Diese Produktion sollte so rasch wie möglich zu ersten praktischen Ergebnissen kommen, und die neue Waffe sollte so bald wie möglich kriegsmäßig angewendet werden. Diese Grundrichtung war spätestens mit dem Übergang zum Stadium der Großproduktion 1942 eindeutig festgelegt. Niemand jedoch konnte damals mit Bestimmtheit voraussagen, ob überhaupt und falls ja, unter welchen konkreten Umständen die Atombombe noch in den 2. Weltkrieg eingeführt werden würde. Die Situation vom Sommer 1945 — Deutschland bereits aus dem Krieg geworfen, Japan am Rande der Kapitulation, der Umverteilungskampf zwischen den Großmächten schon in vollem Gange — war als Hintergrund des Atombomben-Einsatzes nicht vorzusagen gewesen. Gerecht hätte man 1942/43 damit, die Bombe schon in einem früheren Kriegsstadium zur Verfügung zu haben: als kriegsentcheidende Waffe, nicht als Instrument für einen fragwürdigen Gnadenstoß. Das hätte dem Prestige der USA und ihrer neuen Waffe ungleich mehr gedient. Die Atomwaffe in dieser Weise einzusetzen, erwies sich aufgrund der Ungleichzeitigkeit zwischen der Arbeit an der Bombe und dem Kriegsgeschehen als unmöglich. Am Ende war es tatsächlich so, daß die Verantwortlichen darum bangen mußten, durch eine plötzliche japanische Kapitulation vor dem ersten Bombenabwurf um die Gelegenheit zum Realexperiment gebracht zu werden. Verständlich also, daß die Zuständigen für das Manhattan Project in den letzten Kriegsmomenten zur äußersten Eile angetrieben wurden. Schnelligkeit zählte in dieser Pha-

Fortsetzung nächste Seite

Die Lage Japans im August 1945

Nach dem Krieg wurde von der US-Luftwaffe eine umfangreiche Gesamt- und Detailanalyse über den Ablauf und die praktischen Ergebnisse der Bomber-Kampagnen gegen Deutschland und Japan ausgearbeitet. Dort wird die Hypothese vertreten, daß „sicher vor dem 31.12.45, und aller Wahrscheinlichkeit noch vor dem 1.11.45, Japan auch dann kapituliert hätte, wenn die Atombomben nicht abgeworfen worden wären, wenn Rußland nicht in den Krieg eingetreten wäre, und sogar dann, wenn eine Invasion (Japans) weder geplant noch erwogen worden wäre.“ (26) Auch andere US-Militärs, wie Admiral Leahy und General Eisenhower, meinten, daß Japan schon vor den Atombomben-Abwürfen „reif für die Kapitulation“ gewesen sei. (27)

Die Frage ist jedoch: zu welcher Art von Kapitulation? Die Alliierten hatten nach der Konferenz von Teheran (November 1943) ihre Entschlossenheit erklärt, nichts anderes als eine „bedingungslose“ Kapitulation ihrer Gegner zu akzeptieren. Praktisch bedeutete das über die Wiederherstellung des Vorkriegszustandes hinaus die unbefristete militärische Besetzung, die Zerschlagung der herrschenden politischen Verhältnisse und die Abhaltung von Strafgerichten über die politische und militärische Führung der gegnerischen Kriegskoalition. Zu dieser Art von Kapitulation war Japan zweifellos vor Hiroshima und Nagasaki noch nicht bereit. Selbst nach den beiden Atombomben-Einsätzen wurde Japans Kapitulation erst durch das Zugeständnis herbeigeführt, daß die Stellung des Kaisers nicht angetastet werden sollte. Das war eine Durchlöcherung des Prinzips von der „bedingungslosen“ Kapitulation, und mit diesem Zugeständnis wäre eine Beendigung des Krieges möglicherweise schon früher möglich gewesen.

Trotz der Tatsache, daß Japan 1941 mit Nazi-Deutschland eine feste Kriegallianz eingegangen war, führt eine Gleichsetzung beider Länder nur in die Irre. Selbst die „Kriegspartei“,

die sich im Herbst 1941 in Japan durchgesetzt hatte, war dabei nicht von maßloser Selbstüberschätzung, sondern von einem relativ realistischen Bild der Gesamtlage ausgegangen. Daß das ökonomisch schwache und technologisch rückständige Japan einen militärischen Konflikt mit den USA langfristig nicht gewinnen konnte, war unbestritten. Doch hoffte man, den USA einen so hohen Preis vor allem an Menschenverlusten aufzwingen zu können, daß die USA schließlich zur weitgehenden Anerkennung der japanischen Eroberungen im ostasiatischen und pazifischen Raum genötigt sein würden.

Die strategische Initiative im Pazifik war nach großen japanischen Anfangserfolgen schon Ende 1942, also nach dem ersten Kriegsjahr, an die USA übergegangen. Die Besetzung der Marianeninseln im Juni 1944 verschaffte der US-Luftwaffe erstmals eine Basis, von der aus fast ganz Japan im Aktionsbereich des neuen Langstreckenbombers B-29 lag. Im November 1944 wurde von hier aus die strategische Bomber-Kampagne gegen Japans Städte begonnen. (28) Zur gleichen Zeit wurden in der Leyte-Seeschlacht bei den Philippinen die Reste der japanischen Kriegsflotte vernichtet. Damit war die totale Abschneidung Japans von seinem Imperium (der grössere Teil Chinas, Korea, Indochina, Indonesien, Burma, Malaya u.a.) und deren Ressourcen absehbar. Spätestens zu diesem Zeitpunkt gewann in Japans Führung die Tendenz zur raschen Beendigung des Krieges die Oberhand. Der Sturz der Regierung Tojo im Juli 1944, kurz nach der Landung der USA auf den Marianen, markiert in diesem Sinn einen Wendepunkt. Die Regierung Tojo hatte Japan 1941 in den Krieg geführt und galt als Zentrum der „Kriegspartei“. (29) Seit September 1944 konzentrierten sich die japanischen Friedenspläne auf die Einschaltung der Sowjetunion als Vermittlerin: Die beiden Staaten hatten im April 1941, noch vor dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion, einen Nichtangriffspakt geschlossen und auch strikt eingehalten. Am 4. April 1945 trat Koiso zurück, der auf Tojo gefolgt war. Sein Nachfolger Suzuki hatte, wie er spä-

ter selbst sagte, den Auftrag des Kaisers, „Jede Anstrengung zu unternehmen, um den Krieg so schnell wie möglich zum Abschluß zu bringen“. Am gleichen Tag gab die Sowjetunion ihre Absicht bekannt, den 1946 auslaufenden Vertrag mit Japan nicht zu erneuern. Dies ließ Schlüsse auf sowjetische Absichten zum baldigen Kriegseintritt zu, der in der Tat bereits in Teheran und endgültig während der Jalta-Konferenz fest vereinbart worden war. Eine von Suzuki in Auftrag gegebene Gesamtanalyse kam im Mai 1945 zum Ergebnis, daß Japan den Krieg nicht fortsetzen könne. Spätestens seit diesem Zeitpunkt wäre vermutlich jeder Friedensschluß, der die bedingungslose Kapitulation vermieden hätte, auf japanischer Seite möglich gewesen. Der Sowjetunion, die von Juni Friedensschluß, der die bedingungslose Kapitulation vermieden hätte, auf japanischer Seite möglich gewesen. Der Sowjetunion, die von Juni bis Anfang August die immer offensiver werdenden japanischen „Friedensführer“ beharrlich abblitzen ließ, hätte zu dieser Zeit eine entscheidende Rolle zufallen können. Stattdessen kopierte sie am 7. August, einen Tag nach Hiroshima, mit der Kriegserklärung an Japan und dem Einmarsch in das von den Japanern besetzte Nordchina.

Wäre es den USA lediglich darum gegangen, mit der Atombombe Japan zur sofortigen Kapitulation zu zwingen und voraussehbar hohe Verluste bei Landungsoperationen auf den japanischen Inseln zu vermeiden, so hätte man ohne weiteres vor den Bombenabwürfen noch die japanischen Reaktionen auf den sowjetischen Kriegseintritt abwarten können, von dem man längst wußte, daß er spätestens Mitte August erfolgen würde. Und sogar darüber hinaus hätte man ohne großen Schaden abwarten können, denn die ersten Landungsoperationen waren sowieso erst für November 1945 geplant und bis dahin standen keine größeren Operationen mehr auf dem Zettel. Die Tatsachen weisen darauf hin, daß nicht trotz, sondern gerade wegen der zunehmenden Aussichten auf ein Kriegsende auch in Fernost die beiden Atombomben in größter Eile und unter Zurückweisung aller politischen Bedenken noch eingesetzt werden mußten.

Am 1. Juni forderte das Interim Committee Truman auf, die Atombombe sobald wie möglich und ohne Vorwarnung gegen Japan einzusetzen. Am 16. Juni, nachdem es zu Einwänden aus dem Kreis der Wissenschaftler gekommen war, erklärte der wissenschaftliche Beirat des IC: „Wir sehen zur direkten militärischen Anwendung keine Alternative“. Am 2. Juli legte Stimson dem Präsidenten den endgültigen Plan zum militärischen Einsatz der verfügbaren Bomben vor, und Truman gab seine Zustimmung. Am 25. Juli gab Stimson den formellen Befehl, zum wettermäßig frühestmöglichen Termin nach dem 3. August die erste „Spezialbombe“ abzuwerfen.

Einsatz gegen Deutschland ?

So umfassend und präzise sich die Einsatzplanung der Atombombe gegen Japan aus der Literatur rekonstruieren läßt, so mager sind die zugänglichen Informationen über ähnliche Planungen gegen Deutschland. Erst kürzlich wurde die Behauptung US-amerikanischer Historiker publiziert, es hätte überhaupt nie Pläne für den Einsatz von Atombomben gegen Deutschland gegeben. Im Widerspruch dazu kam

menhang ein interessantes Dokument vom Anfang November 1941, also einen Monat vor Pearl Harbour und dem Kriegseintritt der USA. Damals beschäftigte sich ein offizieller Untersuchungsausschuß mit verschiedenen Aspekten des Atom-Projekts, so u.a. mit der voraussichtlichen Kraft und Wirkung der neuen Waffe. Wörtlich heißt es in diesem Bericht: „Falls die Schätzung korrekt ist, daß 300.000 t TNT benötigt würden, um Deutschlands militärische und industrielle Ziele zu vernichten, so würde man zwischen einer und zehn Tonnen Uran 235 brauchen, um den gleichen Job zu machen.“ (17)

Atombomben-Einsätze gegen Deutschland vorzusehen, solange dieser Gegner nicht kapituliert hatte, muß vor allem 1943/44 zum selbstverständlichen militärischen Denken gehört haben. Es wurde bereits erwähnt, daß das MPC sich zumindest einmal, Anfang Mai 1943, schon sehr konkret mit möglichen japanischen Zielen beschäftigt hat. Aus welchem Grund sollte damals nicht ebenso über Ziele im deutschen Bereich nachgedacht worden sein?

Die direkten Vorbereitungen für die ersten Bomben-Abwürfe begannen ungefähr Anfang 1944, mit der Herrichtung von B-29-Bombern. Ab September 1944 wurde die 509te als Spezie-



Nach gelanger Arbeit: Vier Verantwortliche des Atom-Projekts am 9. August 1945 vor dem Weißen Haus. George L. Harrison, Leslie R. Groves, James B. Conant und Vannevar Bush.

se mehr als absolute Perfektion: Der Leiter von Los Alamos, Oppenheimer, berichtet, daß er Groves damals noch einige Veränderungen an der Bombe vorgeschlagen habe, „um effektiveren Gebrauch von dem Material zu machen“. Groves habe das abgelehnt, weil die Bombe so schnell wie möglich einsatzbereit sein sollte. (21)

2 Milliarden Dollar für ein so revolutionarisches Projekt wie die Atombombe nehmen sich wie Kleingeld aus gegenüber dem aktuellen Vorhaben SDI, dessen Kosten sich schließlich leicht auf das 500fache oder mehr belaufen könnten. Man muß aber diese 2 Milliarden mit der Tatsache konfrontieren, daß bis 1940 der jährliche Rüstungsetat der USA nie mehr als einige hundert Millionen Dollar betragen hatte. Das Manhattan Project bedeutete unter anderem auch den Durchbruch zu einer ganz neuen Dimension militärischer Langzeit-Projekte und Außenpolitik. Daß vor diesem Hintergrund allen Erdenkliche veranlaßt wurde, um vor Abschluß des Weltkrieges die Bombe unter realen Bedingungen zu testen und vorzuführen, bedarf nicht der Erklärung durch die außenpolitische Wende von 1945: Es lag in der ganzen Logik des Projekts selbst, das seit 1943 immer deutlicher nicht mehr auf die Entscheidung des aktuell stattfindenden Weltkriegs, sondern schon auf die globale Konfrontation der Nachkriegsordnung abzielte. Aus diesem Ziel erklärt sich erstens die schon erwähnte Tatsache, daß die US-Regierung vor ihrem sowjetischen Verbündeten nicht bloß konkret Details der Arbeiten an der Bombe verbarg, sondern daß nicht einmal die bloße Existenz eines solchen Projekts mitgeteilt wurde. Den ersten, sehr undeutli-

chen Hinweis gab Truman während der Potsdamer Konferenz, am 24.7.45, an Stalin. Liberale Kritiker hatten schon Roosevelt vergeblich darüber aufzuklären versucht, daß die absolute Geheimhaltung der Arbeiten an der Bombe die amerikanisch-sowjetischen Nachkriegsbeziehungen mit der schweren Hypothek des Mißtrauens belasten würde. Aus dem Ziel des Atom-Monopols erklärt sich zweitens, daß die US-Regierung (mit Großbritannien als Juniorpartner) seit Anfang 1943 größte Anstrengungen unternahm, um sich einen bestmöglichen Gesamtüberblick über die Uran-Vorkommen der Erde zu verschaffen und sich davon soviel wie möglich langfristig zu sichern. Die mit weitem Abstand größten und reinsten Uran-Vorkommen lagen damals in der belgischen Kongo-Kolonie, und 30% des Aktienkapitals der Union Minière, die diese Vorkommen ausbeutete, waren in britischer Hand. Die USA kamen deshalb, obwohl Großbritannien eigentlich soweit wie möglich von den Früchten des Atom-Programms ferngehalten werden sollte, um die Bildung eines gemeinsamen Gremiums, des Combined Development Trust, nicht herum. Der im Juni 1944 offiziell gegründete CDT sollte u.a. der Exploration und Ausbeutung aller erreichbaren Uran-Vorkommen durch die beiden Staaten dienen. Im Auftrag des US-Kriegsministeriums befaßte sich im Frühjahr 1944 eine Studie auch mit Uran-Vorkommen in der Sowjetunion. Ergebnis: Im Süden der kirgisischen und usbekischen Sowjetrepubliken gebe es bedeutende Ressourcen. (22) Trotzdem kam Groves im November 1944 in einem Bericht an Kriegsminister Stimson zur Schlußfolgerung, daß die USA zusammen mit

Großbritannien 90% der Uran-Vorkommen der Welt unter Kontrolle hätten. (23)

Die USA hatten am Ende des 2. Weltkriegs das Atomwaffen-Monopol. Eine Geheimstudie des Joint Intelligence Committee beim US-Generalstab (JCS) listete erstmals „die 20 lohnendsten Ziele für Atombomben“ in der Sowjetunion auf, darunter Moskau und Leningrad. Diese Ziele sollten nach Ansicht des JIC vernichtet werden, falls die Sowjetunion entweder eine „Aggression“ in Asien oder Europa beginnen würde, oder falls „klar angezeigt ist, daß eine Aggression gegen die USA droht“. Das JIC empfahl vorsorgliche Atomschläge sogar für den Fall, daß der industrielle und wissenschaftliche Fortschritt in der Sowjetunion deren Fähigkeit zu einem „eventuellen Angriff auf die USA oder zur Verteidigung gegen unseren Angriff“ vermuten ließe. (24) Seither gehörte der Einsatz von Atomwaffen immer wieder zu den denkbaren Optionen der US-Politik:

— Während der Berlin-Krise 1948 wurden B-29 in die BRD verlegt, um mit Atombomben drohen zu können.

— Der Einsatz der Atombombe gegen China wurde erwogen während des Korea-Krieges, Anfang der 50er Jahre.

— US-Militär forderten im April 1954, während der Kämpfe im Dien Bien Phu (Vietnam), den Abwurf von 1-6 Atombomben mit jeweils der dreifachen Stärke der Hiroshima-Bombe.

— Der Einsatz von Atombomben wurde erwogen während der Suez-Krise 1956 und angedroht während der Berlin-Krise 1959, und erneut während der Kuba-Krise 1962.

— Die nukleare Option wurde während der Amtszeit Nixons mindestens viermal intern erörtert: gegen Vietnam; während des Nahost-Krieges 1973; als Drohung gegen die Sowjetunion im Falle eines sowjetischen Schlags gegen die chinesische Atom-Industrie im 1969/70; während des indisch-pakistanischen Krieges 1971. (25)

Die Atombombe hat sich vorläufig als eine zwar politisch verwertbare, aber militärisch nicht zu handhabende Waffe erwiesen. Dies zu ändern, ist vorrangiges Ziel imperialistischer Militärpolitik. Denn eine Waffe nur zu besitzen, um sie niemals einzusetzen, macht politisch und militärisch überhaupt keinen Sinn. Sie würde nur eine Fehlinvestition darstellen. Nach dieser Logik mußten Hiroshima und Nagasaki vernichtet werden.

Kl., Hamburg

Anmerkungen:

Einige nützliche Bücher in diesem Zusammenhang: Der sog. Smyth-Report, 1945 noch vor Hiroshima abgeschlossen und später in 1945 als Buch erschienen, ist die erste umfassende, offizielle Darstellung der Arbeiten an der Atombombe. Der volle Titel: Atomic Energy for Military Purposes. The Official Report on the Development of the Atomic Bomb. 1940-45. Herausgeber H.D. Smyth. The New World, Band 1 von A History of the US Atomic Energy Commission, behandelt die Probleme rund um die Atombombe von 1939 bis 1946 und gilt als offizielle Darstellung. Die Autoren sind Richard G. Hewlett und Oscar E. Anderson.

The Effects of Atomic Weapons von J.D. Hirschfelder ist eine gründliche Darstellung über die Funktionsweise der Atombombe und über die physikalischen Grundlagen und Abläufe ihrer verschiedenen Wirkungen. Untersucht werden in erster Linie die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten, nicht so sehr die konkreten Ergebnisse im Fall der beiden vernichteten Städte.

Für die Auswirkungen in Hiroshima und Nagasaki ist der japanische Untersuchungsbericht Hiroshima and Nagasaki. The Physical, Medical, and Social Effects of the At-

omic Bombings eine vorzügliche Quelle. Alle Aspekte der Bombenabwürfe und ihrer Folgen (für die Betroffenen, im politischen Bereich u.a.) werden umfassend dargestellt.

Eine frühe US-amerikanische Studie über die Wirkungen der beiden Atombomben findet sich im Band 7 der Reihe The United States Strategic Bombing Survey, erschienen 1946. Nützlich ist ein Vergleich mit den Untersuchungen über die Wirkungen der konventionellen Luftangriffe gegen Tokio und andere japanische Großstädte im Frühjahr 1945; sie lagen in Bd. 10 derselben Reihe vor. Es zeigt sich, daß der konventionelle Luftangriff gegen Tokio vom 9. März 1945 mit mindestens 25.000 Toten bereits im Wirkungsbereich der Atombombe gelegen hatte. Tokio und andere Großstädte wurden innerhalb weniger Tage und Wochen mit Hilfe von Brandbomben zu über 50% zerstört. Allein in Tokio verloren 2,86 Millionen Menschen ihre Wohnung, davon 1 Million allein am 9. März.

Unverzichtbar ist das Buch des Projektleiters Leslie R. Groves, soweit es um die militärischen Aspekte des Unternehmens geht. Groves berichtet weitgehend auf den üblichen anekdotischen Schnick-Schnack und reiht dafür Fakten an Fakten und Namen an Namen. Titel: Now It Can Be Told.

Für die Rolle Großbritanniens bei der Sache ist das Buch von Margaret Dowling, Britain and Atomic Energy 1939-46, die klassische Quelle.

Eine gute deutschsprachige Gesamtdarstellung des Bombeneinsatzes und seiner Hintergründe ist: Es begann in Hiroshima von Brigitte Dreischer und Detlev Garbe, erschienen 1982.

Für die Politik Japans in der letzten Kriegsphase sind die klassischen Quellen: Tohoku Kase, Eclipse of the Rising Sun (1951), und Robert J.C. Butow, Japan's Decision to Surrender (1954).

Zu den Anmerkungen im Text:

1) Gordon Thomas und M. M. Wilts, Enola Gay, 1977, S.267-268.

2) Nach der ersten Atomspaltung durch Hahn und Strassmann Ende 1938 wurden praktisch sämtliche weiteren Entdeckungen und Nachweise auf dem Wege zur Atombombe nur noch in den USA und anfangs teilweise in Großbritannien gemacht. Der deutsche Versuchsausrüstung wurde niemals kritisch, d.h. es wurde bis Kriegsende nicht einmal der Stand erreicht, den die US-Forschung im Dezember 1942 hatte. Der Schritt von der Laborforschung zur Großproduktion wurde niemals auch nur konkret ins Auge gefaßt. Die deutsche Blitzkriegs-Strategie und die Beanspruchung sämtlicher Ressourcen für einen mehrere Nummern zu großen Krieg ließen ein Projekt dieses Umfangs mit mehrjähriger Laufzeit und ungewissen Erfolgsaussichten nicht zu. Eine passable Gesamtdarstellung der deutschen Atom-Arbeiten und der ähnlichen Gegenmaßnahmen bietet der ansonst zwielichtige Autor David Irving in: The Virus House.

3) Eine detaillierte Übersicht über die Ausgaben 1942-46 nach Monaten und nach Einzelposten ist in New World, S.724.

4) Groves, S.185. Mit dem Vordringen der Westalliierten in Europa, erstmals nach der Landung in Italien im Sommer 1943, wurden Teams von Militär, Geheimdienstern und Wissenschaftler eingesetzt, die den vorrückenden Truppen unmittelbar folgten. Ihnen gelang es, sich ein immer dichteres und präziseres Bild vom Stand der deutschen Atomforschung zu verschaffen. Groves beschreibt dies im Einzelnen auf den S.185 bis 245. Ein Nebenergebnis war, daß US-Truppen 1945 schnell auf einige Orte in Südwestdeutschland vorrückten, in die Teile der deutschen Atomforschung ausgelagert waren und die eigentlich zur französischen Zone gehören sollten. Da sich dieses simple Verfahren gegenüber dem östlichen Verbündeten verbot, wurden Anlagen der deutschen Uran-Produktion, die im Bereich der künftigen sowjetischen Zone lagen, am 15. März 1945 durch einen Großangriff von 800 US-Bombern total zerstört.

5) Das Corps of Engineers war eine Institution mit großem Mitarbeiterstab und Etat. Es war für alle militärischen Bau-Arbeiten zuständig.

6) Zeugenaussage von Groves, Oppenheimer Hearings, 173.

7) „... Als wir im Laufe der Zeit immer mehr Geld und Arbeitskraft in das Projekt pumpen, wuchs die Verpflichtung der Regierung zum schließlichen Einsatz der Bombe. Man sagt oft, daß wir die Entwicklung dieser schrecklichen Waffe unternahmen, damit Hitler sie nicht als erster einsetzen sollte. Aber es bleibt die Tatsache, daß die ursprüngliche Entscheidung, alle Anstrengungen auf das Projekt zu konzentrieren, auf der Anwendung dieser Waffe zur Beendigung des Krieges basierte. ... Es war gewiß weder für mich noch, soweit ich es wahrgenommen habe, weder für Präsident Roosevelt noch für Präsident Truman oder irgendeine andere verantwortliche Person, es eine Frage, daß wir eine Waffe entwickelten, um sie gegen die Feinde der USA anzuwenden.“ (Groves, S.285-286) Das stimmt völlig überein mit den Ansichten des damaligen Kriegsministers Stimson. — Zu keiner Zeit, von 1941 bis 1945, habe ich je von Präsident Roosevelt oder von irgendeinem anderen verantwortlichen Regierungsmitglied die Ansicht gehört, daß die Atomkraft in diesem Krieg nicht angewendet werden sollte. Wir alle verstanden selbstverständlich die schreckliche Verantwortung, die verbunden war mit unserem Versuch, die Türen zu einer so verheerenden Waffe aufzustoßen. Besonders Präsident Roosevelt sprach oft mit mir über seine Sorgen wegen der katastrophalen Konsequenzen unserer Arbeit. Aber wir befanden uns im Krieg, und die Arbeit mußte getan werden. Ich möchte deshalb betonen, daß es unser gemeinsames Ziel während des ganzen Krieges war, sie zu entwickeln. ... Es ging um nichts anderes als die Produktion einer militärischen Waffe, aus keinem anderen Grund könnte die Investition von so viel Zeit und Geld in Kriegszustand gerechtfertigt werden.“ (Stimson in „Harper's Magazine“, Febr. 1947, Zitiert in: Stimson-Bundy, On Active Service in Peace and War, S.617ff.)

8) Groves, S.111-124.

9) Es beweist strategischen Weitblick, daß der Auftrag zum Bau der B-29 als Nachfolgerin der B-17 und B-24 (die beiden US-Weltkriegs-Bomber auf den europäischen Schauplätzen) schon im März 1936 erteilt wurde. Die B-29 wurde 1939/40 entworfen und absolvierte am 21.3.42 ihren ersten Flug. Es stellte sich aber bei den Testflügen her-

aus, daß viele Modifikationen noch nötig waren, so daß die B-29 erst ab Sommer 1944 zum Kriegeinsatz reif war.

10) Es hatte schon 1944 gezeigt, daß das „gun“-System, bei dem die zwei Teile der Uran-Masse zusammengeschossen wurden, zwar vernünftig für die Uranbombe, nicht aber für die Plutoniumbombe taugte. Für diese war daraufhin das Implosions-System entwickelt worden, bei dem die Uran-Hälfte mit Sprengstoff umgeben und zusammengepresst werden mußten. Da dies mit absoluter Präzision erfolgen mußte, war diese Arbeit problematischer als die Zündung der Uranbombe, für die ein Teil vor dem Einsatz nicht für nötig gehalten wurde.

11) Das MPC wurde im September 1942 gebildet und übte, der Top Policy Group untergeordnet, weitgehend die direkte politische Kontrolle über das Manhattan Project aus.

12) New World, S.253.

13) John Ehrmann: Grand Strategy/History of the Second World War, Bd. 6, S.295.

14) Das Komitee bestand aus Byrnes, Leiter des Kriegsmobilisierungsamtes und künftiger Außenminister; den schon erwähnten V. Bush und J. Conant; dem stellvertret. Außenminister W. Clayton; dem aus dem Versicherungsgeschäft stammenden Sonderberater von Kriegsminister Stimson, O. Harrison; Karl Compton, Bruder des Atomphysikers A. Compton, und selbst hoher Funktionär im OPRD, R. Bard als Vertreter des Marineministeriums. Er gab als einziges Mitglied des IC ein Votum gegen den Abwurf der Bombe ohne Vorwarnung ab. Dem IC zugeordnet war eine Wissenschaftlergruppe, bestehend aus A. Compton, Fermi, Lawrence und Oppenheimer.

15) Groves, S.266-267.

16) Laut dpa, der dies in Gestalt einer sehr mageren Meldung zu verdanken ist, soll der Film von CBS am 31.7. ausgestrahlt worden sein. Danach behauptet Tibbets, er habe damals (das würde heißen: im Herbst 1944) „die Waise bekommen, sich und seine Leute auf eine geteilte Operation vorzubereiten. Gleichzeitige Abwürfe in Europa und Japan!“. Die dpa-Meldung wurde von einigen Tageszeitungen am 21. oder 22.7. in kleiner Aufmachung wiedergegeben.

17) Smyth, S.71-73. Die Studie kam vom sog. National Academy Committee, das im Frühjahr 1941 gebildet worden war, um die militärische Bedeutung der Atombombe zu untersuchen und Empfehlungen über das Ausmaß der zu tätigen Ausgaben abzugeben. Vorsitzender der Arbeitsgruppe war der Physiker A. Compton. Die Schätzung der zur Zerstörung Deutschlands nötigen Bombenmenge war mit 500.000 Tonnen TNT sehr unrealistisch. Tatsächlich wurde von den Westalliierten während des Krieges fast das Dreifache dieser Menge auf Deutschland abgeworfen: 1,42 Millionen Tonnen. (Bombing Survey, Bd.1, S.XVIII)

18) Die Schätzungen variierten und schwankten im Kriegsverlauf stark, wie das Beispiel einiger britischer Prognosen zeigt: Ende Oktober 1944 hoffte man, höchstens am 31.1. und spätestens am 15.3.45 Deutschland erledigt zu haben. Am 14.12.44 sah man unter dem „frischen“ Eindruck der deutschen Ardennen-Offensive den 30.8.45 als Kriegsende voraus, und am 12.1.45 hielt man gar ein Andauern des Krieges in Europa bis Ende 1945 für möglich. In Jalta, Anfang Februar 1945, einigten sich die Stabschefs der Westmächte auf den 1.7.45 und den 31.12.45 als Rahmen der Prognose. Erst ab Ende März war man sich dann gewiß, den Krieg gegen Deutschland bis Ende Mai abschließen zu können. Nach J. Ehrmann (s.o.), S.380-381.

19) Groves, S.184.

20) Klassische Literatur zu diesem Thema ist: Gar Alperowitz, Atomic Diplomacy. Hiroshima and Potsdam. Er zeichnet die Verbindung der Einsatz-Planung mit den Entwicklungsstufen des Konflikts USA-Sowjetunion im Frühjahr/Sommer 1945 detailliert, fast Tag für Tag, nach. Lesenswert ferner u.a. auch: Liale A. Rosa, After Yalta.

21) Oppenheimer Hearings; zit. nach Herbert Feis: The Atomic Bomb and the End of World War II.

22) Ausgearbeitet wurde diese Studie von Boris Pregel, dem Präsidenten der Kanadischen Radium und Uranium Corporation, der in den Anfängen der US-Atomforschung direkt als Mäzen im Hintergrund gewirkt hatte.

23) New World, S.286.

24) Auszüge aus der JIC-Studie sind nachgedruckt bei Bernd Greiner/Kurt Steinhaus, Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg? S.74-78. Vgl. dazu auch Michael S. Sherry, Preparing for the Next War. American Plans for Postwar Defense 1941-45, S.213.

25) Wichtigste Quelle für diese Mitteilungen ist das Interview mit Nixon in der „Time“ vom 29.7.66. Über Einsatzpläne während der Schlacht um Dien Bien Phu (dem letzten großen Stützpunkt der französischen Kolonialarmee in Indochina) 1954 berichtete die „New York Times“ im Februar 1964. Wiedergabe hier nach „Welt“ vom 15.2.64. Über Atombomben-Pläne während der ersten Berlin-Krise berichtet der Hamburger Historiker Gunther Gerhardt in seiner in diesem Jahr erschienenen Dissertation. (Wiedergabe hier nach „Hamb. Abendblatt“, 28.2.85).

26) Bombing Survey, Bd.7, S.13.

27) Eisenhower wird aus seinen Memoiren (ohne präzise Angabe) in der UZ vom 2.8.65 mit der Aussage zitiert: „... die Japaner“ seien „reif für die Kapitulation“ gewesen, „und es war nicht notwendig, sie mit diesem schauerlichen Ding zu schlagen.“ Admiral William D. Leahy schreibt in I was There, S.441: „It is my opinion that the use of this barbarous weapon at Hiroshima and Nagasaki was of no material assistance in our war against Japan. The Japanese were already defeated and ready to surrender because of the effective sea blockade and the successful bombing with conventional weapons.“

28) Anders als Deutschland war Japan bis 1944 nicht in Reichweite alliierter Bomber. Die ersten Bombenangriffe der B-29 hatten im Juni 1944 von Flugbasen in China aus begonnen. Doch waren diese Basen erstens japanischen Gegenoffensiven ausgesetzt, und zweitens konnten von hier aus große Teile Japans noch nicht erreicht werden. Die schweren Luftangriffe gegen Japanische Städte fanden erst im Frühjahr 1945 statt.

29) Der „Bombing Survey“ bemerkt dazu: die auf Tojo folgende Regierung Koiso „broke the grip of the Tojo clique as the ruling faction, took important and necessary steps toward peace, and may even have been an unavoidable step in the transition from Tojo to the surrender Cabinet of Admiral Suzuki.“ Bd.7, S.3.

TABLE 7.9

Total Number of Casualties due to the Atomic Bomb, Hiroshima, 10 August 1946*

Distance from Hypocenter (km)	Killed	Severely Injured	Slightly Injured	Missing	Not Injured	Total
Under 0.5	19,329	478	338	593	924	21,662
0.5-1.0	42,271	3,046	1,919	1,366	4,434	53,036
1.0-1.5	37,689	7,732	9,522	1,188	9,140	65,271
1.5-2.0	13,422	7,627	11,516	227	11,693	44,490
2.0-2.5	4,513	7,830	14,149	98	26,096	52,686
2.5-3.0	1,139	2,923	6,795	32	19,907	30,796
3.0-3.5	117	474	1,934	2	10,250	12,777
3.5-4.0	100	295	1,768	3	13,513	15,679
4.0-4.5	8	64	373	4	4,260	4,705
4.5-5.0	31	36	156	1	6,593	6,817
Over 5.0	42	19	136	167	11,798	12,162
Total	118,661	30,524	48,806	3,677	118,613	320,081

* Military personnel not included.

Source: Hiroshima Shiyakusho, Hiroshima Genshi Bunko (RHWOL) (Hiroshima, 1971), vol. 1.

TABLE 7.10

Number of Casualties due to the Atomic Bomb in Nagasaki* as of 31 December 1945

Killed	73,884
Injured	74,909
Affected	120,820

* It is unknown whether fleeing population, such as military personnel and other volunteer corps, is included. Source: Nagasaki City A-bomb Records Preservation Committee.

Hiroshima and Nagasaki: The Physical, Medical, and Social Effects of the Atomic Bombings.

Neues Demorecht in Kraft

Am 9. Juli 1985 — noch vor der Sommerpause — stimmte der Bundesrat der Verschärfung des Versammlungs- und Demonstrationsrechts zu, nachdem die Gesetzesentwürfe in nur 14 Tagen, gegen die Stimmen der SPD und der Grünen, durch den Bundestag gepöbelt worden waren.

Die Änderungen betreffen zum einen den Landfriedensbruchparagrafen 125 des Strafgesetzbuches, dem ein neuer Abschnitt nachgestellt wurde, der sowohl das Tragen von Schutzwesten als auch das Vermummung unter Strafe stellt (bis zu einem Jahr Haftstrafe), zum anderen das Versammlungsgesetz, in das ein § 17a eingefügt wurde, nach dem es generell verboten ist, auf Versammlungen oder Demonstrationen vermummt bzw. schutzwaffnet zu sein. Bei einem Verstoß droht Festnahme und Geldstrafe.

Darüberhinaus wurde das Delikt der „Sachbeschädigung“ auch ohne Anzeige eines Geschädigten für strafbar erklärt, wenn die Staatsanwaltschaft ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung als gegeben ansieht.

Es geht alles seinen parlamentarischen Gang...

Die Änderungen des Demonstrationsrechts begriff die Wendekohleion spätestens nach den Wahlen am 6. März 1983 als eine ihrer vornehmsten Aufgaben.

In einem Interview mit dem „Spiegel“ (11.7.83) äußerte sich Innenminister Zimmermann: „Wenn der örtliche Einsatzleiter sagt: ‚Bitte entfernen Sie sich‘, und er entfernt sich nicht, dann ist er schon kein normaler Bürger.“ (Zit. nach: „Mit aller Gewalt“ — Die Einschränkung der Demonstrationsfreiheit, Hamburg 1983).

„So der im Sommer 1983 betriebenen Kampagne zur Verschärfung des Demonstrationsrechts“ sah Zimmermann — und mit ihm nach einigem Zaudern FDP-Justizminister Engelhard — vor:

— die Beteiligung allein an einer Demonstration, die unfriedlich verläuft, unter Strafe zu stellen (bis zu drei Jahren Haft);

— das Sich-nicht-entfernen aus einer von der Polizei für aufgelöst erklärten (Haft);

— das Sich-nicht-entfernen aus einer von der Polizei für aufgelöst erklärten Demonstration ebenfalls strafrechtlich zu belangen (bis zu einem Jahr Haft).

Der Bestrafung wegen bloßer Teilnahme an einer Demonstration sollte lediglich derjenige entgehen, der selbst beweisen könne, daß er die Demonstration zur Friedfertigkeit ermahnt hätte (sogenannte „Abwieglerklausel“) oder derjenige, der sich dort berufsmäßig aufhält (Journalisten und Polizeibeamte).

Dieser Vorschlag konnte aber 1983 aufgrund zahlreicher kritischer Stimmen nicht durchgesetzt werden. Selbst Bundesgerichtshofspräsident Pfeiffer, sicher kein Garant der Wahrung demokratischer Rechte, war das zuviel.

„Sollten Tausende von Demonstranten wie Kriegsgefangene in die Unterwerfung abgeführt werden?“ fragte Pfeiffer damals anlässlich der Regierungsvorläufe („FR“, 11.7.83).

Insbesondere auf Kritik stieß die Beweislastumkehr. Der rechtsstaatliche Grundsatz „Im Zweifel für den Angeklagten“ war zu offen — durch die Beweislastumkehr (zur eigenen Entlastung) des Angeklagten — ausgeschaltet worden.

Was Engelhard als „minimale, aber gewollte Schlechterstellung“ des beschuldigten Demonstranten bezeichnete, war auch dem reaktionären Deutschen Richterbund zuviel: „Auf keinen Fall könne von dem elementaren Grundsatz abgewichen werden, daß das Gericht dem Beschuldigten die Tat nachzuweisen habe.“ („NN“, 9.7.83).

Von Seiten der Regierungskoalition mußte also ein anderer Vorschlag in die Debatte eingebracht werden, galt es doch den Kritikern aus quasi den eigenen Reihen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Schließlich durfte auch absehbar gewesen sein, daß dieser Vorschlag bei einer Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht keinen Bestand gehabt hätte, und eine solche Schlappe wollte man sich nicht leisten.

Unter freiem Himmel

1. Es ist verboten, bei öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel oder bei Aufzügen Schutzwaffen oder Gegenstände, die als Schutzwaffen geeignet und dazu bestimmt sind, Vollstreckungsmaßnahmen eines Trägers von Hoheitsbefugnissen abzuwehren, mit sich zu führen.

2. Es ist auch verboten, an einer solchen Veranstaltung in einer Aufmachung, die geeignet und den Umständen nach darauf gerichtet ist, die Feststellung der Identität zu verhindern, teilzunehmen § 17a Versammlungsgesetz

keine konkrete Notwendigkeit seitens der Herrschenden, das Demonstrationsrecht zu verändern, hatte es sich doch, politisch modifiziert durch „Deeskalationsgespräche“ (u.a. der

Nach auf einer Konferenz der „Rechtsexperten“ der Koalition in Westberlin Ende Januar 1983 einigte man sich darauf, Vermummung und passive Bewaffnung als bloße Ordnungswidrigkeit nach dem Versammlungsgesetz zu verfolgen, das Mitführen von Waffen auf Demonstrationen sollte nach diesem von der FDP favorisierten Vorschlag allerdings gesondert durch einen erweiterten § 125 StGB verfolgt werden (siehe „FR“, 1.2.85). Aber das CSU-Veto brachte die FDP wieder auf Zimmermanns Linie, der sie ja bereits 1983 zu folgen bereit war.

Wichtiger, aber in der Öffentlichkeit völlig untergegangen im die Tatsache, daß der wirkliche Urheber des jetzt verabschiedeten Gesetzes aus den Reihen der SPD stammt.

„In der Debatte um den § 125 meldete sich 1982 Westberlins Polizeipräsident Hubner (SPD) mit einem eigenen Vorschlag zu Wort, der sowohl die CDU/CSU-Interessen (Vermummungsverbot) als auch SPD-Interessen (das „Grundrecht Versammlungsfreiheit“ nicht allzu offen anzuzweifeln) verbindet. Hubner meinte in seiner Be-

(„passive Bewaffnung“), — „vermummt“ sind. (Zus.: „Mit aller Gewalt“, S. 22).

Hubner wollte darüberhinaus grundsätzlich noch die „gefährliche Zusammenrottung“ bestraft wissen, die sich vom Tatbestand des „Landfriedensbruchs“ dadurch unterscheiden sollte, daß eine Menschenmenge nicht erforderlich wäre. Schwerpunkt und strafwürdig sollte vielmehr die „kriminelle Intensität“ der wenigen sich zum Zwecke der Gewalttätigkeit zusammenrottenden Personen sein.

Nur letztgenannte Vorstellung Hubners findet sich im neuen Gesetz nicht wieder, ansonsten ist die jetzt verabschiedete Form des § 125 StGB fast wörtlich aus dem Hubner-Vorschlag übernommen. Lediglich die „passive Bewaffnung“ wurde in „Schutzwaffen“ umformuliert (siehe Kasten).

Was die SPD bzw. nicht unwichtige Parteimitglieder in der Regierungszeit oder in gehobenen Positionen mitgetrieben haben, davon will die SPD als Oppositionspartei heute nichts mehr halten und nicht mehr wissen. Es fehlt in den Stellungnahmen der SPD zu den

„FR“, 6.7.85), so fallen Helme aller Art, feste Bekleidung, insbesondere Lederachen, Transparenten, aber wohl auch Wasserflaschen darunter, das zum Auspulken der Augen nach einem Tränengasnebel geeignet ist. Warum eigentlich nicht auch Turnschuhe? Wann ist der Zeitpunkt gekommen, an dem nur noch nackt demonstriert werden darf?

Dehnbar ist auch der Begriff der Vermummung: „Ströbele versuchte die Unbestimmtheit der Begriffe ‚Aufmachung‘ und ‚Schutzwaffe‘ dadurch optisch zu veranschaulichen, daß er eine Pudelmütze aufsetzen wollte. Daran hinderte ihn aber der Bundespräsident Philip Jenninger (CDU)“ („FR“, 29.6.85). Ist eine Pudelmütze nun eine Schutzwaffe, dient sie der Vermummung oder gar beides? Wie steht es mit dem Tragen von Kopftüchern?

„Wenn Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 versucht hätte, sich gegen den tödlichen Schuß des Polizeibeamten durch einen Helm oder eine dicke Aktenmappe zu schützen, dann wäre dies nach dem neuen Versammlungsgesetz als Ordnungswidrigkeit zu ahnden gewesen. Nach der Neufassung des Landfriedensbruchparagrafen hätte er sich mit einem solchen Abwehrversuch sogar strafbar gemacht, falls ihn vorher ein ‚Hoheitssträger‘ aufgefordert hätte, diese Gegenstände abzulegen.“

Wenn beim Besuch des Diktators Stroeffner Jubel-Paragayer mit langen Hockelien auf protestierende Demonstranten einschlagen — wie die Jubelparader beim Staatsbesuch des Schahs in Berlin — müssen die Demonstranten den bloßen Kopf hinhalten, wollen sie sich nicht der Verfolgung wegen einer Ordnungswidrigkeit oder gar einer Straftat aussetzen. Wenn zur Beule und zum Bluterfuß nicht noch ein Bußgeld oder Geldstrafe kommen sollen, müssen Helme, feste Hare, wattierte Jacken, Regenschirme zu Hause bleiben, Schals und Pudelmützen abgelegt werden.

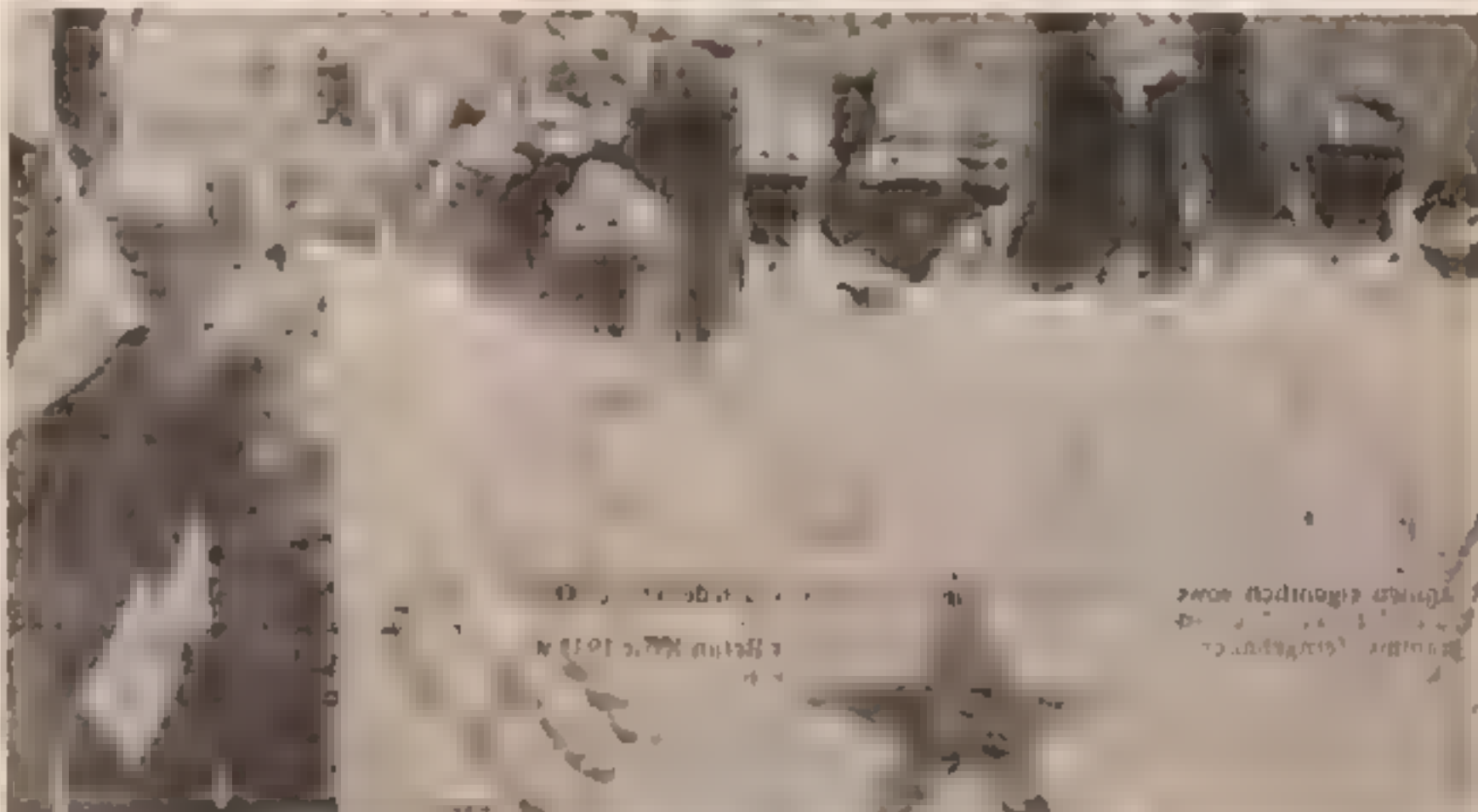
Dasselbe gilt, wenn Neonazis auf Demonstrationen gegen ein Waffen-SS-Traditionstreffen eindreschen oder wenn Sie fliegen, mal von Protestlerinnen, mal von Beamten, wie am berühmten 11.6. am Nollendorfsplatz in Berlin.“ (Rechtsanwalt und Abgeordneter der Grünen Hans Christian Ströbele am 6.7. in der „faz“).

Schließlich hätten die Anti-AKW-Demonstrationen der letzten Jahre nach der neuen rechtlichen Lage leicht zu wahren Massenfestnahmen führen können, mit noch blutigeren Köpfen der Demonstranten, ebenso die verschiedenen Startbahn-West Aktivitäten. Als militante/r Demonstrant/in wird in Zukunft verfolgt, wer schon so aussieht.

Unvermummt den Polizeikameras zum Ablichten dargeboten, ungeschützt hochbewaffneten Polizeieinheiten entgegen, die zur Auflösung auffordern können, wann immer sie Schutzwaffen und Vermummungsmaterial auszumachen glauben, ein weiterer Distanzierungsdruck in den eigenen Reihen, dem Veranstalter — will er keinen Polizeieinsatz riskieren — die Pflicht zur Aussortierung in gute und böse Demonstranten aufzuerlegen, das ist das Demonstrationsrecht der Wendekohleion. Hat das Bundesverfassungsgericht tatsächlich ein so anderes Verständnis von Demonstrationsrecht, wenn es jüngst in der auch von der „faz“ bezubelten „Brokdorf-Entscheidung“ (dokumentiert in der „FR“ vom 30./31.7.85) ausführt: „Die Versammlung gewährleistet lediglich das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln“. ... Je mehr die Veranstalter ihrerseits zu einschlägigen verwaltungsrechtlichen Maßnahmen oder zu einer demonstrationsfreundlichen Kooperation bereit sind, desto höher rückt die Schwelle für behördliches Eingreifen wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit.“

Verfassungsbeschwerden gegen das neue Demonstrationsrecht wurden bisher von SPD-Vertretern, dem BND und auch den Grünen angekündigt. Wir drücken die Daumen und empfehlen ansonsten: demonstrieren ohne sich zu distanzieren, totalvermummt oder totalentblößt, je nach Geschmack und Situation.

Kf/Westberlin
Anti-Repressionskommission



Trotz Vermummungsverbot vermummt: Demonstranten in Wackersdorf am 18.8.85

Trotz Vermummungsverbot vermummt: Demonstranten in Wackersdorf am 18.8.85

jetztige saarländische SPD-Umweltminister Jo Leinen mit Polizeiführern) und Distanzierungskampagnen, in ihrem Sinne weitestgehend bewährt. Die gewaltfreien Blockaden von Kasernen und anderen Einrichtungen wurden nach bestehendem Recht aufgelöst, die Blockierer nach bestehendem Recht festgenommen, angeklagt und in ihrer Mehrzahl verurteilt.

Unbefriedigend blieben die rechtlichen Grundlagen allerdings gegen Demonstranten, die wegen Landfriedensbruch angeklagt waren: Trotz polizeilicher Zeugenschulungen und in der Regel polizeilichem Richter gab es zwischen 1976 und 1981 bei 402 Landfriedensbruchverfahren „nur“ 205 Verurteilungen zu Freiheits- und Geldstrafen, eine Verurteilungsquote von ca. 50% also (nach: „Mit aller Gewalt“, S. 18).

Daher ist die Eile erstaunlich, mit der das Gesetzesvorhaben nun unter Dach und Fach gebracht wurde, nachdem es 1984 zunächst ganz in der Schublade verschwunden war. Öffentliche Anhörungen oder eine breite Kommentierung hatte es jedenfalls nicht mehr gegeben.

Kompromiß zwischen den klassischen Parteien

Die nun erfolgte Änderung des § 125 StGB (Landfriedensbruch) wird als Kompromiß zwischen der FDP und der CDU/CSU zu verkaufen versucht, die SPD-Sprecher kritisieren das verabschiedete Gesetz. Der SPD-Abgeordnete Emmertlich erklärte, „es sei ein fundamentaler Grundsatz des Rechtsstaats, daß eine Strafe nur für eine Straftat angedroht werde. Das neue Gesetz sei eine Perversion dieses Gedankens, da es erlaube, auch Demonstranten zu bestrafen, die keine Gewalt ausgeübt haben“ („TSP“, 29.6.85).

Tatsächlich haben sich bei einem kaum noch nachvollziehbaren Schlingerkurs der regierenden Parteien, insbesondere der FDP, die von der CSU propagierten Vorstellungen durchgesetzt: „Wer demonstriert, soll sein Gesicht zeigen“ — so Franz-Josef Strauß

Wer Schutzwaffen mit sich führt

Wer in einer Menschenmenge, aus der Gewalttätigkeiten oder Bedrohungen im Sinne des Absatzes 1 begangen werden,

1. Schutzwaffen oder Gegenstände, die als Schutzwaffen geeignet und dazu bestimmt sind, Vollstreckungsmaßnahmen eines Trägers von Hoheitsbefugnissen abzuwehren, mit sich führt oder

2. sich in einer Aufmachung, die geeignet und den Umständen nach darauf gerichtet ist, die Feststellung seiner Identität zu verhindern, aufhält,

obwohl ein Träger von Hoheitsbefugnissen aufgrund des Versammlungsgesetzes oder eines Polizeigesetzes dazu aufgefordert hat, diese Gegenstände oder Aufmachungen abzulegen oder sich zu entfernen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft § 125 Abs. II-IV StGB

gründung denn auch: „Vermieden werden soll eine Änderung des Versammlungsgesetzes, die zumindest bei vorübergründiger Betrachtung als eine Einschränkung erscheinen könnte“. In seinem Vorschlag geht es darum, die Gerichte von der konkreten Beweislast zu entheben. „Die gerichtliche Praxis zeigt, daß unter ... Umständen die hohen Anforderungen an den Nachweis der einzelnen Tathandlung des Landfriedensbruchs, etwa des Steinwurfs, oft nicht erfüllt werden können.“ Entsprechend werden in seinem Vorschlag nicht nur die tatsächlichen Gewalttätigen mit Strafe bedroht, sondern all die Menschen,

— die sich trotz Aufforderung nicht entfernen,

— Waffen oder waffenähnliche Gegenstände bei sich tragen,

— Gegenstände zu ihrem Schutz vor Polizeieingriffen mit sich führen

neuen Regelungen auch jeder Hinweis auf die eigene Mitverantwortung.

Die Veränderung des Versammlungsgesetzes

Der gleich mitverabschiedete § 17a des Versammlungsgesetzes verbietet ebenfalls grundsätzlich, Schutzwaffen und Gegenstände, die die Feststellung der Identität verhindern sollen, auf Demonstrationen mit sich zu führen. Daraus ergibt sich zum einen, daß die Polizeibehörden bei der Anmeldung einer Demonstration nicht mehr wie bisher dies zur Auflage zu machen brauchen, zum anderen, daß für die Ordnungshüter jederzeit eine — wie wir noch zeigen werden — dehnbare Rechtsgrundlage zur Auflösung einer Demonstration vorhanden ist. Schließlich läßt sich der Paragraph auch bestens für Durchsuchungen und Festnahmen von Demonstranten gebrauchen. Umgekehrt ist die Polizei aber nicht zum Eingreifen gezwungen, es liegt weiterhin in ihrem Ermessen, wann und unter welchen Bedingungen sie einschreiten will.

Ein Novum bei den verabschiedeten Gesetzen ist es, daß nunmehr die Polizei — je nach Opportunismus — wählen kann: Erklärt sie eine Demonstration für aufgelöst und macht dann Festnahmen, so drohen Haftstrafen, hält sie eine Auflösung für nicht angemessen, machen sich Festgenommene lediglich einer Ordnungswidrigkeit schuldig. Dies kritisierten auch SPD-Vertreter am neuen Recht (siehe „TSP“, 29.6.85).

Wir wissen sehr genau, was Schutzwaffen sind

Juristisches Neuland wurde aber auch in der Auswahl der Begriffe „Schutzwaffe“ und „Vermummung“ betreten. Sie tauchen in keinem anderen Gesetz auf. Geht es nach den bisherigen polizeilichen Definitionen — und dafür spricht die Äußerung des Westberliner Justizsenators Scholz: „Wir wissen sehr genau, was Schutzwaffen

Hannover:

Terroristische Vereinigung e.V. »gegründet«



„Es ist an der Zeit, dem Zeugen ohn-
dringlich klarzumachen, daß er das
Gesetz zu respektieren hat.“ Mit dieser
Begründung — unter anderen — for-
dert Bundesanwalt Senge im Ermitt-
lungsverfahren nach § 129a gegen eine
angebliche „terroristische Vereinigung
Wirtschaftswunderkinder“ in Han-
no- ver die Erzwungungshaft gegen den
Zeugen Albrecht W. Albrecht war ein-
er von 16 Zeugen, die generell oder
mit der Begründung, es werde gegen sie
ermittelt, in diesem Verfahren eine
Aussage vor der Bundesanwaltschaft
verweigert hatten. Neben 200 DM Ord-
nungsgeld wegen Aussageverweigerung
und 500 DM wegen Nichterscheins
bei zwei Vorladungen nach Karlsruhe,
hatte BA Senge bereits schon einmal
einen Antrag auf Erzwungungshaft ge-
stellt. Die darin genannten Fragen, die
sich auf die Zusammenhänge A.s
mit der inhaftierten Isabel Jacob bezo-
gen, waren allerdings hinlänglich gewor-
den, da A. schon vor längerer Zeit aus-
gezogen war. Nun ließ BA Senge die
kürze aus dem Sack: Der Zeuge Al-
brecht W. sei „wesentliches Beweismittel
zur inneren Tisette der Beschul-
digten“ d.h. erzwungen werden sollen
„Angaben über die Einstellung der Be-
schuldigten zum Staat, zu militanten
Aktionen und ähnlichen Themenkrei-
sen.“

Eine deutliche Ausweitung hatte das
Ermittlungsverfahren „Wirtschafts-
wunderkinder“ Anfang Juli mit der
Vorladung von 25 Zeugen erfahren.
Bereits Mitte Juni hatte es 5 Vorladun-
gen gegeben, bei denen einer der Zeu-
gen aus der Vernehmung heraus als Be-
schuldiger festgenommen und für 24
Stunden inhaftiert wurde. Zwei Aus-
sagen führten zum erweiterten Haftbe-
fehl gegen den in U-Haft sitzenden
Horst Mönnecke von Unterstützung
zur Mitgliedschaft einer terroristischen
Vereinigung. Aufgrund dieser Vor-
kommnisse hatten 16 der zwischen dem
2. und 4. Juli vorgeladenen Zeugen be-
schlossen, keine Angaben gegenüber
der BAW zu machen. Reaktion der
Bundesanwaltschaft: Ordnungsgelder
zwischen 200 und 300 DM für alle und
4 Vorladungen nach Karlsruhe, darun-
ter auch Albrecht W.

Befürchtungen der Zeugen, daß sie
weniger zur Aufklärung der Explosion
am Messegelände als zur Aufrechterhaltung
ihres persönlichen und politischen Um-
feldes beitragen sollten, hatten sich be-
reits zu diesem Zeitpunkt angekündigt.
Mit Freunden, Mitbewohnern und Be-
kannten der beiden Hauptbeschuldi-
gten Isabel und Horst, sowie des bei der
Explosion getöteten Jürgen ziehen die
Vorladungen auf das „sympathisieren

de Umfeld“. In einem Fall reichte so-
gar das Flugblatt „Jürgen ist tot“ auf
dem Beifahrersitz des Autos zur Woh-
nungsdurchsuchung und Vorladung
aus.

Relegt war auch, daß die BAW eine
Reihe der „Zeugen“ eher als potentielle
Tatverdächtige betrachtete. Einem
der Zeugen wurde die Besucherlaubnis
bei Isabel mit der Begründung ver-
weigert, er gehöre dem „terroristischen
Umfeld der Beschuldigten“ an. Sämt-
liche und sonderlich sind auch alle vorgeladen
worden, die bei der Räumung der
Wohnungen von Isabel und Horst ge-
holfen hatten (s. Bericht im letzten
AK). Neben dem Vorwurf des „Beweis-
erschaffens von Beweismitteln“ hatte
die Ermittlungsbehörde dabei beson-
ders interessiert, wer diese Umzüge
„organisiert“ habe. Offensichtlich soll
oder besser muß aus Ereignissen, die
nach der Explosion am Messegelände
liegen, erst die „Wirtschaftswunder-
kinder-Vereinigung“ konstruiert wer-
den.

Darüberhinaus hatte bei Verneh-
mungen interessiert, wer bei der Beer-
digung von Jürgen P. war, oder ob Zeu-
gen bei der antifaschistischen Kundge-
bung gegen das NPD-Deutsch-
landtreffen am 15.6. in Stadthagen
teilgenommen hatten. Die Eltern eines
Beschuldigten wurden gefragt, ob ihr
Sohn anlässlich des Türkei-
Länderspiels zu den Protestaktionen
gegen Neonazis nach Berlin gefahren
sei und ob er bei der Anti-Bush-Demo
in Krefeld war.

„Die Grenze zwischen Zeugen und
Tatverdächtigen ist schmal“ bestätigte
BA Senge auch dem Anwalt eines Zeu-
gen. Die BAW nutzt die prekäre Situa-
tion der „Zeugen“, mit ihren Aus-
sagen entweder sich selbst oder andere zu
belasten oder aber maximal ein halbes
Jahr Erzwungungshaft zu riskieren,
auch im Tauschen um die 4 Vorgela-
denen nach Karlsruhe. Zwei wurde auf
eine anwaltliche Vorführung verzichte-
tet und eine Vorladung aufgehoben,
weil die Zeugin Mutter eines kleinen
Kindes ist. Ihr wurden schriftlich Fra-
gen vorgelegt — unter Androhung von
Beugehaft — so u.a.: welche Beziehun-
gen die beiden mit ihr zusammenwoh-
nenden Zeugen (ebenfalls nach Karlsru-
he vorgeladen) zu den Beschuldigten
haben. Gleichzeitig wurde bekannt,
daß das Foto der Zeugin bei einer po-
lizeilichen Vernehmung in Hannover zu-
sammen mit denen von ca. 30 anderen
Personen vorgelegt wurde. Etliche da-
von hätten eine auffallende Ähnlich-
keit mit Paßfotos gehabt — den Zeu-
fotos die beim Ordnungsmißstand liegen?
Alle drei genannten Zeugen berufen

sich bei der Aussageverweigerung dar-
auf, daß gegen sie ermittelt wird.

Albrecht W. dagegen hatte seine
Nichtaussage politisch begründet. Of-
fensichtlich soll deshalb exemplarisch
gegen ihn vorgegangen werden. Auf
seine Forderungen nach einer genaue-
ren Begründung für seine Vorladungen
als das übliche Stereotype „§ 129a“,
nach „Sachbezogenheit“ auf die Ex-
plosion am 1.6.85 und „Begrenzung
der Fragestellung, auch zum Schutz
seiner Person“ reagierte die BAW mit
der pauschalen Fragestellung, sie habe
keinen Anlaß konkrete Gründe zu nen-
nen, da die hohe Anzahl der Aussage-
verweigerungen eine Zeugenabspache
beweisen würde. Als falsch wies sie vor-
 allem zurück, Vorladungen seien „mit
Einschüchterung und Drohung“ nach
ihrer „politischen Auffassung“ be-
fragt worden.

BA Senge gegenüber einer Zeugin:
„Sie werden mich noch auf den Knien
bitten, ihre Aussagen machen zu könn-
en.“

Wie hart die BAW ihre Linie tat-
sächlich durchziehen kann, wird aller-
dings sehr stark davon abhängen, in-
wieweit es gelingt, eine demokratische
Öffentlichkeit aufmerksam zu ma-
chen. Mit der Vorladung von Zeugen,
gegen die offensichtlich ermittelt wird
und mit Fragen nach der politischen
Einstellung als „Beweismittel“, be-
wegt sich die BAW in einer gesetzli-
chen Grauzone, die auch bei bürgerli-
chen Juristen durchaus in der Diskus-
sion steht. Das erklärt auch das bishe-
rige, durchaus vorsichtige Verfahren.

Näheres werden wir am 3. Septem-
ber erfahren, bis dahin läuft die neue
Frist für Albrecht zur Entscheidung
über die Erzwungungshaft.

KB (Hannover)

Seit sieben Wochen sitzen Isabel
Jacob und Horst Mönnecke in Un-
terwuchungshaft im Rahmen eines
Ermittlungsverfahrens nach § 129a
werden die beiden der Mitglied-
schaft in einer „terroristischen
Vereinigung“ verdächtigt. Anlaß
ist die Explosion am 1. Juni am
Messegelände, bei der Jürgen Pe-
möller getötet wurde.

Isabel Jacob, nach der als an-
geblische Tatbeteiligte eine Fahndung
ausgeschrieben wurde, hatte sich
kurze Zeit später zusammen
mit ihrem Anwalt zur Polizei begeben.
Horst Mönnecke wurde als
Mitbewohner von Jürgen Pemöller
verhaftet. Die genauen Gründe
sind noch unklar.

Beide Inhaftierten sind, wie
beim § 129a üblich, verschärften
Haftbedingungen unterworfen.
Das heißt:

- Einzelhaft
- eingeschränkte Besucherlaubnis
(vormal eine halbe Stunde
im Monat)
- sämtliche Besuche, einschließ-
lich die der Anwälte, werden
nur mit Trennscheibe erlaubt.
Ausnahmen werden bei den El-
tern gemacht
- der gesamte Briefverkehr unter-
liegt der Vorzensur des Er-
mittlungsrichters
- Ausschuß vom gemeinschaftli-
chen Leben im Gefängnisall-
tag, wie z.B. den Gemein-
schaftsveranstaltungen und der
Gefängnisarbeit. Die Benut-
zung der Gefängnisbibliothek
ist Isabel zwar offiziell erlaubt

worden. Da sie jedoch weder
den zugehörigen Katalog be-
nutzen noch die Bibliothek be-
treten darf, wird diese „Er-
laubnis“ zur Farce.

Die verschärften Haftbedingungen
bedeuten für beide eine doppelte
Isolation. Sie werden von ihren
Freunden und Bekannten abge-
schnitten. So hindert man sie, sich
mit dem gesamten Ermittlungsver-
fahren, mit den für sie tragischen
Ereignissen (Tod eines Freundes
bzw. Bekannten) und mit ihrer ei-
genen Situation auch mit vertrau-
ten Personen auseinanderzusetzen.

Zusätzlich ist es kaum für die
beiden möglich, wenigstens im Ge-
fängnis notwendige menschliche
Beziehungen aufzubauen. So gibt
es zwar einen gemeinsamen Hof-
gang, der aber mit ständig wech-
selnden Mitgefangenen durchge-
führt wird. Dabei versucht eine
„Mitgefangene“ Isabel in auffälliger
Weise auszuweichen.

Um die geschilderte Isolation ein Stück
weit aufzubrechen, demonstrieren am
27.7. 150 Menschen vor dem Knast, in
dem Isabel in Hannover einsitzt.

Wer Isabel Jacob und Horst Mön-
necke schreiben will, Isabel sitzt zur
Zeit in Hannover, Horst in Wolfenbü-
tel. Briefe an die beiden an.

Isabel Jacob bzw. Horst Mönnecke
c/o Ermittlungsrichter am Bundesge-
richtshof
Heinrichstr. 15a
7500 Karlsruhe



Erster Prozeß gegen Teilnehmer der Demonstration gegen den Weltwirtschaftsgipfel

Am 15.8. begann in Bonn die erste
Verhandlungsrunde gegen Andreas S.
aus Wiesbaden vor dem Schöffengericht.

Schwerer Landfriedensbruch, Wi-
derstand und versuchte Körperverlet-
zung werden ihm vorgeworfen. Andre-
as, der sich bei der Kundgebung am 4.
Mai auf dem Bonner Münsterplatz in
der Nähe des Beethoven-Denkmal
aufhielt, das von der Polizei aus Or-
dnungszwecken „Denkmalschutz“ (so der
Inhaltsleiter) geräumt wurde, soll bei
seiner Festnahme „wild um sich ge-
schlagen und getreten“ haben, wäh-
rend er von 51 Krim mit einem Knüttel
am Hals gewürgt und über den Boden
geschleift wurde. Die Festnahme
von Andreas wird damit begründet,
daß man ihn „mit einem Stein in der
Hand“ geschlagen hätte, worauf von
SEKlern eine Breche in die Demon-
strationsmenge geschlagen und Andre-
as gegriffen wurde. Er wurde danach
zu nahegelegenen Post geschleppt,
mit Handschellen an ein Gitter ge-
schnürt und mehrmals in den Unterleib
geschlagen. (Spontan weilt sich dem
neutralen Beobachter die Frage, ob
hier die Anklage wegen Körperverlet-
zung gegen Andreas etwa an die fal-
sche Adresse gerichtet ist.) Andreas
wurde mit 15 weiteren Festgenom-
menen im Oesfahngewohnheitsraum
zum Haftstrich nach Langlar gebracht.
Nachdem er eine Nacht auf blankem
Betonboden verbringen mußte, erwirk-
te eine Kölner Anwältin am nächsten
Tag Haftverrechnung.

Der erste Verhandlungstag wurde

sowohl von einer beachtlichen Zu-
schauermenge, als auch von einem
stark überzogenen Polizeiaufgebot
begleitet. Jeder Prozeßbesucher muß
eine bis ins kleinste reichende Perso-
nenkontrolle über sich ergehen lassen
(auch der Inhalt einer Streichholz-
schachtel bleibt dabei dem plastik-
behandschulten Beamten nicht ver-
borgen) und findet seine eigenen Per-
sonalen auf einer Liste wieder. Ver-
handlungsführender Richter ist ein
Herr Hasse, der sich im vergangenen
Oktober einen Namen dadurch machte,
daß er fast die gesamte Zuhörer-
schaft wegen „ungehörlichen Verbal-
ten“ (man hatte ihm den Rücken zu-
gekehrt) zu 3-5 Tagen Ordnungshaft
verdonnerte.

Zu Beginn der Verhandlung verlas
Andreas eine Erklärung zu dem Pro-
zeß, in der er aus seiner Rolle als Ange-
klagter zum Ankläger gegen die Welt-
wirtschaftsordnung wurde. Für seine
Bemerkung, dies sei „zweifelslos ein
politischer Prozeß“ erntete Andreas
eine Rüge von Richter Hasse.

Wie um sich dann gleich selbst zu wä-
derlegen, liest Richter Hasse eine Liste
von „Erkenntnissen“ des K 14 vor
über das politische Leben von Andreas
im Zusammenhang des Santhaw-
denfalls; da reicht es vom „wildem
Platzieren“ bis zu „Nötigung“ und
„Widerstand“, womit wohl vor allem
die Schöffinnen von der Bosartigkeit
der Angeklagten überzeugt werden sol-
len.

An Zeugen auf Seiten der Staatsan-
waltschaft treten jene zwei SEK-

Beamte, Küster und Rätzer, auf, die
Andreas am 4. Mai festgenommen und
verprügelt haben. Als weiteres Beweis-
material benutzt die Staatsanwaltschaft
Folienmaterial der
„Video-Bonn“, auf dem sich eine Rei-
he von Einzelheiten über das Gesche-
hen am das Beethoven-Denkmal befin-
den, allerdings von den randstehenden
Polizeimännern auf dem Münsterplatz
nicht zu sehen ist. Dabei ist interes-
sant, daß „Video-Bonn“ das Material
angeblich nur deshalb an das Gericht
ausgehändigt hat, weil es von Seiten
der Verteidigung gewünscht wurde.
Die Verteidigung hat aber gar keinen
entsprechenden Antrag gestellt. Mit
„Video-Bonn“ hat nur Richter Hasse
verhandelt.

Th., Bonn

Massives Polizeiaufgebot bei der
Demo zum WWG und immer
wieder startet die Polizei
Provokationen



Ingrid Barabaß und Mareile Schmiegner festgenommen BKA wieder auf Terroristenjagd

Als „normalliche Mitglieder“ der RAF und Ingrid Barabaß und Mareile Schmiegner, die beide legal in Frankfurt leben, in der Nacht vom 2. auf den 3.7.85 festgenommen worden.

Ihnen wird vorgeworfen, daß sie eine Wohnung unter falschem Namen angemietet und als „Waffen und Materiallager“ benutzt haben. Diese Wohnung soll seit Januar angemietet und seit April nicht mehr benutzt worden sein. Seit Juni — nachdem die Polizei behauptet, dort Handfeuerwaffen, falsche Personalpapiere und Munition gefunden zu haben — wird diese Wohnung observiert. Gesehen worden ist dort dann allerdings niemand.

Damit mit den angeblichen Funden auch gleich die richtige Stimmung gemacht werden kann, werden die Sachen dann zugeordnet, die Papiere haben RAF typische Fälschungsmerkmale, ein Lichtbild von Barbara Ernst, eine von Günter Sonnenberg gekaufte Waffe usw.

Die Festnahme der beiden legal in Frankfurt lebenden Frauen ist ein weiterer Schritt des BKA, das Konstrukt der „legalen RAF“ feitzuklopfen. Bundesanwalt Rebmann spricht von vier Gruppen, die 20 Kommunistenmitglieder in der Illegalität, illegale Militärs, die als erste Gruppe „versorgen“; die im Knaist sitzenden RAF Angehörigen und dann diese vierte Gruppe, die das „legale Umfeld“ bildet. Dazu rechnet er die „legalen Sympathisanten“, die Unterstützer und Hilfsdienste leisten wie Haftungsbetreuung, politische Agitation und Materialbeschaffung.

(nach „Hamburger Morgenpost“, 11.7.85) Das ist ein ganz massiver Versuch, alle, die sich um die Haftbedingungen von Gefangenen kümmern und Besuche im Knaist machen, zu kriminalisieren. Die ersten Schritte hat Rebmann dann auch gleich unternommen und einen Besuchsverbotsantrag gegen Christiane und Martha Barabaß gestellt, die Schwester und die Mutter von Ingrid. Der zuständige Richter hat sich dann die Besuchserlaubnis für die Mutter „abgerufen“, die Schwester ist immer noch nicht zum Besuch zugelassen. Für Ingrid bedeutet das, daß selbst der Kontakt zu ihren nächsten Angehörigen total eingeschränkt wird.

Hinzu kommt, daß Anwälte, die sie verteidigen wollen wegen des § 146 (Mehrfachverleidungsverbot) nicht zugelassen werden. Nach etlichen Ablehnungen sollte dann die endlich zugelassene Anwaltschaft und der Anwalt nur unter Aufsicht des LKA ein Anbausegespräch mit ihr führen dürfen. Da das überhaupt keine Basis für eine Verteidigung ist, hat Ingrid dieses Gespräch abgelehnt. Inzwischen ist die Überwachung für den Anwalt zurückgenommen und ein erstes unüberwachtes Gespräch hat stattgefunden, bei der Anwaltin bezieht die Gesprächsüberwachung noch.

(Mareile ist inzwischen nach Alchach verlegt worden, Ingrid ist weiterhin im Knaist in Preungesheim. Post geht für beide über den Ermittlungsrichter in Karlsruhe, Herrenstraße 45a.)

ga.

Rebmann will Verwandtenbesuch verhindern!

Der Generalbundesanwalt
Karlsruhe, den 11. Juli 1985

An den Ermittlungsrichter des
Bundeskriminalamtes
Herrenstraße 45a
7400 Karlsruhe 1

Ich beantrage,
Christiane Barabaß und Martha Barabaß keine Besuchserlaubnis (bei Ingrid Barabaß) zu erteilen.

Begründung:
Aus den weiter fortbestehenden Gründen des in Ablichtung beigefügten Beschlusses vom 20. August 1984 (I BGs 359/84) sind die Voraussetzungen für die Verhängung der beantragten Besuchserlaubnis nach wie vor gegeben.

Durch die Besuche könnten die Sicherheit und Ordnung in der Justizvollzugsanstalt und vor allem der Zweck der gegen die Beschuldigten Ingrid Barabaß angeordneten Untersuchungshaft gefährdet werden.

Beide Antragstellerinnen haben in der Vergangenheit in vielfältiger Weise ihre Sympathien für die terroristische Vereinigung „RAF“ bekundet und deren Ziele durch eigene Aktivitäten zu fördern gesucht. So haben sie am 2. April 1981 an einer Demonstration teilgenommen, auf der für die „RAF“ und deren terroristische Ziele geworben wurde.

Am 20. Juni 1983 kettete sich Christiane Barabaß mit anderen Angehörigen von „RAF“-Mitgliedern im Justizpalast München an ein Eisengeländer, um auch damit die Ziele der „RAF“ zu unterstützen.

Am 8. November 1983 wurde sie zusammen mit anderen Besuchern die Hauptverhandlung gegen Adelheid Schulz vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf, woraufhin sie von der Teilnahme an der Hauptverhandlung ausgeschlossen wurde.

Am 6. Januar 1985 demonstrierte sie „einsam“ an der vom Justizministerium angeordneten Demonstration.

Am 6. Januar 1985 demonstrierte sie mit anderen Personen vor dem Wohnsitz des Vorsitzenden Richters am Oberlandesgericht Stuttgart, Dr. Knope und forderte die Zusammenlegung der „politischen Gefangenen“ in großen Gruppen.

Bereits am 4. März 1981 hatten beide Antragstellerinnen — zusammen mit anderen Personen — die Kantine des SPIEGEL Verlages in Hamburg besetzt und dort für die Forderungen der „RAF“ demonstriert. Bei dieser Gelegenheit kletterten sie die Hungerstreikklänge „RAF“ Angehöriger vom 6. Februar 1981 an die Fenstercheiben des Verlagshauses. Auch diese Erklärung forderte zur Unterstützung der terroristischen Ziele der „RAF“ auf.

Aufgrund des Beschlusses vom 20. August 1984 (I BGs 359/84) hat der Justizminister von Baden-Württemberg durch den ebenfalls in Ablichtung beigefügten Erlaß vom 3. Oktober 1984 gegenüber allen Vollzugsanstalten in Baden-Württemberg angeordnet, Martha Barabaß vom Besuch inhaftierter terroristischer Gewalttäter auszuschließen. Es könne nicht ausgeschlossen werden, daß sie bei solchen Besuchen für deren Ziele werben bzw. die Häftlinge in ihrer staatsfeindlichen Haltung bestärken werde.

Bezugnehmend auf die erwähnten Hinderungsgründe hat auch das Oberlandesgericht Düsseldorf durch Beschluß vom 7. Februar 1985 in dem Verfahren I St 3/82 den Antrag von Martha Barabaß, den in jenem Verfahren angeklagten Rolf Klemens Wagner besuchen zu dürfen, abgelehnt.

Angesichts des bisherigen Verhaltens der Antragstellerinnen muß eine nachhaltige Störung der Anstaltsordnung befürchtet werden, wenn es ihnen ermöglicht wird, durch Besuchskontakte Informationen über weitere terroristische Aktivitäten oder andere Straftatbestände auszutauschen.

Bei dieser Sachlage müssen die verwandtschaftlichen Beziehungen ausnahmsweise zurücktreten. Wie bereits im Haftbefehl vom 4. Juli 1985 ausgeführt ist, sind die familiären Bindungen nicht so eng, daß sie in der Vergangenheit ein Abtauchen der Inhaftierten ins Ausland in der Illegalität behindert hätten. (1) Den Antragstellerinnen verbleibt die Möglichkeit, persönliche Angelegenheiten vorerst durch Briefkontakte zu erledigen.

Im Auftrag
Volz

(1) Es handelt sich hierbei wohlge-
merkt um Vorgänge aus dem Jahr
1977 (Anm. AK)

Heike Klar endlich freigesprochen!

Nach mehr als zwei Jahren wurde am 4.7.85 das Urteil gegen Heike Klar in zweiter Instanz revidiert. Die am 19.5.83 wegen „schweren Landfriedensbruch in Tateinheit mit schwerem Widerstand und gefährlicher Körperverletzung“ von einem erweiterten Schöffengericht als Wiederholungskatrin zu 20 Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung Verurteilte, wurde aus dem Berufungsverfahren von sämtlichen Vorwürfen freigesprochen.

Heike Klar hatte an der Klaus-Jürgen-Rauay-Gedenkdemo am 22.9.82 teilgenommen. Wie im Vorjahr war auch diese Demonstration nicht genehmigt. Wieder kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Polizeiknüttel wurden geschwungen, Steine fliegen. An den schweren Kopfverletzungen (u.a. Sprengung der Lamina und eine Schädelfraktur), die Heike Klar erlitt, wird deutlich, daß Lummers Knüttelgarde auch diesmal nicht zimperlich war.

Heike Klar erklärte, daß sie bei ihrer Festnahme mit dem Schlagstock auf den Kopf geschlagen worden sei. Bis sie nach der Festnahme zu einem Arzt gelassen wurde, dauerte es Stunden. Im Festnahmeprotokoll stand nämlich, daß keine Verletzungen offensichtlich seien. Der Gefängnisarzt diagnostizierte einen Schädelbruch und ordnete die sofortige Einweisung in ein Krankenhaus an. Hier stellte der behandelnde Arzt als Verletzungsursache eine Verletzung durch einen Schlagstock fest. Auf der Intensivstation des öffentlichen Krankenhauses, in die Heike Klar zunächst überwiesen wurde, wurde sie rund um die Uhr von Beamten des Staatsschutzes bewacht.

Als Verletzungsursache Einweisung in ein Krankenhaus an. Hier stellte der behandelnde Arzt als Verletzungsursache eine Verletzung durch einen Schlagstock fest. Auf der Intensivstation des öffentlichen Krankenhauses, in die Heike Klar zunächst überwiesen wurde, wurde sie rund um die Uhr von Beamten des Staatsschutzes bewacht.

Erste Instanz

Im Januar 83, als der Prozeß begann, war Heike aus dem Haftkrankenhaus entlassen und in einem der Berliner Frauenhäuser inhaftiert. Obwohl sie sich noch in ständiger ärztlicher Behandlung befand und der behandelnde Arzt sie nur für zwei Stunden täglich verhandlungsfähig schrieb, ordnete das Gericht U-Haft an. Der Prozeß schleppte sich über fünf Monate hin. Heike klärt ständiges Beharren, keine Strafe geworden zu haben, sondern von den an ihrer Festnahme beteiligten Beamten zusammengeschlagen worden zu sein, wurde vom Gericht als Lüge diffamiert. Während widersprüchliche und unschlüssige Aussagen, ja sogar sich gegenseitig aufhebende Aussagen der beteiligten Polizeibeamten die Urteilsfindung nicht beeinträchtigten, wurden die entlassenen Zeugen der Verteidigung nicht einmal als gehört. Im Gegensatz zum krankenhaushäufigen Gutachten behauptet das gerichtsmedizinische Gutachten, daß die Kopfverletzungen nicht von einem Schlag mit einem Polizeiknüppel herühren, sondern entweder durch einen Stein oder einen Sturz verursacht seien. Obwohl das Urteil nicht rechtskräftig war, weil die Verteidigung Berufung einlegte, ordnete das Gericht weiterhin U-Haft an.

Wiederaufnahme

Es dauerte sieben Monate, bis die zweite Verhandlung vor dem Berliner Landgericht am Februar 84 eröffnet wurde. Die Verzögerung des Berufungsverfahrens gründete nicht zuletzt darin, daß die Vorsitzende Richterin des Schöffengerichts ihre Urteilsbegründung vier Monate lang nicht schriftlich vorlegte. Als dann Ende Februar der Prozeß nach wenigen Verhandlungstagen platzte, gelang es der Verteidigung wenigstens, Haftverschonung für Heike Klar zu erzielen.

Der Haftbefehl wurde jedoch nicht aufgehoben. Heike wurde lediglich gegen Auflagen freigelassen. Ein neues Verfahren wurde für den Sommer 84

anberaumt. Daraus wurde allerdings nichts. Heike Klar mußte bis Ende Mai 85 auf die Berufungsverhandlung warten, fünfzehn Monate in Unklarheit leben.

Am 22.5.85 wurde dann endlich die Berufungsverhandlung eröffnet und es dauerte lediglich 6 Wochen, bis das Gericht am 4.7.85 zur Urteilsverkündung gelangte. In nur acht Verhandlungstagen konnte die Beweisaufnahme abgeschlossen werden. Diesmal konnten die Zeugnisaussagen sehr leicht als widersprüchlich und offensichtlich falsch identifiziert werden. Die schon fast wissenschaftlich wirkenden, detaillierten Angaben über Flugphase eines bestimmten Steins und deren Urheber, sowie den Einschlag waren doch widersprüchlich und unwahrscheinlich. Inogutiges Ermittlungsmaterial allerdings war das neue gerichtsmedizinische Gutachten, aus dem wie aus dem Krankenhaustisch hervorgeht, daß mindestens eine der drei Kopfverletzungen von Heike Klar durch einen Polizeiknüppel verursacht wurde. Mit dieser Aussage sind die Aussagen der Polizeibeamten eindeutig als Falschaussagen entlarvt, denn sie hatten eindeutig bekundet, daß niemand den Schlagstock gegen Heike eingesetzt bzw. so etwas gesehen habe.

In der Urteilsbegründung kommt der Vorsitzende Richter zu der Feststellung, daß „hier davon auszugehen sei, daß Falschaussagen erfolgt sind. Offensichtlich sei in diesem Verfahren geworden, daß Heike Klar einen Schlag mit einem Polizeiknüppel erhalten habe. Die Polizeibeamten, die entweder selbst die Täter seien oder aber hatten, die die Falschaussagen gemacht haben. Die Polizeibeamten, die entweder selbst die Täter seien oder aber hatten, die die Falschaussagen gemacht haben.“ (Ist 3/85) Die Anzeiger, die Heike direkt nach ihrer Festnahme gegen die Beamten erstattete, liegt noch immer auf Eis. Denn erst wenn das Verfahren gegen sie völlig abgeschlossen ist, wird die Staatsanwaltschaft in dieser Sache Anklage erheben.

Der Staatsanwalt hat bis zuletzt versucht, eine Verurteilung rauszuschinden. Weil jedoch ziemlich klar war, daß Sprüche wie „die Aussagen der Polizeibeamten stimmen im Kernbereich überein“, nicht viel bewirken mußte, er auf unsichere Tatsachenaussagen in seinem Plädoyer zurückgriffen. So betonte er, was er schon gerichtlich bekannt ist, daß Heike Klar in ähnlicher Sache schon vorbeurteilt ist. Ferner gab er zum Besten, was er am Vortrag in der 1. Instanz geleistet hatte. Dort war ein Interview mit Heike Klar abgedruckt, aus dem mensch zweifeln könnte, daß Heike Demonstrationenverhaftung hat. Forderung der Vertreter der Anklage im ersten Verfahren 1983 vor dem Schöffengericht nach der Höchststrafe von drei Jahren, so lautete seine zeitige Forderung zweierhalb Jahre ohne Bewährung. Natürlich hat die Staatsanwaltschaft auch Revision gegen den Freispruch eingelegt.

Der Staatsanwalt hat bis zuletzt versucht, eine Verurteilung rauszuschinden. Weil jedoch ziemlich klar war, daß Sprüche wie „die Aussagen der Polizeibeamten stimmen im Kernbereich überein“, nicht viel bewirken mußte, er auf unsichere Tatsachenaussagen in seinem Plädoyer zurückgriffen. So betonte er, was er schon gerichtlich bekannt ist, daß Heike Klar in ähnlicher Sache schon vorbeurteilt ist. Ferner gab er zum Besten, was er am Vortrag in der 1. Instanz geleistet hatte. Dort war ein Interview mit Heike Klar abgedruckt, aus dem mensch zweifeln könnte, daß Heike Demonstrationenverhaftung hat. Forderung der Vertreter der Anklage im ersten Verfahren 1983 vor dem Schöffengericht nach der Höchststrafe von drei Jahren, so lautete seine zeitige Forderung zweierhalb Jahre ohne Bewährung. Natürlich hat die Staatsanwaltschaft auch Revision gegen den Freispruch eingelegt.

Keine Haftentschädigung

Bei genauer Betrachtung, stellt sich der „Justizirrtum“ als Wandel des Strafrechts dar. Das ist es 82/83 eine Bewegung mit allen Mitteln der Repression den Garaus zu machen, so kann 84 auf dem Hintergrund der Forderung dieser Bewegung die „Gerechtigkeit“ wieder „wegen“, zumal wenn man es sich nicht kosten lassen will und in einem Urteil wahrhaft lakonisch bleibt. Denn dort heißt es: Heike Klar habe sich auf eine ungenehmigte Demonstration begeben und erkannt, daß dort Unruhe geherrscht habe.“ Hier sich so verhält, habe die Strafverfolgungsmaßnahmen groß fahrlässig verursacht, deshalb ist eine Haftentschädigung auszuschließen.“ (Ist 3/85) Die Verteidigung hat Zivilklage eingelegt, um Haftentwädigung für die 17 Monate U-Haft zu erreichen.

Anti-Repressionalkommision
KB/Wienberlin

Presseerklärung

Als Verteidiger von Mareile Schmiegner teile ich folgendes mit: Am Morgen des 3.7.85 gegen 0.30 Uhr wurde meine Mandantin in Frankfurt-Sachsenhausen, als sie gerade in ihr Auto einsteigen wollte, durch mehrere Zivilbeamte überfallen. Festgenommen. Hierher wurde sie von mehreren Beamten u.a. in die Rippen und die Brust geschlagen und gebissen und schließlich in ein ziviles Fahrzeug geprügelt. Anschließend wurde sie in das Polizeigewahrsam in der Klapperfeldgasse gebracht, wo sie im Laufe des vormittags erkrankungsdienlich behandelt wurde. Hierbei gingen die beteiligten Beamten — größtenteils vom BKA — mit äußerster Brutalität vor, meine Mandantin wurde u.a. geteilt, gewürgt, ihre Finger wurden verstaucht (insgesamt mußte sie viermal Fingerabdrücke geben), schließlich wurde sie mit dem Gesicht auf den Betonboden gestoßen, wobei ihr die Hälfte eines Schneidezahns abbrach.

Bereits vorher wurde Ingrid Barabaß in ihrer Wohnung kurz vor sechs Uhr von Beamten des BKA und LKA festgenommen. Obwohl sie unbekleidet war, wurde ihr erst nach einer halben Stunde gestattet, sich anzuziehen. Ihr und ihrer ebenfalls in der Wohnung lebenden Schwester, die auch kurzfristig festgenommen wurde, wurden Kapuzen auf den Kopf gestülpt, die sie bis zum Eintreffen im Polizeipräsidium aufbehalten mußten.

Am frühen Nachmittag wurden Frau Barabaß und Frau Schmiegner ins Bundeskriminalamt nach Wiesbaden gebracht, wo dann eine Gegenüberstellung in der Form stattfand, daß von einer Zeugin, die sich im Haus befand, insgesamt acht Fahrzeuge mit einem Mann und zwei Frauen. Davon je eine in Handschellen, vorläufig darunter auch Frau Barabaß und Frau Schmiegner. Anschließend fanden noch 1. Instanz Gegenüberstellungen statt, die in dieser Form rechtswidrig, aber in politischen Verfahren inzwischen durchaus üblich sind. Später erschien dann noch der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes zu einem richterlichen Vernehmung im BKA. Dies und die Tatsache, daß sich beide Frauen 16 bzw. 41 Stunden, ab der Festnahme, unter der direkten Verfügungsgewalt des BKA befanden, belegt, daß das BKA in politischen Verfahren immer mehr Herr des Verfahrens wird.

Daran wird deutlich, daß der Zugriff des BKA auf Gefangene, vor allem in

der Zeit nach der — mit allen Mitteln geheimgehaltenen — Festnahme immer dichter und extensiver wird — und zum Dauerzustand werden soll. Dies wird auch an dem immer häufigeren Zellenrazzias durch BKA und LKA in den Gefängnissen deutlich. Die angestrebte totale Verfügungsgewalt über die Gefangenen durch das BKA wurde propagandistisch vorbereitet mit der gezielten Falschmeldung nach der Gefangenennahme von Christian Klar im November 1982, er sei ins BKA gebracht worden. Sie wurde erstmals ausgeübt bei der Verlegung von Gisela Dulz von Stuttgart Stammheim nach Frankfurt-Preungesheim, wobei im BKA Zwischenstation gemacht und eine verdächtige Gegenüberstellung durchgeführt wurde.

Diese Verpolung der Verfolgung des politischen Gegners, die durch die Anwesenheit des BGH Richters juristisch abgesichert werden sollte, entspricht der Intensivierung und Militarisierung der Aufstandsbekämpfung, wie sie von US-Außenminister Shultz von den westeuropäischen Nato-Staaten gefordert wurde.

Ingrid Barabaß hat bis heute noch keinen Verteidiger, da sämtliche Rechtsanwalt, die bereit waren, das Mandat zu übernehmen, bislang gem. § 146 StPO (Verbot der Mehrfachvertretung) ausgeschlossen wurden, so beispielsweise auch Rechtsanwalt Ehard Buskamp, weil er Verteidiger von Christian Klar ist, obwohl dieser bereits seit Ende 1982 in Haft ist und sich Frau Barabaß bis Mai 1984 in Haft befand, eine „Interessenkollision“ also gar nicht vorliegen kann. Durch diese extensive Auslegung des § 146 sollen sämtliche politische Verteidiger ausgeschlossen und somit eine politische Verteidigung schlichthin unmöglich gemacht werden.

Abschließend ist noch festzuhalten, daß beide Frauen bei ihrer Festnahme ordnungsgemäß polizeilich gemeldet wurden und somit das Konstrukt einer „legalen RAF“ durchgekreuzt werden soll. Bei Frau Barabaß kommt noch hinzu, daß ihr Minderjährigkeit in der RAF im 1983 vorgeworfen wird, zu einem Zeitpunkt also, wo sie noch in Haft saß. Hiermit soll die durchsichtige Konstruktion einer „RAF im Knaist“ fortgesetzt werden.

Rechtsanwalt Rainer Koch, Frankfurt, 8.7.1985.

Mitte Juni '85 führte die Hamburgische Landesstelle gegen Suchtgefahren eine Arbeitstagung zum Thema „Frau und Sucht“ durch. Aus verschiedenen Bundesländern und West-Berlin waren Fachkräfte geladen, um ihre Erkenntnisse vorzutragen. Die Vielschichtigkeit des Problems „Frau und Sucht“ fand ihren Niederschlag in den differenzierten Fragestellungen der Tagung. Priorität wurden die gesellschaftlichen Lebenszusammenhänge süchtiger Frauen; ihr Abhängigkeitsverhalten, ihre psychosozialen Belastungen; die Rolle, die Männer, Kinder, Sexualität und Delinquenz in ihrer Lage spielen; Art und Umfang der Suchterscheinungen und die Möglichkeiten durch Therapie und Selbsthilfe eine geeignete Form für den Weg aus der Abhängigkeit zu finden.

Wenngleich die Mehrheit der rund 200 Teilnehmer/innen der Tagung, die Hauptursache der steigenden Zahl von süchtigen Frauen in den gesellschaftlichen Verhältnissen sah und Arbeitslosigkeit und Bildungsmangel angeprangert wurden, gab es doch Stimmen, die die Sucht der Frau gerne auf deren „Labilität“ zurückführen wollten. Diese Auffassung wurde zwar nur von wenigen direkt vorgebracht, oft aber war zu hören: „Die Frauen müssen nur wollen und endlich was tun, dann werden sie auch ihre Sucht los.“ So auch in der Arbeitsgruppe „Emanzipation und Sucht“, wo vertreten wurde, die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse ermöglichen am ehesten die Emanzipation und somit natürlich auch am ehesten die Bewältigung der Sucht. Süchtige Frauen gab es offensichtlich keine auf dieser Tagung, nur wenige Frauen bekannten sich zu einer — bereits überstandenen — Sucht. Überhaupt war mein Eindruck, daß hier vorwiegend privilegierte Menschen miteinander diskutierten und stritten. Dies ist allerdings kein Zufall: Süchtige Frauen leben im Verborgenen, verstecken ihre Sucht, denn die gesellschaftliche Stigmatisierung hält an. Eine alkoholabhängige Frau wird von der Öffentlichkeit allemal verurteilt, während einem alkoholkranken Mann seine Sucht eher nachgesehen und nicht selten seine Frau dafür verantwortlich gemacht wird.

Daß die Sucht der Frauen sehr viel mit ihrer spezifischen Rolle als Frau in unserer Gesellschaft zu tun hat, wird an vielen Punkten deutlich, auf die ich im folgenden noch eingehen werde. Den wissenschaftlichen Erkenntnissen und Untersuchungen, die von einigen Referentinnen vorgetragen wurden, sei es aus der Theorie oder der Praxis, mangelt es keineswegs an der Benennung der frauenspezifischen Ursachen. Anders sieht es allerdings aus, wenn es um die Lösungsvorschläge für die süchtigen Frauen geht: weder sind neue gesellschaftliche Perspektiven in Sicht, noch sind sich die Fachkräfte darüber einig, ob eine therapeutische Einrichtung von Frauen für Frauen der richtige Ansatz ist, und wenn, dann gibt es keine Statistiken. Das größte Problem bleibt allerdings, die betroffenen Frauen zu erreichen. Ihre Sucht findet still und heimlich statt, wird taglich angeheizt durch die stark abgegrenzte Werbung und wird mit Vorurteilen und gesellschaftlicher Ausgrenzung quittiert.

Aus Bund und Ländern der BRD zeigen die Zahlen der Abhängigen von Drogen, Medikamenten und Alkohol ein stetiges Steigen. Ein Drittel der 1,8 Millionen Alkoholkranken sind Frauen. Von den rund 500 000 Medikamentenabhängigen sind heute schon 350 000 Frauen, allein 70% der Psychopharmaka werden Frauen verschrieben, die häufigste Sucht gilt dem Schmerz- und Beruhigungsmittel. Ca. 30 000 Frauen gehören zu den etwa 80 000 Drogenabhängigen, wobei vorwiegend junge Mädchen in diese Abhängigkeit geraten. Fast explosionsartig stieg die Mager- und Esssucht in den letzten Jahren als besonders frauenspezifisches Suchtverhalten an. Nicht minder stieg der Anteil der rauchenden Frauen, von 1960 bis 1980 von 4,7 auf 7,7 Millionen, demgegenüber stieg die Zahl der rauchenden Männer um eine Million, ihre Gesamtzahl wird auf 17,3 Millionen geschätzt.

Wenn wir davon ausgehen, daß allein in den Jahren 1970 bis 1979 der Pro-Kopfverbrauch an Medikamenten um 163 Prozent gestiegen ist, der jährliche Bierverzehr in der BRD pro Kopf mit 148 Litern zur Weltspitze gehört, um nur einige Beispiele zu geben, wird deutlich, wie die Wirtschaft von der Sucht profitiert. Die Bonner Regierung erzielt mit den Steuereinnahmen durch Tabakwaren und Alkohol bedeutende Einnahmen. Für Alkohol und Tabakwaren werden jährlich für die Werbung rund 500 Millionen Mark ausgegeben, auch dies ist ein Beleg für das tägliche Geschäft mit der Sucht. Wenn eine Frau auf der Tagung den Teilnehmer/innen zurief, „daß es die-

Von einer Abhängigkeit in die nächste: Zur Situation süchtiger Frauen

ser Staat ist, der süchtig macht, wenn 397 Millionen Mark für Bandenwerbung in Fußballstadien für Alkohol und Tabakwaren ausgegeben werden“, ist es zweifellos doppelbödig zu beklagen, daß die alkoholisierten Fans hemmungslos Gewalt anwenden.

Zurück zu den süchtigen Frauen. Bei den oben genannten Zahlen fehlt natürlich die Dunkelziffer, dennoch und sich die Wissenschaftler einig, daß die unter Frauen verbreitete Sucht Medikamentenabhängigkeit ist. Einig sind sich viele darin, daß dies nicht an der biologischen Konstitution der Frau liegt, sondern daß die rollenspezifische Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau und die geschlechtsspezifische Erziehung eine der Ursachen ist, weshalb Ärzte Frauen mit Medikamenten füttern, oder Frauen zu anderen Suchtmitteln greifen. Frauen sind eher emotional als Männer, gehen häufiger zum Arzt und sind durch ihre psychischen und physischen Belastungen dem Arzt und dem Medikamentenmißbrauch ausgeliefert. Während die Hausfrau in den letzten Jahren eine immer größere Abwertung und gesellschaftliche Isolation erfahren mußte, kämpft die berufstätige Frau mit Familie gegen ständige Schuldgefühle. Einer amerikanischen Studie zufolge nehmen Hausfrauen mehr psychoaktive Medikamente als berufstätige Frauen ein, diese wiederum greifen eher zu Schmerzmitteln, die bekanntlich auch aufputschende Wirkung haben.

Die berufstätige Frau trifft heute auf gesellschaftliche Bedingungen, die sie zu 94 Prozent in Berufe als Arbeiterinnen und zu 70 Prozent in Berufe als Angestellte zwingen, und nicht selten liegt die ausgeübte Tätigkeit unterhalb ihrer Qualifikation. Bei der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit sind es oftmals die Frauen, die zuerst Angst um ihren Arbeitsplatz haben müssen. Gerade die berufstätige Frau legt höheren Wert auf die sozialen Kontakte im Betrieb als ihre männlichen Kollegen, so eine Umfrage. Gegen ihren Willen lassen sie sich oft auf Alkohol und Rauchen ein, um nicht als unkollegial zu gelten.

Die Erziehung der Frauen — sie soll sanft sein, geduldig, liebevoll, tüchtig und schnell — ist oft auch die Basis für aufkommende Depressionen und den Verlust des Selbstwertgefühls. Nicht selten sind deshalb auch emotionale Gründe, wie gescheiterte Beziehungen oder das Warten auf die große Liebe, die Frauen zu Süchtigen machen. Gründe, wie gescheiterte Beziehungen oder das Warten auf die große Liebe Anlaß, Medikamente, Alkohol oder Drogen zu nehmen. Die „Welt der Frauen“ ist oft genug noch der Mann, das darf nicht vergessen werden.

Daß Pharma-Industrie und Ärzteschaft die „Leidensfähigkeit“ der Frauen auszunutzen wissen, indem sie ihnen unkontrolliert und entsprechend Mengen Medikamente verordnen, ist auch nur die eine Seite der Medaille. Frauen sind nicht nur die Hauptkonsumentinnen von Schmerz- und Beruhigungsmitteln, sie sind auch oft für diese und andere Medikamente die Testpersonen. Nicht nur einmal wurden schon zugelassene Medikamente als gesundheitsschädigend vom Markt gezogen, als die Pharma-Industrie diese auch auf Männer anwenden wollte.

Ess- und Mager sucht — die typisch „weibliche“ Sucht

In den letzten 10 bis 20 Jahren hat die Ess- und Mager such bei Mädchen und Frauen extrem zugenommen. Zahlen existieren hier nur wenige, sicher ist allerdings, daß ca. 90 Prozent der Betroffenen Frauen sind. Wohl jede Frau hat mal mit dem einen oder anderen Symptom zu tun gehabt. Die Hintergründe dieser Sucht zeigen wohl am deutlichsten, daß die Ursache in der gesellschaftlichen Rollenverteilung liegt. Ess- und Mager such ist nämlich die „weibliche“ aller Suchtformen. Sie zeigt das Spannungsfeld zwischen Auflehnung und Anpassung gegen bzw. an die Rolle der Frau.

Frauen haben auszuweichen, wie Medien und Modeschöpfer es vorschreiben. Das Schlankheitsideal ist in Brust-, Taillen- und Hüftumfang festgelegt. Für die männliche Welt ist die „Traumfrau“ vorgeschrieben und dies führt nicht selten dazu, daß Frauen, angetrieben durch Minderwertigkeitsgefühle und Selbstzweifel, Opfer der Ess- und Mager such werden. Sabine Nauas schreibt in ihrem Paper dazu folgendes:

„Neun von zehn Diäten werden aus kosmetischen Gründen von Frauen gemacht, die unter massiven Essstörungen leiden.“

— ein diffuses Gefühl der Sehnsucht, ein unstillbarer Hunger nach Anerkennung, Liebe, Selbstverwirklichung, eine schmerzliche Beziehungslösung — zu anderen und besonders zu sich selbst zum eigenen Körper — hohe Selbstansprüche, die nicht erfüllt werden können und das Gefühl der Wertlosigkeit verstärken — Schwierigkeiten, nein zu sagen, eigene Bedürfnisse wahrzunehmen und durchzusetzen — ein auch in der Familie vermutetes Bild der Frauenrolle, das Abwehr hervorruft, ohne daß andere Vorbilder zur Verfügung ständen.

Darüberhinaus ist für Frauen oft die neue Lebenssituation wie Heirat oder Schwangerschaft der Beginn des Problems. Während die einen ihre Unzufriedenheit mit wahllosem in sich Hineinsetzen kompensieren, hungern andere Frauen sich zu Tode. Frauenpsychik ist diese Form der Sucht auch deshalb, weil sie unauffällig und heimlich stattfindet, weil sie sich an vorgegebenen Normen (schlank sein) orientiert. Die mager- und esssüchtigen Frauen stecken in einem Teufelskreis. Sind es doch die Frauen, die in den Familien für die Nahrung zu sorgen haben, die Essen mit Bedürfnisbefriedigung und Fürsorglichkeit gleichsetzen. Diese emotionale Besetzung legt natürlich den Frauen das Essen als Problem näher, Problematisch ist dabei, daß für Nahrungsmittel keine Abstinenz angestrebt werden kann und somit die ess- und magersüchtigen Frauen ständig mit dem „Suchtmittel Nahrung“ konfrontiert sind. Die Versuche der Frauen, sich von dieser Sucht zu lösen, kosten enorme Energien und sind nicht selten selbstzerstörerisch, weil die Folge von Essen, Hungern und Erbrechen zu schweren gesundheitlichen Schäden führt, und meist mit der Einnahme von Medikamenten verbunden ist.

Die psychosozialen Belastungen abhängiger Frauen

Besonders die alkoholabhängige Frau trifft in ihrer Umwelt auf Unverständnis und Ablehnung, dennoch lassen sich mit großer Wahrscheinlichkeit ihre konkreten Lebenserfahrungen auch auf andere süchtige Frauen übertragen.

Irmgard Vogt hat mit alkoholabhängigen Frauen, die sich bereits in einer Therapie befinden, intensive Gespräche geführt. Sie berichtet: Fast alle Frauen haben durch die Erziehung ihrer Väter Härte und Gewalt statt liebevoller Zuwendung durchlebt. Auffällig ist auch, daß viele Frauen nur lockere Freundschaften haben und die se oftmals ganz abbrechen, wenn sie sich einem Mann zuwenden haben. Die meisten Frauen blicken auf negative Erfahrungen mit ihren Männern zurück, oftmals ist die Sexualität eine reine Pflichtübung. Die körperliche Liebe wird für die Frauen mehr und mehr zur Qual und das Bedürfnis nach Zärtlichkeit und Erfüllung wird nicht ausgesprochen. Vor allem die jüngeren Frauen fangen an, sich durch Alkohol zu stimulieren, während ältere Frauen berichten, daß ihre Funktionsfähigkeit in der Sexualität nachläßt.

Solange die Frauen maßvoll mit dem Alkohol umzugehen wissen, haben sie keine Probleme mit ihren Partnern. Spätestens in dem Stadium, wo alkoholabhängige Frauen ihre Selbstkontrolle verlieren, reagieren die Männer mit Zorn, Wut und Schlägen. Diese Situation verschärft allerdings die psychische Lage der Frauen. Ihr Selbstwertgefühl sinkt weiter ab, sie schieben sich selbst alle Schuld für das Scheitern der Ehe oder Beziehung zu. „Erst recht sind sie der Meinung, daß sie körperliche Züchtigung verdient haben, wenn sie getrunken haben. Ihre Selbstentwertung, die in solchen Urteilen zum Ausdruck kommt, hat aber tiefe Wurzeln, denn wenn man fragt, ob sie sich gegen ihre prägenden Ehemänner um nüchternen Zustand zur Wehr setzen würden, sagen viele von ihnen ganz spontan: Nein, niemals.“ Auch die Berufstätigkeit hilft einem Teil der Frauen nicht über die emotionalen Schwierigkeiten hinweg. Weil sie es nie gelernt haben, Freundinnen und Freunde zu haben, stabilisiert sich die Fixierung auf den Partner. Diese wiederum helfen ihren Frauen nicht, nutzen die Abhängigkeit aus, weil sie sie „für sich haben wollen“.

Viele Frauen haben Kinder, sie flüchten sich in ihre Nähe, um dort die gewünschte emotionale Wärme zu bekommen. Aber auch dies läuft nur eine gewisse Zeit. Irmgard Vogt: „In meiner Untersuchung sind es die Väter, die ihre Kinder anhalten, das Verhalten ihrer Mutter zu überwachen und zu kontrollieren. Beleidigt und dabei Richtiges und Falsches der gesamten Lebensbereiche der Mutter und deren Begleitung zu jedem außerordentlichen Gang. Die Kontrollen können sämtliche Lebensbereiche umfassen. Am Ende bleibt den Frauen keinerlei Freiraum mehr übrig, keine Chance für einen Rückzug in einem Bereich ohne Fremdkontrolle. So werden die Mütter zu Kindern, die, da sie gänzlich unselbstständig sind, der permanenten Überwachung bedürfen. Um allein noch die Krone aufzusetzen, werden viele Kinder von den Vätern auch dazu ermuntert, ihre Mütter zu schlagen, wenn sie sie beim Trinken erwischen oder wenn sie sonst finden, daß diese sich „schlecht benehmen“.“ Kein Wunder, daß die Frauen „sich erwischen“ oder wenn sie sonst finden, daß diese sich „schlecht benehmen“.

Kein Wunder, daß die Frauen sich von ihren Kindern abwenden, weil sie sich keine Hilfe mehr von ihnen versprechen.

Andere Untersuchungen zeigen, daß abhängige Frauen häufiger und früher von ihren Männern verlassen werden, als Frauen ihre abhängigen Männer verlassen. So kommt eine Arbeitsgruppe zu dem Schluß, „daß der Vater suchtkrank, trägt die Mutter die Familie, ist die Mutter suchtkrank, bricht sie auseinander“.



Foto: Olaf Ehlert (links) und Gertjan & Naut, Frauenbilder, Frauen-Kampagne Gruppe, Edition im Rahmen Verlag, Berlin 1984.

Andere Untersuchungen zeigen, daß abhängige Frauen häufiger und früher von ihren Männern verlassen werden, als Frauen ihre abhängigen Männer verlassen. So kommt eine Arbeitsgruppe zu dem Schluß, „daß der Vater suchtkrank, trägt die Mutter die Familie, ist die Mutter suchtkrank, bricht sie auseinander“.

Andere Untersuchungen zeigen, daß abhängige Frauen häufiger und früher von ihren Männern verlassen werden, als Frauen ihre abhängigen Männer verlassen. So kommt eine Arbeitsgruppe zu dem Schluß, „daß der Vater suchtkrank, trägt die Mutter die Familie, ist die Mutter suchtkrank, bricht sie auseinander“.

Von der Unfähigkeit, abhängigen Frauen eine gesellschaftliche Alternative zu bieten

Schätzungen zufolge sind nicht wenige Frauen abhängig als Männer. Unterschiedlich und die Suchtmittel. Erschreckend ist deshalb, daß nur ein Drittel der in Beratungsstellen und Therapieeinrichtungen hilfesuchenden Abhängigen Frauen sind. Mitarbeiter/innen dieser Einrichtungen berichten, daß Männer oftmals von allein kommen, während Frauen fast immer auf Druck der Familie oder Freunde kommen. Das Verhalten der Frauen hat auch hier wieder eine ganze Menge mit ihrer gesellschaftlichen Situation zu tun. Die Hemmschwelle, sich in die Beratung oder Therapie zu begeben, ist bei Frauen viel größer als bei Männern und dies liegt nicht zuletzt an der Diskriminierung süchtiger Frauen in der Öffentlichkeit. „Emanzipatorische Anforderungen, so wird behauptet, müssen die Frauen mit zunehmendem Suchtmittelkonsum bezahlen. Kurz: Gleichheit und Gleichberechtigung sind Werte, für die die Frauen nach Meinung der Psychiater einen hohen Preis bezahlen müssen: insofern sie Gefahr laufen, die neu gewonnenen Freiheiten in der Lebensgestaltung, die ihnen diese Grundrechte einräumen, mit Unfreiheit im Umgang mit alkoholischen Getränken einzutauschen. Aus der Sicht der Psychiatrie sind die Frauen die Verlierer, wenn sie zugleich mit ihrem Wunsch nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung den Schutz aufheben, der ihnen bislang

in der Familie durch den Mann gewährt worden ist. Dem Risiko, dem sie sich außerhalb der Familie, etwa im Berufsleben, aussetzen, sind sie jedoch nicht gewachsen, wie gerade auch die Zunahme der Fälle alkoholabhängiger Frauen zu zeigen scheint.“ (Arbeitspapier „Frau und Sucht“, zitiert nach „FR“). Demagogisch werden abhängige Frauen hier in die ihnen zugelegte gesellschaftliche Abhängigkeit verwickelt, nämlich die Frauenrolle. Während Männer in dieser Gesellschaft auf eine viel größere Toleranz stoßen, werden Frauen noch zusätzlich diskriminiert. Dabei ist ihr Suchtverhalten in der Öffentlichkeit viel weniger sichtbar.

Obwohl die Frauen materiell oft schlechter gestellt sind als die Männer, ist ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung der Abhängigen nur 20 Prozent und es handelt sich meist (zu 91 Prozent) um Bagatelldelikte. Auffällig ist auch, daß die Frauen seltener als Männer Anträge bei den Behörden einreichen, um eine Therapie statt Strafe zu erreichen. Aufgrund ihrer Schuldgefühle sitzen sie oft ihre Strafe geduldig ab.

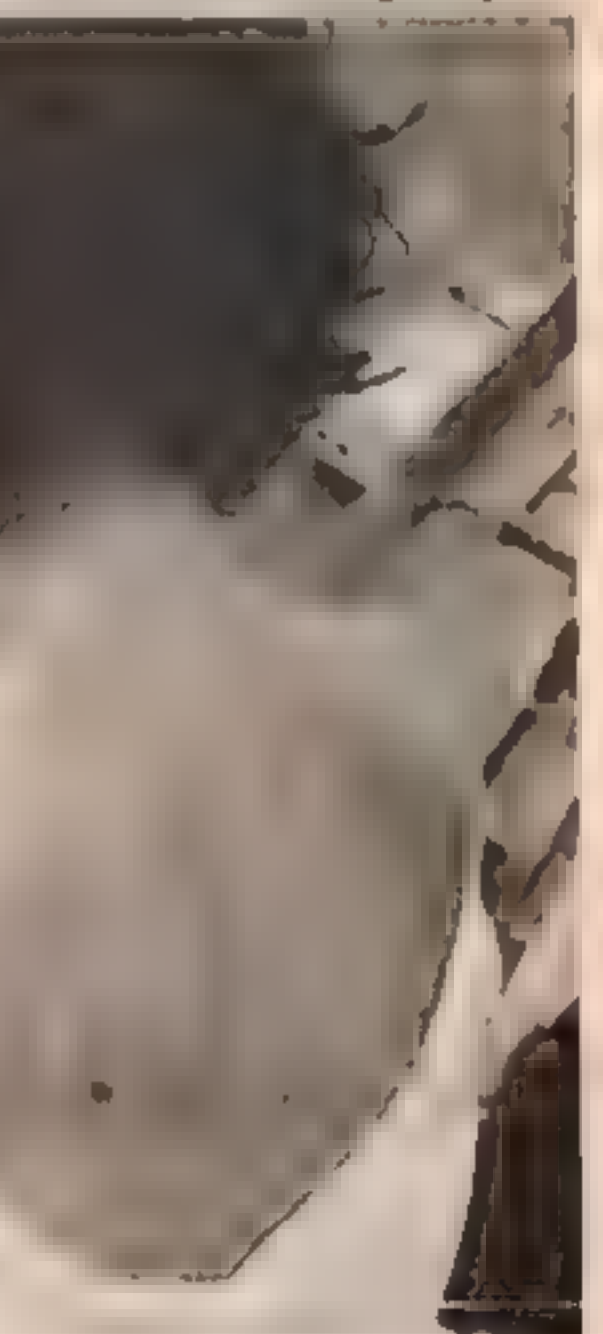


Foto: Olaf Ehlert (links) und Gertjan & Naut, Frauenbilder, Frauen-Kampagne Gruppe, Edition im Rahmen Verlag, Berlin 1984.

Diejenigen Frauen, die sich in eine Therapie begeben, sind meistens mit einer Überzahl Männer in den Einrichtungen. Diejenigen Frauen, die sich in eine Therapie begeben, sind meistens mit einer Überzahl Männer in den Einrichtungen konfrontiert. Auf die männliche Dominanz reagieren die meisten Frauen mit Zurückhaltung, sie haben es ja auch nicht anders gelernt, und wieder werden ihre Probleme untergeboten.

Über die bestehenden Möglichkeiten für Frauen Therapien durchzuführen, wird seit einigen Jahren heftig diskutiert. Während früher die Einrichtungen eine strenge Trennung aus moralischen Gründen zwischen Männern und Frauen vornahmen, sind heute die gemischten Einrichtungen zwar auch als fortschrittlich zu betrachten, aber dennoch nach wie vor darauf fixiert, die Menschen wieder funktionsfähig zu machen. Bei den Frauen wird dies bereits als erreicht angesehen, wenn sie in der Therapie eine neue Partnerschaft eingehen, was übrigens nicht selten der Fall ist. Sie funktioniert wieder für einen Mann; daß es auch noch andere Werte für Frauen gibt, zählt oft nicht. Eine Abhängigkeit wird durch eine andere ersetzt und der Rückfall auf ein Suchtmittel ist deshalb auch nur Ausdruck einer kurzfristigen Reparatur. In den vergangenen Jahren haben Frauen aus therapeutischen Einrichtungen dieses Problem diskutiert. Forderungen nach frauenspezifischen Einrichtungen wurden laut. In den Behörden gab es zwar eine gewisse Zustimmung, aber die Einrichtungen, die spezielle Frauengruppen haben, sind meist von Männern geleitet. Als einziges Projekt von Frauen für abhängige Frauen gilt die „Zwiebel“ in Berlin.

Ihr Konzept ist vor allem darauf angelegt, daß die abhängigen Frauen ein umfassendes Selbstwertgefühl entwickeln, daß Frauen miteinander lernen sich zu schützen und sich gegenseitig brauchen. Dies bedeutet nicht, daß die Frauen nicht auch mit Männern Beziehungen haben sollen.

Derartige Einrichtungen gibt es wenige, sowie überhaupt wenige Frauen eine Therapie durchführen. Für die meisten abhängigen Frauen besteht etwa „Problemlösung“ nach wie vor nur in neuer Abhängigkeit, in Ehe und Familie oder Prostitution, denn eine wirklichliche Alternative ist nicht in Sicht.

Eine Zensur findet nicht statt!

Frankfurter Journalisten zeigen verbotenen Startbahnfilm

Ein Film des Hessischen Rundfunks (HR) machte Furore. Dabei war es weniger der Inhalt als vielmehr die Tatsache, daß dieser Film nicht gezeigt werden sollte. Er war den HR-Verantwortlichen zu brisant: es ging um die Startbahn West und eine Langzeitbeobachtung darüber. „Kinder haften für ihre Eltern“ heißt die Fernseh-Dokumentation, und sie sollte auf Nimmerwiedersich im Giftschrank des Funkhauses in der Frankfurter Betramstraße verschwinden. Wenn es nicht gelungen wäre, den Film zu „beschlagnehmen“ und der interessierten Öffentlichkeit vorzuführen.

Es war kurz nach 11 Uhr, als der Gerichtsvollzieher am 16. Juli das Frankfurter Gewerkschaftshaus betrat. In seinem Gepäck eine einstweilige Verfügung, die der Deutschen Journalisten-Union (dju) — bei Androhung eines Ordnungsgeldes von 500.000 Mark oder ersatzweise Ordnungshaft von sechs Monaten — untersagen sollte, den zensierten und geprüferten Startbahnfilm „Kinder haften für ihre Eltern“ vorzuführen. Erwirkt hatte diese einstweilige Verfügung der Hessische Rundfunk (HR), dem dieser Film auf unerklärliche Weise abhandeln gekommen war, und der bei einer öffentlichen Aufführung noch mehr Publizität fürchtete.

Um 11.15, der Gerichtsvollzieher trat immer noch durch das Gewerkschaftshaus, weil die Veranstaltung kurzfristig (und wie sich zeigte, aus gutem Grund) in einen anderen Saal verlegt worden war, flammten die ersten Bilder der verbotenen Langzeitdokumentation über den Hildachurm. Eingeladen hatte der Vorstand der Frankfurter dju, dem eine Videocassette dieses Films zugespielt worden war, und der mit dieser öffentlichen Vorführung ein „Zeichen gegen Zensur und bürokratische Willkür setzen“ wollte.

„Kinder haften für ihre Eltern“

Zwei Jahre beobachtete der HR-Autor Fritz Krenser den Bürgerprotest an der Startbahn West mit der Kamera. Herausgekommen ist ein Film — und das ist das bemerkenswerte — der auf jeglichen Kommentar verzichtet. Er besteht, bis auf eingeschnittenes Nachrichtenmaterial, ausschließlich aus Aussagen von Betroffenen: Bürger, Polizisten, Demonstranten, Flughafenangestellte und Waldarbeiter, die, aus Südtirol angeheuert, sich auch gegen das Abholzen der Bäume wehren würden, wenn es ihre Heimat wäre. Dies alles macht diesen Film so authentisch. Er macht betroffen, weil deutlich wird, wie ganz „normale“ Bürger, in ihrem Demokratieverständnis erschüttert, für diesen Staat, die Parteien und für die Polizei nur noch Hohn, Spott und Haß übrighaben. Aber sie haben auch erfahren, daß sich etwas verändert, wenn sie sich engagieren. Darin liegt die eigentliche Brisanz der Langzeitbeobachtung. Und hier sind vielleicht die wahren Gründe für das Verbot des Films zu finden. Denn eine Ausstrahlung hätte sicher noch mehr Leute für die Demonstration zur „Einweihung“

der Startbahn mobilisiert. Wieviel Quereulen es um diesen Film gab, hat der Redaktionsausschuß des HR in einer Dokumentation „Chronologie der Verhinderung“ zusammengetragen (siehe Kasten). Diese Dokumentation legte er auf einer gemeinsamen Veranstaltung von Rundfunk Fernseh-Film-Union (RFFU) und dju vor. Fazit der Veranstaltung, die die Meinungsfreiheit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk abklöpfen wollte: die Erstellung einer weiteren Dokumentation über den Inhalt des Films.

Dieses doch sehr magere Ergebnis veranlaßte den Branchendienst „epd-kirche und Rundfunk“ zu einem bissigen Kommentar. Nach einer Parabel zum Hattenbachfilm, der auch auf nicht ganz legale Weise an die Öffentlichkeit kam, schreibt die Autorin G.Z.: „Heute findet der Protest im Saal statt (die Grünen haben anderswo zu tun). Auf heiligem Velours in Frankfurt, 'Presseclub' auf dem Römerberg, gepflegt und postmodern. Da traf man sich letzten Freitag zum gemeinsamen Klagefeld, RFFU und dju, und der HR-Redaktionsausschuß und sehr hier, was der HR-Chefredakteur, der Herr Dr. Buchwald, seit einem Jahr mit uns macht“, fährt sie fort, „und dann meldet sich der alte Carlebach, in Klammern DKP, zu Wort und fragt ganz laut und ganz richtig: 'Warum wird denn der Film nicht geklärt?' Weil es keine entsprechende Dienstverweisung gibt. Darum.“ (epd-KfW, Nr. 52).

Film zensiert — Film entführt

Irgendwie müssen sie doch gehört worden sein, die Worte der Kirchenjournalistin. Denn: „Die Blechdosen waren leer“, die Worte der Kirchenjournalistin. Denn: „Die Blechdosen waren leer“, wußte die „Frankfurter Rundschau“ (FR) am 10.7. zu berichten. Aus dem HR war der Originalfilm (und nicht die Arbeitskopie, wie die FR schreibt) verschwunden — von den Tatern keine Spur. Etwas Licht in diese „mythenhafte Angelegenheit“ brachte die „Gesellschaft zur Wiederaufbereitung verbotener Filme“ (GWFF). Laut ihrer Pressemitteilung steht sich die GWFF „gezwungen, die übliche Verantwortlichkeit aufzugeben und die Begleitumstände aufzuklären“. Und das ist unglaublich. Denn der Intendant des HR, Wolfgang Lehr, soll den Film selbst der GWFF überlassen haben, mit der Bitte um Wiederaufbereitung oder Endlagerung. Diesen Auftrag konnte die GWFF jedoch nicht ausführen und so schickte sie dem Intendanten den Film wieder zurück, um ihm zu erklären: „Eine Wiederaufbereitung durch einen der Aussagen der betroffenen Bürger entgegenlaufenden Kommentartext konnte leider nicht erfolgen, da der Film keinerlei veränderbaren Text enthält. Er besteht, wie Sie wissen, nur aus Originaltonen“. Da die GWFF eine „Endlagerung“ gegenwärtig noch nicht vornehmen könne — weil der Film sich hartnäckig in den Schlagzeilen halte —, empfiehlt sie deshalb dringend eine rasche Ausstrahlung des Films. „Dennach sind wir gerne bereit, das Material wie gewünscht zu entsorgen“.

Zwar hatte man auch beim HR diesen Brief als Satire „entlarvt“, wie der einstweilige Verfügung in etwas merkwürdiger Orthographie zu entnehmen war. Dort heißt es u.a.: „Bei dieser ‚Gesellschaft zur Wiederaufbereitung verbotener Filme‘ handelt es sich ersichtlich um ein Fantasieprodukt, bei der angegebenen Anschrift handelt es sich nämlich um die Postanschrift des WDR, desgleichen stimmt die Telefonnummer mit derjenigen des WDR überein. Daß es sich um ein Fantasieunternehmen handelt, folgt auch aus der auf Zensur anspielenden Namensgebung des Unterzeichners ‚Dr. W. Zens‘“.

Späti verstand der HR in dieser Frage aber dennoch nicht. Die einstweilige Verfügung mit einem Streitwert von DM 20.000 machte die Dimension deutlich, in welcher auch das Verfahren abspielen würde.

Da aber unser Gerichtsvollzieher im Gewerkschaftshaus niemanden der Frankfurter dju vorfinden konnte, legte er schließlich entnervt die Verfügung bei einer Sachbearbeiterin nieder. Allerdings war sie so nicht rechtmäßig und vor allem nicht rechtzeitig zugewandt worden.

Wie man hört, räteln zur Zeit die HR-Juristen darüber, ob nicht auch der Norddeutsche Rundfunk in die Sache verwickelt sei. Denn die GWFF pflegt ihre Korrespondenzen und

Überraschungspakete aus Hamburg zu versenden. Und das ist kein „Fantasieprodukt“.

1:0 für die Mediengewerkschaft

Sehr zu ihrer Verwunderung bei der HR die dju zu einem „Versöhnungsgespräch“. Der HR habe wohl doch etwas vorsichtig gehandelt, man wolle die Sache friedlich aus der Welt schaffen. Zwei Gründe mögen den Sender dazu bewogen haben. Da ist zum einen die neue Mediengewerkschaft, in der neben RFFU und dju noch die anderen 150.000 Kollegen der kämpferischen IG Druck und Papier vertreten sein werden. Kein guter Einschnitt also für den HR, wenn er diese neue Phase gleich mit Gerichtsverhandlungen beginnt. Und zum anderen hat der HR-Intendant Lehr, der sich übrigens über die ganze Posse köstlich amüsiert haben soll, nur eine Chance zur Wiederwahl, wenn er die Stimme auch des Gewerkschaftsvertreters bekommt. Und so einigten sich HR und dju in einem Kompromiß, der leider nicht völlig überzeugen konnte. Um zu erlangen, daß der HR auf seine Rechte aus der einstweiligen Verfügung verzichtet, verpflichtete sich die dju, die ihr zugespielte Cassette dem HR zu überlassen, keine weiteren Vorführungen mehr zu veranstalten und die Kosten des Verfahrens (rund 1.200 Mark) zu übernehmen. Könnte man den beiden ersten Punkten noch zustimmen, so ist doch an der Kostenübernahme verschärft Kritik anzumelden. Eine weitere öffentliche Auseinandersetzung um den Film — denn das genau will der HR verhindern — hätte sicher mehr Erfolg gebracht und dem HR deutlich gemacht, daß er mit seinen Zensurmaßnahmen so nicht durchkommt.

„Indem“ hätte sicher mehr Erfolg gebracht und dem HR deutlich gemacht, daß er mit seinen Zensurmaßnahmen so nicht durchkommt.

Englische Journalisten machen es vor: das Beispiel BBC

In England entschied kürzlich der BBC Aufsichtsrat trotz heftiger Proteste, eine Sendung über Nordirland, in der der Sinn-Fein-Stadtrat und angebliche Stabschef der IRA, Martin McGuinness, zu Wort kommen sollte, nicht auszustrahlen. Das ist für die BBC, deren Integrität und (journalistische) Unabhängigkeit ihr auch international zu einem guten Ruf verholfen hatten, ein einmaliger Fall. Aber auch die BBC-Journalisten reagierten einmalig: zum ersten Mal in der Geschichte der BBC legten sie am 7. August für 24 Stunden die Arbeit nieder. Auch die anderen Journalisten — von konkurrierenden Gewerkschaften und von privatrechtlichen Sendern (!) — schlossen sich dem Streik an. In vielen Versammlungen wurde der inkriminierte Film vorgeführt und diskutiert. Und

chen Situation genau das tun, was sie bei anderen kritisieren. So verteidigt ausgerechnet Mairied Buchwald, Chefredakteur des HR und verantwortlich für den Startbahnfilmkonflikt, die Pressefreiheit (natürlich nicht im eigenen Sender). In seinem Kommentar in den „Tagesshemen“ vom 7.8. heißt es u.a.: „Mit der BBC gerät eine der freiesten Stimmen der freien Welt in den Verdacht der Regierungshörigkeit und damit fällt auch ein Schatten auf das demokratische Wirtschaftssystem Großbritanniens. Man darf schließlich mit Fug und Recht die Freiheit einer Gesellschaft an der Freiheit ihrer Medien messen. Die streikenden Rundfunkjournalisten in England kämpfen also um mehr als ihre eigene Sache.“ Als „unerhörten Eingriff in die Presse- und Rundfunkfreiheit“ bezeichnet der Vorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV), Werner A. Rudolph, die Absetzung des Nordirlandfilms.

Bei solch deutlichen Worten sollte man meinen, daß der DJV in der Startbahn-Dokumentation „Kinder haften für ihre Eltern“ an vorderster Front zu finden war, als es galt, das Banner der Pressefreiheit hochzuhalten. Aber weit gefehlt. Die unheimliche Rolle des Chefredakteurs Buchwald, selbst früherer DJV-Bundenvorsitzender, ist in der Dokumentation des Redaktionsausschusses allzu deutlich geworden. Aber noch einer mischte kräftig mit, als es galt, den HR zu unterstützen, den Film zu zensieren. Gernot Raue, Vorsitzender des hessischen Landesverbandes des DJV und Pressesprecher des HR in einer Person. Der DJV, eine reine Ständesorganisation, die sich mehrheitlich nicht an der Mediengewerkschaft beteiligen will (denn dann müßten sie ja nicht an der Mediengewerkschaft beteiligen will (denn dann müßten sie ja tatsächlich mal streiken), hat hier eine ganz üble Rolle gespielt: In seiner Eigenschaft als DJV-Landesvorsitzender versuchte Raue, den dju-Vorsitzenden über die geplante Vorführung des Films auszuhorchen, und sicherte ihm absolute Vertraulichkeit und Stillschweigen zu. Nach diesem — für ihn allerdings nicht so ergebnislos — Telefongespräch brachte Raue dennoch mit einer eidesstattlichen Erklärung die einstweilige Verfügung ins Rollen. Auf solche Leute kann die Mediengewerkschaft getrost verzichten. Die aufrichtigen Kollegen im DJV sollten sich allerdings überlegen, ob sie sich das alles gefallen lassen wollen, denn durch solches Verhalten kommt die ganze Organisation in Verruf.

Schafft eine, zwei, drei ... viele Kopien und Vorführungen

Einen Vorteil hat's ja doch mit diesen neuen Medien. Es ist völlig problemlos und preiswert, die vorhandenen Video-



immer wieder eine Ausstrahlung gefordert. Paralleler zum Startbahnfilm und nicht zu übersehen — das Problem liegt ähnlich, die Reaktionen jedoch blaffen noch weit auseinander. Dennoch gilt der Frankfurter dju die Anerkennung, den zensierten Startbahnfilm öffentlich gezeigt zu haben, ohne letztendlich zu wissen, was auf sie zukommen wird. Aber die englischen Journalisten sollten hier Vorbild bleiben.

Üble Rolle des Deutschen Journalisten-Verbandes

Wie immer, wenn in der weiten Welt etwas passiert, was von den eigenen, gleichen Problemen ablenkt, meiden auch diejenigen zu Wort, die in der ge-

cassetten zu vervielfältigen. Da die GWFF — vermutlich aus finanziellen Gründen — nicht allen relevanten Organisationen und Initiativen eine Cassette hat zukommen lassen können, ist also Selbsthilfe gefordert. Nachdem in einigen Initiativen, so in der Startbahn-Hilf-Mörfelden-Walldorf, der Film bereits gezeigt und diskutiert wurde, überlegen die Frankfurter GRÜNEN, beim „Tag der offenen Tür“ im Römer ebenfalls die Zensur zu übermitteln. Sie wollen auch ihre Kopie vorzeigen. Und da der Film wirklich gut ist, sollte er auch den vielen anderen Interessierten nicht vorenthalten werden.

KR/Gruppe Frankfurt

Chronologie der Verhinderung

April 1984: Der Chefredakteur des HR will den Film nicht zur Eröffnung der Startbahn West ausstrahlen. Der Autor wird aufgefordert, eine Kurzfassung von 20 Minuten zu erstellen, die mit einem Film über das „Projekt“ Startbahn und einer Zweifelsakusation (Flughafen AG-Vereinigung Cockpit) ausgestrahlt wird. Der Autor erstellte diese Kurzfassung, weil ihm zugesagt wird, daß die Langfassung einige Wochen später, spätestens im Herbst gesendet wird. Dem Redaktionsausschuß wird bestätigt, daß der Film ausgesetzt ist. Seine Absetzung wird damit begründet, daß er zum wenigsten mit der Startbahn zu tun habe, als vielmehr mit der Veränderung des demokratischen Bewußtseins. Da vor der Sommerpause kein Sendeplatz mehr frei sei, werde er im Herbst gesendet. Der Redaktionsausschuß bestätigt diese Zusage in einem Brief an den Chefredakteur und teilt dies allen Kollegen in einem Info mit.

Oktober 1984: Der Film wird nicht zur Sendung eingesetzt. Die Begründung des Chefredakteurs lautet (jetzt gegenteilig): Der Film beziehe sich direkt auf die Startbahn. Weder sie noch irgendein anderes politisches Umfeld gebe Anlaß zur Ausstrahlung. Nach vier Briefen zwischen Redaktionsausschuß und Chefredakteur über diese neue, unerklärliche und überraschende Wendung beruft der Redaktionsausschuß eine Redaktionsversammlung ein. Vor deren Sitzung kommt man in Gesprächen zwischen Autor und Chefredakteur zwischen Redaktionsausschuß, Redaktion, Ableitung und Chefredakteur zu der Einigung. Der Film läuft am 17. April 1985 in ungekürzter Fassung, wenn Autor und Redaktion sich auf ein filmbegleitendes Konzept einigen. Die Redaktionsversammlung wird abgesagt, das „positive Ergebnis schriftlich mitgeteilt“.

März 1985: Der Redaktionsausschuß erfährt, daß Redaktion und Autor sich auf ein Konzept für den 17. April (Jahrestag der Eröffnung der Startbahn) geeinigt haben. Der Film läuft unter dem Buchwort „Bürgerprotest“. Als Diskutanten sind vorgesehen. Ehemaliger hessischer Innenminister, Vertreter der Bürgerinitiativen, Staatsrechtler. Das Konzept wird vom Chefredakteur dem Abteilungsleiter gegenüber gehtigt.

März 1985: Der Programmdirektor schaltet sich ein oder wird eingeschaltet. Er sieht den Film (angeblich) zum ersten Mal. Seine Meinung: Der Film ist schlecht. Wie der Chefredakteur sieht er keinen Anlaß für den Film. Der Chefredakteur sieht jetzt auch wieder keinen, oder keinen mehr. Seine Zusage an die Redaktion zieht er zurück — oder habe sie so nicht gegeben.

März 1985: Der Redaktionsausschuß wendet sich an den Intendanten. Nur durch seine Vermittlung kommt es zu einem Gespräch zwischen Redaktionsausschuß und Chefredakteur und Programmdirektor. Die früheren Zusagen werden als nicht gegeben bezeichnet. Der Programmdirektor entscheidet. Man habe sich mit dem Autor geeinigt. Das Wenigste hiervon entspricht den Tatsachen.

März 1985: In einem „unoffiziellen Gespräch“ trägt der Redaktionsausschuß dem Intendanten den Fall vor.

April 1985: Am Ausstrahlungstag kommt es zu einem Gespräch zwischen Intendant, Programmdirektor, Chefredakteur und Redaktionsausschuß. Der Intendant verspricht, nach Prüfung des Films zu vermitteln.

April 1985: Der Redaktionsausschuß lädt zur Redaktionsversammlung ein. Die Leitung des Hauses lehnt eine Vorführung des Films auf dieser Versammlung ab. In einem Gespräch zwischen Intendant und Autor wird die Hoffnung erweckt, daß der Intendant, nach Prüfung des Films, eine Entscheidung herbeiführen werde.

Mai 1985: Am Morgen des 7. Mai, dem Tag der Redaktionsversammlung, wird dem Redaktionsausschuß mitgeteilt: der Film laufe nicht. Eine Kurzfassung zu einem späteren Termin, bei Bilanzierung der Startbahn, sei denkbar. Den Film hatte der Intendant nicht gesehen.

Mai 1985: Der Redaktionsausschuß berichtet der Redaktionsversammlung, die einen Brief an den Intendanten schreibt. Da keine Antwort erfolgt, beschließen Gewerkschaften und Redaktionsversammlung eine öffentliche Veranstaltung mit Vorlegung dieser Dokumentation.

Dokumentation des HR-Redaktionsausschusses



GENTECHNIK

Wertfreier Fortschritt mit Schönheitsfehlern?

Die derzeitige Diskussion in der erweiterten Linken über Gen-, aber auch über Reproduktionstechniken führt haarscharf am Kern der Sache vorbei. Dies soll hier am Beispiel des Einsatzes und der Entwicklung gentechnischer Verfahrensweisen in der Pharmaindustrie gezeigt werden.

„Wir brauchen Biotechnologie! Zur Impfstoffgewinnung, für die gezielte Verabreichung von Medikamenten, für die biologische Schädlingsbekämpfung ... Biotechnologie ist sowohl als feinmechanischer Prozeß wie auch als biologischer Prozeß technisch beherrschbar, wenn die sozialen Verhältnisse die Erarbeitung, Einführung und Einhaltung entsprechender Sicherheitsvorkehrungen zulassen ... Biotechnologie löst die andauernde Krise des marktwirtschaftlichen Systems nicht, sondern treibt sie auf die Spitze: durch Arbeitsplatzvernichtung, Hochrüstung, Überwachung und Umweltbedrohung auf qualitativ höherem Niveau ... Diese Gefahren können nur abgewendet werden, wenn sich die Gewerkschaften, den notwendigen Handlungsspielraum schaffen.“ Mit diesen Resümee beendet Ruben Scheller, Biologe, DkPler und Mitglied der Berufungskommission des Heidelberger Genzentrums sein Buch „Das Gen-Geschäft“.

Schellers Resümee ist, konzentriert mensch es mal auf die Gentechnik als Teilgebiet der Biotechnologie, typisch für viele. Die Gefahren der Gentechnik werden benannt, vor „Maschinenstürmerei“ wird gewarnt, schließlich sind neue Impfstoffe wichtig und als Ausweg müssen vorübergehend bestimmte gesellschaftliche Kontrollorgane herhalten, wenn die Gewerkschaften Einfluß auf die Art und Weise des Einsatzes der Gentechnik haben kann sehr viel weniger schief gehen.

Auffällig dabei ist, daß der von den GRÜNEN und dem Verein sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen veranstaltete „Kongreß gegen Gen- und Reproduktionstechniken“ eine sehr viel kritischere Position in diesem Bereich bezogen hat, als das von „der Linken“ bisher getan wird. Mir scheint der Grund für diese m.E. grundsätzliche Differenz darin zu liegen, daß von den einen — z.B. Ruben Scheller, den AK Autorinnen, die in den letzten Ausgaben hieher geschrieben haben, etlichen Vertretern des Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) — Gentechnik für eine neutrale Technik gehalten wird, deren Vorteile/Nachteile sich wesentlich aus dem sozialen Umfeld, in der sie betrieben wird, ergeben. Die anderen, hierzu zählen derzeit vor allem die GRÜNEN, die Herdentränerbewegung, einige Teile der Frauenbewegung, halten die gezielte Manipulation an Erbanlagen, Genkartierung und Genomanalyse grundsätzlich für problematisch.

Um eine sinnvolle Auseinandersetzung über die Anwendung gentechnischer Methoden hier, heute und in den nächsten zwanzig Jahren führen zu

können, muß in erster Linie aufgearbeitet werden, von wem die Gentechnik betrieben wird, wie sie verkauft wird (ökonomisch und psychologisch) und welche Informationen in der öffentlichen Auseinandersetzung bewußt ausgeblendet werden.

Kapital statt Innovation: die chemische Industrie

Hauptbetreiber der Gentechnik ist die chemische Industrie, genauer: die Pharmaindustrie. Schon heute haben gentechnisch hergestellte Produkte im Bereich Gesundheit einen Weltmarktwert von etwa 1,4 Mrd. Dollar (1), für das Jahr 2000 soll dieser Wert mehr als dreifach so hoch liegen. Die möglich erscheinenden Erfolge im Bereich der Diagnostik, Impfstoffe und Therapeutika werden in der Öffentlichkeit, neben der Bekämpfung des Welt Hungers, als Begründung für die Notwendigkeit, gentechnische Methoden in industriellem Maßstab möglichst schnell einzusetzen genannt (2).

Verantwortliche Politiker und die PR Stellen der Konzerne sind nicht besonders zurückhaltend, wenn es darum geht, Versprechungen zum therapeutischen und gesundheitspolitischen Wert der mit gentechnischen Methoden entwickelten und hergestellten Medikamente zu machen. „Die Gentechnologie wird uns in die Lage versetzen, Stoffe herzustellen, die dem Menschen bisher nicht zugänglich gewesen sind, und sie wird auf diese Weise ganz neue Therapiemöglichkeiten erschließen. Es wird langfristig möglich sein, viele heute nur symptomatisch behandelbare Krankheiten einer kausalen Therapie zuzuführen“, behauptete beispielsweise Dr. Hanna Neumeister, CDU-MdB, Vorsitzende der Deutschen Rheumaliga, stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsenquete-Kommission Gentechnologie und Empfängerin erheblicher Spendengelder vom Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (3).

Und kaum weniger euphorisch auch Dr. Hans-Jürgen Quadbeck-Seeger, Vorstandsmitglied der Knoll AG Ludwigshafen in einem Vortrag vor Wissenschaftlern der Max-Planck-Gesellschaft: „Bei allen Fortschritten, die die klassische Chemotherapie erzielt hat, sind die Möglichkeiten in einigen Therapiefeldern noch begrenzt. Das gilt für eine Reihe von viralen Erkrankungen, für Entzündungen des Immunsystems, für Stoffwechsel- und Regulationsanomalien sowie für den Krebs. Hier wird die Gentechnologie der ärztlichen Kunst weiterhelfen.“ (4)

Da die Pharmaindustrie bekanntermaßen keine in erster Linie an humanitären Zielen sich orientierende Industrie ist, wird deutlich wo das Interesse der Konzerne an den neuen technischen Möglichkeiten besteht: es wird die Chance gesehen neue Märkte zu erschließen, Wirkstoffe entwickeln zu können, die bei Indikationen anwendbar werden können, für die herkömmliche chemotherapeutische Mittel mangels Therapieerfolg nur begrenzt und

oft heftig umstritten eingesetzt werden. Der durch den großindustriellen Einsatz gentechnischer Methoden eventuell bevorstehende Innovationschub kommt der Pharmaindustrie sehr gelegen, denn seit Jahren werden kaum mehr neue Wirkstoffe synthetisiert, sondern nur noch vorhandene verändert. Ein Dilemma was in der medikamentösen Rheumatherapie besonders offensichtlich wird (5).

Gentechnik, Risikofaktoren — der Abschied von der Sozialmedizin

Schaut mensch sich einmal genauer an, in welchen Bereichen gentechnisch hergestellte Medikamente den Durchbruch zur kausalen, also an den Ursachen ansetzenden, Therapie bringen sollen fällt auf: es geht fast ausschließlich um sogenannte Zivilisationskrankheiten, Krebs, Krankheiten des Herzkreislauf-Systems, Rheuma (6), Diabetes (7). Die Behauptung gentechnisch gewonnene Medikamente könnten den Weg zu einer kausalen Therapie weisen muß deshalb äußerst kritisch gesehen werden. Denn von den tatsächlichen Krankheitsursachen — Arbeitsbedingungen, Umweltbelastungen, durch industrielle Verfahren erweiterte Nahrung, um nur ein paar Oberbegriffe zu nennen — wird dadurch abgelenkt.

Die Propaganda dieser Art medikamentöser „Kausaltherapie“ und in der Regel dieselben, die auch dem Risiko-Faktoren-Konzept zum Durchbruch verhelfen wollen, demnach sind nicht gesellschaftliche Umstände sondern individuelles Fehlverhalten bzw. individuelle Fehlerveranlagung verantwortlich für die „Zivilisationskrankheiten“. Die Konsequenz: mit einem enormen Aufwand wird Gesundheitsförderung betrieben, um beispielsweise Raucherentwöhnungsprogramme durchzusetzen. Bestimmte Risikogruppen werden identifiziert, z.B. mittels EDV-gestützter Kostentransparenzversuche bei den gesetzlichen Krankenkassen (8) und genauer überwacht. Es werden bereits seit längerem Überlegungen angestellt, diese Risikogruppen beispielsweise mit höheren Selbstbeteiligungskosten für die Behandlung aufkommen zu lassen. Die andere Seite des Risiko-Faktoren-Konzepts ist der Versuch, die individuelle Normabweichung pharmakologisch zu regulieren, also biologisch handhabbar zu machen (9).

Das ist nicht nur gesundheitspolitisch bedenklich, weil damit die Verantwortung für Krankheiten dem Individuum zugewiesen wird, es ist auch ein wenig erfolgreiches Vorgehen, denn die Erfahrungen mit der Bekämpfung von Massenkrankheiten aus vorangegangenen Epochen zeigen, daß nicht die Entwicklung neuer Medikamente sondern die Veränderung hygienischer und sozialer Verhältnisse deren wirksame Bekämpfung ermöglicht hat (9).

Nicht wesentlich anders sieht es auch mit dem zweiten großen Bereich, in dem die Gentechnologie heilend ein-

greifen können soll aus, bei den Erbkrankheiten. Auch hier ist der Ansatzpunkt, individuelle „Defekte“ (10) zu reparieren bzw. die Geburt möglicherweise behandelter Menschen zu verhindern, nicht aber eine tatsächliche Primärprävention: also ein Arzneimittelgesetz mit umfangreichen und effektiven Patientenschutzbestimmungen, die Vorkommnisse wie den Contergan- oder Duggynon/Cunipen Skandal hätten verhindern können bzw. eine Chemopolitik, die die Verseuchung ganzer Regionen nicht zuläßt.

Die Zukunft ist bald verloren

Die Diskussion über Gentechnik darf sich also nicht auf die Möglichkeiten dieser neuen Technik beschränken, sie muß sich intensiv auch mit den sozial- und gesundheitspolitischen Umfeld befassen. Offensichtlich kommt der Gentechnik dabei die Funktion zu, reaktionäre Individualisierungsstrategien leichter durchsetzbar zu machen. Krankheit und Gesundheit werden als rein biologische Zustände gesehen, auf die dementsprechend konsequent und zielgerichtet eingewirkt werden kann. Hier liegt — jenseits von allen ethischen und philosophischen Bedenken gegen die Gentechnik — das politische, aber nicht allein kapitalismusspezifische Problem dieser neuen Technologie. Derzeit scheint aber auch erhebliche Skepsis angebracht, ob die Gentechnik tatsächlich große Fortschritte in der Therapie bringt. Daß sie eine Kausaltheorie vieler Massenkrankheiten nicht leisten kann, ergibt sich ja schon aus dem rein biologischen Modell mit dem die Gentechniker arbeiten. Aber wie sieht es mit den Bereichen aus, die heute schon auf dem Markt bzw. in der Entwicklung sind? Aus Platzgründen will ich mich hier auf drei Gruppen beschränken: die Humaninsuline, das Interferon und den sogenannten Tissue Plasminogen Activator (TPA), der gezielt Blutgerinnsel auflösen können soll.

Rationalisierungseffekt positiv — das Humaninsulin

Insulin ist ein Eiweißkörper, der den Blutzuckergehalt regelt. Es wird in der Bauchspeicheldrüse produziert. Diabetiker, deren Bauchspeicheldrüse dieses Hormon gar nicht oder in zu geringen Mengen produziert, bekommen häufig Insulin gespritzt. Bis vor drei Jahren wurde das dafür verwendete Insulin mit einem Arbeitsaufwand aus den Bauchspeicheldrüsen von Rindern und Schweinen gewonnen. Dieses tierische Insulin hat zwei Nachteile: bei Patienten traten gelegentlich allergische Reaktionen auf, weil die chemische Struktur der gespritzten Substanz in einer (beim Schwein) bzw. in drei (beim Rind) Aminosäuren von der des menschlichen Insulins abwich; für die Industrie sind die hohen Gewinnungskosten für das tierische Insulin von Nachteil.

Abhilfe für die Patienten schaffte weitestgehend die Einführung von hochgereinigtem Schweineinsulin, das nur noch geringe Verunreinigungen aus der tierischen Bauchspeicheldrüse enthält und damit offensichtlich die Hauptursache für Abwehrreaktionen des menschlichen Körpers beseitigt werden konnte. Immerhin: auch das hochgereinigte Schweineinsulin unterscheidet sich noch in einer Aminosäure vom menschlichen Insulin. Außerdem war mit der Einführung dieses Insulins auch das Problem der hohen Arbeitsaufwandes für die Gewinnung noch nicht gelöst. Da konnten die Anfang 1983 auf den Markt gekommenen gentechnisch hergestellten Humaninsuline Abhilfe schaffen. Das Humaninsulin wird durch den Einsatz von Bakterien, dem E. coli gewonnen, die entweder — in den Bioreaktoren der Firma Eli Lilly — die Eigenschaften des menschlichen Insulins selbst produzieren oder — in Verfahren, die Hoechst und der schwedische Konzern Novo entwickelt haben — die eine Aminosäure in der sich das Schweineinsulin vom menschlichen unterscheidet gegen die „richtige“ Aminosäure austauschen. Der Arbeitsaufwand für die Gewinnung des ganz synthetisch hergestellten Humaninsulins der Firma Eli Lilly ist sicher geringer als der für herkömmliches Insulin, immerhin werden eine ganze Reihe menschlicher Arbeitskräfte (Laboranten, Schlachter) nicht mehr bzw. in sehr viel geringerer Menge gebraucht (11). Beim semisynthetisch hergestellten Humaninsulin von Hoechst und Novo sieht das anders aus, weil für dessen Produktion ja immer noch als Ausgangsbasis Schweineinsulin benötigt wird. Trotzdem ist auch der Preis des Eli Lilly Insulins noch höher als der des herkömmlichen hochgereinigten Schweineinsulins: 9,97 DM kostete die

400 Einheiten-Packung 1983 im Großhandel, ca. 9,50 DM kostete die gleiche Menge hochgereinigtes Schweineinsulin, und das Humaninsulin von Hoechst war für 11,80 DM zu haben (12).

Was bringt das gentechnisch hergestellte Humaninsulin jetzt für den Patienten? Vorliegende medizinische Studien (13) gehen davon aus, daß geringfügig weniger Abwehrreaktionen beobachtet werden konnten, daß aber das Risiko für diabetische Gefäßkomplikationen deswegen nicht geringer sein wird. Im übrigen hat sich herausgestellt, daß Humaninsulin im Körper schneller abgebaut wird, für Patienten mit einem hohen Insulinbedarf deshalb nur bedingt empfehlenswert sein kann, weil diese möglicherweise deshalb öfter spritzen müssen.

Von einem großen Fortschritt im therapeutischen Bereich kann also keineswegs die Rede sein, andererseits ist Humaninsulin sicher auch kein gefährliches Teufelswerk. Trotzdem müssen wir aufhorchen, wenn immer wieder gesagt wird, die Entwicklung von Humaninsulin wäre deswegen notwendig, weil in absehbarer Zeit die Vorräte an Schweine- und Rinderinsulin für die ständig wachsende Zahl Diabetiker nicht mehr ausreichen. Das nämlich heißt nichts anderes, als daß die Ursachen von Diabetes nicht beseitigt werden sollen, das Humaninsulin aber die Möglichkeit bietet, diese Krankheit dennoch systemimmanent in den Griff zu bekommen.

Und noch eine Folgewirkung von gentechnisch hergestellten Präparaten ist am Beispiel des Humaninsulins ablesbar. Humaninsulin wird von drei Konzernen auf den Markt gebracht, dem US-Giganten Eli Lilly, der den US-Insulinmarkt zu 85% beherrscht, Hoechst, der bis dahin 2/3 des bundesdeutschen Insulinmarktes kontrollierte und Novo, die in der BRD immerhin einen Marktanteil von 15% hält (14). Da die Entwicklung gentechnischer Verfahren, die eine Fertigung im industriellen Maßstab erlauben, extrem teuer ist, können auf diesem Markt nur kapitalstarke Konzerne oder kleine hochspezialisierte Genfirmen, die über ein enormes know-how verfügen mithalten (15). Das wird zur Folge haben, daß der ohnehin schon stark verflochtene Pharmamarkt in der BRD noch enger wird und die wenigen verbliebenen mittelständischen Unternehmen ganz aufgesogen werden. Übrig bleibt dann kaum mehr als die ehemaligen IQ-Fasern: BASF, Bayer, Hoechst ... Diese Firmen sind ja auch die entscheidenden, die in den existierenden Gen-Zentren in Heidelberg, Köln und München engagiert sind (16).

Interferon — Flop oder Wundermittel?

Interferon — Flop oder Wundermittel?

Die Arbeiten an der gentechnischen Gewinnung von Interferonen machen zweierlei deutlich: 1. die enormen Schwierigkeiten, Laborwissen in industriellem Maßstab umsetzbar zu machen, 2. wie schnell ein Luftballon voller Heilungserwartungen zerplatzen kann.

Es gibt im menschlichen Körper drei Interferonklassen und vermutlich 18 verschiedene Interferontypen. Alpha-Interferon wird in den Leukozyten produziert, Beta-Interferon in Bindegewebszellen, Gamma-Interferon in Lymphozyten. Interferone hemmen nach dem derzeitigen Erkenntnisstand die Vermehrung von Viren, sie können dadurch zwar die Ausbreitung, nicht aber die Spätfolgen von Infektionen bekämpfen. Im übrigen beeinflussen Interferone das menschliche Immunsystem und scheinen tumorhemmende Wirkung haben zu können. Nichts genaues weiß mensch nicht, obwohl Forschungsarbeiten zu Interferonen seit Anfang der 70er Jahre vom Bundesministerium für Forschung und Technologie gefördert werden.

Klar ist vor allem eins: die hochgesteckten Erwartungen, Interferon könne Krebs heilen, sind unbegründet. In einer Übersicht zum „Stand klinischer Interferonstudien in der BRD“ konnten Prof. Hofschneider (Max-Planck-Institut für Biochemie) und Dr. Obert (wiss. Abteilung von Bioferon (15)) lediglich Erfolge in der Behandlung des Nasopharynx-Karzinoms, der Herpes-Keratitis und der Herpes Zoster (Gürtelrose) vermelden. Ein sehr kritischer, leicht euphorischer Artikel im „Spiegel“ berichtet noch von Erfolgen bei einer seltenen Blutkreislagenform, der Haarzell-Leukämie, bei einer mit Knochenschmerzen verbundenen Krebsform, dem multiplen Myelom und sogar eventuell bei AIDS. Nicht erwähnt wird, daß es nach Verabreichung von Alpha-Interferonen in den USA auch schon zu mehreren Todesfällen gekommen ist. In der BRD ist derzeit erst ein Präparat, das Beta-

Interferon, als Wirkstoff zugelassen zur Behandlung viraler Infektionskrankheiten mit möglicherweise tödlichem Ausgang.

Ein Problem bei der medikamentösen Verabreichung von Interferon scheint zu sein, daß das vom Körper produzierte Interferon aufgrund des speziellen Mischungsverhältnisses der achtzehn Interferonarten seine Wirkung erzielt, während das künstlich hergestellte Interferon z.B. reines Beta- oder reines Gamma-Interferon ist und daher weniger wirksam. Doch das alles sind allgemeine Probleme der Therapie mit Interferonen. Mit Gentechnik hat das noch wenig zu tun. Die Gentechnik kann hier auch wenig verbessern, sie kann lediglich dazu beitragen, daß es möglich wird, größere Mengen Interferon zu produzieren. Die begrenzten Mengen von Interferon, die heute aus menschlichen Zellen (im Falle des Beta-Interferons aus den Vorläufern von beschleunigten kleinen Amus) gewonnen werden können, machen es nämlich schwer, klinische Studien in größerer Anzahl durchzuführen bzw. größere Patientenzahlen mit dem Medikament zu behandeln.

Die gentechnische Gewinnung von Interferon in industriellem Maßstab ist ausgesprochen problematisch, weil Interferon nicht von einfachen Bakterien wie den E. Coli produziert werden können. Beta-Interferon beispielsweise besteht aus 166 Aminosäuren und hat eine angehängte Zuckerkette. Da weder Bakterien noch Hefezellen solche Zuckerketten produzieren können, müssen für die gentechnische Produktion von Beta-Interferon Säugetierzellen benutzt werden. Das ist aber, zumal im industriellen Maßstab, ungemein schwieriger als die Arbeit mit einfachen E. Coli. Bis die anstehenden verfahrenstechnischen Probleme gelöst sind, so schätzen in diesem Bereich arbeitende Forscher, vergehen noch etwa zehn Jahre. (17)

Sehr viel interessierter als an der Verfahrensentwicklung für die gentechnische Herstellung von Interferon, bei dem der Markt vermutlich doch sehr viel kleiner sein wird, als das Anfang der siebziger Jahre, als die Forschungsinvestitionen getätigt wurden, abzusehen war, ist das Interesse der Industrie an dem Gerinnungshemmer TPA.

Herzinfarkt — halb so schlimm

„Große klinische Studien sind in Vorbereitung und es läßt sich erwarten, daß die Spritze mit TPA in nicht allzu ferner Zeit im Notfallkoffer des Arztes einen festen Platz einnehmen wird“, verkündete Hans Jürgen Quadbeck-Tinner seinen „Punktschmerz“ und verkündete Hans Jürgen Quadbeck-Seeger in seinem o.a. Vortrag.

Daß diesem Medikament eine große Marktbescheidenheit dürfte ist offensichtlich, daß es keineswegs dazu geeignet ist, eine Massenkrankheit, nämlich den Herzinfarkt, zu heilen. In ebenso klarer, bisher werden zur Auflösung von Blutgerinnseln bei Thrombosen oder bei Herzinfarkten hauptsächlich die Enzyme Urokinase und Streptokinase eingesetzt, die beide aber als Nebenwirkungen oft erhebliche Blutungen haben. Außerdem wirken beide nicht so schnell, wie das gerade beim Herzinfarkt oft notwendig wäre. Deshalb arbeiten Gentechniker derzeit daran, ein neues Enzym, eben den Tissue Plasminogen Activator (TPA) zu konstruieren. Dieser TPA wirkt erstens sehr schnell und zweitens ganz gezielt nur gegen echte Blutgerinnsel, dabei sind bisher wohl keine Blutungen als Nebenwirkung beobachtet worden. (18) Ein Medikament also, daß den Ursachen des Herzinfarkts nicht zu Leibe rückt, diesen aber einfacher behandelbar macht. Wobei einschränkend gesagt werden muß, daß TPA eben noch nicht auf dem Markt ist, über seine tatsächliche Wirkung und vor allem über die Nebenwirkungen nur spekuliert werden kann.

Pharmaindustrie — Hersteller mit Vergangenhheit

Dieser Vorbehalt muß überhaupt gemacht werden, Gerade bei Neuentwicklungen, diese Lektion hätten wir in den letzten Jahren nach Contergan, Duogynon und mehr als einem dutzend Rheuma-Skandalen eigentlich lernen müssen. Im höchsten Vorstich angebracht. Da es in der BRD keine wirkliche Kontrolle für neu auf den Markt kommende Medikamente gibt, werden Nebenwirkungen erst bekannt, wenn bereits Menschen gestorben bzw. erhebliche Schäden eingetreten sind. Dieses Risiko ist bei gentechnisch hergestellten Medikamenten noch erheblich höher, weil hier überhaupt keine Erfahrungswerte existieren. Die Mitarbeiter des BOD beispielsweise haben keine spezielle Ausbildung, die ihnen

ermöglichen würde, auf bestimmte Sicherheitsanforderungen bei gentechnisch hergestellten Medikamenten zu achten. (19) Aber auch kritische Pharmakologen, beispielsweise die Mitarbeiter des unabhängigen Arznei-Informationssystems „Arznei-telegramm“ wissen über mögliche besondere Risiken gentechnisch hergestellter Präparate nicht Bescheid. Das ist angesichts der Tatsache, daß in der BRD bisher auch erst das vermutlich unproblematische Human-Insulin auf dem Markt ist, derzeit unproblematisch. Gefährlich wird es erst, wenn im Bereich der gentechnischen Produktion genauso unkontrolliert und unter Verwertungsbedingungen gearbeitet wird, wie das derzeit bei der herkömmlichen Chemotherapie der Fall ist.

Technikfolgenabschätzung — brauchen wir nicht?

Gerade wenn auf die Gefahren des industriellen Einsatzes gentechnischer Verfahren aufmerksam gemacht wird, ist viel Spekulation im Spiel. Befürwortern der neuen Technologie ist dies Anlaß, darauf hinzuweisen, daß ja noch nichts passiert ist, die Gefahren also nur Phantasiegebilde seien.

Ob tatsächlich noch nichts passiert ist, muß dabei erstmal in Frage gestellt werden, denn das Wissen, das die Gentechnik-Gegner nicht haben, haben die Betreiber wahrscheinlich auch nicht. Der Bereich der Erforschung von Sicherheitsrisiken nämlich wird sträflich vernachlässigt und eine Technikfolgenabschätzung, wie sie beispielsweise von den GRÜNEN verlangt wird, findet überhaupt nicht statt. Dabei wäre es interessant, zu erfahren, inwieweit sich beispielsweise der Medikamentenkonsument durch die Einführung neuer, vermeintlich sanfter, weil im chemischen Aufbau den körpereigenen Substanzen identischer Wirkstoffe erhöht hat. Wie verändert sich, wäre eine zweite wichtige Frage, eine Gesellschaft, in der das biomedizinische Modell der Gentechniker sich durchgesetzt hat?

Gentechnik im pharmazeutischen Bereich unterstützt die Durchsetzung biomedizinischer Modelle und befördert damit einen Abschied von der Sozialmedizin. In den Bereichen, in denen gentechnisch hergestellte Medikamente bereits eingesetzt werden, kann von einem therapeutischen Durchbruch keine Rede sein, wohl aber von einer Verschärfung des ökonomischen Konzentrationsprozesses. Über mögliche Nebenwirkungen gentechnisch hergestellter Medikamente existieren so gut wie keine Informationen, weil in gentechnisch hergestellten Medikamenten existieren so gut wie keine Informationen, weil in diesem Bereich nicht geforscht wird. Das wissenschaftliche Modell von dem die Gentechniker ausgehen ist keinesfalls so überzeugend und fortschrittlich wie oft getan wird. Im Bereich der Mikrobiologie existieren insgesamt gesehen noch wie vor mehr Fragen als Antworten. Das zusammengefasst ist der industrielle Einsatz gentechnischer Verfahren eindeutig abzulehnen. Da derzeit Forschung und Industrie auf engste miteinander verknüpft sind und diese Verknüpfung gerade durch die im Bereich der Gentechnologie betriebene Forschungspolitik noch verstärkt wird, muß auch hier eine klare Ablehnung der Forschungspolitik aus politischen Gründen erfolgen.

Fassband

Quellen u. Anmerkungen

- 1) Biotechnology News 24. 11. Bericht der Bundesregierung vom 24.04. 84, diese Zahlen sind Schätzungen und stimmen mit dem realen Volumen nicht völlig überein. Bei dort ten wahrscheinlich etwas niedriger liegen, weil die Geschwindigkeit mit der sich gentechnische Verfahren entwickeln ließen und durchgeleitet wurden damals noch überschätzt wurden. Zum Vergleich der Weltmarkt gentechnisch hergestellter Produkte insgesamt laut nach dieser Schätzung 1984: 1,7 Mrd. Dollar bei gegen den Gesamtumsatz der pharmazeutischen Industrie der BRD betrug 1983 18,1 Mrd. DM (nach Angaben des Verbandes der chemischen Industrie).
- 2) 21. Hans-Jürgen Quadbeck-Tinner, ich kann mir vorstellen, daß diejenigen, die die Gentechnologie als verheerendste Waffe beschreiben, berechnen noch nichts von den intensiven Bemühungen in der Krebsforschung erfahren haben, mit Hilfe gentechnologischer Verfahren das Wissen von der normalen und entarteten Gewebe und vom Krebskrebs Menschen zu vermitteln. (21. 11. Das Parlament, 2.2.85).
- 3) 21. 11. ÖKO-TEST-Magazin 1985.
- 4) 21. 11. Me. — zu beziehen über das Archiv Gentechnik, Eltingen 25. 43 Essen.
- 5) siehe ÖKO-TEST-Magazin 1985, die die Ursachen für entzündliche rheumatische Erkrankungen nicht bekannt sind, können die ca. 1 M. von Patienten nur symptomatisch behandelt werden. Das geschieht mit den sog. nichtsteroidalen Antirheumatika, die wegen der erheblichen, nicht selten sogar tödlichen Nebenwirkungen bedenklich sind. 1984 wurden allein in der BRD über 180 neue nichtsteroidale Antirheumatika zugelassen, von denen allerdings nicht einmal 10% einen neuen Wirkstoff hatten, die übrigen 90% be-

standen aus kaum oder gar nicht veränderten bekannten und mit begrenzter wirksamer Wirkstoff.

- 6) Rheuma ist ein sehr ungenauer Begriff unter den im wesentlichen drei Krankheitsgruppen gefaßt werden: 1. die entzündlichen rheumatischen Erkrankungen ca. 1 Mio. Patienten in der BRD, 2. der Weichteilrheumatismus, Patientenzahl kaum schätzbar, 3. der degenerativ-rheumatische, der in sehr vielen Fällen berufsbedingt ist 17 Mio. Patienten. Der degenerativ-rheumatische ist kausal medikamentös überhaupt nicht behandelbar, weil die Ursachen wohl eigen. Chancen gibt es wenn überhaupt für die Patienten mit entzündlichen rheumatischen Erkrankungen.
- 7) zumindest Altersdiabetes ist eindeutig eine Zivilisationskrankheit, über 80% der Patienten sind übergewichtig, auch der Einfluß psychischer Faktoren, z.B. Stress, auf die Krankheit gilt als gesichert. Höchstens 1/3 aller Diabetiker braucht strenggenommen eine medikamentöse Behandlung. Die anderen muß es lediglich eine genau ausgeglichene und individuell zugeschnittene Diät einhalten (nach „Bittere Pille“ 27. Auflage).
- 8) dazu taz 20.04. Tagesthema, Rasterfahndung im Gesundheitswesen.
- 9) siehe dazu vor allem Sigurd von Ingersleben, Wirkstoffforschung und neue Technologien in Technik Kultur Gesellschaft, Esslingen Press 1985. Dieses breite Werkstoffangebot legt Umdefinierungen von sozialen oder Lebensstilen zu chemisch regulierten, physiologischen Entgleisungen nahe. Doch welche Probleme lösen eigentlich St-

mulanten, Kater-Mittel, Süßstoffe, Appetit-tugler oder Ernährungsdrücker. Alarmieren muß insbesondere die Tendenz, nun auch noch die Krankheitsvorbeugung zu pharmakologisieren, so wie der Einsatz von pflanzlichen zur Infektprophylaxe oder die Bekämpfung sogenannter Risikofaktoren wie Bluthochdruck, Rauchen oder Fettstoffwechsel.

9) Diese Diskussion kann hier unmöglich ausführlich geleistet werden, deswegen ein paar Literaturhinweise: Dieter Borgers in „Argumente für eine soziale Medizin 84“, Berlin 1981 „Primärprävention von Volkskrankheiten, biotechnischer Eingriff und soziale Prävention am Beispiel von Tuberkulose, Karzinom, Hypertonie“, Heinz-Harold Abholz in „Jahrbuch für kritische Medizin 10“, Berlin 1984, „Risikovermeidung als präventives medizinisches Konzept“.

- 10) Was als Defekt bzw. krank bzw. behindert (Risiko) Synonyme, aber Sprachgebrauch ist keineswegs klar. Am Beispiel des Kleinwuchses: ist kleinwüchsig, wenn unter 150 cm klein ist oder unter 140 cm? Oder die so oft als Beispiel für gentechnisch herbeigekübte Sicherheitsanlässe, die vorwiegend bei Farbigen vorkommt, die Sichelzellenanämie tritt gleichzeitig mit einer Resistenz gegen Malaria auf, für viele Bewohner tropischer und subtropischer Regionen also eine mitunter lebenswichtige „Erbkrankheit“.
- 11) Dazu Ruben Scheier, Das Gen-Geschäft, Heidelberg 1984, S. 18 ff., — kommt dem nach überarbeitet im Weltkreis-Verlag heraus.
- 12) nach „Zeit“, 4.2.83, Gen-Geschäft.

- 13) mit liegen vor Deutsches Ärzteblatt, Heft 10/85, Humaninstitut in der klinischen Praxis 1 (Diagnostik 17. 1984) Nr. 8: „Humaninstitut bewahren sich, es gibt die Humaninstitut — wo liegt der Fortschritt?“
- 14) nach ÖKO-TEST-Magazin 1985.
- 15) Aber auch die kleinen Gen-Firmen wart den zunehmend von Konzernen aufgekauft, beispielsweise Biogen, das an der gentechnischen Fertigung von Interferon in der BRD maßgeblich beteiligt ist. Interferon gehört zu 50% der Biogen, die übrigen 50% zu 10% in Schering-Plough, 25% hat die Pharmacia, nur 21% werden noch von den Wissenschaftlern, die Biogen gründeten, gehalten.
- 16) nach 1. Hack, L. Hack, „Zum akademisch-industriellen Komplex“, in: Technik und Gesellschaft, Jahrbuch 3, Pflm 1985.
- 17) ÖKO-TEST-Magazin 1985.
- 18) nach Deutsches Ärzteblatt, Heft 11/1984.

Artikel über Gen- und Reproduktionstechnik in den letzten Ausgaben des AK

— Die Frauenbewegung hat ein neues Thema: Über die Ausweitung der Gen- und Reproduktionstechniken (Bericht vom Internationalen Frauentag zu diesem Thema im April 1985 in Bonn), AK 254, S. 25f.

— Diskussion der Reproduktionstechnik — Mama, wie bist du entstanden? (Über den „neuen Weg, Babys zu machen“), AK 259, S. 19f.



Bundesregierung verweigert Beitritt zur Anti-Folter-Konvention

Am 1.8. dieses Jahres haben Bundesregierung und Massenmedien das 10-jährige Jubiläum der KSZE-Schlussakte von Helsinki gefeiert. Sie haben dabei einseitig die Sowjetunion und die übrigen Staaten des Warschauer Paktes wegen Menschenrechtsverletzungen angegriffen. Man konnte dabei fast den Eindruck bekommen, die Schlussakte verpflichte allein diese Staatengruppe zur Einhaltung der Menschenrechte und setze die kapitalistischen Staaten zu Kontrollieren ein. Dabei läuft allein schon die Definition der Menschenrechte durch Regierung und Massenmedien auf eine Verfälschung hinaus, indem sie die wirtschaftlichen und sozialen Rechte (vor allem die durch Massenarbeitslosigkeit verletzten Rechte auf Ausbildung und auf Arbeit) ausklammern und die Menschenrechte auf die bürgerlichen und politischen Rechte reduzieren. Aber auch im Bereich der Bürgerrechte, in dem die kapitalistischen Staaten sich so selbstbächer aufzuführen, zeigt sich immer deutlicher, daß sie diese Rechte praktisch über Bord werfen und damit auch internationale Verpflichtungen verletzen, wenn sie das Ziel verfolgen, Opposition gegen das kapitalistische Staats- und Gesellschaftssystem auszuschalten.

So hat, um nur ein Beispiel zu nennen, die ILO, eine Sonderorganisation der UN, die BRD wegen der Berufsverbote verurteilt. Das Gleiche zeigt sich an zwei Vorgängen vom Anfang dieses Jahres, die auf den ersten Blick nichts miteinander zu tun hatten.

— Die Gefangenen aus der RAF und andere politische Gefangene haben vom 4.12.1984 bis Anfang Februar 1985 in einem Hungerstreik für die Aufhebung der Isolationshaft gekämpft, mit dem Ziel, in große Gruppen zusammengelegt zu werden; es war dies der 9. Hungerstreik — nachdem die Isolationshaft bereits seit ca. 15 Jahren, seit es Gefangene aus der RAF gibt (1970), praktiziert wird. Regierung und zuständige Behörden haben diese Forderung nicht erfüllt, u.a. mit der Begründung, es gebe keine Isolationshaft.

— Amnesty International und ein Teil der bundesdeutschen Presse haben etwa zu gleicher die Bundesregierung kritisiert (1), weil diese sich weigert, zwei Anti-Folter-Konventionen beizutreten, die die Vereinten Nationen und die

Parlamentarische Versammlung des Europarats vorgelegt haben (2). Die Bundesregierung hat dies u.a. damit begründet, ein Beitritt würde unberechtigtes Mißtrauen gegen Justiz und Gefängnisverwaltungen zum Ausdruck bringen.

Amnesty International hat dabei jedoch nicht ausgesprochen, warum die Bundesregierung diese Haltung einnimmt. Tatsächlich befürchtet sie, von den Kontrollorganen, die in den Konventionen vorgesehen sind, wegen der Isolationshaft kritisiert zu werden. Das ist nicht nur eine Vermutung, die angesichts der hier seit 15 Jahren verhängenen Isolationshaft plausibel ist, sondern läßt sich an Hand der Vorgehensweise der beiden Entwürfe im einzelnen belegen.

A. Der Entwurf des Europarats

1. Das Neue an dem Entwurf ist nicht das Folterverbot — dieses ist bereits in Art. 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention vom 4.11.1950 ent-

halten — sondern die erweiterte Kontrollmöglichkeit: eine aus fünf Mitgliedern bestehende Kommission (Die Mitglieder sollen von den Vertragsstaaten vorgeschlagen, von der Parlamentarischen Versammlung gewählt und nicht als Regierungsvertreter, sondern als unabhängige Experten tätig werden) soll die Kompetenz haben, Besuche in Gefängnissen durchzuführen, mit Gefangenen ohne Aufsicht zu sprechen und einen (wenn auch nur vertraulichen, d.h. allein dem betroffenen Staat zugänglichen) Bericht verfassen. Der Vertragsstaat soll zwar generell über geplante Gefängnisbesuche informiert werden, nicht jedoch vor jedem einzelnen Besuch.

2. Der Rechtsausschuß der Parlamentarischen Versammlung spricht bereits in seinem Bericht vom 2.10.1973 (3) von „seelischer und psychologischer Folter“, auf die sich die künftige Konvention (auch) zu beziehen habe, eben falls noch allgemein ist im gleichen Zusammenhang in Resolution 9/9 (1981) der Parlamentarischen Versammlung (4) von „alarmierenden Berichten über Folter in einigen Europastaaten“ die Rede. Der französische Abgeordnete Berrier hatte sich in der vorangegangenen Diskussion jedoch bereits deutlich geäußert, indem er davon sprach, es werde eine „sog. saubere Folter“ angewendet, die „keine sichtbaren Spuren am Körper hinterlasse“ — z.B. durch „sensorische Deprivation, Isolation und den Gebrauch chemischer und medikamentöser Mittel.“ (5)

Barrier stellte die Frage, ob die in Ausarbeitung befindliche Konvention auch diese Techniken erwähnen werde, er halte dies für notwendig, weil sie immer häufiger angewendet würden. In Frankreich gebe es Hochsicherheits-trakte, in denen Gefangene durch Drogen „ruhiggestellt“ werden würden; in

Fortsetzung nächste Seite

UNE MALHEURE FRANCAISE

Kurz vor Mitternacht am 10. Juli zerstörte ein Bombenattentat das Greenpeace-Schiff „Rainbow Warrior“ in Auckland (Neuseeland). Die 12 Besatzungsleute sprangen noch rechtzeitig aufs Quai. Denn eine Minute später folgte eine zweite Explosion, die den portugiesischen Fotografen Fernando Pereira, der seine Apparate noch retten wollte, tötete. Die Greenpeace-Aktivisten hatten gerade zuvor die Bewohner des durch US-Atomtests verseuchten Rongelap-Atolls auf eine neue Insel umgesiedelt. Im September beginnt im südlichen Pazifik, auf dem Mururoa-Atoll, eine neue französische Versuchsserie mit Neutronenbomben. Gemeintam mit weiteren Protestschiffen sollte von Neuseeland aus die „Rainbow Warrior“ (jetzt die „Vega“) nach Mururoa auslaufen.

Knappe 48 Stunden nach dem Mordanschlag, der durchaus noch mehr Opfer hätte kosten können, verhaftete die neuseeländische Polizei ein französisches Agentenpaar, das jetzt unter Mord- und Brandstiftungsanklage steht. Gegen vier weitere Mitarbeiter des französischen Geheimdienstes DSCE sind Haftbefehle erlassen worden. Das neuseeländische Belastungsmaterial ist eindeutig: alle Wege führen nach Paris.

Nach der allerersten publikumswirksamen Emotion hüllte sich der Menschenrecher-Matador Mitterrand zunächst in Schweigen, wie auch seine Opposition, die solchen Attentatsge-

Presse bemühte sich jetzt zunächst um die Verdünnung der bitteren Wahrheit. Nicht allzu phantasiereich wurden der staunenden Leserschaft alle möglichen, das heißt auf gut französisch eben nicht-französische Spuren angeboten.

Eine KGB-Spur mußte natürlich her — zwar kurios begründet, aber das ist bei so komplexen Sachverhalten ja nicht weiter ungewöhnlich. So ließ es Pereira sei so gut wie ein wachechter roter Spion, der aus der Kältekamp, gewesen.

Schon etwas ausgefallener wurde auch eine belgische Spur ins Spiel gebracht. Die belgischen Fahnder, aus Frust über die ständige französische Bespottung ihres Volkes, hätten den französischen, sozusagen ein Streich zwischen Kollegen, eine auswischen wollen.

Ähnlich gedanklich hergeleitet kam zeitweise eine englische Spur ins Gespräch nach dem Motto „perfidus Albion“ ... Neukaledonische Befreiungskämpfer wurden ebenfalls verdächtigt — bekanntlich wollen sie überall auf der Welt Frankreich schlechter machen als es ist. Oder es wurde ein rechtstremistisches Komplott suggeriert, das, wie man weiß, keineswegs eine Beteiligung des KGBs auszuschließen braucht.

Fehlt nur noch die beliebte bulgarische Spur oder der gerade sonst für solche Situationen so begehrte und geheimnisvolle „Carlos“.

Schließlich mußte sich auch „Le

Das Greenpeace-Schiff „Rainbow Warrior“ im Hafen von Auckland — nach dem Bombenanschlag



vierte Mann auf der „Ouvea“ ist ein Arzt aus der normannischen Stadt Dieppe, der dort eine Art Geisterpraxis unterhält und oft auf rechtsradikalen Versammlungen erscheint. Einigen Quellen zufolge sollen sich seine drei Kumpane zur Zeit als Leibwächter des Präsidenten eines befreundeten afrikanischen Staates erholen.

Wenn „Le Monde“ auch schreibt: „Hätte man Frankreich lächerlich machen wollen, hätte man es nicht anders angestellt“ (17.8.), kann kein Zweifel darüber bestehen, daß dieses terroristische Unternehmen auf hoher Ebene koordiniert und vorbereitet worden ist.

Es mußten Pässe, Boote, Sprengstoff usw. uaf. organisiert und insgesamt eine beträchtliche Summe Geld zur Verfügung gestellt werden. Es mußten die Agenten ausgesucht werden. Diese mußten wiederum ein bestimmtes Training absolvieren. Ebenso mußte das Unternehmen von hoher Stelle aus gebilligt werden. Schließlich mußte auch aus hoher Stelle der genaue Zeitpunkt für den Anschlag entschieden werden.

Die verhaftete Agentin ist Offizier bei der „Aktion“-Abteilung der DSCE, der Pseudo-Ehemann ist Kommandant des Ausbildungszentrums für Kampfschwimmer in Ajaccio. Gemeinsam mit einem n der Modelle stationierten Fallschirmjäger Regiment stellt dieses Ausbildungszentrum die Speerspitze der erwähnten „Aktion“-Abteilung der DSCE.

1982 wurde die DSCE gegründet (Direction générale de la sécurité extérieure) als Nachfolgerin des ehemaligen SDECE (Service de documentation extérieure et de contre-espionnage).

Ihre Mission wurde im Regierungsmitteltungsblatt, „Journal Officiel“ vom 4. April 1982, definiert. Priorität der Wirtschaftsermittlungen, verstärkte Penetration der ausländischen Dienste, insbesondere der belischen Dienste, insgesamt Rückkehr zu „offensiven Missionen“. Die DSCE zählt heute laut offiziellen Angaben ca. 2.500 Mitarbeiter — die Hälfte davon sind Zivilisten. Insgesamt untersteht sie dem Verteidigungsministerium, d.h. dem PS-Verteidigungsminister Charles Hernu.

Im Juli '83 engagierte das Verteidigungsministerium für die DSCE 33 Soldaten, die in den Tschad geschickt wurden. Dabei waren René Dulac, ein notorischer Waffenschlepper, sowie Olivier Daniel, der 1981 bekannter wurde dank einer 18-monatigen Haftstrafe für Waffenhandlung zwischen Frankreich und Belgien. Die Soldatentruppe wurde zwecks Beratung und Stärkung der Armee von Präsident Hussein Habre rekrutiert. 1984 unterstützte die DSCE aktiv die sogenannte „antimilitaristische Guerilla“ in Angola.

Das Attentat gegen die „Rainbow Warrior“ ist übrigens nicht das erste dieser Art — der SDECE, Vorläufer der DSCE, zerstörte zum Beispiel im Juli 1972 das Schiff „Boy Moel“ der

neuseeländischen Atomenerggegner-Bewegung „Peace Media“.

David Mc Taggart, Präsident von Greenpeace, schätzt ein, daß sich die französische Regierung diesmal mehr Sorgen als sonst machte: „Wenn wir feststellen würden, es gibt hohe gesundheitliche Risiken aufgrund der früheren Explosionen, würde es Frankreich Probleme machen. Es wurde dem französischen UNO-Bericht, wonach alles in Ordnung sei, widersprochen. Die französische Regierung hat am vergangenen 8. Mai (wie geschmackvoll, Anm. AK) eine 150 Megatonnen schwere Bombe explodieren lassen. Daraufhin wurde die Schiffsahrt um Fangaroufa und Mururoa verboten. Möglicherweise wurde das Atoll disloziert, und die Gewässer sind radioaktiv verunreinigt.“ (LM, 17.8.).

Der ehemalige Leiter der DST (Direction de la sécurité du Territoire, im Gegensatz zur DSCE vor allem auf den französischen Raum konzentriert), Robert Wybot, kommentierte das Attentat gegen Greenpeace: „Frankreich hat das getan, was nötig war, indem es Menschen neutralisiert hat, die seinen Interessen schaden.“ Kritikwürdig findet er lediglich die dumme Art der Durchführung, die zur unmittelbaren Verhaftung der Kollegen führte („Le Monde“, 19.8.).

Einzig allein KPF und „Freunde der Erde“ fordern den Rücktritt von Charles Hernu.

Frankreich-Kommission



schafft aus eigener Praxis kennt. Mitterrand, der gerade angekündigt hat, Proteste gegen die Atomversuche im September würden „notfalls mit Waffengewalt“ verhindert werden, führt

Proteste gegen die Atomversuche im September würden „notfalls mit Waffengewalt“ verhindert werden, führt eine alte französische Tradition fort.

Es war de Gaulle selber, der 1965 grünes Licht für derartige Unternehmungen gegen Atomenerggegner im Pazifik gab. Es ist auch ein alter Weg: geführte de Gaulles, Bernard Tricot (im Mai '68 noch Generalsekretär im Elysée), der mit der jetzigen Untersuchung beauftragt wurde, um „die Wahrheit aufzudecken und die Verantwortlichen ohne irgendwelche Einschränkungen festzustellen.“ Für die Integrität des Beamten Tricot schwärmen PS und Opposition gleichermaßen. Kann sein, daß der Mann diesmal eine glücklichere Hand beweist als 1965. Damals war er von de Gaulle mit der Aufklärung des Mordes am marokkanischen Exilpolitiker Medhi ben Barka beauftragt worden.

Wie so oft im Leben, zumal wenn Geheimdienste mitmischen, wurde freilich die Ben Barka Affäre nie restlos aufgeklärt.

Der größte Teil der französischen

Monde“ den trivialen, nackten Fakten beugen: „Von Hypothese zur Gewißheit — die DSCE verantwortlich für das Attentat auf Greenpeace“ (17.8.).

Freilich — „Le Monde“ wäre nicht heil — die DSCE verantwortlich für das Attentat auf Greenpeace“ (17.8.).

Freilich — „Le Monde“ wäre nicht „Le Monde“, d.h. eine regierungs-treue Zeitung, wenn es nicht gleich hinzufügen würde: Niemand aus der „aktuellen Umgebung“ Mitterrands habe mit der Affäre zu tun.

Also: WER?

Das Szenario des Attentats war ziemlich einfach. Im Mai dieses Jahres infiltrierte eine Mitarbeiterin der DSCE die in Neuseeland weilende Greenpeace-Gruppe. Später, im Juli, befindet sie sich in Israel, das sie seit den neuseeländischen Veröffentlichungen verlassen hat.

Im Juni erreicht eine Yacht namens „Ouvea“, mit 4 Mann an Bord, den Hafen von Auckland. Gleichzeitig trifft ein als Schweizer Flitterwochner getarntes DSCE-Duo in Auckland ein.

Sowohl die bei Greenpeace eingeschleuste Agentin wie auch drei Mitglieder der Schiffsbesatzung der „Ouvea“ sind seit der Verhaftung des Agentenpaares spurlos verschollen. Der



Frankreich: Aktivitäten der Front National, 84-85

Der FN-Wähler ist meist um die 40 Jahre alt, lebt in einer großfranzösischen Stadt mit über 150.000 Einwohnern, wählte '81 noch für die RPR (Chirac), fürchtet auch vor Ausländern und klagt über die Unsicherheit in den Städten. Nach einer am Tag der Europaparlamentswahlen durchgeführten Umfrage sind 55% der FN-Wählerschaft unter 50 Jahren (44% sind es bei der sogenannten Rechten). Sie stehen meistens im Berufsleben (23% Rentner gegenüber 32% bei der übrigen Rechten) und leben in Städten (47% gegenüber 39% bei der übrigen Rechten). Mehrheitlich, nämlich zu 57%, und es Männer, die die FN wählen, während für die RPR-LDF mehrheitlich Frauen ihre Stimme abgeben (58%). Die Hauptbataillone der FN Wählerschaft trifft man in den Départements Provence-Côte d'Azur und Languedoc-Roussillon sowie in der Umgebung von Paris, Lyon und im Norden (Pas-de-Calais). 90% der FN-kandidaten kandidieren zum ersten Mal, 30% waren vorher parteilos. Im Schnitt sind die Kandidaten 40 Jahre alt, 13% davon sind Frauen.

10% sind alte FN-Weggenossen, 20% kommen von der RPR, 10% kommen entweder von der UDF oder von der PR, 10% kommen aus der Linken, 30% waren nie organisiert.

Ihre Berufe	
Freie Berufe	14,0 %
Händler/Handwerker	11,0 %
Betriebsbesitzer	10,5 %
Höhere Angestellte	8,0 %
Angestellte	7,0 %
Beamter	7,0 %
Beamte	6,0 %
Arbeiter	5,0 %
Pensioniertes Militär	5,0 %
Landarbeiter	4,5 %
Lehrer	3,5 %
Medizinische Berufe	2,0 %
Journalisten	1,0 %
Hausfrauen	1,0 %
Studenten	0,5 %

Aktivitäten der FN Oktober '84 bis Juni '85

Im Oktober 1984 beschließt das nordfranzösische Gericht von Amiens, daß folgende zwei Behauptungen nicht diffamierender Natur seien: „Le Pen ist ein Anhänger von Franco und Hitler“ und „Die Reden von Le Pen sind eine ständige Aufforderung zum Rassismus, Antisemitismus und Nationalsozialismus“ („Le Monde“, 2.11.84).

Ebenfalls Ende Oktober erreicht die Gesellschaft Heiliger Pius X., das Verbot von Plakaten des Films „Ave Maria“ mit einer jungen, halb nackten gekreuzigten Frau. Diese Gesellschaft wird vom Abbe Paul Aulagner geleitet, persönlicher Freund von J.-M. Le Pen.

Am 30. Oktober demonstrieren in Paris rund 1500 FN-Mitglieder und -Freunde für ein französisches Algerien. Im Dezember reist Jean-Marie Le Pen nach Italien zu MSI-Kongreß und nach Athen zu einem Treffen der Europäischen Rechten.

Im November veröffentlicht die türkische Zeitung „Gunes“ auf der Titelseite ein Interview mit Le Pen: „Wir sind bereit, zu den Waffen zu greifen, um Frankreichs Zerstörung zu verhindern... Wenn sie einen Klempner bestellen, laden sie ihn nicht gleich in ihr Bett ein. Die ausländischen Arbeiter sind für ein Land mit niedriger Geburtenrate die größte Katastrophe... Die Ausländer haben in Frankreich mehr Rechte als die Franzosen... Wir Franzosen haben das gute Recht, Ausländer zu holen und zurückzuschicken, wie es uns paßt. Unsere erste Pflicht ist die Entwicklung unseres Landes“ (12.11.84).

Am 22. November demonstrieren 1000 FN-Anhänger im 18. Pariser Arrondissement „Marchés in den Gules, Le Pen Präsident!“ Ein junger Mann

ruft ihnen aus dem Fenster zu: „Frankreich den Arschlöchern!“ Ein Dutzend FN-Demonstranten rennt daraufhin mit dem Schlachtruf ins Haus: „Die werden wir fertig machen“ („Le Monde“, 24.11.84).

Le Pen kommentiert die Umsiedlung des Schauspielers Alain Delon in die Schweiz: „Delon ist kein Soldat, ein französischer Bürger ist frei; nichts in seinem Verhalten steht dem Patriotismus entgegen. Wie Millionen anderer Franzosen erschien ihm die staatliche Bevormundung unerträglich und erdrückend“. Alain Delon selber, Jean-Marie Le Pen sei „der einzige Politiker, der den Franzosen die Wahrheit sagt, und in der Lage (ist), sowohl die Betrogenen des Sozialismus wie auch die Enttäuschten der (rechten) Opposition zu sammeln“ („Le Monde“, 22./23.11.84).

Im Dezember '84 demonstrieren im korsischen Ajaccio FN und PS gemeinsam gegen den Terrorismus.

Bei den neukaledonischen Wahlen (18.11.) erreicht die FN 6,72% der Stimmen (gegenüber 15,7% bei den EP-Wahlen). Bei Nachwahlen in Perpignan steigt die FN im ersten Wahlgang auf 21,28% der Stimmen. Der im November versammelte Nationalrat der FN beschließt:

- keine Wahlallianzen mit den übrigen rechten Parteien anläßlich der bevorstehenden Nationalwahlen,
- Gründung einer Gesellschaft namens AGRIF (Allgemeine Assoziation gegen Rassismus und für die Respektierung der französischen und christlichen Identität), deren Zielsetzung die Bekämpfung des „antifranzösischen Rassismus“ ist. Präsident Romain Marie
- Gründung zahlreicher Untersuchungskommissionen (Verteidigung, Außenpolitik, Wirtschaft, Sicherheit, Ausländerfrage etc.), unter der zentralen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

len Leitung von Bruno Goldnick, Rektor an einer der Universitätsfakultäten von Lyon (Lyon III). Ein Meeting schließt das Ganze ab. Ehrengast ist der Bürgermeister von Annecy, Ort des Geschehens. Der Bürgermeister selbst ist Mitglied der Gauchard-Partei FR.

1. benfalls im November reist Le Pen in die Schweiz. Am 26. redet er über die Werte der Rechte. auf Einladung eines „Club d'Initiative“ (Club höherer Angestellter und Betriebsleiter) aus Lausanne. Am 27. betritt er sich an einer Konferenz des „Renouveau Rhodanien“, eine katholisch-konservative Bewegung, dem Erzbischof Lefebvre nahestehend.

In Griechenland findet vom 3. bis zum 6. Dezember ein Arbeitstreffen der „Europäischen Rechte“ unter Le Pen's Präsidium statt. Am Flughafen wird Le Pen von 2000 Anhängern des ehemaligen Diktators Papadopoulos empfangen. „Papadopoulos — Le Pen“.

Le Pen hält dort eine kurze Ansprache: „Ich unterstütze sämtliche politische Gefangene, auch wenn diese Rechte sind. Ich, als alter Freund Griechenlands, behaupte, daß es der Tradition dieses Landes widerspricht: es ist das erste Mal, daß hier politische Gefangene sich seit 10 Jahren in Haft befinden.“ („Le Matin“, 4.12.84).

Am 4. Dezember demonstrieren in Athen Antifaschisten gegen Le Pen's Besuch.

Im November '84 ergibt eine Umfrage: 27% aller Franzosen stehen Le Pen's ausländerfeindlicher Kampagne wohlwollend gegenüber, 56% und dagegen. Der „typische Anhänger“ dieser Kampagne ist männlich, zwischen 35 und 65 Jahre alt, Kleinhändler, Handwerker oder Landerbeiter, und hat unsonst Sympathien für die RPR. UDI-Pariegänger sind zu 32% mit ausländerfeindlicher Politik einverstanden, PSler zu 19% und KPFler zu 15% (SOFRES-Umfrage, „Nouvel Observateur“, 14.11.).

Die LICRA (Internationale Liga gegen Rassismus und Antisemitismus) veröffentlicht eine andere Umfrage, wonach 4% aller Franzosen mit Le Pen's ausländerfeindlicher Propaganda einverstanden sind, und 22% von ihnen ziemlich einverstanden.

61% aller Befragten meinen, es gebe zu viele Ausländer in Frankreich, 85% meinen, alle arbeitslosen Ausländer müßten in ihr Heimatland zurückgeschickt werden („Quotidien de Paris“, 26.11.).

Im Dezember '84 wird im übrigen bekannt, daß Madame Le Pen sich scheiden lassen will.

In einem Interview erklärt Le Pen: „Weil ich Antisemit bin, brauche ich aber nicht Philosemit zu sein“ — ein Versprecher... („Le Matin“, 31.12.) Am 16. Dezember, beim zweiten Kantonalwahltag in Perpignan erhält die FN 43,63% der Stimmen — allerdings bei 68,23% Enthaltungen.

Roland Gaucher, Herausgeber vom „National Hebdo“, Organ der FN, beteiligt sich am 7. Medien-Kolloquium in Tokio sowie an einem Seminar in Seoul zur sowjetischen Gefahr. Das Seminar ist von „Causa Internationalis“ organisiert worden, eine von Moon-Anhängern gegründete Gesellschaft und von seinem Yusa, Bo-Hi-Pak, geleitet.

Anfang Januar beginnt der Prozeß zwischen Le Pen und der satirischen Wochenzeitschrift „Le Canard Enchaîné“. Im Juli '84 hatte „Le Canard Enchaîné“ Artikel veröffentlicht, wo Le Pen der Folterung in Algerien angeklagt wurde.

Am 11. Januar erklärt der Schauspieler Alain Delon in einer Fernsehansage, Le Pen sei „ein sowohl geistig wie physisch integrierter Franzose, mit einer wunderbaren Frau und zwei wunderbaren Töchtern, der offen ausgespricht, was viele insgeheim denken... Der einzige, der ehrlich spricht, und am Frankreichs Interessen und nicht an seine eigenen denkt.“ Auf einer Massenversammlung in Paris, im Rahmen der Wahlkampagne (Kantonalwahlen) erklärt Le Pen: „Jeder kennt die Affinitäten zwischen Linken und Terrorismus, zwischen Linken, Verbrechen und Drogen.“ Die sozialistische Macht wird sich ja hysterisieren, wird sich allendieren.“ („Le Matin“, 29.1.85).

Rund 3000 Demonstranten in Nizza am 30. Januar demonstrieren und fordern die Inhaftierung von Tjibbou, Chef der neukolonialisierenden Befreiungsbewegung FNLA; die RPR will von der Partei. Ab dem 1. Februar erscheint zweimonatlich „Der Brief von Jean-Marie Le Pen“, ein politisches und wirtschaftliches Informationsorgan (Jahresabonnement: 500 F.).

Ende Februar beginnt der Prozeß zwischen Le Pen und Liberation. Auch die Tageszeitung Liberation hatte Zeugenberichte zu Le Pen's Folterfähigkeit während des Algerienkrieges veröffentlicht (s.o.). Im April klagt Pierrette Le Pen, die in Scheidungsprozedur lebt, in einem Interview: „Ich habe physische Angst. Ich habe unglaubliche Schwierigkeiten gehabt, einen Anwalt zu finden, weil Jean-Marie viele Menschen terrorisiert. Er besitzt, wie soll ich sagen, er besitzt eine Macht über Menschen, sodaß wenige es wagen, ihm zu widerstehen. Deswegen wagten es die Anwälte nicht, mich zu verteidigen. Heute und viele Menschen völlig erstarrt, weil ich den Mut gehabt habe wegzugehen. Wenn ich heute, nach 3 Monaten Schweigen rede, ist es, weil ich es für wichtig halte, daß die Leute wissen, daß man mir das Recht frei zu sein, verweigert.“ („Evenement du Jeudi“, 3.4.85).

Die FN gründet im gleichen Zeitraum eine Gesellschaft zur Wiedereinführung der Todesstrafe (ANARAP). Zuvor, im Februar '85, haben Akmarante Chef der italienischen MSI und Le Pen eine gemeinsame Pressekonferenz zum Terrorismus abgehalten. Sie befürworten eine europäische Kooperation zur Bekämpfung des Terrorismus, die Auslieferungsbedingungen sollen revidiert werden sowie der Status der politischen Flüchtlinge.

Eine für März geplante Reise nach Genf muß abgesagt werden — der Genfer Polizeichef hat ein Le Pen Meeting verboten („Tribune de Genève“, 12.3.).

Im Mai beschließt der Nationalrat der FN: Schaffung einer Sommeruniversität, Gründung nationaler Arbeitszirkel (Frauen, aus Algerien zurückgekehrte Franzosen, die sogenannten „repatriés“), Verbreitung der sozialen Verankerung vor allem auf dem Lande, Durchführung des sieben Kongresses der FN vom 1. bis zum 3. November '85 in Versailles. Vom 10. bis zum 12. April findet in Rom eine Arbeitstagung der Gruppe der Europäischen Rechte statt. Am 10. April wird Le Pen vom Papi empfangen sowie vom damaligen Präsidenten des italienischen Senats und heutigen Staatspräsidenten Cossiga.

Das Ganze wird mit einem Meeting der MSI abgeschlossen. Vor 10000 Menschen spricht Le Pen über die „drei Hauptgefahren“: die politisch-militärische Bedrohung durch die Sowjetunion und ihre pazifistischen oder terroristischen Helfershelfer, den europäischen Geburtenrückgang sowie die moralische und gesellschaftliche Dekadenz.

Ansonsten bemüht sich Le Pen um finanzielle Unterstützung bei Omar Bongo, Präsident von Gabon. Es geht um 10 Millionen Francs, Vorgespräche haben schon stattgefunden („Le Canard Enchaîné“, 24.4.).

Faschistische und rassistische Attentate 1984

Faschistische und rassistische Attentate 1984

Diese Auflistung ist selbstredend und leider weit davon entfernt, hundertprozentig exakt zu sein.

11.2.84: Ein 44-jähriger Algerier wird im Val d'Oise (um Paris) von drei Personen erschossen, die ihm seine Beziehung zu einer Französin vorwerfen.

21.2.84: Ein PS-Abgeordneter wird in Draguignan (Südfrankreich) ange-

griffen.

7.3.84: In einer algerischen Bar in Melunmontant explodiert eine Sprengstoffladung, ein Mensch wird schwer verletzt. Bekennterschriften von der Gruppe Charles Mariel.

März '84: In der Region von Aubenas (Ardèche) wird ein tunesischer Student erschossen, zwei französische muslimische Arbeiter verprügelt.

Maghrebinische und portugiesische Arbeiter werden bei Antibes von einem Dutzend junger Männer verprügelt.

27.3.84: Einem achtjährigen marokkanischen Kind wird in Sens (Yonne) die Kehle durchgeschnitten.

April '84: Ein algerischer Angestellter wird in Manosque von 4 jungen Männern erschossen.

27.4.84: Ein Polizist verletzt in Paris einen jungen Juden.

8.7.84: Ein 14-jähriger Algerier wird in Bordeaux ermordet.

2.8.84: Ein 19-jähriger ermordet seine Vermieterin, eine 75-jährige Frau, „weil sie Juden war“, ebenfalls in Südfrankreich.

20.8.84: Ein 22-jähriger Algerier wird bei Lille erschossen. Seine Familie hat drei Stunden vorher ein Hakenkreuz aus H.I.Z. „geschenkt“ bekommen.

26.8.84: Eine 19-jährige Algerierin wird in Marseille aus einem Auto heraus angeschossen.

26.8.84: Ein 18-jähriger Algerier wird zerfetzt auf einem Bahngleis in Südfrankreich aufgefunden.

3.9.84: Ein Stößtrupp von höheren

Das zivile und militärische Hochtechnologie-Programm der westeuropäischen Staaten, Eureka, haben wir in den letzten Ausgaben des ANHANGS KAMPF vor allem unter dem Aspekt seiner militärischen Bedeutung betrachtet. In diesem Artikel erläutern wir das Verhältnis von Eureka zu dem Plan der Herausbildung eines westeuropäischen Binnenmarktes bis 1992 und der Schaffung der „Politischen Union“.

Den Plan der US-Administration, eine weltumspannende Raketenabwehr unter dem Namen SDI aufzubauen, halten wir für einen Propaganda-Coup, gehen aber zugleich davon aus, daß die gewaltigen Forschungsanstrengungen für SDI enorme technologische Fortschritte auf zivilen und militärischen Sektoren bringen werden. Die westeuropäische Bourgeoisie befürchtet, daß die US-Wirtschaft damit „Europa“ entgültig abhängt. Um dieser Entwicklung zu entgegen, beschließen namentlich Frankreich und die BRD die Anstrengungen, die Forderungen nach der Zusammenarbeit der EG-Staaten bei der Erforschung und Anwendung von Spitzentechnologien und nach einem gemeinsamen Binnenmarkt zu verwirklichen. Es hat gegenwärtig den Anschein, als würde die Mehrzahl der EG-Länder unter dem Druck der Verhältnisse diesen Weg mitbeschreiten.

Für jeden einzelnen EG-Staat gilt, was Außenminister Genscher für die BRD feststellte: „Unser Land kann den technologischen Wettbewerb mit den USA und Japan nicht allein auf sich gestellt bestehen. Wir haben dazu weder die Forschungs- und Industriekapazität noch die Größe des Marktes. Für beides brauchen wir Europa.“ Genscher's Forderungen damals (1983): 1. gemeinsame Forschungsanstrengungen „in den strategischen Bereichen der dritten industriellen Revolution“, 2. Die Schaffung harmonisierter westeuropäischer Normen, 3. gemeinsame öffentliche Beschaffungsprogramme.

Es waren genau diese Vorstellungen, die auf dem Mailänder EG-Gipfel Ende Juni dieses Jahres im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Beratungen standen. Die EG-Kommission hatte ein Weißbuch über die Herstellung eines einheitlichen Binnenmarktes bis 1992 vorgelegt, das von den Staats- und Regierungschefs zustimmend zur Kenntnis genommen wurde. Die Wirtschafts- und Finanzminister wurden beauftragt, schnellstmöglich für die Beseitigung der materiellen und technischen Schranken für den freien Warenverkehr, die „Schaffung eines freien Marktes auf dem Gebiet der Finanzdienste und des Güterverkehrs“ und die „Liberalisierung des Kapitalverkehrs“ zu sorgen. „Die zweite Dimension“ soll das Eureka-Projekt mit allen „sofort verfügbaren technischen und finanziellen Gemeinschaftsinstrumenten“ (wissenschaftliche Unterstützung, Kredite) unterstützt werden. Dabei setzen die westeuropäischen Bourgeoisien

Angestellten vertreten, mit Hacken bewaffnete Arbeiterinnen, die seit 7 Monaten ihren Betrieb besetzt hielten.

11.9.84: Das Büro der LICRA (Internationale) in Rouen wird demoliert.

13.10.84: Ein 10-jähriges senegalesisches Kind wird von einem 13-jährigen in Le Havre erschossen.

31.10.84: Auf das Büro der Freundschaftsgesellschaft der Algerier in Europa wird geschossen.

10.11.84: Türkische Arbeiter die ihren Lohn abholen wollen, werden vom Unternehmer angeschossen (in Epone, bei Paris).

Ein türkischer Arbeiter stirbt, drei weitere werden verletzt.

11.11.84: Ein 22-jähriger whiel auf eine Gruppe von Türken in einem Café in Chateaubriand (Loire). Zwei Türken sterben, drei sind verletzt.

24.11.84: 6 junge Maghrebiner werden von 40 Leuten verfolgt und geschlagen (in der Sabote-et-Loire).

27.11.84: 60 jüdische Gräber werden in Nizza geschändet.

16.12.84: Ein 21-jähriger Portugiese wird von einem Caledonier ermordet (in der Colonie).

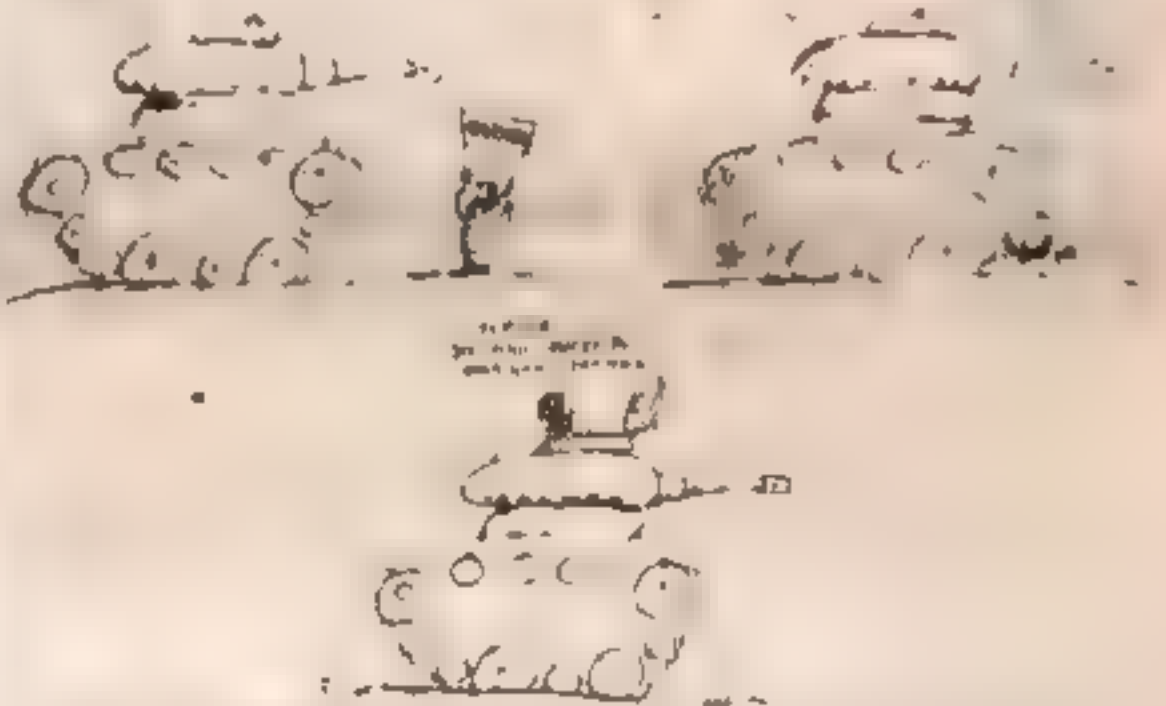
Frankreich-Kommission

Mit Eureka zur Politischen Union Westeuropas?

darauf, daß von der technologischen Zusammenarbeit Wechselwirkungen auf die Errichtung des Marktes ausgehen, da die internationale Kooperation der Monopole Fakten schaffen könne, denen die Politiker folgen müßten. Hier liegen auch noch Möglichkeiten für die weitere Ausdehnung der EG auf die skandinavischen Länder oder auf Österreich und die Schweiz, die sich ebenfalls an der Eureka-Konferenz in Paris (17./18. Juli) beteiligten.

Europäische Verteidigungsinitiative

Die Pariser Konferenz stand ganz im Zeichen politischer Einigkeit über die Durchführung des Eureka-Programms, aber Ergebnisse über die Art der genauen Finanzierung und der Arbeitsbereiche kamen nicht zustande und werden nun in Arbeitsgruppen für die nächste Konferenz im November vorbereitet. Hinweise auf die Forschungsfelder gibt es aber reichlich. Erklärtermaßen sollen für Forschungsvorhaben der Firmen Matra (Frankreich) und Norsk Data (Norwegen) über Computerentwicklung, Bull (Frankreich) und Siemens über Rechner-Großanlagen, Thomson (Frankreich), Philips (Niederlande), General Electric (Großbritannien) und Siemens über Mikroprozessoren und Aérospatiale (Frankreich) und MBB über neue Materialien Mittel aus dem Eureka-Topf beansprucht werden.



Während die Politiker im Rahmen der Pariser Konferenz übereinstimmend bemüht waren, den friedlichen Charakter des Eureka-Programms her-

französisch-deutscher Vorschlag zur Vergemeinschaftung der Außen- und Sicherheitspolitik vor. Während aber die britische Regierung sich mit einem Übereinkommen der 12 EG-Mitgliedsstaaten über die Verfestigung der Zusammenarbeit zufriedengeben wollte, streben die BRD und Frankreich auch Änderungen des EWG-Gründungsvertrages an. Dabei geht es um die Durchsetzung des „Mehrheitsprinzips“ bei EG-Entscheidungen, um weitere Exekutivbefugnisse für die EG-Kommission und mehr Rechte für das Europäische Parlament. Auf dem Mailänder Gipfel stimmten Großbritannien, Griechenland und Dänemark gegen die Einberufung einer Sonderkonferenz zur Beratung und Beschlussfassung über diese Ziele. Doch inzwischen konnte der Mailänder „Sicherheitsplan“ eingesammelt werden: Alle zwölf EG-Außenminister einigten sich am 22. Juli auf die Durchführung der Sonderkonferenz im September und setzten zwei Arbeitsgruppen zur Vorbereitung ein, an denen sich Beamte auch der Mailänder „Düssendörfer“ beteiligen werden. Inzwischen hat sich auch das EG-Parlament in die Debatte eingeschaltet. Eine große Mehrheit der Redner sprach sich demnach für ein EG-Sicherheitskonzept aus.

Es mag unter analytischen Gesichtspunkten nicht vorrangig sein, die Intensität und Geschwindigkeit des EG-Einigungsprozesses hervorzukehren, weil es selbst auf den am weitesten fortgeschrittenen Sektoren Weltraumfahrt und Rüstungspolitik (es sei auf

Während die Politiker im Rahmen der Pariser Konferenz übereinstimmend bemüht waren, den friedlichen Charakter des Eureka-Programms her-

die jüngsten Streitigkeiten um den Bau des Jagdflugzeuges der 90er Jahre verwiesen) immer wieder selbst unlösbar Widersprüche gibt. Das Hauptproblem

Während die Politiker im Rahmen der Pariser Konferenz übereinstimmend bemüht waren, den friedlichen Charakter des Eureka-Programms hervorzuheben, wird in den offiziellen Fachzeitschriften eine ganz andere Sprache gesprochen. Der Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt, Seitz, fordert in „Europa Archiv“ 13/85 vom 10. Juli die „Kombination von EUREKA und Europäischer Verteidigungsinitiative ... (als) schnellsten Weg zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Marktes“. Seitz formuliert die drei großen Ziele einer Europäischen Verteidigungsinitiative so:

— „Aufbau einer integrierten Luftabwehr (gegen Flugzeuge, Lenkflugkörper, Raketen) gemeinsam mit den Amerikanern. (...) Ein integriertes Luftabwehrsystem wäre bodengestützt und hätte militärisch wie politisch eine andere Aufgabe als das weltumspannende strategische Verteidigungssystem. (...)“

— Entwicklung „intelligenter“ Waffen, die ihre Ziele selbst suchen, und Entwicklung der Aufklärungs- und Trägersysteme für das Konzept des Follow-on-Forces-Attack (FOFA) der NATO zur weitreichenden Abwehr gegen die zweite gegnerische Staffel.

— Entwicklung eines europäischen Multipersonen-Beobachtungssatelliten

Es ist aber schon abschbar, daß man bei diesen Projekten nicht halbmachen wird. Aus Frankreich kam der von Kriegsminister Wormer prompt zustimmend aufgenommene Vorschlag, auch bei der Entwicklung von Weltraumwaffen zusammenzuarbeiten (vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 23.7.1985).

Die westeuropäische Zusammenarbeit bei der Hochtechnologie-Rüstung wird pol. auch durch die Herstellung der politischen Union unter Einfluß der Naherheitzpolitik ergänzt werden. Zu diesen Zwecken lagen dem Mailänder EG-Gipfel ein britischer und ein

die jüngsten Streitigkeiten um den Bau des Jagdflugzeuges der 90er Jahre verwiesen) immer wieder selbst unlösbar Widersprüche gibt. Das Hauptproblem liegt jedoch umgekehrt darin, daß die Bedeutung der EG-Einigung und des Eureka-Programms unterschätzt wird, woran die SPD und die DKP große „Verdienste“ haben. Wenn beispielsweise Egon Bahr sich nachhaltig für die Durchführung von Eureka starkmacht, weil es „geeignet sei, Westeuropa vor der Drittklassigkeit zu bewahren und seine Selbstbehauptung zu ermöglichen“, fördert er ebenso eurochauvinistische Tendenzen und liefert zweitens den Deckmantel für die Europäische Verteidigungsinitiative

10.



Quellen:

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin Nr. 78, 79 und 78 vom 28.8., 29.8. und 2.7.1985. H.-D. Genscher, Die technologische Herausforderung, in: Außenpolitik 1/1984, K. Seitz, SDI — Die technologische Herausforderung für Europa, in: Europa-Archiv 13/85 vom 10.7.1985, „Süddeutsche Zeitung“ und „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom Juni und Juli, Forschungsminister Riesenhuber in Hinführung zum Bau des Hochgeschwindigkeits-Rundfunks vom 20.6.1985.

KURDISTAN (Iran - Irak)

Ein Reisebericht von Jürgen Reents



Vorbemerkung: Die Reise fand auf Einladung der DEMOKRATISCHEN PARTEI KURDISTAN (PDK/I) statt. Die Einladung wurde anlässlich des Besuchs von Dr. Abdulrahman Ghassemlou, Generalsekretär der PDK/I, bei der Bundestagsfraktion der Grünen im Dezember 1984 ausgesprochen. Bei dieser Gelegenheit hatte Ghassemlou auch auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen in Hamburg gesprochen.

Ein weiterer Kontakt zur PDK/I war während der Gespräche mit den Auslandsvertretungen der verschiedenen Oppositionen Ende August 1984 in Paris entstanden (siehe damaligen Bericht).

An der jetzigen Reise haben Jürgen Reents und Ulrich Tilgner teilgenommen. Begleitet wurde die Reise außer dem von Ahmad Taheri, der für Übersetzungen zur Verfügung stand.

Die Kurden — ein unterdrücktes Volk in vier Staaten

Die Kurden sind mit 20 bis 25 Millionen Menschen das größte Volk in der heutigen Welt, das keine eigene nationale Existenz hat. Im 16. Jahrhundert wurden die von kurdischen Stämmen bewohnten Gebiete erstmalig zwischen dem Iran und dem Osmanischen Reich aufgeteilt. Nach dem Niedergang des Osmanischen Reiches Ende des 1. Weltkrieges wurde den Kurden zwar ein eigener Staat versprochen, dieses Versprechen aber nicht eingelöst.

Kurdistan ist heute zwischen den Staaten Türkei, Iran, Irak und Syrien aufgeteilt. Der relativ größte Teil der Kurden, ca. 10 Millionen Menschen, lebt in der Südosttürkei auf einer Fläche, die mit 230 000 qkm (ca. 30% der Türkei) fast die Größe der Bundesrepublik hat. Der zweitgrößte Anteil, ca. 6 Millionen, lebt in Iranisch-Kurdistan auf einer Fläche von 125 000 qkm (ca. 8% des Iran). In Iranisch-Kurdistan mit einer Fläche von 74 000 qkm (ca. 17% des Irak) leben ca. 3,5 Mio. Kurden, und auf dem relativ kleinsten kurdischen Gebiet in Syrien mit nur wenigen Tausend Quadratkilometern ca. 800 000 Kurden. Außerdem leben in der angrenzenden Sowjetunion ca. 300 000 Kurden, die vor allem während der russisch-türkischen Kriege im 19. Jahrhundert in diese Gebiete eingewandert sind. Diese Siedlungsgebiete werden allerdings nicht dem kurdischen Territorium zugerechnet, zumal die Kurden dort nirgendwo eine Bevölkerungsmehrheit stellen. In der Bundesrepublik leben ca. 300 000 Kurden, die vor allem aus Türkisch-Kurdistan kommen.

In der Geschichte des kurdischen Volkes hat es immer wieder Bemühungen zu einer nationalen Einigung des gesamten Kurdistan gegeben. Gleichzeitig haben sich die jeweiligen Zentralregierungen aber auch mit teilweise erfolgreichen einiger kurdischer Stämme und Organisationen des jeweils benachbarten Staates bedient, um sich politische und militärische Vorteile in der zwischenstaatlichen Auseinandersetzung zu verschaffen, was dann auch Spaltungen und bewaffnete Kämpfe der Kurden untereinander nach sich zog. Dies ist bis heute aktuell, vor allem in Gestalt der von Mustafa Barzani geführten irakischen PDK, die vom Khomeini-Regime unterstützt wird, an dessen Seite am iranisch-irakischen Krieg teilnimmt und auch in bewaffneter Auseinandersetzung mit der irakischen Patriotischen Union Kurdistan (PUK) steht. Die Maxime der verschiedenen Zentralregierungen ist in der Regel, die Kurden im eigenen Land zu unterdrücken, und die im benachbarten Land für eigene Machinteressen zu unterstützen.

Andererseits stehen alle Zentralregierungen der Region dem Problem gegenüber, daß die Erringung größerer Freiheitsrechte in einem Teil Kurdistan seine Auswirkungen auf die anderen kurdischen Gebiete haben kann, weshalb die staatlichen Auseinandersetzungen in dieser Region schon häufig ihre Grenze über und ihre „Lösung“ in der konzentrierten Eindämmung kurdischer Freiheitsbestrebungen gefunden haben. Dies war der Fall, als 1953 der Bagdad-Pakt zwischen Iran, Irak, Türkei und Pakistan geschlossen wurde (nach irakischem Austritt 1958 als CENTO-Pakt weitergeführt); und dies war erneut der Fall, als im März 1975 der Algier-Vertrag zur Regelung der Grenzstreitigkeiten zwischen Iran und Irak ausgehandelt wurde, der den Zusammenbruch der zuvor durch das iranische Schah-Regime unterstützten irakisch-kurdischen Barzani-Bewegung zur Folge hatte. In jüngerer Zeit sind die Verfolgung türkischer Kurden durch türkisches Militär auf iranischem und irakischem Gebiet mit Billigung der jeweiligen Regierungen, sowie das Scheitern

der Autonomie-Verhandlungen zwischen der irakischen Regierung und der irakisch-kurdischen PUK auf Druck der türkischen Regierung Beispiele „gemeinsamer Interessenswahrung“ der jeweiligen Zentralregierungen gegenüber dem kurdischen Volk. Es ist daher anzunehmen, daß eine eventuelle Beendigung des jetzigen Golfkrieges, sollte sie bei unbeschädeter Fortexistenz der zur Zeit an der Macht befindlichen Zentralregierungen von Iran und Irak zustande kommen (worauf gegenwärtig allerdings keine Aussicht ist), erneut von den Kurden der gesamten Region zu bezahlen wäre.

Die PDK/I fordert Autonomie

Entsprechend dieser Erfahrungen und der unterschiedlichen Realitäten in den betreffenden Staaten findet man heute bei den verschiedenen kurdischen Organisationen unterschiedliche Konzeptionen, die von kurdischer Autonomie in dem jeweiligen Staat, über Unabhängigkeit des betreffenden Teils Kurdistan bis zu Vorstellungen von einem staatlich vereinigten Gesamt-Kurdistan reichen. Die Demokratische Partei Kurdistan/Iran (PDK/I), die uns zu dieser Reise eingeladen hatte, vertritt als Hauptlösung: „Demokratie für Iran — Autonomie für Kurdistan“. In ihrem Programm heißt es dazu:

„Die strategische Parole der PDK/I ist, die Autonomie Iranisch-Kurdistan innerhalb eines demokratischen Irans zu erreichen. Die autonome Regierung Kurdistan soll auf dem Gebiet Iranisch-Kurdistan errichtet werden, die Grenzen Iranisch-Kurdistan sollen auf der Grundlage der historischen, geographischen und wirtschaftlichen Bedingungen, die dem Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung dieses Gebietes entsprechen, festgelegt werden. Alle Aufgaben, die mit der Außenpolitik, der nationalen Verteidigung und Wirtschaftsplan zusammenhängen, die den Iran in seiner Gesamtheit langfristig betreffen, sind das Vorrecht der Regierung des Iran. Abgesehen von diesen Aufgaben sind die kurdischen Behörden der nationalen und autonomen Regierung Kurdistan unterstellt, die Vertreter der nationalen und autonomen Regierung Kurdistan nehmen an der Durchführung der Angelegenheiten der Zentralregierung teil.“

Kurdisch wird die offizielle Sprache der nationalen und autonomen Regierung Kurdistan. Der Unterricht wird generell in Kurdisch gehalten, das sich auch gleichermaßen in den Regierungsorganen Geltung verschaffen wird. Persisch wird gleichfalls offizielle Sprache im dem autonomen Gebiet Kurdistan, es wird gleichzeitig mit Kurdisch ab dem vierten Jahr der Grundschule unterrichtet.

Die in Kurdistan lebenden nationalen Minderheiten haben die gleichen Rechte wie die kurdischen Bürger; sie genießen ihre kulturellen Rechte und ihre Kinder lernen ihre betreffenden Nationalsprachen in den Schulen. Alle Minderheiten erhalten das Recht, Zeitungen, Bücher und andere Publikationen in ihren betreffenden Sprachen zu veröffentlichen. Die Religion wird vom

Staat getrennt; die Religionsfreiheit wird allen Religionen gewährt. Rassistische und religiöse Diskriminierungen werden gesetzlich verboten (...).

Die PDK/I wurde am 16. August 1945 gegründet. Sie erreichte bereits kurz nach ihrer Gründung, am 22. Februar 1946, die Errichtung der ersten und bislang einzigen kurdischen Republik im Gebiet um Mahabad, das von den alliierten Siegermächten des 2. Weltkrieges nicht besetzt worden war. Die Republik von Mahabad, die zum Zufluchtsort und Symbol der kurdischen Unabhängigkeitsbewegungen auch in den anderen Ländern wurde, existierte jedoch nur ein knappes Jahr: im Dezember 1946 eroberte die kaiserliche iranische Armee die kleine Kurdenrepublik ohne bewaffneten Widerstand. Der Führer der Republik und PDK/I-Gründer Qazi Muhammed wurde am 30. März 1947 von der iranischen Armee in Mahabad öffentlich erhängt, gefolgt von massiven Hinrichtungen in anderen Städten Iranisch-Kurdistan.

Khomeinis Krieg gegen die Kurden

Khomeinis Krieg gegen die Kurden

Im Zusammenhang mit dem Sturz des Schah-Regimes Anfang 1979 wurden weite Teile Iranisch-Kurdistan befreit und unter Kontrolle iranisch-kurdischer Organisationen genommen. Das Khomeini-Regime setzte jedoch die Unterdrückung der Kurden fort, steigerte sie sogar noch weit über den Terror des Schah-Regimes hinaus, und ließ die Armee und die Pasdaran („Revolutionsschützer“) zum bewaffneten Kampf gegen die Kurden antreten. Dieser „andere Krieg“ Khomeinis neben dem iranisch-irakischen Krieg wird in den Medien der Bundesrepublik wie auch der meisten anderen Länder fast völlig verschwiegen. Nach Angaben des militärischen Koordinators der PDK/I für Zentral-Kurdistan/Iran, Sabar, sind in diesem Krieg bislang 3.500 Peshmergas (bewaffnete Kämpfer der kurdischen Organisationen) gefallen und weitere 30.000 Menschen aus der kurdischen Bevölkerung ums Leben gekommen, auf Seiten des Khomeini-Regimes seien in diesem Krieg 80.000 Soldaten und Pasdaran gefallen. Sabar hat 13 Jahre in der Schah-Armee gedient, zuletzt als Captain, und sich während der iranischen Revolution 1979 der PDK/I angeschlossen. Er erläuterte uns die verschiedenen Etappen in diesem Krieg, in dem das Khomeini-Regime in den ersten zweieinhalb Jahren zunächst die größeren Städte in Iranisch-Kurdistan und in den folgenden eininhalb Jahren die Hauptverbindungsstraßen und die kleineren Städte in diesem Gebiet erobert habe. Das Khomeini-Regime habe in diesem Krieg trotz seiner Grausamkeiten und Massaker unter der kurdischen Bevölkerung dennoch die weitaus größeren militärischen Verluste zu beklagen, da die Peshmergas unter dem Schutz und mit Unterstützung der Bevölkerung als Partisanen operieren wurden, und zudem in den kurdischen Bergen einen „freien Verbundeten“ gegenüber jeder regulären Armee hatten.

Der PDK/I-Generalsekretär Ghassemlou berichtete, daß das Khomeini-Regime mittlerweile in 23 Garnisonen und 2019 kleineren Stützpunkten insgesamt mehr als 150.000 Soldaten und Pasdaran in Iranisch-Kurdistan stationiert habe. Die Städte und unmittelbaren Umgebungen der Stützpunkte seien unter Kontrolle des Regimes, die Hauptverbindungsstraßen zwischen den Städten würden tagsüber von 8 bis 17 Uhr kontrolliert — mit Armeeposten von jeweils 2 bis 5 Soldaten auf Sichtweite. Dennoch könne sich das Regime in der kurdischen Bevölkerung nicht festsetzen. Wenn die Teile Iranisch-Kurdistan, die man im eigentlichen Sinne als „befreite Gebiete“ bezeichnen könne, auch relativ klein seien und im „Niemandsländ“ entlang der Grenze zum Irak liegen würden, so gebe es doch in weiteren Teilen Iranisch-Kurdistan außerhalb der größten Städte eine Art Schwebezustand. Die PDK/I habe in allen Regionen clandestin arbeitende Partisangruppen und verfüge über 21 Partisanenverbände (Hex) in Iranisch-Kurdistan, die jeweils in kleinere Einheiten untergliedert seien (Pal, Dasi, Lek). Das Regime würde seine Stützpunkte fast ausnahmslos nicht in die Dörfer, sondern auf den Spitzen der umliegenden Hügel und Berge bauen. Nachts könnten sich die Peshmergas in diesen Gebieten gut bewegen und auch in die Dörfer kommen. Die PDK/I würde den bewaffneten Kampf gegen das Khomeini-Regime nicht eskalieren und nur noch Stützpunkte und Patrouillen außerhalb der Dörfer angreifen, um Racheakte des Regimes an der Bevölkerung zu vermeiden. In einigen Gegenden gebe es eine Art stillschweigendes Nichtangriffabkommen zwischen den Peshmergas und der Armee (nicht mit den Pasdaran), weil die Armee in den Kämpfen immer verluste größere Verluste als die Peshmergas zu erleiden hatte. Dort könnten sich die Peshmergas relativ offen sogar in einigen Hundert Metern Entfernung der Militärstützpunkte bewegen, auf Sichtweite, ohne daß die Armee sie angreifen würde, aus Furcht vor Gegenschlägen. Während unserer Reise nach Iranisch-Kurdistan hinein konnten wir das bestätigen sehen.

Ghassemlou betonte uns gegenüber mit Nachdruck, daß die PDK/I für ein sofortiges Ende des iranisch-irakischen Krieges einträte, der bislang zwischen einer Dreiviertel- und einer Million Tote und Verletzte gefordert habe. Dieser Krieg sei nichts weiter als ein Verbrechen, an dessen Fortdauer das Khomeini-Regime die Schuld trage. Die Weigerung dieses Regimes, auf die Vorschläge der irakischen Regierung für einen sofortigen Waffenstillstand und einen Truppenrückzug hinter die international anerkannten Grenzen einzugehen, bezeuge, daß dieser Krieg ohne Sturz des Khomeini-Regimes nicht zu Ende gehen werde. Gleichzeitig bezeichnete Ghassemlou die irakischen Bombardierungen iranischer Städte, mit denen der Irak den Iran offensichtlich an den Verhandlungstisch bomben wollte, als ein Verbrechen. Diese Bombardierungen sind seit Mitte Juni eingestellt worden — auf Drängen der iranisch-kurdischen und der irakischen Opposition, wie uns später in Bagdad von einem Mitglied der Nationalen Führung der irakischen Ba'ath-Partei bestätigt wurde. Jüngste Äußerungen des irakischen Außenministers und Vizepremierministers Tariq Aziz lassen nichtsdestoweniger erwarten, daß der Irak diese Bombardierungen evtl. wieder aufnehmen will (Tariq Aziz in einem Brief Mitte Juli an UN-Generalsekretär Pérez de Cuellar: „Wenn die iranische Aggression fortgesetzt wird, wird der Irak alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen“).

Krieges einträte, der bislang zwischen einer Dreiviertel- und einer Million Tote und Verletzte gefordert habe. Dieser Krieg sei nichts weiter als ein Verbrechen, an dessen Fortdauer das Khomeini-Regime die Schuld trage. Die Weigerung dieses Regimes, auf die Vorschläge der irakischen Regierung für einen sofortigen Waffenstillstand und einen Truppenrückzug hinter die international anerkannten Grenzen einzugehen, bezeuge, daß dieser Krieg ohne Sturz des Khomeini-Regimes nicht zu Ende gehen werde. Gleichzeitig bezeichnete Ghassemlou die irakischen Bombardierungen iranischer Städte, mit denen der Irak den Iran offensichtlich an den Verhandlungstisch bomben wollte, als ein Verbrechen. Diese Bombardierungen sind seit Mitte Juni eingestellt worden — auf Drängen der iranisch-kurdischen und der irakischen Opposition, wie uns später in Bagdad von einem Mitglied der Nationalen Führung der irakischen Ba'ath-Partei bestätigt wurde. Jüngste Äußerungen des irakischen Außenministers und Vizepremierministers Tariq Aziz lassen nichtsdestoweniger erwarten, daß der Irak diese Bombardierungen evtl. wieder aufnehmen will (Tariq Aziz in einem Brief Mitte Juli an UN-Generalsekretär Pérez de Cuellar: „Wenn die iranische Aggression fortgesetzt wird, wird der Irak alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen“).



zen, um sein Territorium und seine Würde zu verteidigen.“ The Bagdad Observer, 21.7.85).

Ghassemlou betonte darüber hinaus, daß sich der Partisanenkampf der PDK/I von dem einiger anderer Partisanenkämpfe in der Geschichte und anderen „...“ unterscheidet. Vielfach könne man nicht ohne weiteres sagen, daß Partisanen für Frieden seien, weil sie selbst mit einem bewaffneten Kampf begonnen hätten. Das sei bei der PDK/I nicht der Fall. Sie hätten nach der iranischen Revolution nicht an Krieg gedacht, er sei ihnen aufgezwungen worden. Bei den Wahlen im Juni 1980 habe die PDK/I überall in Iranisch-Kurdistan eine überwältigende Mehrheit erhalten, in vielen Orten sogar zwischen 80 und 90%. Sie hätten sechs Monate lang mit dem Khomeini-Regime über eine Autonomie Iranisch-Kurdistan verhandelt. Das Regime habe ihnen schließlich eine „Islamische Autonomie“ angeboten, von der er nicht gewußt habe, was damit konkret gemeint sei. Dennoch habe er auf einer Massenkundgebung vor ca. 60 000 Menschen in Mahabad gesagt, die PDK/I wolle das akzeptieren, um einen Krieg zu verhindern; und dem sei von der kurdischen Bevölkerung zugestimmt worden. Aber das Khomeini-Regime habe seine Truppen nach Iranisch-Kurdistan geschickt und Massaker verübt. Ghassemlou: „Wenn wir die kleinste Möglichkeit hätten, daß wir uns politisch äußern können, würden wir keinen bewaffneten Kampf führen. Wenn wir im Iran auch nur ein Viertel der Demokratie in der Bundesrepublik hätten, würden wir den bewaffneten Kampf einstellen.“

In einem Gefängnis der PDK/I

Das Khomeini-Regime bezeichnet die PDK/I in seiner Propaganda als „Konterrevolutionäre“ und wechseltweise als „Agenten“ der USA, der Sowjetunion und des Irak — vielleicht demnachst auch als „Agenten des deutschen Imperialismus“, sagt Ghassemlou, wegen des begonnenen Kontakts zu den Grünen. Im iranischen Rundfunk wurden alle Arten von Grauelmärchen über die PDK/I verbreitet, wie ihr in die Hände fiele, dem wurden Nase und Ohren abgeschnitten. Wir besichtigten ein Lager der PDK/I, in dem sie ihre Kriegsgefangenen unterbringen.

Das Gefängnis ist wie viele Lager der PDK/I nur mit einem Fußmarsch oder mit Maultieren zu erreichen. Es macht nicht den Eindruck eines Gefängnisses: ein paar Häuser am Berghang, keine Umzäunung, zunächst auch keine Wachposten zu sehen. Später sehen wir ein paar Peshmergas vor einem der Häuser im Schatten sitzen. Eine Gruppe von Gefangenen kommt gerade von der Feldarbeit zurück, ohne Bewachung. Sie können in der Nähe der Häuser Gemüse anbauen, wenn sie wollen, und die meisten tun es. Ihre Verpflegung ist die gleiche wie die der Peshmergas, ihre Unterkünfte sind die gleichen einrichtungslosen Lehmhütten, die wir überall sehen. Niemand beklagt sich über die Behandlung in diesem Gefängnis: einige sagen, die Verpflegung sei besser als in der iranischen Armee. Die meisten sind froh, daß der Krieg für sie zu Ende ist. Sie halten z.T. Lobreden auf die PDK/I, die recht überaus wenig und übertrieben klingen — aber einige wenige setzen ebenso freimütig ihre politische Propaganda gegen die PDK/I fort und erklären, daß sie nach ihrer Freilassung wieder zur iranischen Armee und zu den Pasdaran zurückkehren wollen. Unter den Gefangenen befinden sich auch zwei Jungen im Alter von 12 Jahren, die aussagen, daß sie gefangen genommen worden seien, weil sie in einem Dorf versucht hätten, das Essen von Peshmergas zu vergiften. Sie werden nur kurze Zeit hier bleiben: ihre Eltern und benachrichtigt werden, daß sie sie wieder abholen sollen.

Die PDK/I hat mehrfach versucht, Kriegsgefangene mit dem Khomeini-Regime auszutauschen, aber das Regime sei in der Regel nicht bereit dazu. Ein Peshmerga berichtete uns von seinem Bruder, der im Kampf gegen das Khomeini-Regime gefallen sei. Seine Leiche sei anschließend von den Pasdaran mit einem Jeep mehrfach überfahren worden. Die PDK/I habe den verstümmelten Körper im Austausch gegen drei gefangene Pasdaran ausgehändigt bekommen. Die iranische Armee lasse demgegenüber nicht nur Tote, sondern auch häufig verwundete Gefangene im Kampfgebiet zurück.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Gespräch mit einem übergelaufenen Soldaten

Während unseres Aufenthaltes im Baulager der PDK/I für die Region Sar Dacht kamen zwei Peshmergas mit einem deutschen Soldaten an. Er war kein Gefangener, sondern ein Deserteur. Das PDK/I-Baulager für diese Region liegt in unmittelbarer Nähe eines Grenzflusses zwischen Iran und Irak, auf iranischer Seite. Auf dem Berg direkt über dem Lager befindet sich ein Stützpunkt der iranischen Armee. Über das Lager hinweg droht zweifelhafte Artilleriebeschüsse von naheliegender iranischer Seite und umgekehrt, sowie die Flugabwehrkanonen, sobald Flugzeuglärm zu hören ist. Angegriffen worden ist dieses Lager in dem Dreivierteljahr seiner Existenz an diesem Ort noch nicht, nur ein paar Freiläufer der Artillerie beider Seiten sind in der Nähe eingeschlagen. Der Leiter des Lagers, Salan, sagt dazu: „Runterkommen vom Berg konnten die iranischen Soldaten schon, aber sie können nicht wieder hoch. Dazu haben wir das Lager zu gut geschützt, und das wissen sie.“

Der iranische Soldat, der zu den Peshmergas übergelaufen ist, ist 21 Jahre alt. Sein Name ist Hussein. Er kommt aus Teheran und hat dort zu erst in einer kleinen Werkstatt Hunderahmen hergestellt, dann ist er in eine Fabrik gegangen. Dort konnte er aber nicht bleiben: wer keinen Militärdienst ableistet, sagt er, bekommt keine staatlichen Dokumente (Führerscheine usw.) und darf auch nicht heiraten. Das Khomeini-Regime habe den Betrieben sogar eine Schließung angedroht, die Beschäftigten ohne Militärdienst nicht an die Behörden melden würden. Hussein

Khomeini-Regime habe den Betrieben sogar eine Schließung angedroht, die Beschäftigten ohne Militärdienst nicht an die Behörden melden würden. Hussein war 7 Monate bei der Armee. Weil es in seiner Garnison zu Auseinandersetzungen zwischen Soldaten und Unteroffizieren gekommen sei, an denen er beteiligt war, sei er nach Kurdistan strafversetzt worden. Ganz Iranisch-Kurdistan gelte als „Frontgebiet“; die Soldaten bekämen dort das Zehnfache ihres sonst sehr geringen Wehrgeldes als „Frontzulage“.

In dem Stützpunkt oberhalb des PDK/I Lagers war Hussein zwei Tage. Am Morgen des 14. Juli hat er sich aus dem Stützpunkt geschlichen und ist den Berg runtergelaufen. Nach einer Stunde hat er zunächst zwei Bauern getroffen, ihnen gesagt, daß er desertiert sei, und gefragt, wo er Peshmergas treffen könne. Sie hätten ihm den Weg gezeigt. Nach weiteren ein bis zwei Stunden sei er einer Peshmerga-Patrouille begegnet und mit dem Ruf „Ich will mich ergeben“ auf sie zugegangen. Sie hätten sich umarmt und geküßt. Seine Waffe habe er im Stützpunkt gelassen, weil er Angst hatte, daß die Peshmergas auf ihn geschossen hätten, wenn er nicht sofort hätte klarmachen können, daß er geflohen sei.

Wir fragten ihn nach der Stimmung in seinem Stützpunkt und in der Armee überhaupt. Er antwortet, die Soldaten und auch viele Offiziere und Unteroffiziere hätten den Krieg satt. Wenn jemand vom politisch-ideologischen Büro der Armee in der Nähe sei, würde offen darüber gesprochen. Der Mangelkonsum habe bei den Soldaten enorm zugenommen. Wenn sie tagsüber zur Bewachung der Straßen rausgeschickt würden, herrsche schreckliche Angst. Es werde sich auch darüber unterhalten, daß einige Soldaten es geschafft hätten, abzuhauen, und es werde nicht schlecht über sie gesprochen. Das habe seinen Entschluß gestärkt, aber er habe trotzdem aus Angst niemanden eingeweiht. Das Verhältnis zwischen Armeesoldaten und Pasdaran sei sehr schlecht; die Soldaten bekämen schlechtere Verpflegung und weniger Sold als die Pasdaran, und die Pasdaran würden den Soldaten nicht trauen, weil sie wüßten, daß viele gegen den Krieg und gegen Khomeini seien.

Und die Stimmung in Teheran? Sie sei wie Dynamit, die Lunte müsse nur angezündet werden. In Teheran und anderswo hinter der Front hätten die Leute noch mehr Angst vor der inneren Repression des Regimes als vor dem Krieg. Die Lebenshaltungskosten seien enorm gestiegen; vieles, was man brauche, müsse man sich auf dem Schwarzmarkt besorgen. Die Menschen seien sehr unzufrieden und warte darauf, daß jemand aufstehe, der sie führt und das Khomeini-Regime stürzt. Er selbst habe 1979 auch an der Revolution gegen das Schah-Regime teilgenommen. Er habe mitgemacht, weil er erwartet habe, daß eine Regierung käme, die für alle da sei. Aber das Gegenteil sei eingetreten: die Situation sei schlimmer als vorher. Das Khomeini-Regime habe die Leute soweit getrieben, daß viele



Khomeini Krieg gegen die Kurden. Erschießung von Peshmergas durch „Revolutionswächter“. Während die Kameraden fallen wartet ein Peshmerga stolz auf den Tod.

sogar den Schah lieber wieder an der Macht sähen. Er selbst habe seit ungefähr 1980 gemerkt, daß das Regime gegen die Volksmassen sei, als es anfing, die Opposition zu ersticken. Er habe gesehen, wie die Hezbol'ahs („Partei Gottes“) Frauen die Kleidung ausgezogen und sie nackt auf die Straße getrieben hätten. Er sei darüber schockiert gewesen, weil das mit dem Islam nicht vereinbar sei. Im Juni 1981 seien zwei Freiläufer von ihm im Zusammenhang mit dem Sturz des damaligen Staatspräsidenten Bani Sadr erschossen worden. Das Khomeini-Regime habe dem Islam geschadet. Viele würden jetzt nicht mehr beten und fasten, und seien gegen den Islam. Er selbst sei gläubiger Moslem und meine, daß eine Regierung im Iran den Islam beachten müsse. Aber entscheidend sei, was die Bevölkerung wolle; immer mehr Menschen würden wohl dazu tendieren, daß Religion und Staat getrennt werde. Aber entscheidend sei, was die Bevölkerung wolle; immer mehr Menschen würden wohl dazu tendieren, daß Religion und Staat getrennt werden müßten, daß jeder in der Religion tun und lassen könne, was er wolle, und die Regierung keine Vorschriften machen dürfe.

Und warum ist er zu den Peshmergas der PDK/I übergelaufen? Er sei nicht Anhänger einer besonderen Oppositionsgruppe. Er meine, daß alle sich zusammenschließen müßten, um das Khomeini-Regime zu stürzen; alle, die gegen das Regime seien, auch die Monarchisten. Er sei zu den Peshmergas gegangen, weil sie hier in der Region und, und weil er hoffe, daß sie ihm helfen können, ins Ausland zu kommen. Er habe Verwandte in Schweden.

Am nächsten Tag fing Hussein an, sich um Aufräumen im Lager zu beteiligen. Er konnte sich völlig frei bewegen. Wir haben uns darüber etwas erstaunt gezeigt, weil z.T. auch Waffen griffbereit herumlagen. Uns wurde gesagt, daß ihnen nur ein einziger Fall in den vergangenen fünf bis sechs Jahren bekannt sei, wo ein iranischer Soldat offenbar mit einem Terrorauftrag „übergelaufen“ sei, im Lager dann zu einer Waffe gegriffen und auf die Peshmergas geschossen hätte. Allein in ihrer Region seien aber seit Kriegsbeginn ca. 500 iranische Soldaten übergelaufen.

„Stimme Kurdistans“

Die Flucht von Hussein wird am nächsten Tag über den Sender der PDK/I, „Stimme Kurdistans“, bekannt gegeben, desweiteren die Flucht eines Unteroffiziers in einer anderen Region. Die Soldaten der iranischen Armee sollen durch solche Meldungen erfahren, daß dies ein guter Weg ist, um dem Krieg zu entkommen. Ghassemlou sagt uns aber auch, daß die PDK/I Schwierigkeiten mit den Desertionen habe; einige der Geflohenen würden sich nach einiger Zeit den Peshmergas anschließen, aber der weitaus größte Teil wolle von der PDK/I ins Ausland gebracht werden, oft mit dem besonderen Wunsch, nicht über Bagdad rausgeschafft zu werden, da sie Angst haben, von der irakischen Armee als Kriegsgefangene festgehalten zu werden. Das übersteige häufig die Organisationsmöglichkeiten der PDK/I.

Die „Stimme Kurdistans“ sendet dreimal täglich, morgens eine Stunde nur in Kurdisch, mittags und abends je eineinhalb Stunden in Kurdisch und Farsi (Persisch). Gesendet wird auf drei Frequenzen im 75-, 62- und 49-MHz-Band mit einem 1-Kilowatt- und zwei 500-Watt-Sendern. Die beiden 500-Watt-Sender sind von der iranischen Armee erbeutet. Die Radiostation ist mehrfach in den Bergen verlegt worden, weil die iranische Armee sie immer wieder zu zerstören versucht hat. Das für Propaganda- und Informationsarbeit zuständige Politbüromitglied der PDK/I, Dr. Said, erklärt uns aber mit Stolz, daß die „Stimme Kurdistans“ in den vergangenen dreieinhalb Jahren nur einen einzigen Tag ausgefallen sei. Sorgen macht

der PDK/I aber die zu geringe Leistung ihrer Einrichtung gegenüber den Störstrahlen der Armee. In der in einen Berg hineingebauten Radiostation zeigen uns die Rundfunktechniker der PDK/I, wie sie ständig die Frequenz wechseln müssen, um vor den starken Störstrahlen auszuweichen. Dazu haben sie ein Netz von Informanten in Iranisch-Kurdistan aufgebaut, die ihnen mit Funksignalen mitteilen, wenn die „Stimme Kurdistans“ in ihrer Region nicht mehr zu empfangen ist. Wir werden gefragt, ob wir nicht helfen können, ihnen einen 10-Kilowatt-Sender zu beschaffen, mit dem sie gegen die Störstrahlen besser ankommen und der ihnen außerdem eine größere Reichweite ihrer Sendungen in den ganzen Iran hinein erlaubt.

Krankenhäuser und Rehabilitationslager

Krankenhäuser und Rehabilitationslager

Hilfe hat die PDK/I auch auf dem medizinischen Sektor sehr dringend nötig. Bei unserem Besuch im Krankenhaus von Qaziza, eines von zwei Krankenhäusern, das die PDK/I für verletzte Peshmergas eingerichtet hat, werden wir mit einer medizinischen Ausstattung konfrontiert, die in ihrer Kargheit kaum zu beschreiben ist. Die wenigen Einrichtungen, die dort zur Verfügung stehen, hat die PDK/I nach der iranischen Revolution aus einem Hospital in Mahabad bekommen. Dazu gehören zwei Behandlungszimmer, eine Operationstischplatte, ein altertümliches Röntgengerät, ein kleiner Sterilisationskocher, ein Mikroskop und eine Handpumpe für Narkosen. Dr. Morad, der medizinische Leiter dieses Krankenhauses, klagt auch über zu wenig Medikamente, vor allem gegen Salmonellen-Erkrankungen wie Darmsieber und gegen Tuberkulose. Über seinem Schreibtisch hängt ein Foto von Verwundeten, die von einem Erschießungskommando der Pasdaran hingerichtet wurden. Neben ihm betreuen noch ein Zahnmediziner und sieben Krankenschwestern die Patienten. Hin und wieder kommen französische Ärzte von „L'aid medical internationale“ und von „medicus du monde“ vorbei. Die Ärzte von „medicus du monde“ bilden Peshmergas als Ambulanzhelfer aus und haben dafür Erste-Hilfe-Rucksäcke zusammengestellt und an die PDK/I gespendet. Häufig ist diese Hilfe nicht ausreichend: Die Transporte verwundeter Peshmergas aus den Kampfgebieten auf Holzpflöcken und Maultieren dauern oft tagelang, so daß sie nicht selten unterwegs versterben. Das Krankenhaus verfügt lediglich über 18 Betten. Vortunmorgens bemühen sich Dr. Morad und die Krankenschwestern auch um eine Betreuung und Behandlung der Bevölkerung aus dem Dorf. Bei schweren Fällen versuchen sie einen Krankentransport in irakische Städte zu organisieren, nach Sulaymaniyah oder Bagdad.

Im einzigen Rehabilitationszentrum der PDK/I erkundigen wir uns über die Situation der Kriegsinvaliden. 145 waren gerade dort untergebracht. Ein Drittel davon wird wohl auf absehbare Zeit hier bleiben müssen, erklärt uns Omad, der stellvertretende Leiter dieses Lagers. In ihre Dörfer können sie nicht zurück, weil sie dem Regime fast ausnahmslos als Peshmergas bekannt seien. Viele von ihnen klammern sich deswegen an die Hoffnung, im Ausland Aufnahme zu finden und dort eine Ausbildung für Invaliden zu erhalten. Die PDK/I hat Bemühungen dazu in Schweden, Österreich und Frankreich unternommen, erreicht wurde aber noch nichts. Man hatte auch geplant, in diesem Rehabilitationslager eine Werkstatt einzurichten, aber aus Finanzmangel ist das bislang nicht geschehen. Die Invaliden vertreiben sich gegenwärtig ihre Zeit damit, daß sie lesen oder sich gegenseitig lesen und Scherben beibringen, wenn jemand Analphabet ist, oder den Bauern in der

umliegenden Gegend bei der Landarbeit helfen, soweit diese das wollen und die betreffenden Invaliden das können. Die Verpflegung in diesem Rehabilitationslager ist besser als anderswo, dessen Bewohner bekommen sechsmal in der Woche Fleisch zu essen, im politischen Hauptquartier der PDK/I gibt es zweimal pro Woche Fleisch.

Erinnerungen an Massaker

Der Sohn von Omad, Samran, ist gerade zusammen mit seinem Onkel zu Besuch bei seinem Vater. Er kommt aus Bukan, und ist 9 Tage hintereinander jeweils 6 bis 7 Stunden zu Fuß und mit dem Esel gelaufen, rund 100 km durch die iranisch-kurdischen Berge über die Grenze ins irakische Niemandland. Sein Onkel mußte den Militärbehörden im Iran garantieren, daß er ihn wieder mit zurückbringt. Verwundete aus Mahabad, Piranschar und Naqadeh berichteten uns, daß ihre Familienangehörigen teilweise nur mit einer besonderen Begründung an den iranischen Militärkontrollen vorbei über die Grenze kommen: sie sagten, sie wollten ihren Mann, Bruder, Sohn oder Vater zurückholen — und teilen den Militärbehörden nach dem Besuch mit, daß es leider nicht geklappt habe.

In einem anderen Peshmerga-Lager trafen wir Jonas, 15 Jahre, der ebenfalls seinen Vater besuchen gekommen ist. Jonas kommt aus Ghalate, einem kleinen Dorf mit 150 Familien zwischen Naqadeh und Oshnoviye, südwestlich vom Urmia-See. Jonas erzählt uns, wie Pasdaran des Mollahs Hassan 1981 ins Dorf gekommen seien und 25 Männer und eine Frau massakriert

hätten. Drei Söhne dieser Opfer seien bei ihm in der Schulkasse. Jonas berichtet, daß in den Dörfern Indoghasch, Gharna, Saruhani, Qalialer und Mohamadsha — also in der Region Mahabad/Naqadeh gelegen — 1981 und 1982 ähnliche Massaker stattgefunden hätten. Nachdem diese Region unter Kontrolle des Regimes steht, würden die Mollahs häufig in die 8. und 9. Schulklassen kommen, um Basidji (Armeefreiwillige) zu werben. Er kenne niemanden, der darauf eingegangen sei. Einige Schüler würden den Mollahs offen antworten: „Lieber werden wir Peshmergas.“ Kurdisch zu sprechen, sei in den Schulen offiziell verboten; einige Lehrer würden das dennoch dulden.

Frauenfrage

Nach unserer Rückkehr in das politische Hauptquartier der PDK/I unterhielten wir uns mit Ghassemlou über die Situation der Frauen in Kurdistan und die Behandlung der Frauenfrage in der PDK/I. In dem Bericht des Zentralkomitees an den 6. Kongreß der PDK/I im Januar 1984 hatte Ghassemlou von der „unzureichenden Teilnahme der Frauen ... an den politischen und sozialen Aktivitäten“ gesprochen und erklärt, „daß der Fortschritt jeder Bewegung von der Teilnahme der Frauen in dieser Bewegung abhängt“, was „nicht in genügendem Maße“ verwirklicht sei. Auf der Reise hat sich uns dieser Sachverhalt viel einfacher dargestellt: Soweit wir überhaupt Frauen zu Gesicht bekommen haben, waren sie am Brotbacken oder Kinderhüten. An den gemeinsamen Essen in den Lagern, zu denen sich oft 50 und mehr Leute auf großen Teppichen zusammensetzten, nahmen Frauen dann nie teil. Rahim, der verantwortliche Leiter des Provinzkomitees der PDK/I von Oshnoviye, harte uns, als wir ihn zusammensetzten, nahmen Frauen dann teil. Rahim, der verantwortliche Leiter des Provinzkomitees der PDK/I von Oshnoviye, hatte uns, als wir ihn nach dem Grund dafür fragten, geantwortet, daß die Leute zusammen essen würden, die dem Komitee angehören, und da sei keine Frau dabei. Auf die Frage, ob er sich erinnere, wann der letzte Artikel zur Frauenfrage in ihrer Zeitung veröffentlicht worden sei, und was dessen Inhalt war, antwortete er nach kurzem Nachdenken, daß in der parteiinternen Zeitung Tikashar („Aktivist“) vor ca. drei Monaten ein Artikel über die Rolle der Frauen in der kurdischen und in der vietnamesischen Revolution erschienen sei.

Ghassemlou äußerte sich grundsätzlich: Das Haupthindernis für die Emanzipation der Frauen in Iranisch-Kurdistan sei die Rückschrittlichkeit der islamischen Gesellschaft. Das zweite Hindernis seien die Männer, auch in der Partei, z.T. auch in der Parteiführung, mit ihren Vorurteilen gegenüber Frauen. Das dritte Hindernis seien die Frauen selber mit ihrer fehlenden oder geringen Bereitschaft, sich politische Rechte zu erkämpfen. Das alles seien grundsätzliche Probleme, zu denen noch zwei aktuelle Probleme hinzukämen: erstens die besondere Ideologie der islamischen Republik, die in Iran unter dem Khomeini-Regime installiert wurde, und zweitens für ihre Partei die Tatsache, daß sie sich gegenwärtig weitgehend fern der Städte aufhalten und damit fast ausschließlich den noch rückständigsten Lebensgewohnheiten des ländlichen Lebens ausgesetzt seien.

Als die PDK/I zu Beginn der iranischen Revolution noch in Mahabad unbeteiligt tätig sein konnte, habe sie eine Frauenorganisation mit 1.000 Mitgliedern gehabt. Der 4. Kongreß der Partei (1979) habe eine Frau in das 25köpfige ZK gewählt; jetzt sei keine Frau mehr darunter. Die Lösung der Frauenfrage auch in der Partei erfordere mindestens zwei bis drei Generationen. Die PDK/I habe aber einige „Gesetze“ erlassen, die für Parteimitglieder verpflichtend seien, und auf deren Beachtung die PDK/I dort, wo sie dies könne, auch außerhalb der Partei drängen würde. Dies seien: Erstens das Verbot des Frauenzwanges, d.h. der gegenseitigen Verheiratung von Schwägern durch ihre Brüder, oder, was in der islamischen Gesellschaft noch häufiger vorkomme, daß ein Vater seine Tochter verheiratet und sich dafür die Schwester des Bräutigams als Frau erkaufte. Zweitens das Verbot der Kinderverheiratung. Drittens das Verbot des Frauenkaufs. Und viertens das Verbot der Polygamie. (Rahim hatte uns erzählt, daß das Polygamie-Verbot in der Partei allerdings Ausnahmen zulasse, wenn die Frau unfruchtbar oder kranklich ist, und ihren häuslichen und ethischen Pflichten nicht nachkommen kann.)

Spendenaktion für die

Spendenaktion für die

STIMME KURDISTANS

Seit 1980 tobt ein Krieg am Golf der mittlerweile rund 1 Million Tote und Verletzte gefordert hat — ein Krieg, den der Irak begonnen hat, den der Iran nicht mehr beenden will, und an dem fast alle rüstungsliefernden Staaten verdienen, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland. Seit 1979, und verstärkt seit 1981, führt das Khomeini-Regime noch einen anderen Krieg gegen die Kurden in Iran. Die Kurden sind heute das größte Volk auf der Welt, das keine eigene nationale Existenz hat. 20 bis 25 Millionen Menschen. Rund 7 Millionen davon leben im Iran; die anderen in der Türkei, in Irak, Syrien und ein kleiner Teil in der Sowjetunion.

Das Khomeini-Regime hat Iranisch-Kurdistan seit Beginn des Krieges mit einem Netz von mehr als 2.000 Militärsstützpunkten überzogen. Die iranische Armee und die Pasdaran („Revolutionswächter“) haben im Namen des Ayatollah unzählige Massaker an der kurdischen Bevölkerung begangen. Der Terror des Khomeini-Regimes gegen die iranischen Kurden übersteigt nach allen Berichten noch den Terror, den bereits das Schah-Regime gegen die Kurden verübt hat.

Aber das Khomeini-Regime hat Iranisch-Kurdistan nicht vollständig unter seine Kontrolle bringen können. Es gibt heftigen Widerstand gegen die Besatzungstruppen des Ayatollah, in dem die Demokratische Partei Kurdistans/Iran (PDK/I) eine große Rolle spielt. Die PDK/I, die bei Wahlen in Iranisch-Kurdistan im Juni 1980 trotz massiver Behinderungen fast überall eine überwältigende Mehrheit erhalten hat, in einigen Orten sogar zwischen 80 und 90 %, fordert eine Autonomie Kurdistans in einem demokratischen Iran. Sie kämpft mit ihren Partisanen (Peshmergas) für einen Sturz des Khomeini-Regimes und für ein Ende des iranisch-irakischen Krieges. Die PDK/I ist damit auch eine zentrale Säule der gesamtiranischen Opposition gegen das Khomeini-Regime.

Die Demokratische Partei Kurdistans/Iran hat darum gebeten, ihr beim Aufbau eines besseren Radiosenders zu helfen. Sie verfügt bis ang über einen kleinen Sender in den kurdischen Bergen, den sie trotz mehrfacher Bomben- und Artillerie-Angriffe immer aufrecht erhalten konnte. Dieser Sender ist jedoch gegen den Störpunkt der iranischen Armee zu schwach und reicht nicht weit genug ins Land hinein. Die „Stimme Kurdistans“ ist eine Stimme gegen den Krieg und für die Rechte des kurdischen Volkes, in die auch der kurdischen Bevölkerung in den anderen Staaten helfen wird.

Wir bitten um Spenden auf folgenden Konto:
Sparkasse Bonn (BLZ 300 500 00)
Kto-Nr. 119.013.811
Jürgen Reppert
Stichwort: Stimme Kurdistans

Dieser Reisebericht endete mit einer Kritik aus der Sicht der PDK/I an verschiedenen anderen oppositionellen Organisationen im Iran. Wir haben den Bericht um diesen Teil gekürzt, da uns dies im Zusammenhang mit diesem Reisebericht nicht sinnvoll erschien. AK Red.



Tiefste Reaktionen ertelten die neuen Versuche einiger Länder der „Dritten Welt“, ihre Verschuldung gegenüber den imperialistischen Staaten anders als bisher zu behandeln. Anlässlich der Amtseinführung des neuen peruanischen Präsidenten García hatte dieser Ende Juli erklärt, daß Peru nunmehr nur noch 10% seiner Exporterlöse zur Begleichung seiner Auslandsschuld aufwenden wolle. Gleichzeitig forderte García, daß die betreffenden Länder mit ihren Gläubigern einen „politischen Dialog“ führen sollten. Voraussetzung hierfür sei jedoch eine weitgehende Vereinhelligkeit der betroffenen Länder Lateinamerikas. Darüberhinaus wolle Peru künftig mit seinen Gläubigern ohne Hinzuziehung des IWF verhandeln.

Im Rahmen der Feierlichkeiten in Peru unterzeichneten neben Staatspräsidenten und weiteren 11 Vertretern lateinamerikanischer Regierungen die „Deklaration von Lima“, mit der die Gläubiger Lateinamerikas höflich aufgefordert werden, u.a. bei ihren Forderungen nach Rückzahlung der Schulden zu berücksichtigen, wieviel die entsprechenden Länder über ihre Exporte einnehmen. Insgesamt hielt sich diese Erklärung jedoch bedeckt als die Äußerung der peruanischen Präsidenten. In seiner Erklärung hatte García gegen mehrere „Gesetze“ im bisherigen Schuldendiktat verstoßen. Die Willensäußerung, nur 10% der Exporterlöse für die Rückzahlung der Schulden aufzuwenden, ist ein Versuch, wenigstens teilweise eine nationalstaatliche Souveränität für Peru wiederzuerlangen. Im vergangenen Jahr hatte Peru rund 1,5 Mrd. Dollar an Zinsen gezahlt, bei einem Exporterlös von vier Mrd. Dollar das waren al-

Bezahlt wird nicht ...?! Neuer Versuch im Schulden-Dialog

so fast 40% der Exporterlöse. Andere lateinamerikanische Länder zahlen fast ihre gesamten Exporterlöse an die westlichen Industriestaaten zurück. Zum anderen ist die Forderung, ohne den IWF mit den Gläubigern zu verhandeln, für die Metropolen unannehmbar, da gerade die Teilnahme des IWF für sie der Garant ist, daß Sonderinteressen aus dem Spiel bleiben. Über den IWF wird gewährleistet, daß die Gläubiger eine einheitliche Position vertreten und nicht besondere Bedingungen gewähren, um vielleicht einen Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen.

Und dann kam Fidel...

Besonders blutig wurden die Meinungsäußerungen aus dem imperialistischen Lager, seitdem Fidel Castro sich des Themas Verschuldung angenommen hat. Im Laufe dieses Sommers organisierte Fidel Castro mehrere Konferenzen in Kuba: im Juni eine Frauenkonferenz, anschließend eine Tagung lateinamerikanischer Journalisten, so dann eine Konferenz für Gewerkschafter aus Lateinamerika und der Karibik

und Anfang August ein Treffen von Regierungsvertretern dieser Region. Auf allen diesen Treffen wurde ausgiebig über die Verschuldung und die mit ihr zusammenhängenden Probleme diskutiert und wurden verschiedene Erklärungen verabschiedet. „Fidel Castro auf Erpresserkurs“, „Castro legt die Lunte“, „Possenspiele in Havanna“ — dies sind entsprechende Überschriften in der hiesigen Presse dazu.

An der Mitte Juli organisierten Gewerkschaftskonferenz lateinamerikanischer und karibischer Arbeiter nahmen 46 nationale Gewerkschaftszusammenschlüsse, 135 berufs- oder regionalbezogene Gewerkschaften, 16 Bauernorganisationen und Bergarbeitervereinigungen teil. Insgesamt waren 330 Gewerkschaften von 9 Organisationen aus 29 lateinamerikanischen und karibischen Ländern anwesend. Die Teilnehmerliste präsentierte so ziemlich alles, was einen Namen in der linken und fortschrittlichen Gewerkschaftsbewegung dieses Erdteils hat. Von 80 Rednern — ob Frau, ob Mann — wurden die speziellen Probleme der Länder diskutiert und vielfältige Vorschläge gemacht (siehe Abschlusserklärung). In dieser Form haben sich die verschiede-

nen Fraktionen der lateinamerikanischen und karibischen Arbeiterklasse und Bauernbewegung noch nie zu einem gemeinsamen Problem geäußert, und es ist alles andere als ein Zufall, daß für diesen Versuch eine Vereinhelligkeit zu finden, die Impulse von Kuba kamen.

Ende Juli organisierte Kuba ein Treffen von Regierungsvertretern der gleichen Region zum gleichen Thema. In der Presse der Industriestaaten wurde diese Konferenz als gescheitert bewertet, da im wesentlichen keine hochkarätigen Regierungsderegierungen anwesend waren. Bolivien und Nicaragua waren durch Minister der großen Staaten durch ehemalige Regierungschefs und Minister vertreten. Auch diese Konferenz wurde mit einer ähnlichen Erklärung wie das Treffen der Gewerkschafter beendet.

Unter den Völkern Lateinamerikas und der Karibik sind die Forderungen, wie sie auf den Konferenzen in Havanna formuliert wurden, äußerst populär. Schon der argentinische Präsident Alfonsín konnte vor zwei Jahren seinen Wahlerfolg u.a. nur mit dem Versprechen erreichen, daß er in der Verschuldungsfrage dem weiteren Ausverkauf

des Landes einen Riegel vorschieben wolle. Ohne derartige Forderungen ist gegenwärtig kein Politiker Lateinamerikas mehrheitsfähig, da sich hier auch das Interesse der jeweiligen nationalen Bourgeoisien artikuliert.

Für das nächste Jahr planen einige lateinamerikanische Regierungen eine gemeinsame „Schuldenkonferenz“ in Panama. Bisher sind solche Projekte immer daran gescheitert, daß die Metropolen die Schuldnerländer gegeneinander ausspielen konnten oder sie schlecht durch massiven Druck — diplomatisch oder militärisch — von solchen Vorhaben abhielten. Die Agitation gegen die Konferenzen von Havanna zielte sicherlich auch auf diese Vorhaben ab. Die USA reagierten mit ihrer allseits bekannten Arroganz: „Wenn das Haushaltsdefizit eines einzigen Industrielandes rund zehn Prozent der Weltersparnis absorbiert, müssen andere Länder ihre Ansprüche auf die Weltersparnis reduzieren“ so sollen die Länder der „Dritten Welt“ bereits schon nicht am status quo rütteln. Stoltenberg ließ eine andere Variante erkennen, wie den betroffenen Staaten ihre eigentlichen Interessen und deren Durchsetzung erklärt werden können. Zu den Konferenzen von Havanna meinte er: „Die Schuldenkrise soll als Hebel zur Zerstörung der finanziellen und wirtschaftlichen Beziehungen möglichst vieler Länder Lateinamerikas mit den westlichen Industrienationen genutzt werden.“ So hat Fidel mal wieder das Seine dazu beigetragen, daß die Lösung eines Problems dort angestrebt ist, wo's sein sollte: in der „Politisierung des Dialogs“.

Imperialismus-Kommission

ACT OF HAVANA

Die Teilnehmer diskutierten die sehr schwere ökonomische Krise, die Lateinamerika und die Karibik besonders hart trifft, die die Nationen dieser Region in eine schlimmere Situation als während der Großen Depression in den 30ern versetzt. In Lateinamerika wuchs das Sozialprodukt 1981 nur um 1,7%, (bei in absoluten Zahlen 1982 und 1983 um ein und 3% und wuchs 1984 nur um 2,6%). Dies bedeutet, daß das Sozialprodukt pro Kopf in Lateinamerika und der Karibik unter dem Niveau der Zeit von vor zehn Jahren liegt. Die Delegierten betonten, daß es 56 Millionen Erwerbslose in Lateinamerika und der Karibik gibt. zählt man die Unterbeschäftigten hinzu, sind es 110 Millionen. 40% der lateinamerikanischen Bevölkerung leben am Rande des Existenzminimums und 30% darunter.

Aus Teilnehmerstimmen darin überein, daß die Verschuldung der schwerwiegendste Faktor für die gegenwärtige Krise ist und damit der wichtigste Faktor, der nicht nur die Krise verschärft, sondern ebenso eine ökonomische Erholung verhindert und alle Chancen für eine Entwicklung behindert. Sie unterwirft unsere Völker, und besonders die Arbeitenden, einer nicht zu ertragenden Politik, die unseren Lebensstandard kürzt und unsere Souveränität durch die wachsende Abhängigkeit von den Kreditbanken beschneidet, ebenso wie durch den IWF und die Forderungen der imperialistischen Staaten die entscheidenden Institutionen kontrollieren.

Der Prozeß der wachsenden Verschuldung Lateinamerikas und die Gründe dafür wurden von den Teilnehmern beurteilt. Sie betonten, daß diese Entwicklung im Ablauf der gegenwärtigen und ungerechten internationalen Weltwirtschaftsordnung begründet

liegt, besonders in den ungleichen Terms of Trade, die uns dazu zwingen, unsere Güter zu immer niedrigeren Preisen zu verkaufen und Importe zu immer höheren Preisen zu kaufen, was allein 1984 zu einem Verlust von 20 Mrd. Dollar führte. Andere Gesichtspunkte sind Protektionismus und Dumping, die in der eigennützigen Politik der Subventionierung von Produkten begründet sind, die nicht auf einem offenen Markt konkurrieren können, dies steht im Widerspruch zur Rhetorik über den freien Handel, die von den Regierungen der Vereinigten Staaten und der EG geführt wird. Die zusammenfassenden Ergebnisse einer hohen Zinssatz- und eines überbewerteten Dollars — die die Volkswirtschaften dieser Region zusätzliche 46 Mrd. Dollar durch erhöhte Zinszahlungen kosteten — haben eine höhere Kapitalflucht provoziert (10 Mrd. Dollar) in diesem Zeitraum und die Inflationsrate erhöht.

Die Delegierten haben die Dominanz wirtschaftlicher Kreditbanken hervorzuheben, die im Wettbewerb um die Anlage ihres Kapitals in Form von Anleihen die Normen der Bankensicherheit ignorieren haben und die Länder der Region ermuntern, sich zu verschulden, um die hohen Profite zu erlangen, die die Banken realisieren haben und noch realisieren.

Die Politik und die Leitung des IWF wurde einheitlich verurteilt: der IWF als eine Institution, die die Interessen der Kreditbanken und der Länder widerspiegelt, die ihn geschaffen haben und ihn kontrollieren (...). Der IWF hat bewiesen, daß er ein Polizist der Bankprofite und eine Institution ist, die nicht nur überwacht, sondern auch die Länder Lateinamerikas unterdrückt.

Die Teilnehmer beschreiben die laufenden Verhandlungen als eine falsche Lösung des Schuldenproblems, denn

unter den harten Bedingungen des IWF und bei laufenden hohen Kosten verlängern die Verhandlungen nur die Agonie und verstärken die Abhängigkeit unserer Länder.

Die große Mehrheit der Teilnehmer empfiehlt die Annullierung der Auslandsschulden. Andere Gewerkschaftsführer stellten Pläne für ein Moratorium vor, für sofortige Einstellung der Zahlungen oder Aufhebung der Zahlungen für eine begrenzte Zahl von Jahren — einschließlich der Zinszahlungen. Alle waren jedoch der Meinung, daß die Schulden nicht bezahlt werden können.

Die Teilnehmenden betonten, daß die Annullierung der Schulden, ein Moratorium, sofortige Aufhebung der Zahlungen oder Verschreibung für eine Zahl von Jahren unverzichtbar ist für den Prozeß der demokratischen Öffnung in dieser Region, und als folgendes Mittel, falls weiterhin Anstrengungen unternommen werden, die Schulden trotz aller Kosten einzutreiben, dies zu weitverbreiteten sozialen Unruhen führen würde aufgrund der unfähigen Situation für die Arbeitenden und die Massen insgesamt.

Außerdem gab es eine weitreichende Übereinstimmung gegenüber der Notwendigkeit, eine Verbindung zwischen der Lösung der Verschuldung und einer Neuen Internationalen Weltwirtschaftsordnung zu finden, die die UNO 1974 benannt hatte. Die Teilnehmer stimmten darin überein, daß die kurzfristige Erholung schnell erschöpft sei und wir wieder in der gleichen Situation seien oder in einer schlimmeren, wenn folgende Phänomene in Lateinamerika und der Karibik nicht ausgeschaltet würden: ungleiche Terms of Trade, unsere Länder berührender ungerechter Protektionismus, unkontrollierte Handlungen der Transnationals

ten, Geld- und Finanzmanipulationen, die zu hohen Zinssätzen und einem überbewerteten Dollar führen, u.a.m.

Die große Mehrheit unterstützte die Notwendigkeit einer starken und entschlossenen Einheit Lateinamerikas, so daß im Zusammenhang mit Aktionen gegen die Verschuldung und dem Kampf für die Errichtung einer Neuen Internationalen Weltwirtschaftsordnung ein Schritt in Richtung regionaler ökonomischer Integration getan werden kann, einer Integration, die wir als machtvollstes Instrument für eine ökonomische Entwicklung, für die Stärkung unserer Verhandlungsposition und für Anhebung des Lebensstandards der Arbeitenden und aller unserer Völker nutzen können. (...)

Die angenommenen Schritte, die die Ansichten der großen Mehrheit widerspiegeln, sind:

1. Die organisierte Arbeiterbewegung verlangt von den Regierungen der jeweiligen Länder, Schritte und Maßnahmen zu unternehmen, die zur Annullierung, zu einem Moratorium, Aufhebung oder Aufschiebung für eine Reihe von Jahren der Schuld- und Zinszahlungen führt, und daß die Regierungen Solidarität üben mit den Ländern Lateinamerikas und der Karibik, die den gleichen Standpunkt vertreten.

2. Gewerkschaften nahelegen, daß sie unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen in jedem Land, die Eingliederung der Regierungen in eine gemeinsame Front der Schuldnerländer Lateinamerikas und der Karibik unterstützen; diese Front kann als Gesprächspartner mit Privatbanken, internationalen Finanzorganisationen und den Regierungen der Gläubiger-Industrie-Länder dienen.

3. Darauf hinzuwirken, daß Arbeiter- und Bauernführer, die auf diesem Tief-

ten waren für die Organisationen, die sie repräsentieren, eine kontinuierliche Aufarbeitung des Schuldenproblems planen mit der bestmöglichen Beteiligung um eine allgemeine Position in dieser Frage und eine Kampfstrategie zu erreichen, die in jedem Land verfolgt wird.

4. Gewerkschaften und Bauernorganisationen nahelegen, daß im Kampf zur Lösung des Schuldenproblems enge Verbindungen zu folgenden anderen sozialen Kräften und deren Organisationen errichtet werden sollten: Bauern, Studenten und Jugend, Intellektuellen, Geschäftswelt, dem religiösen Bereich, Frauen, Bewohnern der Elendsviertel, Menschenrechtsgruppen und zum universitären Lehrkörper (...).

Inspiriert vom historischen Erbe aus dem Heiligen Buch der Mayas, „Laß alle aufstehen, laß alle ruhen, so daß nicht einer oder zwei von uns zurückgelassen werden“, bekräftigten die Teilnehmer der Konferenz ihren Willen zum Kampf für:

— Erstens: Die Annullierung, ein Moratorium, die sofortige Aufhebung oder unbeschränkte Verschreibung der Zahlungen der Auslandsschuld einschließlich der Zinsen!

Zweitens: Die Errichtung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung.

Drittens: Lateinamerikanische und Karibische Einheit. Fortschritt hin zu einer lateinamerikanischen und karibischen ökonomischen Integration, um die Entwicklung und Unabhängigkeit unserer Länder zu fördern!

Unterzeichnet von allen Teilnehmern
18. Juli 1985

(Korrekte Fassung der Erklärung von Havanna aus Gränna, 28. Juli 1985)

Zum 1. Mai 1985 startete die sandinistische Regierung einen „12-Punkte-Plan“ um der Wirtschaftskrise des Landes zu begegnen. Anfang Mai verkündete US-Präsident Reagan in Bonn das Wirtschaftsembargo gegen Nicaragua, dem die Sandinisten mit einem Aufruf zum „Wirtschaftlichen Aufstand“ zum 11. Juli, dem 6. Jahrestag der Revolution, antworteten.

Zwölf Aufgaben für die Arbeiterklasse und das Volk

Die Nationale Leitung der FSLN wandte sich dieses Jahr zum 1. Mai mit einer „Botschaft“ an die Arbeiterklasse und an das ganze nicaraguanische Volk. (1) Diese „Kampflinien“ nennt in 12 Punkten die vorrangigsten Aufgaben, die sich in der gegenwärtigen Situation dem Land stellen. Die einzelnen Teile sind als verbindliche Handlungsanweisungen abgefaßt, die an jedem Arbeitsplatz diskutiert und kreativ umgesetzt werden sollen. Die Stärkung der Wirtschaft gilt dabei als integraler Bestandteil der Verteidigung. Die 12 Aufgaben zielen darauf ab, daß alle Menschen, die nicht direkt an den Fronten kämpfen, sich auch in ihren jeweiligen Arbeits- und Lebensbereichen der Verteidigung verpflichtet fühlen. Die ersten beiden Punkte nennen die Notwendigkeit der Verteidigung der Revolution und rufen auf zum Muraldienst (SMP) und zur Integration in die Volksmilizen (MPS). Die weiteren Aufgaben beinhalten:

- Verpflichtung aller, auch der Großproduzenten (Appell an die „Nationale Einheit“) zur Produktionssteigerung bei Nahrungsmitteln und Exportgütern
- Gemeinsame Verantwortung für die Kinder und Familienangehörigen der Kämpfer und Gefallenen
- Übernehmen der Aufgaben der an die Front mobilisierten Arbeitskollegen
- Ausbildung und Integration der Frau in die produktive Arbeit, damit sie den Platz der im Kampf stehenden Männer einnehmen kann
- Organisation der revolutionären Nachwache und der Zivilverteidigung an den Arbeitsplätzen zur Verhinderung von Sabotageakten
- Ausweitung der freiwilligen Arbeit und unbezahlter Überstunden, um „uns auf Stand zu bringen an unserem Arbeitsplatz“
- Nachwache und der zivilen Verteidigung an den Arbeitsplätzen zur Verhinderung von Sabotageakten
- Ausweitung der freiwilligen Arbeit und unbezahlter Überstunden, um „uns auf Stand zu bringen an unserem Arbeitsplatz“
- Anheben der Arbeitsproduktivität durch effektivere Organisation und Disziplin
- Verringerung der Produktionskosten, durch Energiesparen und sorgfältigen Umgang mit Rohstoffen und Maschinen, um die Produktionspläne zu erfüllen
- Verbesserung der administrativen Kontrollen und erhöhte Wachsamkeit gegenüber Verschwendung und Veruntreuung

Die Bewegung der Erneuerer

1979 standen die Sandinisten vor dem Problem, mit wenig Geld die alten Abhängigkeiten des Landes aufzubrechen. Wie kurbelt man die wirtschaftliche Produktion an, deren technologische Basis ein 40 bis 50 Jahre alter Maschinenpark aus den USA ist. In den Jahren nach der Revolution entstanden spontane Initiativen, um mit den verfallenen Anlagen zu arbeiten. Diese Initiativen nannten sich „Erneuerer“. 1981 veranstaltete die Gewerkschaftszentrale eine Versammlung dieser Initiativen, um diese zu einer Bewegung zusammenzufassen. Diese Initiativen wurden von den Betriebsleitungen jedoch rechtlich liegen gelassen und nicht gefördert. Eine nationale Kommission zur Unterstützung wurde eingerichtet und 1984 übertrug die Regierung die Verantwortung für diese Initiativen den Betriebsleitungen. Auf Betriebsebene wurden wissenschaftlich-technische Räte mit der Aufgabe eingerichtet, viele Arbeiter für diese Bewegung zu mobilisieren und ihnen technischen Entwicklungsplan auszuarbeiten. Ziele dieses Plans sind: Importsubstitution, Nachbauen, Anpassung, Reparatur, Ausbesserung und Modernisierung der Maschinen. Dazu sorgen die Räte für Sparen und Recycling von Material und Energie, Ausbildung der Erneuerer und technische Beratung.

Korrespondenz aus Nicaragua: Sieg im Wirtschaftskrieg

— Entschieden Vorgehen gegen die „Bezahlung in Naturalien“ (B. Kassen), die unter den gegenwärtigen Bedingungen die Versorgungsschwierigkeiten und das Spekulationsvergrößern und die Inflation anheizt.

In Beantwortung auf diesen 12-Punkte-Plan fanden überall im ganzen Land Vollversammlungen in den Arbeitsschritten statt. An diesen nahmen die Gewerkschaften, Verwaltungen (Betriebsleitungen), Arbeiter, die FSLN und in einigen Fällen auch Vertreter der sandinistischen Frauenorganisation AMNLAE und der sandinistischen Jugend teil. In BARRICADA wurden täglich Beispiele publiziert, wie die Vorschläge in den Betrieben umgesetzt wurden.



Ausweitung der Kompetenzen des Innenministeriums, um effektiver gegen Spekulanten vorgehen zu können.

Die Antwort auf die Wirtschaftsblockade:
„Wir sind in der Lage, die Aggression zu besiegen!“ (2)

Die Antwort auf die Wirtschaftsblockade:
„Wir sind in der Lage, die Aggression zu besiegen!“ (2)

Nach der Verhängung der Wirtschaftsblockade durch die USA wandte sich die Revolutionsregierung und die FSLN direkt an das nicaraguanische Volk. In ihrem Kommuniqué greifen die Sandinisten auf das Konzept der „Nationalen Einheit“ zurück. Sie appellieren an alle, sich in einer großen nationalen Anstrengung der Blockade entgegenzustellen: „Diese Maßnahme schadet allen Sektoren des Landes und verlangt deshalb eine Antwort der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit.“ (2)

Für den Außenhandel sieht die FSLN einen Weg, aus der Not eine Tugend zu machen: „Wenn unser Land Isolation in vielen Bereichen abhängig war, so ist dies die Möglichkeit für uns, mit dieser Abhängigkeit zu brechen, und eine wirkliche diversifizierte und sichere internationale Zusammenarbeit aufzubauen.“ (2)

Die Sandinisten schlagen eine Kampagne vor, die die 12 Punkte des 1. Mai weiterentwickelt und konkretisiert: „der US-Boykott soll uns dazu dienen, einen inneren Prozeß der Rationalisierung und der besseren Organisation der Wirtschaft voranzutreiben. Die gesamte Bevölkerung muß mobilisiert werden, um einen aktiven Part zu übernehmen beim Sparen, Rationalisieren und Konsumgewohnheiten.“ (2) Folgende Aufgaben werden in dieser Kampagne herausgestellt:

- Aufbau eines effektiven Verteilungssystems zur gerechten Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln; Initiierung der Nahrungsmittelproduktion am Arbeitsplatz selbst, in den Gemeinden und zuhause
- Allgemeine Erhöhung der Produktionsnormen
- Sparsamer und sorgsamer Umgang mit Rohstoffen, Zwischengütern und Energie, mit Produktionsanlagen und Werkzeugen, mit Medikamenten und medizinischem Gerät
- Unterstützung der „Erneuererbewegung“ und organisierter Herstellung von Ersatzteilen und Werkzeugen

Für einzelne gesellschaftliche Bereiche werden folgende Maßnahmen genannt:

1. Im Bereich der Nahrungsmittelproduktion wird die Selbstversorgung mit

Grundnahrungsmitteln angestrebt. Dies soll erreicht werden z.B. durch Ausbau von Grundnahrungsmitteln auf den Haciendas und Fincas zur Versorgung der Arbeiter und das Anlegen von Gemüsegärten durch die Gemeinden und Privathaushalte. Ferner sollen da, wo Bewässerung möglich ist, die Exportagrobauflächen in der Trockenzeit für die Grundnahrungsmittelproduktion genutzt werden.

2. Im Versorgungsbereich geht es um gerechtere Verteilungsstrukturen und die Bekämpfung der Spekulation, z.B. durch die Aufstellung eines Konsumentenregisters, Einrichtung von Kommissariaten, d.h. Läden, die Betrieben angeschlossen sind, Aufhebung der „Bezahlung in Naturalien“ und

reigen Erfolge. Schon seit dem Sieg der Revolution war die stetige Umwälzung der Außenhandelsbeziehungen wichtiger Bestandteil der sandinistischen Wirtschaftspolitik (s. die bestehende Statistik). Nach der Verhängung der Blockade konnten bedeutende Fortschritte in der Diversifizierung des Außenhandels erzielt werden, was ein Ergebnis der externen Kundreise von Daniel Ortega und Sergio Ramirez in Europa, ein wichtiges Ergebnis sind die auf den EG-Markt umgestellten Bananenexporte.

Land	1980	1981	1982	1983	1984
USA	70,0	43,0	32,0	23,0	8,0
Westeuropa	10,0	24,0	29,0	30,0	41,0
Zentralamerika	4,0	4,0	2,0	4,0	1,0
sonst. Länder	—	—	—	3,0	1,0
Lateinamerika und Japan	0,0	29,0	37,0	40,0	50,0

Land	1980	1981	1982	1983	1984
USA	32,0	29,0	26,0	19,0	10,0
Zentralamerika	4,0	21,0	21,0	19,0	7,0
sonst. Länder	—	—	3,0	11,0	30,0
Venezuela	—	—	—	—	—
Venezuela	—	—	—	12,0	21,0
Frankreich	—	—	—	0,0	4,0
Spanien	—	—	—	1,0	2,0
Westeuropa	—	—	—	—	12,0

(alles in Prozenten, Quelle: Barricada, 6.9.85)

Aufruf zum „Wirtschaftlichen Aufstand“: Managua auf Stand bringen!

Auch die Mobilisierung für den 6. Jahrestag der Revolution lehnt sich an die im Mai gestarteten Kampagnen an. Mit dem Aufruf zum „Wirtschaftlichen Aufstand“ und dem Motto „Managua bringt sich auf Stand“ werden folgende Ziele gegeben: Garantie der militärischen Ausbildung der Bevölkerung, Verstärkung der revolutionären Nachwache, 100% Erfüllung der Produktionspläne durch Erfindungsgeist und freiwillige Arbeit, Sparsamkeit etc. Gleichzeitig kündigten die Sandinisten die Übergabe von Landtiteln für 8.000 Manzanas an die Campesinos der Region an.

70.000 Obstbäume sollen in Managua gepflanzt, Gärten angelegt und Gemüse ausgesät werden. Zudem werden Sammelaktionen für die in den Kriegszonen umgesiedelten Campesinos und große Hygienekampagnen durchgeführt. In vielen Stadtteilen Managua wurden wilde Müllhalden beseitigt. Regenabflüsse von Unrat gereinigt und öffentliche Plätze gesäubert und geschmückt.

Die „Barricada“ berichtete in den Wochen vor dem 19. Juli über die Neustrukturierung und Wiederbelebung der revolutionären Nachwache. Militärische machen nun zusätzliche Rundgänge von einer Wachgruppe zu anderen, um die Aufmerksamkeit an den strategisch wichtigen Punkten der Stadt zu verstärken. Teil dieser Kampagne gegen den Trott ist auch der spontane Besuch eines Commandantes

in der Nacht bei irgendeinem Wachposten. Am 13. Juli gab Verteidigungsminister Humberto Ortega bekannt, daß im ersten halben Jahr 1985 mehr als 200.000 Waffen aus Volk ausgegeben worden sind und daß im Falle einer Intervention die Nicaraguaner in der Lage sein würden, ihr Land Haus für Haus, Straßenzug für Straßenzug zurückzuerkämpfen (3).

Das Modell der gemischten Wirtschaft bleibt

Die drei in diesem Artikel beschriebenen Aufrufe dokumentieren den Versuch der FSLN, der durch die US-Blockade verschärften Wirtschaftskrise zu begegnen. Die Effekte dieses Versuchs liegen schwerpunktmäßig auf propagandistischer Ebene. Das sandinistische Wirtschaftsmodell der gemischten Wirtschaft wird nicht angestreift. Denkbar gewesen wäre auch eine Politik mit Verstaatlichungen, größerer Zentralisierung etc.

Aber die organisierte Unternehmerschaft bleibt trotzdem bei ihrem alten Konfrontationskurs. Die Blockade wurde von COSEP (6) weder verurteilt, noch deren negative Konsequenzen für die Wirtschaft anerkannt. Vielmehr lasteten sie präventiv die kommenden Schwierigkeiten der sandinistischen Wirtschaftspolitik an. COSEP-Vorsitzender E. Bolanos rief zum zivilen Widerstand gegen die FSLN auf, den er zum „entscheidenden“ Kampf erhebt, der auf allen Ebenen geführt werden müsse, „auch in der Produktion“ (7).

Angesichts der Tatsache, daß die devisenbringenden Exporte zu gut 80% vom privaten Sektor erwirtschaftet werden, sind die Sandinisten zu einer integrativen Politik gezwungen. Zur Zeit heißt dies konkret, daß Produktionsanreize gesetzt werden, beispielsweise wird den Großproduzenten bei Übererfüllung ihrer Produktionsziele der Überschuß zum Teil in Devisen ausgezahlt (8).

Hier wird nicht nur ein wichtiges Element des sandinistischen Wirtschaftsmodells aufgeweicht, sondern es werden auch zentrale Einflußmöglichkeiten zurückgenommen. Bislang haben sich die Sandinisten durch die Verstaatlichung der Devisenbewirtschaftung das Außenhandelsmonopol gesichert. Durch die direkte Auszahlung in Devisen kann nun vom Privatkapital dieses wichtige Instrument ökonomischer Einflußnahme durch die Regierung umgangen werden.

Auch das prätoriale Konzept der schaffung des Außenhandelsmonopol gesichert. Durch die direkte Auszahlung in Devisen kann nun vom Privatkapital dieses wichtige Instrument ökonomischer Einflußnahme durch die Regierung umgangen werden.

Auch das ursprüngliche Konzept der Agrarreform erfährt bereits seit etwa einem Jahr eine Umorientierung, die sich zur Zeit verstärkt manifestiert. Anstelle eines forcierten Ausbaus des Kooperativenmodells werden Landtitel an Einzelbauern vergeben zur privaten Bewirtschaftung. Damit erreicht die Fronte eine Stärkung ihrer sozialen Basis auf dem Land, vor allem in den Gebieten, in denen die Contrareaktivität, andererseits führt diese Maßnahme zur Schwächung der nationalen Agrarproduktion.

Abgesehen von diesen Einbrüchen kann jedoch von einer Umstrukturierung der nicaraguanischen Wirtschaft nach der Blockade nicht gesprochen werden. Der Bereich, in dem staatliche Eingriffe zugenommen haben, ist der Distributions- und Sozialbereich, d.h. die sozialen Folgen der Krise sollen aufgefangen werden. Regelmäßige Lohnerhöhungen sollen Preissteigerungen ausgleichen. Durch die Einrichtung von staatlichen Läden, die den je-

Feldzug gegen die Bezahlung in Naturalien

„Bezahlung in Naturalien“ bedeutet, daß die Arbeiter eine bestimmte Quote der Produkte ihrer Fabrik zum Vorzugspreis kaufen können. Schon unter Somoza stellte diese Art der Bezahlung einen großen Teil des Lohnes dar. Heute wirkt sich dies negativ sowohl in der Produktion als auch bei der Versorgung der Konsumenten aus. Die so erworbenen Naturalien wanderten auf den schwarzen Markt, die Händler machten Gewinne und dem offiziellen Markt und die Produkte entzogen. Andererseits konnten manche Arbeiter mit dem Verhöckern ihrer „Naturalien“ ihren Lohn um 100% steigern. Ein Beispiel: Der Arbeiter von NICARAO erhielt eine Unterhose für 43 Cordobas, auf dem Schwarzmarkt kostete sie 450 C. Oder eine Hose kostete den Arbeiter von El Triunfo 316 C., auf dem Schwarzmarkt bekommt er dafür 2.500 C. 1984 erhielten 130 Arbeiter von Triunfo 12.480 Ho-

sen und Hemden zu Bilanzpreisen, 251.450 Paar Schuhe wurden den nur 1.070 Arbeitern der Schuhindustrie ausgeteilt. Und so wurden dem öffentlichen Gesundheitsbereich ca. 196.000 Meter Gaze und 7.848 Ballen Watte entzogen, genau die Menge, die die Arbeiter von PROSAN 1984 als Naturalzahlung erhielten.

In einigen Sektoren machte diese Naturalzahlung mehr als 49% des realen Einkommens aus, und 150.000 Arbeiter in den nicht produktorientierten Industriezweigen waren von dieser Art Einkommensaufbesserung ausgeschlossen. Um diesen Teil der Produktion wieder dem normalen Markt zuzuführen, und um sowohl der Händlermoralität einiger Sektoren der Arbeiterschaft den Boden zu entziehen und der Lohngerechtigkeit vorzubauen, wurde dies Recht auf Naturalzahlung abgeschafft. (Informationen nach Barricada, 17.5.1985, 20.5.)

weiligen Arbeitsstätten direkt angeschlossen sind, versuchen die Sandinisten, den Reallohn vor der galoppierenden Inflation und der Spekulation zu retten. Diese Versorgungszentren für Arbeiter (Central de Abastecimiento de Trabajadores) bieten Grundbedarfsmittel des täglichen Lebens, Incl. Kleidung, zu staatlich festgelegten, niedrigen Preisen. Dieses Versorgungsnetz befindet sich erst im Aufbau. Auch bleibt noch offen, inwieweit es real die Konsequenzen der Wirtschaftsblockade auffangen kann. Da diese Maßnahme der Sandinisten nur im nichtproduktiven Sektor angesiedelt sind, bleiben sie im wesentlichen Symptombekämpfung. Die Wirtschaft ist und bleibt der Schwachpunkt der nicaraguanischen Revolution. Jedenfalls solange wie die Triebkräfte im privaten Bereich angesiedelt sind. Bislang

konnte die FSLN als Antwort auf die US-Blockade mit ihren Kampagnen ihre Massenbasis stärken. Der diesjährige 19. Juli war unbestreitbarer Beweis dafür. Die erste Runde ging an die Sandinisten!

U./L. Leba

Anmerkungen:
1. „Una plataforma de lucha: A organizar la defensa sobre los doce puntos“. Barricada, 3.8.85.
2. Comunicado al pueblo de Nicaragua. Somos capaces de vencer la agresión. Barricada, 11.8.85.
3. Barricada, 4.8.85.
4. Nach. envío Nr. 40, Juni 85.
5. Barricada, 17.8.85.
6. Bar, 8.8.85.
7. COSEP (Partiacioneiler und größter Unternehmervorstand des absteinenden Wahlbundes Sacaca, Juehöt p.
8. Bar, 8.8.85.
9. Bar, 31.8.85.

Leserbrief zu: »Der Kampf um die Zukunft ...« in AK 260

Der Artikel schildert aus der Sicht einer Brigadistin* die politische und ökonomische Entwicklung der Region Nueva Guinea in Südnicaragua. Wir möchten zu zwei Aspekten, die die Politik der FSLN betreffen, einige Anmerkungen machen, um dem falschen Eindruck entgegenzuwirken, den der Artikel (in seiner jetzigen Form) hervorruft!

1. Betr.: Bevölkerungs- und Frauenpolitik:

„Die Frente geht dabei weniger von den Rechten der Frauen aus, als von der Situation, daß das Land total unterbevölkert ist und ohne ein Bevölkerungswachstum eine wirtschaftliche Entwicklung nicht möglich ist.“ Die Artikelschreiberin unterstellt dabei, daß die FSLN Kinderreichtum positiv propagiert ohne Rücksicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Frau. Als Beleg nennt sie Abtreibungsverbot und Erwerbslos der Sterilisationswünsches der Frau. Tatsache ist, daß die sandinistischen Massenorganisationen, allen voran AMNLAE und die sandinistische Jugend, breite Aufklärungskampagnen über Sexualität und Verhütung gestartet haben, die jedoch auf dem Land, wegen der traditionellen Moralvorstellungen und des Einflusses der Kirche, nur schwer greifen. Selbst diese Informationskampagnen kollidieren mit der Hierarchie der katholischen Kirche, die derzeit in Nicaragua einflußreichste organisierte Oppositionskraft. Ein Vorstoß in Richtung auf Legalisierung von Abtreibung wäre politischer Selbstmord der Sandinisten.

politischer Selbstmord der Sandinisten.

Die Autorin stellt etwas als aktiv propagiertes politisches Ziel dar (Kinderreichtum wegen Unterbevölkerung contra Frauenrechte) was schlicht aktueller Ausdruck des politischen ideologischen Machtkampfes zwischen katholischer Kirche und FSLN ist.

2. Betr.: Die politische Arbeit der Frente in den ländlichen Regionen

Der Artikel kritisiert die mangelnde Präsenz der Frente im ländlichen Bereich, spricht von „Versäumnissen“, die „keine Einzelfälle“ sind: „Für viele städtisch geprägte Mitglieder der Frente spielt die Entwicklung auf dem Land nur eine untergeordnete Rolle.“

Hier liegt das gleiche Mißverständnis vor am anderen Beispiel. Die unzureichende politische Arbeit der FSLN auf dem Land ist bedauerlich und verhängnisvoll, allerdings genauso der Frente als Problem bewußt. Die Gründe dafür liegen zum einen in der Geschichte des Befreiungskampfes. Die Frente war jahrelang eine Gruppe von wenigen Kämpfern. In der schnellen Dynamik der Endoffensive, die die FSLN zu einem Guerillakrieg mit Massenbasis machte, blieb nicht die Zeit zur politisch-ideologischen Ausbildung eines breiteren Kaderstammes. Dieser Mangel macht sich heute in allen Bereichen bemerkbar. Ein weiterer Grund liegt darin, daß es angesichts des Krieges notwendig ist, die wenigen ländlichen Kader, die es gibt, im militärischen Bereich einzusetzen. Dies hat zur Konsequenz, daß die FSLN nicht in der Lage ist, die (zivilen) politischen Strukturen auf dem Land (zum Teil noch nicht einmal im städtischen Bereich) im notwendigen Umfang aufrechtzuerhalten. Diese auferzwungene Einschränkung jedoch umzuwenden ist Gegenstand der politischen Arbeit in der ländlichen Region in Humburg. Im Gegenteil: die ländliche Entwicklung — besonders in Kriegsgebieten — wird momentan in der sandinistischen Politik priorisiert. In den letzten Monaten wurde die Agrarreform (die eben nicht nur einfach Landvergabe heißt, sondern politische Mobilisierung der Campesinos einschließt) forciert vorgeantrieben. Unter dem Motto „Das Bündnis mit dem Campesino“ wurde der Comandante der Revolution Luis Carrión, Mitglied der Nationalen Leitung der FSLN, als direkter Verantwortlicher für die Kriegerregion im Norden von allen übrigen Aufgaben freigestellt.

Bei einer Einschätzung der Politik der Frente darf man den Blickwinkel, auch als Brigadistin, nicht auf Talolingo oder San Martín beschränken. Im Übrigen: daß „die Bevölkerung lang fristig (auch) auf die Seite der stärksten Bataillone stellen wird“ ist unserer Meinung nach kein allgemeines gesellschaftliches Bewegungsgesetz. Die im Text erwähnte „Baptisten-Sekte“ meint wohl die Baptisten-Kirche (die 6,5% der großen christlichen Bekenntnisse weltweit stellt. Lutheraner im Vergleich dazu 7,9%).

Mit solidarischen Grüßen aus Nicaragua libre, u./u., Leba

Anm. AK: Die angesprochene Autorin D. des oben genannten Artikels ist ein Mann.

Schwelbrand El Salvador

Die Guerilla kann derzeit den Kampf nicht für sich, und damit im Sinne des Volkes entscheiden. Aber sie schlägt zu, wenn sie will und wo sie will. Die USA kontrollieren mit ihren Überwachungsflugzeugen das Terrain, aber eine Invasion wagen sie nicht. Der Präsident Duarte schuf eine bürgerliche und regierungsfähige Mehrheit, das Militär bemüht sich um Kampfeslust und ein neues Image beim Volk, die faschistische Rechte gibt sich parlamentarisch. Wer hat denn da die Macht im Staate, fragt sich die Solidaritätsbewegung und ist rat- und tatlos.

Im Herbst 1984 glaubte die US-Regierung, den Guerilla-Krieg in El Salvador bis 1986 beenden zu können. Dazu mußten von ihrer Seite die Bedingungen geschaffen werden, das heißt damals die Aufrechterhaltung der finanziellen Unterstützung des salvadoranischen Staates durch US-Wirtschafts- und Militärhilfe. Nun, nach fast einem Jahr, lebt die Guerilla immer noch

Guerilla-Krieg

Am 20. Juni erscholl ein Kommando der PRTC (1) in San Salvador vier Marines der dortigen US-Palastwache beim Kaffeetrinken. Ronald Reagan setzte 100 000 Dollar als Belohnung für Informationen über die Beteiligten des Guerillaangriffs aus und eine FBI-Einheit sollte vor Ort kriminalistische

dor — 148 Gefangene. Im Juni drang eine Brigade der FMLN in Santa Ana ein und verdunkelte die Stadt. Der Angriff auf diese Stadt war deshalb so bemerkenswert, weil offiziell die Front der Guerilla hier als relativ schwach eingeschätzt wurde. Die Verluste der Armee bezifferte ein führendes Mitglied der FMLN für die Monate Januar und Februar diesen Jahres auf 800 Tote, Verletzte und Deserteure.

In ihrer Bilanz für das Jahr 1984 erklärte die FMLN, daß sie dem Regime über 5.000 Verluste zugefügt habe, wiederum Tote, Verletzte und Deserteure zusammengerechnet. Ein erheblicher Teil des Waffenarsenals der salvadoranischen Armee wurde zerstört, und im Oktober 84 mußte die Armee den Verlust ihres „hoffnungsvollen“ Oberkommandeurs Monterrosa hinnehmen. Dieser war mit seinem Hubschrauber in die Luft geflogen, als er unwissentlich eine Bombe beschlagnahmt hatte. Sowohl von der Guerilla als auch von der FDR, dem nichtmilitärischen Teil des Bündnisses FMLN/FDR, wurde das Jahr 1984 positiv abgeschlossen. Der Vorsitzende der FDR Unge erklärte im Januar, daß die Guerilla sich in den vergangenen Jahren vervielfacht oder versachsfacht habe und heute ein Viertel des Landes kontrolliere. 15.000 Mann Verluste habe die FMLN der Armee in den letzten vier Jahren beigebracht, das entspricht einem Drittel ihrer heutigen Truppenstärke von 45 000 Soldaten. Daß die Guerilla trotz dieser Erfolge nicht in der Lage ist, die Entscheidung zu erzwingen, ist auf die massive US-Unterstützung zurückzuführen, die jeden Hubschrauber, der abgeschossen wird, in kürzester Zeit durch einen neuen ersetzt.

Wird er den Yankees möglich sein, die Unterstützung aufrechtzuerhalten?

„Diese Tatsachen könnten sie sogar zu einer direkten Intervention von Yankee-Truppen bewegen. Auf diese Truppen sind wir vorbereitet, und wir glauben, wir müssen den Krieg auf die beschriebene Weise führen.“

... und Bombenterror

Diese Phase des Krieges in El Salvador wird von der FMLN mit der Phase des Vietnam-Krieges verglichen, als die USA dazu übergingen, eigene Truppen in Vietnam einzusetzen. Offiziell haben die USA ca. 60 Militärpersonen als Berater und Ausbilder im Land. Über die Luftaufklärung und Koordination des Krieges von Honduras aus greifen die USA selbst in den Krieg ein.

In den letzten beiden Jahren ist das salvadoranische Militär dazu übergegangen, die von der Guerilla kontrollierten Gebiete durch Bombardierungen und gezielte Truppeneinsätze zu entvölkern. Rund ein Fünftel der Bevölkerung El Salvadors ist auf der



João Ventura

Unterstützung leisten. Das Generalkommando der FMLN erklärte daraufhin u.a., daß R. Reagan sich bitte nicht beschweren solle, da er bzw. jeder in El Salvador stationierte US-Soldat ein Teil der gegen das Volk kriegsführenden Partei sei. „Der Krieg kann nicht mehr allein von den Armen geführt werden; ebenso unerträglich ist es, daß der Krieg nur auf dem Land und in den Dörfern stattfindet, während das Oberkommando, die Yankee-Berater und die Christdemokraten inmitten von Degeneration und Überfluß leben, in der Stille der Wohnviertel der Oligarchie, im scharfen Gegensatz zur Armut des Volkes, das unter den Bomben leidet.“

In der ersten Juli-Hälfte befreite die FMLN aus dem Hauptgefängnis des Landes — in der Nähe von San Salva-

Die Befreiungskräfte haben ihre Strategie in den vergangenen Monaten geändert und gingen dazu über, in kleinen Gruppen nach Guerilla-Taktik zu agieren. Während und kurz nach der Aufstandsphase in El Salvador vor fünf Jahren operierte die FMLN teilweise in Truppenstärke von 1.000 Frauen und Männern während einer Operation. In dem Maße, wie durch die US-Hilfe die Armee ausrüstungs- und finanziell am Leben gehalten wurde, mußte die FMLN erkennen, daß diese Strategie zu einem Verlust an eigenen Kräften führte, der in keinem Verhältnis zum Ergebnis stand. Desweiteren mußte die FMLN erkennen, daß die Kräfte um Duarte und die Oligarchie mittels einer brutalen Repression in der Lage waren, den Widerstand in den urbanen Regionen des Landes zu brechen. In den vergangenen fünf Jahren starben mehr als 50 000 Menschen im Bürgerkrieg, übertragen auf die Verhältnisse in der BRD hätte dies eine Zahl von über 600 000 Totes bedeutet. Deshalb ist der militärische Widerstand im vergangenen Jahr zum Guerilla-Kampf übergegangen. Grundlage dafür ist die Einschätzung, daß die FMLN einen langandauernden Zermürbungskrieg führen muß; Ziele in diesem Krieg sind die wirtschaftlichen Einrichtungen der Oligarchie und des Bürgertums um Duarte, die staatliche Infrastruktur der Städte, Angriffe auf das Militär und die US-Berater. Im März erklärte dazu der Comandante Villalobos (2): „Alle Machtdemonstrationen, die die Armee in den letzten Tagen ausgeführt hat, sind Verzweiflungsgesten, um kurzfristig einen Sieg davonzutragen.“

Wir fragen uns: Wie wird es in drei oder vier Jahren, wenn die Ebene, auf der der Krieg geführt wird, noch zugenommen haben wird, innerhalb der Armee aussehen? Wenn die politische Krise noch tiefer sein wird, wenn die Wirtschaftskrise drei- oder viermal schlimmer sein wird ... Wird in dieser Situation die Armee noch in der Lage sein, alles das überhaupt einzusetzen, was sie im Rahmen der US-Unterstützung erhält?

Flucht oder lebt in Flüchtlingslagern im benachbarten Honduras; das Ziel dieser Politik ist klar: „Die Armee hat es (...) geschafft, die soziale Basis der Guerilla in den kontrollierten Zonen drastisch zu dezimieren. Geisterdörfer wie Torola, Arambola, San Fernando, Perquin sind stumme Zeugen der brutalen Strategie der verbrannten Erde. In einem einst wirtschaftlich regen Bauerndorf von 3 000 Einwohnern wie Torola trafen wir noch eine Hand voll alter Leute, die zwischen den Trümmern leben.“ (3)

Trotz aller Versuche der Armee ein „humaneres“ Image zu verleihen ist die Armee auf dem Land für jeden unmittelbar erfahrbar eine feindliche Macht. Auch die logistische Unterstützung durch die USA verhindert nicht, wie am Beispiel des Angriffs auf die Stadt Santa Ana deutlich wurde, daß die Armee durch die Guerilla getroffen werden kann. Der Angriff auf Santa Ana vollzog sich für die Armee total überraschend. Und dies war nur möglich durch die direkte Unterstützung durch die Bevölkerung, die durch die neuen Taktiken der Armee terrorisiert wird. Der Mangel an Motivation, die strategisch wichtigen Punkte von Santa Ana zu verteidigen, war nur zu deutlich. In den Tagen nach diesem Angriff äußerten verschiedene verwundete Soldaten ihre Angst, daß sie nirgendwo auf dem Lande vor der Guerilla sicher seien. „Nirgendwo gibt es Sicherheit“, sagte einer der Soldaten. „Die muchachos sind überall. Ich wünsche, die Regierung würde wieder anfangen, mit ihnen zu reden. Das ist der einzige Weg wie es jemals aufhören wird.“ (4)

Dialog und Wahlen

Die wichtigste politische Entwicklung der letzten Jahre war für die Menschen in El Salvador der Beginn der Verhandlungen zwischen der FMLN/FDR und der Regierung Duarte. Mitte Oktober 1984 und Ende November des gleichen Jahres trafen sich Delegatio-

Leserbrief zu: »Der Kampf um die Zukunft ...« Lieber bumsen im Dunklen als schreiben im Dunklen

Vorweg: Ich finde den Artikel insgesamt ziemlich gut, weil das Leben, die gegenwärtigen Probleme dort und ihre Wurzeln beschrieben werden, weil die Bedeutung unserm Engagement dargestellt wird, ohne Illusionen zu schüren und gleichzeitig Hoffnungen zu erwecken. Dennoch, lieber D., sind Dir m. E. Fehler unterlaufen, die ich ungern einfach schlucken möchte, obwohl ich mich, da ich im Norden Nicaraguas, in „Las Segovias“, arbeite, mit den besonderen Problemen in der von Dir beschriebenen Gegend nicht auskenne.

Schönkriert hat auch regelrecht Dein Ausspruch, daß nach Sonnenuntergang beim spärlichen Licht aus Petroleumlampen „die Menschen früh ins Bett gehen und das Bumsen die einzige Freizeitbeschäftigung ist.“ Ohne die Situation der Frauen auf dem Land — und hier im Norden geht's auch früh ins Bett, meist jedoch nicht wegen des Lichts oder des Bumsens, sondern des frühen Aufstehens wegen — plötzlichen zu wollen, meine ich jedoch, daß

sich in Deiner Äußerung eine gehörige Portion Rassenismus versteckt. Fehlt nur noch die Forderung nach einer (von wem?) verordneten Geburtenkontrolle. Das es sich nicht um einen Ausrutscher handelt, beweist Du selber im selben Abschnitt: „Die Frente geht dabei weniger von den Rechten der Frau aus als von der Situation, daß das Land total unterbevölkert ist und ohne ein Bevölkerungswachstum eine wirtschaftliche Entwicklung nicht möglich ist.“ Es ist zwar als ehrenhaft anzurechnen, daß Du Dich auf die Seite der Frauen schlagst, allerdings finde ich es nicht so anständig, zu diesem Zweck die Politik der Frente in ihr Gegenteil zu verzerren. Sicher, es fehlen (männliche!) Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, nur dadurch, daß es jetzt und in naher Zukunft mehr Kinder gibt, dadurch hat das Land weder mehr Soldaten noch mehr Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, sondern das Problem der Versorgung verschärft sich dadurch noch. Da das selbst den dauerbumsenden Nicas klar ist, versuchen sie, durch struk-

tuelle Veränderungen in der Landwirtschaftsproduktion ihre Probleme anzugehen, ihrer Haltung zur Verhütung und zur Abtreibung liegen völlig andere Erwägungen zugrunde. Solkest Du mich, der hier als sterblicher Mann in der Reform Agraria arbeitet, eines Besseren belehren können, ich würde wohl schnell meine Koffer packen.

Fazit: Ich weiß nicht, ob und mit wem vom Frente Du dich über diese „Bevölkerungspolitik“ unterhalten hast, m. E. sieht der Frente jedoch gerade das Bevölkerungswachstum als Problem, wenn auch nicht aus so ehrenhaften Motiven wie Du, sondern nur aus Gründen der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrung, Wohnraum etc. Daß die Rechte der Frau auch in Nicaragua nicht immer den ihnen gebührenden Platz einnehmen, will auch ich nicht bestreiten, nur ob Dein Artikel ihnen nutzt?

Br.

Fortsetzung nächste Seite

nen der beiden Seiten. Die FMLN/PMLN präsentierte einen 29-Punkte Katalog, in dem sie u.a. die Aufklärung und Verurteilung der Verantwortlichen für die Morde an Erzbischof Romero, den vier US-amerikanischen Nonnen und den Exekutivkomitee-Mitgliedern der FDR forderten. Desweiteren forderten sie eine 30%ige Lohnerhöhung für die Arbeiter verschiedener Wirtschaftsbereiche, die Beendigung der Bombardements, Freilassung der politischen Gefangenen, freien Zugang zu den Medien und den Abzug der US-Militärberater. Duarte konnte eine umfassende und allein geschlossene Amnestie an, die bis heute nicht verwirklicht ist. Für das Volk war diese Verhandlungsrunde ein Grund zu feiern.

Für dieses Treffen hatte Duarte ausdrücklich die Billigung der US-Regierung im Lager der Oligarchie El Salvador, die im wesentlichen die rechtsradikale Strömung des politischen Spektrums bildet, gab man sich abwartend. In der Zeit zwischen den beiden Verhandlungsrunden demonstrierten an einem Tag 3 000 Menschen in San Salvador mit einem „Marsch für den

„daß die Reagan-Administration in El Salvador keine politische, sondern eine militärische Lösung sucht.“ Zu Duarte selbst äußerte derselbe Vertreter der FMLN: „Die Führung des Krieges hängt nicht von ihm ab. In El Salvador haben wir eine Regierung ohne Armee und eine Armee ohne Regierung. Wenn der Krieg nicht von Duarte abhängt, dann hängt auch der Frieden nicht von ihm ab.“ Für die nächste Zukunft setzte augenscheinlich die FMLN erneut auf ihre militärische Stärke, die bedingte, daß jede Regierung El Salvador mit ihnen verhandeln muß, soll es zu einer politischen Lösung kommen. Und zweitens hoffte die FMLN, daß — sollte sich Duarte zwischen einer durch die USA beschränkten Souveränität El Salvadors und der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Macht oder einem Bündnis mit der Opposition und dem Rauswurf der Yankees entscheiden müssen — Duarte hier als Salvadoraner handeln würde. „Unter uns Salvadoranern ist eine Lösung möglich.“

In ähnlicher Weise appellierte die FMLN/FDR in einem Kommuniqué zu den März-Wahlen an das Volk. Die

nicht viel. Insgesamt beteiligten sich an der März-Wahl nur 36% der Stimmberechtigten, und 12,5% der eingeschriebenen Wähler stimmten dazu noch mit ungültig oder enthielten sich. In absoluten Zahlen erhielt Duarte damit weniger Stimmen als in den Wahlen zuvor (mit 31/Juni 85).

Da sich an den politischen und sozialen Verhältnissen in diesem Land nichts geändert hat, liegen die Hoffnungen der Menschen in den Händen derjenigen, die für einen grundsätzlichen Wandel der Machtverhältnisse kämpfen. Die Existenz der Guerilla, ihre Überlebensmöglichkeit, die sie immer wieder unter Beweis stellt, sind ein konkreter Ausdruck und Beantwortung der Frage, wer in diesem Land die Sympathien des Volkes besitzt.

Guerillakrieg und Solidarität — Feuer und Wasser der Soli-Szene?

Innerhalb von vier Jahren sank die Beteiligung an der Solidaritätsbewegung mit dem Kampf in El Salvador auf das Niveau eines durchschnittlichen Dritt Welt Landes hinab. Auch aus der Nicaragua-Solidarität ausgegangen findet diese Solidarität mehr und mehr ein exotisches Dasein. Diese Entwicklung ist für die an diesem Land weiterhin interessierten erstaunlich und peinlich berührend zugleich. Aber abseits aller internationalistischen Moral gibt es einschlägige rationale Gründe für eine solche Entwicklung.

Auch dieser Teil der Solidarität war ein Kind der Konjunktur der Kämpfe eines Volkes. Solange der Widerstand in El Salvador die Revolution in seinem Land auf die Tagesordnung setzen konnte, genoss dieser Kampf alle lukre Sympathie. Der Gegner war klar die USA und eine rechtsradikale Oligarchie. Die Form des Kampfes — bewaffnet aber nicht von einer Partei in bolschewistischer Manier gelenkt — machte es möglich, daß viele Menschen sich problemlos solidarisierten konnten. Dazu kam noch, daß äußere brutale Repression, auch gerade gegen Vertreter der Kirche, für Menschen in der BRD eine schreckende Herausforderung war, so sehr, daß sich fortschrittliche Christen bis hin zur autonomen Szene unter einem Dach wiederfanden. Und solange Duarte von der sozialistischen Internationalen mehr geliebt als geachtet war, hatten hier auch die sozialdemokratischen Gruppierungen und Bündnisorganisationen keine Probleme. Nun nahm die Geschichte den Verlauf, den wir alle kennen.

Der Widerstand schaffte die Revolution nicht, sondern entwickelte sich sogar hin zu einer Gruppe von Menschen, die den Weg des Guerillakrieges wählten — für viele humanistisch/moralisch fühlende und denkende Menschen ein Problem, das ihnen den Zugang zur Solidarität verlegte. Duarte wurde anerkannter Staatsmann, auch von der sozialistischen Internationalen, der politische Öffnungsprozeß über Wahlen wurde dort favorisiert. Vielleicht wäre ja alles nicht so

schlimm gekommen, hätte sich nicht eine so saubere Alternative wie die Nicaragua-Solidarität angeboten. Wer sich heute in der BRD für eine Solidarität mit dem Kampf in diesem Land El Salvador einsetzt, fällt fast automatisch — Kontaktschuld könnte man nennen — unter die Unpopularität, die die FMLN/FDR erfährt. Solidaritätsarbeit in allen konjunkturellen Äußerungen entschmückt, die z.B. gegenwärtig die Nicaragua-Solidarität genießt. Der El Salvador-Solidarität droht damit ein Erstickenstod, der heute fast jeder linksradikalen Politikansatz in dieser Republik erfährt hat.

Im Laufe der letzten Monate ist jedoch eine Diskussion um die Soli-Arbeit für dieses Land entstanden, die versucht, sich dieser Konjunktur entgegenzustellen. Wesentliches Charakteristikum dieser Diskussion ist, daß in unterschiedlicher Weise versucht wird, aus der Analyse der Situation in El Salvador eine Perspektive für die Soli-Arbeit in der BRD zu entwickeln. (6) Die gegenüber bisherigen Einschätzungen abweichende Position vertritt der Aufsatz „No Future in El Salvador?“. Ausgegangen wird hier von einem „politisch wie militärisch stabilen Regime“ für die Zeit seit Anfang 1984. „Seit 1982 jedoch (im Vergleich zur FMLN/FDR, Anm. AK) ist es das Regime, das mit Wahlen, Parlamentarismus und Reformen einer hauptsächlich nur noch militärisch starken FMLN entgegentritt und damit in die politische Offensive ging.“ Die Politik der FMLN/FDR wird sodann an drei Punkten zentral kritisiert.

— „Mit der Forderung nach Dialog und Verhandlungen hat sich die FMLN/FDR in Widersprüche verwickelt, aus denen sie nicht unbeschadet hervorgehen wird. Erstens will sie sich auf der einen Seite als Alternative zum Regime präsentieren, andererseits kann sie die Regierung jedoch nicht frontal angreifen, weil sie noch auf den fahrenden Zug aufspringen will: Machtbeteiligung und gemeinsame Wahlen.“

— „Zweitens befindet sich die FMLN in dem Widerspruch, einerseits vorzugeben, für den „Frieden“ einzutreten, andererseits aber zur Gewalt zu greifen, und dabei häufig gerade die zu treffen, die sie zu vertreten hofft: Bauern, Kleinbauern, die aufgrund der massiven Bombardements von ihren Äckern vertrieben werden, kleine Händler, usw.“

— „Drittens fordert die FMLN von ihren Combatientes und von ihren Sympathisanten, daß sie ihr Leben für die Revolution einsetzen, andererseits aber nicht mehr den Sturz des Regimes anzustreben, sondern den Dialog, ihre Beteiligung an gerade dem Staatsapparat, der unverändert seit Jahrzehnten mit Gewalt herrscht.“

Da der Autor dieses Aufsatzes eine Lösung durch Verhandlungen selbst ausschließt, bliebe an sich als konsequente Forderung an die Guerilla, die Waffen abzugeben. Dieser Aufsatz mag sich um die Bearbeitung des Problems herum, daß es nicht im Belieben der Guerilla steht, will sie in ihren Mitgliedern leben und als politischer

Faktor existieren bleiben, sich in dieser Form des Kampfes zu bewegen. Durch die Anpassung an die Lage, strategisch auf das Guerilla-Konzept zu bauen, hat die FMLN/FDR das ihre getan, was in ihrer Beeinflussbarkeit liegt. Wollte man etwas an der Position zum Dialog diskutieren, so ist das wesentlichste Problem — falls es nicht blinde Agitation ist — der Glaube, Duarte könne nach dem Motto handeln „Ich kenne keine Linken und Rechten, ich kenne nur Salvadoraner.“ Obgleich fragwürdig in die Position, das Regime befände sich in einer gefährlichen Position, solange es in El Salvador zu mindest ein militärisches Patt gibt (so eine Regierung nicht alleiniger Herr der Lage ... Und sodann: In Vietnam hat die Befreiungsfront mehr als ein Dutzend Jahre mit den Yankees verhandelt, ohne daß ihre Kämpferinnen und Kämpfer irritiert waren. Daß Menschen in nennenswerter Weise aus der Guerilla „dezerlieren“ ist als Argument neu, das sollte doch zumindest etwas belegt werden.

Trotz der Tatsache, daß die FMLN/FDR den Dialog mit dem Regime, dessen Vertreter nun mal Duarte war und ist, gesucht hat, bleibt der Widerspruch zwischen den Interessen des salvadoranischen Volkes und einer wie auch immer orientierten Bourgeoisie schlagend gegenwärtig in der Konfrontation zwischen FMLN/FDR und dem Duarte-Regime nieder. Die Unterstützung Duartes in der BRD bis in sozialdemokratische Kreise hinein macht es sehr un bequem, etwas für das salvadoranische Volk zu erreichen. Aber das ist das Problem einer Politik in der BRD, und dem gilt es, sich zu stellen.

Imperialismus-Kommission

Anmerkungen/Quellen:

1. Die PRTC (Revolutionäre Partei der Mittelamerikanischen Arbeiter) ist eine der fünf militärischen Organisationen, die in der FMLN vereint sind. 1979 trat die PRTC schon einmal in die internationale Öffentlichkeit als die zwei Manager einer us-amerikanischen Firma entführte und als „Begehd der Abdruck einer Anzeige in der internationalen Presse einforderte (u.a. in der FAZ erschienen) mit dem Titel „An die Menschen der Welt“.
2. Y. Anibos, al Comandante del ERP, einer anderen Organisation der FMLN (Häufige 3.4.85).
3. Anibos, Wir beteten um auf einen langen Krieg vor. (Häufige 3.4.85).
4. Africa Asia, August 1985.
5. Idem, 28.4.85.
6. „El Salvador Krieg und Dialog“ Edition Nahua, Wuppertal 85. Zwei Aufsätze: „Wir bereiten uns ...“ auch erschienen in Konkret, August 85; „Nicht nur ein Bürgerkrieg: Neue politische Tendenzen in El Salvador“ (auch erschienen in Idem 129).

„No Future in El Salvador“, Paul Maru (md) erschienen in Idem-Info Nr. 87.

„Die Lehren aus der Geschichte El Salvadors (als kein zweites Vietnam)“ Q. Götterwald, Report zum 1. Internationalen Symposium der Grünen 1985.

Weitere Informationen sind der Reihe „Militärische Informationsdienst“ (md), dem „Idem“ und der Tagespresse entnommen.

Vielen Dank an ein widerspenstiges Komitee und an die Gedanken und Diskussionen.



Frieden“. Unmittelbar nach der ersten Verhandlungsrunde gingen die Bombardierungen der von der Guerilla kontrollierten Zonen unvermindert weiter.

Frente bekräftigte ihren Willen, den bewaffneten Kampf fortzuführen und

Frieden“. Unmittelbar nach der ersten Verhandlungsrunde gingen die Bombardierungen der von der Guerilla kontrollierten Zonen unvermindert weiter. In der Zwischenzeit äußern sich Vertreter der FDR/FMLN zum Dialog und betonen ihr ernsthaftes Interesse. Vertreter der FDR gehen sogar so weit, die Beteiligung an Wahlen in Aussicht zu stellen und einen einseitigen Waffenstillstand auszurufen.

An der zweiten Runde nimmt Duarte selber nicht mehr teil. Wie sich später herausstellte, hatte der einflussreiche Unternehmerverband ANEP sich gegen einen weiteren Dialog ausgesprochen, und die rechtsradikale ARENA-Partei setzte Duarte ebenfalls unter Druck. Auf diesem Treffen unterbreitete die Guerilla ihren Vorschlag der „Regierung der Breiten Beteiligung“. Im großen und ganzen war dies ein Versuch, die reale Einbindung der FMLN/FDR in eine Machtkoalition mit Duarte anzustreben, allgemeine und freie Wahlen auszusprechen und dem Volk freie und ungefährdete Bewegungsfreiheit zu ermöglichen. Duarte lehnt diesen Vorschlag ab, und in den kommenden Monaten werden verschiedene Anläufe der FMLN/FDR, in einen neuen Dialog zu treten, von Duarte abgewiesen, aber in der Praxis hart zurückgewiesen. Die weiteren Monate zeigten auch, daß die USA mehr an einer militärischen Lösung der Situation in El Salvador interessiert waren.

Duarte seinerseits hatte nicht die geringsten Skrupel, die Hoffnungen des Volkes auf Frieden und Eindämmung des Terrors der Armee und der rechtsradikalen Strömungen weiterhin zu nähren. Und obwohl Duarte der FMLN/FDR klar gemacht hatte, daß für sie eine Beteiligung an den Wahlen nicht in Frage käme, es sei denn, sie legten die Waffen nieder, setzten zumindest Teile des Widerstands darauf, daß Duarte nach der Wahl Ende März 85 den Dialog fortsetzen würde. „Alles deutet daraufhin, daß es nach den Wahlen ein drittes Treffen zwischen uns und der Regierung geben wird“, erklärte ein Vertreter der Verhandlungskommission der FMLN zwei Wochen nach den Wahlen gegenüber der „FAZ“ (12.4.85). „Duarte muß dem Druck der Kirche und befreundeter Regierungen, von denen einige auch mit uns befreundet sind, Rechnung tragen.“ In diesem Interview betonte der Vertreter der FMLN jedoch auch,

Frente bekräftigte ihren Willen, den bewaffneten Kampf fortzuführen und gleichzeitig den Dialog weiterhin zu suchen. „Die FMLN/FDR weiß, daß die Rettung des Vaterlandes aus dem zerstörerischen Strudel des aufgewundenen Krieges eine tiefempfundene Sehnsucht der großen Mehrheit der salvadoranischen Nation ist. Diese Sehnsucht geht quer durch die unterschiedlichsten Ideologien und wird geteilt von Millionen Patrioten verschiedener sozialer Klassen, die alle unser Vaterland unabhängig und frei sehen möchten. Wir sehen diese Sehnsucht nicht als exklusive Angelegenheit unsererseits an und deshalb reichen wir unsere offene Hand jedem, egal welcher Ideologie und Klassenzugehörigkeit, der für diese edle und unverzichtbare Ziele zu kämpfen bereit ist. Wir sind weiterhin für einen breiten Dialog, der einen möglichst großen Teil der organisierten und der individuellen Kräfte einbeziehen sollte, die diese Ziele verfolgen.“ (5)

Duarte gewann die Wahlen — für alle Beobachter überraschend. Sogar die US-Regierung war mit dem Ergebnis zufrieden. Bisher hatte sie eine Situation bevorzugt, in der die extreme Rechte mit der ARENA-Partei unter der Führung d'Abuamons einen Teil der Legislative kontrolliert, während Duarte in den exekutiven Elementen des Staates agieren sollte. Durch diese Situation konnte Duarte als „moderate“ Variante gegenüber dem Volk eine integrative Funktion erfüllen, gleichzeitig waren ihm aber bei der Politik gegenüber der Opposition nur beschränkte Freiheiten erlaubt. Leizendlich scheint der US-Regierung egal zu sein, wer dort unter ihnen die staatliche Kollaboration abgibt. Den USA geht es vornehmlich darum, daß von staatlicher Seite entschlossen der Widerstand bekämpft wird. Für die Diskussion in den USA selbst ist es sehr nützlich, wenn in El Salvador eine Situation hergestellt werden kann, die nicht durch eine außerordentliche und blinde Liquidierung des Widerstands gekennzeichnet ist. Da reicht es, wenn die Mordquote der Todesschwadronen auf nur 390 pro Monat reduziert wird, im Vergleich zur Zeit vor zwei Jahren, als monatlich über 2 000 Menschen getötet wurden.

Die Guerilla griff in den Wahlprozeß selbst nicht direkt ein. Von Wahlen in der gegenwärtigen Konstellation verspricht sich das Volk offensichtlich

Die am 9.7. in Thimpu/Bhutan aufgenommenen Friedensverhandlungen zwischen Repräsentanten der tamilischen Guerilla und singhalesischen Regierungsveteranen sind gescheitert. Die an der zweiten Friedensverhandlungsrunde beteiligten tamilischen Befreiungsorganisationen verließen am Samstag den 17.8. die Verhandlungen und kündigten die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes an, nachdem am Freitag in der im Norden Sri Lankas gelegenen Stadt Vavunja mehr als hundert tamilische Zivilisten durch Angehörige der singhalesischen Besatzungsarmee ermordet worden waren.

Die Friedensverhandlungen kamen nur aufgrund erheblichen Druckes der indischen Zentralregierung auf beide Verhandlungsparteien zustande. Die indische Regierung hatte in den letzten Monaten mehrfach erklärt, daß sie kein Interesse an der Teilung der Insel und der Bildung eines unabhängigen Tamilenstaates habe. Während Rajiv Ghandi an der Befriedung der Unabhängigkeitsbestrebungen in den indischen Bundesstaaten Punjab und in Assam mittels einer Teilaufnahmeorganisationen baute, verfolgt die indische Regierung auch für Sri Lanka eine ähnliche Lösung. Die tamilische Guerilla reagierte recht heftig auf die indischen Verhandlungsvorschläge, sie ist jedoch auch weiterhin auf die wohlwollende Duldung ihrer im südindi-

ischen Bundesstaat Tamil Nadu liegenden Ausbildungslager und Organisationsstrukturen angewiesen.

Auch ein großer Teil der tamilischen Bevölkerung in Sri Lankas Nordosten reagiert ablehnend auf den Waffenstillstand. Am 18.6., dem Beginn der Waffenruhe, blieben Geschäfte und Schulen geschlossen, und mehrere tausend Menschen demonstrierten in der Bezirkshauptstadt Jaffna und der Hafenstadt Point Pedro gegen die Aufnahme von Verhandlungen, solange die singhalesische Zentralregierung nicht den Ausnahmezustand aussetzt und die politischen Gefangenen freiläßt.

Die singhalesische Zentralregierung behandelte die Verhandlungen als eine Farce. Staatschef Jayewardene schickte nicht einmal ein offizielles Regierungsmitglied nach Bhutan, sondern sandte seinen Bruder Hector. Und der konnte keine weitergehenden Vorschläge unterbreiten als jene häufig bekannten Teilaufnahmevorschläge auf lokaler Ebene, wie sie in den jahrelangen „Aisparienkonferenzen“ bereits erfolglos verhandelt wurden.

So dienten Waffenruhe und Verhandlungen letztendlich nur der singhalesischen Zentralregierung dazu, eine Atempause für ihre im Nordosten der Insel stationierte, arg bedrängte Besatzungsarmee zu gewinnen. Sie nutzte den Verhandlungszeitraum für

intensive Waffenkäufe in China, Pakistan und Südkorea. In der Tat hat sich das militärische Kräfteverhältnis in den letzten Monaten abermals zugunsten der tamilischen Befreiungsbewegung verbessert. Am 10. April dieses Jahres gelang es vier der größten und bis dato z.T. rivalisierenden Befreiungsorganisationen sich zu vereinen, IFTK, TELO, EROS und ERPLF gründeten eine gemeinsame Befreiungsorganisation. Die durch die politische und militärische Koordination gewonnene Schlagkraft drückt sich auch in einer offensiveren Militärstrategie aus. Beschränkten sich die Aktionen der Guerilla längere Zeit darauf, Hinterhalte zu legen und Anschläge zu lancieren, so begeben sich die Guerrillaeinheiten immer öfter in die direkte bewaffnete Auseinandersetzung mit Besatzungsarmee und Polizeikräften, indem sie Stützpunktorte und Kasernen direkt angreifen.

Nach den Stellungnahmen von Rajiv Ghandi gegen ein unabhängiges Tamil Eelam stellt sich heute die Frage, ob die tamilische Revolution nicht auch zusätzlich durch Indien bedroht ist, ob Indien einen möglichen Erfolg der tamilischen Befreiungsbewegung durch eine militärische Intervention zunichte machen würde.

md., Hamburg

Sri Lanka: Tamilische Guerilla erklärt Waffenstillstand für beendet

„Eine Verstärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit und damit der konventionellen Abschreckung — der NATO ist daher ein unausweichliches Gebot der Stunde. (...) Die gegenwärtig wohl größte Chance für die Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit der NATO liegt (daher) in der Erweiterung des strategischen Ansatzes um die Option, den Gegner auch dort zu treffen, von wo sein Angriff gestartet, genährt und unterstützt wird.“ (1)

Dieser Aufforderung aus Wörners gemeinsam mit K. Würzbach (Kriegsstaatssekretär) 1982 vorgelegter „Expertentudie“ zur konventionellen Aufrüstung wollen Bundeswehr und Bundesregierung mit der im Oktober '84 vom Kabinett gebilligten „Bundeswehrplanung für die 90er Jahre“ nachkommen. Mit diesem auf (vorerst) rd. 240 Mrd. DM für die Jahre 1985 - 1997 projektierten und für BRD-Verhältnisse bisher einmalig gigantischen Programm werden Vorhaben ins Werk gesetzt, die im Rahmen des als FOFA („Follow-on-Forces-Attack“) -Konzept von der NATO beschlossenen Rogers-Plans — an dessen Erarbeitung Wörner maßgeblich beteiligt war — die Voraussetzungen für den „Angriff in die Tiefe“ auf dem „erweiterten Schlachtfeld“ schaffen sollen (2).

Bundeswehrplanung für die 90er Jahre:
RÜSTUNG ZUM ANGRIFF IN DIE TIEFE

Vorgaben

Sämtliche Forderungen der Wörner-Würzbach-Studie haben in der einen oder anderen Form Eingang in die Pläne der Kabinettsvorlage gefunden. Dies sind insbesondere:

- Nutzung moderner Technologie, um u.a. die Fähigkeit zur Bekämpfung des Feindes in der Tiefe zu verbessern.
- Entwicklung moderner Gefechtsfeldüberwachungs- und Zielaufklärungssysteme
- Einführung von moderner Streu- und Flächenmunition, von präzisionsgelenkten und selbstzielsuchenden „Abwehr“-Waffen und modernen verzugslosen Aufklärungs- und Führungssystemen
- „Substantielle Verbesserungen“ der Luft-„Verteidigung“.

Hinzu kommen Maßnahmen für Marine, Logistik und Infrastruktur sowie Sanitätswesen

Ein besonderer Schwerpunkt wurde auf den Bereich Forschung und Ent-

wicklung gelegt, der damit einen Anteil von über 3% des „Verteidigungs“-etats ausmacht (3)

Zeitlich gliedert sich die Planung in zwei Abschnitte. Während anfangs vor allem Beschaffungen der sog. Peripherie (Munition, Zusatzgeräte, u.a.) für die „Kampfwertsteigerung“ und Kampfwertverbesserung“ der zweiten Waffengeneration (Leo II, Tornado, PAH 1, Fregatten der Bremen-Klasse etc.) im Vordergrund stehen, soll ab 1990 die Einführung der dritten Waffengeneration („Leo II“, „Jäger 90“, PAH 2, Fregatte F-124 u.a.) anlaufen.

Präzisionsgesteuerte Munition und „unleugerte“ Lenkgeschosse

Will die Bundeswehr in einem Wert von mindestens 17 Mrd. DM beschaffen. Hierunter fallen auch die Systeme für den Verschuß von gelenkter und ungelenkter Submunition, z.B. die „Mehrzweckwaffe MW1“ für den Tornado mit bis zu 3,5 Tonnen verkleinertem Tochtermunition sowie das LRSOM (Luft-Luft-Rakete für Tornado) mit einer Reichweite bis zu 600 Kilometern (sog. „Abstandswaffe“). Weiterhin sollen neue Panzerabwehrraketen, der „Seezielflugkörper ANS 90“ (4) sowie Kampfdrohnen (unbemannte Kleinflugzeuge) u.a. angeschafft werden.

Im Bereich der Aufklärungs- und Führungssysteme, die eine zentrale Rolle für weitreichende offensive Kriegsführungskonzepte spielen, geht es um Ergänzung der bestehenden AWACS- und Mover-TR I-Systeme durch eine ganze Anzahl weiterer elektronischer Steuereinrichtungen, u.a. auch hier Drohnen. Projektierte Gesamtkosten: über 7 Mrd. DM

Für Logistik, Transport und Infrastruktur, zu denen Maßnahmen des noch bis 1993 laufenden NATO-Langzeitprogramms gehören, sind rd. 20 Mrd. DM veranschlagt, die neben der Anschaffung von Transportfahr- und -flugzeugen der Einrichtung von

Tochtermunition sowie das LRSOM (Luft-Luft-Rakete für Tornado) mit einer Reichweite bis zu 600 Kilometern (sog. „Abstandswaffe“). Weiterhin sollen neue Panzerabwehrraketen, der „Seezielflugkörper ANS 90“ (4) sowie Kampfdrohnen (unbemannte Kleinflugzeuge) u.a. angeschafft werden.

Im Bereich der Aufklärungs- und Führungssysteme, die eine zentrale Rolle für weitreichende offensive Kriegsführungskonzepte spielen, geht es um Ergänzung der bestehenden AWACS- und Mover-TR I-Systeme durch eine ganze Anzahl weiterer elektronischer Steuereinrichtungen, u.a. auch hier Drohnen. Projektierte Gesamtkosten: über 7 Mrd. DM

Für Logistik, Transport und Infrastruktur, zu denen Maßnahmen des noch bis 1993 laufenden NATO-Langzeitprogramms gehören, sind rd. 20 Mrd. DM veranschlagt, die neben der Anschaffung von Transportfahr- und -flugzeugen der Einrichtung von 15 000 zusätzlichen Wehrübungsplätzen bis zum Jahr 2000 dienen sollen

Neue Großprojekte

Hier sollen nur kurz die wichtigsten Projekte vorgestellt werden.

— „Jäger 90“, auf einen Stückpreis von 70 Mill. DM geplant. Davon sollten ursprünglich 250 Stück angeschafft werden, inzwischen ist nur noch von 200 bei gleichen Gesamtkosten (17,5 Mrd. DM) die Rede. Angestrebt wird ein Gemeinschaftsprojekt mit Bräun, Franzosen, Italienern und Spaniern, wobei Frankreich und Spanien jedoch aus militärtechnischen und industriepolitischen Gründen aussteigen scheinen (5). Als Aufgaben des Flugzeugs sind vorgesehen: Unterstützung der Luftabwehr und des Tornados bei seinen „Angriffen in die Tiefe“

— Modernisierung der Luftabwehr (Hawk-Raketen und Phantom-Jäger) für 4 Mrd. DM und Austausch der atomaren Nike-Herkules-Raketen durch die konventionellen Roland- und Patriot-Systeme für rd. 3 Mrd. DM. Die Patriot soll zur Anti-Raketen-Waffe weiterentwickelt werden (6). In den 90er Jahren soll auch Hawk durch ein neues „Mittleres Flugabwehraketen-system“ (Kostenpunkt: 7,5 Mrd. DM) ersetzt werden.

— Auswechslung von 65 Pershing I-Raketen durch Pershing II für 1,125 Mrd. DM im ersten Schritt. Ein zweites Los für die restlichen Raketen soll folgen. Hierbei handelt es sich um eine reichweitensreduzierte Pershing II mit Atomabwaffnung.

— Der „Mittlere Artillerie-Raketen-Werfer“ (MARS/MLRS) mit einer Reichweite von 40 - 50 Kilometern und einer Bewaffnung von 2x6 Raketen (Bombenmunitionsrakete mit 640 Bombketteln oder Anti-Panzer-Minen-Rakete mit 28 Minen), abschließbar innerhalb einer Minute. Für 200 Exemplare mit samt Bewaffnung will die Bundeswehr über 4 Mrd. DM ausgeben

— „Leopard II“, 1.800 Panzerkampfwagen 2000 (lt. „Biller“ 1200) für 10,25 Mrd. DM, zusätzlich fordert die Bundeswehr 250 Leo II zu den bereits 1.800 bis 1987 einzuführenden (7), und der Leo I sollen für 1,2 Mrd. DM

„kampfwertgesteigert“ werden. Weitere gepanzerte Kampfwagen für 13,75 Mrd. DM.

— Panzerabwehrhubschrauber 2, hiervon sind 212 Stück mit einem Gesamtpreis von 3,4 Mrd. DM vorgesehen.

— Bei den Kraftfahrzeugen sollen bis Ende der 80er Jahre 50.000 der Gewichtsklassen 2 und 3 Tonnas beschafft werden, zusätzlich Tankfahrzeuge und ab 1990 Folgebedarf für über 9 Mrd. DM

— Die Marine erhält u.a. neue Kampfhubschrauber und U-Boot-Abwehr-Flugzeuge, modernere U-Boote, Fregatten und weitere kleinere Schiffe (Gesamtkosten ca. 13 Mrd. DM) (8)

Personalplanung

Weiterhin befaßt sich der Bundeswehr-Aufrüstungsplan mit der Struktur- und Personalplanung, aufbauend auf den Vorschlägen der Bundeswehrplanungskommission von 1982 (9). Ausgehend von der Notwendigkeit eines Friedensumfangs der Bundeswehr von 495.000 Soldaten bei nur noch geringfügigem Spielraum für weitere Kaderung rechnet der Kriegsminister aufgrund des Geburtenrückganges mit einem „Fehl“ von ca. 100.000 Wehrpflichtigen bis zum Jahre 1994. Bis Ende der 90er Jahre wird gar eine Reduktion der Bundeswehr auf knapp 300.000 Mann vorhergesagt. Als Gegenmaßnahmen sind geplant:

— weitere „finanzielle Anreize“ für Längerdienst, um ca. 15.000 Stellen zu besetzen;

— ab 1986: Erhöhung des Freiwilligen Anteils von 10% auf 12,5% eines Geburtenjahrganges, Verlängerung der durchschnittlichen Verpflichtungszeit von 7,4 auf 8,8 Jahre mit dem Ziel, 27.000 Längerdienstler zusätzlich zu gewinnen;

Fortsetzung nächste Seite

30. Geburtstag der Bundeswehr:
1000 Festlichkeiten der Militaristen!



30. Geburtstag der Bundeswehr:
1000 Festlichkeiten der Militaristen!



Gelöbnisfeier 6. Mai 1980 in Bremen

Anfang Mai wurden Feierlichkeiten aus Anlaß des 30. Jubiläums des NATO-Beitritts noch klein gehalten. Jetzt zum 30-jährigen Bestehen der Bundeswehr (am 12.11.85) will die Bundeswehr gleich einen Rekord an Jubelfeiern aufstellen.

Die Bundespost druckt 30 Millionen „Eiserne Kreuze“ auf Briefmarken. Springers Welt eine 100-Seiten-Beilage im Oktober. Ein Seminar mit 15 Chef-Redakteuren über 2 Tage soll diese entsprechend einstimmen. 11 Mio. DM werden für die Bundeswehrwerbung auf den Tisch gelegt.

„Der Eifer der vom Minister angesparten Stöße ist riesengroß. Mehr als 370 Feiern sollen im Herbst nach letzten Meldungen überall in der Republik stattfinden: 94 Gelöbnisse und Verteidigungen, unzählige „Tage der offenen Türen“ mit Erbsensuppe und Waffenschau und mindestens 17mal der Große Zapfenstreich! „Wir bieten an die Macht der Liebe - Helm ab - zum Gebet.“ (Spiegel, 23.7.85)

Am 13.11. ist das gesamte Kabinett zu einem großen Gefechtschießen in der Holstenhalle in Neumünster spricht Baruchel zum Zapfenstreich, am 13.11. empfängt Dohnanyi die Bundeswehr im Rathaus. Strauß ist beim Zapfenstreich auf dem Königsplatz am 12.11. und Vogel spricht auf dem Hambacher Schloß. Zum Mitteln in der diesjährigen zentralen Friedenswoche der Friedensbewegung will die Bundeswehr auch in der Öffentlichkeit sich groß herausstellen. Immerhin wird man/frau sich erinnern, daß 1980/81

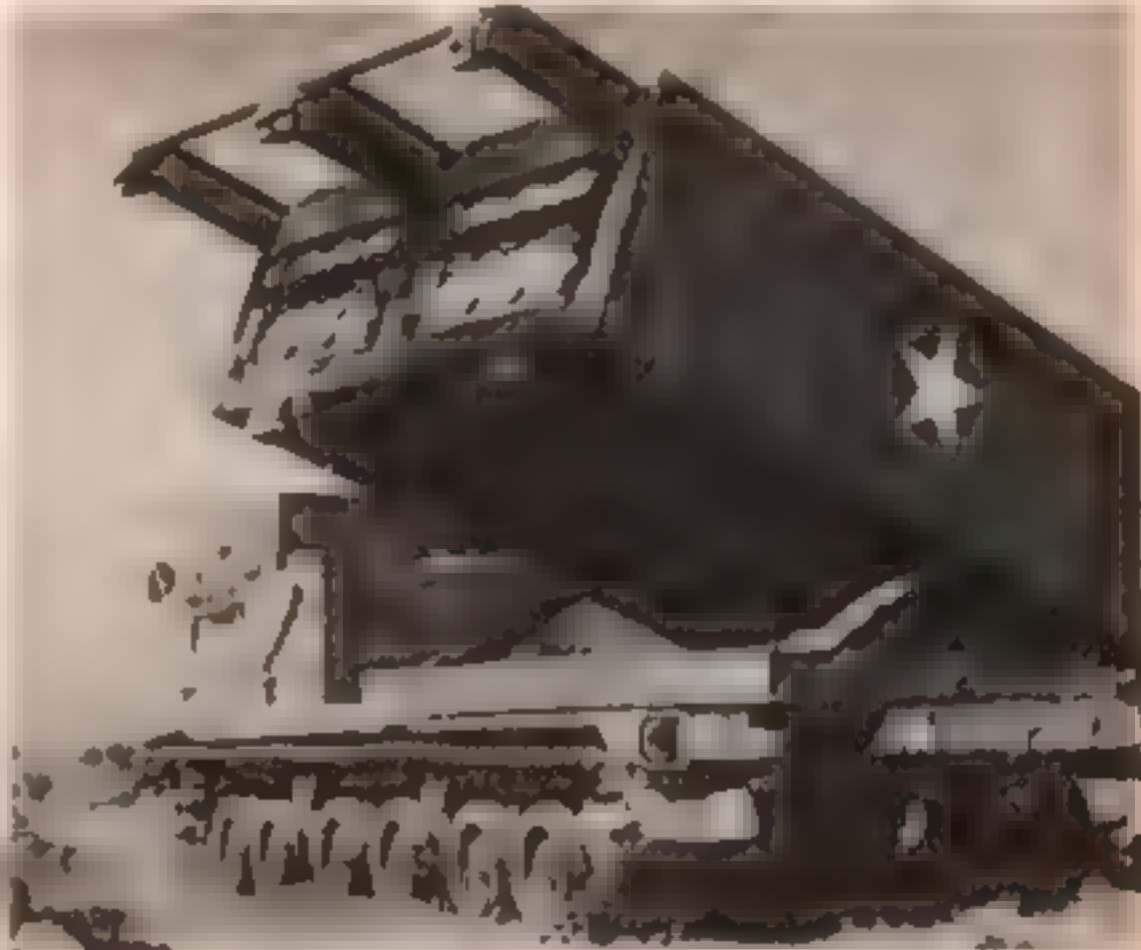
durch und nach den „Bremer Krawallen“ der Bundeswehr doch ein wenig die Freude an solch öffentlichen Darstellungen vermasselt werden konnte

Die Bundeswehr will sich der Öffentlichkeit vorstellen als „eine der besten Armeen der westlichen Welt“ und „erzogen zur Härte und kriegsnah ausgebildet“, wie es der Oberkommandierende ausdrückt (Spiegel, s.o.). Bekanntlich schießt und verteidigt die Bundeswehr unsere Sicherheit nur zurück, aber vorwärts dann bitteschön. So gibt die Bundeswehr im Rahmen von 28 Herbstmanövern u.a. zwischen dem 12. und 21. September grenznah die Elbüberquerung — allerdings diesmal (noch) nicht nach Osten sondern von Nord nach Süd und umgekehrt (FAZ, 20.8.85)

Damit das alles noch besser wird, hat die Regierung einen Rüstungsplan für die Bundeswehr für die nächsten 12 Jahre verabschiedet, mit dem die „Vorverteidigung“, aber vor allem auch der Schlag in die Tiefe, gegen die 2. Angriffsstaffel des Gegners, wirkungsvoll verwirklicht werden kann. Dieser Plan wird die Rüstungskosten für die kommenden 12 Jahre wohl über eine Billion Mark (das sind 12 Nullen) hochrechnen lassen.

Wir bringen in diesem AK einen Artikel zur geplanten Bundeswehraufrüstung und eine Anzeige für eine Broschüre zur Bundeswehr, die die Göttinger KB-Gruppe aus bisherigem AK-Artikeln aus Anlaß der Bundeswehrfeierlichkeiten vertreibt. Darin wird auch eine Liste der bekanntgewordenen Bundeswehrfeierlichkeiten zur besseren Vorbereitung enthalten sein. Wir werden weiter dazu im AK berichten

BTI



Mittlere Artillerie-Raketenwerfer MARS/MLRS (oben)
Leopard-Panzer (unten)



Mittlere Artillerie-Raketenwerfer MARS/MLRS (oben)
Leopard-Panzer (unten)



Militärische Beschaffungen - Planung BRD, Stand 1.8.1984 in 76rd. 4346

Kapitel	Beschreibung	1985-88	ab 1989
1402	Beschaffung, Aust. (Beh.) WHNS	292,1	100
1408	Beschaffung SanGertl	228,0	532
1409	Beschaffung Arznel	245,0	526
1410	Beschaffung Verpflegung Vorrat	333,5	1 222
1410	Beschaffung Aust. f. Verpflegung	1,2	2
1411	Beschaffung Bekleidung	1 618,9	1 299
1411	Beschaffung Aust. Bekleidung	2,2	9
1413	Beschaffung Pioneer-Material	227,5	362
1414	Beschaffung Fernmeldeanlagen	170,0	310
1414	Beschaffung Fernmeldepersonal	4 527,2	10 974
1415	Beschaffung Fahrzeuge (1 KW usw.)	3 871,8	14 537
1415	Beschaffung Kampffahrzeuge	7 316,5	29 406
1415	Beschaffung Munition (einschl. Raketen und FKs)	11 548,8	54 079
1415	Beschaffung Feldzeugmaterial	4 164,0	10 982
1416	Beschaffung ABC-Schutzmaterial	424,4	508
1417	Beschaffung QM-Material	403,9	869
1418	Beschaffung Schiffe	3 553,1	23 853
1419	Beschaffung Flugzeuge	2 472,6	36 521
1419	Beschaffung Tornado	10 430,0	1 021
1419	Beschaffung Alpha Jet	183,1	
1422	Beschaffung Anteil AWACS	31,0	
	Summe	52 944,7	187 774
	Fernmeldeprogramm	21,0	
	Summe 1985-1997	52 965,7	187 774

Summe 1985-1997: 240 189 900 000 DM

Fortsetzung von vorheriger Seite

— dazu: bis 1991 Abbau des sog. „Verwendungsaufwands“, d.h. vorzeitiger Ruhestand für 1.500 Berufsoffiziere im Alter zwischen 45 und 53 Jahren mit entsprechender staatlicher Bezahlung (10) sowie Erhöhung des sog. „Kernbestandes“ (11) von 84.000 auf 90.000 zwischen 1991 und 1995;

— für die Wehrdienstleistenden, ab 1989 (evtl. früher, 12) Änderung der Tauglichkeitskriterien (12.000), Reduzierung von Einberufungshindernissen (6.000), Verminderung der Freistellungsquote für Zivil- und Katastrophenschutz (9.000) sowie — 1989 Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 18 Monate (bringt 42.000 zusätzliche Soldaten) (13). Es folgt die bereits erwähnte Erhöhung der Zahl der Wehrungsplätze um 15.000 bis zum Jahr 2000 mit der

Absicht, künftig häufigere und kürzere Wehrübungen durchzuführen (14). In Planung ist ebenfalls — wenn auch von Kohl aus der offiziellen Vorlage verbannt — ab 1991 15-20.000 Frauen für den „freiwilligen Dienst für weibliche Soldaten“ zu gewinnen (15).

Kosten

Vom Kriegsministerium werden die Gesamtkosten der Bundeswehrplanung auf knapp 240 Mrd. DM veranschlagt, verteilt auf die Haushaltsjahre 1985/86 bis 1990/91. Daß dieser Betrag ansteigt, erscheint mehr als fraglich. Als Anschauungsbeispiel kann hier die Kostenprognosen beim Tornado dienen. Infolge Inflation Folgekosten und „Nachbesserungen“ stieg dessen Systempreis von 33 auf 105 Mrd. DM (16). Bei der großen Anzahl gewählter derartiger Projekte im Rahmen des neuen Programms ist somit eine massive Kostensteigerung zu erwarten, so daß M. Henrichs (17) von einem Mindestsockel von 100 - 120 Mrd. DM ausgeht und die gesamten Militärausgaben der BRD für den projektierten Zeitraum auf über eine Billion DM schätzt.

Angriff in die Tiefe!

„Ein erfolgreicher Kampf gegen die feindlichen Verbände in der Tiefe des Gefechtsfeldes setzt die Entwicklung moderner Gefechtsfeldüberwachungs- und Zielführungssysteme voraus. Aber schon bevor dies zur Verfügung steht, sind entscheidende Verbesserungen möglich. Die Abriegelung des Gefechtsfeldes verlangt zunächst und vor allem die Bekämpfung fester Ziele. Alle diese Ziele sind bereits heute be-

kannt und vermessen. Die taktischen Luftstreitkräfte der NATO reichen nicht aus ... auch noch die wirksame Bekämpfung dieser Ziele zu übernehmen. Demgegenüber steht ein ganzes Arsenal von unbemannten Plattformen zur Bekämpfung der oben genannten festen Ziele zur Verfügung. Außerdem bietet die neue Technologie moderne Submunition, mit der diese Ziele wirksam bekämpft werden können. Wesentlicher Teil der Bekämpfung der Verbände zweiter und dritter Welle ist dabei die Lähmung des gegnerischen Führungssystems. Auch hierfür gibt es heute bereits Waffen, die sich auf Radio und Radarsender selbst einstimmen.“

Noch auf absehbare Zeit kommt insbesondere im Kampf gegen die beweglichen Ziele im rückwärtigen Raum des sowjetischen Operationsgebietes den bemannten Kampfflugzeugen eine erhebliche Bedeutung zu. Neue Munitionstypen erlauben es hierbei erstmals, Einheiten und Verbände der sowjetischen Landstreitkräfte in ihrem vorderen Wirkungsbereich zu verzögern (1).

Der schnellen Niederrückung der gegnerischen Luftüberlegenheit kommt in dem Konzept des extended battlefield besondere Bedeutung zu. Aus der schnellen Abnutzung der eigenen Luftstreitkräfte könnte sich für die NATO am ehesten der Zwang zum Nukleareinsatz ergeben. Die Bekämpfung der gegnerischen Luftwaffe kann nicht durch Luftverteidigungskräfte allein erfolgen. Sie setzt den Angriff auf die gegnerischen Luftbasen voraus ...“ (18).

Antimilitarismus-Kommission KB/Cönnigen

SPD für strukturelle Nicht-Angriffsfähigkeit

oder: Wie die SPD offensiven Kriegsführungskonzepten à la Rogers Plan und Airland Battle in den Arm fällt!

Vogel: Die Bundeswehrplanungen sind zu teuer und ohne „in sich geschlossene Konzeption“, die Notwendigkeit einer Wehrdienstverlängerung ist nicht ausreichend begründet. Die Absicht, die „Leistungsfähigkeit des Bundeswehr auf 495.000 festzuhalten, ist „illusorisch“, der „Jäger 90“ ist nicht entwicklungsreif usw. (12, 29.10.84).

Dem „Jäger 90“ will die SPD nur zustimmen, wenn er als „Abfangjäger“ und nicht als „Jagd-bomber“ gebaut wird — und das Raketenantriebssystem MARS ist „nicht einsetzbar transportfähig — zu hoch für Tunnel“. Lediglich bei der Pershing II scheint alles klar zu sein: Sie entsprechen nicht der Forderung des Parteitagseinschlusses nach „Übernahme der Abschreckungsaufgabe von nuklearen Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite durch moderne konventionelle Waffensysteme“ (12, 13.11.84).

Na denn: Vorwärts!

„Reichweite durch moderne konventionelle Waffensysteme“ (12, 13.11.84).

Na denn: Vorwärts!

Anti-Nato-Kongreß

Im Frühjahr 1986 beabsichtigt der Trägerkreis der Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen (BK F) einen „Anti-NATO-Kongreß“ durchzuführen. Eine Einladung zu einem ersten Vorbereitungstreffen und zur Gründung eines Trägerkreises ist bereits heraus. Dieses Treffen wird am 6. Oktober 85 in Frankfurt, Haus der Jugend, Deutschherrenufer 12, 12 Uhr stattfinden.

Während auch in großen Teilen der Friedensbewegung die Infragestellung der NATO immer noch einen Einbruch in ein gut gebautes Heiligtum gleichkommt, verfügen die Initiatoren des „Anti-NATO-Kongresses“ das Ziel, dieses Tabu zu brechen. Sie sehen einen engen Zusammenhang zwischen der in der Friedensbewegung bis jetzt sabotierten Orientierungsdebatte und der bis heute ebenfalls unbeantworteten, nicht einmal ernsthaft gestellten „NATO-Frage“. Der Kongreß soll das Versprechen einlösen, die selbst als notwendig betundene, bislang aber nicht angegangene Diskussion über das Verhältnis zu dem Kriegsverbündeten NATO zu führen — nicht zuletzt, um daraus Schlüsse für die Perspektivdebatte der Friedensbewegung zu ziehen.

In Arbeitsgruppen sollen u.a. Themen wie — BRD als zentrales Aufmarschgebiet der NATO in Europa — Aufrüstung der Bundeswehr zur „konventionellen Angriffsmittelkraft“ der NATO — Interesse und Rolle der BRD an der „Europäisierung Europas“ — Rolle der verschiedenen Parteien (bes. SPD) dabei — BRD und Atomwaffen, ist eine „Europäische Atomstreitmacht“ eine reale Option? — Rolle der BRD (und der Bundeswehr) im Rahmen der westeuropäischen und NATO-Kriegspolitik gegenüber der 3. Welt diskutiert werden. Themen also, die sich mit dem Verhältnis BRD und NATO beschäftigen und in der Friedensbewegung bisher eher am Rande standen.

Als Trägerkreis eines solchen Kongresses käme etwa das politische Spektrum in Frage, daß auch die Demonstration und das Tribunal gegen den Weltwirtschaftsgipfel im vergangenen Mai organisiert hatte. Der Kongreß soll aber vor allem auch dem Zweck dienen, die Auseinandersetzung mit solchen Kräften und Positionen in der Friedensbewegung zu führen, die bisher noch die Ansicht vertreten, daß die NATO heute nicht auf die Tagesordnung gehöre und Abrüstung hierzulande besser durchzusetzen wäre, wenn der Status Quo der BRD-Mitgliedschaft im imperialistischen Bündnis erst einmal unangestastet bleibe. Die Kongreß-Initiatoren vertreten demgegenüber die Ansicht, daß eine Infragestellung der NATO beim gegenwärtigen Krisenverhältnis die unabdingbare Voraussetzung jedes wirklichen Abrüstungsschrittes ist. Diese Diskussion, mit der SPD auf der einen und Anti-NATO-Kräften auf der anderen Seite wird sicherlich einen wichtigen Stellenwert haben.

Schon jetzt sollte diese Diskussion in den verschiedenen Medien, auf Veranstaltungen und bei anderen Gelegenheiten in der Friedensbewegung geführt werden, repr. der BK F-Trägerkreis in seiner Einladung an. Dazu könnte ja auch die Informationswoche der Friedensbewegung im November-Dezember bieten. Im Vorfeld des Kongresses ist daran gedacht, Gäste aus Spanien, Irland, Griechenland u.a. einzuladen, um mit ihnen Veranstaltungen in verschiedenen Städten zu organisieren, wo es aus den Erfahrungen der Anti-NATO-Bewegungen ihrer Länder berichten können. In der spanischen Friedensbewegung ist ja bekanntlich das Thema NATO aus aktuellem Anlaß ein ganz zentrales und von einiger Brisanz auch gegenüber der sozialistischen Regierung. Ein Anti-NATO-Kongreß im nächsten Frühjahr könnte vielleicht auch in diesem Land ein paar Denkmäler geben.

Th. Bonn

Anmerkungen:

- 1) Werner Würtz: Studie einer Expertengruppe zur Prüfung der konventionellen Verteidigung, die in „Angriff als Verteidigung“ (Hrsg. Die Grünen im Bundestag)
- 2) vgl. „Die konventionelle Option“ der NATO — Ein Blitzkrieg wird vorbereitet“ in AK 235
- 3) „Wahrnehmung“ 7/85
- 4) Öffentlich bekannt geworden im Zusammenhang mit der Aufhebung des WEU Produktionsverbotes für strategische Bomber und Tanker (vgl. ughörte großer Reichweite in der BRD)
- 5) taz 3.8.85
- 6) vgl. „Defensivbewaffnung und Erstschlagspläne“ J.B. Patriot in AK 248
- 7) FAZ 30.7.85
- 8) Ausführliche Tabellen finden sich in: „Vor einer neuen Aufrüstungswelle“ Die BW Planung für die 80er und 90er Jahre. Blätter für deutsche und internationale Politik 1985
- 9) auszugsweise dok. in AK 229
- 10) FAZ, 9.2.85
- 11) Berufssoldaten, Offiziere auf Zeit, Zivilpersonal auf milit. Dienstposten und Offiziersanwärter mit Ausnahme der Reserveoffiziere
- 12) M. PR, 11.10.84
- 13) Würde Versuch die Wehrdienstverlängerung nach im Herbst 84 zu verabschieden, ist aus wahlrechtlichen Gründen auf nach der Bundestagswahl 87 verschoben worden (Spiegel, 1.10.84)
- 14) FAZ, 10.1.84
- 15) Spiegel 22.10.84
- 16) Die Luftwaffe will inzwischen weitere 40 Tornados zu 37 Mrd. DM für taktische Aufklärung und als Abschirmung für die Tornado-Jagdbomber gegen elektronische Kampfführung erwerben (FAZ, 23.8.85)
- 17) Blätter a. Anm. 8: zur Preisentwicklung folgende aktuelle Zahlen: Der Preis für die Patriot-Raketen ist bereits von 684.000 DM pro Stück auf 17 Mrd. DM, der für die Abschussbatterien von 186 auf 193 Mrd. DM gestiegen, ähnlich wiederholt den MARS-Raketen. Die M-77 sind um über 170 Mrd. DM die AT-2 um 63 Mrd. DM, die Werfer um 108 Mrd. DM teurer geworden, diverse Programme werden bereits gestrichen und gekürzt (alle Angaben aus: „Die konventionelle Aufrüstung für die 90er Jahre“ Hrsg. Annemarie Borgmann u.a. hieraus stammen auch die nebenstehend abgedruckten Tabellen, enthält darüberhinaus eingehendere Analysen des Themenkomplexes)
- 18) a. Anm. 1).

Milliarden für die Bundeswehr

Die wichtigsten Rüstungsbeschaffungsmaßnahmen für die 90er Jahre im Überblick (Stand 1.8.1984)

1. Fahrzeuge, Panzer, Feldzeugmaterial

(im wesentlichen Einzelplan 14 15 des Bundeshaushaltes)

	Stück	Mrd. DM	
Neues Fernmeldeverbundsystem			
darunter 50 000 Funkgeräte		4,866	
1 KWs 2 und 3 Tonn	52 570	5,710	(bis 1990)
Kfz-Folgebedarf (ab 1990)		9,014	(ab 1990)
Neuentwicklungen für Kampfpanzer der 90er Jahre (z.B. Panzerhaubitze 155-t Roland Gepard usw.)		9,776	(bis 1990)
Gepard 3 Kampfpanzer 90	4 467	12,118	(ab 1990)
Leopard 2 (Entwicklungsbeginn ungewiß)	1 800	10,240	
Panzerabwehrhubschrauber 2 (ohne jede Munition)	212	2,360	
Munition für 155mm und 203mm Artillerie (u.a. SADARM)	153 000	2,040	
MARS-Raketenwerfer	200	1,100	
Luftflugkörper für MARS (M77 und AT 2)	85 000	2,780	(ab 1987)
IFX MARS, TG-W	30 000	5,400	(ab 1985)

2. Raketen und Flugzeuge

	Stück	Mrd. DM	
System Patriot	78	4,373	
IFX für Patriot	1 680	1,900	
Pershing 1b 1 Ton	65	1,125	
Jäger 90 (ohne Fkt. Aufklärungssystem)	250	20,300	(ab 1995)
MFAW (ASW)	18	2,585	
Flakrak System MFS mit IFX	43	6,800	(ab 1996)
Mehrerweckwaffe 1 (für Tornado)	1 250	3,100	(ab 1985)
1 HK PAKS bis 4000 m	80 850	3,050	(ab 1993)
1 RSFM Raketen	900	1,900	
ASRAAM	4 663	1,100	
AMRAAM	1 900	2,900	
IFX 90 (ANS) (weiterreichende Schiffbrak)	7	2,772	(geschätzt)
Drohnen (für Aufklärung, Luftkampf, Kleinanerkennung)	7	2,420	

3. Marine (hauptsächlich Einzelplan 14 19)

	Stück	Mrd. DM	
Fregatte 90	6	4,380	
U-Boot 211	24	2,200	
Schnellboot 143 (A und Umhu)	10	1,022	
Schnelles Minenkampfschiff	10	1,094	
Mannheimschrauber	60	2,400	

30 Jahre Bundeswehr 30 Jahre NATO-Mitgliedschaft

30 Jahre Bundeswehr 30 Jahre NATO-Mitgliedschaft Seminar des KB in Baden-Württemberg

Nachdem jahrelang in der Friedensbewegung nur „die anderen“ kritisiert wurden (wahlweise die USA oder gar „beide Supermächte“), bahnt sich hier langsam eine Änderung an.

Teile der Friedensbewegung beginnen, die NATO insgesamt und dabei insbesondere den eigenen Militarismus anzugreifen. Die Initiatoren zum bundesdeutschen Rüstungsexport, zum geplanten Zivilschutzgesetz und gegen die Fraueneinbeziehung in die Armee sind Beispiele dafür. Aktionen gegen die Bundeswehr-Feierlichkeiten im Herbst 1985 konnten diese Tendenz verstärken und verallgemeinern.

Mit unseren Wochenendseminaren wollen wir fundierte Wissensvermittlung zum Thema NATO und Bundeswehr bieten, und gleichzeitig Handlungsstrategien der radikalen Linken in diesem Bereich diskutieren.

Das Seminar ist in 4 Punkte gegliedert

I. Die Bundeswehr — eine offensive Armee

Die Gründung der Bundeswehr, von den USA aufgezwungen? — Offensivstrategien nicht erst seit „Airland Battle“! — Bundeswehr und „Wiedervereinigung“

II. Strategiediskussionen in der NATO

Die Glaubwürdigkeitskrise der NATO: Von deutschem Boden soll nie wieder ein VERLORENER Krieg ausgehen — aber wie geht das? — Widersprüche in der NATO: Atomoptimisten gegen Atomrealisten? — Wie friedfertig ist die SPD-Kritik an den USA? — Wann kann die NATO angreifen? — Wird der nächste Krieg ein konventioneller?

III. Europäisierung der NATO

Zerbricht die NATO? — Entsteht in Westeuropa eine neue Supermacht? — Kehrt Frankreich in die NATO zurück? — Wege und Optionen der „Europäisierung“ der NATO — Warum wir für den NATO-Austritt der BRD eintreten.

IV. Praktische Fragen

Vorbereitung der Bundeswehr-Aktionen im Herbst 1985 und der Anti-NATO-Kampagne im nächsten Frühjahr

Dieses Seminar findet 4 mal an verschiedenen Orten und an verschiedenen Wochenenden statt, mit jeweils gleichem Inhalt. Durch diese Auffächerung sollen mehr Leute die Möglichkeit zur Teilnahme haben.

Gearbeitet wird in Kleingruppen, die dem/r Einzelnen ein optimales Einbringen eigener Fragestellungen ermöglichen.

Preis: 30 + 40 DM (Übernachtung + Verpflegung), zuzüglich Vorbereitungsmaterialien (bei dringendem Bedarf auch billiger).

Termine: 28./29. September (Stuttgart/Tübingen)
3./6. Oktober (Mannheim/Heidelberg)
12./13. Oktober (Freiburg/Südbaden)
19./20. Oktober (Rheinland-Pfalz)

Kommunistischer Bund (KB)

Anmeldung: Entweder bei den örtlichen KB-Leuten, oder am besten zentral über: Buchladen Jos Fritz, c/o KB, Wilhelmstr. 15, 78 Freiburg

ANZEIGE

30 Jahre Bundeswehr. EIN HEER FÜR DEN ANGRIFF

Informationen und Materialien zur „größten Friedensbewegung in diesem Lande“ (Selbstdarstellung der Bundeswehr)

Aus dem Inhalt

- Eine Liste der bekanntgewordenen Planungen der Bundeswehr aus Anlaß ihres 30. Geburtstages (am 12.11.85)
- Der Verteidigungsauftrag der Bundeswehr: „Überall und von Beginn an angreifen!“ (Reaktivierung, operatives Konzept der Bundeswehr, Vorwärtverteidigung, Diskussion um die Atombewaffnung) aus AK 254
- „Kanzler bleibe hart!“ — Der NATO-Beitritt und die Neuordnung des Ostens“ (Plevan Plan, EVG, Roll Back-Strategie, NATO-Integration) aus AK 258
- Materialien und Dokumente zur Diskussion um die Atombewaffnung der Bundeswehr von den 60er Jahren bis heute (u.a. Bundeswehrreihen für den Atomkrieg)
- Westeuropäische Union: Bausteine für eine Militärmacht Europa aus AK 252
- Die aktuellen Rüstungsplanungen der Bundeswehr aus AK 261
- Brauchen wir ein Konzept „Alternative Verteidigung“? — und vieles andere mehr

48 Seiten, Kosten: DM 4,-

Bewertung:
Antimilitarismus-Kommission
KB-Gruppe-Cönnigen
c/o Hochhäuser
Rote Straße 10
3400 Cönnigen

Wir übernehmen den folgenden Artikel mit freundlicher Genehmigung des Autors, Günter Neuberg, aus der Null-Nummer der Zeitschrift „Geheim“ (Postf. 27 03 24, 5000 Köln 1). „Geheim“, die sich ähnliche Aufgaben stellt wie etwa „Counterspy“ oder „CovertAction“, wird vom Herbst dieses Jahres an regu für erscheinen.

Operation KAL 007

Die Militarisierung des Weltraums und ihre ersten Opfer

Vor zwei Jahren, am 1. September 1983, stürzte der südkoreanische Jumbo-Jet KAL 007, getroffen von einer sowjetischen Luft-Luft-Rakete, mit 269 Insassen ins Japanische Meer. Nach allem, was wir heute wissen, war die Verletzung des sowjetischen Luftraums durch KAL 007 kein „Irrflug“, sondern ein entscheidendes Element in einer vom Weltraum aus durchgeführten Spionageoperation großen Ausmaßes.

Am 10. April 1984 sendete das Fernsehmagazin *Panorama* ein Interview mit Rudolf Braunburg, ehemals Luftfahrkapitän.

„Nach allem, was inzwischen an Tatsachen bekannt geworden ist“

in Braunburg im Laufe des Interviews,

„hieß eigentlich nur die einzige Erklärung, daß dieser Zwischenfall bewußt provoziert worden ist. Man kann ein Abwehrsystem eigentlich nur noch durch einen solchen Fall testen. Aufklärungs- und Spionagemissionen haben eine ganz andere Aufgabe. Hier geht es darum, die akute, aktuelle Verteidigungsmöglichkeit, Verteidigungsbedeutung eines anderen Landes im Falle einer Luftraumverletzung zu testen, und dazu ist dieser Fall meiner Meinung nach zum ersten Mal, wahrscheinlich provoziert worden.“

Demnach hätte auch KAL 007 — allen gegenwärtigen Behauptungen der Fluggesellschaft, der südkoreanischen und der US-Regierung zum Trotz — tatsächlich auf einer Spionagemission befunden, und die Kursabweichung der Maschine wäre nicht, wie vielfach angenommen durch einen Navigationsfehler oder menschliches Versagen zustande gekommen.

Piloten im Tiefschlaf?

Als der KAL-Jumbo gut 100 Kilometer nördlich von Hokkaido ins Japanische Meer stürzte, befand er sich 500 Kilometer westlich der vorgeschriebenen Flugroute.

Das Luftverweidungs-Radar in Anchorage stellte fest, daß die Maschine schon kurz nach dem Start auf falschem Kurs flog. Über der Halbinsel Kamtschatka drang der Jumbo zunächst unbemerkt in sowjetischen Luftraum ein, verließ ihn wieder, um das Ochozische Meer zu überfliegen, und geriet über Sachalin erneut in sowjetischen Luftraum. Kurz vor Verlassen des sowjetischen Luftraums erfolgte der Abschluß durch einen Abfangjäger vom Typ SU-15.

Im Navigationsbereich des Korea-Jumbos lagen die vier wichtigsten Stützpunkte der Sowjetflotte — Petropawlowsk, die auf der Südspitze Kamtschatkas gelegene Hauptbasis der 7. Sowjetflotte, — Sowjetskaja Lavan, ein wichtiger Festlandshafen für U-Boote und kleinere Kriegsschiffe — Koriakow, ursprünglich nur ein kleiner Hafen auf Sachalin, inzwischen einer der wichtigsten Stützpunkte in dieser Region, — Wladiwostok — mit riesigen Bau- und Reparaturwerken, Kala und Versorgungsanlagen — „Herz“ der Pazifikflotte. Zeit weilt muß die Stadt genau auf dem Kurs des südkoreanischen Jumbos gelegen haben (1).

Rudolf Braunburg hält eine unbeachtliche Kursabweichung dieses Ausmaßes für ziemlich ausgeschlossen, weil folgende Faktoren gleichzeitig hätten zusammenzutreffen müssen.

- Ein außergewöhnlich starker Südwind, der das Flugzeug nach Norden versetzt hätte.
- Totales Versagen aller drei, unabhängig voneinander arbeitenden Navigationssysteme oder falsche Zahlenangaben.
- Eine Dreimann-Crew, die gemeinsam in Tiefschlaf (ähnlich der Fehlnavigation, die sich auch mit anderen Hilfsmitteln leicht feststellen läßt, nicht registriert (2).

Zu b): „Eine Wetterkarte, welche der Wind anzeigt, die er hätte den Flug 007 in Richtung Pazifik gebogen“ (3).

Zu b): Das boden- und wetterunabhängige Trägheits-Navigationssystem INS (Inertial Navigation System) ist an Bord ziviler Verkehrsflugzeuge gleich dreifach vorhanden. Die Systeme arbeiten unabhängig voneinander und sind unabhängig voneinander pro-

grammierbar. Laut Rudolf Braunburg wird

„die fehlerfreie Zahlenangabe (in das INS-System) durch den Copiloten und solange er noch an Bord sein darf, den Flugingenieur laufend überprüft“ (4).

Eine durchgängige Falschprogrammierung ist daher äußerst unwahrscheinlich — es sei denn, sie würde absichtlich vorgenommen. Zu c)

„Piloten werden nicht dafür bezahlt, daß sie untätig auf ihren Sitzen ruhen, während die Automatik das Flugzeug steuert. Ihre Aufgabe ist es, regelmäßig den Standort festzustellen.“

So die bündige Feststellung in *Der Flieger* (5), Zeitschrift des Verbandes deutscher Flieger e. V. Das Blatt gibt auch Auskunft darüber, wie KAL 007 auch bei dem — höchst unwahrscheinlichen — Ausfall aller drei INS-Systeme die Kursabweichung hätte ermitteln können.

„Auf der Insel Shemya befindet sich eine militärische Radarstation der USA, mit der Piloten auf VHF (UKW-Sprechfunk) sprechen können. Von dort ist also jederzeit Bestand zu erhalten. Zudem besteht die Möglichkeit bei Verdacht des Verstoßes, eine Prüfung im Kurzwellenbereich anzuordnen.“ (6)

Gute Orientierungsmöglichkeiten bietet auch

„das Bordradar, dessen Antenne nach unten gekippt werden kann (tilt-down) und das in dieser Stellung 'mapping' ein ausgezeichnetes Bild von Küstenlinien gibt“ (7).

Die KAL-Besatzung hätte so feststellen müssen, daß sie sich über Land und nicht über dem offenen Pazifik befand.

Braunburg, der die Nordpazifik Route selbst geflogen ist, gibt eine weitere herkömmliche Navigationsmöglichkeit

„Auf Kamtschatka gibt es eine Fülle von Funkfeuern, die nach der guten alten Art der Radiokompaß-Navigation angepeilt werden können.“ (8)

„Auf Kamtschatka gibt es eine Fülle von Funkfeuern, die nach der guten alten Art der Radiokompaß-Navigation angepeilt werden können.“ (8)

Sich auch nur beim kleinsten Zweifel über die Korrektheit des Kurses zumindest einer dieser Methoden zu bedienen, hätte Flugkapitän Chung Byung In hinreichend Grund gehabt, die korrekte Luftstraße, die ihn von Anchorage nach Seoul hätte führen sollen, näherte sich bis auf 30 Kilometer sowjetischem Hoheitsgebiet, das auf den gebräuchlichen Flugrouten-Karten unmißverständlich als militärisches Sperrgebiet gekennzeichnet ist.

Das Luftfahrthandbuch der UdSSR erklärt das gesamte sowjetische Terr-

itorium zum verbotenen Gebiet für ausländische Flugzeuge und verweigert ausdrücklich Garantien für deren Sicherheit im Falle einer Luftraumverletzung. Von einem „automatischen“ Abschluß „ohne Vorwarnung“ ist indessen nirgends die Rede.

Auf Seite GEN 1-7 (des sowjetischen Luftfahrthandbuchs) wird darauf hingewiesen, was dem Piloten blüht, wenn er die Regeln verletzt hat. Es wird auf eine nicht näher definierte Bestrafung hingewiesen oder eine Geldstrafe von 100 Rubeln verhängt. Der K.E. (KAL-Ann d. Verf.) 007 Pilot wäre also nach erzwungener Landung verurteilt worden. Von Zuständen, wie sie einige wenige Journalisten der Masse suggerieren wollten, daß über der UdSSR gleich jeder abgeschossen wird, der vom Wege abkommt, kann also nicht die Rede sein. (9)

Die offenen Fragen

Die insgesamt zehn sowjetischen Abfangjäger, die den südkoreanischen Jumbo durch den Luftraum der UdSSR eskortierten, haben sowohl über Funk als auch durch international festgelegte optische Signale (Flugleuchten und Ausfahren des Fahrwerks, Scheinwerferblinken, Abfeuern von Leuchtschurmunition parallel zur Flugrichtung) KAL 007 zur Landung auf einem sowjetischen Flughafen aufgefordert. Kapitän Chung Byung In, mit insgesamt 10627 Flugstunden ein erfahrener Flugzeugführer, wußte diese Signale mit Sicherheit zu deuten; er hätte ebenfalls wissen müssen, daß ein Nichtbefolgen das auslösen würde, was dann schließlich eingetreten ist: den Abschluß und den Tod aller Flugzeuginsassen. Warum also versuchte er in internationalen Luftraum über dem Japanischen Meer zu entkommen?

Es kann heute mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden, daß KAL 007 „irrtümlich“ vom Kurs abgekommen ist. Wer, so ist zu fragen, hat die INS-Systeme mit den falschen Flugdaten gefüttert? War es die Besatzung selbst? Waren es andere Personen, die dies mit Wissen der Besatzung getan haben? Oder ist das Navigationssystem ohne Wissen der Besatzung manipuliert worden?

Die Besatzung der Maschine bestand aus insgesamt 29 Personen. Das sind 12 Besatzungsmitglieder mehr als sich normalerweise an Bord einer Boeing 747 der Lufthansa befinden. (10) Was war der Grund für diese ungewöhnliche Zahl von Flugbegleitern? Warum, so ist weiter zu fragen, gab die Folge-

gesellschaft die Namen des Piloten, des Kopiloten sowie der 240 ums Leben gekommenen Passagiere bekannt, nicht aber die Namen der verbleibenden 27 Besatzungsmitglieder? Muß man befürchten, daß die Bekanntgabe der Namen den Schlüssel zur Beantwortung der nach wie vor offenen Fragen liefern würde?

Zivilluftfahrt und Spionage

Der südkoreanische Jumbo war nicht das erste Zivillflugzeug, das durch Abschluß vom Himmel geholt wurde — aber es war das erste, das Opfer einer sowjetischen Rakete wurde. Braunburg gibt die Zahl der seit 1947 abgeschossenen Zivillflugzeuge mit insgesamt 32 an, wovon allein zwei Abschüsse auf das Konto der israelischen Luftwaffe gehen. (11) Der nahezu einhellige Aufschrei der Empörung, der nach dem Abschluß des Korea-Jumbos durch die westlichen Medien ging, war in allen anderen Fällen ausgeblieben.

Trotz der überschäumenden Emotionen wurden schon bald vereinzelt Vermutungen laut, das abgeschossene Flugzeug habe einen Spionageauftrag gehabt. Der Mißbrauch der Zivilluftfahrt für derartige Zwecke muß leider als Routine bezeichnet werden. So meldete das Pariser Blatt *Libération* am 5. September 1983, Air France Flugzeuge hätten auf ihren Linienflügen Paris-Moskau im Auftrag der USA Luftaufnahmen von sowjetischen Militäreinrichtungen gemacht und seien zu diesem Zweck wenn nötig vom vorgeschriebenen Kurs abgewichen. (12) Braunburg berichtet von namentlich nicht genannten fernöstlichen Fluggesellschaften, die

„von den Fliegern intern als „CIA-Airlines“ bezeichnet“ (13)

werden

Der „Minenhund“ und das „Frettchen“

Der „Minenhund“ und das „Frettchen“

Erst drei Wochen nach dem Abschluß, am 20. September 1983, erschien im sowjetischen Parteiblatt *Pravda* ein ausführlicher Artikel, worin die USA beschuldigt wurden, den KAL-Jumbo als eine Art Minenhund im Rahmen einer großangelegten elektronischen Spionageoperation benutzt zu haben. Die Maschine sei, so die *Pravda*, vorwiegend in sowjetischen Luftraum eingedrungen und habe so die sowjetischen Frühwarn- und Leitsysteme aktiviert. Die elektronischen Signale dieser Systeme seien von einem amerikani-

schen Ferret (Frettchen, Aqm d. Verf.) -D-Satelliten aufgefangen worden, der das fragliche Gebiet zur selben Zeit dreimal überflogen habe. Diese Darstellung wird durch das in London erscheinende Fachblatt *Defence Attaché* (14) bestätigt. Als Verfasser des Artikels „Reassessing the Sakhalin Incident“ zeichnet ein gewisser P. Q. Mann, laut *Newsweek* (15) ein Mann aus der belächelten Rüstungsindustrie, der dieses Pseudonym gewählt hat.

Welchen Wertelektronische Aufklärung (ELINT — electronic intelligence) durch Ferret-Satelliten für die Militärpläne hat, belegt P. Q. Mann durch zwei Zitate aus einschlägigen Fachpublikationen. In *Spaceflight* vom 7. Juli 1978 heißt es:

„In ihrer Aufgabe, Radio- und Radarausstrahlungen zu empfangen und aufzuzeichnen, während sie sich über fremdem Territorium befinden, und sie später zu Analyse zwecken an Bodenstationen zu übermitteln. So ist es möglich, das generische Flugzeug und Raketen-Abwehrsysteme zu orten, eine Reihe von Schüssen über ihre Eigenschaften und Wirkungsweise zu steuern und die Kommunikation des Militärs und der Regierungszentren abzuhören. (Diesem Wissen gibt einen tiefen Einblick in die offensive und defensive Bedrohung, die von der Gegenseite ausgeht, und ihre Strategie und Pläne für die Zukunft.“ (16)

In dem Buch „Principles of Electronic Warfare“ von R. J. Schlesinger et al. heißt es:

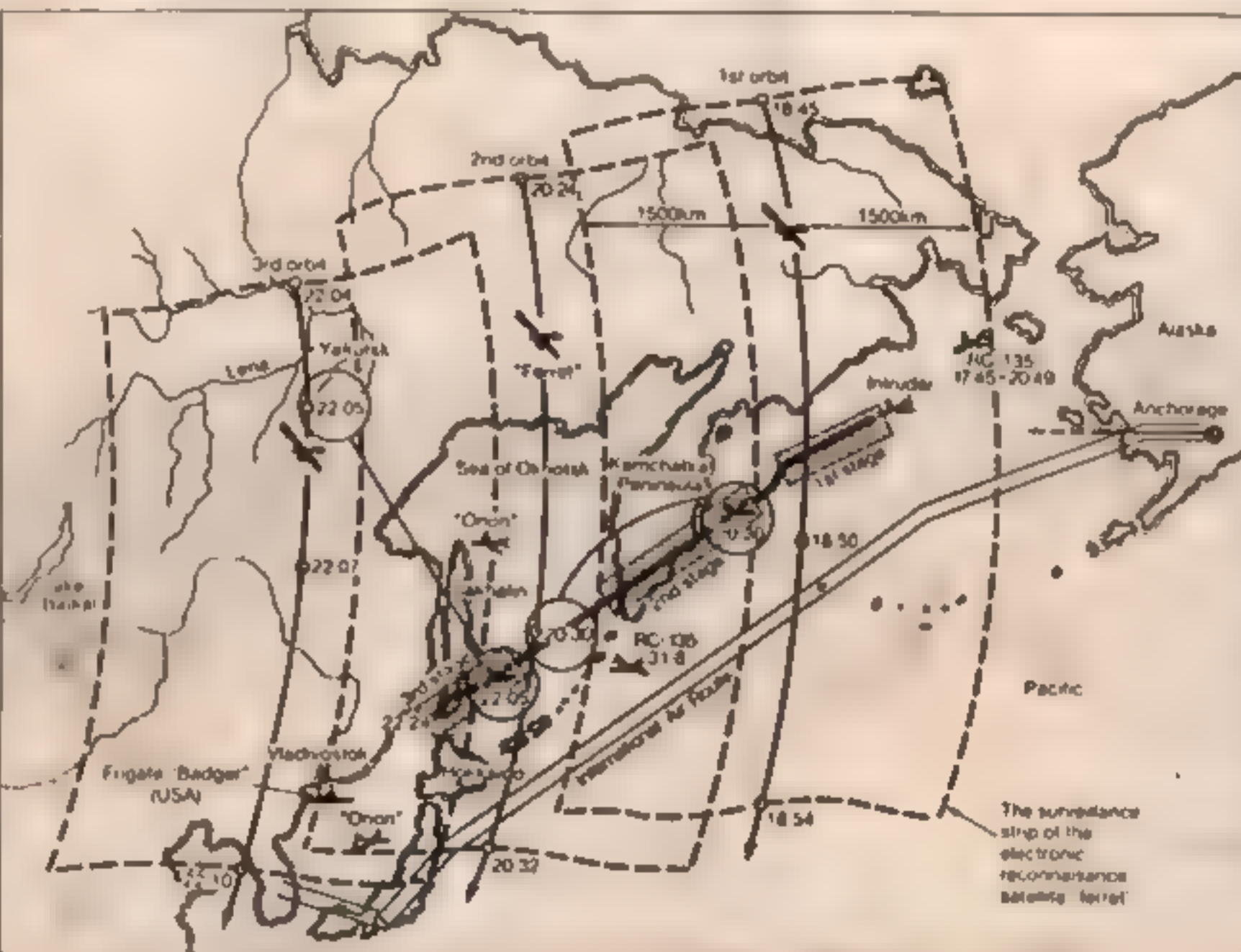
Ein weiteres Verfahren, Informationen zu gewinnen... besteht darin, abzuheben Elemente der Verteidigung eines Landes zu aktivieren und die darauf folgenden Aktivitäten sorgfältig zu beobachten. Diese Fälle können gestellt werden, indem man ein Flugzeug oder einen Flugzeugverband auf das generische Radar-Frühwarnsystem zufliegen läßt. (17)

Das erste Unternehmen dieser Art fand laut P. Q. Mann im Januar 1964 statt, noch in den Anfangszeiten der elektronischen Aufklärung durch Satelliten. Ein T-39-Übungsjet der US-Luftwaffe drang etwa 100 Kilometer in den Luftraum der DDR ein und wurde von einem sowjetischen Jagdflugzeug abgeschossen. Zum Zeitpunkt des Abschusses, um 14.02 GMT, befand sich ein neu, Tag zuvor gestarteter Aufklärungssatellit noch über dem Mittelmeerraum — auf einer Flugbahn in Richtung Norden. Zwei bis drei Minuten später wäre er in einer Position gewesen, die eine optimale Erfassung der „zum Glücken“ gebrachten elektronischen Abwehrsysteme in der DDR gestattet hätte. Mit anderen Worten: Fliegen später wäre er in einer Position gewesen, die eine optimale Erfassung der „zum Glücken“ gebrachten elektronischen Abwehrsysteme in der DDR gestattet hätte. Mit anderen Worten: Der frühzeitige Abschluß der US-Maschine beendete die ELINT-Operation, bevor sie richtig begonnen hatte; Die Ausbeute dürfte dementsprechend mager gewesen sein.

42 Tage später, am 10. März, drang eine US-Aufklärungsmaschine vom Typ RB-66 in den Luftraum der DDR ein — weiter nördlich als die T-39, aber fast zur gleichen Tageszeit. Auch diese Maschine wurde abgeschossen. Der elektronische Aufklärungssatellit befand sich über dem Mittelmeer — wie 42 Tage zuvor! Zufall? Dagegen spricht, so P. Q. Mann, schon die mathematische Wahrscheinlichkeit, die er mit 1:200 beziffert.

Beide Operationen hatten wohl kaum den gewünschten Erfolg — in erster Linie deshalb, weil die Luftraumverletzung sofort als Militärmaschine identifiziert und abgeschossen wurden. Ihre Verweildauer über DDR-Territorium war zu kurz, als daß der Aufklärungssatellit ausreichende Erkenntnisse über die Wirkungsweise der dortigen Luftabwehrsysteme hätte gewinnen können.

Die Pläne der Operation KAL 007 mußten also scheitern, daß sich Derartiges nicht wiederholte. Die Angewandtheit für die sowjetischen Jagdflugzeuge mußte angeblich werden. Als „Minenhund“ wurde folglich ein Flugzeug ausgewählt, das auf den ersten Blick weder eindeutig als militärisch noch eindeutig als zivil zu identifizieren war: die Boeing 747 der südkoreanischen Fluggesellschaft Korean Air Lines. Sie war tatsächlich eine Zivilmaschine, hatte aber gleichzeitig Ähnlichkeit mit dem Aufklärungssatellit RC 135 der US-Luftwaffe. Diese Maschinen sind umgebaute Boeings 707, und einige von ihnen haben einen Radarschüssel. Das macht sie mit dem Boeing 747 verwechselbar, die ebenfalls einen Buckel im vorderen Rumpfbereich hat. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die RC-135 wesentlich kürzer ist



Grafische Darstellung der Überflughöhen des elektronischen Spionagesatelliten „Ferret-D“

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

als die Boeing 747; Größenvergleiche sind wegen fehlender Vergleichsmaßstäbe in der Luft extrem schwierig, zumal wenn es, wie zur Zeit des Abschusses, stockfluster ist.

Dieses Verwirrspiel wurde noch undurchsichtiger dadurch, daß eine RC-135 in der Nähe des koreanischen Jumbos war und zeitweise sogar auf einem parallelen Kurs flog. Allem Anschein nach ist dieses Verwirrspiel gelungen. Die Maschine wurde erst dann abgeschossen, als sie versuchte, nach Überfliegen der Insel Sachalin in internationalen Luftraum zu entkommen. Davor hatte sie sich mehr als zwei Stunden über sowjetischem Territorium aufgehalten.

Zwei Stunden — das war mehr als genug, um die gewünschten Aufschlüsse über das Luftverfechtungs- und Warnsystem der UdSSR zu erhalten. Während dieser beiden Stunden überflog der elektronische Aufklärungssatellit Ferret D das fragliche Gebiet dreimal. Zwischen 18.45 und 18.50 Uhr GMT überflog der Satellit von Osten kommend zum ersten Mal den koreanischen Jumbo, der sich zu diesem Zeitpunkt noch über dem Bering-Meer befand. Um 20.30 Uhr GMT kreuzte Ferret-D das zweite Mal den Kurs des Jumbos. Dies war der Zeitpunkt, wo die Maschine zum ersten Mal in sowjetischen Luftraum über der Halbinsel Kamtschatka eindrang. Während des dritten Überfluges von 22.05 bis 22.10 Uhr GMT drang die Maschine in den Luftraum über Sachalin ein. Die sowjetischen Abwehr- und Warnsysteme wurden also während der gesamten Verweildauer über sowjetischem Hoheitsgebiet lückenlos ausgespielt.

Alles deutet auf eine mit äußerster Präzision geplante und durchgeführte ELINT-Operation hin. Dafür spricht die Anwesenheit der US-Fregatte Badger, die im Japanischen Meer östlich von Wladiwostok dümpelte, also genau an dem Punkt, wo KAL 007 nach Überfliegen von Sachalin wieder internationalen Luftraum erreichen sollte. Darüber hinaus waren zwei amerikanische U-Boote-Albatros vom Typ Orion in der Nähe der Operation über dem Japanischen Meer, der andere über dem Ochotskischen Meer.

Die Rolle des Space Shuttle

Das wiederverwendbare US-Raumfahrzeug Space Shuttle hat vorwiegend militärische Aufgaben. Vor dem Bewilligungs-Unterausschuß für Verteidigung des US-Kongresses erklärte der ehemalige Luftwaffenminister Hans Mark, man benötige

ein weit leistungsfähigeres Überwachungssystem, möglicherweise unter Beteiligung von Menschen, so daß wir nicht nur von Maschinen abhängig sind und die Informationen und Einschätzungen erhalten von Leuten, die das direkte Vertrauen des Präsidenten genießen. Für Verteidigung des US-Kongresses erklärte der ehemalige Luftwaffenminister Hans Mark, man benötige

ein weit leistungsfähigeres Überwachungssystem, möglicherweise unter Beteiligung von Menschen, so daß wir nicht nur von Maschinen abhängig sind und die Informationen und Einschätzungen erhalten von Leuten, die das direkte Vertrauen des Präsidenten haben (18).



Generalleutnant Thomas Stafford zum selben Thema.

Mitteilung kann ich mir vorstellen, daß die normalen Kommandofunktionen an jemanden im Weltall delegiert werden könnten. (Solch ein Kommandoposten könnte nach wie vor Relais-Satelliten zur Führung aller ihrer Streikkräfte und Ressourcen sehr effektiv nutzen. So sehe ich als ersten Schritt der militärischen Nutzung der Space Shuttle Kommando-, Kontroll- und Kommunikationsaufgaben (19).

36 Stunden vor dem Abschub des koreanischen Jumbos über dem Japanischen Meer, am 30. August 1983 um 6.32 GMT, startete eine Raumfähre vom amerikanischen Raumfahrtzentrum Cap Canaveral. Laut P.Q. Mann befand sich die Raumfähre etwa 2200 bis 3200 Kilometer südlich vom Ort des Geschehens auf einem östlichen bis südöstlichen Kurs. Dieser Abstand war weit genug, um nicht unmittelbar mit der Mission von KAL 007 in Verbindung gebracht zu werden (was bis heute — zumindest öffentlich — seitens der UdSSR auch nicht geschehen ist), gleichwohl war die Raumfähre nahe genug, um ihre Kommando-, Kontroll- und Kommunikationsfunktionen wahrnehmen zu können. Es wäre darüber hinaus möglich gewesen, die Raumfähre durch die Veränderung eines einzigen Flugparameters, nämlich des Umlaufwinkels, direkt über das Operationsgebiet zu dirigieren. Nach Manns Berechnungen passierte die Raumfähre „in gebührendem Abstand — das Operationsgebiet — kurz vor Eindringen des KAL-Jumbos in sowjetischen Luftraum: der Aufklärer vom Typ RC-135 näherte sich der Maschine und blieb für einige Minuten auf Parallelkurs; — nach Überfliegen der Halbinsel Kamtschatka durch KAL 007, dies war der mittlere Punkt der Operation; — nach der Beendigung der Operation, d.h. nach dem vorgesehenen Verlassen des sowjetischen Luftraums (was durch den Abschub erreicht wurde).

Angesichts der Tatsache, daß die Flugroute des Jumbo nicht nur vom Ferret-D-Satelliten, sondern auch von der Raumfähre observiert wurde, ist zu fragen, warum die Operation nicht abgebrochen wurde, als sie anfing, le-

Angesichts der Tatsache, daß die Flugroute des Jumbo nicht nur vom Ferret-D-Satelliten, sondern auch von der Raumfähre observiert wurde, ist zu fragen, warum die Operation nicht abgebrochen wurde, als sie anfing, le-

bensgefährlich zu werden. Das war spätestens dann der Fall, als sowjetische Jagdstaffeln die Verfolgung des Luftraumverletzers aufnahmen — eine Tatsache, die weder dem Satelliten noch der Raumfähre verborgen geblieben sein dürfte. Angesichts dieser Situation liegt der Schluß nahe, daß das Todesurteil für die 269 Flugzeugpassagiere in der amerikanischen Raumfähre gefällt worden ist.

Es darf angenommen werden, daß die Operation KAL 007 für die USA äußerst erfolgreich war. Sie dürfte wertvolle Aufschlüsse gebracht haben über das sowjetische Radar-Prüfwarmsystem, die Luftabwehrsysteme, das Jäger-Leu-System sowie über die militärischen wie politischen Kommunikationsanordnungen.

Die Rolle der RC-135

Der Aufklärer vom Typ RC-135 hatte laut P.Q. Mann die Aufgabe, die exakte Identifizierung des koreanischen Jumbos zu erschweren. Möglicherweise war dies nicht der einzige Auftrag. In der US-Tageszeitung Denver Post melden sich im Laufe der Diskussion um den Flugzeugabschub zwei ehemalige RC-135-Piloten zu Wort, Edward Eskelson und Tom Bernard. Sie erklärten, daß die RC-135-Aufklärer direkt der Nationalen Sicherheitsbehörde NSA (National Security Agency) unterstünden.

Nach unseren Erfahrungen modifiziert NSA gelegentlich die Flugrouten von RC-135-Flugzeugen, so daß sie vorzuschieben in den Luftraum des Ziellandes eindringen und so die Luftverfechtungssysteme des Landes in Alarmzustand versetzen. NSA hat so die Möglichkeit, diese aktivierten Systeme auf mögliche Defekte und Schwächen hin zu analysieren. (20)

Diese Aussage stützt P.Q. Manns These: Die militärische Funktion dieser Maschinen reicht jedoch wesentlich weiter.

Die RC-135 hat ein höchstentwickeltes, absolutes sicheres Kommunikationssystem, so Eskelson und Bernard weiter.

das an das höchstentwickelte Kommunikationssystem der Welt angeschlossen ist. Dieses System gestattet die sofortige Weiterleitung taktischer Informationen an die höchsten Regierungskreise, einschließlich des Präsidenten, von jedem Ort der Welt aus. Eine Botschaft für den Präsidenten muß spätestens zehn Minuten nach der wirklichen Sendung in seinen Händen sein. (21)

Die RC-135 hat ein höchstentwickeltes, absolutes sicheres Kommunikationssystem, so Eskelson und Bernard weiter.

das an das höchstentwickelte Kommunikationssystem der Welt angeschlossen ist. Dieses System gestattet die sofortige Weiterleitung taktischer Informationen an die höchsten Regierungskreise, einschließlich des Präsidenten, von jedem Ort der Welt aus. Eine Botschaft für den Präsidenten muß spätestens zehn Minuten nach der wirklichen Sendung in seinen Händen sein. (21)

Dennach ist es nicht unwahrscheinlich, das „höchste Regierungsstellen“ in Washington, auf jeden Fall aber die Nationale Sicherheitsbehörde NSA, von den Vorgängen im nordwestlichen Pazifik informiert waren — einschließlich der Tatsache, daß der koreanische Jumbo von sowjetischen Abfangjägern verfolgt wurde.

Eine weitere Besonderheit der RC-135 ist eine Ausrüstung, die bedient von Offizieren der Sowjetischen Luftwaffe Radar- und Radiosendungen sowie bestimmten elektronischen Systemen blockieren kann. (22)

Es liegt nahe, daß die elektronischen Abwehr- und Kommunikationssysteme der Sowjetunion nicht nur ausgespielt, sondern auch beeinflusst werden sollten. Die Anwesenheit der Raumfähre als taktischer Kommandoposten im irdischen Weltall erhöht diese These.

Möglicherweise befert die Fähigkeit der RC-135, Radar- und elektronische Systeme zu „blockieren“ bzw. auszuschalten, den Schlüssel zur Klärung einiger bislang ungelöster Probleme:

Die militärischen Radarsysteme Japans haben den koreanischen Jumbo die letzten 17 Minuten vor dem Abschub auf den Bildschirmen gehabt, konnten ihn aber nicht identifizieren. (23) Waren die japanischen Radarsysteme etwa „blockiert“? Waren vielleicht auch zivile Flugstellen blockiert und so außerstande, die Maschine zu identifizieren und möglicherweise zu warnen?

Sind elektronische Systeme an Bord des koreanischen Jumbos durch Einwirkung der RC-135 gestört oder außer Betrieb gesetzt worden? Etwa die INS-Systeme (wobei sie nicht in Anchoorage falsch programmiert wurden) oder das Wetterradar?

Fa im fernsten zu fragen, wie weit die Möglichkeiten der USA entwickelt sind, die politischen und militärischen Nervenzügel der UdSSR nicht nur offenzulegen, sondern aktiv zu beeinflussen. Damit wären die Voraussetzungen gegeben, daß die USA durch die Manipulation der elektronischen Kommunikationssysteme in der UdSSR die sowjetische „Aggression“ selbst in Gang setzen könnten, die dann als Vorwand für den eigenen „Gegenschlag“ dienen könnte.

Die Planer

Nach Lage der Dinge ist es nahezu unabwendbar, daß die Operation KAL 007 in den USA geplant und in jeder Phase von dort überwacht und gesteuert wurde. Oberte Planungs- und Überwachungsinstanz war die Nationale Sicherheitsbehörde NSA, in deren Zuständigkeit jede Art der Ausspähung mit elektronischen oder sonstigen technischen Mitteln fällt.

Der CIA (Central Intelligence Agency), zuständig für verdeckte Operationen (covert operations), dürfte als in der Lage zitiert werden können. Geheimdienst KCIA (Korean Central Intelligence Agency) fungiert haben; diese beiden Geheimdienste haben langjährige Beziehungen, die von Kennern als „intim“ eingestuft werden.

Ebenso intim sind die Beziehungen des KCIA zu Korean Airlines.

Vor dem Hintergrund dieses geheimdienstlichen Netzwerks erschienen einige Umstände der Operation weit weniger mysteriös — beispielsweise eine mögliche Fehlprogrammierung der INS-Systeme vor dem Start in Anchoorage.

Trotz der zahlreichen Erkenntnisse, die mittlerweile vorliegen, bleiben nicht wenige Fragen ungeklärt. Die Bergung der Wrackteile aus dem Japanischen Meer — womöglich unter der Oberraufsicht der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation ICAO — könnte zur weiteren Aufhellung des Sachverhalts beitragen. Von vorrangigem Interesse wäre dabei natürlich der Flugschreiber des abgeschossenen Jumbos.

Trotz der zahlreichen Erkenntnisse, die mittlerweile vorliegen, bleiben nicht wenige Fragen ungeklärt. Die Bergung der Wrackteile aus dem Japanischen Meer — womöglich unter der Oberraufsicht der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation ICAO — könnte zur weiteren Aufhellung des Sachverhalts beitragen. Von vorrangigem Interesse wäre dabei natürlich der Flugschreiber des abgeschossenen Jumbos.

Der Aufmarsch im Pazifik

Die Operation KAL 007 mag bei so manchem eher Faszination als ein Gefühl der Bedrohung ausgelöst haben. Das dürfte sich ändern, wenn man sich vor Augen hält, daß sich der gesamte nördliche Pazifik zureichend zu einem hochexplosiven Pulverfaß entwickeln.

In den Jahren 1981 bis 1983 wurden die pazifischen Flottenverbände der USA von 479 auf 506 Schiffe aufgestockt, 1988 sollen es 610 sein. Grundlage dieses enormen Flottenaufmarsches im Pazifik ist die nach dem US-amerikanischen Marineminister John F. Lehman benannte „Lehman-Doktrin“. Demnach muß es oberstes Ziel der USA sein, weltweit eine maritime Überlegenheit zu erlangen. „Wir müssen“, so Lehman, „die russische Kriegsmarine auslöschen... Wir müssen die Sowjetunion zu einer isolierten Insel machen.“ (24)

Zu diesem Zweck wird vor allem im Pazifik aufgerüstet, wo die 7. US-Flotte (westlicher Pazifik) und die 3. US-Flotte (östlicher Pazifik) operieren. Diese beiden Flottenverbände stehen unter dem Oberbefehl des Pazifischen Kommandos PACOM (Pacific Command) und umfassen „nahezu die Hälfte der US-Seeestreitkräfte in Friedenszeiten“, (25)

Hauptfaktor bei der Entfaltung einer amerikanischen Meeresmacht im Pazifik ist die Fregate. Nicht zu verkennen ist freilich auch die Tatsache, daß ein gegen die Sowjetunion gerichteter Stützpunktgürtel mit Fruchtdonkapazität entstanden ist, der von Neuseeland über Australien und die Philippinen bis nach Japan reicht und den gesamten Pazifischen Ozean durchzieht. Synchrotron zu mit russischen Aufrüstung läuft eine politische Offensive der USA mit dem Ziel gegen die UdSSR gerichtete regionale Pazifiksysteme zu reaktivieren bzw. neu zu leben zu führen.

Der westliche ANZUS-Block besteht aus den USA, Australien und Neuseeland. Mit der Aufstellung einer pazifischen Schiffe Flottenverbände wurde ANZUS nach einer 20-jährigen Schüchternheit wiederbelebt.

ASIAN, die aus Thailand, den Philippinen, Malaysia, Indonesien und Brunei bestehende Vereinigung südostasiatischer Staaten, soll nach dem Willen der USA künftig nicht mehr nur ein politischer Zusammenschluß sein, sondern zu einem Militärpakt ausgebaut werden.

Wichtiges diplomatisches Ziel der USA ist indessen das Schmelzen eines Dreierpakts USA-Südkorea-Japan.

Der derzeitige Oberbefehlshaber des Pazifischen Kommandos, Admiral Robert Long, hält den Pazifik für eine Region, „wo wir höchstwahrscheinlich eine Konfrontation mit der Sowjetunion erleben werden“. (26) Der „Finstfall“ würde sich etwa folgendermaßen abspielen: Die japanische Flotte, die „mit jetzt 34 und demnächst 60 Zerstörern und Fregatten... eine formidable Stärke“ (27) hat, sperrt die Meerengen von Tsushima (50 km breit), Tsuruga (7,2 km) und Soya (42 km). Die sowjetische Pazifikflotte ist im Japanischen Meer eingeschlossen und so außerstande, in den offenen Pazifik auszuweichen. Die sowjetischen Flottenverbände werden von US-amerikanischen und südkoreanischen Bomberverbänden angegriffen mit dem Ziel, sie zu vernichten.

Der Kreis schließt sich

An diesem Punkt wird die Bedeutung der Operation KAL 007 sichtbar. Für den Fall einer derartigen militärischen Lage im nordwestlichen Pazifik wäre es für die eingeschlossenen sowjetischen Flottenverbände eine Überlebensfrage, ob sie von der eigenen Luftwaffe, vor der Vernichtung geschützt werden könnten. Kenntnisse über die Wirkungsweise der sowjetischen Verteidigungselektronik, über die militärischen und politischen Kommunikationsanordnungen brächten den USA unschätzbare taktische Vorteile.

- 1) Der Spiegel, Heft 38/1983
- 2) Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 18.3.1984, S. 28
- 3) Der Flugjäger Heft 1/1984, S. 9
- 4) Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 11.9.1983, S. 3
- 5) Der Flugjäger a.a.O. S. 9
- 6) ebd.
- 7) ebd.
- 8) Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, a.a.O.
- 9) Der Spiegel, Heft 38/1983
- 10) Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 18.3.1984, S. 28
- 11) Der Flugjäger Heft 1/1984, S. 9
- 12) Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 11.9.1983, S. 3
- 13) Der Flugjäger a.a.O. S. 9
- 14) ebd.
- 15) ebd.
- 16) Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt a.a.O.
- 17) Der Flugjäger a.a.O. S. 13
- 18) ebd. a.a.O. S. 8
- 19) Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt a.a.O.
- 20) zitiert nach Frankfurter Rundschau vom 8.9.1983
- 21) Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, a.a.O.
- 22) Defence Attaché, Heft 1/1984, S. 41 ff
- 23) Newsweek vom 2.7.1984
- 24) zitiert nach Defence Attaché, a.a.O., S. 45
- 25) zitiert nach ebd.
- 26) Gerald L. Borowman, The Military Role in the Shuttle, in: Spaceflight, Mai 1982, zitiert nach a.a.O. S. 45
- 27) Defence Attaché a.a.O. S. 49
- 28) zitiert nach Current Action Information Bulletin, Heft 30, S. 41
- 29) ebd.
- 30) ebd.
- 31) ebd.
- 32) ebd.
- 33) ebd.
- 34) ebd.
- 35) ebd.
- 36) ebd.
- 37) ebd.
- 38) ebd.
- 39) ebd.
- 40) ebd.
- 41) ebd.
- 42) ebd.
- 43) ebd.
- 44) ebd.
- 45) ebd.
- 46) ebd.
- 47) ebd.
- 48) ebd.
- 49) ebd.
- 50) ebd.
- 51) ebd.
- 52) ebd.
- 53) ebd.
- 54) ebd.
- 55) ebd.
- 56) ebd.
- 57) ebd.
- 58) ebd.
- 59) ebd.
- 60) ebd.
- 61) ebd.
- 62) ebd.
- 63) ebd.
- 64) ebd.
- 65) ebd.
- 66) ebd.
- 67) ebd.
- 68) ebd.
- 69) ebd.
- 70) ebd.
- 71) ebd.
- 72) ebd.
- 73) ebd.
- 74) ebd.
- 75) ebd.
- 76) ebd.
- 77) ebd.
- 78) ebd.
- 79) ebd.
- 80) ebd.
- 81) ebd.
- 82) ebd.
- 83) ebd.
- 84) ebd.
- 85) ebd.
- 86) ebd.
- 87) ebd.
- 88) ebd.
- 89) ebd.
- 90) ebd.
- 91) ebd.
- 92) ebd.
- 93) ebd.
- 94) ebd.
- 95) ebd.
- 96) ebd.
- 97) ebd.
- 98) ebd.
- 99) ebd.
- 100) ebd.

AK-Artikel und Diskussionsbeiträge zum Abschub der KAL 007

- AK 238: Der Jumbo-Abschub. Ein Hauch von Sarajewo
- AK 238: Kampf im Zweifels
- AK 238: Zur Vermeidung von Mißverständnissen (Anm. d. AK Red.)
- AK 339: Zur Stellungnahme der AK Redaktion nach dem Abschub der Boeing 747. Handelte die Sowjetunion verbrechenhaft?
- AK 241: Nachlese zur Jumbo-Affäre

„... ein ernster internationaler Zwischenfall“

Auf einer ihrer zahlreichen Raubzüge erbeutete die niederländische antiterroristische Aktionsgruppe „Onkrak“ das (geheime) Szenario der NATO-Stabsübung „Winex 81“ (Winter Exercise) ist die größte NATO-Stabsübung, die unter Teilnahme aller NATO-Mitgliedsstaaten alle zwei Jahre stattfindet. Das Szenario zu „Winex 81“ enthielt diesen in Hinblick auf die „Jumbo-Affäre“ bemerkenswerten Übungsteil:

„Am 3. Februar (1981) entsteht ein ernster internationaler Zwischenfall, als auf einem normalen Linienflug nach Moskau ein Flugzeug einer großen westlichen Luftfahrtgesellschaft durch eine Störung im Navigationssystem außerhalb des erlaubten Luftraumkorridors gerät. Das Flugzeug wird von 'Orange' Jagern (Orange ist der Uegner der NATO — Anm. AK) zur Landung auf einem kleinen Flugplatz gezwungen, wobei es verunglückt und eine Anzahl von Toden und viele Verwundete zu beklagen sind. Diplomatischen

und konsularischen Vertretern wird jeder Zugang zu dem Flugplatz, auf dem das Unglück geschehen ist, sowie zu den Krankenhäusern, in denen die Verwundeten aufgenommen sind, untersagt. Auch das Rote Kreuz wird zurückgewiesen. Die Behandlung der Überlebenden ist besonders unfreundlich. Die Mannschaft wird der Spionage beschuldigt.“

Die niederländische Wochenzeitung „Vrij Nederland“ (1.10.83) kommentierte unter Hinweis auf „die dramatischen Geschehnisse um das koreanische Verkehrsflugzeug“:

„Die Folgerung kann doch keine andere sein, als daß ein solcher Zwischenfall — nach den NATO-Drehbüchern — hätte vorhergesehen werden können.“ (Hervorhebung im Original)

(Zitiert nach „Bunker-Beute — Die Kommunikation der NATO-Stabsübung „Winex 81““ in AK 243, 13.2.84, S. 24, S. 27)

Zur Geschichte und Entwicklung der »Strategischen Rüstungsbegrenzung«

Teil 1

Ende September dieses Jahres werden die USA ein neues Raketen-U-Boot (SSBN) der „Ohio“-Klasse in Dienst stellen. Dieses 24 „Trident“-4-Raketen (SLBM) werden das US-Arsenal auf 1214 strategische Systeme bringen, die mit Mehrfachsprengköpfen (MRV, MIRV) armiert sind. Damit würden die USA über 14 Systeme mehr verfügen, als ihnen die Obergrenzen des SALT-II-Abkommens, das zwar niemals von Washington ratifiziert wurde, dennoch von beiden nuklearen Großmächten bislang penibel eingehalten wurde, zuzurechnen. Es sei denn, Washington würde parallel zur Dislozierung des neuen U-Bootes 16 „Poseidon“-Raketen einmotten oder 14 „Minuteman“-3-ICBMs verschrotten, um auf diese Weise die SALT-II-Grenzen einzuhalten. An der Fortschreibung des „Wettrümens“, dem die SALT-Verhandlungen lediglich „Obergrenzen“ setzen, würde dies allerdings nicht rühren, zumal in Anbetracht der technologischen Fähigkeiten des neuen Systems.

Die gegenwärtige Debatte um die Dislozierung eines neuen Raketen-U-Bootes offenbart das ganze Dilemma und die Defizite der sogenannten „Rüstungskontrolle“ und der dahinter stehenden Konzepte der „kooperativen Rüstungssteuerung“, die in den 70er Jahren das Verhältnis zwischen den beiden nuklearen Großmächten bestimmten. Tatsächlich beinhalten die diversen Abkommen nicht die numerische Verringerung der umfangreichen nuklearstrategischen Arsenale, sondern die Benennung von Obergrenzen des quantitativen „Wettrümens“ (Limitierung der Aufrüstung anstatt Abrüstung). Die Abrüstung bestimmter Systeme erfolgte lediglich — wenn sie überhaupt erfolgte — in Form der „Abrüstung“ auf qualitativ bessere Systeme. Die vertraglich legitimierte Aufrüstung hat derweil dazu geführt, daß die USA im Begriff sind, die quantitative Obergrenze des SALT-II-Abkommens hinsichtlich der mit MRV bzw. MIRV armierten Trägersysteme zu durchstoßen. Die qualitative Aufrüstung wurde von den SALT-II-Abkommen überhaupt nicht erfaßt, bzw. lediglich in quantitativer Form, d.h. mittels der numerischen Begrenzung von Trägersystemen der Technologie der Mehrfachsprengköpfe. Die Fähigkeit, mit Hilfe von unabhängigen voneinander steuerbaren Mehrfachsprengköpfen (MIRV) mit einem Trägersystem gleich mehrere Ziele abzudecken, degradierte jedoch die Trägersysteme (und Abschußvorrichtungen) zu einem zweitrangigen Faktor und Rüstungsbegrenzungskriterium.

Der folgende erste Teil des aus zwei Teilen bestehenden Artikels widmet sich dem SALT-II-Abkommen (ABM-Vertrag und Interimabkommen über ICBM und SLBM von 1972) und seiner Vorgeschichte. Der zweite Teil des Artikels wird sich mit dem „Abkommen zur Verhütung nuklearen Krieges“ (1973), dem SALT-II-Vertrag und den Bedenken und Einwänden der westeuropäischen NATO-Partner — die schließlich u.a. den sogenannten NATO-„Doppel“ bzw. „Nach“rüstungsbeschluß zur Folge hatte — befassen. Des weiteren wird der zweite Teil des Artikels eine ausführlichere Kritik der Rüstungskontrollverhandlungen und der Konzeption der kooperativen Rüstungssteuerung — wie sie noch heute in sozialdemokratischen Kreisen Anklang findet — beinhalten.

Zur Vorgeschichte der strategischen Rüstungsbegrenzung

Anfang der 60er Jahre verfügte die SU erstmals über einige interkontinentale Systeme, die auch nach Hinnahme eines nuklearstrategischen Angriffes der USA noch funktions- und einsatzfähig geblieben wären. Die SU verfügte somit erstmalig über eine einigermaßen gesicherte Fähigkeit, von der SU aus das US-Territorium mit nuklearen Schlägen zu belegen. Die sowjetische Fähigkeit zum „second strike“ war allerdings viel geringer als die der USA zur selben Zeit. Dennoch wurde deutlich, daß alle Pläne, die in jedem Fall eine nukleare Kriegsführung gegen die SU im Zentrum hatten, obsolet wurden. Die Chancen für einen erfolgreichen durchgeführten nuklearstrategischen Angriff oder einen vorwegnehmenden nuklearstrategischen Schlag (preemptive strike) verschlechterten sich zusehends, was mit dem Anwachsen der nuklearstrategischen Potentiale und der relativen Unverletzlichkeit der „second-strike“-Arsenale zusammenhing. Die relative Unverletzlichkeit einiger sowjetischer „second strike“-Systeme war dadurch gegeben, daß die USA ihre Abschüsse nicht genau genug kannten. Die Fähigkeit der USA zum „second strike“ — die weit größer und technologisch perfekter als die der SU war — beruhte auf genau genug kannten. Die Fähigkeit der USA zum „second strike“ — die weit größer und technologisch perfekter als die der SU war — beruhte auf der Verbunkung von ICBM-Stellungen und der alsbald einzutretenden Installation von Nuklearraketen auf U-Booten. Die Fähigkeiten zum nuklearstrategischen „second strike“ basierte seitens der USA in den nächsten Jahren in erster Linie auf ihrem SLBM-Programm (1). U-Boote bieten den Vorteil, daß sie bei nuklearem Antrieb lange unter Wasser verweilen können und infolgedessen vom Gegner kaum auszumachen und zu zerstören sind. Sie können zudem ihre Nuklearraketen im geschützten Zustand abschießen.

Zu dieser Zeit, Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre, wurden die folgenden drei militärstrategischen Konzepte erörtert — der nukleare Überraschungsangriff (first strike), der die Fähigkeit zur Durchdringung der gegnerischen Abwehr und zur Zerstörung der gegnerischen Raketenbasen voraussetzte. Diese Fähigkeit hing von der Verfügung über Durchdringungshilfen (Köder, später insbesondere MIRV-Systeme) einerseits und ABM-Systemen und der Verletzbarkeit der Raketenbasen des Kontrahenten andererseits ab. Letztere kann durch Verbunkung, räumliche Streuung der Abschußbasen oder Mobilität (z.B. Stationierung auf U-Booten) vermieden werden. Gegenüber den beiden Hauptnuklearmächten USA und SU war schon bald ein „first strike“ kaum als erfolgreich denkbar, aufgrund des wachsenden Umfangs ihrer Arsenale und der relativen Unverletzlichkeit von Teilen derselben. Die Anwendung dieser Strategie kam nur noch gegenüber kleineren Nuklearmächten wie China in Betracht, die nicht über eine „second strike“-Kapazität verfügten. Auch im Verhältnis zweier kleinerer Nuklearmächte zueinander war die Anwendung des „first strike“ noch denkbar

— Der vorwegnehmende Schlag („preemptive strike“) kam aus denselben Gründen als rationale Kriegsführungsoption nicht mehr in Betracht.

— Der Vergeltungsschlag („second strike“) verließ sich auf die Unverletzbarkeit eines ausreichenden Teiles der eigenen Angriffssysteme. Die für den Gegner offensichtliche Fähigkeit, den „first strike“ zu überleben und ihm nachträglich — insbesondere gegenüber seinen Städten — mit den „second strike“-Kapazitäten einen Schaden zuzufügen, der in keinem Verhältnis zum Nutzen eines gegenseitigen nuklearstrategischen Schlagabtausches steht, sollte ihn von einem „first strike“ abschrecken.

— Diese Konzeption des Vergeltungsschlages entsprach der nuklearstrategischen Ordnung, wie sie Anfang der 60er Jahre konzipiert wurde. Ihre Folgen waren die NATO-Strategie der „flexible response“ und die US-Nukleardoktrin von der „Mutual Assured Destruction“ (MAD), populär übersetzt: „wer als erster schießt stirbt als zweiter“.

Die Kuba-Krise von 1962 offenbarte die wachsende Bedeutung konventioneller Streitkräfte und Kriegsführungsoptionen unterhalb der Schwelle zum allgemeinen Nuklearkrieg. In Anbetracht eines nuklearstrategischen Patts, das der nuklearstrategischen Kriegsführung jede Rationalität nahm.

„Wenn der sowjetische Diktator den amerikanischen Präsidenten trotzdem

um die Durchführung der Rationallität nahm. „Wenn der sowjetische Diktator den amerikanischen Präsidenten trotzdem hätte daran hindern wollen, mit Hilfe dieser unmittelbar örtlich anwesenden riesigen amerikanischen Streitkräfte in Kuba zu intervenieren und die von dort ausgehende nukleare Bedrohung Amerikas zu beseitigen, dann hätte ihm nur die Möglichkeit offen gestanden, dies vierselten auf dem Wege nuklearer Kriegsführung mit Raketen von Rußland aus zu tun. Anders ausgedrückt: Für Chruschtschow gab es nur die Alternative, entweder die amerikanischen Aktionen gegen Kuba zu dulden oder aber den Entschluß zum nuklearen Raketenkrieg zu fassen. Er war vernünftig genug, das letztere auszuschließen. (...) Man kann die Erfahrungen dieses Ablaufs der Kuba-Krise auch anders formulieren und sagen: Die Kuba-Krise hat derjenige gewonnen, der unter dem Schutzschirm des beiderseitigen nuklearen Patts am Orte des Geschehens konventionelle Machtmittel in einer übertragenden Quantität zur Verfügung hatte. Er brauchte nur damit zu drohen diese einzusetzen, er brauchte nicht einmal tatsächlich zu schießen. Die Nutzenwendung für Europa aus der während des Ablaufs der Kuba-Krise deutlich gewordenen außenpolitischen, militärstrategischen, gesamtstrategischen Umwälzung führt übrigens unmittelbar zum Verständnis dessen, was später die Krise der NATO genannt wurde. Was für Kuba gilt, gilt tendenziell ähnlich für Berlin oder für die Nordflanke oder die Südflanke der NATO, für Anatolien oder Nordnorwegen.“ (2)

Das Verhältnis der nuklearen Waffen zu den konventionellen Waffen kehrte sich um: Während in den 50er Jahren, bzw. zur Zeit der Strategie der „massive retaliation“, die konventionellen Streitkräfte die Funktion des „Schildes“ und die nuklearen Streitkräfte die Funktion des „Schwertes“ wahrnahmen, wurden nun die konventionellen Streitkräfte zum „Schwert“

und die nuklearen Streitkräfte zum „Schild“.

Nachdem die 1962 verkündeten strategischen Kriegsführungskonzepte „counterforce“ und „no cities“ am Erwerb sowjetischer Zweutschlagsfähigkeit gescheitert waren, und damit auch der Versuch, das „Abschreckungsproblem“ einseitig per US-„superiority“ zu lösen, gelangte der ehemalige US-Verteidigungsminister McNamara zu der Auffassung, daß nukleare Macht über „passive Abschreckung“ hinaus politisch nutzlos sei. Vor diesem Hintergrund wurde die „Mutual Assured Destruction“-Doktrin verkündet.

Durch technische, qualitative und quantitative Maßnahmen sollte primär die Sicherstellung einer Zweutschlagskapazität gewährleistet werden. Dazu zählten u.a. eine hohe Reaktionsfähigkeit, die Verbunkung von ICBM in Silos, die Vermehrung der Gefechtsköpfe (MRV, MIRV), höhere Treffgenauigkeit der Systeme, Unempfindlichkeit der C-3-Einrichtungen etc.

In Anbetracht einer entstehenden sowjetischen gesicherten „Minimalabschreckung“ sowie des Problems, daß die SU keine Anstalten machte ihre Nuklearstrategie nach denselben Spielregeln zu gestalten wie die USA, wurde das US-Potential strategischer Überlegenheit sinnlos.

Weder „Schadensbegrenzung“ (im Sinne der Führbarkeit eines nuklearstrategischen Schlagabtausches) noch „aktive Abschreckung“ (gleich „massive Entwarnungsschlag“ gegen die „first-“ und „second-strike“-Systeme des Gegners) konnten länger verwirklicht werden. „Schadensbegrenzung“ nicht, weil sich der sowjetische Erwerb der Fähigkeit zum „second strike“ gerade auf die „gesicherte Zerstörung“ der amerikanischen Städte bezog. Dies aus dem simplen Grunde (u.a.), weil die SU seinerzeit überhaupt nicht über die Voraussetzung zur kontrollierten und begrenzten nuklearstrategischen Kriegsführung verfügte (z.B. hohe Treffgenauigkeit, um eine „counterforce“-Strategie verfolgen zu können).

Die Strategie der „Schadensbegrenzung“ durch „Vorangriff“ auf die strategischen Systeme der SU wurde mit der „MAD“-Doktrin abgewandt in Richtung „gesicherte Zerstörung“ eines ausreichenden Teils der Zivilisationswerte der SU-Gesellschaft. Das „counterforce“-Potential war unter den damals fehlenden technologischen Voraussetzungen funktionslos geworden, der offensive Akzent der Abschreckungsdrohung wurde vorübergehend aufgegeben. Der Schwerpunkt der Zielplanung verschob sich von „counterforce“ auf „countercity“. Damit war die US-Doktrinentwicklung vorübergehend wieder zu ihrem Ausgangspunkt zurückgekehrt: zur „massive retaliation“. Nur unter völlig anderen Bedingungen als in den 50er Jahren, denn die SU konnte nun ebenfalls ihrerseits mit der „gesicherten Zerstörung“ drohen.

Vor diesem Hintergrund war es nur zu verständlich, wenn sich die sowjetische Zweutschlagsstrategie nicht gegen die gegnerischen nuklearstrategischen Abschußbasen, wie es die USA im Sinne der Führung eines nuklearstrategischen Schlagabtausches, bei dem der numerisch und technologisch Überlegene „gewinnt“ hätte, wüßten, sondern gegen die amerikanischen Städte richtete. Dies führte jedoch die „countercity“-Schlag der SU — verbunden mit Verlusten unter der US-Bevölkerung ähnlich einem „countercity“-Schlag — wenig zu tun gehabt.

Die Strategie der „Schadensbegrenzung“ durch „Vorangriff“ auf die strategischen Systeme der SU wurde mit der „MAD“-Doktrin abgewandt in Richtung „gesicherte Zerstörung“ eines ausreichenden Teils der Zivilisationswerte der SU-Gesellschaft. Das „counterforce“-Potential war unter den damals fehlenden technologischen Voraussetzungen funktionslos geworden, der offensive Akzent der Abschreckungsdrohung wurde vorübergehend aufgegeben. Der Schwerpunkt der Zielplanung verschob sich von „counterforce“ auf „countercity“. Damit war die US-Doktrinentwicklung vorübergehend wieder zu ihrem Ausgangspunkt zurückgekehrt: zur „massive retaliation“. Nur unter völlig anderen Bedingungen als in den 50er Jahren, denn die SU konnte nun ebenfalls ihrerseits mit der „gesicherten Zerstörung“ drohen.

Die Strategie der „Schadensbegrenzung“ durch „Vorangriff“ auf die strategischen Systeme der SU wurde mit der „MAD“-Doktrin abgewandt in Richtung „gesicherte Zerstörung“ eines ausreichenden Teils der Zivilisationswerte der SU-Gesellschaft. Das „counterforce“-Potential war unter den damals fehlenden technologischen Voraussetzungen funktionslos geworden, der offensive Akzent der Abschreckungsdrohung wurde vorübergehend aufgegeben. Der Schwerpunkt der Zielplanung verschob sich von „counterforce“ auf „countercity“. Damit war die US-Doktrinentwicklung vorübergehend wieder zu ihrem Ausgangspunkt zurückgekehrt: zur „massive retaliation“. Nur unter völlig anderen Bedingungen als in den 50er Jahren, denn die SU konnte nun ebenfalls ihrerseits mit der „gesicherten Zerstörung“ drohen.

Die Strategie der „Schadensbegrenzung“ durch „Vorangriff“ auf die strategischen Systeme der SU wurde mit der „MAD“-Doktrin abgewandt in Richtung „gesicherte Zerstörung“ eines ausreichenden Teils der Zivilisationswerte der SU-Gesellschaft. Das „counterforce“-Potential war unter den damals fehlenden technologischen Voraussetzungen funktionslos geworden, der offensive Akzent der Abschreckungsdrohung wurde vorübergehend aufgegeben. Der Schwerpunkt der Zielplanung verschob sich von „counterforce“ auf „countercity“. Damit war die US-Doktrinentwicklung vorübergehend wieder zu ihrem Ausgangspunkt zurückgekehrt: zur „massive retaliation“. Nur unter völlig anderen Bedingungen als in den 50er Jahren, denn die SU konnte nun ebenfalls ihrerseits mit der „gesicherten Zerstörung“ drohen.

Die Strategie der „Schadensbegrenzung“ durch „Vorangriff“ auf die strategischen Systeme der SU wurde mit der „MAD“-Doktrin abgewandt in Richtung „gesicherte Zerstörung“ eines ausreichenden Teils der Zivilisationswerte der SU-Gesellschaft. Das „counterforce“-Potential war unter den damals fehlenden technologischen Voraussetzungen funktionslos geworden, der offensive Akzent der Abschreckungsdrohung wurde vorübergehend aufgegeben. Der Schwerpunkt der Zielplanung verschob sich von „counterforce“ auf „countercity“. Damit war die US-Doktrinentwicklung vorübergehend wieder zu ihrem Ausgangspunkt zurückgekehrt: zur „massive retaliation“. Nur unter völlig anderen Bedingungen als in den 50er Jahren, denn die SU konnte nun ebenfalls ihrerseits mit der „gesicherten Zerstörung“ drohen.

Ein widersprüchlicher Prozeß: „Freeze“ und „MIRV“-„ABM“

Offiziell mit der notwendigen Absicherung der „Assured Destruction Capability“ begründet, war die Fähigkeit vorausgesetzt, jede etwaige sowjetische ABM-Abwehr zu durchbrechen, sozogen die USA in einen qualitativen und technologischen Wettlauf ein, dessen Resultat insbesondere in der Entwicklung und Produktion von MRV (Mehrfachsprengköpfen) und später dann auch MIRV (Mehrfachsprengköpfe, unabhängig voneinander steuerbar, was die Anzahl der anvisierbaren Ziele pro Trägersystem multipliziert), bestand.

1967 trat McNamara zwar die Zahl der Strategier für landgestützte ICBMs bei 1054 (1000 „Minuteman“, 54 „Titan-2“) und der SLBMs bei 656 auf 41 nuklear angetriebenen

U-Booten des „Polaris“-Systems ein, unberührt von diesem „Freeze“ blieb jedoch die Anzahl der Sprengköpfe. Die Atom-U-Boote waren mit dem neuen „Polaris-A3“-SLBM ausgerüstet, mit drei Sprengköpfen in einer Streuangriffs-Spize MRV. McNamara leitete die Umfährung der ICBM-Systeme von Einfachsprengköpfen auf Mehrfachsprengköpfe (MRV) und schließlich unabhängig voneinander steuerbare Mehrfachsprengköpfe (MIRV) ein. Mit dem „Polaris-A3“-System mußte man alle Flächenziele in der SL abdecken, was allerdings die wändige Präsenz von mindestens 15 der 41 U-Boote auf offener See erforderte. MIRV wurde erst 1970 als Dreifach-Angriffssystem für das ICBM-System „Minuteman III“ (3 x 200 kt) und 1971 als Zehnfach System (10 x 50 kt) für das SLBM System „Poseidon C-3“ verwendet. All diese Maßnahmen, dazu gesellten sich noch die bessere Hartung der amerikanischen ICBM-Stellungen sowie größere Reichweiten der SLBMs, jenseits der Masse sowjetischer U-Boot-Abwehrsysteme und aus jeder Position auf den Weltmeeren abfeuerbar („Trident“-Programm), präsentierten McNamara lediglich als „Findegründchen“ gegen strategische Abwehrsysteme, obgleich Mehrfachangriff bei hinreichender Zielgenauigkeit darüber hinaus auch die Zahl der erreichbaren und zerstörbaren Ziele vermehrt und so zusätzliche Angriffsoptionen bietet, welche die Zielangriffskapazität insgesamt steigern.

Die amerikanische ABM-Debatte

Mitte der 60er Jahre wurde die Frage, ob die USA einen landesweiten Raketenabwehrschirm aufbauen sollten, zum zentralen Gegenstand der rüstungspolitischen Debatte in den USA. Während eine starke konservative „Hardliner“-Gruppe in und außerhalb der Administration die Installation eines ABM-Systems verlangte, bezweifelte McNamara dessen praktischen Nutzen und konnte sich kein günstiges Kosten-Nutzen-Verhältnis für die darüber benötigten massiven Investitionen vorstellen. McNamara gab der Verbesserung der Eindringfähigkeit und Zielangriffswirkung der Offensivwaffen den Vorrang. Ein ABM-System konnte seiner Auffassung nach gegenüber einer Nuklearmacht wie der SU keine Sicherheit (im Sinne von „Unverletzlichkeit“ des eigenen Territoriums) mehr garantieren. Als realistische Option kam es, in Anbetracht der quantitativen und qualitativen enormen strategischen Arsenale der beiden „nuklearen Supermächte“, nur noch gegenüber kleineren Nuklearmächten, d.h. Staaten mit weit geringeren strategischen Arsenalen als USA und SU, in Betracht. Die Entwicklung der Waffentechnologie sollte McNamara Recht geben: Das Duell zwischen ABM-Systemen und MIRV-Systemen konnte

beim „first strike“ die Fähigkeit der Waffentechnologie sollte McNamara Recht geben: Das Duell zwischen ABM-Systemen und MIRV-Systemen konnte letztere für sich entscheiden. Als „nachdeckend“ war ABM spätestens mit dem Auskommen der MIRV-Technologie nicht mehr realisierbar. MIRV-Systeme sind nicht nur dazu in der Lage, gegnerische ABM-Systeme zu „saturieren“, sie decken vor allem eine Vielzahl von Zielen oder eine Fläche ab. Spätestens Ende der 60er Jahre wurde evident: Wer seine Raketenverdrängung gegenüber der MIRV-Technologie des Kontrahenten effektiv machen will, muß wesentlich mehr zusätzlich aufwenden als derjenige, der sein vorhandenes offensives nuklearstrategisches Arsenal zusätzlich mit immer besserer MIRV-Technologie ausstattet. Daß die ABM-Forschung, Entwicklung und im geringeren Ausmaß dann auch Produktion in den USA dennoch fortgesetzt wurde, hatte die folgenden Gründe:

— Zunächst einmal galt es, die „Hardliner“ innerhalb und außerhalb (Konkreß der Administration) zu befriedigen, die, alarmiert durch sowjetische ABM-Arbeiten („Galosh“) lautstark die Installation eines landesweiten, nachdeckenden ABM-Schirms verlangten.

McNamara signalisierte Bereitschaft, die Installation eines räumlich begrenzten, „dünnen“ Schirms von ABM-Stellungen gegen eine mögliche chinesische Drohung zu veranlassen. Von den ABM-Befürwortern konnte eine „chinaorientierte“ ABM-Abwehr als Voraussetzung zu einer später auch „SU-orientierten“ interpretiert werden. Zudem ergab eine „chinaorientierte“ ABM-Abwehr zum damaligen Zeitpunkt auch noch durchaus einen nuklearpolitischen Sinn. Der Wert kleinerer Nukleareinrichtungen liegt weniger in der Fähigkeit einen nuklearstrategischen Schlagabtausch mit den nuklearen „Supermächten“ führen zu

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

können, sondern darin, als „Auslöser“ einer nuklearen Konfrontation zu fungieren, in die dann eine nukleare „Supermacht“, u.a. bedingt durch ihr konfrontatives Verhältnis zur anderen nuklearen „Supermacht“ quasi gegen ihren Willen hineingezogen wird. (2a) Diese Möglichkeit verstärkt bereits in Friedenszeiten den „drohpolitischen“ Charakter kleinerer Arsenal nuklearer „Drittstaaten“, die für sich allein genommen kaum oder nur eingeschränkt über „second strike“ bzw. „assured destruction capability“ gegenüber den vergleichsweise „gigantischen“ Arsenalen der nuklearen „Supermächte“ verfügen. Heute muß davon ausgegangen werden, daß es keiner „dritten Nuklearmacht“ auf sich allein gestellt gelingen würde, eine der beiden nuklearen „Supermächte“ quantitativ (und wohl auch nicht qualitativ) einzukreisen, geschweige denn gegenüber beiden „Supermächten“ ein glaubwürdiges „assured destruction“ oder gar „counterforce“-Potential aufzubauen. Eine „chinoisorientierte“ ABM-Abwehr wollte ein chinesisches Nuklearpotential in dieser Hinsicht entwerfen und neutralisieren und somit die USA gegenüber etwaigen nuklearen Unwägbarkeiten durch einen „nuklearen „Dritten“ versichern. Auf diese Weise erwies es sich als möglich, die bipolare Nuklearrordnung aufrecht zu halten, die man für kontrollierbar erachtete, als eine multipolare. Eine Rolle spielte in diesem Zusammenhang sicherlich auch der Krieg in Südostasien bzw. die Verwicklung der USA und Chinas in diesen Krieg (3).

— Desweiteren war beabsichtigt, ABM als Verhandlungsmasse in zukünftige strategische Rüstungskontrollverhandlungen mit der SU einzubringen. Dies setzte allerdings voraus, daß ABM-Projekt in einem bestimmten Umfang weiter zu verfolgen. Am 24. Januar 1967 erklärte Präsident Johnson in seiner Budgetbotschaft an den Kongreß, seine Administration schlage vor, Entwicklung und Erprobung des für ABM Zwecke vorgesehenen „Nike-X-Systems“ „kraftvoll“ fortzusetzen. Gleichzeitig erklärte Johnson, die USA sollten derweil Verhandlungen mit der SU eröffnen mit dem Ziel, durch förmliches oder formloses Abkommen die Dislokierung von ABM-Systemen zu begrenzen und für den Fall des Scheiterns derartiger Verhandlungen die Entscheidung über ABM-Dislokierung erneut überprüfen. In ähnlicher Weise äußerte sich auch McNamara.

„MAD“-Doktrin und Realität

Im Widerspruch zu McNamaras These, daß nukleare Macht über „passive Abschreckung“ hinaus unnütz geworden sei, befand sich allerdings das umfangreiche nuklearstrategische Arsenal der USA. Ihr nuklearstrategisches Arsenal erlaubte den USA, das in der „MAD“-Doktrin angegebene Ziel der „gesicherten Zerstörung“ und der Fähigkeit zum „nuklearen Zweitschlag“ gleich mehrfach auszuführen. McNamara benötigte sich dieses offensichtlich Mißverhältnis zwischen Doktrin und Potential mit der sogenannten „Over Kill“-These zu kaschieren. Demnach habe jeder Bestandteil der strategischen „Triade“ (landgestützte ICBMs, seegestützte SLBMs, nuklearstrategische Bomberverbände) über eine „assured destruction capability“ zu verfügen, um gegen einen sowjetischen „first strike“ auf jeder Ebene gewappnet zu sein. Insbesondere die Einführung von MIRV mußte dieses Mißhältnis noch verstärken. Zumal sich konservative Fraktionen in den USA von der Einführung dieser Technologie (zuzüglich ABM) die Wiedergewinnung einer unbestrittenen, eindeutigen nuklearstrategischen Überlegenheit erhofften. McNamara sah sich somit mit dem Problem konfrontiert, eine entscheidende qualitative Revolutionierung des strategischen Potentials mit den eher „passiven“ Elementen der „MAD“-Doktrin in Einklang zu bringen. Von nun an wurde jede Modernisierung und jeder quantitative Ausbau des strategischen Potentials mit der angeblich notwendigen Sicherung der Fähigkeit zum „second strike“ begründet. Tatsächlich handelte es sich dabei um eine äußerst notdürftige „Begründung“, wurde doch jede Möglichkeit der Erhöhung eigener Offensivkapazitäten ausgeschöpft. Die „MAD“-Doktrin einerseits und die zu ihr z.T. im Widerspruch erfolgende reale Rüstungspolitik andererseits waren nicht zuletzt auch Ausdruck von innenpolitischen Widersprüchen und divergierenden Interessen in der politischen und militärischen Administration selbst. McNamara konnte weder die durch innenpolitischen Druck vorangetriebene

Waffenentwicklung verhindern, noch war er gewillt, das Konzept der „gesicherten Zerstörung“ aufzugeben. Das Wachstum des strategischen Potentials verhielt sich wiederum zur strategischen Doktrin „kontraproduktiv“, da sie zwar eine enorme Steigerung der strategischen Flexibilität gestattete, die jedoch nach der „MAD“-Doktrin ungenutzt bleiben mußte. Es gab nur zwei Möglichkeiten, diese Diskrepanz zu beseitigen: a. Verzicht auf die neuen Technologien und Beschränkung auf ein nuklearstrategisches Arsenal, daß die Fähigkeit zum „second strike“ gewährleistet oder aber b. Anpassung der Doktrin an die technologische Entwicklung, was die Abkehr von der „assured destruction“ zugunsten von „counterforce“ beinhalten mußte.

Unter Verteidigungsminister Schlesinger wurde dann später auch diese Abkehr vollzogen. Während McNamara zu der Auffassung gelangt war, daß militärische Macht über bloße Abschreckung hinaus politisch nutzlos geworden sei, war Schlesinger davon überzeugt, daß militärische und auch nukleare Macht politisch einsetzbar und auf abschbare Zeit unverzichtbares Instrument amerikanischer „Sicherheitspolitik“ sei. Schlesinger sah in einer Aufgliederung des Ab-

beiden Ländern auf je zwei zu je 100 Abfang-Flugkörpersysteme. In jeder der beiden Stellungen dürfen nur je 100 Startgeräte disloziert werden und für jedes Startgerät mit je ein ABM-Flugkörper bereit gehalten werden (4). Jede der Stellungen durfte einen Radius von 150 km nicht überschreiten und beide müssen von Murellokt zu Murellokt mindestens 100 km voneinander entfernt liegen. Eine dieser Stellungen darf um die Hauptstadt, die andere um eine ICBM-Stellung angelegt werden. Radaranlagen zur Frühwarnung vor einem belästigten Flugkörper-Angriff durften nur noch entlang der Peripherie des jeweiligen nationalen Territoriums angelegt werden. Desweiteren verbietet der Vertrag es, anderen Flugkörpern, Startgeräten und Radaranlagen ABMT geschaltet zu geben. Dies betraf insbesondere die bereits existierenden Boden-Luft-Abwehresysteme, deren Umrüstung zu ABM-Zwecken besonders in den USA wiederholt geübt wurde (z.B. das ABM Modell „Nike X“ bzw. „Nike Zeus“) und geprobt wird („Patriot“). Es sollte ausgeschlossen werden, daß bereits existierende ballistische Flugkörpersysteme in ABM-Systeme konvertiert oder als Doppelzweckwaffen verwendet werden.

Herausforderungen an ein ABM-System wenig zueigen mußten, b. bestand sich die ABM-Forschung noch am Anfang, so daß beide Seiten bei näherer Betrachtung nicht mit unmittelbaren Beschränkungen konfrontiert wurden. Die Vertragspartner gingen zudem bei Abschluß des ABM-Vertrages keine Verpflichtungen bezüglich System der Zukunftstechnologie ein. Forschung, Entwicklung und Erprobung neuer Systeme blieben weitgehend von Restriktionen unbehelligt. Das hauptsächlichste Manko des Vertrages ist jedoch, daß er die Bekämpfung von Satelliten nicht ausdrücklich untersagt. Unterliegt es lediglich die Bekämpfung der Aufklärungs- und Kommunikations-Satelliten, die der Verifizierung von ABM-relevanten und für das „Interimsabkommen“ über ICBM und SLBM notwendigen Maßnahmen dienen. Der ABM Vertrag reicht jedoch nicht aus, die Satellitenbekämpfung generell zu verbieten. Doch gerade die Bekämpfung von Satelliten spielt im Rahmen der Militarisierung des Weltraums eine große Rolle, handelt es sich dabei doch nicht um ein eher „futuristisch“ anmutendes Vorhaben, sondern um Maßnahmen mit ganz unmittelbaren Auswirkungen auf das indische Kriegsgeschehen. Die Entwicklung, Erprobung und Produktion von Anti-Satelliten-Systemen, die den Gegner auf dem Schlachtfeld (bzw. noch im Vorfeld des direkten Kriegsgeschehens) „blind, taub, stumm“ machen bzw. die Verbindung zwischen den Streitkräften auf dem Schlachtfeld und der Kommandozentrale unterbrechen sollen, ist ein ganz wesentliches — weltrealistisches — Element des gegenwärtigen US-Aufrüstungsprogrammes für den Weltraum (5).

Das „Interimsabkommen“ über ICBM und SLBM. Die Definitionen strategischer Systeme beruhte auf zwei Elementen, dem Reichweitenmerkmal und dem Antriebsmerkmal. Für landgestützte ICBMs lautete die Definition — nach dem Reichweitenmerkmal — „ballistische Flugkörper mit einer Reichweite über die kürzeste Entfernung zwischen der nordöstlichen Grenze der kontinentalen Vereinigten Staaten und der nordwestlichen Grenze der kontinentalen Sowjetunion“ (Auslegungsdokument A), in Kilometern ausgedrückt 5.500 km. Diese Entfernung wurde im Rahmen von SALT als „Mindestdistanz“ bezeichnet. Sie machte die Mindestreichweite strategischer und ballistischer Flugkörper aus, sowohl sie landgestützt und in den beiden betroffenen Staatsgebieten disloziert waren. Für die Definition von SLBMs als strategische Systeme — und somit unter die SALT-Vereinbarung fallend — wurde nicht das Reichweitenmerkmal, sondern das Antriebsmerkmal zugrunde gelegt. Die Definition eines SLBMs als strategisch hängt deshalb von der Art seines Trägersystems ab. Es muß sich dabei um nuklear angetriebene U-Boote handeln, die zudem das Merkmal „modern“ — im Vergleich zu den vor 1964 dislozierten Modellen — erfüllen.

Das auf fünf Jahre befristete „Interimsabkommen“ sah lediglich eine Begrenzung der Startgeräte und Plattformen vor, nicht jedoch der Flugkörper selbst, ergo auch nicht der Antriebsstufen, Startsysteme (z.B. Kaltstartverfahren im Silo, das die Option der „Nachladefähigkeit“ eröffnete), Antriebsstufen, „Wiedereintrittsvehikel“, reentry vehicle, oder Behälter/Dispenser dafür, die mehrere Sprengköpfe absetzen können, sogenannte „post-boost-vehicle“) und Sprengköpfe. Die gesamte MIRV-Technologie wurde von dem Abkommen nicht erfaßt, d.h. daß der Vertrag den quantitativen Ausbau der Sprengkopfarmale zu nuklearstrategischen Zwecken zuließ. Die USA mußten nicht eines ihrer laufenden und noch geplanten Waffenprogramme aufgrund des SALT-Abkommens suspendieren. Bereiche wie die der strategischen Fernbomber und Forward Based Systems, bei denen die USA erhebliche Vorteile für sich verbuchen konnten, blieben wie die MIRV-Technologie unberücksichtigt. Inagratum verschoben die SALT-Abkommen das Wettrennen zwischen USA und SU von der quantitativen auf die qualitative Ebene, wo die USA einen deutlichen Vorsprung hatten.

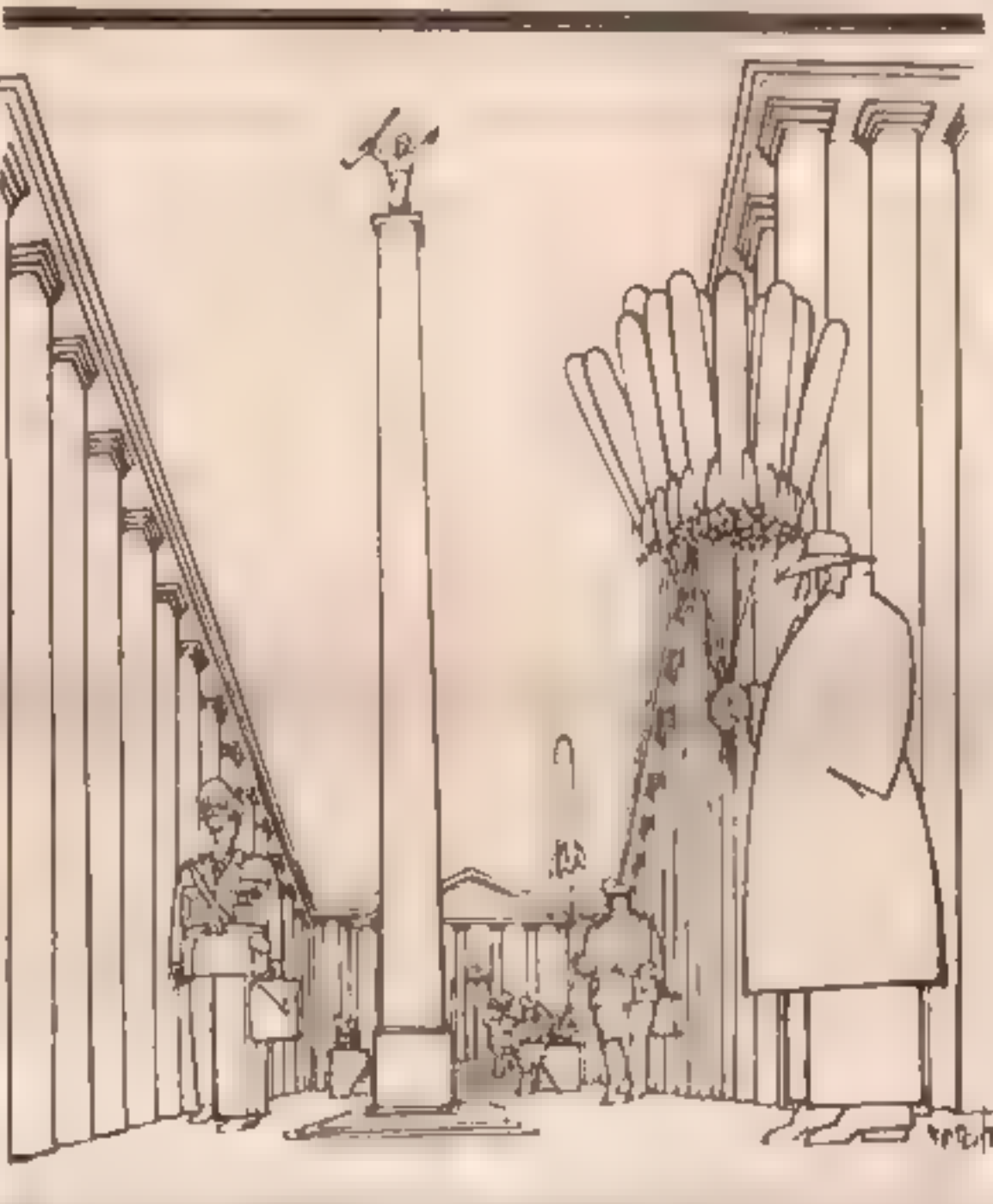
Zwar konnte die SU im vom Abkommen erfaßten Bereich einen Zahlenvorsprung bei den Startgeräten bzw. Flugkörpern (inklusive U-Boote) vorweisen, nicht jedoch für die zielfähigen Waffen, da die Sowjetenrechner und MIRV ausgemattet waren. Bis 1975 konnte jeder sowjetische Flugkörper nur einen Sprengkopf auf ein Ziel absetzen. Dies bedeutete, daß die SU mit den ihnen im SALT-Abkommen zugesprochenen 2358 Flugkörpersystemen gegenüber 1710 der USA im ICBM

und SLBM-Bereich bestenfalls ebenso viele Ziele angreifen konnten. In Wahrheit war jedoch die Zahl der anvisierbaren Ziele noch erheblich geringer, da die SU — aufgrund der geringeren Treffgenauigkeit ihrer strategischen Systeme — zur Mehrfachabdeckung gezwungen war. Zudem waren die sowjetischen Systeme gegenüber „counterforce“-Angriffen anfälliger bzw. schlechter gewappnet, als die nuklearstrategischen Systeme der USA. Die Umrüstung der US-SLBM Streikkräfte von „Polaris“ auf „Poseidon“, die seit 1971 im Gange war und noch während der Laufzeit des „Interimsabkommens“ abgeschlossen werden konnte, brachte mit 496 „Poseidon“ auf 31 Booten bis zu 4960 zielfähige 50 kt-Sprengköpfe dank des 10 x 50 kt-MIRV-Systems, mit dem „Poseidon“ bestückt wurde. Die 5550 „Minuteman“-3 ICBMs erhöhten die Gesamtzahl der Sprengköpfe von US-SLBM und ICBMs dank ihrer 3 x 170 kt-MIRV Spitzon um weitere 1150 Sprengköpfe. Dazu gesellten sich noch die 480 MRV-Streugriffs-Sprengköpfe der restlichen „Polaris“-A3 SLBMs auf den übrigen zehn U-Booten (= 160 Systeme) sowie die 450 1-2 Mt Sprengköpfe der 450 „Minuteman“-2, die neben den 54 massiven Sprengköpfen der „Titan“-2. Allein in dem „Interimsabkommen“ thematisierten Bereich stellte sich für die Zeit des Abkommens das reale Angriffsverhältnis mit zielfähigen Waffen als etwa 7.200 zu 2.400 (oder drei zu eins) zugunsten der USA dar. Das Kräfteverhältnis verbesserte sich weiter zu Gunsten der USA, wenn man die auf Seiten der SU notwendige Mehrfachabdeckung von Zielen sowie die vom Abkommen nicht erfaßten Bereiche (nuklearstrategische Bomber, Forward Based System) miteinbezieht.

Die Kritik der Konservativen in den USA am SALT-Abkommen galt dem ihrerseits im Vertragwerk nicht genügend berücksichtigten „Faktor Wurfgewicht“, dem Indikator, den ihnen Brachten die SU zukünftig — wenn sie erst mal selbst über die MIRV-Technologie verfügen würden — in Überlegenheit übersetzen könnte, zumal die SALT-Verhandlungen der SU eine Überzahl von 648 Startvorrichtungen/Flugkörpern zugewandten hatten. Kissinger — als Verteidiger und z.T. auch Architekt der SALT-Vereinbarung — erklärte diesbezüglich, daß erst gegen Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre die SU eventuell über mehr oder größere Sprengköpfe verfügen könnten, da ihre Raketen insgesamt eine höhere Nutzlast aufzuweisen hätten. Doch seien die US-Raketen hinsichtlich Verlässlichkeit, Zielgenauigkeit und technologischer Raffinesse denen der UdSSR deutlich überlegen. Zudem würden unabhängig von der Nutzlast die landgestützten System beider Seiten in einigen Jahren verwundbarer sein, schon wegen der Fortschritte bei der Zielgenauigkeit und Schlagkraft. Den USA stünde es frei (wie der SU), wenn sie es für nötig erachten würden, ihrerseits „nachladefähige“ Sprengköpfe zu entwickeln und Schlagkraft. Den USA stünde es frei (wie der SU), wenn sie es für nötig erachten würden, ihrerseits „nachladefähige“ Sprengköpfe zu entwickeln und Schlagkraft. Den USA stünde es frei (wie der SU), wenn sie es für nötig erachten würden, ihrerseits „nachladefähige“ Sprengköpfe zu entwickeln und Schlagkraft. Den USA stünde es frei (wie der SU), wenn sie es für nötig erachten würden, ihrerseits „nachladefähige“ Sprengköpfe zu entwickeln und Schlagkraft.

Den USA ging es insbesondere um eine zahlenmäßige Begrenzung der „schweren“ SL-ICBM-Systeme (insbesondere der SS-9, die sie als Bedrohung der Überlebensfähigkeit ihrer ICBMs sowie als Hindernis für eine kontrollierte nuklearstrategische Kriegsführung betrachteten. Aus der Sicht Kissingers wäre die „Alternative“ zur Begrenzung dieser Systeme und damit auch zu den Verhandlungen gewesen, mit den alten Systemen „Minuteman“-3 und „Poseidon“ quantitativ „nachzurüsten“, anstatt auf die Entwicklung neuer, technologisch perfekterer, leistungsfähigerer und überlebensfähigerer Systeme zu orientieren. Zu einer derartigen Orientierung bedurfte es jedoch der parallelen Kommunikation mit der SU. Die SU sollte zu einer „Contributor“ im strategischen Bereich veranlaßt werden, weg von den „schweren“ ICBMs und der vorwiegenden Stützung von strategischen Systemen auf dem Kontinent. Während die Zahl der US-ICBMs zunächst gleich blieb, so die der sowjetischen in Folge des SALT-Abkommens um 210 verringert worden, um die im Abkommen eingeräumte Vorrangwahl zugunsten von SLBM auszuüben. Der von den USA erstrebte Transfer eines größeren Teil-

Fortsetzung nächste Seite



Cartoon von YRAH (aus „Vrij Nederland“, 16.2.85)

Cartoon von YRAH (aus „Vrij Nederland“, 16.2.85)

schreckungsprozesses in mehrere Stufen und Szenarien mit je nach den Umständen zugeschnittenen und ausgewählten Zieloptionen die Möglichkeit der Wiederherstellung der Option begrenzter strategischer Kriegsführung und somit auch eine Möglichkeit zur Verbesserung der „Nukleargarantie“ für die westeuropäischen Verbündeten. Die Fähigkeit zur und Glaubwürdigkeit der begrenzten strategischen Kriegsführung sollte durch Zielprogrammierung und Bahnverfolgung der Interkontinentalraketen, Verfügbarkeit aller relevanten Daten in Realzeit, Kenntnis der Lage und Haltung der gegnerischen landgestützten Raketen, erhöhte Treffgenauigkeit durch verbesserte Gefechtsnavigation (MIR/MARV) und neue Waffensysteme wie der BI Bomber, die MX-Rakete, Marschflugkörper, neue U-Boote der „Trident“-Klasse etc. verbessert werden.

SALT I: ABM-Vertrag und Interimsabkommen über ICBMs und SLBMs

Am 26. Mai 1972 wurden die ersten SALT-Abkommen in Moskau von Breschnew und Nixon unterzeichnet. Es handelte sich dabei um den ABM-Vertrag und um das „Interimsabkommen“ über ICBM und SLBM nebst einem „Protokoll“ über die genaue Begrenzung der Zahl der SLBM und ihrer nuklear angetriebenen Träger-U-Boote sowie eine Reihe von Dokumenten zur Auslegung und Anwendung der vereinbarten Texte, zuzüglich einiger einseitiger protokollierender Erklärungen.

Der ABM-Vertrag: Der Vertrag begrenzt die zulässigen ABM-Systeme in

Mit den geschilderten Restriktionen sollte der folgende Zweck verfolgt werden: a. die Verhinderung des Ausbaus flächendeckender, landweiser ABM-Systeme (was aufgrund der 150 km Distanz zwischen den Stellungen, der zahlenmäßigen Begrenzung pro Stellung und dem Verbot des Konvertierens von bereits existierenden Systemen, die theoretisch den Raum zwischen den beiden Stellungen hätten ausfüllen können, nicht mehr ohne Versuch gegen den Vertrag möglich war); b. wurde das Wachstumspotential der Anlagen derart beschränkt, daß im Falle einer Vertragsauflösung das schnelle Aufziehen eines das gesamte nationale Territorium abdeckenden ABM-Schirmes verunmöglicht wurde.

Bündnispolitisch interessant war ein Passus des Vertrages, der den Transfer von ABM-Systemen und Komponenten an andere Staaten verbietet. Dabei handelte es sich um die erste Nichtvertragsabklärung, die über den nuklearen Bereich hinaus in den nicht-nuklearen, konventionellen übergriff. Betroffen waren davon alle ABM-Systemkomponenten, für ABM-Zwecke gebaute Radargeräte und Flugkörper wie Starttrampen. Dieser Vertrags-Passus provozierte Anfang der 70er Jahre den Widerspruch der europäischen NATO-Partner, die sich übergangen fühlten (zur europäischen SALT-Kritik siehe weiter unten).

Für die USA war der Inhalt des ABM-Vertragswerkes durchweg akzeptabel, denn: a. war ein landweises ABM-System nicht mehr gedacht. Wichtige Kreise hielten gar ein solches Projekt schon damals für niemals realisierbar, zumal in Anbetracht des fortschreitenden quantitativen und qualitativen Wettlaufs bei den nuklearstrategischen Offensivwaffen die

Herbst 1983, Ostanatolien. Panzer rasen durch Dörfer, Soldaten brechen Türen auf, zer schlagen das Mobiliar, vernichten Briefverträge, die Bewohner werden auf dem Dorfplatz zusammengetrieben. „Wehraktionen“ werden errichtet, rund 50 Dörfer evakuiert, die Bevölkerung an die Mittelmeerküste deportiert. Anderswo sind Dönerjäger im Einsatz gegen die eigene Bevölkerung. Sie führen einen unerklärten Krieg gegen das kurdische Volk. Schon im Frühsommer des Vorjahres operierten 6 000 türkische Soldaten sechs Wochen lang im türkisch-irakischen Grenzgebiet, absprachegemäß bis zu 10 km tief auf irakischem Territorium. An die 2 000 „Separatisten“ wurden gefangen genommen. Genau zur selben Zeit lief das Manöver „Adventure Express 83“ der Mobilen Einsatzgruppe der NATO, in der 4 000 Elitesoldaten über der Osttürkei abgesetzt wurden (1). Zufälliges Zusammentreffen?

Die militärstrategische Bedeutung der Türkei

Zwei große „Hilfsaktionen“ hat das westliche Bündnis dem Partnerland Türkei gewährt — „nicht aus reiner Menschenfreundlichkeit“, wie der zuständige US-Ministerialbeamte Richard Burt offenerzogen bekennt, „sondern weil eine starke und stabile Türkei unbedingt in unserem Interesse ist“ (2). Die traditionelle Rolle der Türkei bei der Kontrolle der Meerengen steht dabei längst nicht mehr im Vordergrund. Immerhin — Bosporus und Dardanellen sind wirkungsvolle Sperren, die es der SU in Krisenzeiten unmöglich machen, mit ihrer Schwarzmeerflotte im Mittelmeer zu intervenieren, und die dort operierende 3. Eskadra der Sowjettmarine leicht in eine Mausefalle geraten lassen (3).

Horchposten und Flankenbedrohung gegen die SU

Horchposten und Flankenbedrohung gegen die SU

Wichtiger wird heute die Lage der Türkei im Schnittpunkt der Konfliktlinien der NATO — Warschauer Pakt einerseits und NATO — Mittelost andererseits bewertet. Die Türkei kann hier wohlweislich als Sperrriegel oder als Landbrücke fungieren. Sie wurde von den USA zu einem Spionagezentrum ersten Ranges ausgebaut. 1980 waren in der Türkei 5 000 US-Militärs in 26 Basen und Anlagen stationiert (4). „Seit dem Verlust der elektronischen Aufklärungstationen im Iran sind die vergleichbaren Einrichtungen in Sinop an der Schwarzmeerküste und in Karmirsel am Marmarameer um so wichtiger geworden zur Verfolgung sowjetischer Raketenstarts neben der Überwachung von See- und Lufttraumaktivitäten im Schwarzen Meer. Zu diesem System gehören auch weitere Anlagen in Samsun und Diyarbakir sowie eine seismologische Installation in Balban bei Ankara, die sich mit sowjetischen Nukleartests befaßt. Neben zahlreichen Bodenstationen ihres „Defense Satellite Communications“-Netzes betreiben die Amerikaner in der Türkei ferner in Kargaburum am Marmarameer eine Loran Navigationsstation (5).

In Konya wurde Ende 1983 eine von drei vorgeschobenen Einsatz-Basen des AWACS-Systems eingerichtet (5a). Bisher ein Viertel ihrer gesamten Direktivfunktion über das sowjetische Raketenprogramm trägt die NATO über türkische Anlagen. Die geographische Nähe bietet dabei entscheidende Vorteile: „Von westlichen Beobachtungspositionen in der Türkei kann die von sowjetischen Flugkörpern erzeugte Hitze gemessen und sogar tragbare Sprengfunkgeräte abgehört werden. Dieses Tausend-Merlin-Fenster nach Rußland ist unersetzbar“ (6).

Im Kriegsfall kommt der NATO-Südost-Flanke im Rahmen der US- und NATO-Kriegsführungspläne eine „Entlastungs-Angriffs-Funktion“ (7) zu. Wie es in dem „Leitlinien-Dokument“ des Pentagons von 1982 heißt, „werden Offensivmaßnahmen gegen die Flanken des Warschauer Paktes besondere Bedeutung erhalten, um einen Abzug von Verbänden des Paktes von der Zentralfront zu erzwingen“. Die Nordflanke stützt sich auf Norwegen, die südliche Flanke auf die Türkei (8). Die türkische Armee selbst, mit über einer halben Million Mann die größte NATO-Armee überhaupt in Europa, bildet — nach eigener Einschätzung — mindestens 20 sowjetische Divisionen (9). Die Herrichtung der Türkei zur „Angriffsplattform gegen die Südflanke des Warschauer Paktes“ (10) wird als „wichtigste Aufgabe“ (11) gerade von bundesdeutschen Militärspezialisten für äußerst wichtig gehalten — denn sie schwächt die sowjetischen Kräfte in Mitteleuro-

NATO-Südflanke Teil IV

Die NATO bezeichnet das Mittelmeer häufig als ihre „Südflanke“, an der ihr heute aus allen Richtungen Gefahr drohe, nachdem sich hier auch bis in die 50er-Jahre hinein die Idylle eines Meeres, umgeben von NATO-Staaten und ihren Kolonien befunden hatte. Im ersten Teil des Artikels (in AK 258, S. 12/13) wird dargelegt, daß noch und gerade heute das Mittelmeer als „mare nostrum“ für die NATO als Angriffsplattform in alle Richtungen dient: in die schlecht gesicherte Flanke der Sowjetunion, aber vor allem auch in den Nahen und Mittleren Osten und nicht zuletzt nach Afrika.

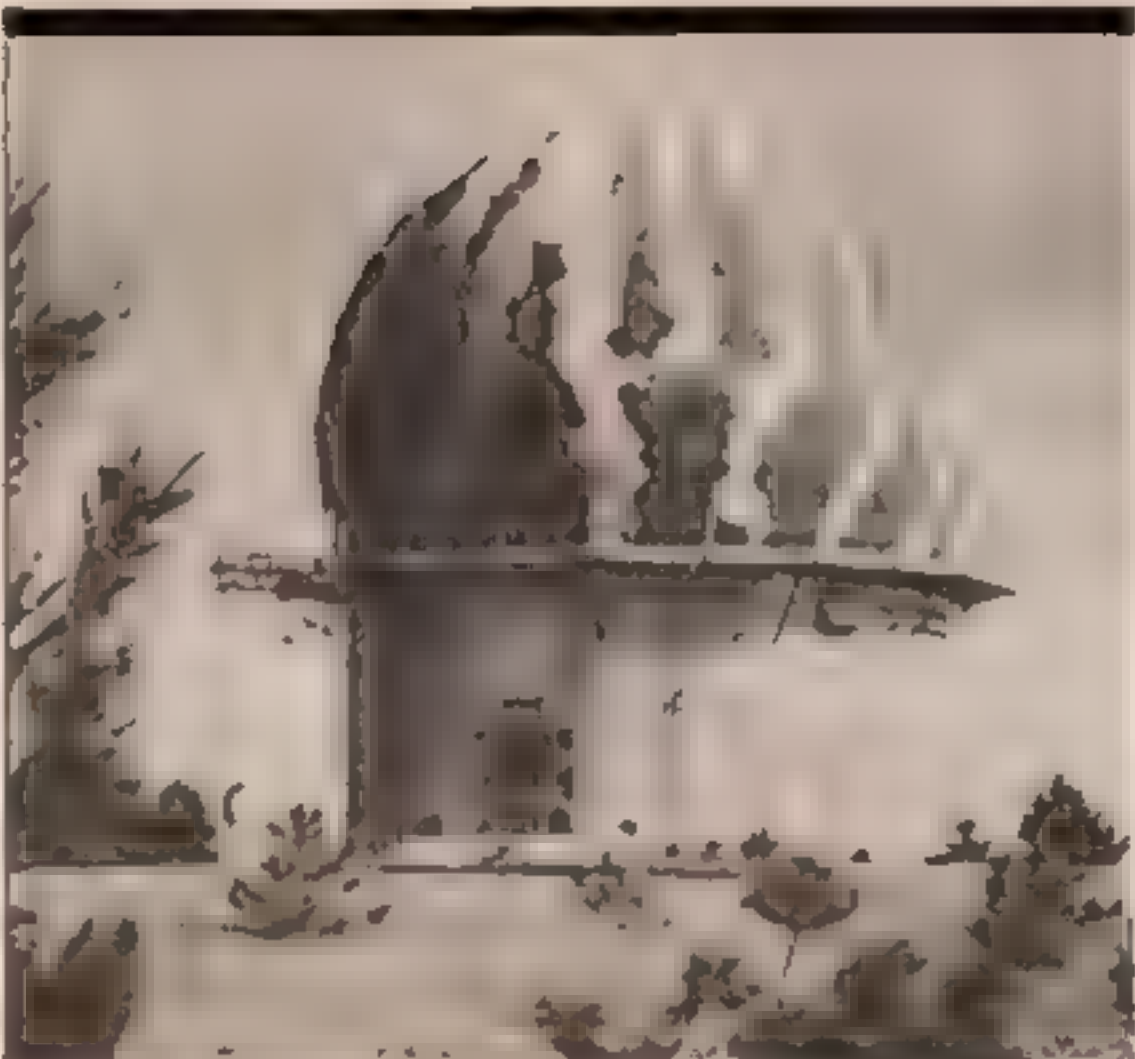
Im 2. Teil (in AK 259) begannen wir mit der Darstellung der Situation in den einzelnen NATO-Ländern. Spanien und Portugal stellen als europäische Nachbarn der USA weitab von der europäischen Hauptfront die Versorgungsbasis des NATO-Paktes mit zahlreichen strategischen Stützpunkten und die Kontrollplattform des westlichen Mittelmeeres und der Atlantikrouten. Spaniens Armee und Flotte werden nach dem NATO-Einstritt in einem rasanten Programm auf NATO-Niveau umgerüstet.

Im 3. Teil (in AK 260, S. 27/28) wurden Italien und Griechenland behandelt. Italiens Flotte und Luftwaffe nehmen neben den USA (und auch Frankreich, das nur offiziell sich nicht an der militärischen Integration der NATO beteiligt) zentrale militärische Funktionen in der NATO wahr. Die Masse des italienischen Heeres steht zum Einfall in Jugoslawien bereit — um dieses Land natürlich vor der Sowjetunion zu schützen. Die NATO brauche „Griechenland als verlässlichen Partner, politisch stabil, ökonomisch gesund und militärisch stark“, heißt es. Doch mehr als das Obristenregime in den 60er Jahren bereitet heute Papandreu mit seinen Anti-NATO-Aussäßen Schwierigkeiten.

In diesem AK wird die Serie mit der Türkei als östlichen Pfeiler der NATO im Mittelmeer abgeschlossen.

Diese Serie ist übrigens eine überarbeitete Fassung des Artikels, der inzwischen in einer Broschüre der Initiative „Kein Frieden mit der NATO — Raus aus der NATO!“ erschienen ist.

Diese Serie ist übrigens eine überarbeitete Fassung des Artikels, der inzwischen in einer Broschüre der Initiative „Kein Frieden mit der NATO — Raus aus der NATO!“ erschienen ist.



Die Türkei ist zentraler Horchposten der NATO in die Sowjetunion

pa und verschlechtert die strategische Gesamtsituation der SU ganz wesentlich: „Die Möglichkeit, auf türkischem Boden Waffensysteme einer ausreichenden Reichweite gegenüber der südlichen Sowjetunion (etwa 300-400 km von der türkischen Nordküste über das Schwarze Meer bis zur Krim und zur adriatischen Küste) zu stationieren und dazu auch in Richtung auf das kaukasusgebiet zu operieren, setzt Rußland zurück in seine historische Dreifrontenkriegslage für den Fall eines bewaffneten Konflikts“ (12).

Sprungbrett für die „Schnelle Eingreiftruppe“

Die „Brauchbarkeit“ der Türkei als Aufklärungs- und Flankenbedrohung gegen die Sowjetunion wird aus der Sicht der NATO-Planer noch übertroffen durch ihre Rolle als Basis für mögliche Nah- und Mittelost-Interventionen. Mit der Aufstellung der „Schnellen Eingreiftruppe“ (RDF) ab 1979 und die USA zu einer Politik der offenen Intervention zurückgekehrt. Bereits 1982 standen 220 000 Mann bereit, darunter vor allem Spezialeinheiten wie die „Green Berets“ und die „Special Forces“ des Heeres und das Marinecorps sowie Teile des strategischen Bomberkommandos inklusive Atomwaffen (13).

Das größte Problem für den praktischen Einsatz dieser Truppen war der Transport in die Einsatzzonen und der

Nachschub für längerandauernde Operationen. Die Lufttransportkapazität des Strategic Airlift Command ist begrenzt. Dazu kommt, daß die Großraumtransportflugzeuge C-5A „Galaxy“ die meisten Flughäfen überhaupt nicht anfliegen können, die kleineren C-141 Starlifter weniger als die Hälfte der infragekommenden Flugplätze des Mittleren Ostens (14). „Wir können“, erklärte RDF-Kommandeur Robert Kingston, „in zwei Tagen eine Luftlandbrigade in den Nahen Osten transportieren. Im Falle einer Krise können wir innerhalb von zwei Wochen eine ganze Division im Nahen Osten stationieren. Um diese Operationen durchzuführen, brauchen wir in der Region Lagerungsmöglichkeiten für schweres Material“ (15).

Die Errichtung von Depots für Waffen und Gerät in der Türkei würde einen Großteil der Kapazitäten für Truppen- und Materialtransporte freimachen und die Schlagkraft der RDF wesentlich steigern. Der einmalige Wert der Türkei für RDF-Operationen im Mittleren Osten liegt vor allem darin, daß hier eine vollständige, zuverlässige Einflugschneise bis praktisch auf taktische Einsatzweite zum Persischen Golf besteht, und daß diese Route die einzige ist, die permanent einsetzbar und auch bei längeren Mittel-Ost-Kriegen sehr sicher zu schützen ist (16).

Nach den Auseinandersetzungen um die türkische Zypern-Invasion, die 1975 zu einem zeitweiligen Waffenembargo der USA und der (formellen) Partner der NATO, der Türkei, führten, wurden die beiderseitigen Beziehungen Anfang der 80er Jahre durch Verträge neu geregelt. Das Abkommen vom 29.3.80 regelt die Nutzung der US-Militäreinrichtungen in der Türkei gegen Militär- und Rüstungshilfen der USA“ (17). Da die türkische Regierung auf gute Beziehungen zu den Staaten im Nahen und Mittleren Osten großen Wert legt, und darüberhinaus auf einen weitverbreiteten Antiamerikanismus in der türkischen Öffentlichkeit Rücksicht nehmen muß, hat sie mehrfach erklärt, die US- und NATO-Basen dürfen nur im „NATO-Fall“ (Angriff auf ein Mitgliedsland) für militärische Aktionen genutzt werden. Diese Ankündigungen werden in NATO-Kreisen allerdings nicht sonderlich ernst genommen, zumal die NATO sich insgesamt bereit erklärt hat, Aggressionen der USA auch außerhalb des Bündnisterritoriums mit abzudecken, und der „NATO-Fall“ von der Türkei recht großzügig interpretiert wird (18).

Nach der Schaffung eines „türkisch-amerikanischen Verteidigungsvertrages“ Ende 1981 wurde 1982 ein „Memorandum Of Understanding“ geschlossen. „Die Türkei kann die Flanke der NATO sein, sie ist aber vor allem die zentrale Front für die Stabilität im Nahen Osten“.

(General W. A. Knowlton vor der Vereinigung der Reserveoffiziere am 24.2.77 in Washington, zit. nach Gürkan, S. 24)

„Unsere Türkeihilfe ist kein herablassendes, generöses Geschenk an diesen Verbündeten. Sie dient der Wahrung unserer eigenen elementaren Sicherheitsinteressen, sie ist unser Beitrag zur bundnistypischen Lastenteilung zugunsten der Stabilisierung dieser Region ...“

(Johannes Mertes, Staatsminister im Auswärtigen Amt, am 4.12.82, in Südosteurop. Mitteilungen 1/83, S. 13)

„Mit ihrer gestiegenen internationalen Bonität und der wiedergewonnenen politischen Stabilität bildet die Türkei für ausländische Exporteure und Investoren attraktive Geschäftsmöglichkeiten.“

(Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinvestitionen, Weltwirtschaft am Jahreswechsel 1984/85: Türkei, Januar 1985, S. 5)

das den Ausbau von 15 türkischen Flughäfen und den Bau eines neuen Vorfelds. Vor allem geht es darum, Start und Landung von Großtransportern (wie den C-5A „Galaxy“) zu ermöglichen. Weiter erlaubt das Abkommen den USA, in Krisenfällen Truppen in die Basis zu verlegen und schon vorher dort militärisches Gut einzufliegen (19).

Wie die USA von diesen Stützpunkten Gebrauch macht, hat sie bereits in der Vergangenheit demonstriert — Die US-Intervention im Libanon 1982 lief bekanntermaßen über die US-Airbase Incirlik (bei Adana am Schwarzen Meer).

Im Schwarzen September 1979 erhielt Hussein einen Großteil seines Nachschubs für das Niedermetzeln der in Jordanien lebenden Palästinenser von dort.

Nach der Botenfabrikbesetzung in Teheran wurden die Fallschirmjäger in Incirlik in Alarmzustand versetzt, und von dort aus startete ein Teil der Flugzeuge zur versuchten Giselbefreiung — Bei der Versorgung des US-Kontingents im Libanon 1983/84 war ebenfalls Incirlik Versorgungszentrum (20).

Regionale Ordnungsmacht

Die Türkei will jedoch nicht nur das „vorgeschobene Flugzeugmuster“ der Vereinigten Staaten sein. Sie erhebt selbst Anspruch auf eine regionale Großmachtpolitik, und fühlt sich zur „Lösung“ von „regionalen Sicherheitsproblemen und inneren Aufständen“ in Nachbarländern berufen: „Die Türkei hat ernsthafte Zweifel, ob die RDF nützlich wäre gegen „low-level“-Konflikte, egal, ob indirekte sowjetische Initiativen beteiligt sind oder nicht. Die Länder der Region sind besser geeignet, mit solchen unvorhersehbaren Fällen umzugehen“ (21).

Ohne selbstverständlich auf das eigene Einsatzinstrumentarium zu verzichten, wird dieser Machtanspruch von der NATO unterstützt. „Sowohl für sichbaren Fällen umzugehen“ (21).

Ohne selbstverständlich auf das eigene Einsatzinstrumentarium zu verzichten, wird dieser Machtanspruch von der NATO unterstützt. „Sowohl für die NATO als auch für sich selbst“ könne die Türkei „einer der potentiell großen stabilisierenden Faktoren in der Region“, „eine bedeutende regionale Abschreckungsmacht“ sein (22). Dabei wird durchaus gesehen, daß die Türkei nicht nur als Anhängsel der USA und NATO-Politik erscheinen sollte, sondern zur Erfüllung ihrer Funktion eine gewisse (scheinbare) Eigenständigkeit aufweisen muß. „Gerade der Versuch aber, in der Region eine Rolle zu spielen, die nicht mit dem Stigma der Paktgebundenheit gebrandmarkt ist, dürfte die Türkei langfristig als westlichen Außenposten wertvoller machen als eine Politik im Namen der westlichen Mächte, die den Konfliktstoff in der Region nur erhöhen könnte“ (23).

Nach dem Militärputsch — von 1980 auf 1981 — stieg der Militäretat um 65% und machte damit 18% des gesamten Staatshaushaltes aus. Der Generalstab der Armee erarbeitete ein ehrgeiziges Vier-Stufen-Programm, um militärisch den ins Auge gefaßten Aufgaben gewachsen zu sein. Sowohl in der NATO wie in der „Joint Defence Group“ wurde dieser Plan mehrfach diskutiert und Einzelheiten der Zeit- und Finanzplanung festgelegt. Insbesondere mit Hilfe der BRD werden große Anstrengungen zum Aufbau einer türkischen Rüstungsindustrie unternommen, die auch regionale Bedeutung erlangen soll bzw. z.T. bereits erlangt hat. Rüstungs-Kooperationsabkommen bestehen mit Pakistan, Bangladesch, Jordanien, Somalia und dem Irak, enge Zusammenarbeit auch mit Ägypten. Klammerndem, unter stillschweigender Duldung der USA, beteiligt sich die Türkei an der Entwicklung der „Islamischen Bombe“ in gemeinsamer Atomforschung mit Pakistan (24).

Die eingangs geschilderten Militäraktionen der Türkei im türkisch-irakischen Grenzgebiet dienen nicht nur der blutigen Unterdrückung der kurdischen Peschmegera, sondern analysierten auch, daß die Türkei bereits in der Praxis eine regionale Polizeistrolche übernommen hat, die auch vor der Grenze anderer Staaten nicht halt macht. Die Schwächung sowohl des Iran wie Irak — beide haben gemeinsame Grenzen mit der Türkei und sind in den letzten Jahren zu deren Handelspartnern aufgerückt — hat die türkische Stellung sehr gestärkt. Der Import-Bedarf beider Staaten ist durch den Krieg enorm gestiegen, die türkischen Straßen sind die einzigen passierbaren Landtransportwege, und Irak ist für seinen Öl-Export allein auf die Pipeline Kirkuk-Istanbul angewiesen.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Für den Fall einer Niederlage des Irak hat die Türkei bereits weitgehende Ansprüche angemeldet: Der New Statesman meldete am 13.7.83, Ankara wünte von Washington „freie Hand, um den Irak zurückzukehren und die Kontrolle der Ölfelder von Kirkuk zu übernehmen, falls die Bagdader Regierung Saddam Husseins stürzt“. Militäre US Beamte, so der New Statesman, schlossen nicht aus, daß solche Vorschläge weiter oben geprüft würden (25).

Alles in allem wird deutlich, daß nicht nur die Türkei selbst Vormachtsansprüche innerhalb der Region stellt, sondern auch die USA und die NATO großes Interesse an einem „Krisenbogen“ Ägypten, Saudi-Arabien, Israel, Türkei, Pakistan zeigen, und daß der Türkei darin eine Rolle als Ordnungsmacht im Mittleren Osten und als neues subimperialistisches Zentrum zugeordnet ist. Interventionen türkischer — islamischer — Soldaten machen kein so schlechtes Bild wie ein Eingreifen der Supermacht USA, und wesentlich billiger sind sie überdies. Eine unkontrollierbare Eigenständigkeit der türkischen Politik ist dabei nicht zu befürchten — ist sie doch als NATO-Land und hoch verschuldeter Kreditnehmer völlig von ihren westlichen Partnern abhängig.

Türkei, BRD und die NATO-interne Arbeitsteilung

Als „kranker Mann am Bosphorus“ gehandelt, wirtschaftlich angespannt und politisch desolat, war die Erfüllung der NATO-Aufgaben durch die Türkei schon 1971 infrage gestellt gewesen. Ein von den USA protegierter Militärputsch hatte damals für Ordnung gesorgt. Im Rahmen einer organisierten Arbeitsteilung innerhalb der NATO hat es die BRD übernommen, in der Türkei für die nötige politische und wirtschaftliche Stabilität zu sorgen. 1974 leistete die BRD über den Entwicklungshilfesausschuß der OECD an die Türkei Wirtschaftszahlungen in Höhe von 242 Mio. Dollar; das war eine Steigerung binnen zweier Jahre von über 400% (der Betrag sank dagegen bis auf 5,0 Mio. Dollar im Jahre 1976) (26). Bis Ende 1983 hatte die BRD Entwicklungshilfekredite von insgesamt 4,75 Mrd. DM zugesagt (zuzüglich 229 Mio. DM nicht zurückzahlbarer Zuschüsse (27). Während Interventionspolitik und globale „Power Projection“ Aufgabe der USA blieb, hatte die BRD — da ein Einsatz deutscher Soldaten im Ausland zu viele unguete Erinnerungen geweckt hätte — andere Aufgaben im „Burden Sharing“ der NATO zu übernehmen. „Die bundesrepublikanische Hilfe für die Türkei wird von der NATO explizit als „ein Aspekt der gemeinsamen Verantwortung der NATO zu übernehmen. „Die bundesrepublikanische Hilfe für die Türkei wird von der NATO explizit als „ein weiterer Aspekt des Arbeitsleistungs-Programms“ betrachtet“ (28).

Neben der Wirtschaftshilfe spielte die Bundesdeutsche Militärhilfe eine besondere Rolle beim Ausbau der Türkei zum NATO-Sprungbrett nach Mittelost. Seit 1964 erhielt die Türkei Kriegsmaterial im Wert von 1,19 Mrd. DM, darunter in neuerer Zeit 77 Kampfpazent Leopard I, vier Fregatten sowie Lizenzen für U-Boote und Landungsboote. Auch auf 100 ausgemusterte „Starfighter“ der Bundeswehr darf sich die Türkei Hoffnungen machen (29). Seit 1972 unterhalten die türkischen Streitkräfte beim Bundeswehrbeschaffungsausschuß in Koblenz einen eigenen, direkt dem türkischen Generalstab unterstellten Beschaffungs-Verbindungsstab für den Kontakt mit der bundesdeutschen Rüstungsindustrie beim Ausbau der Türkei zur Waffenkammer der Region steht bundesdeutsches Kapital an vorderster Front — bei der Errichtung von Panzerfabriks- und Flugzeugfabriken bei Anafly und Kayaerli oder von Marinewerften bei Istanbul oder am Schwarzen Meer (30). Darüberhinaus wird über die Montage von Leopard II-Panzern in der Türkei verhandelt, die dann auch nach Saudi-Arabien und Ägypten verkauft werden sollen (31). „Es ist zu erwarten“, schreibt V. Böge bereits 1981, „daß in Zukunft verstärkt militärisches Personal in die Türkei geschickt wird, um die türkischen Soldaten in Benutzung und Wartung des gelieferten Geräts (z.B. der Leopard-Panzer) zu unterweisen und zu unterstützen. Türkische Soldaten werden bereits in der Bundesrepublik ausgebildet“ (32). Konkrete Angaben werden von der Bundesregierung allerdings nicht herausgegeben.

Westliche Freiheit und Militärdiktatur

Ende der 70er Jahre verschärfte sich die wirtschaftliche Situation der Türkei dramatisch. Sie war bei 97 Ländern, 223 Banken und 90 000 Firmen mit insgesamt 15 Mrd. Dollar verschuldet — ohne Aussicht, diese Schulden zurückzahlen zu können, da die jährlichen Zahlungsverpflichtungen bereits höher waren als die gesamten Exporteinnahmen. Allein 1979 ergab ein Gesamt-Negativ-Saldo (Außenhandelsdefizit) und Schuldendienst von 3417,4 Mio. US-Dollar (33). Zwei OECD-Hilfsaktionen — koordiniert von einem eigens gebildeten „Türkei-Konsortium“ unter Leitung zuerst des niedersächsischen Finanzministers



Lesler-Kiep, dann des SPD-Bundesministers Matthöfer — erbrachten zwar insgesamt über zwei Milliarden Dollar, aber kaum eine Linderung der Probleme. Steigende Arbeitslosigkeit, eine Inflationsrate (1980) von über 100% und die Ruinierung von Teilen des Kleinbürgerturns führten zu allgemeiner Verelendung, aber auch zunehmend zu Streiks und bewaffneten Auseinandersetzungen.

Die vom internationalen Währungsfond und dem Türkei-Konsortium diktierten Bedingungen zur wirtschaftlichen Sanierung der Türkei (drastische Abwertung der Lira, Öffnung für ausländische Investitionen, Erhöhung der Energie- und Treibstoffpreise, Lohn- und Gehaltstopp etc.) waren auch unter teilweiser Ausfaltung des Knechtsrechts von einer zivilen Regierung nicht durchsetzbar (34).

Die Machtübernahme des Militärs am 12.9.80 — zeitgleich mit einem Manöver der NATO-„Feuerwehrtruppe“ am Bosphorus —, das Verbot der Parteien, Gewerkschaften und kritischer Presse, die Massenverhaftungen, Folterungen und Hinrichtungen von Regimegegnern — all das waren notwendige Voraussetzungen zum Vollzug des monetaristischen Wirtschaftsprogramms. Bei der NATO wurde der Putsch ihrer türkischen Kollegen „mit spürbarer Erleichterung“ (35) und ohne sonderliche Sorge um Demokratie und Menschenrechte aufgenommen.

„Der mit der Koordinierung der Türkei-Hilfe beauftragte Bundesfinanzminister Matthöfer (SPD) hat nach Bekanntwerden des Militärputsches in der Türkei gesagt, es hoffe auf einen heilsamen Schock, aus dem ein Arrangement hervorgehe, an dem sowohl die demokratischen Kräfte als auch die Armee beteiligt seien“ (36). Die — damals noch sozialliberale — Bundesregierung stellte ihre Hilfe für die Türkei nach dem Putsch keineswegs ein — im Gegenteil. Selbst die Beteiligung am Ausbau des unmittelbaren Repressionsapparats wurde ganz selbstverständlich fortgeführt. „Das erste internationale Abkommen, dem die Junta ihre Zustimmung gab, war ein Vertrag mit der Bundesrepublik über bundesdeutsche Polizeihilfe im Wert von 15 Mio. DM. Der Vertrag sieht unter anderem die Lieferung von Waffen, Munition, kugelsicheren Westen und Polizeifahrzeugen vor“ (37). 1974 bis 1984 wurden 42 türkische Polizeiführer an der Polizeiführungsakademie Hiltrup ausgebildet (38).

Türkische oder kurdische Regimegegner, die in der BRD Asyl suchen, müssen nicht nur damit rechnen, daß ihre Asylakten und politischen Aktivitäten dem türkischen Geheimdienst mitgeteilt werden. Sie müssen auch be-

fürchten, wieder in die Türkei zurückgeschickt zu werden — etwa, weil Folter in der Türkei völlig normal und kein Zeichen politischer Verfolgung ist (VGH Mannheim), oder weil selbst eine drohende Hinrichtung in der Türkei noch lange kein Asylgrund in der BRD ist (OVG Lüneburg).

Auch auf diplomatischem Parkett kann sich das türkische Folterregime auf die Unterstützung der BRD verlassen. Als etwa Ende November 1984 die Besetzung des Präsidentenstuhls im Europarat zur Debatte stand, stieß die türkische Anwartschaft auf einigen Widerstand. „Auf der Sitzung, bei der es zuverlässigen Quellen zufolge zu erregenden Diskussionen gekommen war, hätten nur die britische und die bundesdeutsche Delegation den Antrag Ankaras unterstützt“, meldete ap (39).

Für die NATO hatte die Militärdiktatur nicht nur politisch-militärisch eine große Bedeutung. Sie machte die Türkei auch wieder zu einem profitträchtigen Anlageland. Die BRD-Wirtschaft (als wichtigster Kapitalimporteur) war 1983 mit 12 Mrd. US-Dollar an 36 türkischen Firmen beteiligt (40); und „der Verflechtungsgrad beider Länder — unter Berücksichtigung der geographischen Distanz — hat ein Ausmaß erreicht, wie er im Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu anderen Ländern kaum feststellbar ist“ (41).

Kein Wunder, der durchschnittliche Stundenlohn sank in der Türkei von 1,50 DM (1980) auf 90 Pfennig (1983). (Zum Vergleich: im Nachbarland Griechenland stieg er im gleichen Zeitraum von 5,11 DM auf 6,05 DM). Eine „bemerkenswerte Verbilligung der Arbeitskosten“, wie die Bundesstelle für Außenhandelsinformation befriedigt feststellt. Der durchschnittliche Reallohn sank von 1974 bis 1983 um 40%, die Arbeitslosenquote stieg von 1974 auf 1983 von 10,2% auf 18,2% (42). Die jährliche Inflationsrate lag im Oktober 1984 bei 56,1%, allein im Januar 1985 stiegen die Preise um 9,2% (was einer annähernden Verdopplung der jährlichen Inflationsrate für 1985 auf 98,4% entspräche) (43). Weil überproportional stiegen dabei die Mieten und die Preise für Grundnahrungsmittel.

Rund 2 Millionen Türk/innen müssen mit dem Mindesteinkommen von 17.000 Lira (ca. 120 DM monatlich) auskommen, während als absolutes Existenzminimum für einen ledigen, kinderlosen Arbeiter (bei 3.500 Kalorien täglich) 25.000 Lira gilt. Die Arbeitslosen — nach offiziellen Zahlen fast 4 Millionen, tatsächlich wohl weit über ein Drittel der erwerbsfähigen Bevölkerung — müssen ohne jede Unterstützung überleben (44). Die Folgen sind dieselben wie überall in der Dritten Welt: grassierender Hunger, abrupt zunehmende Kinderarbeit, Prostitution.

Die „Rolle des Militärs als innenpolitische Ordnungsmacht“, die die offiziöse „Europäische Wehrkunde“ so lobend hervorhob (45), hatte also nach dessen Machtübernahme durchaus Erfolg. Voraussetzung dafür waren hier wie dort die blutige Verfolgung von linken Organisationen, Gewerkschaften und nationalen Minderheiten (vor allem der Kurden), die im Land ein Klima der Friedhofsruhe geschaffen hat. Die Gesamtzahl der aus politischen Gründen seit dem Putsch Verhafteten wird auf über 120.000 geschätzt (46). Seit Ausrufung des Knechtsrechts Ende 1978 wurden 520 Todesurteile verhängt, 50 Menschen wurden seit dem 12.9.80 hingerichtet, in 6.208 Fällen die Todesstrafe beantragt (47).

Die Verfolgung richtet sich keineswegs „gegen linke und rechte Terroristen gleichermaßen“, wie es die Regierung glauben machen will. Auf einen festgenommenen Faschisten kommen zehn Linke, von den Straftätern ganz zu schweigen. Die jüngst erfolgte Freilassung von Alparslan Türkeş, dem Chef der „Grauen Wölfe“ (MHP) und erklärten Hitler-Verehrs, war nur der letzte Schritt bei der Rehabilitierung offener faschistischer Kräfte (48). Dagegen wurden mehr als 1.400 Funktionäre des verbotenen Gewerkschaftsbundes DISK vor Gericht gestellt, 78 von ihnen droht die Todesstrafe (49). Selbst 23 Mitglieder der türkischen „Friedenskomitees“ wurden wegen angeblicher „kommunistischer Propaganda“ zu Haftstrafen von 5 bis 8 Jahren verurteilt (50).

Nach der Verhaftung haben die Festgenommenen wochen- oder monatelang keinerlei Kontakt zu Angehörigen oder Anwälten. Sie werden noch immer — wie amnesty international berichtet — „grausamen Mißhandlungen und systematischer Folterung ausgesetzt“ (51). Die Militärs haben sich kaum die Mühe gemacht, dies zu verhehlen: „Letzten Monat hat ein Regierungssprecher zugegeben, daß einige der Befragungsmethoden, die in der Türkei angewandt werden, in anderen Ländern als Folter betrachtet werden mögen“, aber er verteidigte dies, indem er erklärte, zur Bekämpfung des Terrorismus wäre es notwendig gewesen, einen Weg zu finden, „um diese Killer zum Reden zu bringen“ (52).

Und dies sind die Mittel, mit denen das „Partnerland Türkei“ für die „Wertegemeinschaft freierlicher westlicher Demokratien“ NATO-sicher gemacht wird: „... kaum eine Form der Folter fehlt“, heißt es in dem aus-Bericht von 1984. „Zahlreiche namentlich genannte Opfer berichteten davon, daß sie in abgedunkelten Isolationszellen gehalten, zusammenge-schlagen, an Stöcken aufgehängt und auf die Fußsohlen gepöckelt wurden. Stromschläge in die Geschlechtsorgane ebenfalls zu den gebräuchlichsten Foltermethoden“ (53). Über 100 Menschen wurden regelrecht zu Tode gefoltert, mehr als 40 Gefangene lagen im Juli 1984 in Krankenhäusern im Koma. Seit Regierungsantritt des „gewählten“ Ministerpräsidenten Özal im Herbst 1983 sind bis Juli 1984 15 Menschen im Hungerstreik gegen die Folter gestorben (54).

Im „Partnerland Türkei“ erhält sich so drastisch wie sonst kaum irgendwo der Zynismus der NATO, wenn sie vorgibt, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte zu Hause und in der ganzen Welt zu verteidigen.

Wie lange allerdings die Generale und die von ihnen abhängigen zivilen Marionetten mit Verfolgung, Folter und Hinrichtungen ein erneutes Aufblühen politischer und sozialer Kämpfe verhindern können, steht in den Sternen. Die rasante Verelendung auch von Händlern, Gewerbetreibenden und mittleren Beamten, die Ruinierung von Millionen kleiner Spärer durch diverse Bankpleiten, die systematische Zerstörung der binnenmarkt-orientierten Industrie, eine Lohn- und Sozialpolitik, die den Lohnanteil der Be-

arbeitenden senkt, die systematische Zerstörung der binnenmarkt-orientierten Industrie, eine Lohn- und Sozialpolitik, die den Großteil der Bevölkerung unter das absolute Existenzminimum drückt — all das schafft immensen sozialen Sprengstoff. In Chile haben staatliche Repression und monetaristische Wirtschaftspolitik innerhalb von zehn Jahren zu einer völligen Isolierung der Militärdiktatur im Volk geführt. In der Türkei könnte dieser Prozeß noch bedeutend rascher voranschreiten.

Anmerkungen

- 1) Vgl. FR, 21.9.84, N22 11.84, Türkei-Information Nr. 21, FAZ, 31.10.84, bbl. der d. z. w. Nr. 122, S. 54.
- 2) Europäische Wehrkunde (EWK) 11/84, S. 920.
- 3) Vgl. Hasan Gökten: Die Türkei — Eckpfeiler der NATO im Südoften, in: Beiträge zur Konfliktforschung 1981, S. 10 ff.
- 4) Vgl. Böge: Die Türkei und die NATO, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, Nr. 1981, S. 202.
- 5) Neue Zürcher Zeitung, zit. nach Türkei-Informationen (TI) Nr. 18, S. 12.
- 6) Vgl. Wehrtechnik 1983, S. 84.
- 7) W. Scott Thompson: Power Protection, New York 1978, S. 39. Zit. nach Gökten, S. 12.
- 8) Gregor M. Manoussakis: Der Islam und die NATO, Koblenz 1980, S. 105.
- 9) New York Times, 31.5.82, nach Blätter 8/82, S. 1015.
- 10) Gökten, S. 23. Demgegenüber bemängeln bundesdeutsche Minderheiten die 2 und 3 türkische Armeen — beide stehen im Osten — seien jedoch hinsichtlich ihrer Ausrüstung und Bewaffnung zur Zeit nicht in der Lage, das für diese Region und die Gefechts-erfolge für notwendig bewiesene Gefecht-verbindungen zu führen. Als Abhilfe schlägt der Autor eine enge Abstimmung und Ausrichtungskooperation mit Saudi-Arabien vor (Michael Baron von Wiltman-Jungnick: Die militärische Interessensicherung des Westens im Mittleren Osten, in: EWK 8/81, S. 205).

- 11) Manoussakis, S. 105.
- 12) Lohar: Die Türkei hat Westeuropas und die große, für sie verbindliche zum 1.1.1985 an der EWK 2/81, S. 49. Betroffen sind besonders die im Südoften liegenden von Kizilirmak und Inner-Becken. Die Wehrkraft von Ozean und Nord-Ost an der Mündung des Bosphorus, die Hauptbasis der Schwarzmeerflotte in Sewastopol usw. Vgl. Böge, S. 15.
- 13) FR, 1. EWK 2/81, S. 49.
- 14) Vgl. Türkei-Komitee, Frankfurt. Die Militärpolitik der Türkei im Nahen und Mittleren Osten, Januar 1984, S. 11 f.
- 15) General Robert Kingston, nach Cumhuriyet, 20.12.81, zit. nach TI 17, S. 8.
- 16) Türkei-Komitee, Frankfurt. Die Militärpolitik der Türkei im Nahen und Mittleren Osten, Januar 1984, S. 11 f.
- 17) Kurt Jakob: Arbeitspapier zur Entwicklung der amerikanisch-türkischen Beziehungen, Ebenhausen Dezember 1980, S. 3.
- 18) Dazu die Festschreibung der Ebenhausen 5. Sitzung für Wissenschaft und Politik eines Briefs an die Bundesregierung. Die Beiden werden künftig nach Außenminister Erkanmans) Ankündigung unter Kontrolle der türkischen Regierung und unter dem Oberbefehl der türkischen Streitkräfte stehen. Die Praxis wird zeigen, ob es sich ausschließlich um ein nominelles Vereinbarungselement handelt. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, daß die aus innenpolitischen Gründen am amerikanisierten und außenpolitischen Rückrichten (regionale in wesentlichen) erfolgte Übernahme in türkische Souveränität zumindest die bisherigen Nutzungsmöglichkeiten für die Amerikaner keineswegs einschränken muß (Jakob, S. 14 f.).
- 19) Robert Manning: A Tilt Towards Turkey, in: The Middle East, April 1983, S. 26, und Cumhuriyet, 16.11.82, zit. nach TI 17, S. 8.
- 20) Vgl. TI 11, S. 12 und TI 22, S. 16.
- 21) Ali L. Karasmanoglu: Turkey's Security And The Middle East, in: Foreign Affairs, Fall 1983, S. 170.
- 22) North Atlantic Assembly, Political Committee, Interim Report Of The Sub-Committee On The Southern Region On Turkey: A Nation In Crisis November 1980, S. 23 f., zit. nach Böge, S. 224. Im gleichen Sinne schrieb jüngst US-Unterstaatssekretär Richard Burt: „... macht es doch die Türkei zu einem regionalen Machtaktor von hoher Bedeutung. Die Wirkungsmöglichkeiten der Türkei ergeben sich auch aus ihren nationalen Eigenheiten, da sie sowohl ein westliches und europäisches als auch ein nahöstliches und islamisches Land ist“ (in: EWK 1/84, S. 62b).
- 23) Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, zit. nach Jürgen Roth: Im Wogen der NATO, in: A Journal of Turkish Studies (Hrsg): Military Aspects of the Middle East, Hartford 1983, S. 2.
- 24) Vgl. Günter Schröder: Die neue Ordnungsmacht im Nahen Osten rückt auf, in: FAZ, 12.9.83, S. 3; Türkei-Komitee, S. 29, Konkret 4/82, S. 40; Böge, S. 13.
- 25) TI 21, S. 2.
- 26) abob.
- 27) Uwe Jens Pasdach: Regierungsdirektor im BMWi, Die deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen, Südozeuropäische Mitteilungen 1984, S. 80.
- 28) North Atlantic Assembly, Political Committee, General Report On Alliance Political Development, a Presentation By M. Peter Cortner (Federal Republic of Germany), November 1980, S. 27 f., nach Böge, S. 288.
- 29) JPR: Yearbook 1984, Manning, S. 29.
- 30) Jürgen Roth: Kriege und die NATO-Lend Türkei, in: Konkret 4/82, S. 40; Wehrtechnik 8/81, S. 43 ff.
- 31) Hürriyet, 10.2.85, nach Türkei-Infodienst 10.2.85.
- 32) Böge, S. 209; vgl. auch Wehrtechnik 5/80, S. 72.
- 33) Vgl. Blätter der d. z. w. Nr. 77 (Mai 79), S. 80 und Hakk. Köpkin: Die Türkei, Akt. Ausg. Berlin 1981, S. 272 f.
- 34) Das war auch den bundesdeutschen Verantwortlichen klar. „Die Generale sind die einzige Ordnungsmacht im Staat, und sie sind für die NATO“, bemerkte am 27.8.80, knapp drei Monate vor dem Putsch, die FAZ 35. FR, 13.9.80.
- 35) FAZ, 13.9.80.
- 36) FAZ, 13.9.80.
- 37) Im Dezember 1980 hielt sich eine bundesdeutsche Polizeidelegation in Gesprächen über die Verwertung dieser Hilfe in der Türkei auf. Im selben Monat wurde ein erstes Kontingent von 27 Polizeifahrzeugen an die Türkei ausgeliefert (Böge, S. 209 f.).
- 38) Blätter der d. z. w. Nr. 117 (Mai 1984), S. 29.
- 39) nach FAZ, 23.11.84.
- 40) Pasdach, S. 44. „Außer einer beträchtlichen deutschen Militärhilfe“, schreibt die FAZ am 1.12.84, wird 1984 ein Jahr der türkischen Geschichte sein, deren Finanzierung in Istanbul durch westliche „Hilfe seitens der Bundesregierung ermöglicht wird.“
- 41) Nachrichten für den Außenhandel, 25.1.85.
- 42) Mithungen der BIA: Weltwirtschaft am Jahreswechsel 1984/85, Türkei, Januar 1985, S. 7; Milliyet, 8.2.85, zit. nach Türkei-Infodienst, 11.2.85.
- 43) FR, 4.3.85, Badische Zeitung, 28.11.84.
- 44) EWK 8/80, S. 379.
- 45) Nach offiziellen Angaben von 30.8.83 gab es damals 2.040 politische Gefangene in türkischen Militärgefängnissen. Die Zahl der politischen Gefangenen in Zivilgefängnissen wurde nicht bekanntgegeben.
- 46) Türkei-Infodienst, Nr. 105 (8.4.85).
- 47) Schon vor Putsch waren die übrigen Führenden der MHP nach und nach hingerichtet worden. Die Partei des amtierenden Ministerpräsidenten Özal hat sich zum Sammelbecken ehemaliger Militärs entwickelt und jung und alt „Türkische Symphonie“ zum Chef der staatlichen Rundfunk und Fernsehgesellschaft ernannt (FAZ, 12.4.85). Der Chef der hierher geschickten „Blaue“ schen Heilspater Neche in Erbakan, und seine Mitarbeiter wurden bereits Mitte Februar von einem Mörder getötet (Freigeisprochener FAZ, 14.2.85).
- 48) FR, 4.3.85.
- 49) FAZ, 12.11.84.
- 50) FR, 9.5.84.
- 51) International Herald Tribune, 3.12.84, zit. nach Reiner Wierle: Modell Türkei, Hamburg 1983, S. 179.
- 52) TI 11, S. 12.
- 53) TI 11, S. 12.

Jo Neubert

Zur Geschichte der Grünen Partei

»Kurzer Lehrgang« Teil 2

Weiter geht es mit der im letzten AK begonnenen Geschichte der Grünen. In diesem zweiten (vorerst) abschließenden Teil wird der chronologische Ablauf hier und da zugunsten politisch-inhaltlicher Zusammenhänge durchbrochen. Eine detaillierte Betrachtung der Parlamentarität der einzelnen Landtagsfraktionen oder gar der unzähligen grünen Abgeordneten in den Kommunalparlamenten kann aus Platzgründen nicht stattfinden. Referiert werden nur solche landespolitischen Aktivitäten, die Diskussionsgegenstand der Gesamtpartei waren und sind (insbesondere die Tolerierungspolitik in Hamburg und Hessen). Zu letzterem, der Politik der Grünen gegenüber der SPD, wäre eine gesonderte Chronik noch zu schreiben. Das zu diesem Thema existierende Material von Beschlüssen, Statements und Aufsätzen wie auch von praktischen Zusammenarbeitsversuchen könnte vielleicht sogar eher als diese breit angelegte — und daher aufgedünnte — nicht mehr tiefesuchende — Parteigeschichte die Frage beantworten: Wohin bewegen sich die Grünen? Oder auch: wie lange noch?

Nach der Wahlschlappe

Mit nur 1,5% der Stimmen für die Grünen wurden bei der Bundestagswahl am 9.10.80 die vorsichtigen Prognosen noch unterboten. Die Strauß-Kandidatur hatte eine kräftige Mobilisierung für das fast schon abgewirtschaftete „kleinere Übel“ gebracht. Von den 894.000 Menschen, die den Achtungserfolg der Grünen bei der 79er Europawahl ermöglicht hatten, blieben bei dieser Wahl nur noch 568.000. Prozentual verlor die grüne Partei durchgängig in allen Bundesländern etwa die Hälfte ihres Stimmenanteils. Der Hamburger Landesverband, der sich im Wahlkampf um linke Akzentuierung bemüht hatte, machte da keine Ausnahme. Seine 2,3% bedeuteten zwar (hinter Bremen mit 2,7%) das zweitbeste Einzelergebnis. Für den beabsichtigten innerparteilichen Pokern mit den Rechten und „Mittelkräften“ gab es nichts her.

Gruhl-Fraktion außer Form

Für die rechten Grünen, die nach dem Dortmunder Parteitag die Beobachterrolle übernommen und den Bundestagswahlkampf boykottiert hatten, waren die 1,5% das erhoffte Ergebnis. Gruhl Vorhaben, nach dem Debakel in Strauß-Manier bei den Grünen „aufzuräumen“, alles links von der grünen Mitte an den Rand oder aus der Partei hinauszudrängen und einen

„ökologischen Neuanfang“ zu machen, kam dennoch nicht vom Fleck. Zu grobschlächtig forderte er die Zurücknahme des gesamten Saarbrücker Programms, für ihn ein „alternatives Luftschloß“, das er von „Klassenkampfideologien und materialistischen Forderungen“ geprägt sah. Der „Aufstand der grünen Mitte“ (Helmut Lippelt), mit dem nicht wenige Grüne hebeln wollten, sollte anders aussehen. Die Rechten, nach Dortmund in der „Grünen Föderation“ locker zusammengeschlossen, konnten sich zudem taktisch nicht einig werden. Während Baldur Springmann möglichst schnell eine neue, programmatisch stramm rechte Partei mit strengen Aufnahmekriterien gründen wollte, konnte Gruhl sich nicht entscheiden. Die dann im Oktober 1981 gegründete „Ökologisch-demokratische Partei“ (ÖDP), die „verlöste, ehrliche, politisch saubere Wahlalternative“ (Eigenwerbung), hatte keinerlei Ausstrahlung mehr in Richtung grüne Mitte. Ihr Trägerkreis war noch schmaler als der der Grünen Föderation. Sie führte von Anfang an ein Schattendasein und kam bei ihren wenigen Wahlbeteiligungen nicht über 0,2% hinaus.

Aufstand der Mitte

Nicht nur der AK hatte der Gruhl-Fraktion mehr zugezogen. Die Erwartung, daß nach der Wahlschlappe in der Grünen Partei „Mord und Totschlag“ (AK Überschrift, allerdings im Fragezeichen) losbrechen würden, erfüllte sich auf andere Weise.

Den Anfang machten die Linken. Viel zitiert wurde ein als richtungweisend gedachtes Papier von Jürgen Koenig: „Die Grüne Partei muß links sein, oder sie wird gar nicht mehr sein.“ Die kleine, aber schlagkräftige „Gruppe 2“ wollte, als Lehren aus der Wahlniederlage, die politischen Schwerpunkte der Grünen auf eine „aktive und offensive Friedenspolitik“ und Antifaschismus verlegen und eine Hinwendung der Partei zur Arbeiterbewegung und zur außerparlamentarischen Bewegung“ (Papier von Ingo Borsum und Jürgen Koenig) vollziehen.

Diese linke Offensive kam unvermittelt ins Stocken, als der „Aufstand der

Grünen Mitte“ gegen die „Z-Unterwanderung“ in den Landesverbänden Schleswig-Holstein und Hamburg einsetzte. Immer neue Opfer kommunistischer Majorisierung präsentierten sich, Ausschlußanträge beschäftigten ganze Bundesausschusssitzungen. Eigens zur Bekämpfung der Z-Dominanz gründeten ehemalige Linke und enge Bündnispartner der Z-Fraktion aus der Zeit, als es den massenhaften Eintritt linker und buntalternativer Kräfte in die Grüne Partei zu organisieren galt, die „Basisdemokratischen Undogmatischen Sozialisten“ (BLS). Namhafte Vertreter dieser Anti-Stimmung waren Ernst Hopflich, Klaus Wolzauer, Manfred Ziemer, Jan Kuhnert.

Nach fast einjährigen heftigen Auseinandersetzungen und inquisitorischen Anhörungen der Hauptverdächtigen endete der Streit glimpflich. Die Z-Mitglieder durften in der Partei bleiben, nachdem sie in verschiedenen Streitpunkten auf eine — aus grüner Sicht — positive Weiterentwicklung ihrer Positionen verweisen konnten: Absage an „demokratischen Zentralismus“ und Leninismus, Distanzierung von militanten Aktionen der zu dieser Zeit in Blüte stehenden Hausbesetzer- und Krawallantenbewegung.



Grüne sammeln Proteststimmen

Kaum war die CDU/CSU mit ihrem Kanzlerkandidaten Strauß bei der Bundestagswahl gescheitert, da wurde von der gerade gloriös beständigen sozialliberalen Koalition ein achter Rechtsskurs eingeleitet. Der AK beschreibe die wesentlich von der erstarkten FDP (die bereits den Koalitionswechsel vorbereitete) forcierte Politik auf die Formeln „Rechtsentwicklung und Sparmaßnahmen“ bzw. „Sparspolitik zugunsten imperialistischer Expansion“ (AK 188).

Die Unzufriedenheit großer Teile der „kleineren Linken“ währte mit diesem Kurs brachte den Grünen bei den folgenden Wahlen unerwartete Stimmengewinne. Bei den Kommunalwahlen in Hessen (22.1.81), den ersten bedeutenden Wahlen nach der Bundestagswahl, hatte auch der AK mit seiner pessimistischen Prognose „voll daneben liegen“ (Selbstkritik der KB-Gruppe Frankfurt im AK 198) Trotz teilweise provokatorischer, die Linke weitgehend ausgrenzender Abseitgänge und politisch wie personell ziemlich schwächlicher Kandidaturen wurden die Grünen in fast alle Großstädte

erreichten. Zweitstellige Ergebnisse erreichten Freie Wählergemeinschaften und Grüne Bürgerlisten in den von der Erweiterung des Frankfurter Flughafens bedrohten Gemeinden.

Locker schaffte auch die Alternative Linke Westberlin am 10.5.81 den Einzug in das Abgeordnetenhaus. 7,2%, gleich neun Abgeordnete, machten die Frontstadt vorübergehend „unregierbar“ — bis die FDP einen CDU-Minderheitskandidat ermöglichte. Im Bezirk Kreuzberg erreichte die AL 15,7%, in einzelnen Kreuzberger Stimmbezirken zwischen 20 und 30%, in einem Schöneberger Stimmbezirk gar 41%. Diese Rekordergebnisse waren vor allem die Frucht der durch die Hausbesetzerbewegung bewirkten politischen Polarisierung in der Stadt.

Die grün-alternative Welle schwappte im September 1981 auch nach Niedersachsen. Bei den Kommunalwahlen erreichten grüne und alternative Listen (hochgerechnet) 7% im Landesdurchschnitt.

Grüne gegen die Supermächte

In der innerparteilichen Auseinandersetzung schloß sich an die Beilegung des Streits um die „Gruppe 2“ der Kampf der Flügel um ein verbindliches Friedensprogramm an. Schwerpunktthema des Offenbacher Parteitags im Oktober 1981 war die Diskussion und Verabschiedung eines grünen „Friedensmanifests“, das eine Klärung der kontroversen Positionen bringen und die Grundlage für ein einheitliches grünes Auftreten innerhalb der Friedensbewegung schaffen sollte. Beides mußte, das verabschiedete Manifest mischte unvereinbare Positionen und bewegte sich — so der AK (Nr. 210) — im Spektrum „zwischen Radikalpazifismus und Drei-Welten-Theorie“. Neben der Ablehnung der NATO-Nachrüstung und jeglicher „Alternativverdrängung“ enthielt es leicht restaurierte Antiquitäten aus dem Nach-

die beklagten Werte „Einseitigkeit“ der Friedensbewegung wurden unternommen. Erste Nörgelein prominenter Grüner gegen den Krefelder Appell setzten ein. Der grüne Bundesvorstand, der noch im April 1981 mit einer Strafanzeige gegen die Bundesregierung wegen Vorbereitung eines Angriffskrieges für Aufsehen gewirkt hatte, wurde zum Schauplatz von „Grabenkämpfen mit sehr unfeinen Mitteln“ (Lett Bastian). Rudolf Bahro, Bundesvorstandsmitglied Ernst Hopflich und schließlich fast der gesamte Bundesvorstand versuchten in der Vorbereitungsphase zur großen Banner Demonstration gegen NATO-Gipfel und Reagan-Besuch am 10.6.82 ihre blockübergreifende „Abrüstung in Ost und West“-Linie durchzusetzen und die DKP und andere „Moskau-orientierte“ aus dem Bündnis zu drängen. Das Ergebnis dieser Spaltungsmäner war für die Grünen ziemlich verheerend. Der parteiunabhängige Teil der Friedensbewegung distanzierte sich von solchen Machenschaften.

Wahlerfolge

Den Vormarsch der Grünen in die Parlamente konnten solche Rückschläge nicht stoppen. Bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein (März 1982) wurde fast durchgängig die 5%-Hürde übersprungen. Die Landtagswahlen in Niedersachsen wenige Wochen danach brachten der Grünen Partei 6,7% der Stimmen.

Hamburger Verhältnisse

Die Hamburger Bürgerschaftswahl am 4.6.82 brachte eine auf Landesebene bisher nicht dagewesene Konstellation: eine rechnerische Mehrheit von SPD (42,8%) und Grün-Alternativ Liste (7,7%). Dieses voraussehbare Ergebnis hatte in der Gründungsphase der GAI

ber 1982 beargwöhnten noch große Teile der Grünen die „Hamburger Linie“ als opportunistische Anpassung an die SPD. „Rechts“ von den Hamburgern und auf völlig verlorenen Punkten argumentierte in Hagen nur der baden-württembergische Koalitionspartner Winfried Kretschmann. Der auf dem Parteitag zu dieser Frage gefasste Beschluß ließ für die Bundesebene fast alles offen und schloß nur die Beteiligung an Koalitionen kategorisch aus.

In Hamburg gab es keine Einigung zwischen SPD und GAI. Die SPD spielte auf Zeit und prüfte Neuwahlen an, bei denen sie dann (November 1982) völlig überraschend die absolute Mehrheit zurückgewann und die GAI leichte Verluste hinnehmen mußte (6,8%).

Grünes Wirtschaftsprogramm

Im Vorfeld der Bundestagswahlen 1983 berieten die Grünen zwei Parteitage lang ihr Verhältnis zur herrschenden Wirtschaftsordnung, zu Industrieproduktion, Alternativprojekten und zur Gewerkschaftsbewegung. Das in Steddeffingen am 7.2.83 beschlossene Sofortprogramm „Sinnvoll arbeiten — solidarisch leben. Gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau“ ist ein typisch grünes Kompromißpapier, das für alle Strömungen und Fraktionen etwas bietet und Unvereinbares gleichberechtigt nebeneinander stellt: einerseits die Übernahme gewerkschaftlicher Forderungen, andererseits das „Integrierte Ökodarf als Keimzelle der neuen Gesellschaft“. Der von Bahro propagierte „Ausstieg aus dem Industriesystem“ mit erhofften 5 Millionen Arbeitslosen — Arbeitslosigkeit als historische Chance — wurde immerhin abgelehnt. Andererseits kostete es die linken Grünen einige Mühe und mehrere Abstimmungen, bis die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich auch für Bezieher „mittlerer“ (nicht nur „unterer“) Einkommen in das Programm aufgenommen war.

„...immerhin aufgenommen werden war“

Wir sind die stärkste der Parteien

Mit den Wahlerfolgen der Jahre 81 und 82 war den Grünen das Monopol auf erfolgversprechende alternative Kandidaturen in Bund und Ländern zugefallen. Anders stellte sich das nur in einigen Städten mit alleingewesenen alternativen bzw. grün-alternativen Listen dar (Westberlin, Hamburg, aber auch eine Reihe kleinerer Städte). Linke Gruppierungen außerhalb der Grünen wurden hauptsächlich als lästige Konkurrenten oder Störfaktoren begriffen, so etwa die sich ab Anfang 1982 formierenden „Demokratischen Sozialisten“, die vom grünen Bundesvorstand arrogant darauf hingewiesen wurden, daß es bereits die Grünen gebe und eine eigenständige linkssozialdemokratische Organisation überflüssig sei.

Bei der hessischen Landtagswahl am 26.9.82 lehnten die Grünen ein Wahlbündnis strikt ab und kippeten mit Alexander Schubert den prominentesten Vertreter der außerparlamentarischen Bewegung im Lande wieder von der Kandidatenliste.

Die 8% für die Grünen in Hessen — das bislang beste Landtagswahlergebnis überhaupt — wählten solchen Allengängen rechtzugeben. Wieder war es den Grünen gelungen, in großem Maße Proteststimmen auf sich zu vereinigen. Für die nach dem Bonner Koalitionswechsel fällige Bundestagsneuwahl waren damit die Weichen in Richtung grüne Alleinkandidatur gestellt. Nur auf einigen Landeslisten wurden auch ein paar unabhängige Kandidaten ohne grüne Parteibücher geduldet.

Mit dieser Links-Abgrenzung hatten die Grünen sich auch gegen eine differenzierte Politik — etwa nach dem Vorbild der Hamburger GAI — in der für viele ihrer potentiellen Wähler entscheidenden Frage abgeschiedet: welchen Beitrag als — die von Willy Brandt nach der Hovenwaller ausgemachte „neue Mehrheit“ auch auf Bundesebene vorausgesetzt — zum Sturz der Kohl-Gewerkschaften Regierung leisten bereit wären; ob und unter welchen Bedingungen die Fortsetzung einer SPD-Minderheitsregierung für sie in Frage käme. Zwischen SPD und Grünen schwankende Wähler waren so

Die Forderung steht nicht im grünen „Friedensmanifest“

laß der aufgelösten „KPD“, die „weltweit operierende Knechtflotte“ und den „gigantischen Nachrüstungsbeschluß“ der Sowjetunion „auf dem Feld der strategischen Atomwaffen“, die neben der NATO-Aufrüstung gleichberechtigt und „blockübergreifend“ zu bekämpfen seien. Ein Offener Brief des KB an die Grünen zu den Ungereimtheiten des Friedensmanifests wurde zwar auf Nachfrage von den ausländischen Grünen als „hochinteressant und diskussionswürdig“ bezeichnet, aber nie beantwortet.

In dem Bestreben, gegenüber der „DKP-dominierten“ Friedensbewegung grüne Konturen zu ziehen, hatte der Offenbacher Parteitags auch eine Demonstration anlässlich des Breschnew-Besuchs in Bonn beschlossen. Im Bündnis mit diversen ML-Gruppierungen marschierte am 22.1.81 ein „kleines grünes Häuflein durch Bonn, um Regans „Null-Lösung“ zu propagieren. Nachrüstungsverzicht gegen Verschrottung aller atomaren Mittelstreckenraketen von der Teilnehmernzahl her — insgesamt 8.000, davon 3.000 Grüne und Unabhängige (d.h. Nicht-Mitglieder) — war die Demo ein totaler Flop.

Weitere Profilierungsversuche gegen

zu einigen Kontroversen geführt. Der KB, der gegenüber der SPD eine Tolerierungspolitik auf Grundlage eines Katalogs von Minimalforderungen vorgeschlagen hatte, war für diese Taktik von zwei Seiten angegriffen worden: von grundsätzlichen Gegnern jeglicher, auch an vorher festgelegte Bedingungen geknüpften Tolerierung eines SPD-Senats ebenso wie von den Wortführern der „Gruppe 2“ (allen voran der heutige „Fundamentalist“ Kvernemann), die, ungebunden von Forderungskatalogen, offen und flexibel in Tolerierungsverhandlungen einsteigen wollten.

Als Kompromiß wurde dann doch ein Acht-Punkte-Katalog aufgestellt, der u.a. die Rücknahme von Sparmaßnahmen im Sozialbereich, Stopp der Halberweiterung, Ausstieg aus der Atomenergie und ein Sofortprogramm gegen die Arbeitslosigkeit forderte und in Tolerierungsverhandlungen der SPD präsentiert werden sollte. Diese Verhandlungen offiziellement „Gespräche“, kamen dann im Spätsommer tatsächlich zustande. Für einige Wochen waren Hamburg und die dortigen „Verhältnisse“ ins Zentrum bundesweiten Interesses gerückt. Auf dem grünen Bundesparteitag in Hagen im Novem-

kaum zu gewinnen. Der Einzug der Grünen in den Bundestag (März 1983) fiel mit 3,3% denkbar knapp aus. Hier wäre mehr möglich gewesen.

Bahro: „Von Schwarz zu Grün“

Auch nach der Wahl gelang es den linken Grünen nicht, in die Offensive zu kommen. Im Gegenteil: dem auf dem Hagerer Parteitag neu in den Bundesvorstand gewählten Rudolf Bahro, von vielen als „kühner Kopf der Grünen“ oder zumindest als „kühner Denker“ angesehen, gelang es, die Wahlauswertung in eine ganz spezielle Richtung zu lenken. Für Bahro hieß „die strategische Frage nach dieser Wahl: Wie erreichen wir den direkten Übergang von Schwarz zu Grün?“ Schon zwei Jahre zuvor hatte Bahro davor gewarnt, die „Lebenskonzeption der Mehrheit“ durch linken Radikalismus vor den Kopf zu stoßen. Diese „Lebenskonzeption“ hatten diesmal auch der CDU/CSU zum Wahlsieg verholfen, entwickelte Bahros Adalbus Thoma Schmid die Gedanken des Meisters weiter. Aber: „Der Erfolg der CDU/CSU ist nicht einfach Ergebnis plumper Wahlmanipulation. Er enthält mehr Grünes, als manchem, der mangelnde sozialistischer Parteilichkeit bei den Grünen gelaßt ist, lieb sein kann.“

Dieser eigenwilligen „Wahlanalyse“ wurde ein zweitägiger Sonderparteitag Anfang Juni 1983 in Hannover gewidmet. Die Linken strampelten sich ab, Bahros Verrücktheiten zurückzuweisen. Beschlossen wurde nichts.

Nichts zu holen für die Linken in Bremen

Bremen wurde, wie schon bei der Bürgerschaftswahl 1979, so auch im September 1983 Schauplatz einer bitteren Niederlage der Linken. Die Bremer Grüne Liste (BGL), die bei der 79er Wahl ins Parlament eingezogen war, hatte sich frühzeitig diskreditiert. Ihre Forderung nach noch drastischeren als vom SPD-Senat geplanten Einsparungen in Sozial- und Umweltschutzbereich und Olaf Dinnés Unterstützung von „Bürgerwehren“ hatten die BGL fast durchgängig weit rechts von der SPD profiliert. Der Bremer Landesverband der Bundespartei Die Grünen knüpfte in seiner (Nicht-)Bündnispolitik an den Antikommunismus der BGL an und beruht auf einer Alienkandidatur. Die in Konkurrenz zu den Grünen und der BGL kandidierende Betriebslich-Alternative Liste (BAL), hervorgegangen vor allem aus dem linken Betriebsbereich unter Einbeziehung der DKP, scheiterte klar. Die Grünen erreichten 3,4%, die BGL 2,4%, die BAL nur 1,4%. Diese Niederlage der BAL hatte ein unschönes Nachspiel — in Hamburg. Mit Hinweis auf die — verbale — Unterstützung der Hamburger Alternativen Liste für die BAL wurde von den Grünen monatelang die Gründung einer gemeinsamen Grün-Alternativen Liste als grüner Landesverband blockiert.

Grenzüberschreitend: Grüne Deutschlandpolitik

Höhepunkt der „Deutschlandpolitischen“ Offensive der Grünen war eine Aktion von fünf „Prominenten“ am 12. Mai 1983 auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz, die planmäßig mit deren Verhaftung endete. Neben den vier Bundestagsabgeordneten (Kelly, Bastian, Vogt, Pothast) und Bundesgeschäftsführer Beckmann waren von Westberlin aus auch Miba Horacek, Freund aller Ost-Diplomaten, und Ernst Hopflichkei beteiligt: eine auffällige Verbrüderung bislang verfeindeter Personen (und Strömungen), u.a. der Intimfreund aus gemeinsamen Bundesvorstandstagen, Petra Kelly und Ernst Hopflichkei. Die Minidemonstration, die die Sowjetunion zur Abtötung aufrief und der Solidarität mit der DDR Friedensbewegung dienen sollte, wurde in der „Ist“-propagandistisch flankiert und stieß innerhalb der CDU/CSU auf breite Zustimmung. Mit ihrer in einer gemeinsamen Erklärung formulierten, unangenehmsten wesentlichen am Vorwurf der „Mediengier“ der Manifestanten aufhängen, Kritik standen Bundesvorsitzensprecher Rainer Trampert, Thoma Ebermann und Jürgen Roßnagel ziemlich isoliert da.

Der grüne Friedenspartei in Duisburg (am Wochenende vor der Nachwahl) stand weitgehend im Zeichen des „Ausbruchs aus dem sowjetfreundlichen Minikonsens der Friedensbewegung“ (Bahro). Bei der auf Sensation orientierten Presse konnte sich die Grünen bedanken, daß in der Berichterstatterin über den Parteitag ein erster Schritt die in Duisburg erstmals erhobene Forderung nach

NATO-Austritt der BRD genannt wurde, für bundesrepublikanische Verhältnisse ein geradezu überwitziges Vorhaben! Geprägt wurde der Duisburger Beschlus allerdings durch den „blockübergreifenden“ Kampf gegen die „Supermächte“ und die „Überwindung von Jaltra“. Zur Einschätzung der Weillage wurden alte Erkenntnisse der chinesischen „Drei Welten-Theorie“ und Einblicke in sowjetischer sowjetischer „Flottenstützpunkte“, bekannt aus der „KVZ“ in ihrer Bitterkeit, präsentiert: „Der 3. Weltkrieg beginnt im Kampf der Militärblocke um Einflusssphären, Stützpunkte und Aufmarschpositionen in der Dritten Welt.“

Der KB nahm die Herausforderung dieser gesamtdeutschen „blockübergreifenden“ grünen Friedenspolitik und die Zustimmung des Ex-Generals und Bundestagsabgeordneten Gerd Bastian zur Anschaffung eines angeblich rein „defensiven“ Kampfhubschraubers durch die Bundeswehr zum Anlaß für eine detaillierte Auseinandersetzung in einer zwölfseitigen AK-Beilage „Grüne Ostpolitik“ (AK 241, Miterausgeber BWA).

Innertalb der Grünen flammte der Streit um die „deutsche Frage“ neu auf an einer unscheinbaren Presseerklärung des in der Bundestagsfraktion stark angefeindeten „deutsch-landpolitischen Sprechers“ Dirk Schneider, der eine „Wiedervereinigung und ein Offenhalten der deutschen Frage“ für unannehmbar erklärte hatte.

Im Gegenzug profilierte sich in der Gruppe der deutschen Grünen MdB Hubert Kleinert, „finanzpolitischer Sprecher“, rechts von der CDU. Kleinert wollte den „Militärkredit an die DDR“ um sehr viel schärfer als die von der Bundesregierung ausgehandelten Bedingungen geknüpft sehen.

Die Bundestagsfraktion — Partei in der Partei

Der Einzug der Grünen in den Bundestag hatte, bezogen auf das bundesrepublikanische politische „Klima“, angenehme Begleiterscheinungen, vor allem in den Medien. Während es die Spielregeln der repräsentativen Demokratie durchaus erlaubte, auch breiteste außerparlamentarische Bewegungen in Presse und Rundfunk einfach zu übergehen oder als Randerscheinungen abzuhandeln, geht das mit gewählten „Volksvertretern“ eben nicht so ohne weiteres. In der öffentlich-rechtlichen Berichterstattung etwa über neue christdemokratische Gesetzesinitiativen mußte seit dem 6.3.83 auch immer gleich der grüne Protest gegen diese Vorhaben gemeldet werden.

Der Höhepunkt jeder Live-Sendung an Landtagswahltagen, die „Bonner Runde“ der Parteivorsitzenden, wurde namentlich durch Bundesvorsitzensprecher Rainer Trampert spannend für das Wahlvolk und zuweilen unangenehm für seine etablierten Diskussionspartner. In der Nachwahldebatte des Bundestages im Herbst 1983 schlugen sich die Grünen wider und medienwirksam für die Bewegung auf der Straße und vor den Fernsehgeräten.

Die Alltagsarbeit der Fraktion gestaltete sich naturgemäß sehr viel unscheinbarer als solche sporadischen glanzvollen Auftritte. Der insgesamt etwa 150 Mitarbeiter:innen umfassende Apparat hat in den vergangenen Jahren eine Unzahl von Anfragen, Erklärungen und Anträgen produziert. Ohnehin durch das hauptsächlich auf Bonn ausgerichtete Medieninteresse im Vorteil gegenüber der grünen „Basis“, ist die voll professionalisierte Fraktion zur Partei in der Partei geworden. Hier wird die Politik der Grünen gemacht. Negativ macht sich bemerkbar, daß auf den Parteitag zur Arbeit der Bundestagsfraktion immer wieder hauptsächlich Strukturfragen (Rotation, Dürren) diskutiert wurden. Die hierzu gefällten Beschlüsse sind darüber hinaus teilweise in ihr Gegenteil verkehrt worden. Der „Facharbeiterlohn“ für Parlamentarier bei spezialisierten liegt in einigen Fällen bei 7 000 DM, was viele aus der Grünen nicht davon abhält, gegen die „Lohnverschönerung des materiellen Lebensstandards“ die „neue Qualität menschlichen Lebens“ zu betonen (Sondelfinger Wirtschaftsprogramm).

Der Höhepunkt jeder Live-Sendung an Landtagswahltagen, die „Bonner Runde“ der Parteivorsitzenden, wurde namentlich durch Bundesvorsitzensprecher Rainer Trampert spannend für das Wahlvolk und zuweilen unangenehm für seine etablierten Diskussionspartner. In der Nachwahldebatte des Bundestages im Herbst 1983 schlugen sich die Grünen wider und medienwirksam für die Bewegung auf der Straße und vor den Fernsehgeräten.

Skandale pfliessen ihren Weg

Im Rahmen dieser kurzen Parteilichschichte der Grünen, in der die Bonner Parlamentarier nicht allzu differenziert gewürdigt werden kann, dürfen auch die Skandale und Krisen nicht fehlen, von denen die Fraktion nicht gerade selten heimgesucht wurde. Schon der Einstieg ins Bonner Geschehen war extrem ungünstig.

— Werner Vogel, als ältester Abgeordneter („Älterpräsident“) für die Eröffnung der neuen Legislaturperiode vorgesehen, mußte den Platz räumen, als seine braune Vergangenheit bekannt wurde. Vogel war während des Krieges hoher Beamter im Reichsaussenministerium gewesen. Besonders peinlich: diese Tatsachen waren den grünen Gremien in NRW, Vogels Heimat-Landesverband, seit langem bekannt. Einspruch gegen Vogels Kandidatur hatte niemand erhoben. — Wenig später fiel ein anderer grüner Abgeordneter durch sexistische Belästigungen von Fraktions-Mitarbeiterinnen auf. Auch er mußte gehen. Ein Freudentag für die „Bild“-Zeitung, die mit der Titel-Schlagzeile „Schon wieder ein Grüner!“ über die Partei herfiel.

— In eine schwere Krise wurde die Fraktion durch Ex-General Bastian gestürzt. Sein Eintritten für einen rein „defensiven“ Kampfhubschrauber der Bundeswehr, mit dem grünen Grundsatz der Gewaltfreiheit absolut unvereinbar, war nach ohne größere Aufregung hingenommen worden. Bastians Forderung nach mehreren persönlichen Mitarbeitern für die Konzipierung einer grünen Außen- (und Militär-)Politik und seine öffentlichen Angriffe gegen die „linkswadikale“ Fraktion mußten dann doch zurückgewiesen werden. Bastian trat im Januar 1984 aus der Fraktion aus und sitzt seitdem als Fraktionsloser im Bundestag. Bei einem weiteren Austritt hätten die Grünen ihren Fraktionsstatus verloren.

— Die Linken, insbesondere aus der Hamburger GAL, erhoben Einspruch gegen eine im Juni 1984 vereinbarte Abparteiung von Afghanistan in der sowjetische Besetzung als Bedrohung des Weltfriedens gekennzeichnet wurde. Nach kontroverser Debatte war das Abstimmungsverhalten der grünen MdBs uneinheitlich.

— Kritik von allen Seiten gab es am Verhalten der Grünen zum RAF-Hungerstreik im Winter 1984/85: von links an der Aufforderung der Fraktionsmehrheit an die Gefangenen, den Streik abzugeben; von rechts an einem Brief der Abgeordneten Vollmer und Nickel an die Gefangenen, in dem die beiden grünen Frauen ihre Gesprächsbereitschaft bekundeten. Dagegen gab es hysterische Reaktionen nicht nur in der Springer-Presse, sondern auch in den eigenen Reihen, vor allem von Otto Schily, der sich für das staatliche Gewaltmonopol ins Zeug legte. Der alte Kämpfer Joseph Fischer warf der RAF vor, den „Gewaltkapitalismus der Staaten“ durch den bewaffneten Kampf „ein weiteres Gewaltpotential“ hinzuzufügen.

Hessische Grüne zwischen Fundamentalopposition und Koalition

Kaum drei Jahre ist es her, seit die hessischen Grünen mit klar fundamentaloppositioneller Linie in den Landtagswahlkampf zogen. In deutlicher Abgrenzung zur Tolerierungspolitik der Hamburger GAL beschloß die Landesversammlung am 14.8.82 „Zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien“:

Hessische Grüne zwischen Fundamentalopposition und Koalition

Kaum drei Jahre ist es her, seit die hessischen Grünen mit klar fundamentaloppositioneller Linie in den Landtagswahlkampf zogen. In deutlicher Abgrenzung zur Tolerierungspolitik der Hamburger GAL beschloß die Landesversammlung am 14.8.82 „Zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien“:

„Wir sind ... nicht bereit, von unseren Inhalten abzugehen, zu weichen oder für eine Auflistung von Forderungen, die nie vollständig sein kann, grüne Grundsätze aufzugeben.“ Eine parlamentarische Zusammenarbeit, egal ob mit SPD oder CDU — beide waren aus damaliger Sicht von den Grünen „gleich weit entfernt“ („Aquidistanz“) — sollte nur möglich sein, „wenn sie Forderungen oder Programmpunkte der Grünen-Hessen akzeptieren“. Eine spezielle Politik gegenüber der SPD mit ihren unterschiedlichen Flügeln — von „Dachlaten“ Börner, der mit den Grünen nicht einmal reden wollte, bis zu Linken, die forderten, „Kompromisslinien mit den Grünen abzuklären“ — wurde nicht entwickelt. Der AK kommentierte: „Hessen-Grüne machen Börner ein Geschenk.“ (AK 224)

Die Landtagswahl am 26.9.82 brachte den Grünen 8% und Hessen die „neue Mehrheit“, wie Willy Brandt am Wahlabend mit seinem Sinn für Effekte erklärte. Gleich nach der Wahl liefen zwischen Grünen und SPD Gespräche an. Als erstes Signal ihres guten Willens, Hessen nicht „unregierbar“ zu machen, stimmten die Grünen im Januar 1983 dem Haushaltsentscheidungsrecht zu. In der Folge spielte die SPD auf Zeit. Die von der CDU schon gleich geforderte Neuwahl konnte so auf den 25.9.83 geschoben werden. Die Hoffnung der Etablierten, die Grünen diesmal aus dem Landtag herauszuhalten zu können, erfüllte sich allerdings nicht, wenngleich die Grünen herbe Verluste hinnehmen mußten und nur noch auf 3,9% kamen. An den „hes-

Die historische Aufgabe der SPD

„Die Kar Hans-Jochen Vogels zum Kanzler-Kandidaten für die 83er Bundestagswahl signalisiert zweierlei. Kein Sozialdemokrat glaubt heute, im März eine Mehrheit gewinnen zu können — und die SPD begibt sich auf den Weg der Integration von Grünen und Alternativen. In einer Linkskurve wollen die Sozialdemokraten diese Kräfte an- und aufnehmen.“

Während des Alternativmarsches kann die SPD, wie Peter Glotz formuliert, nicht den „Staat im Besitz halten“, weil sie Positionen vertritt, die in der Bundesrepublik nicht mehrheitsfähig sind. Teile der Linken nicht abgenommen, und die gesamte Operation wäre umsonst gewesen. Gelingt der SPD dieser mühsame Integrationsprozeß, so wird ihr schon wegen der Attraktivität der Macht in Zukunft auch wieder der Rückweg zur Mitte, folglich zur Mehrheits- und Regierungsfähigkeit, gelingen. Dies ist entgegen allen Unionsattacken die historische Aufgabe der SPD.“

(„Wirtschaftswoche“, 3.11.82)

„schen Verhältnissen“ änderte sich nichts.

In ihrem Marbacher Beschluß vom 1.10.83 machten die Grünen der SPD ein Tolerierungsangebot (für den Fall, daß u.a. „ein Ausstieg aus der Kernenergie eingeleitet“ und der „Militarisierung Hessens“ eine Absage erteilt werde. In unzähligen Verhandlungskommisionen“, wurde um die finanzielle Förderung von Alternativbetrieben, ein Bauernprogramm u.ä. geschachtelt, die Sozialdemokraten inszenierten bei Bedarf „Verhandlungskrisen“. Auf der Landesversammlung in Ulm am 11.1.84 stimmten etwa 60% der anwesenden Grünen für die Verabschiedung eines gemeinsamen Haushalts. Am 19.5. wurde das in Lokar bestätigt, zugleich aber ein bedeutsames „Aber“ eingebaut. Die Zustimmung zum Haushalt und zu Ministerpräsident Börner dürfte nicht mißverstanden werden: „An der grundsätzlichen Gegnerschaft der Grünen Hessen zur Atomtechnologie, zur Stortbahn West und zur Militarisierung Hessens hat sich nichts geändert.“

Der Bruch des „verheißungsvollen Experiments“ kam dann doch. Der Erweiterung der Nuklearkapazitäten Nukem und Alkem in Hanau mochte selbst Börner „Lieblingsgrün“ Karl Kerchges nicht mehr zustimmen. Am 17.11.84 wurde die parlamentarische Zusammenarbeit gekündigt, gleichzeitig aber der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade geschiedenen Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten: „daß die Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Tolerierung über der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und

Robin Jakobitz:

Neue deutschlandpolitische Horizonte bei den Grünen?

Über einige aktuelle Auferstehungen des Deutschen Reiches

Gegenstand dieses Gastbeitrags von Robin Jakobitz ist die Auseinandersetzung mit deutschlandpolitischen Horizonten der Grünen. Robin Jakobitz kommt aus der IHP-Strömung, arbeitet in den Grünen im Kreis Pinneberg und in der grünen Bundes-Friedens-AG mit. Er hatte sich vergeblich bemüht, diesen Artikel in der Kommune unterzubringen, die laut Abmachung der alten MOZ-Redaktion einen gewissen Platzanteil in ihrer Zeitung zugesagt hatte.

Dem Abdruck ging eine Diskussion zwischen dem Autor und Mitgliedern der AK-Redaktion voraus, in der unterschiedliche Bewertungen und Differenzen zu seinen Artikel diskutiert wurden, die im Kern bestehen blieben. So wurde etwa der Aussage widersprochen, daß die abgeschlossenen Ostverträge ein Äquivalent zu einem Friedensvertrag darstellen würden, zumal diese nur mit drei Staaten abgeschlossen wurden und da auch dem Kriege abgeschlossene Friedensverträge mit anderen Staaten (z.B. Österreich oder Japan) weitergehende Regelungen vorsehen, z.B. in Bezug auf Reparationszahlungen oder eine Begrenzung der Streitkräfte z.B.).

Mit dem 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus, ist ein ganz besonderer Umstand verknüpft, der in der letzten Zeit verschiedentlich wieder Gegenstand der öffentlichen Debatte war: Der Aggressor des 2. Weltkrieges, das Deutsche Reich, hat mit der Anti-Hitler-Koalition (USA, Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich, u.a.) nie einen Friedensvertrag geschlossen.

Kein Wunder, sollte man angesichts der Tatsache meinen, daß die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki ca. 3 Monate nach dem 8. Mai 45 zwar auf Japan fielen, aber die Sowjetunion meinte, die USA meldeten damit ihren weltweiten hegemonialen Anspruch an und die Westalliierten hatten, wie Churchill feststellte, „das falsche Schwein geschlachtet“.

Ein Friedensvertrag der Westalliierten und der Sowjetunion mit ganz-Deutschland blieb, da ein solches Projekt Einvernehmen über die Zukunft Deutschlands voraussetzte, wegen der globalen Lage (z.B. Koreakrieg, etc.), des Kalten Krieges in Europa und der schnellen Westintegration der Bundesrepublik samt späterem NATO-Beitritt, eine völlig realitätsferne Skizze. Man sollte meinen, daran hätte sich bis heute nichts geändert. Doch es kommt anders ... Neu ist an der aufgeflossenen Debatte um einen Friedensvertrag eigentlich nur zweierlei: Die Kohl-Regierung bekommt Ärger mit der „Gruppe Stahlhelm“ in ihrer Bundestagsfraktion (Abelein, Graf Hayn, Jäger und Co.) und den schlesischen Landsmannschaften (Hupka und Co.), weil sie aus ihrer Staats- und bündnispolitischen Verantwortung heraus die politische Bindewirkung der Ostverträge (im Warschauer Vertrag: Keine Gebietsansprüche gegen Polen) betonen muß, während die revanchistischen Kräfte mit dem Hinweis auf einen nicht-vorhandenen Friedensvertrag einen juristischen Anspruch auf Schlesien geltend machen wollen. Die diesen Anspruch begründende Argumentation ist so alt wie der westdeutsche Revanchismus, also ca. 40 Jahre nach Kriegsende (Haager Landkriegsverordnung, etc.) darf es keine Annexionen geben; Schlesien ist auch offiziell nie annektiert worden, und das deutsche Reich im 2. Weltkrieg nicht untergegangen ist, sondern in der BRD weiter existiert bzw. von ihr vertreten wird, gibt es einen Rechtsanspruch auf diese Gebiete.

Zweitens ist neu, daß sich die Spitzenfunktionäre/innen der Grünen positiv auf einen solchen Friedensvertrag mit ganz-Deutschland beziehen. So erklärte Antje Vollmer, als Sprecherin der Grünen im Bundestag, am 27. Februar '85 anläßlich der Debatte um den „Bericht zur Lage der Nation“: „In Kreisen der Grünen, aber auch innerhalb der SPD, ist die Diskussion darüber entstanden, daß es 40 Jahre nach Kriegsende Zeit ist, endlich einen Friedensvertrag zwischen den ehemaligen Feindstaaten und den beiden deutschen Staaten zu schließen.“ („Die Grünen“, März '85)

Diese Rede wurde mit einiger Sicherheit bei einem bestimmten Spektrum inner- und außerhalb der Grünen Partei als ein entscheidender Durchbruch gefeiert. Dieser illustre Kreis, dessen vielfältige Intentionen im weiteren untersucht werden sollen, gruppieren sich aktuell zentral um eine „Denkschrift zur Verwirklichung der europäischen Friedensordnung — Deutscher Friedensvertrag und deutsche Konföderation — Europäisches Sicherheitsverbot“ (1), sowie um einen bundesweiten Initiativkreis „Linke Deutschland-Diskussion mit ihrem Aufruftext: „Anruf für eine deutsch-deutsche Alternative“.

Der allen diesen deutsch-deutschen Projekten zugrundeliegende Gedankengang ist nicht einfach die Wiedervereinigung unter kapitalistischen Vorzeichen a la Dreger usw., nein, das Anliegen wird heute als friedenspolitisch geschickt verpackt und bündnispolitisch aufbereitet. Der Ausgangspunkt für alle weiteren Schritte ist ein Friedensvertrag, damit „die Deutschen endlich unzweideutig den territorialen Status quo Deutschlands anerkennen, um den politischen Status quo verändern zu können, um die Blockteilung Deutschlands und Europas friedlich überwinden zu können“ (aus: „Die Grünen“, 2. Februar 85).

Die traditionellen Aktivitätszentren dieser deutschlandpolitischen Linie sind die AG Deutschland und Berlinpolitik der AL und ihr intellektuelles Umfeld, die Unter-AG Deutschlandpolitik der Bundesarbeitsgemeinschaft Gesamteuropa der Grünen, sowie — und jetzt wird es brünnlich — der ehemalige Stenredakteur W. Venohr und diverse nationalrevolutionäre Gruppen und Individuen.

In der innergrünen Diskussion hat es deutschland- und friedenspolitische Kongresse in Baden-Württemberg und Bayern, die Rede von A. Vollmer und einen Antrag des KV-Bonn zur letzten Bundesdelegiertenkonferenz in Hamburg gegeben, die allesamt einen Friedensvertrag zum zentralen Inhalt hatten. Diese innergrüne Kontroverse voranzutreiben ist Ansatz dieses Artikels, weil ich, um es deutlich zu sagen, einige Leute aus dem sonstigen Spektrum für schlicht nicht diskussionsfähig halte und deshalb ausgegrenzt wissen will. Wie z.B. den Herrn Venohr, der in der Zeitung „Neue Zeit“ (München 2/79) auf die Frage „Wie beurteilen Sie die Nationalrevolutionäre?“ folgendes zum „Beuten“ gibt: „Ja, wieviel Nationalrevolutionäre gibt es denn? 100 oder 150? Vielleicht 200? Wenn damit eine spontane Revolution der Massen ausgelöst werden soll (nach dem Eichberg-Slogan: „Die nächste Revolution kommt bestimmt“), dann werden wir wohl sehr lange warten können. Warten ist aber gefährlich, denn viel eher könnte sich die pessimistische Prognose erfüllen: „Der nächste Krieg kommt bestimmt!“ Wenn aber die Nationalrevolutionäre in der gegenwärtigen konkreten historischen Situation der Mut zur Elite aufrufen, also zum Prinzip des geistigen Portemonnaies, um Presse, Rundfunk, Fernsehen und Universitäten mit dem Virus der nationalen Frage zu infizieren, dann könnten sich die Nationalrevolutionäre verdient machen.“

Daß solche von völkischer Ideologie durchdrungenen Texte sich eindeutig positiv auf die Grünen als Hoffnungsträger beziehen, sollte eigentlich eine schrille Alarmglocke in jedem Mitglied der Grünen auslösen. Daß dies bisher augenscheinlich nicht der Fall ist, ist also hinreichend Anlaß, um sich ausführlicher und differenzierter mit dem Thema Friedensvertrag auseinanderzusetzen.

Die Quellen der Attraktivität eines Friedensvertrages

Die Attraktivität eines Friedensvertrages zwischen „ganz-Deutschland“ und der Anti-Hitler-Koalition speist sich wesentlich aus vier Quellen:

— Die Umsetzung der Stoßrichtung: Anerkennung der politischen Realität im Nachkriegseuropa, also vom Abtritt der ehemals deutschen Ostgebiete im heutigen Polen und der DDR-Staatsbürgerschaft — durch einen Friedensvertrag, der

von beiden deutschen Staaten und der Staaten der Anti-Hitler-Koalition zu ratifizieren wäre.

— Die sich auf dieser Grundlage ergebende Entwicklungsmöglichkeit, daß „beide deutschen Staaten gleichzeitig aus ihren Militärbindungen entlassen werden“ (Antje Vollmer), „das Tabuthema Wiedervereinigung in unserem Sinn zu brechen“ (Antrag KV-Bonn) oder für einen „nationalen Kompromiß“ im Sinne einer Konföderation beider deutscher Staaten (Denkschrift, z.B. S.42)

— Die Erlangung der Souveränität, um in der BRD die Amerikaner samt Pershing 2 usw. rauszuschmeißen

— Sowie die vierte Quelle, die in der einen oder anderen Form und Stärke als Komponente auch in den anderen Quellen zu finden ist: Über ein „Pushen“ des deutschen Nationalismus die innere Kraft und Kompetenz zu erlangen, um den „Besatzern in der BRD und (dann) den Sowjets in der DDR die Stirn bieten zu können

Diese vier Quellen sollen nun im Lichte von 4 Fragestellungen einer Analyse unterzogen werden.

1. Warum gibt es keinen Friedensvertrag?
2. Wie ist es um die Souveränität der BRD bestellt?
3. Kann die „Deutsche Einheit“ noch ein wünschens- und erstrebenswertes Ziel sein?
4. Gibt es heute oder in absehbarer Zeit verwendbare, emanzipative Momente am/eines deutschen Nationalismus?

Warum gibt es keinen Friedensvertrag?

Weil die nach dem 2. Weltkrieg dominanten gesellschaftlichen Kräfte in der entstehenden BRD die deutsche Frage im Einklang mit der globalen UN-Konfrontationspolitik gelöst wissen wollten. Offen lassen, also im Sinne Adenauers und des Kalten Krieges, d.h. dieses „Offenlassen“ kombinieren mit der Ablehnung aller Friedensvertragsanforderungen aus der DDR und der Sowjetunion.

Die grandiose Konstruktion, die zwecks Begründung dieses Offenlassens kreiert wurde, beruht auf zwei Säulen: a. Der Fortexistenz des deutschen Reiches über den 8. Mai 45 hinaus und b. in der Nicht-Existenz eines Friedensvertrages mit diesem Deutschen Reich, bzw. seinem „legitimen Nachfolger“ der BRD.

Es ist also quasi eine Staatsdoktrin der BRD, daß das deutsche Reich, nicht wie es heute die DDR vertritt, im 2. Weltkrieg untergegangen ist und

Es ist also quasi eine Staatsdoktrin der BRD, daß das deutsche Reich, nicht wie es heute die DDR vertritt, im 2. Weltkrieg untergegangen ist, sondern weiterexistiert, zwar momentan handlungsunfähig ist, aber von der BRD stellvertretend repräsentiert wird. Die BRD beansprucht also eine doppelte Souveränität: einerseits über das Territorium der BRD, andererseits über das Gebiet des Deutschen Reiches von 37 oder 39 (oder ...) Diese Konstruktion hat im Laufe der Zeit einige Bücherregale juristischer Literatur produziert, um verschiedenste Identitäts-, Dach-, Teilordnungs-, Dismembrations-, Sezessions- und sonstige Theorien zu begründen.

Das einzige Mittel, um den „Dornschenschlaf“ des Deutschen Reiches zu beenden, ist ein Friedensvertrag, der das Vermächtnis des Hitlerfaschismus endgültig als „völkerrechtsverbindlich“ klärt. Solange es also keinen Friedensvertrag gibt, sind alle Regelungen, die das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander betreffen, vorläufiger Natur. Auf ihnen liegt ein Rechtsvorbehalt, der sich aus der Nicht-Existenz eines Friedensvertrages ergibt.

Dies ist auch das Geheimnis des Eiertanzes um die „Briefe zur deutschen Einheit“, deren Übergabe im Zusammenhang mit den Ostverträgen Anfang der 70er Jahre diesen Rechtsvorbehalt seitens der Brandt/Scheel-Regierung zum Ausdruck bringen sollten.

Der Streit zwischen Hupka, der Stahlhelmfraktion usw. und Kohl besteht nur darin, ob diese gemeinsamen Rechtspositionen in Bezug auf Schlesien etc. heutzutage politisch aktiviert werden oder lieber weiterschlafen sollen.

Daß die DDR kassiert werden soll, natürlich mit Bezugnahme auf das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und in Frieden und Freiheit, steht völlig außerhalb jeder Diskus-

sion; alle reaktionären Anachronismen leiten sich aus diesem Staats- und Völkerrechtsverständnis der BRD ab. Obwohl z.B. auf den Alleinvertragsanspruch im Grundlagenvertrag vom Mai 73 explizit verzichtet wird, hielt das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum Grundlagenvertrag fest: „Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches, sondern identisch mit dem Staat „Deutsches Reich“ in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings nur faktisch.“ Nicht zuletzt durch dieses für alle BRD-Verfassungsorgane verbindliche Urteil ist die Beanspruchung einer doppelten Identität der BRD in allen Poren des Staatsapparats und insbesondere der Judikative erhalten geblieben.

Die Grünen sollten anstatt mit der Forderung nach einem Friedensvertrag die Rechtmäßigkeit auf das ganze Deutschland aufs Neue zu aktualisieren (auch wenn dies in der Abacht geschieht, die Nachkriegsrealitäten festzuschreiben), lieber mit allem beißen den Hohn und Spott über die beanspruchte Doppelidentität in allen gesellschaftlichen Bereichen herziehen — z.B. über die Erfassungswelle Salzgitter, die alle Rechtsbrüche (gemessen an BRD-Recht, versteht sich) der „kommunistischen Diktatur drüben“ sorgfältig registriert und für den Tag X speichert.

— über die Skundat, daß der Honnecker deshalb quasi amnestiert werden muß, um den Kohl besuchen zu können,

— darüber, daß der Kabarettist Dietrich Künert, der aus der Nähe von Breslau (Schlesien) stammt, beim Verfassungsschutz unter „PBO“ registriert ist und PBO für „polnisch besetzte Ostgebiete“ steht,

— über den Wahnwitz, daß bundesdeutsche MdB's ihre Reisen in die DDR bei der Abrechnung „Inlandsreisen“ abrechnen müssen;

— über die Lächerlichkeit, daß DDR-Bürger in der BRD bundesdeutsche Wahlbenachrichtigungen zugesandt bekommen;

— oder über das Dilemma der Bundesregierung mit den Botschaftsflüchtlings in Ost-Berlin und Prag, die eigentlich alle sofort einen bundesdeutschen Paß bekommen müßten.

Dieser aggressive Alleinvertragsanspruch ist also nach wie vor in den BRD-Staatsapparaten materiell und in weiten Teilen der Bevölkerung ideologisch verankert. Seine aktive Umsetzung wird einerseits grundlegend durch das politisch-militärische Kräfteverhältnis in Mitteleuropa verunmöglicht, andererseits ergeben sich auf dieser Erkenntnis fußend bestimmte Interessen, die dazu führen auch rhetorisch „etwas weiter zu treten“, so z.B.

— andererseits ergeben sich auf dieser Erkenntnis fußend bestimmte Interessen, die dazu führen auch rhetorisch „etwas weiter zu treten“, so z.B.

— Aufgabe der Hallstein-Doktrin (= Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Staaten, die die DDR anerkennen) am Ende der 60er Jahre und der sich daraus entwickelnde Grundlagenvertrag mit der DDR.

— die mit dem Osthandel verbundenen Interessen,

— die Rücksichtnahme auf bestimmte, in Westeuropa verbreitete Vorbehalte gegenüber einem wiedervereinigten Gesamt-Deutschland, wie sie z.B. in der bisag zurückgewiesenen Äußerung des italienischen Außenministers Andreotti: „Es müßten zwei deutsche Staaten bleiben“ im Herbst 84 zum Ausdruck kamen.

Die Grünen werden sich in der Debatte um den Friedensvertrag die eindeutige Beantwortung der Frage nach einer doppelten Souveränität und dem Alleinvertragsanspruch erst noch einfallen lassen müssen. M.E. jedoch kann man ein Mittel, ein Instrument, wie den Friedensvertrag nicht von diesem verfassungsrechtlichen veräußern.

Begründungszusammenhängen und damit verbundenen politischen Interessen abtrennen. Da nutzt auch die bange Hoffnung von Antje Vollmer nichts, daß die DDR das Friedensvertragspielchen inspielen könnte. „Beide deutschen Staaten sind Rechtsnachfolger des ehemaligen Deutschen Reiches und übernehmen damit einen Teil der Verantwortung — auch die DDR.“ (aus Bundestagsrede vom 27.2.85) Auch auf die „Gefahr“ hin als ständige Vertretung der DDR vertriehen zu werden, meine ich, daß die Rechtsinterpretation der Ostverträge durch die DDR friedenspolitischen Erfordernissen in Mitteleuropa wesentlich zuträglich ist. Die DDR ist nämlich der Auffassung (s. auch „Der Sonntag“ Nr. 9/85), daß die Ou-

verträge (alle aus den Jahren 70 bis 73) zwischen der Sowjetunion, Polen, der CSSR und der DDR mit der Bundesrepublik einen Friedensvertrag ersetzen können, bzw. erübrigen könnten, wenn diese Politik fortgesetzt werden würde. Auch im m.E. die DDR insofern, daß Wiedervereinigungsgebot im Grundgesetz bei einer „juristischen Lesart“, korrekt.

Diese Auffassung in der Gesamtheit der BRD durchzusetzen, das Relativieren in die DDR oder etwaige „ob deutsche Ansprüche, egal in welcher Form — scharf zurückzuweisen und nach einem politisch und juristisch praktikablen Weg zu suchen, die völkerrechtliche Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, sowie die Streichung des Wiedervereinigungsgebotes aus der Grundgesetz-Präambel durchzusetzen, heißt Deutschlandpolitik als konkrete Friedenspolitik zu begreifen. Denn selbst bürgerliche Juristen kommen nicht um die Tatsache herum, daß die verschiedenen bundesdeutschen Theorien — beginnend bei der Identitätskrise über die diversen Kernstaats-, Schrumpfskizzen- und Teilordnungslehren — von ihrer juristischen Legitimation her an einem seidenen Faden hängen: Der Anerkennung der DDR Staatsbürgerschaft! Um dies zu verstehen, muß man sich klarmachen, daß der Sinn eines Friedensvertrages nicht in dem Dokument als solchem besteht, sondern darin, daß eine Reihe relevanter, regelungsbedürftiger Fragen nach der Beendigung eines Krieges geklärt werden, z.B. die Billigung von Annexionen, die Anerkennung neuer Grenzen und der Hoheitsgebiete neuer Staaten, Staatsangehörigkeitsfragen, Vermögensangelegenheiten, Reparationen, usw..

Der Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 72 hat in Bezug auf die DDR (in Bezug auf Polen siehe den Warschauer Vertrag, usw.) aus diesem Bündel von regelungsbedürftigen Fragen einige beantwortet, nämlich die territoriale Abgrenzung (mit Ausnahme des Grenzverlaufes auf der Elbe bei Lauenburg) und die sich damit verbindende Anerkennung der Hoheitsgewalt für das DDR-Staatsgebiet. Die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, d.h. die Anerkennung des völkerrechtlichen Subjektes „Volk der DDR“, wäre ein wesentlicher Schritt dahin, das bestehende Vertragswerk zu einem funktionalen Äquivalent für einen Friedensvertrag auszubauen. Trotz der sich dabei ergebenden immananten Schwierigkeiten (so müßten dann die DDR-Flüchtlinge z.B. als politische-/Asylanten behandelt werden) ist dies der einzige Weg, die verfassungsrechtlichen Blockaden zu umgehen und die sog. Dispositionsrechte der ehemaligen Anti-Hitler-Koalition zwar nicht for-

der einzige Weg, die verfassungsrechtlichen Blockaden zu umgehen und die sog. Dispositionsrechte der ehemaligen Anti-Hitler-Koalition zwar nicht formal, aber materiell zu unterlaufen. Die ganze lange Reihe von Phrasen: Verantwortung für ganz Deutschland, fehlender Friedensvertrag (keine volle Souveränität), gesamtdeutsches Dach, usw. wurde in sich zusammenbrechen! Die Verankerung dieser Formel-Reihe ist nicht etwa der ehemaligen Anti-Hitler-Koalition und deren „schludriger“ Abwicklung geschuldet, sondern sie ist wesentlich eine zusammengebastelte Krücke für eine „fortwirkende“ gesamtdeutsche Klammer, die Berlin einschließt und der man sich eben nicht gut entziehen kann (weil man nicht will). Das gugemeinte Anliegen „zu einer Anerkennung der politischen Realität“ (Antrag KV Bonn) zu kommen und allen revanchistischen Tendenzen energisch entgegenzutreten, wird aber den 40 bzw. 40 Jahre verstrichenen Friedensverträge inklusive Auferstehung des Deutschen Reiches nicht genügen, weil dieses Mittel als Ausgangspunkt jeder revanchistischen Spielerei in der BRD an sich untauglich ist.

Wie ist es um die Souveränität der BRD bestellt?

Nach den grün-internalen Meinungen zu urteilen, ist es nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes über die Organklage der Bundesratsfraktion der Grünen um die Souveränität der Bundesrepublik endgültig schlecht bestellt. „Ein Ermächtigungsgebot“.

Worum ging es? Unter dem Titel „Konzertanz in Grün“ nimmt der Verfassungsschlichter Helmut Ridder in der Bundesdeutschen Zeitschrift „Debatte“ genüßlich die Klage der Grünen aus-

ander. Zur Sache „Die Bundesregierung habe, so lautet der Vorwurf der Grünen, in unterlassen, sich für ihre Zustimmung zur Ausdehnung der in der BRD stationierten US-Streitkräfte mit den bewußten Risiken, die aufgrund der integrierten NATO-Kommandostruktur im Ernstfall durch den amerikanischen Präsidenten zum Einsatz gelangen können, durch ein Gesetz des Bundestages ermächtigen zu lassen, und dadurch verfassungsmäßige Rechte des Bundestages verletzen.“

Im weiteren weist der Autor nach, daß die in allen deutschen Wohnräumen und an allen Stammtischen „... über die massenkonsensfähige These ... daß die Zustimmung der BRD ... über eine Übertragung von Hoheitsrechten (der BRD) nach außen hin ... jeder Grundlage entbehre und zwar weil nichts übertragen werden kann, was nicht vorhanden ist. Die BRD war bei ihrer Entstehung im Jahre 49 von Besatzungsrecht wegen unbewaffnet; es gab keinen „Nachfolger“ der de facto und de jure liquidierten Großdeutschen Wehrmacht. Sie wurde 53 im Zustand jedenfalls rechtlicher Atomwaffenlosigkeit „sovereign“. Sie ist in diesem Zustand gleichzeitig Mitglied des WEU/NATO-Systems geworden, wobei die Fortdauer der Atomwaffenlosigkeit vertraglich ausdrücklich festgelegt wurde und zwar unkontrollierbar. (...) Das besagt indes nichts zu der Frage, ob die amerikanischen Waffensysteme auch ohne Zustimmung der BRD auf ihrem Territorium aufgestellt, einsatzbereit gemacht und eingesetzt werden dürfen. Dies ist selbstverständlich zu verneinen (...)“ Nach Ridders Meinung „hat mit allen Prozeßbeteiligten, durch alle Prozeßbeteiligten und an der Spitze aller Prozeßbeteiligten „Deutschland“ gewonnen, weil in dem Urteil klammheimlich ein nicht vorhandenes Souveränitätsdefizit (im Sinne fehlender Verfügungsgewalt über Atomwaffen) festgeschrieben wurde. Denn ein Souveränitätsbegriff mit einer „vor- und damit überrechtlichen“ und deshalb folgerichtig in der „Kriegsfreiheit“ (Kriegsfreiheit) Qualität“, ist in der BRD auch nach den Vernichtungsfeldzügen der Nazis immer noch nicht ausgemerzt bzw. sind diese Souveränitätsvorstellungen nun auch juristisch untermauert worden. (Alle Zitate aus: Düsseldorf „Debatte“ 2/85)

Diese Episode soll für viele andere stehen, in denen sich Grüne, Alternativ und Linke über die scheinbar fehlende staatliche Souveränität der BRD die Haare ergaunzen lassen.

Klammerlins einmal die spezielle Situation Berlins als selbstständiger politischer Einheit mit nach wie vor bestehenden alliierten Kontroll- und Hoheitsrechten aus, so sind alle modischen Snacks über die bösen Amis, Franzmänner und Tommys, die durch ihre Entscheidungsgewalt der BRD entzogene Truppenstationierung die Souveränität der BRD beschneiden, Mythen, die besser bei der NPD oder der „Notverwaltung des deutschen Ostens“ aufgehoben sind.

Aber es kommt noch härter: Siegfried Jockisch über die alten Amis, Franzmänner und Tommys, die durch ihre Entscheidungsgewalt der BRD entzogene Truppenstationierung die Souveränität der BRD beschneiden, Mythen, die besser bei der NPD oder der „Notverwaltung des deutschen Ostens“ aufgehoben sind.

Aber es kommt noch härter: Siegfried Jockisch über die alten Amis, Franzmänner und Tommys, die durch ihre Entscheidungsgewalt der BRD entzogene Truppenstationierung die Souveränität der BRD beschneiden, Mythen, die besser bei der NPD oder der „Notverwaltung des deutschen Ostens“ aufgehoben sind.

Vorbehaltliche Stationierung meint, daß die Truppen der USA, Frankreichs und Großbritanniens aus der Verantwortung für „Ganz-Deutschland“ in der BRD stehen und zwar so lange wie es keinen Friedensvertrag gibt, der endgültig die völkerrechtliche usw. Lage in den Grenzen des ehemaligen Deutschen Reiches klärt.

Diese vielbelegte, „souveränitätsbeschneidende“, vorbehaltliche Stationierung entwirrt sich hierarchisch betrachtet als Maßnahme gegen die Wiederaufnahme der Angriffspolitik durch Deutschland. Sie ist mit genau dieser Intention in den von Feindstaaten-Artikeln 53 und 107 der Satzung der Vereinten Nationen verankert. Im Kern geht es in Artikel 53 darum, daß Maßnahmen gegen einen ehemaligen Feindstaat aus dem 2. Weltkrieg (also insbesondere Deutschland), der sich der Wiederaufnahme der Angriffspolitik schuldig macht, von den Siegermächten ergriffen werden können ohne dazu von Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beauftragt werden zu sein. Das bedeutet, daß historisch gesehen bestimmte Truppenkontingente der Anti-Hitler-Koalition in „Ganz-Deutschland“ stehen, um Deutschland die Souveränität zu neh-

men, einen weiteren Angriffskrieg vorzubereiten. Vor dem Hintergrund, daß der Begriff Weltkrieg nicht nur dadurch gekennzeichnet ist, daß der Krieg eine weltweite, räumliche Ausdehnung hat, sondern auch dadurch, daß er von Deutschland ausgeht, eine nur allzu verständliche Maßnahme.

Ist es schon ein Skandal für sich, daß die Geschichte der Feindstaaten-Artikel der Satzung der Vereinten Nationen der bundesdeutschen Öffentlichkeit mit Erfolg vorenthalten werden konnte, so ist geradezu beschämend, wenn Grüne und „Linke“ heute daraus friedensbedrohende Souveränitätsdefizite erwachen lassen und dadurch den Eindruck schüren, als würde „den Deutschen“ eine aggressive Vorverurteilung gegen ihren Willen aufgezwungen. Die Geschichte der Truppenaufenthaltsverträge im Rahmen der NATO ist nämlich eine ganz andere und völlig freiwillige, die sowohl einem völlig anderen Zweck dient, als auch zeitlich der Anti-Hitler-Koalition und ihren wenigen Überbleibseln nachgelagert ist. Zudem ist die Übertragung von souveränen Rechten der BRD auf die entsprechenden NATO-Stäbe weitaus einschneidender und für die heutigen Zwecke der Truppenstationierung der USA usw. auf dem Boden der BRD auch wesentlich relevanter.

Ohne an dieser Stelle eine umfassende Darstellung der rein juristischen Dimensionen der Souveränitätsfrage abgeben zu wollen, sollen doch einige wesentliche Dinge klargestellt und die entscheidenden politischen Bezüge hergestellt werden.

Vom 19. bis 23. Oktober 1954 fanden in Paris vier miteinander verbundene Konferenzen statt, deren Ergebnis die sogenannten „Pariser Verträge“ waren. Dazu gehörte unter anderem die Gründung der Westeuropäischen Union (mit 50jähriger Laufzeit; also erst ab 1998 mit einjähriger Laufzeit kündbar, obwohl fast alle rüstungspolitischen Beschränkungen für die BRD mittlerweile im Einvernehmen aufgehoben wurden), die Aufnahme der BRD in die NATO (seit 60 mit einjähriger Frist kündbar), der Truppenaufenthaltsvertrag, sowie der Abschluß eines Deutschlandvertrages in dem gegenüber dem ursprünglichen Entwurf vom 26.3.52 modifizierter Form.

H. Ridder vertritt dazu die weitestgehende Auffassung: „Ganz sicher hat sich die besatzungsrechtliche Hürde der Truppenstationierung spätestens aufgelöst mit Inkrafttreten des NATO-Truppenstatus vom 19. Juni 51 für die BRD, also mit dem 1. Juli 1963, dem Tage, an dem auch das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatus vom 3. August 1959 in Kraft getreten und der Truppenvertrag vom 23. Oktober 1954 erloschen ist. Der Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der BRD vom 23. Oktober 1954 läuft mindestens leer; da er nach Art. 3 „mit dem Abschluß einer friedensvertraglichen Regelung mit Deutschland“ außer Kraft treten soll und an die Stelle einer solchen Friedensvertraglichen Regelung nicht 23. Oktober 1954 tritt, ist der Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der BRD vom 23. Oktober 1954 läuft mindestens leer; da er nach Art. 3 „mit dem Abschluß einer friedensvertraglichen Regelung mit Deutschland“ außer Kraft treten soll und an die Stelle einer solchen Friedensvertraglichen Regelung endgültig das System der Ostverträge der BRD getreten ist, muß er meines Erachtens für konsumiert gehalten werden.“ (Aus: „Bäcker für deutsche und internationale Politik“ 82: Die Souveränität der BRD ...)

Entscheidend ist also: Interpretiert man das Vertragswerk der Ostverträge als quasi-Friedensvertrag, so sind die Wurzeln der Truppenstationierung (WEU-Vertrag und Besatzungsrecht) hinfällig.

Auch Prof. Däubler geht in seinem Buch „Stationierung und Grundgesetz“ davon aus, daß die BRD souverän ist. Er leitet dies aus dem Art. 2 des NATO-Truppenstatus ab, wonach die Truppen das Recht des Aufnahmestaates zu achten haben.

Eine etwas vorsichtiger Position bezieht Werner Jung (in: Konferenzender „Wissenschaft zwischen Krieg und Frieden“, 28.30. Januar 82, Westberlin): „Die bei dem Inkrafttreten des deutschen Verteidigungsabkommens ... hier gegeben gewesene Präsenz von fremden Streitkräften gleicher Nationalität und Effektivstärke steht unter der Souveränität der BRD und kann nur mit ihrer Zustimmung erhöht werden. Wir sind deswegen kein besetztes Land, weil die fremdtruppigen Bundesstruppen sind. Niemand weiß allerdings, ob und in welchem Umfang diese Bundesstruppen zugleich Vorbehaltsrechte der drei Westmächte in Bezug auf kurz gesagte Deutschland als Ganzes wahrnehmen.“

Diese letzten noch bescheidenden Unklarheiten resultieren letztlich aus dem Dilemma der Bundesregierung der 50er und 60er Jahre: Alleinvertragsanspruch bedeutet: Kein Friedensvertrag, also auch von der juristischen Konstruktion her kein Wegfall der alliierten Vorbehaltsrechte in Bezug



Aus: GAL (d.J. Gerard Aaleens). Kissinger, Carter, Coca & Co. Politische Tekeningen 1970-1977. Antwerpen. Standaard Uitgeverij, 1977

auf Ganz-Deutschland, also auch in diesem Sinne keine volle Souveränität. Die geschickte Propaganda der CDU/CSU-Regierungen hat immer nur den ersten Punkt (Alleinvertretungsanspruch) betont, das andere war — weil real unwichtig — was für Verfassungs- und Staatsrechtler als „Spielwiese“. Heute nun daherzu kommen und die volle Souveränität der BRD einzufordern, weil man einen wahrhaft dramatischen Akt der Unterwerfung unter „ausländische Interessen, der bisher immer verschwiegen wurde, ausfindig gemacht habe“ ist wirklich eine nicht wieder gut zu machende Dummheit.

Angesichts dieser Verhältnisse sollte klar sein, daß die Parole „Wir sind ein besetztes Land“ nicht aufklärerisch ist, und eigentlich nur in die Propaganda der NPD „Gegen die Sowjets und Amis — für Deutschland“ hineinpassen kann.

Klar ist aber auch, daß diejenigen, die einen Friedensvertrag anstreben, zwangsläufig bei der Feststellung der Nicht-Souveränität landen müssen. Hören wir also auf damit, die konkrete Militärpolitik der Bundesregierungen aus der NPD „Gegen die Sowjets und Amis — für Deutschland“ hineinpassen kann.

Klar ist aber auch, daß diejenigen, die einen Friedensvertrag anstreben, zwangsläufig bei der Feststellung der Nicht-Souveränität landen müssen. Hören wir also auf damit, die konkrete Militärpolitik der Bundesregierungen sei 55 dadurch zu entschuldigen, daß wir die Verantwortung auf die Westalliierten abschieben. So wäre — gesetzt im Falle, eine bundesdeutsche Regierung wäre tatsächlich gewillt, die Pershing-2 Raketen aus dem Land zu schaffen — die Berufung auf die Stationierungsvorbehalte der Alliierten durch die USA, ein juristisch völlig absurdes Unterfangen. So lautet der Deutschlandvertrag vom 23. Okt. 54 klipp und klar in Art. 4, Abs. 2: „Die Bundesrepublik ist damit einverstanden, daß vom Inkrafttreten der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag an Streitkräfte der gleichen Nationalität und Effektivstärke wie zur Zeit dieses Inkrafttretens in der Bundesrepublik stationiert werden dürfen“ (s. auch die Problematik der Lagerung chemischer Waffen auf dem Boden der BRD, die mit diesem Zeitpunkt und dieser Effektivstärke zusammenhängt).

Friedens- und Abrüstungspolitisch, also vor allem mit Bezug auf die Raketenstationierung bringt ein Friedensvertrag also gar nichts. Da zählen die politischen Kräfteverhältnisse, wobei zu berücksichtigen ist, daß die vereinte Reaktion alles daran setzen wird, daß die US-Armee samt Raketen hier bleibt. Dies führt zu einem weiteren Gedankengang, der die immensen Schwierigkeiten derjenigen bloßlegt, die den Friedensvertrag als friedens- und abrüstungspolitisches Instrument einzusetzen möchten. Wenn klar ist, daß die Friedensbewegung und somit jedwede grüne oder rot-grüne Regierung die Entschlags-Waffen und/oder die AIR LAND BATTLE-Truppen nur mit einer die NATO erschütternden Konfrontation mit den USA aus dem Land schaffen würde. Wieso wird dann nicht der Gedanke an eine partnerschaftliche

und einvernehmliche Unterschrift unter einem Friedensvertrag, der dasselbe Ziel impliziert, nur alles auf eine saubere juristische Grundlage stellen soll, von vornherein als absurd erkannt. Denn die US-Armee würde im Falle einer Bundesregierung, die ihre Abrüstungsabsichten zu realisieren begänne, eine zweite Funktion neben der Aufmarschhaltung gen Osten erfüllen, nämlich als Helfer in der Not für die gerade abgesetzten Herrschaften, und zwar dies völlig unabhängig von der juristischen Lage. Staatliche Souveränität ist somit immer, das läßt sich daran deutlich erkennen, an die spezifische Souveränität der herrschenden Klasse geknüpft, weil jede politische Nation von einem bestimmten hegemonialen Block überhaupt erst konstituiert wird.

Kann die „Deutsche Einheit“ bzw. eine „Deutsche Konföderation“ noch ein erstrebenswertes Ziel sein?

Ein Friedensvertrag soll neben der Anerkennung der politischen Realitäten

Kann die „Deutsche Einheit“ bzw. eine „Deutsche Konföderation“ noch ein erstrebenswertes Ziel sein?

Ein Friedensvertrag soll neben der Anerkennung der politischen Realitäten im Sinne einer deutschen Zweistaatlichkeit mit unterschiedlichen politisch-ökonomischen Systemen, der Erlangung der „vollen Souveränität“ usw. die Möglichkeit einer Konföderation bzw. eines deutschen Bundes eröffnen. Dieses delikate Anliegen wird in den meisten Schriften sehr gewichtig in jede Menge Friedenspolitik eingewoben. Das trägt man dann wie folgt vor: „Heute ist klar, daß die Teilung Deutschlands und seine Einbindung in NATO und Warschauer Pakt Sicherheit weder für die Deutschen noch für ihre Nachbarn geschaffen hat. Die Kriegsgefahr ist nicht gebannt (...) Nur unterschlagen beide deutschen Regierungen, daß es gar nicht in ihrer Hand liegt, zu entscheiden, daß „von deutschem Boden“ kein Krieg ausgehen darf. Unabhängig hängen die USA und die Sowjetunion neue Waffen auf deutschem Boden auf (...)“ (Denkschrift zur Verwirklichung der Europäischen Friedensordnung, S.24) „Die Einsicht, daß unter den Bedingungen der Militäropakte die nationale Existenz unseres Volkes als erstes Schlachtopfer auf dem Spiel steht, schärft den Blick für andere Fragen des deutschen Selbstbestimmungsrechtes. Die im Kalten Krieg geschaffenen deutschlandpolitischen Regelungen sind friedenspolitisch Stückwerk, weil sie das deutsche Volk, im eklatanten Widerspruch zu den Grundprinzipien der Vereinten Nationen, daran hindern, über seine inneren Angelegenheiten selbst zu entscheiden.“ (Denkschrift, S.25)

Die Konsequenz dieser Demagogie ist immer dieselbe: Die fremdbestimmte Spaltung Deutschlands ist Ausgangspunkt und Ursache der Kriegsgefahr; also muß man sich an diese Ursachen heransagen und in irgendeiner Form

die Wiedervereinigung organisieren. Jedoch denken wir uns einen Augenblick in eine solche deutsche Konföderation ein; natürlich mit Friedensvertrag und weitgehender Entmilitarisierung. Was ist mit den unterschiedlichen politisch-ökonomischen Systemen? Zu diesem Problem mehr z.B. in der Denkschrift sehr wenig. Nämlich erstens nur, daß „in beiden deutschen Staaten ungeachtet der weiter bestehenden Gegensätze Mut und Einsicht zum „nationalen Kompromiß“ eingebracht werden muß“, und zweitens, daß „die Konföderation zugegebenermaßen von der SED eine gewisse Bereitschaft zum Risiko (erfordert), (sie) enthielte für sie (die DDR bzw. die SED) zugleich auch ganz neue Chancen der innerstaatlichen Legitimation einerseits, gesamtdeutscher Initiativen andererseits.“ (Denkschrift, S.42) Ein schöner Trost!

Daß die exportorientierte, bundesdeutsche Industrie die DDR sofort kassieren würde, wenn diese ihr Außenhandelsmonopol auch nur ein bißchen lockern würde, ist den Autoren nur als „gewisses Risiko“ aufgefallen. Überhaupt bleibt auf dieser ökonomischen Ebene völlig unklar, was die Vorschläge der Denkschrift von denen eines Herrn Dregger unterscheiden. Das einzig denkbare Resultat ist: Ablehnung der Vorschläge durch die DDR. Und nun, steile man sich vor, es gäbe in der BRD ein starke „Bewegung“, die all ihre Hoffnung in die Konföderation gelegt hätte.

Aber allein schon der Versuch, eine Konföderation unabhängig vom Kapitalismus in der BRD zu denken, ist Ausdruck eines sozusagen speziellen Angebots der Denkschrift, der „Entideologisierung der Deutschen“.

Der rhetorische Trick, der die ganze Denkschrift durchzieht, ist folgender: Abstrahiert man davon, daß zwischen BRD und DDR die Systemgrenze zwischen Kapitalismus und realen Sozialismus verläuft, und daß die jeweiligen hegemonialen Kräfte die Einordnung bewußt und freiwillig vollzogen haben, dann bleiben eigentlich nur noch Deutsche übrig, und es ist völlig unklar, wieso die nicht zusammenkommen sollten. Die „Deutschen“ werden also als ideologisch vereinnahmt dargestellt: hier kapitalistisch-weiße Ideologie, dort sozialistisch-östliche Ideologie. Ideologie wird dann nicht mehr als Ausdruck eines hegemonialen Blocks in der Gesellschaft begriffen, der „nicht nur auf der Basis gegenseitiger materieller Interessen und des Verhandelns und Abwägens desselben aufgebaut (ist), sondern auch über die bindende Kraft des Ideologischen, der Gefühle, (...) kollektiver Sehnsüchte, Mythen usw.“ (aus: Leopoldo Marmora, Nation und Internationalismus, S.123)

Die so unter einer bestimmten Hegemonie geformten Lebenspraxen der Menschen in der BRD werden nicht mehr als das Resultat der nationenbildenden Bourgeoisie analysiert, sondern nur noch als von außen importiert bzw. aufgepreßt. Die tragende Grundlage einer solchen Konföderation, wie aus den Autoren der Denkschrift vor-

Die so unter einer bestimmten Hegemonie geformten Lebenspraxen der Menschen in der BRD werden nicht mehr als das Resultat der nationenbildenden Bourgeoisie analysiert, sondern nur noch als von außen importiert bzw. aufgepreßt. Die tragende Grundlage einer solchen Konföderation, wie aus den Autoren der Denkschrift vor-

Auch können neben internen Problemen einer Konföderation zwangsläufig die externen hinzu, das Verhältnis zu den anderen europäischen Staaten. Und da gilt immer noch: „Solange nämlich wird die eine Seite keine Ruhe geben, wenn die andere behauptet, nun sei Ruhe am Platz — und umgekehrt. Denn: WER DEUTSCHLAND HAT, HAT EUROPA!“ Diesen Satz habe ich nicht etwa bei Bismarck, Friedrich Wilhelm oder Hitler gelesen, sondern erst kürzlich in dem Presse- und Informationsbulletin der Bundesregierung vom 21. März 85, vorgelesen vom parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für innere deutsche (sic!) Beziehungen Dr. Otfried Hennig beim Bismarck-Kommers der Bielefelder Korporationsverbände am 15. März 85.

Ja, der Andreotti wollte wovon er redete, und die Franzosen wissen es eigentlich auch, denn sie sind in den gut 70 Jahren Existenz gleich dreimal von den Deutschen (denen ohne aufgepöppelte Ideologie, versteht sich!) überrannt worden. Ja, wer Deutschland hat, der hat Europa, diese Überlegung hat Millionen Menschen das Leben gekostet und sie drückt das innere Wesen des großdeutschen Chauvinismus und Imperialismus aus. Und jedermann/frau der/die Lippen für eine Konföderation spannt, sollte man die „Wahrheit“ mitteilen: SIE ist das einzig REALE an der europäischen Di-

Fortsetzung von vorheriger Seite

menten der deutschen Frage

Die letzte Linie ergreifen unsere Konföderalisten von der Denkschrift, indem sie auf diverse Angebote der SED und der KPdSU, die zumeist über einen Friedensvertrag ein neutrales Deutschland erreichen wollten, aus den 30er und 40er Jahren abheben. Nun, auch dieser Ausweg ist spätestens und zumindest für die DDR seit der Verfassungsrevision im Jahre 74 verlegt, in der die DDR den Einheitsanspruch aus ihrer Verfassung zurück. Und es nützt auch nichts, wenn z.B. der eingangs erwähnte Unterzeichner der Denkschrift, W. Venohr, in einem Artikel mit der Überschrift „Arm in Arm mit Breznevski“ (US-Sicherheitsberater unter Carter: die Denkschrift ist Programm!), im Deutschland Archiv 2/85 auf Äußerungen des SU-Funktionärs Sagalin im Spiegel vom 10.12.84 verweist, in denen sich dieser nicht kategorisch der Vorstellung verweigert, daß zwei Systeme in einem Land bzw. einer Nation miteinander koexistieren könnten. Wenn in der Bundesrepublik ein paar deutschnationale Querköpfe sich auch heute noch für Gesamtdeutsche Neutralität erwärmen können, dann ist das eine Sache. Wenn aber die westdeutsche Bourgeoisie „Arm in Arm mit Breznevski“ o.ä. den realen Sozialismus liquidieren will, und zwar nicht mit „noblen Konföderationsvorschlägen“, sondern mit den neuen Instrumenten kapitalistischer Produktivkraftentwicklung, dann ist das eine andere Sache. Die Sowjetunion wird diesen Unterschied sehr wohl ausmachen wissen.

Gibt es heute wieder

Gibt es heute wieder verwendbare, emanzipative Momente eines deutschen Nationalismus?

Bisher wurde der Friedensvertrag nur als ein Instrument der Feindschreibung der Nachkriegsrealitäten, zur Möglichkeit der Abrüstung usw. analysiert. Das Ergebnis war eindeutig negativ. Im Gegenteil, die Forderung nach einem Friedensvertrag kann, wenn überhaupt, nur eine Rolle spielen als Instrument eines auf Umsetzung orientierten Revanchismus, d.h. beladene Organisation eines relevanten gesellschaftlichen Postrichts von Dregger bis Strauß: in diesem Prozeß könnte den Vertriebenenverbänden eine zentrale Rolle zufallen.

Mit der nationalen Frage ist also in der BRD ein latentes Potential verbunden, das sich einerseits unter der Kohärenz der Abrüstung usw. analysiert. Das Ergebnis war eindeutig negativ. Im Gegenteil, die Forderung nach einem Friedensvertrag kann, wenn überhaupt, nur eine Rolle spielen als Instrument eines auf Umsetzung orientierten Revanchismus, d.h. beladene Organisation eines relevanten gesellschaftlichen Postrichts von Dregger bis Strauß: in diesem Prozeß könnte den Vertriebenenverbänden eine zentrale Rolle zufallen.

Mit der nationalen Frage ist also in der BRD ein latentes Potential verbunden, das sich einerseits unter der Kohärenz der Abrüstung usw. analysiert. Das Ergebnis war eindeutig negativ. Im Gegenteil, die Forderung nach einem Friedensvertrag kann, wenn überhaupt, nur eine Rolle spielen als Instrument eines auf Umsetzung orientierten Revanchismus, d.h. beladene Organisation eines relevanten gesellschaftlichen Postrichts von Dregger bis Strauß: in diesem Prozeß könnte den Vertriebenenverbänden eine zentrale Rolle zufallen.

Mit der nationalen Frage ist also in der BRD ein latentes Potential verbunden, das sich einerseits unter der Kohärenz der Abrüstung usw. analysiert. Das Ergebnis war eindeutig negativ. Im Gegenteil, die Forderung nach einem Friedensvertrag kann, wenn überhaupt, nur eine Rolle spielen als Instrument eines auf Umsetzung orientierten Revanchismus, d.h. beladene Organisation eines relevanten gesellschaftlichen Postrichts von Dregger bis Strauß: in diesem Prozeß könnte den Vertriebenenverbänden eine zentrale Rolle zufallen.

Mit der nationalen Frage ist also in der BRD ein latentes Potential verbunden, das sich einerseits unter der Kohärenz der Abrüstung usw. analysiert. Das Ergebnis war eindeutig negativ. Im Gegenteil, die Forderung nach einem Friedensvertrag kann, wenn überhaupt, nur eine Rolle spielen als Instrument eines auf Umsetzung orientierten Revanchismus, d.h. beladene Organisation eines relevanten gesellschaftlichen Postrichts von Dregger bis Strauß: in diesem Prozeß könnte den Vertriebenenverbänden eine zentrale Rolle zufallen.

hier nicht noch einmal alle aufgenommen werden. Eine gesamtdeutsche Hegemoniepolitik soll hier nur zusätzlich auf ihre Effekte im Hinblick auf die tatsächlich ablaufenden Prozesse in Westeuropa andiskutiert werden, weil sich dabei besonders deutlich die Kontraproduktivität für die sozialen Bewegungen zeigt.

Seit fast 30 Jahren basieren die herrschenden Klassen in Europa und die jeweiligen Regierungen trotz aller Brüche und Rückschläge an einem vereinten Europa. Der Grund dafür, daß man dabei „kaum“ vorangekommen ist, liegt zum einen an den internen Widersprüchen und Blockaden zwischen den europäischen Staaten und Kapitalen, zum anderen aber an ihrem gemeinsamen Verhältnis zur NATO-Hegemonialmacht USA, die über ihre weltweite militärische Rolle und ihre dominante Position in strategischen Wirtschaftszweigen und Banksektoren eine Einigung Westeuropas dauerhaft verhindern konnte. Fakt ist jedenfalls, daß die geschaffenen Institutionen wie EG, der gemeinsame Markt, die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ), die Westeuropäische Union (WEU), das Europäische Währungssystem (EWS), usw. einen riesigen Vorsprung in der Internationalisierung derjenigen anzeigen, gegen die die Grünen als Oppositionskraft angetreten sind. Auch die aktuellen Prozesse deuten nicht nur auf Bruch und Diskontinuität hin wie etwa die

(vorübergehende?) Zersplitterung an dem „Krieg der Sterne-Programm“ der USA, oder den permanenten Streitigkeiten auf dem Agrarsektor, sondern auch auf ein Liebreiz- / Zwickzack-Vorankommen vgl. Die Diskussion um das Europa zweites Geschwindigkeiten, die Anpassung der spanischen und portugiesischen Wirtschaft an die Voraussetzungen einer EM-Marktschaffung, die Abschaffung aller Zölleformalitäten für den Privatverkehr zwischen BRD und Frankreich und anderen Nationen, die Einführung einer europäischen Währungseinheit (die ECU) und das Eureka-Programm.

All dies muß als eine dauerhafte, sektorale und hin und wieder von Rückschlägen begleitete Homogenisierung der Politik im europäischen „Großwirtschaftsraum“ verstanden werden, die praktisch jedem größeren politischen, ökonomischen oder militärischen Projekt in der BRD eine spezifische europäische Dimension gibt. Dabei wird die bestehende Hegemonie strukturell befestigt, Widerstände konzentriert ausgeräumt, und eine neue Hegemonie in einem wesentlich größeren europäischen Machtblock Zug um Zug aufgebaut, wobei der Achse BRD-Frankreich eine überragende Position „zuzuwächst“.

Dagegen nimmt sich der Internationalisierungsgrad der westeuropäischen Friedensbewegung oder der gewerkschaftlichen Abwehrkämpfe katastro-

phal gering aus. Dieser Umstand ist vor allem dadurch bewirkt, daß generell in allerbestenmöglichen Bevölkerungskreisen die nationale Form von Politik weiterhin als die einzig relevante angesehen wird. Würde man diesem Denken durch gesamtdeutsch-nationalistische Ideologiekonstruktionen in der BRD auch noch einen überaus gestylten Aufschwung verleihen, in dem man die Deutschen in ihrer Eigenschaft als Deutsche hauptsächlich und nicht als sozial konstituierte Subjekte anspricht, so läuft dies einer Vernetzung des Widerstands auf europäischer Ebene entgegen.

Was bleibt für die Politik der Grünen?

Die Hauptfragen der Grünen in Bezug auf die Revision des 2. Weltkrieges, d.h. die Abrechnung der ehemaligen Ostgebiete und das Entstehen zweier Staaten mit sich gegenseitig ausschließenden Gesellschaftssystemen auf dem Boden des ehemaligen Deutschen Reiches, bestehen in 2. einerseits in einer schaffenden Politik gegen den Groß-Deutschen (Rein-)Kern des Staatsapparates der BRD auf allen administrativen, juristischen und ideologischen Ebenen, sowie andererseits in einer gesellschaftlichen Überzeugungs- und Mobilisierungsarbeit, die entsprechende Bewußtseinsfacetten in der Be-

völkerung zwar als Gegenstand, nicht aber als Adressaten hat.

Diese Aufgaben sind nicht etwa als irgendwie geringfügig gesteuerte Aufklärungsarbeiten zu verstehen, weil die für Friedensbewegungen und Grüne absurd anmutenden und teils verneinten Bestandteile einer groß-deutschen Identität trotz aller relativen Blässe nach 13 Jahren sozialdemokratischer Regierung dennoch zum zentralen Spinnwebventer und Verständnis der BRD gehören.

Für den Einsatz der Grünen gegen diese — historisch betrachtet — aggressive Konstante deutscher Staatspolitik hat die DDR keinen Preis in Form von Wohlgefallen oder innerer Liberalisierung zu zahlen, weil sie ähnliche oder gar gleiche Forderungen an die BRD stellt (s. z.B. die „Forderungen von Gera“ der DDR-Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, Verlegung des Grenzverlaufs in die Elbmündung, Auflösung der Erfassungstelle Salzgitter, usw.). Dies sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Der Versuch ihrer Verknüpfung läuft im Kern auf den Versuch einer Instrumentalisierung des Revanchismus in der BRD hinaus.

Robin Jakobs

(1) in AK 254, vom 14.1.83, S. 10ff wurde die „Denkschrift zur Verwirklichung der europäischen Friedensordnung“ von der Hand „linker“ Neu-Parlaments aus Westberlin vorgestellt und diskutiert.

Grüner Alltag in Bonn

Trotz Sommerloch: nicht nur Geneser ist in Bonn geblieben, um täglich seine öffentlichen Erklärungen abzugeben. Auch die Grünen im Bundestag halten tapfer aus, um dem politischen Gegner in der Urlaubszeit Paroli zu bieten. Im folgenden Auschnitt aus den Aktivitäten des grünen Apparats während der vergangenen Wochen.

Moskauer Weltjugendfestspiele: Erfolg der Entspannungspolitik

„Als ‚erbärmliche Zensur‘ haben die GRÜNEN IM BUNDESTAG die Weigerung der Bundesregierung bezeichnet, die Reise bundesdeutscher Jugendlicher zu den Weltjugendfestspielen in Moskau finanziell zu unterstützen. Besonders ärgerlich sei, so der Pressesprecher der GRÜNEN IM BUNDESTAG, die obrigkeitsstaatliche Arroganz, in der Bundesfamilienminister Geißler glaube, den Jugendlichen und ihren Verbänden ihre politische Mündigkeit und Kritikfähigkeit absprechen und sie als nützliche Idioten eines Propaganda-Spektakels hinstellen zu können.“ (23.7.)

Für einige Teilnehmer hat die Bundestagsfraktion der Grünen die Reisekosten übernommen. Nach ihrer Rückkehr von den Moskauer Festspielen erklärten die Abgeordneten Martin Wagner und Norbert Mann:

„Die Jugendverbände des Bundesjugendrings und des Rings politischer Jugend haben sich erfolgreich der Instrumentalisierung durch die Regierungen in Bonn und Moskau widersetzt. Mit ihrem entschiedenen Auftreten haben die Jugendverbände erreicht, daß eine offene Gesprächssphäre, in der kontroverse Positionen zu den verschiedensten Themen wie u.a. zur Kriegsdienstverweigerung, Interventionen und des realen Einflusses von Frauen auf die Politik in offenem Dialog ausdiskutiert werden konnten. Nach den Protesten der bundesdeutschen Verbände wurden nicht nur in der Berlin-Frage die politischen Realitäten anerkannt, sondern seitens der Gastgeber die bürokratisierten Zugangsbeschränkungen sowie beseitigt, daß eine offene Begegnung unter den Jugendgruppen der verschiedenen Länder ermöglicht wurde. Dies gab auch uns die Möglichkeit, viele Einzelsprache zu Berhalb des offiziellen Programms sowohl mit offiziellen Jugendvertretern als auch mit Moskauer Bürgern zu führen. Dabei wurde ein unerwartet hohes Informations- und Diskussionsinteresse gegenüber den GRÜNEN deutlich, denen insbesondere in Umweltfragen und in der Friedenspolitik besondere Kompetenz zugebilligt wird. Alle Gespräche fanden in einer offenen und vorurteilsfreien Atmosphäre statt und haben damit unserer Informationsrechnung getragen, mit der Teilnahme einen praktischen Beitrag zur

Entspannungspolitik zu leisten.“

Den in Moskau anwesenden kritischen Jugendverbänden sei es zu verdanken, „daß die Weltjugendfestspiele nicht zu einer einseitigen Vermählung ohne politische Kontroversen wurden.“ (S.8.)

Zehn Jahre KSZE

Anlässlich des zehnten Jahrestages der KSZE in Helsinki äußerten sich die Grünen kritisch zu den Wirkungen der dort beschlossenen Schlußakte. Zur Situation der Menschenrechte erklärten die Grünen:

„Die Verpflichtung zur Einhaltung der Menschenrechte wurde vor allem von der Sowjetunion wie ein Fetzen Papier beiseite geschoben. Die Menschenrechtsgruppen, die sich in der Sowjetunion bildeten, sind inzwischen zerschlagen, fast alle ihre Mitglieder verhaftet, verfolgt oder zur Ausreise gezwungen. Die politische Regierung verbietet die Solidarnosc, die tschechoslowakische verfolgt die Charta 77. Mit der Duldung der Menschenrechtsverletzungen sei politisch oder wirtschaftlich dem ‚Westen‘ sich zuordnenden Staaten wie Argentinien, wie der Türkei, wie als aktuelles Beispiel Südafrika u. a., zeigten die Bundesregierungen von 1975 bis heute ein derartig einseitiges Verständnis der Menschenrechte, daß wir ihr Verhalten nicht als eine glaubwürdige Politik ansehen können. Hinzu kamen Verschärfung des Asylrechts, Berufsverbote, Bau von Hochsicherheitsstrakten im eigenen Land.“

Dennoch betrachten die Grünen

„den KSZE-Prozeß als wichtig und positiv — es ist wichtig, daß die Regierungen der verschiedenen blockgebundenen Staaten miteinander sprechen — es ist wichtig, daß die neutralen und blockfreien Staaten Europas in der KSZE ein Forum zur Artikulation ihrer Ansichten und Interessen gefunden haben — es ist wichtig, daß im KSZE Prozeß die europäischen Interessen auch besser als vorher zum Ausdruck bringen können — es ist wichtig, daß die Menschen und die Basisbewegungen in den Staaten Europas mit der KSZE Schlußakte ein Dokument haben, mit dem sie weiterhin ihre Regierungen an die selbst eingegangenen Verpflichtungen erinnern können.“ (30.7.)

Auf sowjetische Initiative positiv reagieren!

„Zum sowjetischen Atomstopp erklären die GRÜNEN IM BUNDESTAG:

Die GRÜNEN treten für einen sofortigen und bedingungslosen unbefristeten Atomstopp ein und geben einseitigen Initiativen die größten Chancen, dies auch auf internationaler Ebene zu erreichen. Die Ankündigung von Gorbatschow, vom 6. August bis zum Jahrev-

ende einseitig keine weiteren Atomversuche durchzuführen, kann von abrüstungsbewussten Menschen nur begrüßt werden, wenn man die Initiative an den bestehenden verhärteten politischen Verhältnissen in den einzelnen Staaten und zwischen ihnen mißt. Dadurch wird endlich auch das Thema Atomstopp auf die Tagesordnung gesetzt.“

Die GRÜNEN fordern die Friedensbewegung wie auch die Bundesregierung auf, die sowjetische Initiative ernst zu nehmen und nach Wegen zu suchen, daß diese Initiative mit Leben gefüllt wird und nicht zu dem verkommen muß, was man ihr nachsagt, nämlich nicht mehr als ein geschickter Propagandazug zu sein. Die Realisierung der Initiative im Sinne eines Beitrags zur Abrüstung liegt auch in unseren Händen.“ (30.7.)

SPD-Atompolitik doppelzünftig und unglaublich

Frühlingssprecherin Hannelore Höhn weist auf die Unvereinbarkeit von SPD-Parteitagsbeschlüssen und realer sozialdemokratischer Politik zur Wiederaufbereitungs-Technologie hin:

„Erst jetzt wurde bekannt, daß Bayern nur mit Hilfe der SPD-regierten Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Bremen im zuständigen Planungsausschuß die gewünschten Bundeszuschüsse für die WAA in Wackersdorf sichern konnte. Das CDU Land Niedersachsen hatte diese Zuschüsse — offenbar aus Verärgerung über die Absage an einen niedersächsischen Standort — blockiert; SPD-regierte Bundesländer sprangen jedoch für Strauß in die Bresche und sorgten mit ihrem Stimmenthalten dafür, daß die gefährlichste aller Atomanlagen mit nunmehr einer halben Million Mark aus Steuermitteln subventioniert wird.“

So wird von der SPD vor Ort gegen die WAA Stimmung gemacht, der SPD-Landrat zur Gallionsfigur der Anti-AKW Bewegung stilisiert, der bösen CDU die Schuld gegeben und den noch hat man selbst für die Atomanlage in Bayern gesorgt.

Beste Aussichten, im kommenden Wahlkampf in Bayern ein Dauerthema zu finden, für dessen Installation man selbst kräftig mitgearbeitet hat. Beste Stimmung auch für Farthmann und Jochimsen in NRW, al erhebt Wahlkampfpläne für den Anti-Atom Stopp oder in Niedersachsen. Was nützen also SPD-Parteitagsbeschlüsse gegen eine Plutoniumwirtschaft, wenn die Verantwortlichen dieser Partei im entscheidenden Moment darauf pfeifen?“ (8.7.)

Für umfassenden Wirtschaftsboykott gegen Südafrika

Zu den Äußerungen des SPD-Bundestagsabgeordneten Verheugen nach seiner südafrikanischen Reise erklärt Annette Borgmann, Mitglied der Grünen im Bundestag:

„Die Ergebnisse der Reise des Abge-

ordneten Verheugen nach Südafrika sind begrüßenswert und insgesamt vernünftig. Dies bezieht sich vor allem auf den von ihm vorgetragenen Forderungskatalog zu einer bundesdeutschen Reaktion auf die Entwicklung im Apartheidstaat. Es ist ausdrücklich zu begrüßen, daß die SPD damit ebenfalls für die Verhängung von Wirtschaftsanktionen eintritt. Die Forderungen der SPD enthalten weitgehend das, was die GRÜNEN bereits am 22. Juli dieses Jahres gefordert haben und an die wir hier erinnern.

Ein umfassender Wirtschaftsboykott Südafrikas ist nötig. Die GRÜNEN IM BUNDESTAG verlangen: — das Verbot jeglicher Kredite und Anleihen an die Regierung Südafrikas; — das Verbot jeglicher Investitionen in Südafrika und Namibia, solange dort südafrikanische Truppen stehen und keine international überwachten freien Wahlen stattgefunden haben; — das Verbot des Ab- und Verkaufs von Kruggerand Goldmünzen; — das Verbot des Exports aller militärisch nutzbarer Güter nach Südafrika, inklusive aller Güter, die für paramilitärische oder polizeiliche Aufgaben benutzt werden können, da solche bundesdeutschen Erzeugnisse heute zur Niederhaltung der Bevölkerung benutzt werden; — das Verbot aller Uranimporte aus Südafrika und Namibia; — der Entzug der Landrechte für südafrikanische Flüchtlinge (außer in Notfällen, in denen sonst das Leben von Menschen bedroht wäre).

Auf dieser offensichtlich gemeinsamen Grundlage bieten wir der SPD-Fraktion eine sachorientierte Zusammenarbeit und die Entwicklung gemeinsamer Initiativen zu Südafrika an.“ (8.8.)

„Ganz so problemlos läuft die ‚sachorientierte Zusammenarbeit‘ mit der Sozialdemokratie aber nicht. Trotz Zusagen an die Grünen hat die SPD die von den Grünen beantragte Sonderabsetzung des Auswärtigen Ausschusses zu Südafrika nach Anhörung mit der CDU bis in den September hinein verschoben. Dazu erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Axel Vogel:

„Die SPD hat ihren eigenen Terminvorschlag fallen lassen und sich ohne sachliche Grundlage der Verhandlungsstrategie von CDU/CSU und FDP angeschlossen. Die GRÜNEN IM BUNDESTAG haben für diese Art von Kugelspiel kein Verständnis. Trotz vieler in letzter Zeit von SPD-Seite gemachten radikalen Äußerungen gegen den Rassismus und die Apartheid in Südafrika scheint der SPD die Urteilsfähigkeit des Parlaments wichtiger zu sein als eine schnelle und klare Politik gegen Rassismus und Apartheid.“ (8.8.)



„Deutsch-deutschen“ Schermutzel um Kisch: Ist für die Hardliner der einen Seite Kischs Weg zum Kommunismus schon vorbestimmt gewesen, als er noch die Windeln säß, behaupten die Hardliner der anderen Seite schlicht, er sei nie Kommunist gewesen.

Kisch à la DDR

„Dieser eigenwillige Bürgersohn (hat die Partei des Proletariats bei und wurde ein Soldat der Revolution auf dem Frontabschnitt der Literatur“ (79/139) — „Abenteuerlich und bunt war der Lebensgang von Egon Brwin Kisch, ihn trieben Neugier und Kampf lust (...) Aber eindeutig und streng verlief seine innere Richtung, und man ist versucht von einem Musterfall einer Entwicklung zu reden, der Entwicklung zur sozialistischen Literatur“ (46/77).

Diese Elemente aus dem realsozialistischen Stadtbaukasten, konstruiert in den Jahren 1960 bzw. 1968, sind längst mit dem berühmten Mithrasfiguren der Casacchi geendet. Die Forschungsergebnisse des Prager Literaturschichters Josef Pávek vertieften und differenzierten das Bild des Prager Kisch. In den Publikationen *Briefe an den Bruder Paul und die Mutter* (24), 1978 erschienen sowie *Mein Leben für die Zeitung* (Hd. R. u. 9 der Ges. Werke, 1983, 1. Aufl.) ist mancherlei veröffentlicht, was Kisch weniger als soldatisch eindeutig und streng zeigt, sondern vielmehr als lebhafte Menschen. Und Dieter Schlenstedt, der seit rund 25 Jahren über Kisch arbeitet, ist mit seiner jüngst erschienenen Studie *Egon Erwin Kisch, Leben und Werk* (48) bemerkenswert von früherer Heldenhaftigkeit abgerückt.

Leider beschränkt sich das Bemühen um ein realitätsnahes Kisch-Bild auf den Bereich der Wissenschaft. Daneben stehen Arbeiten wie die der Journalisten Klaus Haupt und Harald Wessel, die seit einigen Jahren „zur Vorbereitung des 100. Geburtstages von Kisch“ im „Neuen Deutschland“ — also mit Allerhöchster Zustimmung — sog. Reportagen über Kisch publizierten, die nun auch in Buchform unter dem Titel *Kisch war hier. Reportagen über den „Rasenden Reporter“* herausgekommen sind (Verlag der Nation, aufgelegt bemerkenswerterweise sowohl in einer Paperback-Ausgabe wie als Leinenband). Haupt und Wessel zeichnen, den Schritt entschlossen zurück in die 50er Jahre gelenkt, erneut das Bild eines Revolutionshelden. „Mit der Entscheidung in Sankt Aegyd im November 1917 (Bildung eines illegalen Arbeiter- und Soldatenrates — Anm. d. V.) zählt Kisch zu den aktiven Funktionären der revolutionären Arbeiterbewegung“, reportiert Klaus Haupt. „Von diesem Zeitpunkt an (...)

Fortsetzung von vorheriger Seite

Sie sind durch den Nazismus gestorben. Es ist ein trauriges Gefühl, auf einen Friedhof zurückzukehren.“ (zit. n. 48/420)

Fortsetzung von vorheriger Seite

Sie sind durch den Nazismus gestorben. Es ist ein trauriges Gefühl, auf einen Friedhof zurückzukehren.“ (zit. n. 48/420)

konfrontiert war Kisch zudem mit den „Problemen der Nationalitätenpolitik (...) Ihre von der Geschichte auf gezwungene radikale Lösung widersprach gewiß allem“, konzediert sogar sein (DDR-)Biograf Schlenstedt, „was er früher an Vorstellungen über das Zusammenleben der Völker und Nationen entwickelt hatte“ (48/419).

Und konfrontiert war Kisch ebenfalls mit den schwerwiegenden Problemen eines Autors, der nach zwölfjährigem Exil (genauer gesagt, da er seit Anfang der 20er Jahre sich nur noch bescheiden in Prag aufgehalten hatte; nach fast fünfundzwanzigjähriger Abwesenheit) in ein in scharfem Umbruch sich befindendes Land zurückgekehrt. Zeugnis des Versuchs, sich in dieser politischen und persönlichen Lage neu zu orientieren ist sein Vorhaben, ein umfangreiches Reportagewerk über die neue Tschechoslowakei zu schreiben. Der Plan, den Kisch anlegte, zeigt, daß er vornehmlich über den wirtschaftlichen Aufbau des Landes berichten wollte.

Schon gesundheitlich angegriffen aus dem Exil zurückgekehrt, gedrückt von den Schatten der Vergangenheit und belastet mit den Problemen der Gegenwart kann er nur noch wenige Teile des geplanten Werkes abschließen. Fragment bleibt auch seine letzte größere Reportage — eine „Reportage vergangenheitswärts“ — über *Karl Marx in Karibid* (11,2/10).

In Mexiko hatte Kisch gespottet: „Ich werde in 100 Jahren, wenn ich nicht noch da bin, verfaulen“ (60/271). Am 31. März 1948 lag die Hand still, die es aufgeschrieben hatte.

AK Exil

Kommunist? Schon immer? Oder nie? Oder was?



Zu seinem 50. Geburtstag bekam Kisch runde 1 200 Gratulationen. Zwei Exil-Zeitschriften gaben Sondernummern heraus. Johannes Wüsten gratulierte im „Gegen-Angriff“ (v. 26.4.35) mit dieser Zeichnung

arbeitet er zielstrebig auf revolutionäre Veränderungen hin.“ (10/35)

Halt Pech, daß, wie Guido Zanis schon 1982 in den in der DDR erschienenen *Beiträgen zur Geschichte der Arbeiterbewegung* aufgrund der Angaben des Organisators der Novemberkonferenz zu dem Schluß gelangte, „daß Kisch nicht an jener Konferenz teilgenommen hat“ (60/212), und daß er auch bei den Januarstreiks 1918 „weiterhin mehr Beobachter als Teilnehmer gewesen sein (dürfte)“ (60/213). Und weiter Pech — nicht für Kisch, ist es doch allein Zeugnis seiner Entwicklung —, daß der „zielstrebig aktive Funktionär“ noch ein Jahr nach besagtem November 1917 blühenden Unsinn verzapfte wie diesen: Kisch bedauert in seinem Artikel *Die Rote Garde und die Parteien* den politischen Gegensatz zwischen offizieller Sozialdemokratie und Roter Garde, der „nicht ein Gegensatz der Massen ist. Die stehen alle so fest auf dem Boden des kommunistischen Manifests wie nur je ein Christ auf dem Boden des Evangeliums gestanden hat.“ (VIII/235)

Haupt, in offensichtlicher Unkenntnis der Kisch-Werke (denn sonst wäre's Boswilligkeit), setzt aber noch einen drauf: „So hat er sich unwiderfürlich eingereiht in die Bataillone der revolutionären Arbeiterklasse, die den Sozialismus auf ihre Fahnen geschrieben hat.“ (10/60) Nur sechs Buchseiten weiter, jetzt reportiert Haupts Kollege Wessel, müssen wir jedoch lesen, daß Kisch noch so Manches nachzuholen hat. In dessen Auffassung aus dem Jahre 1923, „daß nicht die bessere Sache den irdischen Sieg ertitelt, sondern die besser verfochtene Sache“ (26/7) stecke „immer noch (...) ein Hauch von Fortschrittspositivismus, ein für den aktiven Menschen seltsamer Skeptizismus, der von einer Überschätzung des subjektiven Faktors in der Geschichte herrührt, von ungenügendem philosophischen Verständnis, von (theoretischer) Ahnungslosigkeit in materialistischer Dialektik“, befindet Wessel und fragt: „Was hatte Kisch denn zu dieser Zeit?“ — sechs Jahre nachdem er sich „unwiderfürlich eingereiht“ hatte — „auch von Marx und Engels wirklich gelesen?“ (10/66)

Ist solch Geschreibe noch kurios, so ist allein abstoßend, wie mit dem politischen Gegner (aus den 20er Jahren!) des eigenen Lagers umgegangen wird. Uns die „Enthüllung“ gehührend einzuleiten, daß nicht Kisch es war, der in Wien die Redaktion der „Neuen Freien Presse“ besetzte, sondern Ruth Fischer (führende KPD-Funktionäre bis 1925, 1926 als „Ultra-Links“ ausge-

schlossen), formuliert Wessel: „Ob Kisch die leidenschaftliche Frau, die ihre flammenden Reden auf Arbeiter-versammlungen mit tiefemöglicher Brustauschnitt vorzutragen pflegte, in Berlin traf, mag bezweifelt werden.“ (10/67)

Es verwundert bei solch einem Machwerk schließlich auch nicht mehr, wenn Wessel im Mexiko-Kapitel über Kisch zum Abschluß der Satz einfallt: „Kischs glückliche Zeit unter der Supersonne Mexikos war vorüber.“ (10/210) Ein Blick in die Erinnerungen von Kischs Exil-Gefährten in Mexiko — im *Kisch-Kalender* (21) 1956 veröffentlicht und vermehrt in *Servus Kisch* (60), 1985 — hätte Wessel belehrt, daß die „Supersonne“, so sie denn überhaupt für einen Vertriebenen geschickte — im *Kisch-Kalender* (21) 1946 veröffentlicht und vermehrt in *Servus Kisch* (60), 1985 — hätte Wessel belehrt, daß die „Supersonne“, so sie denn überhaupt für einen Vertriebenen geschickte — im *Kisch-Kalender* (21) 1946 veröf-

entlich und vermehrt in *Servus Kisch* (60), 1985 — hätte Wessel belehrt, daß die „Supersonne“, so sie denn überhaupt für einen Vertriebenen geschickte — im *Kisch-Kalender* (21) 1946 veröf-

Kisch à la BRD

„Kisch (ist) niemals Mitglied der kommunistischen Partei gewesen“, läßt R. Ströbinger in der „Welt“ (30.3.78) wissen, was schon dreizehn Jahre zuvor ein W. G. in der gleichen Zeitung. So dreist gelogen wird jedoch selten. (Erfreut nehmen wir allerdings zur Kenntnis, daß Gisl Kisch nicht nur guten Kaffee kochen konnte, denn „wenn ihn, wie Kischs Gefährten übereinstimmend feststellen“, weiß Ströbinger „nicht die feste Hand seiner Frau Gisl, einer dogmatischen, moskautreuen Kommunistin, gelenkt hätte, würde er schon Jahre vor seinem Tod die ihn zermürbende und schließlich auch erdrückende Last des Kommunismus abgeschüttelt haben“.)

Durchgesetzt hat sich, nachdem es, wie in den 50er Jahren, nicht mehr ausreichte, Kisch schlicht als „roten Hund“ zu ignorieren oder zu verdammen, die Behauptung, Kisch sei „vom Kommunismus abgefallen“, um dann solchermaßen den Schriftsteller und den Kommunisten (wie bei Brecht, bei Seghers u. a.) auseinanderzudividieren (vgl. 70/27/351). Vor allem eine von Alfred Kantorowicz überlieferte Äußerung Kischs aus dem spanischen Bürgerkrieg sowie die Spekulation, was mit Kisch geschehen wäre wäre er nicht „rechtzeitig“ (vor erneuten „stalinistischen“ Prozessen) gestorben,

und die bestimmenden Elemente des Kisch-Bildes in der BRD, die vielfach verwendet worden sind und verwendet werden (80).

Kantorowicz' Kisch-Überlieferung aus dem spanischen Bürgerkrieg hat allerdings eine komplizierte Genese durchlaufen bis sie wurde, was sie nun ist und wohl auch noch angeht, bleibt wird. In Kantorowicz' *Spanischem Tagebuch* (1949) wie in seinem Beitrag im *Kisch-Kalender* (1946) ist Kisch in Spanien der ungeborene Kämpfer und Späßvogel. „Als Kisch im Frühjahr 1937 zu uns den (...) Männern der XI. Internationalen Brigade kam“ war er „lebhaft und auf alles aufmerksam, zu Wortweisen und Schüttelreimen bereit.“ (...) Seine innere Spannkraft haben all die schweren Jahre nicht brechen können.“ (21/112 f.) Drei Jahre später, Kantorowicz hat 1937 die DDR verlassen und ist in den Westen gegangen, liest sich das in seinem *Deutschen Tagebuch* ganz anders: „Achzend ließ er sich auf einen Stein nieder, zeichnete, vor sich hin brütend, mit seinem Stock Schnörkel in den Sand, sah mir in die Augen und sagte: „Weh uns, wenn wir gezeugt haben!“ (zit. n. 61/23)

Diese Äußerung hat Kantorowicz in der Folge vielfach in seinen Artikeln, Büchern und Interviews zitiert. Bekannt ist uns allerdings nicht, daß er den so eklatanten Wechsel seiner Kisch-Darstellung irgendwo begründet hätte; in seinem Kisch-Porträt in *Journalisten über Journalisten* beispielsweise bringt er die erste, ihm noch genehme Hälfte aus dem (in der DDR erschienenen) *Kisch-Kalender* und hängt das grundlegend gewandelte Kisch-Bild schlicht hinterran. Für den Großkritiker Roch-Ranski wie für andere Interessierte wurde der von Kantorowicz überlieferte „Satz zum Programm“ (61/23) und Legenden bundesdeutscher Feuilletonisten folgend ihnen.

Bruno Frei, Exil-Genosse Kischs in Paris, hielt diesen und ähnlich gelagerten Zeugnissen von Kischs „Abfall vom Kommunismus“ entgegen: „Manche wollten Tränen in Kischs Augen gesehen haben, als die Nachricht von den Prozessen in Moskau Verwirrung stiftete. Darauf ist zu sagen: Kisch weinte? Wer nicht? Wer blieb kalt und ungerührt, als in der Roten Hauptstadt das Drama der Prozesse abrollte?“ (8/13 — Hervorhebung i. Orig.)

Das „beliebte was-wäre-wenn-Spiel“ nannte Frei die verbreitete Spekulation (durchaus nicht nur) kalter Krieger, was wäre gewesen, wäre Kisch nicht

Das „beliebte was-wäre-wenn-Spiel“ nannte Frei die verbreitete Spekulation (durchaus nicht nur) kalter Krieger, was wäre gewesen, wäre Kisch nicht schon 1948 gestorben, was wäre gewesen, wenn er zur Zeit erneuter „stalinistischer“ Prozesse (Slansky-Prozesse, 1952) noch gelebt hätte. (8/13)

Für Peter Demetz in der „FAZ“ (8.3.80) ist nicht zu bezweifeln, „daß Egon noch im Tode ein Glückskind war, wäre er vier Jahre später gestorben (...), man hätte ihn (...) als Agiten westlicher Geheimdienste verflucht und wie einen Hund verscharrt.“ Kantorowicz (den wir übrigens nicht für einen bewußten kalten Krieger halten) ist einer der Väter dieser Spekulation. Vergleichsweise differenziert hatte er Ende der 50er Jahre als „zum mindesten wahrscheinlich“ bezeichnet, „daß auch Egon Erwin Kisch auf der Anklagebank gewesen hätte. Er gehörte genau in die Kategorie der Hauptangeklagten: bürgerlicher Herkunft, Jude, Westemigrant, Teilnehmer am Spanienkampf, also mit Jugoslawen, das heißt Titoisten bekannt, ebenso mit Amerikanern, und wer weiß welchen „Parteisfreunden“, westlichen Geheimdiensten.“ (18/211 f.)

Die Wirksamkeit dieser Spekulation ist nicht zu bestreiten, gründet sie doch nicht allein auf antikomunistischer Hetze, sondern auch auf tatsächlichen „stalinistischen“ Verbrechen.

Zwei Seiten einer Medaille?

In der DDR wird die Vereinnahmung Kischs gepöbelt (Wissenschaftler wie Dieter Schlenstedt nehmen wir zum guten Teil davon aus), indem die „Unmöglichkeit“ seiner Biografie — tatsächlich: die widersprüchliche, also, wirkliche Entwicklung — wo nicht verschwiegen, so doch weggeschönt werden.

Über den Umgang mit einem Autor

Im Jahre 1961 war es, als Walter Schmieding einflussreichen Autor zahlreicher Artikel, einem Rundfunk- und einem Fernseh-Feature über Kisch sowie Herausgeber einer Sammlung von Kisch-Reportagen (Kisch fand unter dem Titel *Der rasende Reporter* einen so interessanten wie berechtigten Verfall unterzog. „Der rasende Reporter“ von 1961 ist nicht identisch mit Kischs Buch *Der rasende Reporter* aus den zwanziger Jahren, er enthält aus diesem Buch nur fünf Arbeiten, die anderen klassischen Reportagen sind aus anderen Büchern ausgewählt worden. Das ist, gelinge gesagt, eine Irrführung (...). Zu der editorischen Nachbearbeitung (falsche Darstellungen und Fälschungen, Anm. d. V.) gewollt sich Systemlosigkeit. Es bleibt unerfindlich, nach welchen Gesichtspunkten die Auswahl der Reportagen getroffen worden ist. Weder eine zeitliche noch eine thematische Anordnung ist erkennbar. Reportagen aus verschiedenen Jahrzehnten stehen unvermittelt nebeneinander (...). Das macht den Überblick verwirrend, wenn nicht unmöglich.“ („Ruh-Nachrichten“, 30.3.61).

Diese Rezension könnte längst Staub und vergessen sein, wenn nicht ihr Autor Schmieding mittlerweile zum ZDF-Kulturredakteur avanciert, runde zwanzig Jahre später, 1979, seinerseits eine Sammlung mit Kisch-Reportagen — „Nichts ist erregender als die Wahrheit“ (Kleppenhauer & Wensch Buchverlage Göttingen 1983 Taschenbuchausg., bei Knaur) herausgegeben hätte, bei der er mit Akribie all die Schlampeien gereinigt nachvollzieht, die er 1961 den Herausgebern des „Rasenden Reporter“ angelastet hatte.

Die Auswahl der Reportagen wird von Schmieding nicht, begünstigt. Lediglich der Klappen-Text teilt mit, wie sei nach „biographisch-chronologischen Gesichtspunkten“ erfolgt. „Wenn ich das richtig verstanden habe“, schreibt Hans-Albert W. in der „FR“ (18.8.79), „wären also in den Reportagen die Lebensdaten ihres Verfassers illustriert worden. Bei einem Reiseskizzenbuch wie Kisch ist dieses biographische Prinzip so offensichtlich wie unangebracht. Wen wichtiger wäre es gewesen, die literarisch-poetische Entwicklung zu dokumentieren. Sie wird aber geradezu verdeckt und verzerrt, wenn man — wie Schmieding es tut — Arbeiten aus den vierziger Jahren neben solche aus der Zeit vor 1914 stellt. Würden wenigstens die Entstehungsdaten der einzelnen Reportagen mitgeteilt, würde zumindest gesagt, nach welcher Quelle sie gedruckt sind, so könnte sich der Leser zur Not selbst helfen. Schmieding hat aber weder das noch ein Nachwort für nötig gehalten. In seinen karglichen Vorbemerkungen zu den einzelnen „Kapiteln“ nennt er noch nicht einmal immer die Buchausgabe, die er benutzt hat. Hat er Grund, seine Spuren zu verwischen?“

Kürzungen in den ausgewählten Texten macht Schmieding nicht deutlich. Aus-

merkungen zu den einzelnen „Kapiteln“ nennt er noch nicht einmal immer die Buchausgabe, die er benutzt hat. Hat er Grund, seine Spuren zu verwischen?“

Kürzungen in den ausgewählten Texten macht Schmieding nicht deutlich. Aus den rund 170 Seiten des ersten Kapitels der „Landung im Ausruhen“ bricht er deren 34 heraus und macht daraus dann durch rigorose Streichungen 13. Walter „Das ist kein Kisch-Querschnitt mehr. Das ist ein Kisch-Verschnitt.“

Wiewohl Schmieding so die „Landung“ größtenteils zusammengeschliffen hat, schied er auf den wenigen verbliebenen Seiten ein samstliches Eigenwort. Während in der Erstausgabe der „Landung“ die Rede ist von „Henri Barbusse, Romain Rolland und André Gide“, lesen wir bei Schmieding: „Henri Barbusse, Romain Rolland und andere“ (S. 83). Der Abgeordnete Wally Münzenberg bzw. Heni Wally Münzenberg auf der Schmieding auf ein M. bzw. Heni M. (S. 84) zusammengezeichnet. Nun war (mit And. Gide) zur 1946 ein der 1. Forderung sich gelehnt. Gewiss, er schrieb hier zur 1. Forderung. Gewiss, er war wie Wally Münzenberg der sich 1938 von der KPD getrennt hatte, und beider Namen (wie viele andere) wurden nicht gehalten. In der Zeit des Stalinismus grüßte auch in den Werken Kischs. Aber seit spätestens der 2. Auflage (1973) des entsprechenden Bandes der in der DDR erschienenen Kisch-Werke ist die vollständige Namensnennung der Erstausgabe wieder hergestellt, und 1975 erschien in der BRD eine Taschenbuch-Ausgabe der „Landung“ nach dieser Vorlage. Nach einer „gepublizierten“ Vorlage aus der Zeit des „Stalinismus“ durch noch im Jahre 1979 zu drucken, das mußte ausgerichtet einem Walter Schmieding passieren. Dem die einzig verlässlichen Zeugen für Kisch und dessen Verhältnis zum Kommunismus die Kantorowicz, Kisten und Kiesel sind.

Schmieding über Schmieding: „Kisch hat mir (...) die Tür aufgetan zu einem besseren Verständnis (...) von den Aufgaben des Journalismus ganz allgemein.“ (Deutschlandfunk 28.1.84: „Ach ja“). Der Tragikomödie folgte das Satyrspiel: 1983 bringt Knaur die Taschenbuchausgabe des Schmiedingischen Verzeichnisses heraus, korrigiert in kein einziger Fehler der Originalausgabe.

Fortsetzung nächste Seite

Von Kisch über Kisch — Tips zum Weiterlesen

Womit beginnen angesichts der Fülle dessen, was Kisch geschrieben hat? Die Antwort fällt leicht, ist doch vor ein paar Wochen in der von Hans-Albert Walter herausgegebenen Bibliothek Exilliteratur der Büchergilde Gutenberg in einer wunderschönen Ausgabe *Kischs Landung in Australien* erschienen. Gedruckt nach der Erstausgabe (Kenner werden diesen Hinweis zu schätzen wissen...), mit siebenundvierzig zum Teil noch nicht veröffentlichten Fotos (Kisch mit zwei Koala-Bären auf dem Arm) und lebenden Kolummentiteln (worauf Kisch selbst unter den schwierigen Produktionsbedingungen im Ball bestanden hatte). Und mit einem Nachwort des Herausgebers Hans-Albert Walter, das ihm den Ehrentitel eines „politischen Literatur-Detektivs“ („FR“) eingetragen hat. Walter beginnt das rund achtzigseitige Nachwort mit einer Darstellung von Kischs Arbeitsweise und Selbstverständnis; trägt die — von Kisch ungeschriebene — Vorgeschichte seiner Reise nach und kritisiert in zwar scharfer aber unbedingt solidarischer Weise die Fehler der antifaschistischen Politik von KPD und KPDSt; weist den Niederstich nach, den der Schock über den unerwarteten Sieg des Faschismus in Kischs Reportage gefunden hat; und zerpfückt schließlich die Mystifikationen, die in Kischs Darstellung enthalten sind. Walter abschließend über Kisch: „Kein Reporter, beileibe nicht, sondern einer vom Schlage der alten Märchen- und Sagenzähler, ein Zauberkünstler, sitzend auf den Märkten und Plätzen, durchaus nicht pausenlos im Dienste der Partei, stets aber in der Verkleidung des Reporters, der uns von neuen meuten wandern will...“ (Leinen, 480 S., Büchergilde-Preis DM 29,90). — Das Nachwort von Hans-Albert Walter ist übrigens nur in der Ausgabe der Büchergilde enthalten, nicht in der bei Kiepenheuer & Witsch erschienenen Ausgabe der „Landung...“.

Wer einen anderen Einstieg sucht und in so unterhaltender wie informativer Weise einen Gesamtüberblick auf Kischs Werk und Leben bekommen will, dem sei mit allem Nachdruck *Karin Schannes Buch Anschlags* empfohlen. Sie bedient sich des Kunstgriffs, Kisch durch den jungen Emigranten August vorzustellen, der 1939 in New York mit demselben Schiff ankommt, auf dem Kisch, belegt mit Landeverbot, die Weihnachtstage dieses Jahres verbringen muß. August ist nach der Begegnung mit Kisch begierig, dessen Bücher aufzulesen, fragt andere Emigranten nach Kisch aus und nimmt solchermassen — unterstützt durch zahlreiche, kürzere Werkzitate im Text — den Leser bei der Wanderung durch Kischs Leben und Schaffen an. Solchermassen — unterstützt durch zahlreiche, kürzere Werkzitate im Text — den Leser bei der Wanderung durch Kischs Leben und Schaffen an die Hand. Karin Schanne hat ihrem Buch einen Anhang beigegeben, in dem die jüngere Werkzitate aufgenommen hat, auf die im Haupttext jeweils verwiesen wird, und eine Zeittafel, die in synoptischer Darstellung neben den Daten zu Kisch auch zentrale Daten des Zeitgeschehens bringt. Eine sorgsame und wahrherzige, beileibe aber nicht unkritische Darstellung! (Klett-Verlag, 206 S., Pb., Abb., DM 19,80).

Fortsetzung von vorheriger Seite

In der BRD wird die Vereinnahmung Kischs (wovon Wissenschaftler wie Hans-Albert Walter und Publizisten wie Erhard Schütz ausdrücklich ausgenommen seien) mit dem gegenteiligen Verfahren gepöbelt. Kischs Schaffen und seine öffentlichen Äußerungen zählen nichts gegenüber den Überlieferungen vor allem ehemaliger Kommunisten, die von Kischs Zweifeln berichten. Die „Unsummitäten“ seiner Biografie — tatsächlich s. o. — werden zur bestimmenden Seite erhoben.

Hier der Dumpfsein von der Unvereinbarkeit von gesellschaftlichem Engagement und Kunst, dort „Nationales Erbe“ und Denkmalpflege. Was war Kisch auf dieses „deutsch-deutsche“ Schamölz geantwortet haben? Hatte er sich vielleicht eines Wortes seines Kollegen Tucholsky entsonnen, der für sich in Anspruch nahm, „den unbequemsten Platz, nämlich den Platz zwischen allen Stühlen“ gewählt zu haben, und sich sodann aufgemacht und eine Reportage geschrieben vom armen Kisch, den alle haben wollten aber keiner, wie er wirklich war?

K., AG Exil



Bei der Arbeit an einer seiner letzten Reportagen in der volkseigenen Fabrik des ehemaligen Schuhkönigs Bata

Wer sich nun den (ziemlich) ganzen Kisch ansehen will, zudem gegenüber den (BRD-)Einzelangaben von Kisch-Werken preislich sehr günstig abschneiden, der schaffe sich die seit 1960 beim Berliner Aufbauverlag erscheinenden *Gesammelten Werke in Einzelbänden* an (herausgegeben von Bodo Uhe und Gisela Kisch, fortgeführt von Fritz Hofmann und Josef Poláček). Sorgfältige Edition (fremdsprachliche Begriffe, Anspielungen, unbekannte geschichtliche Zusammenhänge werden durchweg im Anhang erläutert) und stabiler Leineneinband für rd. DM 16,- bei jeweils 500, 600 Seiten pro Band lassen einen den Realsozialismus in etwas freundlicherem Licht erscheinen. Lieferbar sind von den insgesamt zehn Bänden (in elf Teilen) außer Band I (Nachauflage 1986) und Band 10 (angekündigt für „Sommer 1985“, ca. 800 S., mit ca. DM 30,- ein preislicher Ausreißer) alle Bände.

Gut zwei Dutzend der Reportagen, die Kisch in der Arbeiter-Illustrierten Zeitung bzw. in deren Nachfolgerin, der *Volks-Illustrierten*, veröffentlichte hat der Aufbau-Verlag in *Unter den Uhren von Prag — Bildreportagen aus aller Welt* im Faksimile vorgelegt (Nachwort Fritz Hofmann). (Hardcover, Großformat, 64 S., DM 14,80)

Außerhalb der *Gesammelten Werke* erschienen ist *Klassischer Journalismus. Die Meisterwerke der Zeitung. Gesammelt und herausgegeben von Egon Erwin Kisch*. In dieser Anthologie hat Kisch rund 150 Leitartikel, Tagesschnitzereien, Gerichtsberichte, Feuilletons u. a. von Plinius d.J. (79 u.Z.) bis Peter Altenberg (1907), vorangestellt jeweils ein porträtiertes Autorporträt, zusammengetragen. Eine Sammlung, die bis heute, über sechs Jahrzehnte nach ihrem ersten Erscheinen, ihrergleichen noch nicht gefunden hat! — Kurioserweise erschien die Neuauflage dieses Buches nicht zuerst beim Rechte-Inhaber Aufbau-Verlag, sondern 1974 bei Rogner & Bernhard. „Nur bei Zweitausendeins“ ist diese Ausgabe in einem unhandlichen, geschmacklichen Format, aber mit einem informativen Nachwort von Christian Siegel erhältlich (Pb., 684 S., DM 17,-). Nur wenig teurer, dafür aber in solidem Leineneinband hat der Aufbau-Verlag die Sammlung dann 1982 mit einem Nachwort von Fritz Hofmann herausgebracht (584 S., DM 19,-).

Wesentliches Material zur Biografie von Kisch enthalten die *Briefe an den Bruder Paul und an die Mutter, 1905-1936* (herausgegeben und mit einem Nachwort von Josef Poláček unter Mitarbeit von Fritz Hofmann). Beigegeben und dem Band eine Reihe an anderer Stelle noch nicht veröffentlichte Texte von Kisch (u. a. Auszüge aus seinen Vorarbeiten für die — nicht mehr erfolgte — Fortsetzung seiner Biografie).

(ie). In einem umfangreichen Anmerkungsapparat werden Begriffe und Anspielungen erläutert. (Aufbau-Verlag, 504 S., DM 15,-)

Servus Kisch heißt der vom Aufbau-Verlag zu Kischs Hundertsten vorgelegte Band mit Erinnerungen, Rezensionen und Anekdoten. Wiederaufgenommen sind die meisten der Texte, die vor dreißig Jahren im „Kisch-Kalender“ gebracht wurden (Kantorowicz, der sich 1955 noch gedruckt erinnern durfte, darf nun nicht mehr; Bloch, der bald nach 1955 nicht mehr gedruckt hätte, darf mittlerweile wieder; Tretjakow darf jetzt auch; Weinert durfte damals, zwischendurch und heute). Insbesondere hingewiesen sei auf zwei der neu aufgenommenen und umfangreichen Erinnerungen: Guido Zamis, Teilnehmer der seinerzeitigen Kämpfe in Wien, berichtet detailliert über Kisch und die Rote Garde; Lenka Reinerová, Nachbarin Kischs in Prag und Genossin im Exil in Mexiko schildert eindrucksvoll die Jahre in Frankreich und Mexiko. Fünf Sterne für Michael Roggemann, der den Schutzumschlag in bester Heartfieldscher Art gestaltet hat! (Ln., 412 S., DM 14,80)

Nach mehr als fünfzig Jahren erschien 1983 erstmals wieder der *Rasende Reporter* in ursprünglicher Form (in der Aufbau-Ausgabe sind einige der Reportagen dieser Sammlung aus editorischen Gründen an anderer Stelle aufgenommen). Hans-Albert Walter hat den Band mit einem „excellenten Nachwort — das Beste, was in letzter Zeit zu Kisch geschrieben wurde“ (Kisch-Kenner Erhard Schütz in der „FR“), dem „Vorschlag, wie Kisch zu lesen sei“ versehen. Ein Manko des Bandes ist allerdings, daß — ebenso wie bei der „Landung in Australien“ — erläuternde Anmerkungen fehlen, verwendet Kisch doch Begriffe in sieben, acht Sprachen und macht zeitgenössische Anspielungen, die heute nicht mehr verständlich sind (Kiepenheuer & Witsch, Sonderausg. 1985, Hardcover, DM 24,80).

Die Neuauflage faßt allerdings nicht nur Beifall. „Einen Barendienst an Egon Erwin Kisch“ geleistet zu haben warf Marcel Reich-Ranicki dem Herausgeber Walter vor. Kischs Reportagen seien heutzutage allenfalls noch für die Wissenschaft von Interesse, der Leser nehme sie nicht mehr an. Natürlich weiß auch der Großkritiker, daß Kisch-Bücher in der DDR nicht selten an der Spitze der Bestseller-Liste stehen wie ihm ebenfalls kaum verborgen geblieben sein kann, daß DDR-Verlage von 1947 bis 1984 1,7 Mio. Bücher von Kisch — Einzelangaben, Querschnitte, Werke — aufgelegt und verkauft haben („ND“, 30.4.85). Aber Reich-Ranicki braucht diese Einleitung seiner Rezension, um sein eigenes Anliegen abzuturnen: immer mal wieder einen Schlag gegen jene Exilforscher zu führen, die die gesellschaftlichen und politischen Aspekte der Exilliteratur in den Vordergrund stellen wollen und sich nicht seiner Auffassung fügen, „die Exilforschung sei nur ein Provisorium und müsse ihre eigene Selbstauflösung anstreben“ („FAZ“, 23.9.80). Hans-Albert Wal-

ter ist Reich-Ranicki hier ein besonderer Stachel im Fleisch und so nutzt er die Verfügung über das „FAZ“-Feuilleton, jenen anzupöbeln: „Diese Neuauflage hat Hans-Albert Walter, der rüde und rabiate Exilforscher, mit einem so ausführlichen wie bemühten Nachwort versehen, in dem er wieder einmal kräftig um 'Ich schlägt'“ („FAZ“, 3.2.84)

An Einzelangaben von Kisch-Werken in BRD-Verlagen liegen des weiteren vor die *Entdeckungen in Mexiko* mit einem Nachwort von Christian Siegel (Kiepenheuer & Witsch, DM 38,-; Knaur, Taschenbuch, Nr. 1088, DM 9,80), und die *Geschichten aus sieben Ghettos* mit einem Vorwort von Günter Wallraff (Fischer-Taschenbuch Nr. 5174, DM 7,80).

Einen anderen möglichen Zugang als über ein einzelnes Werk bietet der von Erhard Schütz ausgewählte, mit einem sehr informativen Nachwort versehene und sinnvoll geordnete Querschnitt durch Kischs Schaffen, der unter dem Titel *Reportagen 1978* bei Reclam (Stuttgart) erschienen ist (UB 9893, 326 S., DM 9,20). — Ebenfalls einen Querschnitt durch sein Schaffen, mit geringerem editorischen Aufwand (ein Nachwort von Joachim Schreck aus dem Jahre 1972, das dem Stand der Forschung wahrlich nicht mehr entspricht), dafür aber dick und billig (411 S., DM 6,-) enthält die 1985 beim Röderberg-Verlag erschienene Ausgabe *Das tätowierte Porträt*.

Wer tiefer in Kischs Werk und damit in Fragen des sozialkritisch engagierten Journalismus einsteigen will, der sei auf einige wissenschaftliche Arbeiten hingewiesen. — Mit Egon Erwin Kisch — *Reportage und politischer Journalismus* legte Christian Siegel 1973 die erste wissenschaftliche Arbeit über Kisch in der BRD vor (Schönmanns Universitätsverlag, 384 S., Pb., DM 35,-). — Thematisch erweitert und ergänzt um Siegel hat Erhard Schütz 1977 eine *Kritik der literarischen Reportage* verfaßt, in der er Reportagen und Reiseberichte aus der Weimarer Republik über die USA und die Sowjetunion darstellt und vergleicht (Wilhelm Fink Verlag, 221 S., Pb., DM 38,-). Beide Bände sind noch lieferbar, was angesichts der Verramschmentalität bundesdeutscher Verleger sobald eine Ausgabe zwei, drei Jahre alt ist, schon fast eine Kulturleistung darstellt. — Der Band Nr. 67 von *Text + Kritik* (63 S., DM 8,-) ist Kisch gewidmet. Siegel und Schütz referieren in kurzer Form Aspekte aus ihren oben genannten Arbeiten; Kronberger, ausgewiesener Spezialist für Kischs Zeit in Wien, stellt dessen „Wende vom bürgerlichen Journalisten zum Revolutionär“ dar; Manfred Jäger analysiert das „Kisch-Bild der DDR“. — Dieter Schlenstedt verfaßt die 1962 in der 1. und 1967 in der 2. Auflage (vermehrt und ergänzt um die Forschungsergebnisse von Josef Poláček, Prag) bei Volk und Wissen, Berlin erschienene Monographie *Egon Erwin Kisch. Leben und Werk*. Dieses Werk repräsentiert über annähernd ein Vierteljahrhundert den Forschungsstand und das Kisch-Bild in der DDR. Jüngst erschien nun, im Umfang um mehr als das Vierfache vermehrt, eine Neufassung von Schlenstedts Arbeit, in der er weitaus differenzierter zu Werke geht und von sich sozialistisch gebärdender, tatsächlich aber nur platt mechanisti-

scher Heldendarstellung gebührenden Abstand hält. (Die Lizenzausgabe für Westberlin und die BRD ist beim Verlag das europäische buch herausgegeben, 461 S., zahlreiche Abb., brosch., DM 14,80).

AG Exil

Quellen und Anmerkungen

Das kommt eben davon, wenn die erste Folge eines Artikels bereits gedruckt ist, bevor die zweite im Typensatz abgeschlossen. Chao bei den Quellennachweisen, Nachträge und so allem noch die „pöbelliche“ Erkenntnis, würden alle verwendeten Quellen aufgeführt werden, dies eine runde AE-Seite beanspruchen würde. Wer best. d. a. die Spezialisten unter den Spezialisten. Wir führen daher im folgenden nur die Quellen auf, aus denen wir direkt zitiert haben oder wo es sich um einen sonst wichtigen Nachweis handelt. (Die komplette Liste erhalten die ganz Abgehärteten gegen adressierten und mit einseitig frankierten Umschlag von der AG Exil, Verlagadresse).

Kisch-Werke: Die römische Ziffer bezeichnet die Zahl des Bandes der *Gesammelten Werke* in Einzelbänden (Aufbau-Verlag, Berlin 1960 ff.), die Zahl hinter Schrägstrich, sofern nicht nur auf einen Teil verwiesen werden soll, die Seitenzahl. — Außerhalb der Werke Erschienenes und westdeutsche Einzelbände u. u. unter Kisch.

Entsprechend sind die sonstigen Quellenverweise zu lesen: Zahl vorm Strich die Quelle, Zahl hinter Strich die Seite (bei Zitierungen nicht angegeben).

- 2 Arbeiterkampf: Deutsche Freiheitsbibliothek — Paris 1935, Nr. 247 (4.6.84), S. 467.
- 4 Fred, Bruno: Zweimal Kisch. In: Text + Kritik, Heft 67, Egon Erwin Kisch, München: edition text + kritik, 1980
- 10 Haupt, Klaus/Wewel, Harald: Kisch war hier. Reportagen über den „Rasenden Reporter“. Berlin (DDR): Verlag der Nation, 1985 (Paperback-Ausgabe)
- 12 Heinrich, Gerd: Schreib das auf, Kisch!, Fernsehdokumentation, NDR III, 27.4.85. Wt. einer Sendung zu Kischs 30. Todestag (1978)
- 13 Helmut, Tobs von: 100 Jahr Albert de Lange. Amsterdam: Albert de Lange, 1980 (einmalige Aufl. aus Anlaß des hundertjährigen Bestehens, nicht in den Handel gebracht)
- 15 Hilber, Kurt: Kisch über Kulland. In: Die Weibühne, Nr. 10, 17.4.35, S. 586 ff.
- 18 Kantorowicz, Alfred: Alfred Kantorowicz über Egon Erwin Kisch. In: Journalisten über Journalisten, Hg. Hans Jürgen Schika. München: Kiepenheuer & Witsch, 1980
- 21 Kisch-Kalender. Hrg. v. F. C. Weiskopf unter Mitarbeit v. Dieter Noll. Berlin (DDR): Aufbau-Verlag, 1956
- 23 Kisch, Egon Erwin: Reportagen. Autw. u. Nachw. Erhard Schütz. Stuttgart: Philipp Reclam jun. (UB Nr. 9893), 1978
- 24 dem.: Briefe an den Bruder Paul und an die Mutter 1905-1936. Hrg. u. m. e. Nachw. v. Josef Poláček unter Mitarbeit v. Josef Hofmann. Berlin und Weimar: Aufbau-Verlag, 1978
- 25 ders.: Klassischer Journalismus. Die Meisterwerke der Zeitung. Nachw. Josef Hofmann. Berlin und Weimar: Aufbau-Verlag, 1982
- 27 dem.: Der rasende Reporter. Mit „Rintem“ Vorschlag, wie Kisch zu lesen sei“ v. Hans-Albert Walter. Köln: Kiepenheuer & Witsch, 1981, Sonderausg. 1985
- 28 dem.: Landung in Australien. Hrg. u. m. e. Nachw. von Hans-Albert Walter. Frankfurt: Büchergilde Gutenberg, 1985
- 30 Krebs, Gabriel: Frauen im Ball. Düsseldorf: Classen Verlag, 1984
- 32 Laub, Gabriel: Die Kunst der Wahrheit. NDR III (Radio), 28.4.85
- 33 Pantier, Peter (d. I. Kurt Tucholsky): Rez. v. „Paradies Amerika“. In: Die Weibühne, 1950, H. 11, S. 466
- 39 dem.: Rez. v. „Schreib das auf, Kisch!“ In: a.a.O., 1950, H. 12, S. 944
- 45 Schanne, Karin: Anschlags. Der rasende Reporter Egon Erwin Kisch. Stuttgart: Klett, 1983
- 46 Schlenstedt, Dieter: Egon Erwin Kisch. Leben und Werk. Berlin (DDR): Volk und Wissen Volkseigener Verlag, 1968 (2. Aufl.)
- 48 dem.: Egon Erwin Kisch. Leben und Werk. Weibühne: das europäische buch, 1985 (diese jüngst erschienene grundlegende und im Umfang mehr als vervierfachte Neuausgabe des Werkes von 1968 konnte nur noch partiell herangezogen werden)
- 49 Schlichter, Rudolf. — Rudolf Schlichter (1890-1955) (Katalog). Hrg. Staatliche Kunsthalle (West-)Berlin. Weibühne: Frick & Kaufmann, 1980
- 55 Schütz, Erhard: Kritik der literarischen Reportage. Reportagen und Reiseberichte aus der Weimarer Republik über die USA und die Sowjetunion. München: Wilhelm Fink Verlag, 1977
- 56 dem.: Moral aus der Geschichte. Zur Wahrheit des Egon Erwin Kisch. In: Text + Kritik (a. o.)
- 57 Seghers, Anne: Aufsätze, Ansprachen, Essays 1927-1953 (Ant. Werke in 10 Bänden, Bd. XIII). Berlin und Weimar: Aufbau-Verlag, 1984 (2. Aufl.)
- 60 Servus, Kisch! Erinnerungen — Rezensionen — Anekdoten. Hg. v. Fritz Hofmann unter Mitarbeit v. Josef Poláček. Berlin und Weimar: Aufbau-Verlag, 1985
- 61 Siegel, Christian Erwin: Egon Erwin Kisch. Reportage und politischer Journalismus. Studien zur Publizistik, Bd. 18. Bremen: Schönmanns Universitätsverlag, 1973
- 62 dem.: Die Reportagen. Stuttgart: Metzler (Sammlg. Metzler; M 164; Abt. E. Poetik), 1978
- 70 Walter, Hans-Albert: Zensur, gekürzt, veranordnet — Eine Anthologie mit Reportagen von Egon Erwin Kisch (Rez. der von Walter Schmieding bes. Sammlung „Nichts ist erregender als die Wahrheit“). In: FR, 18.8.78
- 72 Weiskopf, F. C.: Kurzberichte über Rudolf-Kisch-Bücher (darm. Rez. v. „Auen gründlich verändert“). In: Die Weibühne, H. 50, 1932, S. 870
- 78 Wrobel, Ignaz (d. I. Kurt Tucholsky): Rez. v. „Der Fall des Generalstrafrechts Redl“. In: a.a.O., 1925, H. 10, S. 359

Nachtrag

- 79 Kantorowicz, Heinz: Revolutionär und Dichter. In: Neue Deutsche Literatur, H. 4, 1960
- 80 Die Autoren der rund 300 Ausschnitte in der „Kisch-Mappe“ der Zeitungsmischungsammlung der Stadtbibliothek Dortmund, vor allem aus dem Zeitraum von Anfang der 60er Jahre an, geben zu rund 75 % nach der älteren, der anderen oder auch beiden Methoden vor. Eine besondere Variante enthalten die Artikel in der „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung“. In „Umarmung“ und ähnlichen Quellen: dort wird nicht selten der Kommunist Kisch nicht verschwiegen und der Jude Kisch herausgehoben (was wohl auch daraus resultiert, daß in den entspr. Darstellungen in der DDR Kischs enge Bindung an das Judentum lange Zeit sehr nebenbei oder auch gar nicht erwähnt wurde).



Kisch am Grab seines Großvaters auf dem Jüdischen Friedhof nahe der Alt-Neu-Synagoge in Prag

»An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen«

(Matth. 7,13-23)

Fragt man sich, ob es in der Bundesrepublik eine ähnliche moralische Instanz gegeben hat wie Sartre in Frankreich, dann fällt einem, unabhängig von der Sinnigkeit bzw. Unsinnigkeit des Vergleiches, tatsächlich nur Heinrich Böll ein.

Die Bemerkung Cohn-Bendits allerdings, Bölls „Einzelgängertum“ sei höher zu bewerten als Sartres „Ideologieglaubigkeit“ und „Opportunismus“, wirft nur ein vernünftiges Bild auf Cohn-Bendits eigenen gläubigen Opportunismus gegenüber den jeweiligen Modeströmungen. Denn an pures Ignoranz kann es ja bei diesem nicht liegen, höchstens an galoppierender Gelehrerweichung infolge einer solchen opportunistischen Diskriminierung jedes Linksradikalismus, für den er selbst einmal, lang ist es her, ein Plädoyer schrieb.

Ganz pedantisch sollte wiederholt werden: Was ist Sartres Denken und Handeln anders als ein permanenter Kampf gegen jede Ideologieglaubigkeit und jeden Opportunismus? Welche waren die wichtigsten Stationen seiner politischen Aktivität?

1947 Radinwendung *La Tribune des Temps Modernes* gegen die Gaulle und gegen die KPF.

1948 Mitgründung des *Rassemblement Démocratique Révolutionnaire*, einer basisdemokratisch orientierten Vereinigung linker Kräfte für ein blockfreies sozialistisches Europa. Sartre tritt aus, als diese ins US-Lager abdriftet.

1950 zusammen mit Merleau-Ponty Protest gegen die innersowjetische Repression.

1952 Annäherung an die KPF, von der er bislang nur beschimpft worden war, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges. Bezeichnenderweise wurde seine berühmte Artikelserie *Die Kommunisten und der Frieden* in keinem Land des sogenannten Realsozialismus veröffentlicht, weil es sich dabei eben nicht um eine Unterwerfung unter die Ideologie des Stalinismus und seiner Institutionen handelt, sondern um die, wenn man so will, „realpolitische“ Einschätzung, daß KPF und CGT die einzigen real existierenden Organisationen der französischen Arbeiterklasse sind, und daß eine Unterstützung der Abrüstungsinitiativen der SU die einzige Chance für die Verhinderung eines Atomkrieges und die Verwirklichung des Sozialismus darstellen.

Teilnahme am Wiener Weltfriedenskongreß und Mitarbeit in der Weltfriedensbewegung bei gleichzeitiger Verurteilung der „antitrotzkistischen“ und „antizionistischen“ Schauprozesse um Rudolf Slánsky in Prag.

öffentlich, weil es sich dabei eben nicht um eine Unterwerfung unter die Ideologie des Stalinismus und seiner Institutionen handelt, sondern um die, wenn man so will, „realpolitische“ Einschätzung, daß KPF und CGT die einzigen real existierenden Organisationen der französischen Arbeiterklasse sind, und daß eine Unterstützung der Abrüstungsinitiativen der SU die einzige Chance für die Verhinderung eines Atomkrieges und die Verwirklichung des Sozialismus darstellen.

Teilnahme am Wiener Weltfriedenskongreß und Mitarbeit in der Weltfriedensbewegung bei gleichzeitiger Verurteilung der „antitrotzkistischen“ und „antizionistischen“ Schauprozesse um Rudolf Slánsky in Prag.

1956 Verurteilung der Intervention der Roten Armee gegen den Ungarnaufstand.

1960 Veröffentlichung der antistalinistischen, libertär-sozialistischen Kritik der dialektischen Vernunft. Unterzeichnung des „Manifestes der 123“ über das Recht zur Desertation im Algerienkrieg und zahlreiche Aktionen gegen den Algerienkrieg, die ihm zwei Bombenanschläge der faschistischen Paralarms OAS auf seine Wohnung einbrachten.

1967 Russell-Tribunal gegen die Kriegsverbrechen der USA in Vietnam. Später, 1979, setzte sich Sartre auch für die Unterstützung der boat people ein.

1968 aktive Teilnahme an der Mai-Bewegung und Unterstützung der aus ihr hervorgegangenen linksradikalen Aktionen, Verurteilung der Intervention der Staaten des Warschauer Paktes gegen den „Prager Frühling“.

1973 Gründung der Zeitschrift *Liberation*.

1974 Besuch in Stammheim.

Noch in einer weiteren wichtigen Frage hat sich Sartre nie „ideologieglaubig“ oder „opportunistisch“ — was sich ja, streng verstanden, eigentlich ausschließt — dem Schwachsinn einer politischen Mode gebeugt: Bei aller Kritik an der Politik der israelischen Regierungspolitik hat er sich nie zur Äußerung verstiegen, der israelische Staat

sei faschistisch oder ein pures Kolonialregime und müsse daher liquidiert werden.

Diese Position führte übrigens dazu, daß die Witwe von Frantz Fanon verboten hat, daß die *Verdammten dieser Erde* weiterhin mit seinem Vorwort erscheint. Sicher hat auch ein Sartre sich in seinen politischen Einschätzungen manchmal geirrt und wurde auch manchmal Opfer von Illusionen. Niemals aber wurde er deshalb zu einem kalten Krieger, Renegat oder Feind des Sozialismus.

Bei dieser Klarstellung geht es nicht um Denkmalpflege des Monuments Jean-Paul Sartre, sondern um die Entlarvung der Diskriminierung einer lebenslangen linksradikalen Position und Aktivität, die ohnehin für die internationale Linke Anregung und Vorbild bleiben wird. Wir schließen mit einem Absatz aus der auch von Böll geschätzten Bergpredigt: „Was siehst du aber den Splitter in deines Bruders Auge, und des Balkens in deinem Auge wirst du nicht gewahr? Wie kannst du sagen zu deinem Bruder: Haß still, Bruder, ich will den Splitter aus deinem Auge ziehen, wenn du siehst selbst nicht den Balken in deinem Auge? Du Heuchler, zieh zuvor den Balken aus deinem Auge und siehe dann zu, daß du den Splitter aus deines Bruders Auge ziehst!“ (Lukas, 6, 41—43).

Anti-Pharisäer-Kommission

Böll in Frankreich 18.7.80 FAZ

„Wie der Tod Sartres“

Die führenden Pariser Zeitungen haben den Tod Heinrich Bölls auf der ersten Seite gemeldet und den Nachruf oft außergewöhnlichen Umfang eingeräumt. In der „Liberation“ beispielsweise drei Seiten. Einheitsmäßig wurde Böll als eine intellektuelle und moralische Instanz der Bundesrepublik bezeichnet, in dessen Werk „die Wiedergeburt einer Nation“ gestaltet sei, so daß man „die Tragödie Deutschlands“ besser verstehe („Le Monde“). Bölls Freund und Übersetzer René Wintzen betont in seinem Nachruf in „Le Monde“ zugleich, daß diese Verankerung in der Zeitgeschichte als Würdigung nicht ausreiche, daß vielmehr Bölls Künstlermoral, sein Respekt vor der Sprache und vor der Verantwortung des Schriftstellers, als eigentliche Wurzel auch seines humanitären Ethos gelten müsse. Ähnlich argumentiert „Le Matin“. Bölls unerschütterliches Eintreten für die Rechte des Individuums reihe ihn ein in die große Tradition europäischer Romankunst.

In allen Nachrufen wurde darauf hingewiesen, daß Böll als erster deutscher Staatsbürger seit Thomas Mann den Literaturnobelpreis erhalten habe. Wiewohl das Werk Bölls weitgehend in

französischer Übersetzung vorliegt (die erste erschien 1964), war den Berichten doch anzumerken, welch wichtige Rolle Schlüsselfigur „Katharina Blum“-Verfilmung für die Popularität dieses Schriftstellers in Frankreich bedeutet hat. „Liberation“ veröffentlichte neben ihrem Nachruf jetzt auch ein Telefoninterview mit dem Regisseur über seine Erinnerungen an Böll. Nicole Cacanova, als Kennerin deutscher Gegenwartsliteratur vielfach ausgewiesen, schreibt im „Quotidien de Paris“, der Tod Heinrich Bölls sei „für Deutschland so schmerzhaft und folgenschwer, wie es für uns der Tod von Camus oder Sartre war“.

Daniel Cohn-Bendit, auf den Vergleich mit Sartre angesprochen, erklärte hingegen der „Liberation“, Bölls Einzelgängertum sei höher zu bewerten als Sartres ideologische Gläubigkeit, denn im Gegensatz zu Sartre sei Böll niemals opportunistisch gewesen. Die kommunistische Parteizeitung „L'Humanité“ würdigte Böll vor allem als Gegner der Aufstellung von Pershing-Raketen auf deutschem Boden. — Welches Buch Bölls in Frankreich für das bedeutendste gehalten wird, war den Nachrufen nicht eindeutig zu entnehmen, wohl aber, zwischen den Zeilen, welches den meisten Kritikern als ihr liebstes Böll-Buch gilt: Es ist das „Irische Tagebuch“. W. W.

dessen Werk „die Wiedergeburt einer Nation“ gestaltet sei, so daß man „die Tragödie Deutschlands“ besser verstehe („Le Monde“). Bölls Freund und Übersetzer René Wintzen betont in seinem Nachruf in „Le Monde“ zugleich, daß diese Verankerung in der Zeitgeschichte als Würdigung nicht ausreiche, daß vielmehr Bölls Künstlermoral, sein Respekt vor der Sprache und vor der Verantwortung des Schriftstellers, als eigentliche Wurzel auch seines humanitären Ethos gelten müsse. Ähnlich argumentiert „Le Matin“. Bölls unerschütterliches Eintreten für die Rechte des Individuums reihe ihn ein in die große Tradition europäischer Romankunst.

In allen Nachrufen wurde darauf hingewiesen, daß Böll als erster deutscher Staatsbürger seit Thomas Mann den Literaturnobelpreis erhalten habe. Wiewohl das Werk Bölls weitgehend in

Bölls sei „für Deutschland so schmerzhaft und folgenschwer, wie es für uns der Tod von Camus oder Sartre war“.

Daniel Cohn-Bendit, auf den Vergleich mit Sartre angesprochen, erklärte hingegen der „Liberation“, Bölls Einzelgängertum sei höher zu bewerten als Sartres ideologische Gläubigkeit, denn im Gegensatz zu Sartre sei Böll niemals opportunistisch gewesen. Die kommunistische Parteizeitung „L'Humanité“ würdigte Böll vor allem als Gegner der Aufstellung von Pershing-Raketen auf deutschem Boden. — Welches Buch Bölls in Frankreich für das bedeutendste gehalten wird, war den Nachrufen nicht eindeutig zu entnehmen, wohl aber, zwischen den Zeilen, welches den meisten Kritikern als ihr liebstes Böll-Buch gilt: Es ist das „Irische Tagebuch“. W. W.

Buchbesprechung:

Multis und Menschenrechte in der Dritten Welt

Volker Kasch / Ulrich Leffler
Peter Schmitt / Rainer Tetzlaff
Multis und Menschenrechte
in der Dritten Welt
Lamarc - Taschenbuch 42
Bornheim-Merten 1985
262 Seiten, 18,80 DM

Unbefangene Leser/innen werden über dieses Buch überrascht sein: die Autoren gebrauchen den Begriff „Menschenrechte“ in einem ungewöhnlichen, weil politik-ökonomischen Sinn.

Menschenrechte, das sind für sie nicht nur Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit u.ä., sondern ebenso sehr Recht auf eigenständige Entwicklung, Bildung, gewerkschaftliche Organisation, Gesundheitsvorsorge, Freiheit vor ökonomischer Ausbeutung. Insoweit handelt es sich um ein pädagogisches Buch, dazu geeignet, ideologisch verengte Sichtweisen und Sprachregelungen aufzubrechen. Das ist das Wichtigste und Positivste an dieser von amnesty international im Auftrag gegebenen Studie über das Verhalten von Multis in der sogenannten Dritten Welt.

Das zweitwichtigste ist der dokumentarische Fleiß der Autoren. Eine Vielzahl von Beispielen ist aufgelistet, die meisten bekannten und manche nicht so bekannten Schweinereien der Multis in der „3. Welt“ werden dargestellt. Da geht es um die Frage der Machtkontrolle, um Freihandelszonen ohne jegliche Rechte für die Arbeiter/innen, um die besondere Ausbeutung von Frauen, um Pharma-

geschäfte, um die Verdrängung herkömmlicher Produktionsstrukturen, um ökologische Vergiftung riesiger Zonen. Insoweit ist das Buch ein hervorragendes Nachschlagewerk für alle, die manchmal oder öfter über Fragen von Unterentwicklung oder Industrialisierung diskutieren (müssen). Jede Solidaritätsgruppe sollte ein Exemplar dieses Buches besitzen.

Die Vorteile sind aber zugleich die Nachteile dieses Buches: es bringt nur wenige neue Fakten, Menschen, die sich schon länger mit Fragen der „3. Welt“ beschäftigen, werden das meiste kennen. Und die Autoren verzichten auf eine Analyse der Ursachen, die Multis zu dem von ihnen dargestellten Verhalten führen. Es bleibt unerwähnt, daß die Notwendigkeit der Kapitalverwertung eine vollständig außer-moralische Sache ist, die bestimmte Ereignisse hervorbringen muß, will das Einzelkapital nicht untergehen. So können auch keine, oder bestenfalls illusionistische Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Das ist zwar schade, aber die Linke insgesamt hat ja an konkreten, heute realisierbaren Schritten auch nur sehr wenig vorzuschlagen. Insofern handelt es sich zwar um eine Schwäche des Buches, aber eben um eine solche, die die Gesamtsituation der Linken und der Solidaritätsbewegung widerspiegelt und nicht den Autoren speziell anzulasten wäre.

Insgesamt ein interessantes, äußerst lesenswertes Buch.

Buchbesprechung

»Die Wendejugend«

Überlassen wir den „gewendeten“ Köpfen nicht das Feld in der Jugendarbeit! Jeder dritte Erstwähler in NRW hat schwarz gewählt (CDU und FDP)! Wir müssen endlich eine lustvolle offensive Jugendpolitik entwickeln.

Ich denke, für die „alte“ Linke war es in den frühen 70ern noch leicht, Autoritäten abzulehnen, dem Aufschwung der Neuen Linken mit der Hoffnung nach Freiheit und Sozialismus zu folgen und politisches Engagement zu entwickeln. Wir hatten es meist nicht nötig, uns differenziert mit den Konservativen auseinanderzusetzen, weil sie zur schweigenden Mehrheit gehörten und in der Defensive waren. Heute hat sich das Blatt gewendet. Während wir 68er noch verbalradikal auf unsere „Karriere“ pfeifen konnten (aber doch mehr oder weniger die Möglichkeiten dazu hatten), setzt sich heute angesichts Arbeitslosigkeit und Zukunftsangst das Ellenbogenverhalten durch — und es beginnt für Schüler schon sehr früh.

Klaus Farin und Leo A. Müller haben zwei Jahre lang empirische Untersuchungen betrieben und „vor Ort“ die politischen Gedanken, die Aktivitäten und das Umfeld der „Wendejugend“ erforscht. Das Buch bietet eine Fülle von authentischem Material (Interviews) über diese Szene. Wenn diese Jugendlichen auch sicherlich nicht die Zielgruppe linker Politik sein werden, so gilt doch, sie an den Schulen und Universitäten mit schlagkräftigen Argumenten und Alternativen zu isolieren.

Wenn sich auch die positive Jugend des Heiner Geißler zu 90% aus dem Nachwuchs des Industriemanagements, Gymnasialen, rekrutiert (nach Farin), so sollte es bei der Beurteilung darum gehen, in ihnen den „harten Kern“ der Nachkriegsriege der CDU zu sehen, denn „einsteigen“ (in die Politik, Macht, Geld) ist ihre Devise. Farin und Müller weisen an Beispielen nach, wie stark gerade die rechten Fraktionen von SU und JU von ihren „Vätern“ aus Bonn gefördert werden (mit Geld und Posten).

Aus den Recherchen der Autoren geht hervor, wie notwendig eine differenzierte Betrachtung dieser Gruppe für die Linke ist. So stellen sie in dem Abschnitt „Maul halten und Durch“ in einem Interview Eberhard Kohlhas vor, den linken Außenseiter der JU Main-Taunus. Auf die Frage der Autoren, wie er seine Erfahrungen bei den Grünen (I) verarbeitet habe, antwortet er: „Ich habe ihre Anstöße aufgenommen, zum Beispiel Möglichkeiten der Demokratie, im Umweltschutz, in der Friedenspolitik ... dies versuche ich in die JU hineinzutragen. Bei der JU liegt m. E. das Problem darin, daß sich die Leute viel zu sehr anpassen um hochzukommen ...“ Nach der Veröffentlichung von „Wendejugend“ wurde Kohlhas denn auch von seinem Vorstandsposten suspendiert.

Ein anderes Beispiel zeigt, wie gefährlich nahe viele JU-Verbände den Neuen Faschisten stehen — vor allem in der Ausländerfrage. In dem Kapitel: „Demokratische Statuten in einem faschistoiden Theater“ geben Farin und Müller anschauliche Beispiele.

In der BSU-Zeitung „Klartext“ werden zur Ausländerfrage folgende Thesen aufgestellt: „Ursache der Ausländerhetze seien Ängste, denn: wer will schon einen Ayatollah als Bürgermeister.“ Die Forderungen des „Klartext“:

— Ausweisung von kriminellen, politisch aktiven, arbeitslosen und wohnungslosen Ausländern
— Straffung und Verlegung der Asylverfahren an die Landesgrenze, sowie Abbau wirtschaftlicher Anreize, Friedendemonstranten sind denn auch „Rechtsbrecher, Choten und Kommunisten“ oder schlicht „Geistesranke“. Ein Kommentar erübrigt sich, wenn Farin und Müller belegen, daß Machtkämpfe in solchen Kreisverbänden mit Flüten und Gaspietolen ausgetragen werden.

Beinahe witzig mutet die in „Wendejugend“ abgedruckte Austrittserklärung von einem 13(1)jährigen aus der BSU an, dem vorgelesen wurde, er würde mit seiner Unterschrift einem Video-Club beitreten.

Auf einer Diskussionsveranstaltung im Hamburger Buchladen Gegenwind im Mai '85 teilte Klaus Farin das Buch „Wendejugend“ vor. Er zeigte noch spannende Hintergründe auf, die von einzelnen JU-Verbänden durch einstweilige Verfügungen aus dem Buch gestrichen werden mußten.

Farin und Müller haben zur Konservativen Aktion und zur PanEuropa Jugend Materialien in „Wendejugend“ zusammengestellt — zu einem Interview waren diese Rechten natürlich nicht bereit. Setzt Euch auseinander mit dem Buch und nutzt Gelegenheiten, mit den Autoren zu sprechen — es macht nebenbei noch Spaß.

er: „Ich habe ihre Anstöße aufgenommen, zum Beispiel Möglichkeiten der Demokratie, im Umweltschutz, in der Friedenspolitik ... dies versuche ich in die JU hineinzutragen. Bei der JU liegt m. E. das Problem darin, daß sich die Leute viel zu sehr anpassen um hochzukommen ...“ Nach der Veröffentlichung von „Wendejugend“ wurde Kohlhas denn auch von seinem Vorstandsposten suspendiert.

Ein anderes Beispiel zeigt, wie gefährlich nahe viele JU-Verbände den Neuen Faschisten stehen — vor allem in der Ausländerfrage. In dem Kapitel: „Demokratische Statuten in einem faschistoiden Theater“ geben Farin und Müller anschauliche Beispiele.

In der BSU-Zeitung „Klartext“ werden zur Ausländerfrage folgende Thesen aufgestellt: „Ursache der Ausländerhetze seien Ängste, denn: wer will schon einen Ayatollah als Bürgermeister.“ Die Forderungen des „Klartext“:

— Ausweisung von kriminellen, politisch aktiven, arbeitslosen und wohnungslosen Ausländern
— Straffung und Verlegung der Asylverfahren an die Landesgrenze, sowie Abbau wirtschaftlicher Anreize, Friedendemonstranten sind denn auch „Rechtsbrecher, Choten und Kommunisten“ oder schlicht „Geistesranke“. Ein Kommentar erübrigt sich, wenn Farin und Müller belegen, daß Machtkämpfe in solchen Kreisverbänden mit Flüten und Gaspietolen ausgetragen werden.

Beinahe witzig mutet die in „Wendejugend“ abgedruckte Austrittserklärung von einem 13(1)jährigen aus der BSU an, dem vorgelesen wurde, er würde mit seiner Unterschrift einem Video-Club beitreten.

Auf einer Diskussionsveranstaltung im Hamburger Buchladen Gegenwind im Mai '85 teilte Klaus Farin das Buch „Wendejugend“ vor. Er zeigte noch spannende Hintergründe auf, die von einzelnen JU-Verbänden durch einstweilige Verfügungen aus dem Buch gestrichen werden mußten.

Farin und Müller haben zur Konservativen Aktion und zur PanEuropa Jugend Materialien in „Wendejugend“ zusammengestellt — zu einem Interview waren diese Rechten natürlich nicht bereit. Setzt Euch auseinander mit dem Buch und nutzt Gelegenheiten, mit den Autoren zu sprechen — es macht nebenbei noch Spaß.

Farin und Müller haben zur Konservativen Aktion und zur PanEuropa Jugend Materialien in „Wendejugend“ zusammengestellt — zu einem Interview waren diese Rechten natürlich nicht bereit. Setzt Euch auseinander mit dem Buch und nutzt Gelegenheiten, mit den Autoren zu sprechen — es macht nebenbei noch Spaß.

Farin und Müller haben zur Konservativen Aktion und zur PanEuropa Jugend Materialien in „Wendejugend“ zusammengestellt — zu einem Interview waren diese Rechten natürlich nicht bereit. Setzt Euch auseinander mit dem Buch und nutzt Gelegenheiten, mit den Autoren zu sprechen — es macht nebenbei noch Spaß.

Farin und Müller haben zur Konservativen Aktion und zur PanEuropa Jugend Materialien in „Wendejugend“ zusammengestellt — zu einem Interview waren diese Rechten natürlich nicht bereit. Setzt Euch auseinander mit dem Buch und nutzt Gelegenheiten, mit den Autoren zu sprechen — es macht nebenbei noch Spaß.

Farin und Müller haben zur Konservativen Aktion und zur PanEuropa Jugend Materialien in „Wendejugend“ zusammengestellt — zu einem Interview waren diese Rechten natürlich nicht bereit. Setzt Euch auseinander mit dem Buch und nutzt Gelegenheiten, mit den Autoren zu sprechen — es macht nebenbei noch Spaß.

Farin und Müller haben zur Konservativen Aktion und zur PanEuropa Jugend Materialien in „Wendejugend“ zusammengestellt — zu einem Interview waren diese Rechten natürlich nicht bereit. Setzt Euch auseinander mit dem Buch und nutzt Gelegenheiten, mit den Autoren zu sprechen — es macht nebenbei noch Spaß.

Farin und Müller haben zur Konservativen Aktion und zur PanEuropa Jugend Materialien in „Wendejugend“ zusammengestellt — zu einem Interview waren diese Rechten natürlich nicht bereit. Setzt Euch auseinander mit dem Buch und nutzt Gelegenheiten, mit den Autoren zu sprechen — es macht nebenbei noch Spaß.

Farin und Müller haben zur Konservativen Aktion und zur PanEuropa Jugend Materialien in „Wendejugend“ zusammengestellt — zu einem Interview waren diese Rechten natürlich nicht bereit. Setzt Euch auseinander mit dem Buch und nutzt Gelegenheiten, mit den Autoren zu sprechen — es macht nebenbei noch Spaß.

Hochzeit KPD/GIM:

Das Aufgebot ist bestellt



Kritik an den inneren Verhältnissen in den revisionistischen Ländern, an „sozialistischer Hochrüstung und sowjetischem Hegemoniestreben“, die es ermöglichen, die eigenen „revolutionär-sozialistischen Ziele in scharfer Abgrenzung davon zu entwickeln“.

Fazit des KPD-ZK: „Insgesamt gesehen, meinen wir, daß die bestehenden Differenzen die Einheit in einer Partei nicht unmöglich machen, sondern daß das erreichte Maß an programmatischer Übereinstimmung es geradezu erfordert, die Einheit in einer Partei auch politisch zu verwirklichen.“

Die „neue Situation“ erfordere neue Entscheidungen. Das ZK schlägt deshalb den Mitgliedern der KPD vor, bereits am 21. und 22. September in der gesamten Partei Mitgliederversammlung durchzuführen, auf denen ZK-Vertreter von KPD und GIM anwesend sein sollen. Zusätzlich soll die Tagesordnung des KPD-Sonderparteitags

im November, der ursprünglich das neue Programm verabschieden sollte, geändert werden. Ins Zentrum gerückt werden soll die Entscheidung über die weitere Zusammenarbeit mit der GIM. Der Parteitag soll kein neues Programm beschließen, sondern nur das alte außer Kraft setzen und den derzeitigen Programmentwurf als erneut in der eigenen Partei und „unter den revolutionären Sozialisten“ zu diskutieren.

Der Entwurf verabschieden, sowie einen zeitlichen Rahmen für diese Debatte setzen. Ganz offensichtlich soll die angestrebte Fusion nicht durch ein bereits festgelegtes eigenes Programm belastet werden, sondern bereits unter Einbeziehung der GIM-Positionen das Programm als das zukünftige gemeinsame der fusionierten Organisationen GIM/KPD auf den Weg gebracht werden. Aus Anlaß der DGB-Herbstaktionen wollen GIM und KPD bereits gemeinsame Flugblätter und eine Zeitung herausgeben.

Wir haben im ARBEITERKAMPF mehrfach über die geheimen Spitzenverhandlungen zwischen der trotzkistischen GIM und der stalinistischen KPD (ehemals KPD/ML) berichtet. Erstmals hat jetzt die KPD in ihrer Zeitung „Roter Morgen“ (vom 23.8.85) über den Stand dieser Geheimverhandlungen öffentlich berichtet. In einem Bericht vom Plenum des ZK der KPD vom 17. August wird über die konkrete Vorbereitung der Fusion zwischen den beiden Organisationen gesprochen, die inzwischen so weit gediehen ist, daß auf dem Treffen der Leitungen von GIM und KPD am 18. August bereits über „Fragen des Parteiverständnisses, des Organisationsaufbaus und der innerparteilichen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung“ einer zukünftigen neuen Organisation gesprochen wurde.

Zum Stand der inhaltlichen Differenzen heißt es in dem KPD-Bericht, daß im Positionsaustausch um die bisher vorliegenden Dokumente (KPD-Programm-Entwurf, GIM-Vorschlag für eine Fusionsplattform), „ein relativ hohes Maß an Übereinkunft deutlich wurde“. Es habe auch Differenzen an „kleineren unwichtigen Fragen“ gegeben. Als „neutrale Fragen“ werden benannt: „die Einschätzung der internationalen Rolle der Sowjetunion und des Warschauer Paktes, die Beurteilung der inneren Verhältnisse in den von uns als revisionistisch bezeichneten Ländern, auch Probleme der Strategie der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik und Westberlin“. Hier eine völlige Klärung zu erwarten, sei unrealistisch. Trotz dieser nicht näher charakterisierten Differenzen gebe es aber auch in den Streitfragen „eine Basis gemeinsamer Auffassungen“ für die

Elke, Buchladen Gegenwind

„Obwohl als einzelner schreibend, habe ich mich nie als einzelnen empfunden, sondern als Gebundenen, gebunden an Zeit und Zeitgenossenschaft, an das von einer Generation Erlebte, Erfahrene, Gesehene und Gehörte.“

Mit diesen Worten charakterisierte der am 16. Juli gestorbene Schriftsteller Heinrich Böll in seinen Postkavortungen in Frankfurt 1964 sein literarisches Selbstverständnis. Bei keinem bundesrepublikanischen Schriftsteller spielt die eigene Biographie für das literarische Werk eine so entscheidende Rolle. Hatte er in seinen ersten nach 1945 veröffentlichten Erzählungen selbsterlebte Geschichten, noch aus überwiegend subjektiver Sicht dargestellt, so gelang ihm in den folgenden Jahren immer mehr die Verknüpfung von eigener Erfahrung und bundesrepublikanischer Geschichte. Was er über Leni Pfeiffer, die Hauptfigur des Romans „Gruppenbild mit Dame“ schrieb, gilt auch für ihn: „Ich habe versucht, das Schicksal einer deutschen Frau von etwa Ende Vierziger zu beschreiben oder zu schreiben, die die ganze Last dieser Geschichte zwischen 1923 und 1970 mit uns auf sich genommen hat.“

„Beruf und Tätigkeit standen für mich seit dem siebzehnten Lebensjahr fest: Schriftsteller“, sagte Heinrich Böll im Rückblick. Seit dem siebzehnten Lebensjahr hatte der 1917 in Köln geborene Schriftsteller bereits Romane, Erzählungen und Texte geschrieben — sie allerdings während der Zeit des Faschismus und auch nach 1945 nicht veröffentlicht.

Der Wunsch, Schriftsteller zu werden, so erinnerte sich Heinrich Böll, war während der Weltwirtschaftskrise entstanden. Der Tischlermeister Viktor Böll mußte seinen Handwerksbetrieb schließen, die Familie geriet in große finanzielle Schwierigkeiten. Viktor Böll und seine Frau Maria, die ihren Kindern sehr viel Eigenständigkeit und Freiheit ließen, versuchten zunächst, die Bedrohung der ökonomischen Existenz vor den Kindern zu verbergen. „... bis dann der Knall der Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre kam, und da war nun nichts mehr zu verbergen.“

Die Bedrohung der Kindheit und der Familie durch politische und ökonomische Ereignisse wurde eine Grunderfahrung Heinrich Bölls und bildete auch später den Antrieb für sein politisches Engagement.

Trotz zunehmender wirtschaftlicher Not hielt die Familie zusammen. Die Erfahrungen in dem Milieu aus „heruntergekommenem Kleinbürgertum“ — heruntergekommen nicht in moralischen, sondern statistischen Sinne, wie Heinrich Böll betont — „mit proletarischer Beimschung“ prägten Heinrich Bölls Lebenseinstellung, so z.B. die ständige Frage, ob die Familie die nächste Miete bezahlen könnte und die große Bedeutung der elementaren Bedürfnisse, wie Wohnen, Essen, Schlafen, Trinken und Lieben, die er in seinem Werk immer wieder thematisiert hat.

Auch an die Machtübergabe an die Nationalsozialisten erinnerte sich Heinrich Böll — er war damals fünfzehn Jahre alt — genau. Der junge Heinrich Böll, der schon früh eine Abneigung gegen Reglement und bürgerliche Formen entwickelt hatte, der nach dem Umzug seiner Eltern in einen Kölner Vorort mit den Kindern der „Roten“ auf der Straße gespielt hatte (die „besseren“ Kinder, die mit den „roten“ nicht spielen durften, waren „langweilig“) — der junge Heinrich Böll erlebte dies alles als „die Zerstörung der Straße als Heimat, und Straßen sind Heimat“. Dieser emotionale Antifaschismus wurde bestärkt durch die Haltung der Eltern, insbesondere seiner Mutter Maria. „Meine Mutter hat sofort gesagt: das bedeutet Krieg ... Meine Mutter hat sehr heftig (auf Hitler) reagiert, politisch auch, ohne jede Einschränkung; mein Vater, der größtenteils auf Aufträge von Behörden angewiesen war ... war unserer Meinung, mußte aber, konnte natürlich nicht nach außen hin Propaganda machen. Das habe ich auch kaputt, das hatte ich auch nicht erwartet.“ Dankbar erinnerte sich Heinrich Böll daran, daß in der elterlichen Wohnung „1933 oder 1934 ... illegale Treffen von katholischen Jugendverbänden stattfanden und ich das miterleben durfte ...“

„... nach 45 der Aufbau nach den alten Plänen“

Den entscheidenden Anstoß, nach 1945 wieder mit dem Schreiben zu beginnen, war „trotz Trümmer, Elend, Schwierigkeiten, Hunger und so weiter ... das Gefühl, befreit zu sein ...“ Ab 1947 erschienen die ersten Kurzge-



»Einmischung erwünscht«

schichten Heinrich Bölls in Zeitschriften, 1950 zusammengefaßt in dem Band „Wanderer, kommst du nach Spa ...“. Ihr Thema ist vor allem — bis auf einige Ausnahmen — die Darstellung des Krieges aus der Perspektive einzelner Menschen, in der Mehrzahl einfacher Frontsoldaten. Gegen das Grauen des Krieges, seine „Sinnlosigkeit“ versuchen die meisten dieser Figuren ihre Hoffnung auf Glück, Liebe und ein Leben im Frieden zu bewahren.

Die Ursachen des Krieges werden in diesen Kurzgeschichten nicht aufgezeigt. Nur vereinzelt wird — so im Hörspiel „Die Brücke von Berczaba“ — über die Darstellung des Krieges als schicksalhafte Erfahrung einzelner Menschen hinaus die „Veranlassung“ Krieg, ab riesige Verschwörung gesellschaftlicher Arbeit dargestellt.

Die literarische Auseinandersetzung mit der Nachkriegsrealität und den ersten Anzeichen der Restauration beginnt dann mit den 1953 und 1954 veröffentlichten Romanen „Und sagte kein einziges Wort“ und „Haus ohne Hüter“. Thema dieser Romane ist der Versuch einzelner Menschen, in den Trümmern der Städte ein neues Leben zu beginnen. Den Menschen, die — neben dem materiellen Elend — die Vergangenheit nicht vergessen können und wollen, stellt Heinrich Böll die „Männer ohne Erinnerungsvermögen“ gegenüber, Altnazis, die bereits wieder in Amt und Ehren sind und intellektuelle

Hüter“. Thema dieser Romane ist der Versuch einzelner Menschen, in den Trümmern der Städte ein neues Leben zu beginnen. Den Menschen, die — neben dem materiellen Elend — die Vergangenheit nicht vergessen können und wollen, stellt Heinrich Böll die „Männer ohne Erinnerungsvermögen“ gegenüber, Altnazis, die bereits wieder in Amt und Ehren sind und intellektuelle Vertreter der „inneren Emigration“, die bereits wieder im Kulturbetrieb etabliert sind. Über den Antikommunismus heißt es in „Haus ohne Hüter“ aus der Sicht eines Jungen: „Albert fand die Nazis schrecklich, aber in der Schule wurden sie nicht so schlimm dargestellt, andere Schrecken überdeckten die der nicht so schlimmen Nazis: die Russen.“

Das Fortwirken der nicht bewältigten faschistischen Vergangenheit bleibt auch in den folgenden Romanen Heinrich Bölls ein zentrales Thema. In „Ansichten eines Clowns“ ist es der Aussteiger Schnier, der Clown, der nicht vergangen kann und von der formierten Gesellschaft an den Rand gedrängt wird. Diese pessimistische Sicht Heinrich Bölls Ende der 50er Jahre hat seine Ursachen in der Gewißheit, daß die Restauration sich durchgesetzt hatte. Im Roman „Billard um halb zehn“ steht das Symbol des „Büffels“ für die Kontinuität der „deutschen nationalen Kriminellen“. Hindenburg war das Vorbild für dieses Symbol. „Deutsch-Nationale zusammen mit den Industriellen und Bankiers ... das waren für mich die Büffel. ... Ich glaube, die Büffel sind (in der Bundesrepublik) im Hintergrund ... Da sich die Demokratie so geordnet hat wie in der Bundesrepublik, muß man ein paar von ihnen nach vorn schieben ... Wenn Sie deren öffentliche Artikulation analysieren, finden Sie eine Primitivität im Ausdruck und in der Denkweise, die sich gegenüber der von 1932 nicht einen Millimeter verändert hat.“

Die positiven Figuren in den Romanen Heinrich Bölls, die den Repräsentanten der Profitgesellschaft gegenübergestellt sind, leben häufig am Rand der Gesellschaft in einem kleinbürgerlich-proletarischen Milieu. Sie leben in Widerspruch zur Leistungsgesellschaft, lehnen häufig die kapitalistische Arbeitsmoral ab. Es sind Einzel-

gänger, die — wie etwa Schnier in „Ansichten eines Clowns“ — am Ende völlig handlungsunfähig sind und scheitern oder sich aus der Gesellschaft in Randbezirke zurückziehen. Über Leni Pfeiffer, die Hauptfigur aus „Gruppenbild mit Dame“ heißt es, daß sie „sozial fast zum Abfall gehört mit ihrer ganzen Clique und den Leuten, die bei ihr wohnen.“ Leistungsverweigerung, im Roman abgekürzt als „L.v.“, ist — neben dem Grundthema Bölls, der Darstellung eines Menschenlebens von den 20er Jahren bis heute — ein zentrales Thema des Romans. Weiterhin ist den Figuren der Gruppe um Leni jene Verachtung bürgerlicher Formen zu eigen, die schon für den jungen Heinrich Böll während der Zeit des Faschismus typisch war.

Wer in den Romanen eine proletarisch-revolutionäre Perspektive erhofft, wird freilich enttäuscht. Dies zu verlangen hieße aber, von einem Schriftsteller zu fordern, daß er die gesellschaftliche Entwicklung überholt und Erfahrungen darzustellen versucht, die in der Gesellschaft noch nicht erfahrbar sind. Insofern sind die in Heinrich Bölls Romanen vereinzelt auftauchenden resignierten und ausgehenden Kommunisten „realistisch“, entsprechen sie doch dem gegenwärtigen Zustand der Arbeiterklasse. Leistungsverweigerung, Subversion wie „Entfernung von der Truppe“ sind in Bölls Romanen die Widerstandsformen von Figuren, die überwiegend aus kleinbürgerlich-proletarischem Milieu entstammen. In ihnen zeigt Heinrich Böll sein Anliegen auf: „Es ist unsere Aufgabe, daran zu erinnern, daß der Mensch nicht nur existiert, um verwaltet zu werden ...“

„Einmischung erwünscht“

1977 sagte Günter Wallraff über Heinrich Böll: „Heinrich Böll hat der Bundesrepublik im Ausland einen Kredit verschafft, den diese nicht verdient. Er steht für eine Haltung, die im eigenen Land nichts gilt.“ Daß Heinrich Böll schon relativ früh im Ausland als „guter Deutscher“ angesehen wurde, liegt vor allem daran, daß er sich in seinen literarischen Werken und in den politischen Reden und Essays gegen die Verdrängung der Vergangenheit, gegen die „Auslöschung von Erinnerung“ wandte.

Auch in der Bundesrepublik wurde er aufgrund seiner Polemiken gegen einzelne Erscheinungsformen der kapitalistischen Gesellschaft zum „Gewissen der Nation“, zu einer „moralischen Instanz“ hochstilisiert. So griff Heinrich Böll beispielsweise in seiner Polemik „Hast du was, dann bist du was?“, in der er die Streuung von sog. „Volksaktien“ als Täuschungsmanöver zur Herstellung einer „neuen Weltanschauung des Identitätsstiftenden Besitzes“ verurteilte, weniger die Unternehmer als vielmehr die katholische Kirche an, die diese Maßnahme in Hirtenbriefen unterstützte. Er kontrastierte diese Maßnahme der Kirche mit der christlichen Utopie der Armut. Er empfahl, „dem heiliggesprochenen „Habenichta“ Franz von Assisi doch nachträglich „ein bisher geheimehaltenes Aktienpaket in den Nachlaß“ zu schmuggeln. Darüberhinaus finden sich in den politischen Arbeiten Heinrich Bölls auch Sätze, die dem „Mora-

listen“ in der Zeit des Kalten Krieges hätten gefährlich werden können. So in dem „Brief an einen jungen Katholiken“, in dem Böll u.a. schreibt, daß „das bolschewistische Rußland sich im Jahre 1941, als die deutsche Wehrmacht dort einfiel, im Zustand der gerechten Verteidigung befand.“

Heinrich Böll hat sich immer dagegen gewehrt, in die Rolle eines moralischen Gewissens der Bundesrepublik gedrängt zu werden. Er empfand es als „beunruhigend“, als „zutiefst undemokratische Entwicklung“, daß einer wie er, „der sich hierzulande hin und wieder mal moralisch oder moralisierend geäußert hat, mehr schnell zu einer Instanz (wird), die er gar nicht allein darstellen kann ...“ Wie eng die Grenzen eines „moralischen Gewissens der Nation“ gesteckt sind, hat Heinrich Böll 1972 erfahren. Als der „Moralist“ es wagte, „freies Geleit für Ulrike Meinhof“ zu fordern, paßte sein politisches Engagement nicht mehr in die Staatsröten. Er wurde als „Drahtzieher und Sympathisant des Terrorismus“ verurteilt.

An dem Artikel „Will Ulrike Gnade oder freies Geleit“, der im „Spiegel“ im Januar 1972 erschien, läßt sich das Charakteristische für Heinrich Bölls politisches Engagement ablesen. Nach einem noch ungeklärten Bankraub in Kaiserslautern, bei dem ein Polizist erschossen worden war, hatte die Bildzeitung verkündet: „Baader-Meinhof-Bande mordet weiter“. Die Journalistinnen verteilten:

An dem Artikel „Will Ulrike Gnade oder freies Geleit“, der im „Spiegel“ im Januar 1972 erschien, läßt sich das Charakteristische für Heinrich Bölls politisches Engagement ablesen. Nach einem noch ungeklärten Bankraub in Kaiserslautern, bei dem ein Polizist erschossen worden war, hatte die Bildzeitung verkündet: „Baader-Meinhof-Bande mordet weiter“. Die Journalistinnen verteilten:

Fortsetzung nächste Seite

1945 und die im Zuge von Restauration und Wiederaufrüstung verdrängte faschistische Vergangenheit. Hierzu möchte ich eine längere Passage aus Heinrich Bölls Artikel zitieren. Nachdem er die Praxis der Baader-Meinhof-Gruppe als einen „sinnlosen Krieg“ bezeichnet hatte, fuhr er fort: „Ich halte es für psychologisch aussichtslos, Kleinbürgern, Arbeitern, Angestellten, Beamten (auch Polizeibeamten), die vom Erlebnis zweier totaler Inflationen geschockt sind, ihren relativen Wohlstand ausreden zu wollen, wenn man ihnen nicht erst einmal ausführlich und nationalökonomisch erklärt, wie furchtbar „gleich“ die Chancen bei der Währungsreform waren. Und hat je einer die jüngeren Polizeibeamten darüber informiert, auf dem Hintergrund welcher Polizeigeschichte sie ihren tatsächlich schweren Beruf ausüben, oder sind die jungen Juristen alle darüber informiert, auf dem Hintergrund welcher Rechtsgeschichte sie ihren Beruf ausüben?“

Für einen so abscheulichen Saitrape wie Baldur von Schirach, der einige Millionen junger Deutscher in die verschiedensten Todesarten trieb und zu den verschiedensten Mordurten ermordete, sogar für ihn gab es Gnade. Ulrike Meinhof muß damit rechnen, sich einer totalen Gnadenlosigkeit ausgeliefert zu sehen. Baldur von Schirach hat nicht so lange gewessen, wie Ulrike Meinhof sitzen mußte. Haben die Polizeibeamten, Juristen, Publizisten je bedacht, daß alle Mitglieder der Gruppe um Ulrike Meinhof, alle, praktische Sozialarbeit getan haben und Einblick in die Verhältnisse genommen, die möglicherweise zu einer Kriegserklärung geführt haben? Schließlich gibt es das Rotbuch 24 des Wagenbach Verlags, Titel: „Bambule“, Verfasserin: Ulrike Marie Meinhof, Lesenswert, aufschlußreich — als Film immer noch nicht gesendet.

Wieviel junge Polizeibeamte und Juristen wissen noch, welche Kriegsverbrechen, rechtmäßig verurteilt, auf Anraten Konrad Adenauers heimlich aus den Gefängnissen entlassen wurden und nie wieder zurückbeordert worden sind? Auch das gehört zu unserer Rechtsgeschichte und läßt Ausdrücke wie Klassenjustiz so gerechtfertigt erscheinen wie eine Theorie des Strafvollzugs der politischen Opportunität.

Ich will hier nicht die Hetze der Medien, insbesondere der Bild-Zeitung nachzeichnen, sie sind dokumentiert. Was in den meisten Nachrufen auf Heinrich Böll, seiner Stilisierung zur „moralischen Instanz“ und zum „Klassiker“, verloren zu gehen droht, ist seine Fähigkeit, soziale Konflikte zu wagen, für eine demokratische Öffentlichkeit zu kämpfen. Vielleicht lag es auch an der Art und Weise, mit der er sich zu Wort meldete, so als wäre es beispielsweise das Selbstverständliche von der Welt, Beate Klarsfeld Blumen zu übersenden, nachdem sie Kiesinger geohrfeigt hatte: „... weil ich's mir selbst schuldig war, als Person, als einer, der toben 3x17 alt geworden ist und der 15 Jahre und einen Monat alt war, als der bürgerliche Politiker von Papen Hüter zur Macht verhalf; ... meiner Mutter wegen, in Erinnerung an sie, die im November 1944 während



Fortsetzung von vorheriger Seite

eines Tieffliegerangriffs starb; sie vereinte Eigenschaften in sich, die selten vereint sind: Intelligenz, Naivität, Temperament, Instinkt und Witz, und sie bestärkte mich darin, die verfluchten Nazis zu hassen, ganz besonders jene von der Sorte, zu der Herr Kiesinger zählt ..."

Für Heinrich Böll gab es einen Zusammenhang zwischen der politischen Geschichte und der eigenen Lebensge-

schichte. Wie für Peter Brückner, so war auch für ihn der „deutsche Respekt vor den gegebenen Verhältnissen“ ein Grauel, weil dieser Respekt „unsere Fähigkeit (blockiert) Wirklichkeit zu sehen, sie in unser Projekt, in unser Leben einzuholen.“ (P. Brückner)

„Ich glaube, es ist wirklich fast eine deutsche Tragödie, daß wir alles lernen, zu Hause oder auch in der Schule — aber leben lernen wir nicht. Die Freude am Leben, am Alltäglichen ...

ist schon verdorben durch irgendwelche Hintergedanken, die man hat: was machst du heute, was mußt du alles tun? Daß das Leben also als solches kaum als Wert erkannt wird, und damit auch nicht das gemeinsame Leben oder das Zusammenleben; daß immer alles einen höheren Sinn haben muß, und wenn er auch im abstrakten Geldverdiensten besteht ... Das Leben als solches ist deformiert.“

G., Hamburg

Heinrich Böll: Ansichten eines Kultusministers



Auf den ersten Blick erstaunlich: BILD widmet dem gestorbenen Schriftsteller Heinrich Böll am 17. Juli die Schlagzeile auf Seite 1 — noch über dem an Krebs erkrankten Überalter der Freiheitlichen Welt, Ronald Reagan. Was dann allerdings nach der typischen BILD-Überschrift „Böll tot“ — und in den weiteren Artikeln auf Seite 2 — folgt, ist eine Zurechtweisung Heinrich Bölls auf BILD-Niveau. Unter der Überschrift „Raucherbein, Zehen amputiert“ widmet sich der Schreiber — neben ein paar biographischen Angaben — vor allem dem Raucherbein. Gegenüber dem trotz Krebs weiterhin penetranten Optimismus ausstrahlenden Reagan kommt der Kettenraucher Böll schlecht weg: „1980 mußten ihm deshalb (wegen des Rauchens) fünf Zehen am rechten Fuß amputiert werden. Gleichzeitig bekam er künstliche Adern eingesetzt.“ Und

dann die Warnung an alle Raucher: „Ärzte forderten ihn auf, nicht mehr zu rauchen. Böll rauchte weiter.“

Das Raucherbein ist BILD am nächsten Tag weitere Zeilen wert. Unter der wiederum genialen Überschrift „Böll: Ich stöhne ja nur noch“ gibt es die kurze Notiz, daß Heinrich Böll seinen letzten Roman „Frauen vor Flußlandschaft“ noch kurz vor seinem Tod abgeschlossen hat. Eine Mitarbeiterin bestätigt: „Er war voller Tatendrang, plante immerfort Neues.“

Der nächste Absatz dann in Fettdruck: „Doch da war auch die Krankheit: Das schlimme Raucherbein, Gefäßverengung — das Gehen wurde zur Qual.“ Nachdem im ersten Absatz der erfolgreiche Schriftsteller und Nobelpreisträger vorgestellt wurde, wird im folgenden die Kehrseite des Erfolgs und des Ruhms aufgezeigt. Den Lesern und Leserinnen wird die alltägliche

BILD-Moral suggeriert: Sei zufrieden mit deinem Los. Alles hat seine Schattenseite. Die Bäume wachsen eben nirgendwo in den Himmel.

Den nächsten Anlauf, Heinrich Böll auf BILD-Niveau zurechtzubiegen, unternimmt dann auf Seite 2 CSU-Kultusminister Maier. Maier überschreibt seinen Artikel „Heinrich Böll — Ansichten eines Kultusministers“. Eine hässliche Anspielung auf den Roman „Ansichten eines Clowns“, in dem Heinrich Böll den rabiaten Katholizismus à la Maier kritisiert hatte. Der Artikel zeichnet ein äußerst zwiespältiges Bild von Heinrich Böll. Maier berichtet über eine Begegnung mit dem Schriftsteller in Paris, bei der er mit Heinrich Böll über den Terrorismus diskutiert. Einerseits schildert er Heinrich Böll als einen Schriftsteller, der „wunderbare Menschenschicksale“ (ganz allgemein menschlich-neutral, versteht sich) geschaffen hat und der als Mensch „bärbeißig und lebenswürdig zugleich“ gewesen sei. Andererseits

versteht sich) geschaffen hat und der als Mensch „bärbeißig und lebenswürdig zugleich“ gewesen sei. Andererseits stellt er die politischen Ansichten Heinrich Bölls als äußerst fragwürdig hin — mit Ausnahme des Engagements und der Hilfe für Solschenizyn, wie das nebenstehende Foto suggeriert. Über Heinrich Bölls Ansichten über den Terrorismus: „... er hatte ja eine merkwürdige Einstellung zu diesem Thema“. Und dann erst Bölls „Pessimismus über die Entwicklung der Bundesrepublik“, den auch Maier, der wieder vertraulich als Beinahe-Freund erscheint, bei einem Gespräch in einem Café im Künstlerquartier in St. Germain (!) „nicht beseitigen kann“. Da die von Heinrich Böll ja oft genug genannten Ursachen für den Pessimismus unterschlagen werden, erscheint dieser als etwas Unbegründetes, höchst Subjektives, als eine Verirrung des großen Schriftstellers und Nobelpreisträgers. Zudem wird der Eindruck vermittelt, daß Heinrich Böll mit CDU-Größen und mit dem konservativen Soziologen Schelsky auf Du und Du gestanden hätte.

Am Ende betont Maier dann noch mal (Fettdruck!), daß „wir einen großen Schriftsteller verloren“ haben. Einen um sein Engagement für eine wirkliche Demokratie reduzierten Heinrich Böll, einen Heinrich Böll, dessen Engagement ja in erster Linie gegen Leute wie Maier gerichtet war. Aber: so hätte Maier den Schriftsteller Heinrich Böll gern, als einen Menschen, der hinter der Schreibmaschine sitzt und sich nicht aufs politische Terrain begibt (außer für Solschenizyn).

Die Politik den Politikern! Schuster bleib bei deinen Leisten, Schriftsteller bei deiner Schreibmaschine! Jeder soll gefälligst seine Rolle spielen und nicht die Regeln dieser unserer allerbesten Demokratie übertreten. Und nun, nachdem wir Heinrich Böll wegen seiner Verirrungen teils verständnisvoll, teils hässlich zur Seite genommen und getadelt haben, können wir ihn ja wohl in die große BILDfamilie aufnehmen!! Die Wahrheit über Heinrich Böll, als wär's die Wahrheit über Bubi Scholz oder Harald Juhnke!

G., Hamburg

Inhalt

aktuell

Nelson Mandela: Nicht mehr nur Reformen, die Schwarzen wollen die Macht	S. 1
Bürgerkrieg in Südafrika	S. 3
Erklärung des ANC, April 85	S. 3
Erklärung des ANC, Mai 85	S. 3
Dohnanyi und Südafrika	S. 6
Beispiel für doppelte Moral	S. 6
Vor den DGB-Herbstaktionen: Der »Soziale Dialog«	S. 1

Grüne und Alternative

Zur Geschichte der Grünen Partei	S. 36
»Kurzer Lehrgang« Teil 2	S. 40
Grüner Alltag in Bonn	S. 40
Klassenjustiz	S. 11
Neues Demonstrationsrecht in Kraft	S. 11
Hannover: Terroristische Vereinigung e.V. »gegründet«	S. 12
Erster Prozeß gegen Teilnehmer der Demonstration gegen den Weltwirtschaftsforum	S. 12
Ingrid Barabaß und Mareile Schmiegner festgenommen	S. 13
Heike Klar endlich freigesprochen!	S. 13

Militarismus

Mit Eureka zur politischen Union Westeuropas?	S. 20
Bundeswehrplanung für die 90er Jahre: Rüstung zum Angriff in die Tiefe	S. 27
30. Geburtstag der Bundeswehr: 1000 Festlichkeiten der Militaristen!	S. 28
Operation KAL 007	S. 29
Die Militarisierung des Weltraums und ihre ersten Opfer	S. 29
Zur Geschichte und Entwicklung der »Strategischen Rüstungsbegrenzung« Teil I	S. 31
NATO-Südflanke Teil IV	S. 34
Europa	S. 3
Ziviler Belagerungszustand in der Türkei	S. 3
Une Malheure française	S. 19
Zum Überfall auf ein Greenpeace-Schiff	S. 19
Frankreich: Aktivitäten der Front National, 84-85	S. 20
Nahost	S. 21
KURDISTAN/Iran - Irak	S. 21
Ein Reisebericht von Jürgen Reents	S. 21

Asien

Ein Reisebericht von Jürgen Reents	S. 21
Asien	S. 26
Sri Lanka: Tamilische Guerilla kündigt Waffenstillstand auf	S. 26
Lateinamerika	S. 23
Bezahlt wird nicht ... ?!	S. 23
Neuer Versuch im Schulden-Dialog	S. 23
Korrespondenz aus Nicaragua: Sieg im Wirtschaftskrieg!	S. 24
Schweißbrand El Salvador	S. 23
Ein Überblick über den augenblicklichen Kräftestand	S. 23
Frauen	S. 14
Von einer Abhängigkeit in die nächste: Zur Situation stichtiger Frauen	S. 14
Kultur	S. 45
»Einmischung erwünscht«	S. 45
Zum Tod von Heinrich Böll	S. 45
Exil	S. 41
Logische Phantasie	S. 41
Egon Erwin Kisch 1885-1948 (Zweite Folge)	S. 41
Wissenschaften Linke	S. 44
Danny Cohn Bendit über Böll und Sartre	S. 44
Hochzeit KPD/GIM: Das Aufgebot ist bestellt	S. 44
Geschichte	S. 7
Vor 40 Jahren: Abwurf der ersten Atombombe über Hiroshima	S. 7
Neue Deutsche Welle	S. 38
Robin Jakobitz: Neue deutschlandpolitische Horizonte bei den Grünen?	S. 38
Ohne Rubrik	S. 19
Eine Zensur findet nicht statt!	S. 19
Frankfurter Journalisten zeigen verbotenen Startbahnfilm	S. 19
GENTECHNIK — Wertfreier Fortschritt mit Schönheitsfehlern?	S. 16
Bundesregierung verweigert Beitritt zur Anti-Folterkonvention	S. 17

Arbeiterkampf

Absender:

An die
Hamburger Satz-
und Verlagskooperative
Lindenallee 4
Postfach 7685
2000 Hamburg 19

Bitte mit der Schreibmaschine ausfüllen

- Ich/wir wollen den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.
- ☐ Halbjahresabo DM 33,- ☐ Förderabo DM 50,-
 - ☐ Jahresabo DM 60,- ☐ Förderabo DM 100,-
 - ☐ Ich überweise das Geld auf das Konto der Hamburger Satz- und Verlagskooperative Postcheckamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203
 - ☐ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar

Ort, Datum

Unterschrift

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir die Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Hamburg, den von mir/uns zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unsers Girokontos.

Nichtzutreffendes bitte streichen

Kto. Nr.
Kto. Inhaber
bei der
mittels Lastschrift einzuziehen

BLZ

den

(Unterschrift)

G., Hamburg